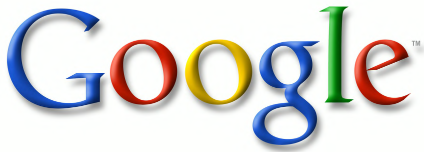
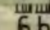

Google





Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs

1866—1871

nach Schriften und Mitteilungen beteiligter Fürsten und Staatsmänner

von

Dr. Ottokar Lorenz

Professor an der Universität Jena

Zweiter unveränderter Abdruck



Jena

Verlag von Gustav Fischer

1902

Ammon, Otto, **Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen.** Entwurf einer Sozial-Anthropologie zum Gebrauch für alle Gebildeten, die sich mit sozialen Fragen befassen. Dritte umgearbeitete Auflage. 1901. Preis: brosch. 2 Mark, geb. 3 Mark.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik:

Ammons Buch ist ein vortrefflich geschriebener, ideenreicher Appell an die Gebildeten im deutschen Volk, nicht das Schlagwort Herr werden zu lassen über uns, sondern in dem berechtigten Eifer, die unteren Klassen zu heben, nicht zu vergessen, daß aller Fortschritt doch nicht von der Masse der Mittelbegabten, sondern von der verschwindenden Mehrheit der vorzugsweise Begabten erzeugt wird. Besteht auf der einen Seite zweifellos die Gefahr der Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit, so sind auf der anderen Seite, wie besonders die griechische Geschichte zeigt, Völker und Völkerfortschritt auch schon der Vergewaltigung der Minderheit durch die Mehrheit erlegen. Heute steht die Gefahr neu auf. Ihnen beiden gilt es zu begegnen. Und daß Ammon, was sonst nicht geschieht, auf die zweite von ihnen wissenschaftlich wie praktisch wirksam hingewiesen hat, darin liegt das unzweifelhafte Verdienst seines Buches.

Arndt, Dr. Paul, Dozent der Staatswissenschaften an der Sozial- und Handelsakademie zu Frankfurt a. M., **Der Schutz der nationalen Arbeit.** Preis: 75 Pf.

Brodnitz, Dr. jur. et phil. Georg, **Bismarcks Nationalökonomische Anschauungen.** 1902. Preis: 3 Mark.

Chun, Carl, **Aus den Tiefen des Weltmeeres.** Schilderungen von der deutschen Tiefsee-Expedition. Mit 6 Chromolithographien, 8 Heliogravüren, 32 als Tafeln gedruckten Vollbildern und etwa 400 Abbildungen im Text. **Zweite umgearbeitete Auflage.** Preis für das ganze Werk: brosch. 18 Mark, eleg. geb. 20 Mark. Das Werk erschien auch in 12 Lieferungen im Preise von je 1 Mark 50 Pf.

Die Münchener Neuesten Nachrichten vom 11. Januar 1901 sagen über die 1. Auflage:

Ueber das monumentale Werk selbst können wir uns jetzt ganz kurz fassen: es ist einer der vornehmsten und hervorragendsten Beiträge zur gemeinverständlichen wissenschaftlichen Litteratur, ein glänzendes Zeugnis deutscher Forschertüchtigkeit, ein bleibendes wertvolles Denkmal einer ergebnisreichen Forschungsreise — ein wahres Prachtwerk für das deutsche Volk. Die Verlagsbuchhandlung hat sich durch die prachtvolle Ausstattung mit den zahllosen hochinteressanten Illustrationen ein außerordentliches Verdienst erworben. Der Preis des Werkes ermöglicht eine weite Verbreitung, die wir dem Chun'schen Buche aufrichtig wünschen.

Dix, Arthur, **Deutschland auf den Hochstraßen des Weltwirtschaftsverkehrs.** 1900. Preis: 4 Mark 50 Pf.

Hamburger Beiträge vom 24. April 1901:

Ein sehr fruchtbarer Gedanke ist es, den Zusammenhang und die Wechselwirkungen zwischen dem auswärtigen Handel Deutschlands und seiner nationalen Handelsflotte zu prüfen und darzustellen. Das geschieht in der soeben erschienenen Schrift von „Arthur Dix, Deutschland auf den Hochstraßen des Weltwirtschaftsverkehrs“, die in fesselnder Weise unter Zusammenfassung der neuesten Geschehnisse und Materialien Deutschlands wirtschaftliche Stellung auf allen Meeren und fernen Märkten schildert . . . . . Jedenfalls ein erfreuliches und beachtliches Buch.

Kaiser Wilhelm
und die Begründung des Reichs
1866—1871

nach Schriften und Mitteilungen beteiligter Fürsten und Staatsmänner

von

Dr. Ottokar Lorenz,
Professor an der Universität Jena.

Zweiter unveränderter Abdruck.



Jena.
Verlag von Gustav Fischer.
1902.

Vorwort.

Durch eine Reihe glücklicher Umstände bin ich in die Kenntnis von seltenen und wertvollen Schriften und Mitteilungen gekommen, die über die Begründung des Deutschen Reichs und Kaisertums Aufklärung geben. Indessen habe ich mit einer wissenschaftlichen Verarbeitung dieses Schatzes persönlicher und amtlicher Überlieferungen immer noch zurückgehalten, weil ich die Hoffnung nicht aufgeben mochte, daß die Zeit nicht allzuferne sein werde, wo die Eröffnung der deutschen Staatsarchive dem Geschichtsforscher Gelegenheit zu allseitigeren und strenger geordneten Studien auch für die dem Jahre 1866 folgende Epoche geben dürfte. Allein diese Aussicht hat sich für lange Jahre noch für ausgeschlossen gezeigt. Denn in den meisten Staaten, vor allem in Preußen, sind die Akten nach 1866 noch gar nicht den Staatsarchiven übergeben und ruhen vorläufig in den Staats- und Reichsämtern zerstreut, in denen sie ihren Ursprung genommen haben. Auch wird bei der Ordnung des archivalischen Stoffes sich ohne Zweifel eine Schwierigkeit ergeben, die mit den in dieser Beziehung nicht festgestellten bundesrechtlichen Verhältnissen zusammenhängt. Da es ein deutsches Bundes- und Reichsarchiv nicht gibt, wird die Frage aufgeworfen werden können, wohin die Reichsakten gelangen werden, wenn sie in der Reichskanzlei keinen Platz mehr finden sollten. Werden sie bundesstaatlich an die einzelnen Archive in Preußen, Bayern, Sachsen u. s. w. verteilt sein, wo sie der Geschichtsforscher zusammensuchen wird? — Mir war unter diesen Umständen es vollkommen begreiflich, daß mir noch vor kurzer Zeit, da ich mich um Benützung gewisser Gesandtschaftsberichte bewarb, in Berlin der Bescheid erteilt wurde, daß die Akten zerstreut und lückenhaft seien, und daher die „Befürchtung bestehe, lediglich Mißverständnisse“ herbeizuführen.

Indem ich auf solche Weise die Gewißheit erlangte, daß mir

ein vollkommen ausreichendes amtliches Material zu einer Geschichte der Begründung des Reiches niemals zur Verfügung stehen werde, glaubte ich nun den Versuch machen zu dürfen, auch mit den bescheidenen Hilfsmitteln, die mir zu Gebote stehen, ein historisch abgerundetes Bild des wichtigsten Teiles der letzten Vergangenheit zu entwerfen.

Anregung hierzu hatte ich schon vor langer Zeit von dem verewigten Herzog Ernst II. von Koburg erhalten, der mich während eines fast zwanzigjährigen, vorzugsweise den geschichtlichen Erinnerungen der Entstehung des Reiches gewidmeten Verkehrs in den Besitz von Abschriften wichtiger Korrespondenzen und persönlicher Aufzeichnungen gesetzt hat, sodaß ich bedauern müßte, wenn dieselben gegen den bestimmt ausgesprochenen Wunsch meines hohen Gönners mit meinem Tode der Wissenschaft verloren gingen. Als der Herzog sein umfangreiches Memoirenwerk ausarbeitete, hatte er die Absicht, seine Darstellung nicht mit dem Jahre 1866 abzubrechen, sondern gedachte sein eigenes Werk selbst noch über das Jahr 1870 hinauszuführen. Mancherlei Umstände machten aber diesen Plan unausführbar und so erzählt das Memoirenwerk die Geschichte der Jahre 1866 bis 1871 in einem sehr kurzen, wenn auch in vieler Beziehung beachtenswerten Abriß. Der Herzog überließ mir jedoch seine Excerpte und Diktate in der Erwartung, daß ich dieselben in späteren Jahren zu verwerten in der Lage sein werde. In diesem Sinne gestattete mir auch die Frau Herzogin-Witwe die Benützung der herzoglichen Tagebücher bis zu dieser Stunde und haben dieselben insbesondere durch die chronistisch zuverlässigsten Eintragungen bei der kritischen Feststellung vieler Ereignisse mir sehr schätzenswerte Dienste geleistet. Außerdem verdankte ich dem regen Interesse des verstorbenen Ministers von Seebach mancherlei mir zur Verfügung gestellte Abschriften von Akten und Briefschaften aus dessen Privatbesitz.

Aus den Aktenbeständen der Archive Herzogs Ernst war mir ferner bekannt, daß Se. Hoheit der Herzog von Meiningen seit 1866 viele politische Angelegenheiten mit Herzog Ernst brieflich verhandelte, was mich veranlaßte, an Se. Hoheit die Bitte zu richten, einiges von dem Inhalt dieser Korrespondenz verwerten zu dürfen, und ich habe hierfür sowie auch für die Beantwortung

mancher an Se. Hoheit gerichteten Fragen meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Ein entscheidender Wendepunkt für meinen Entschluß, endlich eine Verarbeitung dieser mannigfaltigen Materialien zu unternehmen, war im Jahre 1897 eingetreten, wo ich zur Gedenkfeier des hundertsten Geburtstages Kaiser Wilhelms I. in der Deutschen Rundschau ein Lebensbild skizziert habe, welches Sr. königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden zufällig bekannt wurde. Dies hatte zur Folge, daß Se. königliche Hoheit mir den Wunsch eröffnen ließ, Abdrücke der kleinen Schrift zur Verteilung in Schulen zu besitzen. Obwohl diesem für mich so ehrenvollen Ansinnen nicht rasch genug entsprochen werden konnte, so nahm Se. königliche Hoheit doch Kenntnis davon, daß ich seit Jahren Akten und Überlieferungen über die in den Geschichtswerken nach meiner Ansicht immer noch nicht genugsam gewürdigte persönliche Wirksamkeit des großen Kaisers sammle. Meine Absicht, ein schärfer gemaltes Porträt des Kaisers besonders in den Jahren der Reichsgründung zu zeichnen, hatte die höchste Entschließung zur Folge, mich durch Jahre in umfangreicher, für mich verantwortungsvollster Art mit Perlen eigener Erinnerungen, wie mit vielen Schriftstücken aus eigenem und aus dem Besitze Sr. königlichen Hoheit einst nahestehender Persönlichkeiten ausrüsten zu lassen. So war ich mit der Korrespondenz mit dem verstorbenen Staatsrat Gelzer vertraut geworden, dessen Tagebücher mir auch vorlagen; auch erhielt ich Schriftstücke persönlicher Art aus dem Nachlaß der bei der Reichsgründung besonders beteiligten Staatsmänner, besonders auch das Tagebuch des Ministers von Freydorf, die Korrespondenz mit Staatsminister Jolly und vieles andere.

Die umfassenden Akten des badischen Ministeriums aus den Jahren 1866 bis 1871 mit Einschluß der Gesandtschaftsberichte hat schon in den 90er Jahren Professor Georg Meyer in Heidelberg benützen dürfen, aber wo immer ich dieses großartige Aktenmaterial aufschlug und die Spuren des eifrig forschenden Staatsgelehrten fand, bemerkte ich doch, daß die Wege des Historikers sich von denen des Juristen wesentlich unterscheiden. Ich darf wohl sagen, daß die kleine Schrift Georg Meyers nicht eine

entfernte Vorstellung von dem Reichtum der badischen Ministerialakten gewähren konnte. Es war mir aber durch die Güte Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs auch noch weiter möglich, Papiere anderer Herkunft zu benützen, die in Abschriften an das großherzogliche Kabinett zum Zwecke literarischer Verwendung vorlängst überlassen waren, wie die wertvollen Berichte des späteren oldenburgischen Staatsministers G. G. Jansen an seinen Herrn, den Großherzog Peter, aus dem Jahre 1870, so wie die kostbare Denkschrift des letzteren von 1866 und manches andere.

Zuletzt waren mir auch weimarische Ministerialakten und endlich selbst das gleichfalls so wichtige Tagebuch des Großherzogs Carl Alexander von Weimar aus Versailles zugänglich geworden. Aus diesem hat mir mein verehrter Fachgenosse, Herr Kabinettssekretär Freiherr von Egloffstein eine Reihe der interessantesten Auszüge mitteilen dürfen und ich lege meinem gnädigsten Landesherrn hierfür noch ganz besonders meinen Dank zu Füßen. Daß aber dieses ganze Werk ohne das unbegrenzte Vertrauen Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden nicht zu stande gekommen wäre, wird der Leser überall wahrnehmen.

Es ist nicht meine Absicht, neben dem hier gegebenen Hinweis auf meine Quellen mich über Auffassungen und Leistungen auf dem Gebiete der Geschichte der Reichsbegründung im allgemeinen zu verbreiten. Das Bewußtsein, lediglich der historischen Wahrheit dienen zu wollen, muß den Geschichtschreiber so nahe liegender Epochen selbstverständlich für unvermeidliche Mißdeutungen entschädigen, welche der Parteigeist mit einem gewissen Recht in Anspruch nehmen wird. Ohne diesen irgend befehden oder einschränken zu wollen, wäre es erfreulich, wenn man meine durchaus und in jeder Beziehung unabhängige Stellungnahme nicht verkennen würde.

Zum Schlusse darf ich mitteilen, daß die Druckbogen zum großen Teile von keinem Geringeren als meinem gütigen Freunde Professor Erich Schmidt in Berlin durchgesehen worden sind, dessen schriftstellerischer Hand eine große Zahl von Besserungen nach jeder Richtung hin zu verdanken ist.

Jena, im August 1902. **Der Verfasser.**

Inhalt.

Seite

Fünftes Kapitel.

Sechstes Kapitel.

Siebentes Kapitel.

Achtes Kapitel.

Neuntes Kapitel.

Einleitung.

Reichs- und Kaiseridee seit 1815.

Wer das Fortleben der Kaiser- und Reichsidee im deutschen Volke, wie sie sich in allgemeinen literarischen, poetischen und publizistischen Quellen und Äußerungen zu erkennen gibt, erörtert und darstellt, findet einen kaum zu bewältigenden Stoff vor. Vielleicht bei keiner anderen Nation sind die Wünsche und Hoffnungen, eine größere nationale Einheit und Bedeutung zu erlangen, schon seit dem westfälischen Frieden lebendiger und stärker hervorgetreten, wie in Deutschland. Die Masse dessen, was seit jener Zeit und besonders seit den Befreiungskriegen in Schriften, Briefen und auch in poetischen Ergüssen zu Tage gefördert wurde, ist so groß, daß alle noch so anerkennenswerten Versuche ein Bild und einen möglichst vollständigen Überblick von dieser Gattung politischer Literatur zu geben kaum erschöpfend genannt werden können. Es gibt aber kein Geschichtswerk, welches den Mut gehabt hätte, von den wohlgemeinten Einheitsträumen abzusehen, wenn es sich darum handelte, die politische Entwicklung des heutigen Zustands und der heutigen Staatsverhältnisse Deutschlands zu zeigen. Zwar hat in der neuesten Zeit bei mehreren der bedeutendsten Geschichtschreiber das Interesse für diese, man darf sagen schöngeistigen Äußerungen politischer Denkungsart einigermaßen abgenommen, aber kaum jemand hat die Frage beantwortet, ob und wie vielen Wert und Einfluß diese Dinge auf den wirklichen Gang der Ereignisse und auf die Gestaltung der Rechts- und Staatsverhältnisse genommen haben. Es ist ja sicher, daß nicht nur kühn ausgesprochene Pläne und Gedanken, sondern selbst Träume und poetische und patriotische

Phantasien auf den öffentlichen politischen Geist einzuwirken vermögen, aber nicht immer darf man es für günstig und für das politische Leben zuträglich erachten, wenn gewisse rein politische Probleme zu einer Stimmungssache herabgedrückt werden und die verbreitete nationale Empfindung auch schon als ein erreichtes Ziel des staatlichen Lebens gilt.

Nach dem Sturze des französischen Kaiserreiches war die deutsche Frage eines jener Probleme, bei welchem die tatsächlichen Verhältnisse im vollsten Widerspruch mit den Träumen der Nation standen, und wenn durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses das deutsche Volk unbefriedigt gelassen war, so konnten seine Empfindungen nicht die Lösung des Problems bringen. Man darf bei allem Interesse, welches man den ideal gerichteten Träumereien des 19. Jahrhunderts in Deutschland entgegenbringen mag, doch keinen Augenblick verkennen, daß das heute bestehende Reich und Kaisertum kaum eine Ähnlichkeit mit den Gebilden hat, die bei dem Zusammensturz des napoleonischen Weltreichs in nebelhaften Zeichnungen emporgestiegen waren. Nichts ist hierfür bezeichnender, als der Umstand, daß der Staat, welcher den Einheitsgedanken tatsächlich durchzuführen berufen war, aber seiner ganzen Natur nach wenig Gefühlsanregendes hatte, verhältnismäßig nur sehr selten in seiner harten, nüchternen und kriegsbeflissenen Tätigkeit besungen und gepriesen worden ist. Auch war es eine bis in die spätesten Zeiten nachwirkende Folge der Vorliebe für politische Schwärmereien, daß man noch in dem Moment, wo die Lage der Dinge bereits zu einem kriegerischen Abschluß hindrängte, immer noch von den alten Wahngebilden nicht lassen wollte.

Sehr richtig hat einer der Schriftsteller, welche den Einheitstraum historisch geschildert haben, bemerkt, derselbe habe drei Schwächen gehabt, die ihn unmöglich machten: den gänzlich mangelnden Begriff der Staatsgrenzen, das Unvermögen, eine Regierungsform für die Vereinigung selbständig und souverän gewordener Monarchien zu finden und endlich die Unmöglichkeit,

der geeinigten Nation eine Führung zu geben, die keinem einzelnen Staate einen Vorrang vor den anderen einräumen sollte. Es ließen sich leicht noch eine ganze Anzahl weiterer Schwächen des Traumbildes aufzeigen. Das nationale Band konnte man sich nicht groß und ausgedehnt genug vorstellen und der Dichter wollte das deutsche Vaterland größer und immer größer sehen, aber alle wirklichen Interessen der Nation waren in kleine und kleinste Teile zersplittert und so beschränkter Natur, daß sich die Vaterländer nicht nur in ihrem Territorialbestand, sondern auch vermöge der Gesinnungen der Untertanen so viel wie nur immer möglich zu verkleinern suchten. Endlich gab es einen schwerwiegenden lange nicht genug hervorgehobenen Gesichtspunkt, der sehr vielen und darunter den besten und hervorragendsten deutschen Männern die Anknüpfung an das alte Reich und Kaisertum überhaupt sehr widerwärtig erscheinen ließ. Das war die Angst vor der Wiederherstellung von allerlei Mißbräuchen und Übeln, die man durch die Einflüsse der französischen Revolution und durch die napoleonische Herrschaft glücklich beseitigt wußte. Es hat heute eigentlich wenig Sinn und Verstand mehr, die Fabel aufrecht zu erhalten, daß man mit den Zuständen unzufrieden gewesen sei, die dem Untergange der alten Kaiserwürde folgten. Die vorurteilslosesten Geister, wie Goethe und Hegel, äußern sich froh darüber, daß in Fürstentümern und Reichsstädten so viele Verbesserungen an Stelle alter verkommener Zustände treten konnten; und wer zur Zeit des Wiener Kongresses von Kaiser und Reich sprach, erregte nicht selten, wenn man von einigen Romantikern absah, die Furcht, das alte Reich werde auch wieder die alten Sünden erwecken. Es wird in der Regel der Wunsch der Wiederherstellung des Kaisertums zur Zeit der Befreiungskriege sehr überschätzt, weil zufällig die Publizisten dieser Richtung sehr eifrig und federgewandt waren. Ruhige und praktisch denkende Leute, welche die Reichs- und Kaiserträume ernstlicher erwogen, waren bei weitem nicht so zahlreich für die Wiederherstellung des alten, oder auch nur eines ähnlichen Reiches wie

man nachträglich auf Grund durchaus vereinzelter schriftstellerischer Leistungen glauben machen wollte. Vor allen Dingen gab es auch in den Kreisen, die nicht zu den Diplomaten gehörten, verständige Männer genug, welche sich von den leeren Worten nicht einschüchtern ließen und die Frage stellten, wie denn das Reich und Kaisertum beschaffen sein sollte und ob Österreich oder Preußen, oder etwa ein Kleinstaat nach Art des alten Wahlreichs zur Führung des neuen Staats berufen sein sollte. Wie rasch doch selbst der Reichsfreiherr von Stein sich von der Unausführbarkeit des Kaisertums überzeugte, ist bekannt. Wenn die Geschichtschreibung trotzdem in dem weitverbreiteten Geiste eines Gervinus alles unter dem Gesichtspunkt der unerfüllten deutschen Hoffnungen beurteilte, so vermaß sie sich, alle Regierungen und alle Tätigkeit derselben an einem Gespenst zu messen, welchem jede Körperlichkeit mangelte; und sie konnte dies nur deshalb, weil man von ihr nicht forderte, selbst ein Programm aufzustellen, welches nach ihrer Ansicht 1815 hätte ausgeführt werden können oder sollen. Nichts ist aber bezeichnender für die Kümmerlichkeit dieser doktrinären Geschichtsauffassungen, als die Tatsache, daß derselbe Gervinus, der alles an der Einheitsfrage messen zu müssen meinte, sich als der unglücklichste und schwermütigste Gegner dieser Einheit erkannte, als sie leibhaftig vor ihm zu entstehen begann.

Schon Treitschke hat richtig bemerkt, daß auch den hochstehendsten Geistern jener Epoche, wie selbst einem Ernst Moritz Arndt, jede Konsequenz in der Durchführung politischer Gedanken mangelte. Auch solche, welche bereit gewesen wären, dem Plane einer Zusammenfassung der deutschen Staaten gerecht zu werden, gaben etwas mit der einen Hand, was sie mit der anderen wieder nahmen. Einerseits erkannten sie ja wohl, daß der Schwerpunkt der Nation vom Süden nach dem Norden gerückt war, aber zu einer ernstlichen Auseinandersetzung zwischen Österreich und Preußen hatte nicht ein einziges von allen aufgestellten Programmen den Mut, zu raten. Und die Vorstellung des alten Reiches saß allen

Freunden eines neuen so fest am Leib, daß sie an der österreichischen Frage alles scheitern ließen und um den Preis des Einheitstraumes vor der Aufnahme Österreichs und seiner Dynastie nicht einmal in Gedanken zurückzuschrecken vermochten. Treitschke hat auch auf das eigentümliche Verhängnis aufmerksam gemacht, daß, wenn ja einmal ein literarischer Versuch gemacht wurde, die Frage in einem durchgreifenden Geiste zu lösen, dies zur Zeit des Kongresses in so bescheidener und verborgener Form geschah, daß davon an den Stellen nichts bekannt wurde, welche ihn etwa durchzuführen berufen gewesen wären. So hat jener weimarische Offizier, der mit Karl August am Wiener Kongreß anwesend war, eine Denkschrift verfaßt, die heute wie eine Prophezeiung dessen erscheinen kann, was das Jahr 1871 wirklich gebracht hat, aber der einzige, dem er seine Ideen anvertraute, war der Turnvater Jahn und obwohl ihm dieser versprochen haben soll, er werde mit der merkwürdigen Schrift die Staatsmänner Preußens bekannt machen, so bleibt es doch sehr zweifelhaft, ob Hardenberg davon unterrichtet worden und jedenfalls sicher, daß er davon keinen Gebrauch machen mochte. Dabei kann auch wirklich nicht geleugnet werden, daß in dem gerühmten Aufsatz Ottokar Thons der für die Entwicklung der Dinge springende Punkt nur gleichsam wie ein genialer Einfall aufblitzt, der eine ferne Zukunft beleuchtet, aber entfernt nicht als ein politisches Arbeitsprogramm aufgefaßt worden ist. Das Verdienst der Schrift lag hauptsächlich in der Erkenntnis, daß zwei nebeneinander bestehende Großmächte niemals eine Reichseinheit herbeiführen können. Thons richtiger Blick erkennt die Gegensätze von Österreich und Preußen und er wagt es, ein unbestimmtes Zukunftsbild eines preußischen Deutschlands vorzustellen, aber aus den Briefen des trefflichen Weimaraners, die heute gedruckt vorliegen, ersieht man deutlich, wie er sich gleichsam in eine jener Zeit fremde Welt entrückt fühlt, in der er seine Gedanken nur ganz schüchtern aussprechen und sich selbst eingestehen mag, daß sie für die Gegenwart keine Bedeutung haben können. Aber sofern von deutschen Einheits-

träumen zu reden ist, so darf man kühn behaupten, daß in der Zeit des Wiener Kongresses nur äußerst wenige Menschen es gegeben hat, die so verständig und nüchtern träumten. Denn er hatte recht. Die Idee eines preußischen Deutschlands war auch den preußischen Staatsmännern wenn nicht etwas Unbekanntes, so doch jedenfalls als etwas politisch Unerlaubtes erschienen. Die ganze Reihe von Entwürfen, welche von den deutschen Ministern zum Zwecke der Begründung eines neuen Bundes vorgelegt wurde, ist von der Ausschließung Österreichs so weit entfernt, als nur möglich. Die schärfste Kritik, welche Wilhelm von Humboldt gegen Steins Kaiservorschlag erhob, gipfelte in dem Bestreben, die Stellung des österreichischen Gesamtstaats als etwas für sich Berechtigtes von den deutschen Verhältnissen unabhängig zu gestalten. Eine Entgliederung der alten österreichischen Provinzen des Reichs zu veranlassen, oder zu billigen, ist aber auch in dem offiziellen preußischen Entwurf der Bundesverfassung vom 13. September so wenig hervorgetreten, daß die Ausschließung der sämtlichen preußischen Länder rechts von der Elbe, also auch der Marken, als ein Äquivalent für die Entfernung halbslavischer Provinzen aus dem Verbande Deutschlands gefaßt ist, lediglich zu dem Zwecke, um den geographischen Bestand des alten Deutschen Reichs recht und redlich aufrecht zu halten. Auch Humboldt, Plessen und Wessenberg standen vollständig auf dem Standpunkt der alten Reichszusammengehörigkeit und der alten vornapoleonischen Geographie, während die praktische Politik das möglichst größte Preußen für das wahrhafte Deutsche Reich zu wünschen gehabt hätte.

Heute vermag jeder Staatsrechtslehrer den Unterschied zwischen dem neuen Deutschen Reich mit seinem preußischen Kaisertum und dem römischen Reich deutscher Nation haarklein auseinanderzusetzen und weiß, daß es keinerlei Rechtskontinuität zwischen diesen beiden historischen Gebilden gibt. Im Jahre 1815 sprachen von dem neuen Deutschen Bund als einer selbstverständlichen geographischen Fortsetzung des alten Deutschen

Reichs selbst die auswärtigen Mächte, die denselben förderten und garantierten, indem sie nichts anderes dachten, als daß inmitten Europas an der Stelle des alten Deutschen Reichs ein föderatives Staatengebilde von gleichem oder ähnlichem Umfang bestehen sollte. Hierbei war weniger eine Rücksicht auf das nationale Band, als auf die Notwendigkeit des europäischen Gleichgewichts genommen worden. Für dieses waren die Einheitsträume der patriotischen Denker Deutschlands selbst etwas völlig gleichgültiges und wenn sich diese in zahlreichen Schriften auf die idealen Bedürfnisse und Wünsche des deutschen Volkes beriefen, so machten sie den Praktikern damit den Eindruck von Pronunciamentos spanischer Generale, hinter denen wenige oder gar keine Truppen marschierten.

Niemand wird den guten Geist und Patriotismus verkennen, der durch die Schriften Friedrich von Gagerns, Pfizers, Welckers, des Hoffmannschen Bundes und mancher anderer wohlmeinender deutscher Schriftsteller über weitere Kreise sich in dem Sinne einer gewissen Vorherrschaft Preußens allmählich zu verbreiten begonnen hatte. Auch Arndt war nicht ohne die Empfindung, daß es sich in der deutschen Frage um das Problem handle, Preußen an die Spitze des Deutschen Bundes zu stellen; aber weder früher noch später wagte jemand den Gedanken auszudenken, daß es sich um eine Umwandlung aller geographischen und historischen Voraussetzungen dabei handle und um eine Veränderung, welche, soweit geschichtliche und staatliche Erinnerungen reichten, wohl noch niemals im Wege freundschaftlicher Abmachungen erreicht worden sind.

So hatte ein reeller Einheitsgedanke in der ersten Hälfte des Jahrhunderts sich kaum noch in jenen Höhen praktisch bemerkbar gemacht, in denen damals die Geschicke des deutschen Volks in sehr absolutistischen Formen zur Entscheidung gebracht zu werden pflegten. Es war ein Zufall, daß die Bemühungen des Generals von Radowitz eine Bedeutung erhalten konnten, als er seine unruhige Feder in den Dienst einer deutschen Politik

stellte. Es war nur dadurch möglich, daß eine unerwartete Verbindung zwischen einem national denkenden Fürsten und dem entschlossenen für jene Zeit sehr offen sprechenden militärischen Publizisten geschlossen wurde. Indem beide die deutsche Einheitsfrage zum Gegenstand ihrer Erwägungen machten, war eigentlich zum erstenmal der entscheidende Gedanke hervorgetreten, daß von preußischer Seite Einigungen besonders in Betreff der Wehrkraft und des Rechtslebens ausgehen müßten, wie sie für den wirtschaftlichen Verkehr geschlossen waren. Aber auch der König dachte nach dem eigenen Zeugnis von Radowitz lediglich an eine solche nähere Verbindung deutscher Staaten, zu welcher Österreich selbst seine Einwilligung geben sollte. Radowitz dachte zwar nach seiner Denkschrift vom 20. November 1847, von der Wahrscheinlichkeit, Österreich werde sich zu irgend welchen Zugeständnissen an Preußen herbeilassen, sehr gering; aber er bestärkte den König doch in der Meinung, daß Preußen an die Spitze einer engeren Verbindung der rein deutschen Staaten treten müsse. Das letztere Ziel war es, welches Friedrich Wilhelm IV. seiner Regierung gesetzt hat, aber es scheiterte an dem Verhängnis, daß sein Streben weder in den unteren, noch in den höchsten Kreisen des deutschen Volkes und seiner Regierungen Verständnis fand

Bedeutungsvoll blieb indessen immerhin die Tatsache, daß der König von Preußen nicht nur einen neuen Verfassungszustand Deutschlands ins Auge gefaßt, sondern auch zum erstenmal ein faßbares politisches Programm in Gemeinschaft mit Radowitz aufzustellen suchte. Eine Folge davon war, daß die Persönlichkeit Friedrich Wilhelms einen Mittelpunkt für alle strebenden Geister bildete, die dem unklaren Einheitsdrang durch regelrechten Anschluß an Preußen und sein königliches Haus einen reellen Inhalt zu geben gedachten. Dadurch, daß Friedrich Wilhelm IV. seit Friedrich dem Großen der erste preußische König war, dem es gelang eine politisch anhängliche Gesellschaft der höchsten Kreise um sich zu sammeln, kann seine Bedeutung für die Verwirklichung dessen, was aus Deutschland heute ge-

worden ist, nicht hoch genug angeschlagen werden. Es bildete sich in den vierziger Jahren ein Kreis von fürstlichen Personen, welche im Anschluß an den König und mit ihm die deutsche Frage zu lösen hoffte und da dieser Kreis die jüngere Generation umfaßte, die demnächst die Regierung der deutschen Lande in ihre Hände nehmen sollte, so lag in den von Friedrich Wilhelm zuerst und in einer auf den Thronen bis dahin unerhörten Weise begünstigten Richtung in Bezug auf Deutschlands Zukunft ein erzieherisches Moment von der größten Bedeutung. Seit 1842 gehörte es bei den verschiedensten Zusammenkünften von Herrn aus fürstlichen Häusern, besonders auch unter Vorantritt des Königs von Preußen fast zum guten Ton, die deutsche Frage zu erörtern. Die jungen Prinzen von Baden, Oldenburg, Koburg, Meiningen und viele andere bildeten eine Gesellschaft von Opponenten gegenüber den konservativen Bundesmächten und insbesondere dem führenden Österreich, welche dem alten Fürsten Metternich sehr unheimlich war.

Der König hörte von der ihn umgebenden Schar jüngerer deutscher Fürsten nicht ungern die Worte der Versicherung, daß man ihn als den Hort deutscher Zukunft und Stärke ansähe und er war längst entschlossen dieses Vertrauen zu rechtfertigen und wahr zu machen, obgleich ihm ein klares Programm von keiner Seite vorzuliegen schien. Den Gedanken einer Auseinandersetzung mit Österreich auf Grund einer Teilung der Gewalten und der überlieferten Rechte und Ansprüche hatte er niemals aufgegeben und wenn man ohne Voreingenommenheit die Äußerungen Friedrich Wilhelms IV. prüft, so darf man immerhin sagen, daß politisch und staatsrechtlich mancherlei Verbesserungen der Bundesverhältnisse im Wege von Verhandlungen und Kompromissen zwischen den Regierungen denkbar gewesen wären. An eine kriegerische Lösung der Verfassungsverhältnisse Deutschlands glaubte vor dem Jahre 1849 aber niemand und die, welche dergleichen wünschten, standen auf einem revolutionären und republikanischen Standpunkt. Aber für eine legitime Lösung

des großen Problems bildete die irreführende Erinnerung an das alte Deutsche Reich und Kaisertum auch jetzt noch immer erneuerte Schwierigkeiten unüberwindlicher Art. Was die Romantik geschichtlicher Überlieferungen tun konnte im Kopf und Herzen des Volkes den Wunsch und Gedanken der nationalen Einheit zu stärken, das verhinderte und erschwerte dieselbe in dem Augenblicke, wo man daran ging ein nüchternes, politisches Programm einer Einheit Deutschlands zu stande zu bringen.

Bei dem Ausbruche der Revolutionen von 1848 lagen demnach die Dinge, politisch betrachtet, ungeheuer hoffnungslos, und man sollte endlich aufhören, allen den schwatzhaften Resolutionen von Abgeordnetenkammern und Volksversammlungen die entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des heutigen Reichs beizulegen. Es war vielmehr eine ungeheuere Unfähigkeit hervorgetreten, nicht nur in der Aufstellung eines politischen Programms — das wäre ja wohl nicht so schlimm, aber vor allem auch in der Auffassung und Erkenntnis des politischen Problems. Sofern nun die Anregungen zu einer Reform des Deutschen Bundes von den deutschen Regierungen noch unmittelbar vor den Märzereignissen in Wien und Berlin angenommen worden waren, fehlte es auch diesen durchaus an einer Direktive für die Herstellung einer wirklichen Einheit und an dem Dualismus von Österreich und Preußen scheiterten von vornherein alle Vorschläge einer Verbesserung, wobei man nicht außer acht lassen darf, daß der, welcher sich in seinem politischen System mit am wenigsten von der Unvermeidlichkeit und notwendigen Erhaltung des ganzen Bundes mit Einschluß von Österreich loszumachen im stande war, niemand anderer als der König selbst war. An ein Ausscheiden des Kaiserstaates glaubte Friedrich Wilhelm niemals, und ein Herausdrängen desselben hätte er für unklug und selbst verbrecherisch im Sinne der preußischen Politik gehalten. In späterer Zeit und nach dem Scheitern aller Reformversuche bezeichnete er Gedanken von kriegerischer Abrechnung mit Österreich nicht als unmöglich, doch nur dann als zulässig, wenn

sie von einem Helden, wie der große Fritz gefaßt worden wären. Er selbst mochte sich eines solchen Unternehmens nicht unterwinden, aber indem er wenigstens die Notwendigkeit einer Kriegstat zur Lösung der deutschen Frage erwogen hatte, bewies er schon, daß ihm so wenig wie seiner Umgebung die Schwere der deutschen Frage fremd war. Es war die Entdeckung gemacht worden, daß die vielbesprochene deutsche Einheit eine Frage des Krieges sei.

Der Gedanke einer neuen Staatsordnung ist aber zum erstenmal im Siebzehnerausschuß des erweiterten Bundestags von Dahlmann in eine politisch besprechbare Form gebracht worden, und der Maßstab, sowie die Absicht eines deutschen Einheitsstaates war im neunzehnten Jahrhundert nirgends systematisch und grundlegend angekündigt worden, wie in dem Verfassungsentwurf, welchen die siebzehn Vertrauensmänner, wenn auch nur mit kleiner Majorität dem Bundestage übergaben und zur Annahme empfahlen. Hier war das Kaisertum, hier war ein einheitliches Heer, eine Reichsgewalt, welche ausschließlich über Kriegswesen, Diplomatie, Handels-, Zoll- und Verkehrswesen unter der Mitwirkung eines aus dem allgemeinen gleichen Stimmrecht hervorgegangenen Parlament verfügte. Der geniale Wurf war darin zu sehen, daß der Ausschluß Österreichs und die Notwendigkeit der Übertragung der höchsten Würde und Machtstellung des Reiches auf das preußische Königtum, wenn nicht statutarisch gefordert, doch greifbar vorausgesetzt wurde.

Daß der Entwurf nicht zur Ausführung, selbst nicht zur Verhandlung weder im Bundestag noch in der konstituierenden Nationalversammlung kam, mindert nicht seine Bedeutung, weil alle Fragen, die für die nachträgliche, wirkliche Kaiser und Reichsgründung entscheidend geworden sind, hier durchaus und zwar embryonisch festgestellt sind, und weil der Entwurf auch von Fürsten und Regierungen vom ersten Augenblick an so angesehen wurde, daß man dazu Stellung nehmen mußte und eine Stellung nahm. Als erstes Ergebnis des klar ausgesprochenen Programms

zeigte sich die scharfe Sonderung der Parteien. Es war zum erstenmal, daß eine Verbindung von Männern auftrat, die klipp und klar verlangte, daß Preußen an die Spitze von Deutschland gestellt werde. Die Erscheinung war so überraschend, daß selbst der alte Metternich in seinem Exile aufgeschreckt worden war und sich seit jenen Tagen nimmermehr von der Idee befreite, daß Preußen Eroberungen machen wolle. Immer wieder hat er in den nächsten Jahren in Berlin vor dieser Richtung warnen lassen und immer wieder hat er Herrn von Prokesch die Gefahren der preußischen Ambitionen geschildert und sie zu bekämpfen gewünscht. Er zeigte darin seinen bewährten richtigen Blick und es ist nichts so unangemessen, als daß es Geschichtschreiber gibt, welche dem alten Kutscher von Europa übel nehmen, daß er vorausgesehen hat, wie die Richtung auf das preußische Kaisertum die vollendete Umwälzung seines Werkes und den Absturz Österreichs zu bedeuten habe. Er hatte recht behalten und statt dankbar zu sein, daß er das richtige prophezeite, ist der Philister häufig beschränkt genug, hinter der richtigen österreichischen Erkenntnis der Lage Bosheit und Schlechtigkeit zu sehen. Freilich in Frankfurt haben politisierende Professoren und Dilettanten geglaubt, Österreich werde hingehn und sich freiwillig an dem Stricke erhängen, den die preußische Auffassung der Dinge ihm gedreht hatte. Erster Erfolg des Dahlmannschen Entwurfs war aber die vollkommene Einsicht, daß Deutschland nur erstehen kann, wenn Österreich von seinem Frankfurter Stuhl herabgeworfen ist. Der zweite Erfolg war in den Mittel- und Kleinstaaten zu suchen. Von den Zeitgenossen, welche Erinnerungen an jene Jahre veröffentlicht haben, ist es ein Verdienst des Herzogs Ernst II. von Koburg gewesen, bestimmt ausgesprochen zu haben, daß von einer Unterwerfung unter eine preußische Vorherrschaft an deutschen Höfen mit Ausnahme eines halben Dutzend von jüngeren tüchtigen, frei und deutsch gesinnten Prinzen, auf welche schon hingewiesen wurde, kein Mensch auch nur an die Möglichkeit gedacht hat, eine solche Eventualität auch nur ernstlich zu

erwägen. Es würde uns die Abfassung einer Spezialgeschichte der deutschen Höfe zumuten heißen, wenn wir die Stimmungen in dieser Beziehung im einzelnen schildern wollten. Bis dicht an das Jahr 1866 begegnete Preußen bei den meisten Dynastien nicht nur einer namenlosen Eifersucht, sondern auch einer vorwiegenden Geringschätzung, besonders nach der dynastischen Seite hin, wo man die alten Nürnberger noch gar häufig als eine Art von Parvenue betrachtete. Niemand wußte dies besser, als der König Friedrich Wilhelm selbst und seine Brüder. Wir wollen hier nur die typischen Gestalten aus der Reihe der Fürstenfamilien kennzeichnen, die berufen gewesen wären, auf die neue Gestaltung der deutschen Frage einzuwirken. In erster Linie steht hier der Wittelsbacher Ludwig I. Wenn man Nationalität und Deutschtum im Sinne kultureller, künstlerischer und wissenschaftlich literarischer Gesichtspunkte verstanden wissen wollte, so ist doch wohl der dichtende Bayer kaum mit irgend einem anderen Manne fürstlichen Geblütes der ersten Hälfte des Jahrhunderts vergleichbar; seine hochachtbare Haltung in der napoleonischen Zeit hebt ihn hoch über jeden Verdacht empor, als ob nicht das wärmste deutsche Herz in seiner Brust geschlagen hätte.

Im Befreiungskrieg pries Ludwig von Bayern das preußische Volk in Versen und in Prosa, weil es wieder „teutsch“ geworden sei; „teutsch“ wurden die Preußen alle, aber daß er jemals eine politische oder staatsrechtliche Konsequenz aus dieser Anerkennung Preußens zu ziehen gemeint gewesen wäre, kann nicht behauptet werden. Praktisch war und blieb Ludwig ein Verfechter der losesten Staatenverbindung und wenn man seine Verse auch bespöttelt: „Als Bayern teutscher nichts es gibt, Im Süden nicht und nicht im Norden“, so erfreut doch durchaus sein herzliches Interesse für Schleswig-Holstein zu jeder Zeit. Noch in den letzten Märzproklamationen des Königs waren der Zeitstimmung für Deutschlands Einheit gutgemeinte Worte geliehen, aber von einem Aufgeben irgend welcher Souveränetätsrechte, oder von Opfern der partikularen Königsrechte zu Gunsten irgend einer

anderen Macht war nicht die leiseste Spur. Als in der spätern Entwicklung der deutschen Frage sich die Parteien nach den Gesichtspunkten eines großdeutschen und kleindeutschen Programms teilten, stellte sich der vom Throne herabgestiegene Monarch unbedingt auf die österreichische Seite, wenn man auch nicht behaupten könnte, daß er einer österreichischen Vorherrschaft je freundlicher gesinnt gewesen wäre als der preußischen.

Den offiziellen Standpunkt gegenüber der preußischen Regierung bezeichnete der Sohn König Ludwigs, zu dessen ersten Aufgaben es gehörte zu Dahlmanns Kaiser und Reichsverfassung Stellung zu nehmen. „Bayern erklärte“, wie Herr von Sybel nicht übel es ausdrückt, „in einem tragikomischen Gepolter Dahlmanns Arbeit für einen Fürsten und Völker vernichtenden Entwurf, welcher die Rechte der Einzelregierungen zerstöre, den Volksstämmen die Freiheit der Entwicklung raube und in der Zentralgewalt eine alles innere Leben ertötende Despotie begründe.“ Der Gegenentwurf Bayerns war unter persönlicher Teilnahme des jungen Königs Max II. ausgearbeitet worden und stellte Preußen nicht nur auf eine Stufe mit den Mittelstaaten, sondern selbst mit den kleinsten Fürsten. Die feste Sympathie, welche sich in Bayern, wie in allen Mittelstaaten für das österreichische Kaiserhaus zeigte, war von der Überzeugung getragen, daß dieser, jedes innern Zusammenhangs entbehrende Hausstaat engere Verbindungen in Deutschland von selbst unmöglich mache und die Dynastie im lockeren Staatenbund die einzige Garantie der eigenen und der Souveränetät aller anderen Bundesländer immer erblicken werde.

In Württemberg, Sachsen und Hannover würde eine Zustimmung besten Falles von den Thronfolgern zu erwarten gewesen sein, aber auch der bedeutendste und gelehrteste unter diesen, Prinz Johann von Sachsen, war ein Gegner des Siebzehnerentwurfs in dem Maße, daß er die Idee, Preußen könnte an die Spitze eines deutschen Kaisertums gestellt werden, noch im Frühjahr 1848 lediglich belächeln zu sollen meinte. Nichts ist charakteristischer

für die Auffassung und wirkliche Lage der Dinge im Beginne der nationalen Bewegung, als das Verhalten dieses hochgeachtetsten, staatsmännisch unterrichtetsten deutschen Fürsten. Herzog Ernst von Koburg, der vermöge seiner Stellung in der sächsischen Armee am Dresdener Hofe beliebt war, wußte von einer äußerst bezeichnenden Äußerung eben des Prinzen Johann zu erzählen: „Wenn man die neun Kurfürsten des alten deutschen Reiches wiederherstellen würde, so würde die Wahrscheinlichkeit den Fürsten von Reuß-Greiz zum Kaiser zu bekommen größer sein, als den König von Preußen; er selbst würde keinen von beiden wählen." In Hannover bezeichnete Stüve den Siebzehnerentwurf als eine deutsche Professorenarbeit und meinte, daß die Vertrauensmänner das Vertrauen ihrer Souveräne nicht gerechtfertigt hätten. Er hatte ohne Zweifel damit auch die Meinung seines Königs ausgesprochen, während der unglückliche Kronprinz Georg wohl nie in dem Verdacht gestanden hatte, dem preußischen Königshause Sympathien entgegengebracht zu haben, die doch Ernst August gerade in jenem Augenblicke noch dem von London zurückkehrenden Prinzen von Preußen bezeugte. Ein viel stärkerer persönlicher Gegensatz fand sich in Württemberg bei König Wilhelm, dessen Äußerungen gegen die preußische Politik noch auf der Bregenzer Konferenz im Oktober 1850 selbst in österreichischen Kreisen Erstaunen erregen konnten, und der sich ganz besonders über den Feldzug und die Besetzung Badens durch die preußischen Truppen unter dem Prinzen von Preußen gegenüber dem Prinzen Friedrich von Baden auf das ausfälligste aussprach. Man stand am württembergischen Hofe noch unter dem Gesichtspunkte, daß Preußen einer anderen Nation angehöre, als Württemberg. Es würde zu den verhängnisvollsten und bedenklichsten Schilderungen führen, wenn man von der Stellung der hessischen und noch mancher anderer Höfe zu den preußischen Vettern aus Anlaß der durch den Siebzehnerentwurf entstandenen Angst vor Preußen sprechen sollte. Es war mit einemmal eine förmliche Panik durch ganz Deutschland verbreitet, welche bewies, daß man

bis dahin fast noch nirgends auch nur an die Möglichkeit gedacht hatte, daß Preußen an die Spitze von Deutschland treten könnte.

Wenn man nun an die Erörterung der Frage herangeht, wie sich Preußen selbst und in erster Linie das königliche Haus zu der Einheits- und Kaiserfrage und speziell zum Siebzehnerentwurf stellten, so ist von vornherein klar, daß das Verhalten und die Stimmung der anderen deutschen und europäischen Höfe und Staaten für den preußischen Staat und vor allem für seine Dynastie maßgebend sein mußte. Es ist unbegreiflich, daß bei der Beurteilung des Königs von Preußen und besonders auch seines großen Bruders fast nie in Betracht gezogen worden ist, daß die Auffassung dieser beiden Häupter des größten deutschen Staates, des Staates, der kein bloßer deutscher Bundesstaat, sondern eine europäische Großmacht war, durchaus abhängig sein mußte von der Meinung, die die anderen Fürsten Deutschlands und Europas von der deutschen Frage hatten. Dieser vollkommenen Abhängigkeit war sich schon Friedrich Wilhelm bewußt und sie ist für den nachmaligen Kaiser Wilhelm eines der entscheidendsten Momente seiner ganzen Regierungspolitik in Betreff der deutschen Frage geblieben. Mit gutem Grund. Wäre es anders gewesen, so hätte die Ansicht Metternichs, daß Preußen in Deutschland auf Eroberungen ausginge, wahr sein müssen. Aber diese Ansicht war nicht nur grundfalsch, sondern sie sollte es auch nach dem Willen und der Gesinnung beider Könige von Preußen sein und bleiben.

Was den preußischen Herrschaften sehr wohl bekannt war und was für sie absolut feststand, war eben die Abneigung, welche in den meisten deutschen Fürstenhäusern und bei einem größeren Teile der Bevölkerungen ausgesprochenermaßen bestand, den Hohenzollern eine vorherrschende Stellung in Deutschland einzuräumen. Wenn man daher die Frage erörtert, wie sich Friedrich Wilhelm und sein Bruder erst zu dem Entwurfe Dahlmanns und nachher zu der immer weiter greifenden deutschen

Bewegung verhalten haben, so muß man zugestehen, daß ihre wirklichen Motive bisher nicht im geringsten erkannt worden sind. Vor allem ist es nötig, die Frage zu teilen. Zweierlei ist es nämlich, von der Gesinnung dieser Hohenzollern rücksichtlich des Deutschen Vaterlands und seiner nationalen Entwicklung überhaupt zu sprechen und das Verhalten zu beurteilen, welches ihnen ihr Staatsinteresse, ihre europäische Stellung und endlich nicht zum mindesten ihr eigener Stolz und ihre Bedürfnislosigkeit vorschrieb. Eine kriegerische Aktion zur Erweiterung der preußischen Macht in Deutschland war für den König Friedrich Wilhelm ein für allemal ausgeschlossen, und König Wilhelm war für eine solche nur unter der Bedingung einer defensiven militärischen Haltung zu gewinnen, wie sie durch den Gang seiner nachherigen Politik bezeichnend war. Eine endliche Machterweiterung Preußens war nur durch den gesamten Inhalt eines großen Heldenlebens denkbar, welches auf seinem Höhepunkt in dieser Schrift geschildert und verständlicher gemacht werden soll.

Zunächst kehren wir zu den Siebzehnern in Frankfurt zurück. Daß der König nicht zögerte, sein persönliches und sachliches Interesse an der deutschen Verfassungsfrage an den Tag zu legen, könnte wohl als ein ausreichender Beweis dafür angesehen werden, wie aufrichtig deutschgesinnt der König war. Sein Hauptaugenmerk richtete sich aber darauf, was er für möglich und wahrscheinlich halten durfte, wenn er nicht entschlossen war, die ganze deutsche Frage kriegerisch zu lösen. Dahlmann selbst und mit ihm viele andere Professoren und Doktrinäre waren in dem Irrtum begriffen, daß ein König von Preußen etwas zugestehen könnte, was er nicht gleichzeitig mit dem Schwerte zu verfechten entschlossen war. Betrachtet man nun die Denkschriften und Briefe, die der König in der deutschen Frage mit Dahlmann wechselte, so muß man sagen, daß seine Darlegungen Meisterstücke von Klarheit und politischer Aufrichtigkeit gewesen sind. Namentlich hat er mit größter Raschheit und Schärfe alles das zu bezeichnen gewußt, was von ihm

und von Preußen in der deutschen Frage nicht erwartet werden durfte. In erster Linie verweigerte er jeden Schritt, der das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland herbeiführen konnte, weiter trat er jedem Gedanken entgegen, eine Einheit ohne die volle Übereinstimmung der deutschen Fürsten herstellen zu wollen und endlich verwarf er auf das entschiedenste jede wie immer geartete Neuerung, die aus dem Prinzip der Volkssouveränität hervorgegangen sein möchte. Aber neben dem, was der König nicht wollte, gab es eine große Anzahl von Punkten, die er durchaus billigte und die beweisen, daß Preußen an der Neugestaltung Deutschlands und an der Umwandlung des Staatenbundes in ein bundesstaatliches Gemeinwesen allerdings mitzuwirken entschlossen war. Tatsächlich bilden daher die Erörterungen, die zwischen Dahlmann, dem König, dem Prinzen von Preußen, dem Prinzen Albert im April und Mai gepflogen wurden, die vornehmste Grundlage aller späteren Entscheidungen in der deutschen Frage. Friedrich Wilhelm IV. suchte den Dualismus zwischen Preußen und Österreich durch ein System zu überwinden, welches nur bei einer ungewöhnlichen geistigen und politischen Einsicht österreichischer Staatsmänner durchzuführen gewesen wäre, welches aber, an und für sich betrachtet, sehr große Vorzüge gehabt hätte, und von der späteren Publizistik unterschätzt worden ist. Sein Gedanke, dem lothringischen Hause ein Ehrenkaisertum zu lassen und infolgedessen die ältesten deutschen Länder der gewaltigen Alpenwelt Mitteleuropas, für welche der geschichtskundige König ein großes Interesse hatte, in einer weiteren Verbindung mit dem engeren deutschen Bunde festzuhalten, entsprach allen jenen Wünschen, die die politisch denkenden Männer damals und später in Betreff des Verhältnisses von Österreich zu Deutschland gehegt haben. Die Form, in welcher Friedrich Wilhelm das 70 Millionenreich herstellen wollte, war nur etwas kühn erdacht und nur bei sehr gutem Willen und großem politischen Verstand ausführbar. Es war aber ein großartiger Plan aufgestellt worden und es muß doch

gesagt werden, daß der geistreiche König mit seiner Idee und in der Idee jedenfalls etwas herbeiführen wollte, was viel dauerhafter zu sein versprach, als die Entwürfe anderer Art und selbst als die nachher tatsächlich auch nicht durchführbare Reichsverfassung. Das Entscheidende in den Überlegungen des Königs war aber, daß er nach seiner genauen Kenntnis der Persönlichkeiten voraussetzen konnte, Preußen würde auf eine Wahl zum Erbkaiser im Gegensatz zu Österreich von seite der wenigsten Fürsten zu rechnen haben. Diese Erkenntnis war auch für den Prinzen von Preußen maßgebend und er sprach daher, als man ihm den Entwurf Dahlmanns vorlegte, die bescheidene Meinung aus, daß die gewünschte Kaiserherrlichkeit eher noch auf dem Wege einer Wahlmonarchie, als auf dem einer der Erblichkeit Aussicht auf Verwirklichung hätte. Sehr beachtenswert bleibt aber die gesamte Auffassung des Prinzen von Preußen über die deutsche Frage und über die Neugestaltung des Bundes in den Jahren der nationalen Auferstehung besonders deshalb, weil die spätere Stimmung und Haltung des großen Kaisers in derselben schon ganz deutlich hervortritt. Wer sein Schreiben an Dahlmann nur richtig verstehen will, erkennt darin bereits die Auffassung Wilhelms I. als König und als Kriegsherr in den entscheidenden Tagen von Versailles wieder. Schon 1848 ging der Prinz von Preußen in der Beurteilung des Dahlmannschen Entwurfs um einen Schritt weiter als sein königlicher Bruder. Dieser mochte lebhaftere Empfindungen gegenüber der nationalen Frage besitzen, das praktische Erkennen der Notwendigkeiten und der Mittel und Wege war auf seite Wilhelms. So machte sich dieser wenig Illusionen über den Widerstand Österreichs, er war aber überzeugt, daß Preußen sich durch keine Rücksicht auf den feindseligen Hof in seiner Politik stören und beeinflussen lassen dürfe. Überhaupt ist nichts erfreulicher, als zu bemerken, wie in den Zeiten der deutschen Bewegung von 1848 und 1849 genau derselbe Charakter, derselbe ruhige und sichere politische Standpunkt hervortritt, wie er in den Jahren der Reichsgründung sich be-

währte: die freie, wohlwollende Gesinnung in Betreff einer ausführbaren Verbesserung der nationalen Verhältnisse, die volle Nüchternheit in der Beurteilung dessen, was von anderen Seiten zu erwarten war und endlich die Überzeugung von der selbstgewissen Stellung Preußens, welches sich von niemand Vorteile zu erbitten braucht bei Ausübung dessen, was Preußens Pflichten sein werden. Der Prinz von Preußen hatte nicht die Meinung, daß man auf den guten Willen der deutschen Regierungen in einer Sache rechnen dürfte, von der angenommen wurde, daß sie für Preußen günstig wäre. Vielmehr hatte er die Ansicht, daß das Wahlkaisertum das einzige wäre, was allenfalls geschaffen werden könnte. Alsdann, so dachte er, stand Preußen bereit, seine Opfer für die deutsche Sache zu bringen, wenn die Deutsche Nation durch seine Fürsten es rufen sollte. Nicht mehr, nicht weniger. Ein starkes, gewaltiges Preußen, bereit für Deutschland einzutreten, wenn man es wollte. Eroberungen in Deutschland lagen auch ihm fern und zwar sowohl kriegerische, als moralische. Er hatte eine großartige Vorstellung von der Stärke Preußens, die er schon in den Zeiten Friedrich Wilhelms III. nicht hinlänglich benützt glaubte, als er sich äußerte: „Was die äußere Lage unseres Staates betrifft, so muß ich leider ganz ihrer Ansicht beitreten: hätte die Nation 1813 gewußt, daß nach elf Jahren von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert, solchen Resultates halber? Es ist dies eine gewichtige, aber schmerzlich zu beantwortende Frage."

Noch bezeichnender für den Prinzen von Preußen war es, daß er sich bei der Kritik des Dahlmannschen Entwurfes in erster Linie auf dasjenige bezog, was das militärische betraf. Schon damals sagte er: „Es könnte dem deutschen Vaterlande einst teuer zu stehen kommen, wenn es bei Kriegsereignissen erst einsähe, daß es sich ein undisziplinierteres Heer organisiert

hätte." Und alsdann schloß der Prinz sein Schreiben mit der vollendetsten Anerkennung des Dahlmannschen Entwurfs: „Abgesehen von diesen Diskussionspunkten gebührt Dahlmann ein unbedingtes Lob für die Großartigkeit der Auffassung der neuen deutschen Verhältnisse, die aus nur echt deutschem Herzen entsprungen sein kann und die Anerkennung des Gesamtvaterlandes verdient, wie nicht minder die ganz ausgezeichneten Einleitungsworte, welche den Verfassungsvorschlag begleiten." Seit jenen Tagen ist der Prinz von Preußen niemals wieder an den Wandlungen der deutschen Einheits- und Kaiserfrage gleichgültig vorbeigegangen, und es gibt keine törichtere Meinung, als wenn die Biographen des Kaiser Wilhelm die Frage erörtern zu müssen glauben, ob er eigentlich mehr deutsch, oder mehr preußisch gesonnen gewesen wäre, ein philisterhaft ausgedachter Gegensatz, der gar niemals die leiseste praktische und politische Bedeutung haben konnte. Richtig ausgedrückt, würde zu sagen sein, daß es im Laufe der Einzelerscheinungen seit 1848 oftmals Momente gab, wo sich die preußische Regierung zu entscheiden hatte, ob sie ihre selbständige, selbstbestimmende Stellung zu Gunsten einer größeren Einheitlichkeit des zu gründenden Reichs aufgeben könnte. Je mehr sich Preußen als „saturierten" Staat betrachten durfte, desto bestimmter war zu erwarten, daß die Einheitsideen sich ihm anpassen werden, nicht umgekehrt. Praktisch konnte, sofern die Schöpfung von, mit und durch Preußen vor sich gehen sollte, von etwas anderem gar nicht die Rede sein. In der Überzeugung des Prinzen von Preußen und späteren Königs versteifte sich selbstverständlich diese Auffassung zu einer Art von Maxime, die ihm eine überwältigende Ruhe und Sicherheit auf dem Wege einer der glorreichsten Reichsgründungen gab, welche die Geschichte kennt.

Es ist wichtig für die Beurteilung der späteren Vorgänge das Verhalten des Prinzen und Königs gleichsam etappenmäßig in den 22 Jahren der Vorbereitung zu verfolgen. Zunächst die Frankfurter Kaiserwahl. Daß die Lösung der deutschen Frage

zu einem Kampf zwischen Österreich und denjenigen Regierungen führen müsse, welche die Reichsverfassung mit dem preußischen Kaiser annehmen würden, war für jeden einsichtigen Politiker schon vor der Kaiserwahl entschieden, und daß es eine Torheit war zu glauben, daß der König von Preußen die angebotene Kaiserkrone annehmen könne, ohne gleichzeitig Krieg auf Tod und Leben zu rüsten, ist wohl heute von allen Geschichtskundigen wohl verstanden. Auch darf man es jetzt als einen glücklichen Nachweis aus den Akten und Protokollen des preußischen Staatsarchivs durch Herrn von Sybel betrachten, daß die von der Frankfurter Nationalversammlung vollendete Verfassungs- und Kaiserfrage von der preußischen Regierung sachlich geprüft und erörtert worden ist. Für die spätere Entwicklung des Reichs wird es aber von nicht minderem Interesse bleiben wie der Prinz von Preußen sich zu dem großen Ereignis stellte, welches als eine nationale Tat und Leistung immerhin bestehen bleibt, so viele Fehler und Irrtümer dabei den Vertretern eines von seinen Regierungen und Fürsten verlassenen Volkes auch immer begegnet sein mochten. Der König hatte gegenüber den Beschlüssen und dem Antrage der Paulskirche seine Willensmeinung in jene Sätze zusammengefaßt, welche den Ausschluß Österreichs aus Deutschland für ausgeschlossen, die Neubildung der Bundesverhältnisse von der Mitwirkung der Könige abhängig und die Annahme des Kaisertitels für unangemessen erklärte. Der Prinz von Preußen nahm zu diesen Fragen eine etwas abweichende Stellung ein, wie von allen Kronzeugen dieser bewegten Tage übereinstimmend berichtet ist. Er hatte noch im Dezember sein großes Interesse für die künftige Wehrverfassung Deutschlands an den Tag gelegt, indem er eine Denkschrift veröffentlichen ließ, in welcher er mit eminenter Schärfe und Überzeugungstreue das preußische Militärsystem gegen jeden Eingriff reichswillkürlicher und dilettantischer Einrichtungen, wie sie der alte Bund unter Österreichs Einfluß fortbestehen lassen wollte, verteidigte. Und es war für das Wesen seiner deutschen Gesinnung besonders be-

zeichnend, daß er schon damals verlangte, es müsse, sofern Deutschland keine Phrase bleiben sollte, das ganze Reich auf die Basis des preußischen Wehrsystems gestellt werden. Dieser einzige Umstand entscheidet die Frage über den Gründer des heutigen Deutschlands für jeden, der weiß, daß Reich und Heer untrennbare Begriffe sind. Auf die eigentliche politische Gestaltung einzugehen, war zunächst kein Grund. Als aber im neuen Jahre die preußische Entwicklung des Reichsgedankens in der Paulskirche zu immer größerer Klärung vorschritt, so war auch für den Prinzen von Preußen der Moment gekommen, sich über die Lage genauer auszusprechen; und er tat es soweit bis jetzt bekannt ist in Briefen an den Großherzog von Mecklenburg im Februar und März. Wohltuend spricht sich darin vor allem die stramme Abkehr des Prinzen von allen radikalen Bestrebungen, wie sie auch in Mecklenburg zum Vorschein gekommen waren aus und es ist Pflicht des Geschichtschreibers nicht den Schein zu erwecken, als ob der Prinz auch nur einen Augenblick seines Lebens eine unlautere Hinneigung zu liberalisierenden Versuchen und zu radikalen Parlamentariern gehabt hätte. Was er dem Großherzog von Mecklenburg über die deutsche Verfassungsfrage schrieb, erhält seine höhere Weihe durch die ernste Mahnung mit dem mecklenburgischen Radikalismus ins Gericht zu gehen. Nur wer so zur Ordnung rufen konnte, durfte sich legitimiert erachten, andererseits den Wunsch zu äußern, daß der deutsche Bund einer gründlichen Umgestaltung seiner Verfassung unterzogen werde. Daß hierbei von seite des Königs zuviel Rücksicht auf Österreich genommen wurde, war eigentlich die wesentlichste Differenz zwischen den hohen Brüdern. Daher kam es denn auch, daß die Frankfurter Kaiserdeputation den Eindruck in Berlin gewann, als stände der Prinz von Preußen den Anschauungen des Frankfurter Parlaments näher, als der König. Mehrere Mitglieder der Kaiserdeputation haben sich über die freundliche Aufnahme, die sie von seite des Prinzen und seiner Gemahlin erfuhren, erfreut ausgesprochen und man schloß voreilig, der Prinz könnte

ein Verteidiger der Reichsverfassung sein wollen. Wir sind aber außer durch diese Kreise über die Meinung des Prinzen in den schwierigen Augenblicken der Kaiserablehnung bis jetzt so gut, wie gar nicht unterrichtet; und man wird sagen dürfen, daß es eine ganz ungenaue Geschichtskonstruktion wäre den Prinzen erst von der Kaiseridee eingenommen sich vorzustellen, und dann ihn wieder eine Wendung nehmen zu lassen, als er die revolutionäre Bewegung bemerkt, die diese Reichsverfassung im Gefolge hat. Alles das sind müßige Kombinationen. Was den Prinzen völlig einig mit dem König zeigt, ist der Widerwille gegen jede demokratische Unternehmung zu Gunsten der Reichsreform und Reichseinheit; wenn er den Kaisermachern weniger schroff entgegentrat, so lag dies, soweit man sehen kann nur daran, daß er die Gelegenheit für Preußen günstiger ansah, um energische und selbstbewußte Politik, insbesondere den anderen deutschen und außerdeutschen Mächten gegenüber zu machen. Von der Reichsverfassung wollte der Prinz so wenig wissen, als der König, vorausgesetzt, daß sie nicht gründlich revidiert würde. Von einem Umschwung des Prinzen aus Anlaß der revolutionären Erhebungen zu sprechen, ist unbegründet. Der Kern der Anschauungen des Prinzen ist in den Briefen an Natzmer am offensten geäußert. Hier gab er seiner soldatischen Überzeugung jederzeit Ausdruck, daß das, was immer für Preußen und von Preußen für Deutschland geschehen soll oder kann, jetzt wie zu allen Zeiten eben nur auf dem Wege der Waffen und Taten erreicht werden werde. Hierin spricht sich einer der stärksten Charakterzüge des Prinzen im Gegensatze zu seinem Bruder aus. Es gab jedem Menschenkenner die Überzeugung, daß die Regierung des Prinzen eine Regierung Hohenzollerschen Tatkraft, an Stelle der Redefertigkeit des Königs zu werden versprach.

In dem Kampfe um die von Preußen errichtete Union, hatte der Prinz von Preußen verhältnismäßig weniger unmittelbaren Anteil an den politischen Fragen und besonders betreffs der Revision der Reichsverfassung genommen, aber es bezeichnet

seinen ganzen Charakter und seine Denkungsart am deutlichsten, daß er sich sofort in aller Weise um die Verbesserung des Heeres bemühte. Jetzt weiß man auch durch seine Korrespondenz mit Manteuffel, daß er die ganze Lage sofort als eine militärische betrachtete und wenn man den Inhalt der Schreiben prüft, welche er in der Zeit des Konflikts mit Österreich und Bayern an den Minister richtete, so kann man nicht zweifelhaft sein, daß in ihm der neue große Friedrich, den sein Bruder als nötig erachtete, um Deutschland herzustellen, wirklich erwacht war. Es ist eine so sehr auf die militärische Ehre aufgebaute Politik, die der Prinz von Preußen vertrat, daß die vielumstrittene Kriegsfrage des Jahres 1850 doch nicht im Sinne Manteuffels und des Kriegsministers entschieden worden wäre, wenn Wilhelm schon die Regierung angetreten hätte. Wie er sich darüber zu erzürnen wußte, daß überall Weißröcke in deutschen Garnisonen liegen und wie er nur wenigstens dahin zu wirken suchte, daß dort, wo die Österreicher standen, auch Preußen erscheinen müßten, alles dies gibt ein so entschlossenes Bild von dem großen Nachfolger Friedrichs des Großen, daß man in jedem Worte seiner damaligen Schreiben bereits den Kanonendonner von Königgrätz zu hören meint. Er hat am 20. Februar 1851 eine Denkschrift über die politische Lage Preußens verfaßt, welche, wie der Herausgeber treffend sagt, auf jeder Zeile Zeugnis ablegt, von dem staatsmännischen, man kann wohl sagen prophetischen Blick ihres Verfassers. Er beweist darin, daß Österreich und Preußen die entgegengesetzten Wege in Deutschland gehen, daß Preußen seine Aufgabe habe Deutschland eine europäische Stellung zu verschaffen, daß die Unionspolitik diesem Ziele sich zu nähern schien und daß die Opferung der Souveränitätsrechte der Verbündeten, um gegen dieselben den mächtigen Schutz Preußens einzutauschen, das einzige wahre gewesen sei, was aus den Irrungen und Verwirrungen des Jahres 1848 hervorgegangen ist. „Je mehr diese Wahrheit vergessen wird je mehr schwindet auch die Möglich-

keit Deutschland zu einigen" ist seine treffliche Schlußfolgerung.

Indem aber der Prinz erkannte, daß die Aufgabe, welche Preußen gestellt war, zunächst für verfrüht angesehen werden mußte, so hielt er dafür, daß nichts anderes übrig bleibt, als Deutschland eine Neugestaltung zu geben, die der alten sehr ähnlich sehen werde. Er findet sich daher einstweilen in das Schicksal mit Österreich zusammen gehen zu müssen, aber es empört ihn, daß Preußen seine Selbständigkeit zu wenig an den Tag legt. Hierbei ist ihm vor allen Dingen darum zu tun, die militärische Ehre Preußens in jeder Weise gewahrt zu sehen. Die Grenze wo jede Nachgiebigkeit in der Politik gegen Österreich aufhören müsse, ist dort zu suchen, wo die Stellung der Armee in Frage kommt: „Daß auch ich kein Popularitätsjäger bin, habe ich Zeit meines Lebens bewiesen", schreibt er am 11. Dezember 1850, „es gibt aber eine öffentliche Meinung, vor der ich den Hut abziehe, das ist die, welche sich bei der Mobilmachung gezeigt hat. Dieser darf nicht ins Gesicht geschlagen werden."

Sehr interessant ist in den folgenden Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich der Umstand, daß der Prinz von Preußen nach Lage der Dinge im Prinzip nicht abgeneigt gewesen wäre, die von dem Fürsten Schwarzenberg ins Auge gefaßte Aufnahme von ganz Österreich in den Deutschen Bund zuzulassen. Seine praktische Denkungsart tritt jedoch sofort darin hervor, daß er in dieser Idee nur dann einen brauchbaren Kern sah, wenn sich daran die Bedingung schloß, daß eine engere Verbindung der Deutschen Staaten unter Preußen zugestanden werden müsse. In den Briefen dieser Epoche wehrt sich der Prinz gegenüber von Manteuffel nur dagegen mit aller Macht, daß den Österreichern Konzessionen gemacht werden, ohne daß die engere Staateneinheit Deutschlands unter preußischer Führung andererseits erreicht würde. Man sieht hieraus, wie außerordentlich klar und bestimmt dem Prinzen von Preußen

stets die Probleme vorschwebten, die er nachher wirklich gelöst hat. Die ununterbrochene Teilnahme des Prinzen von Preußen nicht nur an der Politik überhaupt, sondern an den Details der Geschäftsführung in allen folgenden Jahren bis zur Übernahme der Regentschaft ist heute als eine feststehende Tatsache bekannt. Von einer gleichsam notgedrungenen Unterbrechung der politischen Tätigkeit des Prinzen kann nur noch in sehr beschränktem Maße die Rede sein. Es ist aber richtig, daß die eigentlich innere Politik in Betreff der deutschen Angelegenheiten in den nächsten Jahren auch von dem Prinzen von Preußen nicht weiter verfolgt werden konnte. Alle deutsche Staatskunst beschränkte sich auf die fruchtbare Tätigkeit Bismarcks am Bundestage, die Übergriffe Österreichs zurückzuweisen. Eine positive programmatische Tätigkeit zu Reformen am Deutschen Bund, lag dem Gesichtskreis des Prinzen von Preußen fern. Die auswärtigen Fragen beherrschten seit dem Krimkrieg die Lage. Die Stärkung der preußischen Stellung herbeizuführen war das Hauptaugenmerk des Prinzen in dem Augenblick, als er seinen Bruder zu vertreten hatte. So sehr war die deutsche Frage zurückgetreten, daß sie als solche fast vergessen zu sein schien und es war allen Staatsmännern klar, daß, wenn sie wieder erwachte, auf einer völlig anderen Grundlage als im Jahre 1848/49 die Entwicklung der Dinge vor sich gehen müsse. Nur als eine diplomatische Angelegenheit trat die Bundesreform wieder auf den Plan, nachdem im französischen Kriege gegen Österreich die Schwäche und Unbrauchbarkeit der gesamten deutschen Bundesverhältnisse vor aller Welt Augen enthüllt waren.

Aber nicht nur in den Verhandlungen der Regierungen am Bundestage, sondern auch in den weiten Kreisen des deutschen Volkes hatte sich die Auffassung über die zu erstrebenden Ziele der Neugestaltung Deutschlands sehr wesentlich verändert. Wer sich an die Begeisterung erinnerte, die zehn Jahre zuvor für die zwar ganz unbestimmte, aber sehnlichst gewünschte Einheit Deutschlands herrschte, mußte sich jetzt gestehen, daß der Kaiser-

traum auch im Volke sehr verblaßt war. Zur Zeit als Napoleon seine Neujahrsrede hielt, ruhte die deutsche Frage fast vollständig. Die extremen Parteien, sowohl konservative, wie liberale, schienen es förmlich darauf abgesehen zu haben, die deutsche Kaiseridee als etwas Unbrauchbares und völlig Überwundenes hinzustellen. Es widerspricht vollständig den Tatsachen sich vorzustellen, daß in dem Wachsen und Gedeihen der Kaiserhoffnungen in den Jahrzehnten vor und nach 1848 irgend eine Kontinuität und ununterbrochene Kette von Bestrebungen dieser Art vorhanden gewesen wäre. Vielmehr war im stillen, während der Reaktionszeit, eine radikale und demokratische Gesinnung in weiten Kreisen gewachsen. Je mehr man vom politischen Leben durch die scharfen Einschränkungen der Regierungsmaßregeln zurückgedrängt war, desto mehr glaubte man an eine unvermeidliche Revolution und deren republikanische Ergebnisse. Die dem monarchischen Geist feindselig gesinnten Parteien fanden es als ganz wünschenswert und ihren Absichten entsprechend, daß die Regierungen selbst dem Kaisertraum ein so klägliches Ende bereitet hatten. Und sie hüteten sich, etwas zu tun, was den Glauben stärken konnte, daß es eine kleine Parlamentsmajorität in Deutschland noch einmal wagen könnte, den preußischen Erbkaiser auf den Schild zu erheben. Darüber glaubten die Erben der Frankfurter Linken, so sehr sie sich in der Welt zerstreut hatten, glücklich hinaus zu sein. Ihnen zur Seite standen die Konservativen in allen Staaten, entschlossen, die Bewegungen ähnlicher Natur, wie im Jahre 1848, mit allen Mitteln der Staatsgewalt niederzuschlagen, und da der Kaisertraum gleichsam zum Inventar der revolutionären Erinnerungen gehörte, so reichten sich Konservative und Radikale in allen deutschen Ländern die Hand, um auf jede Weise mit Spott und Satire, mit Gründen und mit Parteiprogrammen gegen die Kaiseridee zu Felde zu ziehen. Auch was sich als Rest der alten Gagernschen und Gothaischen Parteien noch zusammenfand, hielt sich „staatsmännisch" von jeder Beschwörung des altertümlichen Gespenstes fern, welches so viel

Zwiespalt verursacht hatte. Nichts ist bezeichnender für den Mangel des Gedächtnisses eines Volkes, als der Umstand, daß die wenigsten heute noch eine Vorstellung davon haben, wie langsam sich nach der Reaktionszeit im Bewußtsein des Volkes die Kaiseridee wieder aufgerichtet hatte. „Ich fürchte," schrieb Treitschke damals, „der zähe Egoismus der Bösen, das vage Phrasenmachen der Guten wird sich in kurzer Frist furchtbar rächen an unserem armen Vaterlande. Vielleicht ein Jahr oder zwei und wir werden zu spät bereuen, daß wir es versäumten, Deutschland zur rechten Zeit einen Monarchen, einen Hohenzollernkaiser zu geben." Aber was Treitschke an der Stimmung des Tages tadelte, und wovon er vermutete, daß die Zeit nahe sei — er vermutete eben den Angriff Napoleons auf Deutschland — wo man den Kaisermangel bereuen werde, dieses selbe Programm wagte er selbst nicht bestimmt und entschlossen politisch und aktuell zu vertreten. Denn sofern er sich staatsrechtlich mit der deutschen Frage beschäftigte, war ihm nur noch die Gründung des Bundesstaats unter Preußens Führung zu erstreben wahrscheinlich. Über die Form sich auszusprechen, wollte er nur den Umständen überlassen wissen. Es hänge dies von historischen und nationalen Imponderabilien ab. Auch die vielen Festlichkeiten, welche die Nation seit Schillers hundertjähriger Geburtsfeier in rednerischen, turnerischen, gesanglichen Triumphen beging, hatten wohl die allgemeine nationale Begeisterung an den Tag gebracht, aber von Reich und Kaiser war sehr wenig, oder gar nicht die Rede, denn jeder wußte, daß die leiseste Anspielung an ein festes, konkretes Bild der deutschen Einheit die Einigkeit der Festversammelten sofort wieder zerstören würde. Besonders wagte niemand von dem preußischen Erbkaiser zu reden, denn im Süden war er dem größten Teil noch immer verhaßt und in Preußen selbst war er längst in dem berechtigten Bewußtsein und Stolz des preußischen Königtums untergegangen, sofern er dem Fortschritt nicht an und für sich schon zuwider war. Und damit die Gelehrsamkeit und der ver-

breitete Doktrinarismus nicht etwa zu kurz kämen, so setzten auch die deutschen Historiker alsbald einen Kampf gegen die Idee des Kaisertums in Szene. Es war derselbe Herr von Sybel, der nachher die Geschichte der Reichsgründung geschrieben hat, der eines lichten Tages mit einer Rede gegen die Darstellungen deutscher Kaiserzeit hervortrat, die sich den falschen Schein vor der Nation gegeben hätten, als wäre im Kaisertum das Wesen der deutschen Entwicklung begründet worden. Daß man lediglich im deutschen „Königtum" die nationale Grundlage zu erblicken hätte, wurde zunächst ohne bestimmte Beziehung auf die politischen Fragen der Gegenwart und Zukunft als historisches Problem aufgestellt, aber indem sich alsbald ein alle Kreise der historischen Gelehrsamkeit ergreifender Streit an diese Erörterungen knüpfte, war ja gar nicht zu verkennen, daß es mehr de lege ferenda, als de lege lata sich handelte. Eine größere Schrift, die Sybel schrieb, war von politischen Schriftstellern und von der Publizistik überhaupt nur so aufgefaßt worden, als ob die gelehrten Vertreter gerade der Richtung, die sich sonst für die preußische Spitze und Vorherrschaft in Deutschland bemühte, nunmehr ihre vollständige Absage gegenüber der Kaiseridee von 1849 verkündigen wollten. Und um dem Gelehrtenstreit noch größere aktuelle Bedeutung zu sichern, sollte es geschehen, daß die Verteidiger der Idee des Kaisertums sich aus den Reihen rekrutierten, welche der römisch-katholischen, selbst ultramontanen Geschichtsauffassung nicht ferne standen. Von diesem Augenblicke an, wo in der Literatur, selbst in der populären, das deutsche Kaisertum von den preußisch gerichteten Politikern als etwas Abgetanes, Fremdes, Antinationales, in vielem Betracht höchst Schädliches erkannt war, gab es kaum einen Schüler und Schulmeister, der nicht mündlich und schriftlich versicherte, daß es kaum etwas Unglücklicheres und Widerwärtigeres in unserer deutschen Vergangenheit gegeben habe, als das Kaisertum von Karl dem Großen bis Otto, Heinrich, Friedrich und bis an das glückliche Ende desselben unter Franz II. Wer sich dieses

literarischen Hexensabbats erinnert, den Herr von Sybel ins Leben gerufen, mußte sich verwundern, wie schnell auch hier das schlechte Gedächtnis der Menschen Heilung gebracht hat. Aber sicherlich hat die augenblickliche Welle in den Stimmungen der gebildeten Kreise nicht dazu beitragen können, die Kaiseridee hochzuhalten und wer behauptet, daß sich der Kaisertraum als eine frei und ewig grünende Hoffnung und Empfindung durch die Entwicklung des 19. Jahrhunderts geschlungen habe, befindet sich in einer Täuschung.

Der politisch vorsichtigere Teil der Nation hat denn auch in dem Augenblick, da es mit dem Regierungsantritt des Prinzregenten und König Wilhelm I. möglich und ersprießlich war, die deutsche Frage aufzurollen, sich sorgfältig hüten müssen, ein Programm aufzustellen, welches den Keim des Todes von vornherein in sich getragen hätte. Alles, was zu erreichen schien, trug den Charakter einer Entwicklung zu bundesstaatlich herzustellenden Institutionen, bei welchen an eine Führung oder mehr und weniger scharf gedachte Vorherrschaft Preußens gedacht werden durfte, aber alle weitgehenden Einheitspläne verpönt wurden.

Unter diesem höchst bescheidenen, damals aber schon sehr kühn erscheinenden Zeichen und Banner trat der Nationalverein ins Leben, dessen Wirksamkeit und Bedeutung nur von der engherzigsten Geschichtsschreibung verkannt werden könnte. Der Nationalverein hat durch seine hervorragendsten Mitglieder ohne Frage das Ziel, welches die preußische Regierung nachher ins Auge faßte, am sichersten bezeichnen lassen, wenn er auch seinerseits weder der abschließenden Krönung seines Gebäudes im Kaisertum das Wort redete, noch auch den realen militärischen Machtfaktoren in dem Maße Rechnung zu tragen verstand, wie es wünschenswert und auch nötig gewesen wäre. Er hat daher ein weiteres Verdienst als das des Anstoßes und der Anregung der Bewegung nicht erworben, aber dieses sollte ihm auch ganz und voll zugestanden werden. Nachdem auf den Parteitagen

von Eisenach und Hannover Preußens diplomatische und militärische Führung und eine dementsprechende Bundesreform gefordert wurde und auf einer zweiten Versammlung in Eisenach am 14. August 1859 der Nationalverein gegründet worden war, galt es als höchstes Ziel, die Idee eines einigen Deutschlands mit nach außen kräftigen und nach innen freien Institutionen ohne Rücksicht auf die Form der Regierung und Einigung anzustreben. Von Kaiser und Reich war nicht die Rede, weil alle Führer der Bewegung überzeugt waren, daß der Verein, wenn er seiner Ausbreitung nicht selbst in seinem Schoße die mannigfachsten Hindernisse schaffen wollte, seine Bestrebungen auf die allgemeinsten Grundlagen einer bundesstaatlichen Reform und Entwicklung beschränken müsse. Nichts war für die Veränderung der Lage und Gesinnungen bezeichnender, als daß ein Mann, wie Matthy, der selbst den Aufruf zur Beteiligung an einer nationalen Erklärung im Sinne des Eisenacher Programms verfaßt hatte, denselben seinerzeit nicht unterschreiben zu können erklärte, weil sein Name unter der deutschen Reichsverfassung von 1849 stand. Und diese Mäßigung in Betreff zunächst auszusprechender Forderungen war durchaus nicht aus einer Rücksichtnahme auf die Regierungen hervorgegangen, sondern war die Folge davon, daß die Idee des Kaisertums überhaupt in den meisten Kreisen der Nation als vollkommen bankerott gegolten hatte. Von den Parteihäuptern der ersten Eisenacher Versammlungen, verhielten sich manche, wie Schulze-Delitzsch, gegenüber von allen monarchistischen Ausgestaltungen des Bundesstaates, ablehnend. Die Partei des preußischen Wochenblattes, die Leser der Preußischen Jahrbücher, der Grenzboten und ähnlicher Erscheinungen waren seit Jahren daran gewöhnt worden, das preußische Königtum als solches zwar an die Spitze des deutschen Bundesstaates gestellt zu wünschen, aber sie hielten die Gründung des Kaisertums für einen überflüssigen Ballast und eine Erschwerung in der Erreichung des Ziels. Sie hatten auch vom Standpunkt einer nüchternen politischen Betrachtung der Dinge

nicht unrecht, nur hatten sie dadurch dem kleinstaatlichen und süddeutschen Partikularismus die Wege geebnet; denn hier ließ man sich um so williger von den österreichisch großdeutschen Agitationen gefangen nehmen, da diese, um die Verwirrung noch größer zu machen, allerlei Aussichten auf ein österreichisch-deutsches Kaisertum eröffneten, wodurch hinwieder im Norden und in der gut preußisch denkenden Welt das Streben und Rufen nach Kaiser und Reich überhaupt einen Zug ins Abenteuerliche erhielt, und dem Berliner Witz nicht schwer gemacht wurde, dem künftigen deutschen Kaiser einen starken österreichischen Korporalstock beizugeben, denn die Prügelstrafe stand noch bei dem tapferen österreichischen Heer in voller Blüte.

Welche Schwierigkeit es für die preußische Regierung, insbesondere aber für den Herrscher von Preußen persönlich war, eine klare, feste Stellung in der deutschen Frage zu nehmen und zu gewinnen, ist bei der vollen Anarchie, die in der gesamten politischen Gedankenwelt des deutschen Volkes eingetreten war, kaum annähernd mehr zu beschreiben. Und wenn sich manche Geschichtschreiber bemühten, Stellung und Absichten des Kaisers Wilhelm in Betreff der deutschen Zukunft bei seinem Regierungsantritt zu erforschen, so konnte dies immer nur sehr unvollkommen gelingen, weil man vergessen hat, daß die Kaiser- und Reichsidee nach dem französisch-österreichischen Kriege durchaus am Boden lag und höchstens als ein Schreckgespenst österreichisch-süddeutsch-ultramontaner Träume am dunkeln Horizont auftauchte. Wenn man dagegen in diesen Wirren dem politischen Gedankengang des Prinzregenten und Königs von Preußen sorgfältig und unbefangen nachspürt, so bekommt man vielmehr den Eindruck von seltenster Klarheit, Verständigkeit und gutem Willen, und von einer großartigen Festigkeit und Geschicklichkeit, die Pflichten eines preußischen Herrschers mit den Bedürfnissen und den wahren Forderungen der Nation zu vrebinden. Natürlich nur in dieser Vereinigung von Ideal und Notwendigkeit konnte das Zeichen gesucht werden, unter dem man siegreich vorwärts kommen konnte

Das Verhalten Österreichs zu Preußen im italienischen Krieg sowie in und nach Villafranca war lediglich eine Bestärkung der Ansicht, welche der Prinzregent als den unwandelbaren Punkt seiner Politik festhielt: die Unmöglichkeit, sich mit dem alten Österreich über die deutsche Frage zu verständigen. „Daß die deutschen Kabinette den Haß gegen Preußen so weit treiben würden", hatte der Prinzregent, wie er sich am 27. September 1859 ausdrückte, nicht erwartet, und er hatte daher allen Grund, mehr als je sich auf seine preußische Großmachtstellung zu versteifen, ja, man darf sagen, das wichtigste Moment für die richtige Entwicklung der deutschen Frage, war von König Wilhelm dadurch gewonnen, daß er den preußischen Standpunkt als einen unverrückbaren Eckstein im Jahre 1859 hingesetzt hat. Das in drei Wochen bis in das Mark geschlagene Österreich hatte bei den deutschen Regierungen, von einem guten Drittel des deutschen Volks eifrig unterstützt, noch so viel Ansehen und Einfluß, daß man von Bundeswegen dem Herrscher Preußens zwar die Führung seiner eigenen preußischen Armee zu überlassen beschloß, aber das Kommando über die gesamte Bundesarmee ihm verweigerte. Wenn der Prinzregent trotzdem seinerseits auf die Besserung der Bundeszustände nicht verzichtete, wenn er in uneigennützigster Weise trotz aller übeln Erfahrungen Anträge in Betreff der Wehrverfassung stellen ließ, so entsprach dies seinem guten Willen, für die allgemeinen deutschen Angelegenheiten einzutreten, und zwar mehr, als nach den vorausgegangenen Ereignissen zu erwarten gewesen wäre. Er konnte mit Recht sagen: Was die Vergangenheit betrifft, so würde ich, wenn dieselbe noch einmal sich wiederholen könnte, in allen Stücken ganz ebenso, wie geschehen, wiederum denken und handeln. Es gab damals viele Politiker, die unter dem Schlagworte, daß Preußen wieder eine Gelegenheit vorbeigehen gelassen, die Politik des Prinzregenten angriffen, aber dieser Vorwurf wäre nur gerechtfertigt, wenn Preußen nicht als europäische Großmacht sattsam im Rate Europas anerkannt gewesen wäre und wenn

es erst noch eine Stellung zu suchen gehabt hätte, die es schon besaß und die durch die Mobilisierung im Jahre 1859 auf das Erwünschteste gestärkt wurde. Und es ist hier der Ort, die Auffassung Wilhelms I. ein für allemal festzustellen. Sie blieb sich zu allen Zeiten gleich und verleiht auch den Schlüssel zu alledem, was wir bei der nachherigen Aufrichtung des Reichs und Kaisertums zu beobachten haben. Er war immer und immer der Ansicht, daß Preußen nicht nötig habe, etwas von seinen deutschen Bundesgenossen zu erbitten und zu verlangen, und war auch nicht gewillt, sie zu etwas zu zwingen. Hierin lag nicht sowohl eine Bescheidenheit, die man in politischen Dingen hätte bedenklich finden können, als vielmehr der berechtigte Stolz jener Macht, die von dem sicheren Bewußtsein und von der Überzeugung durchdrungen war, daß der ganze Deutsche Bund ohne dieselbe nichts als ein lächerlicher Spielball der europäischen Mächte sein würde. Nur wer das volle militärische Elend dieser Bamberger und Würzburger Konferenzmächte und ihrer Maulwurfsarbeit so gut kannte, wie der nachherige Kaiser Wilhelm, durfte einen Standpunkt wählen, welcher Geduld und Nachsicht so lange vorzog, als es mit der Ehre der Hohenzollernschen Tradition irgend verträglich schien. Unsere heutige Geschichtschreibung steht noch immer zu sehr unter der nationalen Phrase vollkommenster politischer Leere, als daß es nicht immer wiederholt werden müßte, daß vom Standpunkt eines preußischen Königs Preußen keinen Grund hatte, der deutschen Nation Wohltaten aufdrängen zu wollen, die ein gutes Drittel nicht nur nicht wünschte, sondern verabscheute.

Wenn den Prinzregenten trotzdem die seit 1859 neu belebte nationale Stimmung so unklar und verworren sie sich geltend machte, nicht kalt ließ, so trug dazu vielleicht die Unverschämtheit der österreichischen Politik am meisten bei, wo der neue Minister Graf Rechberg auch die lammfrommste Geduld eines Deutschen und besonders eines Preußen erschöpfen zu wollen schien. Seinen Versuch durch Drohungen gegen den Herzog von Koburg, dessen

Schutz der Nationalverein genoß, die nationale Bewegung zurückzudämmen, beantwortete die preußische Regierung unter ausdrücklichem Hinweis auf die Genehmigung und das Einverständnis des Prinzregenten in einer sehr deutlich sprechenden Depesche. Allemal, wenn es sich darum handelte die seit Olmütz beliebten Übergriffe Österreichs zurückzuweisen, war der Prinzregent durchaus fest und entschlossen auf den Plan getreten und trieb seine Minister eher vorwärts, als daß er sie zurückhielt, ein Charakterzug der für die Entwicklung der Dinge nicht hoch genug angeschlagen werden kann. So hatte der Prinzregent auch gerne das Gute anerkannt, was sich in den Programmen und Verhandlungen des Nationalvereins zeigte. Aber er war allerdings nicht blind gegen bedenkliche Strömungen, die hervortraten. Gegen die Teilnahme der Demokraten an den nationalen Bestrebungen hatte er nach wie vor sehr vieles einzuwenden. „Wenn solche Leute dabei sind, kann nichts Gutes daraus werden," sagte er zum Herzog von Koburg. Als aber die Mittelstaaten gleich im Beginne des Jahres 1860 polizeiliche Unterdrückung des Nationalvereins, womöglich mit Bundesbeschlüssen, beabsichtigten, trat der Prinzregent gegen jede Vergewaltigungsmaßregel ein und erklärte der nationalen Bewegung freie Bahn lassen zu wollen, so lange sie innerhalb der gesetzlichen Schranken beharrte. Und als die Könige am Schlusse des Kongresses von Baden-Baden die Gelegenheit benützen wollten, persönlich den Prinzregenten zu einer gemeinsamen Aktion gegen den Nationalverein zu bestimmen, sprach sich derselbe klar und bestimmt gegen alle Reaktionsabsichten aus, was um so bezeichnender war, als seine Stellungnahme ganz und gar seiner eigenen Entschließung entsprach und nicht ministerieller Eingebung und Einflüsterung zu danken war. Die Korrespondenz, die sich dann an das Ereignis anschloß, gibt den Beweis, daß sich der Prinzregent insbesondere gegen den König Johann von Sachsen stark dagegen verwahrte, den nationalen Bestrebungen in Deutschland irgend etwas in den Weg legen zu wollen. Nur dadurch war es möglich geworden, daß

die nationale Bewegung im Sinne der preußischen Führung breiteren Boden gewann, der Gedanke einer Bundesreform, so unklar sich auch die Führer im einzelnen darüber sein mochten, stellte doch stets den wichtigsten Kern der Sache hervor, daß dieselbe nur unter Ausschluß von Österreich möglich und denkbar sei.

Indessen verlor der Nationalverein die persönlichen Sympathien des Königs Wilhelm besonders dadurch, daß sich derselbe in militärische Angelegenheiten einzumischen begann. Die radikale Entwicklung, die der Nationalverein nahm, hat wesentlich dazu beigetragen dem König Wilhelm die deutsche Sache verdächtig zu machen, und es war die Folge der Begründung von Wehrvereinen, durch die man die Einheit vorbereiten wollte, wenn der König in den folgenden Jahren sich von den populären Richtungen abwendete und auch innerlich mit einer bedeutenden Mißachtung dessen erfüllte, was ein Teil der Nation unter der Herstellung eines neuen Deutschlands zu verstehen schien.

Am 1. Mai 1860 erschien unter der Redaktion von A. L. Rochau, Mitglied des Vereinsausschusses, die Wochenschrift des Nationalvereins, welche sich ausdrücklich für das offizielle Organ desselben erklärte. Schon in der ersten Nummer fand man mit großen Worten die von demokratischer Seite erhobenen Klagen über die stehenden Heere und die Militärbudgets wiederholt und es wurde behauptet, daß dem Deutschen Bunde als solchem trotz der unerträglichen Militärlasten das kleine Dänemark in zwei Feldzügen überlegen gewesen wäre. Wenige Wochen später verlangte der Nationalverein „Erziehung des Volkes zum Kriege“. Eine schicksalsvolle Verkettung von Umständen! In dem Augenblicke, wo in Preußen ein seit lange vermißter Herrscher von großen soldatischen und Feldherrneigenschaften den Thron bestieg, der eben im Begriffe war, die Armee zu reorganisieren, tönt ihm aus den Reihen der deutschen Patrioten der Ruf entgegen, die volkstümliche Reform der Wehrverfassung müsse von den Turnvereinen und Schützengesellschaften erfolgen. Man braucht nicht

den ehrenwerten Kern zu verkennen, der in diesen Bestrebungen angesehener bürgerlicher Kreise lag, nachdem die Überzeugung feststand, daß die Regierungen jeder nationalen Tat unfähig und entgegen seien. Aber in den Bestrebungen des Nationalvereins für die Gründung eines Volksheeres konnte niemand etwas anderes, als ein Erwachen eines revolutionären Geistes erblicken. Am 6. September 1860 stellte von Rochau den Antrag, der Nationalverein wolle beschließen, an alle seine Mitglieder die Aufforderung ergehn zu lassen, für die Errichtung von Schützengesellschaften tätig zu sein, die durchaus die Übung im Gebrauch von Kriegswaffen zur Aufgabe hätten. Alsbald machte es der Nationalverein den Mitgliedern zur Pflicht, alles dafür zu tun, daß militärische Übungen als ein Bestandteil des Unterrichts in den Schulen eingeführt würden. Die schweizerische Militärerziehung mit ihren Kadettenkorps, Exerziermeistern und Waffenfesten wurde als Ziel des deutschen Heeres aufgestellt. Endlich war auch das Wort gefunden, welches alle Zweifel bannen und in welchem sich alle deutschen Patrioten vereinigen sollten. Es lautete „Wehrvereine“. Am 26. Mai 1861 fand eine große Versammlung bei Bielefeld statt. Es sollen 4—500 Mitglieder des Nationalvereins und etwa 600 Nichtmitglieder anwesend gewesen sein. Nachdem Herr von Bennigsen über die deutsche Frage gesprochen, trat Dr. Lüning in seiner Eigenschaft als Ausschußmitglied für die Organisation der deutschen Wehrkraft auf. Er wollte eine Milizarmee schaffen, die allen Anforderungen entsprechen würde, ebensowohl wie die von Scharnhorst und Gneisenau. Es müßten sich überall Wehrvereine bilden, und so schloß er seine Rede: „nach großen, blutigen Opfern werde die Sonne über ein einiges großes Vaterland aufgehn“. Die Rede hatte zudem eine starke Spitze gegen die preußische Heeresreform, wozu ein Artikel der Wochenschrift des Nationalvereins den Kommentar gab, wo zu lesen war: „Zu den Waffen“. „Wenn wir Deutschen durch allerhand Leibesübung und Waffengebrauch erst wieder ein mannhaftes Volk geworden sind, so

mögen wir aller unserer innern und äußern Feinde lachen. Dann, wenn nicht eher, werden wir so viel Einheit und so viel Freiheit haben, als der Mehrzahl von uns wünschenswert erscheint."

Indem man nun sehr ernstlich an die Gründung der Wehrvereine herantrat, geschah das schlimmste, was in den Kreisen der preußischen Regierung dem Nationalverein den Boden entziehen mußte. Der Verein trat einerseits mit dem italienischen Nationalverein in Verbindung, suchte die Einrichtungen desselben auch in Deutschland zu verwirklichen, und ließ sich andererseits durch Wilhelm Rüstow die notwendigen militärischen Organisationen und Einteilungen vorzeichnen und Ausrüstungsvorschläge machen. Rüstow war selbst nach Deutschland gekommen und auch Herr von Bennigsen trat mit dem Manne, der zu den wenigen gehörte, welche König Wilhelm niemals begnadigen wollte und dessen Rückkehr zu gestatten er unerbittlich verweigerte, in eine gewisse Verbindung. Dies war die Lage der Dinge, als König Wilhelm durch die innern und äußern Verhältnisse gedrängt sich zur Berufung des Herrn von Bismarck entschlossen hatte. Wenn es Geschichtschreiber gibt, welche noch die Frage erörtern, warum König Wilhelm nicht auf dem Wege der populären Strömungen der ersten Jahre seiner Regentschaft seine Macht begründete und ob es nicht zu bedauern wäre, daß er sich nun so entschlossen auf den europäisch preußischen Standpunkt stellte, ob er nicht als deutscher Held und Schöpfer viel größer dagestanden hätte, wenn er den sogenannten nationalen Bestrebungen sich eingeordnet hätte, so beweist dies, daß die Erinnerungen an damals bekannte Dinge ganz verloren gegangen sind, und Studien nach dieser Richtung nicht gemacht zu werden pflegen. Die Revolution stand, soweit in Deutschland Revolutionen sich vorbereiten lassen, dicht vor der Thüre. Daß dies der Fall war, darf im allgemeinen in Rücksicht auf das schließliche Gelingen der Reichsgründung durchaus nicht unterschätzt werden. Denn die Furcht vor der Revolution war in vielen fürstlichen und

Regierungskreisen der törichten Reaktionszeit von so heilsamer Wirkung, daß man nicht genug ernsthaft vom Standpunkt der Geschichte diese radikalen und revolutionären Instinkte zu beachten haben wird. Man darf nur aber nicht behaupten wollen, daß König Wilhelm mit diesen nationalen revolutionären Richtungen und Strömungen irgend etwas beginnen konnte. Er war überdies durch dieses Wogen unterirdischer Elemente noch besonders ergriffen, indem es Erinnerungen an die Aufstände von 1849 erweckte und zwar mit Recht. Für ihn war die Lage so erschwert worden, daß er alle seine An- und Absichten in Betreff der deutschen Fragen tief zu verschweigen und zu vergraben genötigt war und sich auf das Feld der rein praktischen Politik zurückziehn mußte. Daß er bei seinem Alter die Meinung gewann, eine Erledigung der deutschen Frage werde wahrscheinlich erst seinem Sohne zufallen, ist bekannt und oft genug von ihm bemerkt worden. Wie er selbst von der Bewegung dachte, die von unten her die deutsche Frage lösen wollte, hat er in einem ungemein interessanten Schreiben einige Zeit später dem Herzog von Koburg mit aller der Geradheit und schlichten Denkungsart ausgesprochen, die ihm eigen war: „Da nun einmal unsere Auffassungen verschieden sind, so muß ich frei aussprechen, daß das, was du die wirkliche Bewegung in Deutschland nennst, ich die falsche nenne, indem sie falsche Wege geht. Was wir alle wollen, ist eine größere Einigkeit der deutschen Fürsten und ihrer Staaten. Preußen hat zu diesem Ende 1849 die Unionspolitik angeregt; sie zerfiel, sobald die zustimmenden Fürsten sich von der Gefahr befreit sahen, die die Revolution über sie gebracht hatte. Vor zwei Jahren habe ich durch Bernstorff meine Idee hinwerfen lassen, wie ich eine solche größere Einigkeit allein möglich hielte, um damit dem absurden deutschen . . . entgegenzutreten. Die Antwort von zwei Drittel Deutschlands war eine Koalition gegen mich! Die Bewegungen, die seitdem lebendiger geworden sind und die ich die falschen nenne, wollen von unten auf, wie 1848 die Einigung in die Hand nehmen und wenn es sein muß, er-

zwingen. Was heißt aber ein Erzwingen von unten auf anders, als eine Revolution vorbereiten und anlernen, durch Schützen-Korporationen, Turn- und Wehrvereine; 1849 sahen wir bereits ein Hanauer Turnkorps in den Reihen der Badener Freischaaren und bei der Ermordung Auerswalds und Lichnowskis Handwerkervereine, kurzum durch alle Mittel die eine soziale Umwälzung herbeiführen sollen. Diesem Treiben setze ich meine ganze Gewalt entgegen, weil es Deutschland nicht einigen, sondern nur zerbrechen kann."

„Warum sind denn nun aber jene Versuche zur Einigung Deutschlands stets gescheitert? weil die souveränen Fürsten desselben, die wohl eine größere Einigkeit wünschen, eben auch nicht ein Titelchen ihrer Souveränität aufgeben wollen...."

Die Angriffe, welchen Preußen in immer erneuerter Stärke und Bösartigkeit von Seite der mittelstaatlichen Regierungen ausgesetzt war, machten auf den König einen tieferen und kränkenderen Eindruck, als man im allgemeinen vorauszusetzen pflegt. Der König würde sich in vollster Entrüstung hierüber auf seine preußische und europäische Stellung zurückgezogen haben, wenn nicht eben damals die ultramontane und österreichische Politik in Deutschland zu einer starken Defensive aufgerufen hätte. Die Reformvorschläge des Deutschen Bundes, welche bald von den Mittelstaaten, bald von Österreich ausgegangen waren und in einer Weise formuliert wurden, als gäbe es kaum ein Preußen im Bunde, oder könnte man es, wie sich der König in dem eben zitierten Briefe an den Herzog Ernst an einer anderen Stelle ausdrückte, mediatisieren, nötigten ihn zu einer Abwehr und zu energischem Wiederstand gegenüber den feindseligen Versuchen, Deutschland zum Nachteil Preußens zu organisieren. Die Rechberg, Beust, Pfordten und Dalwigk haben gewissermaßen das Verdienst erworben, durch ihre einfältigsten Streiche einer Großmannssucht den König Wilhelm zu fortwährender Wachsamkeit und Tätigkeit gereizt zu haben, während ihn der Abscheu gegenüber dem Treiben seiner Bundesgenossen

sonst nur bestimmt haben könnte, den deutschen Angelegenheiten überhaupt den Rücken zu kehren. Als aber im Jahre 1863 die österreichische Regierung mit dem Reformprojekt debütierte, welches durch den Frankfurter Fürstentag gewissermaßen den Preußen überm Kopf genommen werden sollte, da trat allerdings eine Wendung ein und der König war seit jener Zeit zu der Überzeugung gekommen, daß die deutsche Frage nur nach den Absichten seines gewaltigen Ministers gelöst werden könne, wobei er ja nicht voraussetzte, daß er selbst noch von der Vorsehung erwählt sein werde, das Schwert in die Hand zu nehmen. Offenbar machte aber der Fürstentag von Frankfurt hier einen großen Abschnitt. Seine Geschichte ist von der Geschichtschreibung sehr vernachlässigt. Nur in den Denkwürdigkeiten des Herzogs von Koburg ist ein ohngefähres Bild der ganzen Intrigue enthüllt, welche der österreichische Größenwahn gegen Preußen ausspielte. Die seltsame Gesellschaft, welche in Wien mit dem Grafen Rechberg damals eine verzweifelte nur von den Jesuiten und ihren Genossen eingegebene Politik verfolgte, ist lediglich von Julius Fröbel wahrheitsgetreu geschildert worden. Die neuesten preußischen und deutschen Geschichtschreiber stehen merkwürdigerweise unter dem Einfluß der Friedensschalmaien der spätern Bismarckschen Politik und meinen, sie müßten, weil der spätere Reichskanzler einen Strich über die Vergangenheit gemacht und das Schuldbuch zerrissen hat, nun alles in dem falschen Licht erzählen, welches das sogenannte Bündnis von 1879 verbreitet. In Wahrheit aber war der Haß, die Feindseligkeit und der blinde Rachedurst wegen des Verhaltens Preußens in 1859 so hoch gestiegen, wie er seit den Zeiten der Schlacht von Kollin nicht mehr war. Schon die Wahl Rechbergs zum Minister hatte lediglich die Bedeutung eines Kampfs gegen Preußen. Seine einzige Leistung, scharfer Wiedersacher Preußens in Frankfurt gewesen zu sein, bestimmte die damals in Wien dirigierende Clique von Räten auf die Notwendigkeit Rechbergs hinzuweisen. Von diesen in der Wiener Staatskanzlei seit den Zeiten

Schwarzenbergs eine entscheidende Rolle spielenden Persönlichkeiten haben die wenigsten Geschichtschreiber eine hinreichende Kenntnis. Es waren meistens Deutsche aus den Kleinstaaten, welche ihre Befähigung für den österreichischen Dienst durch nichts, als durch einen fanatischen Haß gegen Preußen und gegen alles, was damit zusammenhing, erwiesen hatten. Der beste und redlichste darunter war Max von Gagern, der aber auch verhältnismäßig am wenigsten Einfluß auf die größern politischen Verhältnisse nahm. Vorbedingung war, daß diese k. k. Hofräte, wenn sie früher Protestanten waren, zur katholischen Kirche übertraten. Nachdem sie dies getan, waren sie gewöhnlich entschlossen, mit den Jesuiten durch dick und dünn zu gehn, und einige von ihnen waren Mitglieder der Michaelsbruderschaft und machten in der Universitätskirche die Exerzitien der Jesuiten mit dem größten Eifer mit. Der politisch tätigste unter diesen Herren war der Referent für die deutschen Angelegenheiten, Herr von Biegeleben, ein Mann von wenig Worten, aber tief greifenden Einflüssen, zu welchen jede Art von Umwegen und Hintertreppen benützt worden war. Sein Programm war einfach: Demütigung und Sturz der preußischen Politik und Stellung. Wenn er sich als Verfasser und Förderer des sogenannten Reformentwurfs darstellte, welcher in Frankfurt die Fürstenversammlung beschäftigen sollte, so war dieser Sport doch von Anfang an nur unternommen, um den Beweis zu liefern, daß etwas anderes, als der bestehende Bundestag jetzt so wenig wie zur Zeit der Dresdener Konferenzen zu stande kommen könne. Eine offenere und gesprächigere Persönlichkeit war Herr von Meysenbug, ein Mann, der mit seinem Haß gegen die Gothaer und Kleindeutschen deutlicher hervortrat, als Gagern und sich nicht scheute gegen preußisch gesinnte Österreicher und Deutsche jede Art von Verfolgung walten zu lassen. Von den bis zur Frivolität entwickelten Stimmungen und Bestrebungen, die damals auf dem Ballplatz, wie man das auswärtige Amt nach berühmten englischem Muster mit Vorliebe bezeichnete, herrschte, kann sich nur jemand einen Be-

griff machen, der Gelegenheit hatte, den Ton zu hören, in welchem die preußische Melodie jahraus jahrein gesungen wurde. Da war ja der Marsch nach Berlin und die notwendigen Prügel der aufgeblasenen Berliner ein Dogma von Jahrzehnten her. Selbst von dem Verkehr des Grafen Rechberg mit dem preußischen Gesandten erzählten sich die Hausgenossen auf dem Ballplatz die lustigsten Dinge, darauf abgesehen, zu beweisen, wie der „Preuß" immer wieder abgeblitzt wäre, wenn man ihm nur wacker die Thüre gewiesen. Als der preußische Gesandte sich zu ungewöhnlicher Stunde anmelden ließ, mußte der Kammerdiener mit höflichsten Worten im Vorzimmer den Minister entschuldigen, aber hinter einer spanischen Wand im nächsten Zimmer frühstückend, schrie Graf Rechberg mit seiner näselnd durchdringenden Stimme so unhöfliche, nicht zu wiederholende Worte, daß er versichert sein durfte, der Gesandte werde, wenn er sie gehört hat, sie sicher nicht gehört haben.

Als der Kaiser Franz Joseph seinen Frankfurter Fürstentag berief, hatte man es auf nichts anderes abgesehen, als auf die Demütigung des Königs Wilhelm. Indem man voraussetzte, daß er sich einer Reihe von persönlichen Abstimmungen nicht widersetzen werde können, sollte durch die persönliche Majorisierung eine Lektion erteilt werden, welche natürlich im diplomatischen Geschäftsverkehr niemals erreicht, oder wenigstens vor den Augen aller Welt klar und deutlich zu erweisen war. Deshalb war Herr von Biegeleben als Protokollführer bestimmt worden, um eben die Verhandlungen in diesem Sinne lenken zu können. Der einzige Österreicher aber, der von diesem ganzen Intriguenspiel des Grafen Rechberg und seiner Leute keine Ahnung hatte, war der Kaiser Franz Joseph, dessen Unkenntnis aller deutschen Verhältnisse zwar von vollendetster Art war, der aber jetzt und später ohne jeden Hintergedanken und von den ehrlichsten und ritterlichsten Gesinnungen gegenüber von allen seinen Mitfürsten erfüllt, wahrscheinlich gar keine Ahnung hatte, daß es sich um ein Theaterstück handelte, welches in den Kreisen der Thurn und

Taxis mit den ultramontanen Räten des Grafen Rechberg verabredet war. Der Minister selbst war in Frankfurt bloß darüber erbost, daß die Mittelstaaten, insbesondere die beiden Könige von Sachsen und Bayern nicht zu unbedingter Heeresfolge Österreichs Lust bezeigten, und er schimpfte nachher über die Mittelstaaten, die immer von der Bundesreform redeten und wenn es darauf ankam, nichts als ihre Souveränität hervorkehrten. Für den Kaiser aber war es bezeichnend, daß er gleich durch die Ablehnung des Königs Wilhelm vollkommen überrascht worden war und wahrscheinlich gar nicht nach Frankfurt gegangen wäre, wenn man ihm gesagt hätte, daß Preußen zu erscheinen nicht Lust haben könnte. Daß der Kaiser persönlich ganz unbefangen in den preußischen Konflikt hereingezogen worden war, geht aus einer Erzählung des Großherzogs von Baden hervor, welche in höchst bezeichnender Weise das meiste auf den Kopf stellen wird, was von dem Frankfurter Fürstentag geurteilt worden ist.

Vor der Schlußabstimmung vom 1. September, bei welcher auch die Präsidialfrage des fünften Artikels des Reformentwurfs zur Entscheidung kam, hatte der Großherzog von Baden an den Kaiser von Österreich ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilte, daß er ein ablehnendes Votum abgeben werde, das er noch besonders zu motivieren sich verpflichtet fühle. Demgemäß legte der Großherzog in der dem Kaiser überschickten Schrift die Gründe dar, welche sein Verhalten auf dem Fürstenkongreß bestimmt hatten. Nach dem Schluß des Kongresses fuhr der Kaiser am Hotel beim Bahnhof vor, in welchem der Großherzog Wohnung genommen hatte, um demselben einen Abschiedsbesuch zu machen. Nach mancherlei Einleitungsgesprächen machte der Kaiser von Österreich die Äußerung, daß es nicht nötig gewesen wäre, daß sich der Großherzog die Mühe der Abfassung des übersendeten Schriftstückes gemacht hätte, weil der Kaiser selbst ganz der Meinung sei, daß sich der vorgeschlagene Bundesreformentwurf nicht werde durchführen lassen. Er sehe, sagte der Kaiser, die Lage aber durchaus nicht so schwer an, weil er über-

zeugt sei, daß die eigentliche Gefahr der deutschen Staaten in den republikanischen und revolutionären Bestrebungen liege, die überall vorhanden wären. Hierin würden die Fürsten immer ihren Rückhalt bei Österreich suchen müssen, wie immer auch die Bundesverhältnisse beschaffen wären.

Durch mancherlei historische Schriften hat sich in den letzten Jahren die Gewohnheit herausgebildet, die österreichischen Staatsmänner und Generale aus den 60er Jahren auf Kosten des Kaisers Franz Joseph retten und rechtfertigen zu wollen, ein Verfahren, gegen welches alle Tatsachen sprechen. Dieser unglückliche und redlich gesinnte Monarch war in den entscheidendsten Zeiten seiner Regierung von so grundschlechten Ratgebern und einer so irreführend geleiteten öffentlichen Meinung umgeben, daß gerade sein guter Wille sich dem zu fügen, was in anderen Fällen als weise Staatskunst der Monarchen gelobt wird, zu seinem Schaden gereichte. Die moralische und politische Lage Österreichs, seines Volkes sowohl wie seiner Staatsmänner, besonders aber jener liberalen Kinder, die sich eben als Volksvertreter aufgetan hatten, war so in Grund und Boden verdorben, daß der Kenner der wirklichen Zustände damaliger Zeit in Österreich nur bedauern kann, daß der „bon sens“ seines Monarchen nichts mehr von dem Absolutismus seiner Vorfahren übrig hatte. So kam es, daß Österreich in die Katastrophe des Jahres 1866 tatsächlich hineingetrieben wurde einerseits von einer ultramontanen Partei, die sich zu einem Verzweiflungskampf rüstete, und andererseits von einem blinden Österreichertum, welches in keinem anderen Sinne erzogen war, als daß das Wort Patriotismus allzeit identisch sein müsse mit dem möglichsten Preußenhaß. Wenn man das, was die sogenannte deutsch-österreichische Partei unter dem Einflusse von Zeitungen, wie die Ostdeutsche Post, Presse und anderer in den jugendlichen Tölpeljahren des Konstitutionalismus an böswilligsten Treibereien gegen Preußen leisteten, zusammenstellen sollte, so fände man, daß das, was hierin heute von Tschechen und Polen in Österreich gegen Deutschland ge-

leistet wird, nur ein Abglanz sei. Die Katastrophe Österreichs war durchaus ein Werk des durch ein Jahrhundert systematisch betriebenen politischen Geistes des „echten Österreichertums“. Wer nicht Schriften und Zeitungen jener Tage zur Hand nimmt, den täuschen die heute unter den Deutschen in Österreich vielfach verbreiteten Stimmungen gänzlich über die Motive der Kämpfe um die deutsche Frage.

So war auch der Sturz des Grafen Rechberg vielmehr eine Folge seines momentanen Zusammengehens mit Preußen und seinem verhaßten Minister, als es nach dem Anlaß, der dafür in dem Mißlingen der Handelspolitik gesucht wird, scheinen mochte. Herr von Sybel, der eben keine ausreichende Kenntnis von Österreich besaß, und bei der Abfassung seines Werkes es für überflüssig gehalten zu haben scheint, auch nur einen Blick in eine österreichische Zeitung zu machen, hat die Meinung verbreitet, daß zwischen Bismarck und Rechberg wirklich schließlich die Freundschaft bestanden hätte, die die Anrede in ihren letzten Korrespondenzen zu besagen schien!

Wenn man die lange Reihe gewaltiger politischer Taten und Aktionen betrachtet, welche dem größten deutschen Staatsmann des 19. Jahrhunderts gelangen, so wird man immer wieder und durch jede neue Mitteilung aus den kampfreichen Jahren im Innern und Äußern der preußischen Regierung darin bestätigt werden, daß seine Behandlung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten das Genie dieses Mannes in dem unvergleichlichsten Maße an den Tag brachte. Wie er es vermochte, seinen größten Feind von den heuchlerischen Verbindungen mit den süddeutschen Demokraten und Regierungen zu einer über Nacht hereingebrochenen Schwenkung zu bringen und seinen Zwecken in europäischer, großmächtlicher Entwicklung einer deutschen Successionsfrage dienstbar zu machen, gehört ohne Frage zu den hervorragendsten Leistungen der europäischen Diplomatie seit den Zeiten Richelieus und Oxenstjerns. So war es ja in der Tat ein glücklicher Umstand, daß ein Minister, wie Graf Rechberg

von dem die Times eine Charakteristik gaben, die ohne Beweise nicht wiederholt werden könnte, zur Zeit des Todes des Königs Friedrich VII. von Dänemark im Amte war; aber noch glücklicher war es, daß er gerade zu der Zeit das Feld räumte, als Bismarcks Politik mit Österreichs vorübergehender Freundschaft fertig geworden war und dort nur noch Feinde und Gegner wünschen und gebrauchen konnte. Diesen Gefallen machte ihm die ultramontane Clique in Österreich, als sie Rechberg fallen ließ, um eine vollkommene politische Null an die Spitze der Geschäfte zu stellen, hinter der die rücksichtslosesten Sendboten der katholischen Kriegspartei ihr großes, verwegenes Spiel mit gewaltigen Einsätzen treiben konnten. In der Person des Grafen Mensdorff fand sich diese geeignete Persönlichkeit in jeder Beziehung, und da der Kaiser auch seinerseits Gründe zu haben glaubte, in einem Verwandten der Königin von England ein passendes Werkzeug zu besitzen, um den von ihm sicherlich gewünschten Frieden zu erhalten, so nahm alles eine Gestalt an, als hätte sich Bismarck die Sache eigentlich genau so bestellt. Denn während Graf Mensdorff völlig unbekannt mit allen Details der Geschäfte war, gesellten sich zu den bisherigen preußenfeindlichen Räten auf dem Ballplatze nunmehr zwei in der Wolle gefärbte Jesuiten im Frack, wovon der eine der zum Katholizismus übergetretene Graf Blome, der andere aber Graf Moriz Esterhazy war. Diesen beiden Männern war es in Verbindung mit Biegeleben und Gagern ein leichtes, den Grafen Mensdorff in einem völligen Dunkel über die Lage zu erhalten. Ein Mann, der selten im stande war, nur das dürftigste Memoire oder eine Instruktion selbst zu schreiben, und dessen deutsche Korrespondenz oft von unmöglichsten Stilblüten und fremdsprachlichen Wendungen wimmelte, konnte gewiß nur von einem Corps untereinander geeinigter Beamten, wie sie das Auswärtige Amt jetzt besaß, als ein Spielball angesehen werden. Während Graf Mensdorff sich bemühte, wie er in einem persönlichen Schreiben an den Herzog von Koburg sagte, „den Riß in Deutschland hint-

anzuhalten", arbeiteten seine Räte mit Hochdruck an einem Kriege gegen Preußen. So in die Hand gespielt ist ja selten einem großen Staatsmann geworden, wie es Bismarck in diesen Jahren zu teil wurde, und man begreift wohl, daß er gerade am zuversichtlichsten die Erfüllung seiner Pläne und Hoffnungen erwarten konnte, wenn seine Gegner am gewissesten schienen, daß sein Horizont mit den dunkelsten Wolken umzogen wäre. Zu den geschicktesten und großartigsten Wendungen seiner Schritte gehörte aber die rechtzeitige, man möchte sagen auf Tag und Stunde zutreffende Entrollung der deutschen Frage. Wenn der geniale Schöpfer der deutschen Zukunft in der schleswig-holsteinischen Sache vermöge der auffallenden Ungeschicklichkeiten seiner Gegner in großem Maße vom Glück begünstigt worden war, wenn die zusammengeraffte, aus Advokaten und Schriftstellern zusammengewürfelte augustenburgische Diplomatie dem gewiegten, in den schwersten Künsten der auswärtigen Geschäfte längst erprobten Staatsmanne nicht eben zu große Schwierigkeiten zu bereiten vermochte, so war die Art, wie er mit einem Male als der Messias des deutschen Volks und seiner Einheitsträume dastand, eine gewaltige, überwältigende Erscheinung. Es war eine Tat, deren Wirkung, wie jede große Tat, sich zunächst darin äußerte, daß man den Ernst der Sache nicht glauben mochte, daß die Beust, Pfordten und Dalwigk und wie sie alle hießen, meinten oder zu meinen vorgaben, es handle sich lediglich um eine Finte, um eine Täuschung.

Wir sind bis zum heutigen Tage nur über den äußerlichsten Hergang der Dinge selbst innerhalb der zunächst beteiligten deutschen Regierungen unterrichtet. Wie es dem klugen und voraussichtigen Minister gelungen ist, für seinen politischen und alsbald militärischen Feldzug auch bei den auswärtigen Mächten und insbesondere bei Napoleon Zustimmung zu finden, entzieht sich vorläufig jeder Beurteilung, da Napoleon die Methode hatte, seine tiefsten Absichten nur in mündlicher Verhandlung zu erkennen zu geben, und der preußische Minister darin längst von

den Gewohnheiten profitierte, die Cavour und Victor Emanuel bei dem Kaiser der Franzosen angewendet hatten. Daß sich bei dem Abschluß der Friedensverhandlungen nachträglich die preußische Politik eingeengt fand, kann wohl kein Zweifel sein, wenn es auch um so törichter wäre, dem erfolgreichen Minister daraus einen Vorwurf zu machen. War doch die Art, wie er sich dem gewaltigen Herrn an der Seine, zu dessen Füßen Europa lag, aus den Schlingen zu ziehen verstand, vielmehr ein neues Wunder seiner überragenden Kunst. Aber daß er dem Manne, der sich als Schicksal und zugleich als Wettermacher von Europa hielt, nicht allerlei Hoffnungen erregt hätte, kann man doch nur dann glauben, wenn man der Meinung wäre, daß alle Handlungen Napoleons seit dem 4. Juli 1866 nur noch aus einem ganz verrückt gewordenen Kopfe entsprungen seien. Daß dies nicht der Fall gewesen, dafür liegen freilich nur dunkle Anzeichen vor. Daß aber unmittelbar vor dem Kriege Bismarck noch ein sehr starkes Vertrauen zu Napoleons Haltung hegen zu können meinte, geht aus einer wenig bekannten Mitteilung des Großherzogs von Baden hervor, die lange genug mit größter Diskretion gewahrt worden ist. Denn da die süddeutschen und badischen Verhältnisse den so lange gesuchten Anschluß an Preußen just in der Gefahr des deutschen Bruderkrieges unmöglich gemacht hatten, wurde zwischen Karlsruhe und Berlin die schwierige und äußerst fatale Stellung des Großherzogs inmitten einer ganz in das preußenfeindliche Lager übergesprungenen Kammer und Bevölkerung allerdings erwogen. Was aber dem Großherzog kein geringes Erstaunen erregte, war der Rat, den Graf Bismarck geben ließ: er stellte dem Großherzog anheim, sein Land neutral zu erklären und sich die Integrität seines Staates von Frankreich garantieren zu lassen. Dies würde Napoleon, wie man in Berlin zu wissen versicherte, ohne weiteres übernehmen. Der Großherzog erwiderte aber dem Abgesandten des Grafen Bismarck, daß er sich nicht entschließen könne, einen Schritt zu tun, der Baden in den übelsten Verdacht bringen müßte, selbst wenn ein Napoleon

vorhanden wäre, der es noch so ehrlich und uneigennützig meinte.

Daß aber eine Voraussetzung von der letzteren Art dem Kaiser Napoleon gegenüber nicht mehr am Platze war, zeigten die zur selben Zeit offiziell gewechselten Briefe zwischen Berlin und dem Kaiser, worin die Fragen der Kompensationen und Gebietsabtretungen mit größter Offenheit von Napoleon erörtert und von dem Grafen Goltz entgegengenommen wurden. Wenn Preußen den Antrag machte, die Kompensationsforderungen Frankreichs bestimmt zu formulieren, so war es eine Folge der Schwäche und Kränklichkeit Napoleons, sich darauf einzulassen und doch aus Furcht vor England und Rußland den Schein jeder Begehrlichkeit vermeiden zu wollen. Und dieser Umstand war es, welcher Bismarck in die Lage setzte, den unglücklichen Dezembermann bis ins Innerste zu durchschauen und ihn zu der höchst kläglichen Rolle zu verurteilen, die er dem überlegenen Geiste Bismarcks gegenüber nunmehr durch vier Jahre spielen sollte, bis ihn sein Schicksal erreichte. Daß aber in dem Werke von Sybels die Verhandlungen über den Länderschacher, wenigstens soweit er in offizieller Form geführt wurde, offen mitgeteilt sind, gehört zu den wertvollsten Teilen seines Werkes und gereicht der Unbefangenheit und Wahrheitsliebe desselben durchaus zur Ehre.

Für die Entwicklung der deutschen Reichs- und Kaiseridee hatte indessen, wie sich von selbst versteht, die Wendung, welche die preußische Regierung seit dem März 1866 nahm, indem sie mit der schleswig-holsteinischen Frage die Bundesreformangelegenheit untrennbar verknüpfte, weitaus die größte Bedeutung. Einige Momente, die für die ganze Politik der folgenden Jahre in den Verhandlungen über die Reichsgründung immer wieder entscheidend waren, müssen gleich hier sehr bestimmt ins Auge gefaßt werden. Für die ganze weitere Entwicklung der Dinge bildet der zu Berlin am 28. Februar 1866 abgehaltene große Ministerrat den wichtigsten Ausgangspunkt. Denn damals war es, wo der König zum ersten Male aus seiner Zurückhaltung gegenüber den deutschen

Bundesgenossen heraustrat und sein Verhältnis zu dem seit Januar 1864 verbündeten Österreich klarstellte. Er sagte, daß er die Einigkeit noch durch den Gasteiner Vertrag zu erhalten bestrebt war, daß aber Österreich durch seine Übergriffe in Deutschland das Ansehen Preußens grundsätzlich schwäche. Demgemäß trug dann Bismarck einen geschichtlichen Rückblick auf die gegen Preußen gerichteten Bestrebungen Österreichs vor, aus welchem er den Schluß zog, daß ein Krieg mit Österreich jedenfalls geführt werden müsse, und daß es vorteilhafter sei, die Wahl des Augenblicks nicht Österreich zu überlassen. Noch entscheidender aber war es, daß der König der Ansicht Ausdruck gab, daß die Erwerbung der Herzogtümer ohne eine Reform des Bundes nicht zu erreichen und daß also neben die schleswig-holsteinische unmittelbar die deutsche Frage zu stellen sei. Der König hatte also das große Wort gesprochen, durch welches die Reform des Bundes in Angriff zu nehmen war. Der erste Akt der Reichs- und Kaisergründung war damit eröffnet. Für die persönliche Beurteilung des Königs und für die Tragweite seiner Gesinnungen und politischen Absichten wäre es erwünscht, den Wortlaut seiner Eröffnungen betreffs der deutschen Frage zu kennen, aber leider ist aus dem von Sybel benützten Protokoll nur der Hauptinhalt zu ersehen. Man kann voraussetzen, daß die Äußerungen des Königs wie zu allen Zeiten sehr gemäßigt und schlicht gewesen sein werden, aber die ihm in allen Fällen eigene Bestimmtheit nicht vermissen ließen, mit der er sich entschlossen erklärt haben wird, nunmehr der deutschen Frage Preußens Arm zu leihen. Die Ausführung war die Sache Bismarcks.

Durch nichts war nun der Gegensatz gegen die seit Jahren besonders von mittelstaatlicher und österreichischer Seite begünstigte Bundesreform stärker bezeichnet, als durch den mutigen Entschluß des großen preußischen Staatsmannes dieselbe zur Sache eines zu berufenden deutschen Parlaments zu machen. So lange kleine und kleinste Diplomaten und Publizisten mit allerlei Reformplänen hausieren gehen durften, waren gerade die jeder ernsten

Einheit am abgeneigtesten Kabinette, wie Sachsen und Bayern die geschäftigsten, um allerlei Formen zu finden, durch welche der Schein, statt des Wesens eines Reiches begründet werden könnte. Aber an den Gedanken des Parlaments, an die Berufung einer Volksvertretung aus direkten Wahlen zu rühren, galt in allen reichsfeindlichen Staaten als das schlimmste, was von Erinnerungen aus der Revolutionszeit neuerdings zum Vorschein kommen konnte. Es war daher kein Wunder, daß am Bundestage in Frankfurt eine Verwirrung aller Begriffe eingetreten zu sein schien, als Herr von Savigny am 9. April den preußischen Antrag auf Berufung eines Parlaments aus allgemeinen direkten Wahlen wirklich einbrachte. Die Berichte, welche von den Bevollmächtigten am Bunde eingingen, können nicht genug deutlich und bezeichnend die fast unglaubliche Erregung über den Antrag, den man für einen nicht ernst zu nehmenden Streich des verhaßten preußischen Ministers hielt, schildern. „Es ist schwer," schrieb der weimarische Gesandte, „ein anschauliches Bild von der Überraschung und Zerfahrenheit zu entwerfen, welche durch diesen Antrag hervorgerufen worden sind." Und dennoch war die Absicht, die deutsche Frage aufzurollen, gerade derjenigen Regierung von Bismarck in unmittelbarem Verkehr mitgeteilt worden, welche seit dem hinterlistigen und verschmitzten Austritt aus dem Bündnis mit Preußen im Jahre 1849 immer diejenige war, die jeder feindseligen Richtung gegen Preußen Halt und Rückgrat zu geben verstand und jeden Gedanken einer Einordnung unter ein von Preußen geführtes Reich mit einem Fanatismus bekämpfte, der kaum mehr unter die Regeln wirklicher politischer Erwägungen zu stellen war. Eben dieses Bayern war es, mit welchem Bismarck wirklich und schon seit dem 24. März in die offenste und freundlichste, man könnte fast sagen demütigste Unterhaltung über die große Angelegenheit zu treten gesucht hatte. Vor dem Erscheinen von Sybels Werk hat man von diesem überraschendsten Schritte, den Bismarck in diesem Wendepunkt vollzog und der eine lange Folge

von verhängnisvollen, tief einschneidenden Übeln für Deutschland hervorgebracht hat, nur eine sehr dunkle Ahnung gehabt. Doch hat Herr von Sybel mit aller Darstellungskunst die Thatsache nicht verhüllen können, daß sich Bismarck, indem er mit Bayern anknüpfte, eine Niederlage zuzog, die sich in den daraus entstandenen Verwicklungen in allen nächsten Jahren wiederholte und verschlimmerte. Es ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen in dem Leben und der Wirksamkeit unseres größten Staatsmannes, daß er, wie Siegfried, unangreifbar, doch eine verwundbare Stelle in dem festen Gefüge seiner großartigen Kombinationen hatte. Und wenn man seine „Erinnerungen" liest, so hat man zuweilen den Eindruck, als ob er ein leises Gefühl seiner Schwäche durch eine Art von Ritterlichkeit und Edelmut zu verdecken bestrebt wäre. Und diese Schwäche, die ihn in den größten Momenten seiner Unternehmungen schicksalsmäßig zu verfolgen schien, hieß Bayern. Wie der gewaltige Mann, dessen Überlegenheit von den geistvollsten, von den höchststehendsten, von den berühmtesten Männern anerkannt war, dem sich die besten unserer Fürsten, wenn auch nicht immer gern und willig anpaßten, der aber zu herrschen verstand und auch Druck und Gewalt nicht sparte, gerade in Bezug auf Bayern und dessen jedenfalls schon damals nicht normal denkenden König zu einer Summe von irrigen Vorstellungen gelangen konnte, welche ihm fast immer seine Verhandlungen mit dieser Regierung verdarben, ist eines jener Rätsel, die die Geschichte kaum lösen wird. Es ist nicht bekannt, daß ihn besondere Beziehungen zu Bayern gebunden hätten, er war sicher kein Freund jener Parteien, die vorzugsweise in Bayern die Geschichte und Politik machten, er hatte gewiß auch nicht vor der Schlacht von Wörth eine besonders starke Meinung von den militärischen Anstalten Bayerns, und er war statistisch und wirtschaftlich unterrichtet genug um zu wissen, daß der bayrische Partikularismus auf sehr schwachen Füßen stand, sofern man ihn isolieren wollte. Wenn man die „Gedanken und Erinnerungen" liest, die freilich erst nach so vielen Jahren von den Ereignissen

des großen Jahrzehnts sprachen, so möchte man sich Bismarcks Schwäche noch am meisten und liebsten als eine Art Romantik erklären, nach welcher ihm einer seiner Vorfahren eine gewisse dynastische Anhänglichkeit an die Wittelsbacher vererbte, wenn man nicht lieber sagen will, ihn damit belastet hat. Herr von Sybel hat an der Stelle, wo er die erwähnten wichtigen Mitteilungen macht, bemerken zu müssen geglaubt, daß überdies zwischen Herrn von der Pfordten und Bismarck ein gewisses Verhältnis von Anerkennung und Bewunderung bestanden hätte, und er führt als Beleg dafür einige Worte aus einem Bericht des Prinzen Reuß an. Indessen können die liebenswürdigen Worte des bayrischen Ministers über den Charakter Bismarcks doch nur gesprochen sein, um die schroffe Ablehnung des Versuches zu versüßen, mit Preußen gemeinschaftlich für Bundesreform auf Grund der Berufung des Parlaments vorgehen zu sollen, denn, wenn in einer Zeit, wo alles bereits in der Schwüle eines gewaltigen Krieges lebte, der Minister eines Staats von der Größe der Einwohnerzahl von London einer Großmacht wie Preußen in dem Maße die Nase dreht, wie sich dies nun Herr von der Pfordten herausnahm, so hat er doch alle Ursache, wenigstens liebenswürdig in persönlicher Hinsicht zu sein. Seine wahre Meinung hat er aber in den Konferenzen von Augsburg gesagt, wo wenige Tage später die Mittelstaaten zusammentraten und auch Gotha und Weimar eingeladen waren zu dem Zweck, um das Parlamentsprojekt Bismarcks mit Glanz begraben zu können. Unter diesen Ministern hat Herr von Seebach in Augsburg gesessen, welcher nicht ohne Heiterkeit berichtete, daß die Erbitterung von Beust und von der Pfordten gegen Bismarck eben damals jede diplomatische Feinheit vermissen ließ, wie ja auch der Herzog von Koburg eben damals persönlich in einem Gespräch mit Beust erfahren hatte. Die Mitteilungen von Seebachs an den Herzog von Koburg über diesen wütenden Haß des bayrischen Ministers gegen Bismarck waren so ehrenrühriger Art, daß Herr von Seebach ersuchen mußte, dieselben zu streichen,

als sie der Herzog in seinem Memoirenwerk aufgenommen hatte. Wenn von Sybel also die Depeschen des Prinzen Reuß richtig las, so hat sich dieser Geschäftsträger Preußens von Herrn von der Pfordten in schlimmster Weise dupieren lassen. Die Ablehnung des parlamentarischen Antrags war nicht nur eine formale, sondern von der Pfordten verlangte auch noch eine bündige Erklärung über die weiteren Absichten und Ansichten Preußens über die vorzunehmende Bundesreform und in Augsburg verabredeten die Minister sogar gleich von vorneweg einen Gegenentwurf bereit halten zu wollen, durch welchen alle von Preußen etwa in Anspruch zu nehmenden Prärogativen bestimmt zurückgewiesen wurden. Am 9. April war der preußische Bundestagsgesandte in der Notwendigkeit seinen Antrag auf die Berufung eines Parlaments ohne jede Unterstützung Bayerns einzubringen und es mußte an diesem Tage Bismarck bereits vollständig darüber unterrichtet sein, daß Bayern ihm feindseliger gegenüber stand, als jemals.

Leider hatte indessen die verlorene Liebesmühe bereits viel schlimmere Früchte getragen; denn die gemütvolle Aufwallung Bismarcks für das bayrische Königtum und seine Gernegroßstellung brachte in jenem Augenblick eine Konzession an den Tag, die nicht mehr bloß innerhalb des intimen Verkehrs der deutschen Kabinette spielte, sondern auch eine internationale Bedeutung erlangte. In demselben Moment, wo sich Bismarck nämlich mit Bayern zur Bundesreform alliieren zu können meinte, machte er auch einen Vorschlag, der die allerweitgreifendsten Folgen nach sich gezogen hat, die bis in die Tage von Versailles nachwirkten. In den Unterredungen zwischen dem Prinzen von Reuß und von der Pfordten war man auf eine Erweiterung der Stellung Bayerns in Süddeutschland eingegangen, wie denn die Stellung Preußens nur für den Norden als maßgebend angenommen war. Wie weit sich hierbei ein moralisches Einverständnis zwischen den beiden Ministern herausgestellt hat, würde nur durch eine neuerliche Nachprüfung der Depeschen festzustellen sein. Jeden-

falls aber, und hier liegt das Verhängnis, wurde der Graf von der Goltz in Paris beauftragt, dem Kaiser die Ideen Preußens in der Weise vorzutragen, daß dasselbe außer der Erwerbung der Herzogtümer lediglich eine engere Vereinigung der norddeutschen Staaten unter preußischer Leitung beabsichtige. Was Süddeutschland betraf, so sollte unter der Voraussetzung der Mitwirkung Bayerns bei dieser Bundesreform diesem die militärische Leitung Süddeutschlands zufallen. Und somit war das unseligste Wort einer bayrischen Hegemonie in Süddeutschland zum ersten Male gefallen und abgesehen davon, daß es ein großes Wohlgefallen vor dem Herrn an der Seine fand, hat es ohne Frage auch an der Isar alle jene schicksalsvollen Träumereien zu schwindelhafter Höhe emporgehoben, welche die nächsten Jahre so disharmonisch gemacht und die Gründung des Reichs und Kaisertums unendlich erschwert, wenn nicht bis in die Gegenwart herein dauernd geschädigt haben. Es ist schwer zu sagen, ob Bismarck im Ernste jemals an die Möglichkeit der Unterordnung von Württemberg und Baden unter eine militärische Leitung von Bayern geglaubt haben möchte oder nicht. Es ist möglich, daß er in Erwägung gezogen, wie gänzlich vernachlässigt diese bayrische Armee seit Ludwigs I. Tagen war, wie viel besser Württemberg und vor allem Baden dastand, wie stark die Abneigung gerade gegen das bayrische Militär seit der kurhessischen Sache bei allen liberalen deutschen Parteien geblieben war und wie sich auch die Landesherrn von Württemberg und Baden nicht gerade nach einem Oberkommando des jungen unmilitärischen Königs von Bayern gesehnt haben werden. Alles dies legt den Gedanken nahe, daß Bismarck an die Ausführbarkeit einer bayrischen Militärhoheit über Süddeutschland ernstlich selbst nicht geglaubt haben mag; jedenfalls aber scheint er bei der Aufstellung dieser grotesken Idee auf die träumerische Leichtgläubigkeit Napoleons gerechnet zu haben. Tatsache aber blieb, daß nun einmal Bayern auf das Pferd gesetzt war, und daß es sich nicht entschließen konnte, selbst nach den kläglichsten Er-

fahrungen militärischen Unvermögens von 1866 wieder von demselben herabzusteigen.

Für die nächsten Zwecke hat indessen alle liebevollste Sorge und Rücksicht für Bayern Herrn von der Pfordten nicht vermocht, die dargebotene Hand Bismarcks anzunehmen. Er hat mit mutigem Entschluß den Kampf mit Österreich gegen Preußen aufgenommen, und man darf sagen, er hat mit süddeutscher Naivetät sich nach allen Niederlagen und nach den kläglichsten Kriegsbegebenheiten zum Schlusse gar nicht vorstellen können, daß der bayrische Staat an Ansehen oder Gebiet Schaden leiden könnte.

Die nun doch in Bewegung gekommene Frage einer neuen Bundesverfassung sollte aber noch vor Ausbruch des Krieges einen in der Form wenigstens befriedigenden Abschluß erlangen, indem die preußische Regierung den deutschen Regierungen einen Entwurf zusendete, der zwar den Einheitsgedanken mit aller Schärfe ins Auge faßte, aber doch einen Dualismus des nördlichen und südlichen Deutschlands aufrecht hielt, während sich in dem Vorbehalt einer künftigen Verständigung mit Österreich selbst die Keime einer Trias nicht verkennen ließen. Als staatsmännisches Mittel zur Erreichung seines Zweckes gegenüber von Frankreich und Rußland besonders wurde dieses absatzweise Vorschreiten Bismarcks in der deutschen Frage schon so oft und gründlich gerechtfertigt, daß es die Geschichte als feststehend ansehen wird, wie die endliche Aufrichtung des Reiches eben nur auf dem Wege einer so großen Mäßigung zu stande kommen konnte, welche dem überragenden Talente Bismarcks zu danken ist. Andererseits dürfte sich aber der Erzähler der einzelnen Begebenheiten nicht darüber irre führen lassen, wie sehr dieses sachte und unterbrochene Auftreten Bismarcks den Übelstand mit sich brachte, daß untergeordnete und oft unberechtigte Elemente in der Nation ihren Widerstand gegen eine rechtschaffene Begründung eines einheitlichen Reiches dadurch ermutigt und gestärkt fanden, und daß der deutsche Partikularismus, auf der einen Seite — im Norden heftig und oft mit Härte bekämpft —

im Süden zu um so größeren Forderungen und reichsfeindlichen Ansprüchen heranwuchs. Auch der Entwurf der künftigen Bundesverfassung vom 10. Juni ging wieder von der unglückseligen Teilung des militärischen Oberbefehls aus, er räumte wiederum den Bayern Rechte ein und machte ihnen hegemonische Aussichten auf eine führende Stellung in Süddeutschland, durch welche, wenn sie ausgeführt worden wäre, die deutsche Nation für ewige Zeiten zerrissen und zu größerer militärischer Schwäche verurteilt worden wäre, als dies im Bund von 1815 der Fall war. Bismarck bemerkte aber, er begnüge sich mit dem Worte „Qui trop embrasse mal etreint“ und mit dem anderen: „daß Rom nicht an einem Tage erbaut wurde, obwohl es auch schon in den ersten Anfängen durch Raub der Sabinerinnen ein erhebliches Odium auf sich lud“. Wenn nur die weise Zurückhaltung des großen Staatsmannes nicht auch bei dieser Gelegenheit mit viel zu weitgehenden Hoffnungen auf die Einsicht jener Staatsmänner von der Art des Herrn von der Pfordten verbunden gewesen wäre, dem der so mißfällige Entwurf mitgeteilt wurde, ohne daß dadurch die Feindseligkeit Bayerns im mindesten erschüttert worden wäre.

Zunächst hing alles weitere vom Kriege ab, in welchem die raschen Siege der preußischen Waffen so unerwartet waren. Auch hier ist aber die neueste Geschichtsforschung mehr als billig ungerecht in der Verteilung von Lob und Tadel gewesen, denn in Österreich wie in den Reihen seiner deutschen Verbündeten hatte der Wahnglaube an ihre Unbesiegbarkeit zum äußersten Übermut geführt. Herr von Sybel, der seine historische Darstellung ganz und überall den politisch-diplomatischen Verhältnissen des achten und neunten Dezenniums statt denen des Jahres 1866 anschmiegte, meinte sogar dem Grafen Mensdorff noch ein Denkmal der Einsicht und des verständigen Verhaltens setzen zu müssen. Auch dieses ist hinfällig. Mensdorff hatte schon am 31. März an den Herzog von Koburg geschrieben, er leugne zwar jede Absicht Österreichs, Krieg gegen Preußen zu führen,

aber da es durch die Schlechtigkeit Preußens und die völlige Irreführung des Königs dazu gezwungen werde, so werde er geführt werden. In der bekannten Art renommierte er ganz nach dem Muster seiner österreichischen Zeitungen mit den Hilfsmitteln Österreichs und seiner treuen Völker und am 19. Mai glaubte er bereits ein „Avis au lecteur“ seinem Vetter nach Koburg schreiben zu sollen, nach welchem es „diesmal den Preußen gar schlecht ergehen wird“, und er „raten möchte, nicht zu sehr nach Norden zu blicken.“ „Ich glaube, daß diesmal bei uns für die Zukunft mehr Sicherheit ist.“ Daß dieser Aushilfsminister, der niemals bemerkte, daß er bloß die Wand im Sommernachtstraum vorstellte, sich das Verdienst erworben hätte, den Kaiser von Österreich ernstlich zurückgehalten zu haben, gehört zu den vielen Fabeln, die sich an die Geschichte jener Tage bereits angesetzt haben. Die Aufgabe liegt hier ganz ferne, die verbreiteten Darstellungen von der Lage Österreichs zu berichtigen und seine wirkliche Geschichte zu erzählen.

Erstes Kapitel.

Die Friedensschlüsse von 1866 und der Norddeutsche Bund.

Der Krieg vom Jahre 1866 erinnert in mancher Beziehung an längstvergangene Zeiten, wo Schlachten und Märsche neben endlosen Verhandlungen der Diplomaten einhergingen, nur mit dem Unterschiede, daß jetzt nach Tagen und Stunden verlief, was ehedem nach Monaten und Jahren zählte. Aber in der Sache wurde seit dem 4. Juli so viel unterhandelt und diplomatisiert, wie einst zu Ryswick oder Utrecht und als den unglücklichsten Umstand darf man es wohl bezeichnen, daß die Neutralen überhaupt und Napoleon vor allen einen Einfluß auf diese Fragen von Krieg und Frieden zu nehmen im stande waren, durch welchen die militärischen Ergebnisse des Krieges wesentlich beeinträchtigt worden waren. Es ist sehr bezeichnend, daß die „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks gerade aus Anlaß der Friedensfrage von 1866 zum erstenmal Mitteilung von den gewaltigen Gegensätzen machen, die zwischen den politischen und militärischen Ratgebern König Wilhelms I. sich entwickelt hatten. Allmählich spitzte sich die Meinungsverschiedenheit über die poli=

tischen und militärischen Angelegenheiten zu einer Feindseligkeit zwischen Moltke und Bismarck zu, welche später in Versailles ihren Höhepunkt erreichte und ohne die überragende Bedeutung und Herrscherstellung des Königs die schlimmsten Folgen nach sich gezogen hätte. Nach der Schlacht von Königgrätz glaubte der Generalstab seine Dispositionen so treffen zu können, daß der Feind vollständig zu Boden geworfen werden sollte, während Bismarcks erstes Wort an seine Gemahlin nach den Siegen in Böhmen bereits der Unzufriedenheit mit jenem Teil der Umgebung des Königs Ausdruck gab, der da glaubte, die Welt erobert zu haben und übertriebene Ansprüche machte. Bismarck fügte sich dem Verlangen Napoleons, welcher den großen Vermittler zu spielen beabsichtigte. Moltke erklärte, den Krieg gegen Frankreich in offensiver Weise führen zu können, wenn der Kaiser militärisch eingreifen wollte. Ob man im preußischen Hauptquartier die Überzeugung hatte, welche nachträglich die Beust und Vitzthum in Paris gewonnen und in der bestimmtesten Weise überliefert haben, daß Napoleon überhaupt ganz unfähig gewesen wäre, in diesem Augenblicke zu schlagen, darüber liegen keine sicheren Nachrichten vor. Graf Goltz scheint, soweit aus von Sybels Auszügen seiner Depeschen geschlossen werden kann, die Frage über Frankreichs militärische Rüstungen und Kriegsbereitschaft merkwürdigerweise gar nicht erörtert zu haben. Die Berichte des preußischen Militärbevollmächtigten wurden dagegen, soweit man sehen kann, von Bismarck nicht in Betracht gezogen. So vermochte sich Bismarcks Ansicht im Rate des Königs siegreich zu behaupten, daß die von dem Könige als „unglaublich“ bezeichnete Forderung Napoleons angenommen werden müsse. Es folgten die fröhlichen Wochen der französischen Einmischung in die Friedensverhandlungen, welche so außerordentlich wechselvoll verliefen, daß alle Geschichtschreibung, sowohl französische wie deutsche, eigentlich bis heute noch nicht sicher feststellen konnte, ob der napoleonische Ehrgeiz, einen europäischen Friedensstifter zu spielen, seinem Urheber nicht mehr geschadet, als

genützt hat. Für unsere der endlichen Begründung des Reichs- und Kaisertums hier ausschließlich zugewendete Betrachtung werden nur diejenigen Momente der langwierigen und in ihren einzelnen Teilen sehr auseinandergehenden Unterhandlungen hervorzuheben sein, die sich auf die deutsche Verfassungssache und auf die Reichszukunft bezogen.

In seiner ganzen Bedeutung tritt nun ein Ausspruch des Königs Wilhelm I. schon am 5. Juli hervor, wo er mit der ihm eigenen Geistesklarheit und politischen Bestimmtheit nach von Sybels Mitteilung auf die Frage „was fordern wir" geantwortet habe: „Annexion von Schleswig-Holstein, deutsche Bundesreform unter preußischer Leitung, oder, wie er es jetzt ausdrückte, Suprematie über ganz Deutschland. Dazu dann als einzige Folge der beispiellosen Triumphe: Ersatz der Kriegskosten, Abdikation der feindlichen Souveräne von Hannover, Kurhessen, Meiningen, Nassau zu Gunsten ihrer Thronfolger; Abtretung eines böhmischen Grenzstichs von seite Österreichs, Ostfrieslands und der Erbansprüche auf Braunschweig von seite Hannovers." Darnach hat König Wilhelm schon am ersten Tage der Verhandlungen über die Friedensbedingungen das Programm des ganzen geeinigten Deutschlands unter Preußens Suprematie als Wunsch und Hoffnung seiner Politik zu erkennen gegeben und es wird also nicht gestattet sein, in der persönlichen Stimmung oder, wie manche gemeint haben, in der persönlichen Gleichgültigkeit des großen Königs gegenüber der deutschen Zukunft eine der Ursachen zu erblicken, welche die Aufrichtung des Deutschen Reiches verzögern mußten. Es ist eine Kenntnis von unschätzbarem Werte für den Deutschen, daß er durch die am 5. Juli gemachte eigenhändige Aufzeichnung erfährt, wie der echteste, uneingeschränkte Reichsgedanke Eigentum des großen Königs in einem viel stärkeren Maße gewesen ist, als es bei den Räten und insbesondere auch bei Bismarck für diesen Augenblick der Fall war, da er diesen Gedanken zunächst als unausführbar gehalten hat. Der König war also derjenige, der an

das ganze, ungeteilte Deutschland nach Ausschluß Österreichs unter der Führung Preußens dachte, indem er als Sieger von Königgrätz und nach dem schon vollständig erkennbaren Unterliegen der deutschen Bundesarmeen den Frieden zu diktieren in der Lage zu sein glaubte. Man darf ohne weiteres hinzufügen, daß es die Diplomatie und der widerstrebende Wille des deutschen Partikularismus gewesen ist, durch welche der König in seinen deutschen Absichten zunächst bei den Friedensunterhandlungen und dann noch durch Jahre hindurch immer mehr und mehr zurückgehalten und so ermüdet worden ist, daß es später den Anschein gewinnen konnte, als wäre er selbst der Hemmschuh einer strammen Einheit Deutschlands gewesen.

Unter einem anderen Gesichtspunkt erschien die Einheitsfrage dem Grafen Bismarck vermöge des Umstandes, daß Napoleon seine Vermittlung unter einer Voraussetzung aufdringen durfte, nach welcher er selbst eine den preußischen Erwerbungen entsprechende Entschädigung erhalten müßte. Wie er auf diesen Gedanken zu kommen vermochte, ist niemals aufgeklärt worden, jedenfalls hat Bismarck eine Leistung größter diplomatischer Kunst vollbracht, indem er dem begehrlichen Kaiser mit entschiedener Kraft jede Abtretung deutschen Gebietes versagte und ihm mit zäher Ausdauer Annexionen belgischer oder schweizerischer Gebiete so zu erschweren wußte, daß er seinen nie großen Wagemut und die Lust dazu verlor. In der entscheidenden Unterredung, welche Graf Goltz mit dem Kaiser am 11. Juli hatte, verzichtete der letztere scheinbar auf jede Entschädigung, aber Graf Goltz stellte auch keinerlei Forderung für Herstellung des Friedens. Wenn er behauptete, daß der Kaiser, wenn man es ihm erleichtern würde, aus seiner peinlichen Lage herauszukommen, ewig dankbar sein würde, so hat er sich nicht eben als den bedeutendsten Propheten gezeigt. Jedenfalls war bereits in diesem Gespräche Abstand genommen von einer Konstituierung des ganzen Deutschlands unter Preußens Führung. Die „Suprematie“, welche der König am 5. wünschte, war mithin am 11. bereits fallen gelassen. Wir

hören von Äußerungen, die bald der Kaiser, bald der Prinz Napoleon getan hätten, daß Süddeutschland in selbständiger Art konstituiert werden sollte, aber was sie davon sagten, und wie sie dies verstanden, bewies nur eine vollkommene Unklarheit und die gänzliche Unfähigkeit, Maß und Ziel dieser Verbindung selber zu bestimmen. Aus allen Mitteilungen des Grafen Goltz geht hervor, daß man sich in den Tuillerien ganz ratlos befand. Bismarck hatte aber schon am 9. in einer Depesche von Pardubitz an den Grafen Goltz freiwillig und mit einem Entgegenkommen ohnegleichen beantragt, von jeder Vereinigung von Nord- und Süddeutschland abzusehen. Hier steht der verhängnisvolle Satz, wie es scheint zum ersten Male ausgesprochen: „Unser politisches Bedürfnis beschränkt sich auf die Disposition über die Kräfte Norddeutschlands in irgend einer Form. Die Entscheidung über die Details dieser Form werden wir so viel wie möglich als innere mit dem Parlament zu vereinbarende Angelegenheit zu behandeln haben.“ Weiteren Wortlaut fügt von Sybel in der Analyse dieser Depesche nicht bei; er bemerkt nur noch: „Bismarck spreche das Wort Norddeutscher Bund hier ganz unbedenklich aus, weil er es, wenn die uns nötige Konsolidierung des Bundes gewonnen werden sollte, zur Zeit noch für unmöglich gehalten habe, auch Süddeutschland hineinzuziehen.“ Wenn mithin später häufig angenommen wurde, daß die Konstituierung des ganzen Deutschlands mit Ausschluß von Österreich ausdrücklich von Napoleon und von vornherein verboten gewesen sei, so ist dies nach den bis jetzt vorliegenden Akten doch nicht genau richtig. Nach von Sybels Analyse hatte Bismarck auch innere Gründe dafür, Süddeutschland nicht in den neuen Bund aufzunehmen. Es ist ja möglich, daß Bismarck vermöge seiner früheren Verhandlungen und Abmachungen, oder wenigstens nach Gesprächen mit Napoleon annahm, die Maingrenze sei die nun einmal festgelegte Bedingung für jede neue Bundesverfassung, und daß er in keiner Weise wortbrüchig werden wollte, wenn auch etwas Schriftliches nicht vereinbart wurde; aber in den offiziellen Ver-

handlungen, die zum Frieden führten, ging die Initiative in diesem Punkte keinesfalls von französischer Seite aus. Es ist auch nicht unmöglich, daß man die Erwartung Napoleons, er könnte in der Folge in Süddeutschland für seine weiteren Pläne Bundesgenossen finden, etwas überschätzt hat. Wenn man auch nicht Napoleons unmittelbare Kenntnis der süddeutschen Verhältnisse von der Zeit seiner Jugendjahre her hoch anschlagen wollte, so wußte er doch sehr genau sich an den Krieg von 1859 zu erinnern. Damals war die Erhebung und Kriegslust gegen Frankreich und ganz besonders gegen Napoleon gerade in Süddeutschland in einer so äußerst bedrohlichen Weise erwacht, wie in keinem anderen Teile Deutschlands und vor allem nicht in Preußen. Napoleon hatte genug Kenntnis von dem damaligen Einfluß der Augsburger Allgemeinen Zeitung, während er meinen konnte, die Kölnische Zeitung spräche im Namen des größeren Teils von Norddeutschland ihre weitgehenden Sympathien für die napoleonischen Ideen und die Befreiung von Italien aus. Es war in den darauffolgenden Jahren Bismarck gewiß nicht schwer gemacht, dem Kaiser die Stimmung in Norddeutschland als eine den Franzosen weit günstigere darzustellen, als in Süddeutschland. Die Gründung eines Norddeutschen Bundes war dem Kaiser entschieden als eine erfreuliche Lösung der deutschen Frage erschienen und er war nur darauf bedacht, den Gegensatz zwischen Österreich und Preußen möglichst zu schärfen, um hieraus große Vorteile zu ziehen. Daß er die Stellung der drei oder vier süddeutschen kleinen Staaten als eine für Frankreich so wichtige Sache angesehen hätte, hierfür ist nie ein Beweis geliefert worden.

Dagegen war in Österreich die Beziehung zu Bayern und Württemberg keinen Augenblick außer Acht gelassen worden. In den Briefen des Grafen Mensdorff an den Herzog von Koburg tritt die Überzeugung auf das Bestimmteste hervor, daß Österreich alles daran setzen werde und müsse, um sich in Süddeutschland den gesicherten Boden seines Einflusses zu erhalten. Der Gedanke eines Süddeutschen Bundes ist in Wien in der

Staatskanzlei von den alten ultramontanen Genossen der bayrischen Vaterlandspartei ausgegangen und dem jedes eigenen Urteils baren Herzog von Gramont eingeflößt worden. Frankreich hat in dieser Sache den Österreichern Beistand geleistet, aber es ist durchaus falsch, anzunehmen, daß ein sehr großer Wert auf die Entstehung eines Südbundes von ein paar Millionen Einwohnern in den Tuillerien gelegt worden ist. Man sieht auch ganz deutlich aus der von Herrn von Sybel mitgeteilten Korrespondenz des Grafen Goltz, daß die ganze Sache in Paris mühselig aufgebauscht worden ist. In den ersten Tagen hat sich Napoleon darüber gar nicht vernehmen lassen, dann soll aber bald Drouyn de Lhuys, bald der Prinz Napoleon die Sache in der Weise vorgebracht haben, daß sie sich sehr besorgt auf die öffentliche Meinung in Frankreich beriefen, die eben nichts mehr als die Vereinigung von Deutschland fürchte. Aber dieses Gespenst war lediglich von den Zeitungen aufgerichtet worden, hinter denen wieder nur die ultramontanen Kreise steckten, welche in der Wiener Staatskanzlei ihr Hauptquartier hatten. Und so war denn am 14. Juli in Paris in den offiziellen Verhandlungen zum erstenmal der unglückliche Satz niedergeschrieben worden: „Die deutschen Staaten südlich vom Main haben die Freiheit, unter sich eine süddeutsche Union zu schließen, die eine internationale unabhängige Stellung genießt." Graf Goltz schmeichelte sich, dem Kaiser der Franzosen mit diesem Zugeständnis, welches er aber auf Grund der Depesche Bismarcks vom 9. Juli selbst angeboten, der Kaiser nicht etwa verlangt hatte, einen gewaltigen Gefallen getan zu haben, aber er besorgte damit in Wahrheit nur die Geschäfte Österreichs und des süddeutschen Partikularismus und erntete wenig Dank dafür von den Franzosen. Denn die gesamten süddeutschen Bundesabsichten waren auf dem Ballplatz in Wien erfunden und von da in die Welt gesetzt worden. Sie galten als die Piéces de resistances, als ehrwürdige Reste der Triasidee seit dem Augenblicke, wo das preußische Bündnis in die Brüche gegangen war. Hier wurden sie von den Augusten-

burgischen Diplomaten, besonders von Herrn von Wydenbrugk, dem sich auch Heinrich von Gagern anschloß, unterstützt. Die sämtlichen Zeitungskorrespondenten, worunter ein gewisser Tuvora nicht weniger als fünf große französische Blätter bediente, waren im Dienste der süddeutschen Selbständigkeit tätig, und Max von Gagern, der das Preßdepartement leitete, machte niemandem ein Geheimnis daraus, daß der Rettungsanker der gesamten österreichischen Politik hier gelegt werden müßte. Wer immer in seinem Kreise erschien, konnte vernehmen, daß Herr von Biegeleben mit Beust und von der Pfordten an der Errichtung des Süddeutschen Bundes mit allen Kräften arbeiteten.

Während der Verhandlungen von Nikolsburg sollte dann dieser Zusammenhang der Dinge noch deutlicher hervortreten, als von der Pfordten von Mensdorff eingeladen worden war, nach Wien zu kommen, und die Absicht bestand, Bayern zu den Nikolsburger Verhandlungen beizuziehen. Als aber Bismarck dem bayrischen Minister in der bekannten Weise in Nikolsburg entgegentrat, so war zunächst der schöne Plan vereitelt worden und die österreichische Diplomatie sah sich umsomehr darauf angewiesen in Betreff des Süddeutschen Bundes sich ganz und gar hinter den freundlichen französischen Vermittler zu stecken, woraus sich alsbald ein verwendbares politisches Dogma entwickelte, daß Napoleon über dem Süddeutschen Bunde Wache halte.

Indessen war noch vor den Nikolsburger Präliminarverhandlungen ein kleiner diplomatischer Zwischenfall eingetreten, der die Bedeutung und Hoffnung auf den Süddeutschen Bund noch wesentlich zu steigern geeignet war, zugleich ein weiteres Entgegenkommen Bismarcks gegenüber von Österreich in diesem Punkte erwarten ließ. Während Graf Goltz in Paris genötigt war, mit dem unerwünschten kaiserlichen Vermittler zu unterhandeln, hatte Bismarck eine sich darbietende Gelegenheit benützen können, sich den Österreichern in unmittelbarer Weise zu nähern, indem er dadurch hoffte, den Einfluß der Benedetti und Gramont etwas mehr auszuschließen. Er mochte es in privaten Gesprächen

als nicht ganz ausgeschlossen erwähnt haben, daß Preußen gegen eine Teilung Deutschlands nach der Mainlinie, wobei eine intimere Verbindung Österreichs mit Süddeutschland bestehen könnte, keine Einwendung erheben würde. Politische Dilettanten mochten diesen Gedanken für die Herstellung des Friedens als außerordentlich günstig erachtet haben und Bismarck ließ sich darauf ein, die Sache in Wien bekannt werden zu lassen. Der Mann aber, durch dessen Hand ein Antrag dieser Art an die Wiener Regierung, vielleicht an den Kaiser Franz Joseph selbst, gelangen zu können schien, war der damalige Bürgermeister von Brünn Dr. Giskra, einer der Führer der liberalen Kammermajorität des letzten Reichsrats. Er war in seiner Stellung, während das Hauptquartier der preußischen Armee in Brünn sich befand, mit Bismarck in mannigfaltige Verbindung gekommen, aus welcher sich die komische Konsequenz entwickelte, daß er sich ein Jahr später, da er ein Ministerportefeuille unter Beust in Österreich annehmen sollte, und wegen preußischer Sympathien, die er wohl nie in Wirklichkeit hatte, verdächtigt worden war, von Bismarck ein Wohlverhaltungszeugnis über seine gut österreichische Gesinnung ausstellen ließ. Daß ihn Bismarck für ein ernst zu nehmendes geeignetes Medium angesehen haben sollte, um mit einem Ministerium, welches von Giskras Partei auf das schärfste bekämpft wurde, zu verhandeln, ist übrigens nicht sehr wahrscheinlich. Bismarck wird außerdem den Namen Giskras aus der Frankfurter Parlamentszeit in Erinnerung gehabt haben, wo derselbe einer der wütendsten Pfingstweidenredner gewesen war, die ihre demokratische Hetze hauptsächlich gegen Preußen richteten und auch in der Paulskirche zu jenen Österreichern gehörte, die mit Bewußtsein für die möglichste Demokratisierung der Reichsverfassung arbeiteten, um das preußische Kaisertum unmöglich zu machen. Giskra selbst glaubte mit Recht, den Antrag Bismarcks, mit den Ministern in Wien zu unterhandeln, lieber für seine Person ablehnen zu sollen und empfahl einen Baron Herring, Handelskammerpräsidenten von

Brünn, für die Mission, die aber von einem so geriebenen ultramontanen Diplomaten wie Moriz Esterhazy, wohl keinen Augenblick ernst genommen wurde. Während Benedetti mit Mensdorff und Esterhazy die Basis der Friedensbedingungen feststellten, klärte sich der Zwischenfall Giskra-Herring rasch genug als ein Versuch Bismarcks auf, Österreich mit Napoleon zu entzweien und dessen Vermittlungspolitik zu kreuzen. Dennoch aber hatte der Antrag nach Süddeutschland hin gewisse Folgen, denn das Zugeständnis einer Verbindung von Österreich mit den süddeutschen Staaten war nun einmal gemacht und blieb lange unvergessen, und in der Zeit des Ministeriums Beust und des von ihm in Cisleithanien in die Regierung gesetzten sogenannten Bürgerministeriums suchte man in Österreich und in Bayern, sowie in den demokratischen Kreisen von Württemberg immer wieder Stimmung für die von Bismarck 1866 ins Auge gefaßte Verbindung zu machen. Die behagliche Erzählung Giskras von dieser improvisierten Friedensvermittlung in einer Delegationssitzung im Jahre 1871 hatte nur den Zweck, die großdeutsch-österreichischen Torheiten wach zu erhalten. Für die Entwicklung des Anschlusses der Südstaaten an den Nordbund war aber der Zwischenfall von dauernder Schädigung. Zunächst war der bayrische Minister von der Pfordten auf die Benachrichtigung von diesen Absichten nach Wien gegangen, um die deutsche Frage in weitere Verwirrung zu bringen. Bezeichnend für die ungeheuere Unverfrorenheit, mit welcher Österreich und die Feinde der preußisch-deutschen Union sich infolge der Unsicherheit über das Anzustrebende und Erreichbare die Errichtung des Reichs zu verhindern suchten, war, daß noch in den letzten Stunden der Nikolsburger Verhandlungen Graf Karolyi mit dem Verlangen hervortreten konnte, Sachsen nicht zum norddeutschen, sondern zum Südbunde treten zu lassen. Wenn Bismarck mit dem Zorn der Entrüstung antwortete, so war dies ohne Zweifel ein Beweis, daß wohl niemals eine so vollständig zu Boden geworfene Macht eine dreistere Sprache in Friedensverhandlungen

führte, wie es Österreich unter dem Schutze Frankreichs gegen den langmütigen Minister des siegreichen Preußens tun zu können meinte. Denn da das Programm des Königs Wilhelm betreffs der Suprematie Preußens über Deutschland aus dem Wege geräumt war, so schien nicht nur den Franzosen, sondern auch den Österreichern und vor allem den Süddeutschen die ganze deutsche Frage ein für allemal in der Luft zu hängen und es machte fast den Eindruck, als wäre die Lösung der alten Streitfragen über Dualismus, Trias, Union und Reichsverfassung durch den ganzen Krieg und trotz Preußens unerwarteten Siegeslauf um kein Haarbreit weiter als zur Zeit des Bundestags gekommen. Es gehörte die unerschütterliche Willenskraft eines Bismarck dazu, um einer solchen einmütigen Verschwörung gegen jede Herstellung des Einheitswerkes der Nation schließlich dennoch den Wind abgefangen zu haben. Sein Entschluß ging aber fürs erste dahin, den Krieg jetzt durchaus zu beenden, und er wußte diese menschenfreundliche Absicht ebenso gegenüber dem König und seiner militärischen Umgebung, wie gegenüber den auswärtigen Mächten durchzusetzen. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck für seine friedfertige Stellung gegenüber von Österreich noch ein anderes Motiv angeführt, dessen Durchführung jedoch für die Politik der nächsten Jahre einer gewissen Einschränkung bedarf, wenn man die nachherzuschildernden Bestrebungen für die Begründung des Reichs und Kaisertums nicht mißverstehen soll.

Bismarck betont in seinem Werke den Wunsch, das Verhältnis zu Österreich so zu gestalten, daß nach Beendigung des Krieges jede Erneuerung der alten Freundschaft zwischen Österreich und Preußen möglich und wahrscheinlich sein sollte. Er verlangte daher von dem Könige den Verzicht auf jede Territorialerwerbung österreichischen Gebiets unter dem Gesichtspunkte, daß es nicht fehlen werde, an Österreich einen Bundesgenossen zu finden, wenn man nur jeden Entgeltungsgedanken demselben von vornherein benommen haben werde. Aber in

dieser Beziehung blieb es dem groß denkenden Staatsmann Preußens nicht erspart, doch recht lange auf die Erfüllung seiner Wünsche warten zu müssen und zunächst sollte er nur den sprichwörtlichen Undank Österreichs ernten. Denn statt der erhofften Annäherung nahm Österreich den größten Feind Preußens und besonders Bismarcks zu seinem Minister, konspirierte mit Frankreich, öffnete seine Staaten den Agitationen des hannoverschen Hauptquartiers, schloß durch Erzherog Albrecht Feldzugsvereinbarungen mit dem französischen Generalstab und verfolgte in den nächsten Jahren die Anhänger Preußens in Österreich in einer empörenden Weise. Man muß die in diesen Jahren in Wien erscheinenden vielfach vom hannoverschen Hofe bezahlte Presse beachten, in welcher die „Preußenseuche", wie man zu sagen pflegte, in gemeinster Weise bekämpft wurde, um die große Enttäuschung zu erkennen, die dem gewaltigen Staatsmann trotz seiner einzig in der Geschichte dastehenden Mäßigung bereitet wurde. Es sollte bekanntlich nahezu 20 Jahre dauern, bevor das Deutsche Reich, nachdem Frankreich längst niedergeworfen war, dazu schreiten konnte, das von Bismarck einst großmütig ins Auge gefaßte Ziel einer Annäherung an Österreich wirklich zu erreichen. Für das gefährliche Verhältnis zu Napoleon blieb die Liebesmühe Bismarcks bei Österreich ohne alle Folgen. Wenn daher die meisten Geschichtschreiber die Nachgiebigkeit Bismarcks gegen Österreich bei den Nikolsburger Friedensverhandlungen bloß aus der augenblicklichen Lage der politischen Machtverhältnisse erklären wollen, so tun sie dem großen Staatsmanne sicherlich unrecht, denn daß er auf die Unterstützung Österreichs, falls Frankreich Krieg für Sadowa geführt hätte, nicht zählen konnte, um so weniger je ungeschwächter der alte Gegner Preußens gelassen wurde, konnte ihm nicht verborgen sein und zu meinen, daß sich ein Bismarck hierüber Täuschungen hingegeben hätte, hieße ihn wenig schätzen. Man muß vielmehr annehmen, daß sein Wunsch, Österreich ungeschwächt aus dem Kriege hervorgehen zu lassen, lediglich in seiner allgemeinen Überzeugung wurzelte, daß

der Bestand Österreichs für das europäische Staatensystem notwendig sei.

Der konservative politische Charakter unseres großen deutschen Ministers zeigt sich besonders darin, daß er die Neugestaltung Deutschlands ohne Störung des europäischen Gleichgewichts hervorzubringen entschlossen war. Recht im Gegensatz gegen die französischen Ministerregierungen und ganz besonders gegen die Eroberungskriege Ludwigs XIV. und Napoleons wich Bismarck keinen Fingerbreit von der Anerkennung des europäischen Gleichgewichts, wie es durch die Pentarchie des Wiener Kongresses geschaffen wurde, ab. Seine große Denkschrift, mit welcher er dem König die gemäßigten Bedingungen von Nikolsburg als die einzige Grundlage dessen, was er zu verantworten sich getraue, vorlegte, ist nur unter der Voraussetzung zu verstehen, daß an der Machtverteilung, wie sie zur Zeit bestand, im wesentlichen nichts zu ändern im Interesse Preußens gelegen hätte. Es ist in gewissem Sinne ein lauter Protest gegen die napoleonischen Ideen, welche die Beseitigung der Verträge von 1815 sich vorgesetzt hatten. So wenig wünschte er durch die eingetretenen Veränderungen eine Störung des Gleichgewichts zu bewirken, daß er von dem Königreich Italien keine weitere Erwähnung tat, als wäre mit demselben neben den übrigen vier Großmächten nicht als einem neuen Element zu rechnen. Die Usedomsche Politik, die eine Vernichtung Österreichs ins Auge gefaßt hatte, existierte für Bismarck nicht. Für den siegreichen König einer einzig in der Weltgeschichte dastehenden kriegerischen Leistung von sieben Wochen war es aber ein hartes Stück, seinen Siegeslauf zu unterbrechen. Man muß daher im Interesse des Königs Wilhelm den „Gedanken und Erinnerungen“ sehr dankbar sein, daß sie uns die Marginalnote des Königs aufbewahrt haben, welche der diplomatische Geschichtschreiber leider unterdrückte: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außer stande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des

Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen."

Obwohl Bismarck sich nicht im Wortlaute dieser großartigen Denkungsweise seines Königs zu täuschen meint, muß man doch sehr bedauern, daß die richtige Lesart nicht feststeht, jedenfalls aber wird auch hier zur Charakteristik des Königs dienen und immer festzuhalten sein, daß er in Betreff der deutschen Frage nicht der Meinung war, sie sei durch Nikolsburg in eine völlig erwünschte Bahn gelangt. Der König dachte energischer von und über die deutsche Einheit, als daß ihn das befriedigt hätte, was ihm durch den Krieg von 1866 zu erreichen möglich war.

Mit den süddeutschen Staaten wurden die Friedensverhandlungen in Berlin im Anfang August von Bismarck aufgenommen unter Ablehnung einer jeden gemeinsamen Verhandlung, welche auch nur von Bayern beantragt worden war. Württemberg und vor allem Baden waren in einer so vollständig anderen Lage und für die Zukunft von so durchaus anderen Plänen und Absichten erfüllt, daß ein Zusammenwirken mit Bayern auch ihnen in keiner Weise erwünscht sein konnte. Die Unterhandlungen für Bayern wurden von von der Pfordten und dem Grafen Bray geführt, dessen jetzt veröffentlichte Mitteilungen von unschätzbarem Werte sind und ein ganz neues Licht über dieselben verbreiten. Die bayrischen Bevollmächtigten kamen mit dem festen Entschluß in Berlin an, in allen Beziehungen zu Preußen und dem Norddeutschen Bund, wenn dieselben bei den Friedensverhandlungen erwogen werden sollten, nur im Sinne völlig gleichstehender souveräner Mächte ein Bündnis zuzulassen. Während man entschlossen war, auch nicht das kleinste souveräne Recht zu opfern, sprach von der Pfordten allerdings sehr viel von den nationalen Gesinnungen der bayrischen Regierung und wie man sich in München gerne einer nationalen Politik anschließen werde und wolle. Wenn erzählt wird, daß sich am Ende der längeren Ver-

handlungen Bismarck und von der Pfordten, gleichsam als hätten sie sich erst jetzt von ihrer beiderseitigen gutdeutschen Gesinnung überzeugt, sich gerührt umarten, so hatte der letztere allerdings allen Grund über die ungewöhnlichen Erfolge, mit welchen Bayern aus seiner völligen Vernichtung hervorgegangen ist, dankbar sich zu freuen; wobei es aber erlaubt sein wird zu bemerken, daß Graf Bray, der von der Umarmung nichts bemerkte, in seinen Darstellungen viel nüchterner und man kann sagen selbstgefälliger sich verhält und keinen Augenblick verkannt zu haben scheint, daß der Friedensschluß geradezu als ein diplomatischer Erfolg ersten Ranges für Bayern zu betrachten gewesen sei. So ist man auch erst jetzt in der Lage zu begreifen, daß im Jahre 1870 die gleich hier näher zu besprechenden Verträge in Bayern so aufgefaßt worden sind, als ob sie nur in bedingter Weise abgeschlossen worden wären. Und so konnte König Ludwig und die bayrischen Kammern in dem Glauben leben, daß es im Belieben Bayerns liege, jederzeit erst darüber zu beschließen, ob und wann der Bündnisfall eintreten werde. Da Graf Bray bei der Unterhandlung anwesend und zugleich der entscheidende Minister in dem Augenblicke war, als die Schutzverträge zur Anwendung kommen sollten, so verdient seine Darstellung die größte Beachtung. Als Herr von der Pfordten am 9. August Abend die erste Besprechung mit Bismarck gehabt hatte, war er nach vorliegenden Mitteilungen auch anderweitiger Zeugen durch die exorbitanten Forderungen des preußischen Siegers sehr erschüttert. Noch am folgenden Tage, als Graf Bray der Unterredung beiwohnte, schien Bismarck unerschütterlich und bemerkte sogar, daß Bayern schlechtere Bedingungen erhalten werde als alle anderen Mächte, da niemand für dasselbe einzutreten geneigt sei. Für Hessen und Württemberg verwendeten sich Rußland, für Sachsen Frankreich und Österreich, Baden habe seinen Rückhalt in den dynastischen Verhältnissen, aber Bayern sei von seinen österreichischen Freunden ganz verlassen worden und werde die Zeche bezahlen müssen. Als erschreckendes

Beispiel erinnerte Bismarck an Jena und die Folgen, die es für Preußen gehabt hätte. Indessen macht die sehr unbefangene Erzählung des Grafen Bray den Eindruck, als ob die Bevollmächtigten schon an diesem Abend mit der Überzeugung nach Hause gegangen wären, als seien die harten Gesinnungen gegen das am Boden liegende bayrische Vaterland lediglich bei der Militärpartei und bei dem König vorhanden, während Graf Bismarck nach seiner ganzen großdenkenden Auffassung der Lage mehr als Freund wie Feind zu betrachten wäre. Er hatte schon an diesem ersten Tage von den anfänglich berührten Territorialabtretungen einige Perlen, wie Kissingen, selbst preisgegeben, und in den nächsten Tagen entzog er sich persönlich den Verhandlungen nach Kräften, indem er es lediglich Savigny überließ, die bayrischen Gesandten noch eine Zeit lang in einer schreckhaften Stimmung zu erhalten, um sie in dem Punkte nachgiebiger zu machen, auf welchen Bismarcks Staatskunst in diesem Augenblicke den ganzen Nachdruck setzte: in Betreff des Abschlusses der Schutzverträge. Wenn ein Menschenkenner und Meister der diplomatischen Kunst, wie Bismarck es nötig fand, durch anfängliche Aufstellung von härtesten Bedingungen, die er doch niemals aufrecht zu halten die Absicht hatte, einen so gewaltigen Druck erst auszuüben, um dadurch seine anderweitigen Absichten durchzusetzen, so ist damit der Beweis geliefert, daß schon der Abschluß der Schutzbündnisse gegenüber der bayrischen Politik für eine sehr große Schwierigkeit galt und daß die Friedensunterhändler dieses Bündnis nicht als etwas betrachteten, was ihnen gewährt und zugestanden worden ist, sondern daß sie darin eine Leistung und ein Zugeständnis ihrerseits erblickten. Und so war es in der Tat. Graf Bray erzählt, daß nach Verlauf von wiederholten Beratungen, bei denen man sich preußischerseits wiederholt und sehr deutlich auf die Hartnäckigkeit berief, mit welcher der König seine Absicht vertrat, die alten hohenzollerschen Gebiete von Bayern zurückzuverlangen, eines Tages dem Herrn von der Pfordten ein Billet von unbekannter Hand

mit Bleistift geschrieben zugekommen wäre, welches lautete: „Empfehlung! — statt aller Gebietsabtretung die volle Kontribution von 25 Millionen Gulden und Bündnis gegen das Ausland anzubieten. Dieses Billet zu vernichten bittet ein Freund."

Wie man sieht, gab es Freunde Bayerns in Berlin, welche den Bevollmächtigten die Meinung beibringen durften, daß sie Preußen als ein Äquivalent für im Kriege wohlverdiente Gebietsverluste ein Schutz- und Trutzbündnis gegen das Ausland anbieten dürften und daß sie Preußen damit einen Dienst erweisen können, wenn sie sich bereit erklärten, Deutschland gegen fremde Angriffe mit zu verteidigen. Dies war aber nach einem Kriege Bayern zugestanden worden, in welchem sich die bayrische Armee als würdige Nachfolgerin etwa jener Reichstruppen erwies, die einst der große Fritz bei Roßbach dem Gespötte der Welt zuzuweisen verstand. Die bayrischen Unterhändler glaubten in jenem Augenblicke, wo sie mit einer Art von Herablassung auf die Schutzverträge eingingen, es müßten eben die französischen Kompensationsforderungen sein, welche die preußische Politik so schwer drückten, daß die Hilfe Bayerns in einem französischen Kriege alles aufwiegen könne, was König Wilhelm nach Kriegsrecht an Landesabtretung und Entschädigung fordern durfte. Merkwürdigerweise war aber gerade in denselben Tagen, in welchen die Verhandlungen zwischen Bayern und Preußen stattfanden, die französische Kriegsgefahr fast gänzlich geschwunden. Am 11. August hatte Graf Goltz in Paris dem Kaiser die Gründe vorgetragen, die Preußen gegen jede Abtretung eines deutschen Landes an Frankreich habe und haben müsse und es geschah das Unerwartete, daß der Kaiser die ganze Sache für ein Mißverständnis erklärte, in welches er während seiner Krankheit durch Drouyn de Lhuys verwickelt worden wäre. In denselben Tagen, in welchen Bismarck ein Übermaß von Großmut und Nachsicht an diese zu Boden geworfenen Gegner verschwendete, bestand zunächst gar nicht die große Gefahr, die den bayrischen Bevollmächtigten das Schutzbündnis für Preußen so wertvoll

erscheinen ließ. Daß vom allgemeinen deutschen Standpunkt angesehen ein solcher Vertrag erst noch ein besonderes Lob verdient hätte, scheint indessen auch Herr von der Pfordten und nach den Mitteilungen des Grafen Bray auch dieser gar nicht gemeint zu haben. Auf alle Fälle darf man gerechterweise mithin annehmen, daß die Unterhändler ihrerseits durchaus bona fide waren und keineswegs dachten, daß vorkommendenfalls beim Ausbruche eines Krieges mit Frankreich erst noch eine Frage entstehen könnte, ob der Vertrag werde ausgeführt werden, oder nicht, wie das nachher die Meinung im Jahre 1870 war, als man in Bayern seitens des Königs so gut wie der Kammern ein freies Recht der Entschließung beanspruchte, ob man mobilisieren müsse, oder nicht. So verworren blieb alles, was den sogenannten Friedensschluß zwischen Bayern und Preußen betraf. Damit aber dem Abschlusse selbst auch noch eine fast komische Seite abzugewinnen wäre, so hatte man bayrischerseits den Erinnerungen der Hohenzollern eine Ehrerbietung zu erweisen sich bereit erklärt, indem man wenigstens den bescheidenen Wunsch des Königs, die alte Burg von Nürnberg wiederzubesitzen, erfüllen sollte. Aber am 30. August schrieb König Ludwig einen Brief an den König, in welchem er unter Zugrundelegung eines ganz unklaren und unbestimmten Rechtsverhältnisses einen gemeinsamen Besitz der Nürnberger Burg beantragte und mit der Phrase deckte, daß auf der gemeinschaftlichen Ahnenburg die Banner von Hohenzollern und Wittelsbach als Symbol der deutschen Einheit flattern würden. Wie mußte man da erstaunen, als Graf Bray nun bei dem Austausch der Ratifikationen dem sichtlich hierüber betroffenen Herrn von Savigny die kühne Erklärung zu geben genötigt war, daß sich bezüglich der Burg von Nürnberg eine Schwierigkeit erhoben hätte, welche in der Natur der Sache liegend der freundschaftlichen Absicht Seiner Majestät des Königs unerwartete Schranken setzte. Es hatten nämlich die bayrischen Staatsgelehrten inzwischen herausgefunden, daß die Burg von Nürnberg weder im königlichen Privateigentum stehe, noch auch

zu den Schlössern der königlichen Zivilliste gerechnet würde, vielmehr lediglich als Staatsgut zu betrachten sei und eben deshalb über die Substanz derselben ohne Zustimmung des Landtags nichts verfügt werden könne. Daß der patriotische bayrische Landtag aber dem großmütigen Schlachtensieger von Preußen ein solches Besitztum zuwenden könnte, war natürlich ausgeschlossen. Und so hatte es die geschickte bayrische Diplomatie wirklich fertig gebracht, dem Könige von Preußen ein Handschreiben des Königs Ludwig zu überbringen, in welchem zwar keine Hohenzollernburg geboten, aber ein lustiges deutschpatriotisches Freudenfeuer angezündet war. Es war jedoch von Stroh. Ob Bismarck diesen Abschluß der Friedensunterhandlungen dem Könige mit sehr freudigen Gefühlen hat melden können, ist in den Gedanken und Erinnerungen nicht mitgeteilt.

Inzwischen hatte Württemberg seinen Frieden mit Preußen schon am 13. August abgeschlossen. Da es in den Verhandlungen mit Herrn von Varnbüler keine Gebietsfragen von ernster Art gab, so lag der Schwerpunkt der Erörterung lediglich in der Stellung Württembergs zu den ohne sein Zutun festgestellten Nikolsburger Artikeln, betreffend die zu bildende Union der Südstaaten und das Verhältnis zu Preußen und Norddeutschland. In dieser Beziehung entsprach es der ganzen bisherigen Politik des Herrn von Varnbüler sich freie Hand nach allen Seiten zu wahren. Es wäre zwar voreilig gewesen anzunehmen, daß er unter allen Umständen der Bildung eines Südbundes entgegen gewesen wäre, und seine vielfältigen Unterhandlungen über einen solchen gleich in den nächsten Monaten und Jahren lassen die Neigung nicht verkennen aus der Isolierung herauszutreten, die allen diesen süddeutschen Staatsmännern etwas unheimlich zu werden anfing. Er hatte aber seinen alten Lieblingsgedanken nicht aufgegeben, durch die Hereinziehung Österreichs in das Bundesverhältnis auch jetzt noch etwas der vielbegehrten Trias ähnliches zu stande zu bringen. Er war daher weit entfernt davon, in Berlin irgend etwas zu äußern, was einem Wunsche

ähnlich sah, dem Norddeutschen Bund Württemberg einzufügen. Wenn dies geschehen wäre, so würde der badische Minister von Freydorf, der gleichzeitig in Berlin unterhandelte, unbedingt volle Kenntnis davon bekommen haben. Aus München wurde damals gemeldet, daß man besonders deshalb über Württemberg erzürnt gewesen sei, weil es sich gegen die wohlwollenden Intentionen Bismarcks in Bezug auf eine süddeutsche Vorherrschaft Bayerns durchaus ablehnend verhalten habe, womit aber sicherlich nicht gesagt war, daß es nicht in ein gleichgestelltes Verhältnis zu Bayern hätte eintreten wollen. Die ganze Sache war so unklar und verfahren, daß Varnbüler sich nur bemühte, möglichst rasch zu einem Abschluß zu gelangen, bei welchem die Souveränität und Integrität Württembergs auf das vollkommenste gesichert war. Für die Zukunft hoffte man in diesen süddeutsch-österreichischen Kreisen auf den wohlbekannten Wegen journalistischer Vorgänge und Maßnahmen die Unhaltbarkeit der gegebenen deutschen Zustände beweisen und herbeiführen zu können. Mit seltener Aufrichtigkeit hat Julius Fröbel, der inzwischen von Wien nach Stuttgart berufen worden war, die hoffnungslose Lage geschildert, welcher Herr von Varnbüler mit den Worten Ausdruck gab, daß nichts anderes übrig bleibe, als sich von der württembergischen Volksstimmung in das preußische Lager treiben zu lassen. Zunächst aber bezeichnete Fröbel ganz richtig den Zustand Württembergs als den eines vollendeten politischen Gedankenstillstands, während er gleichzeitig erzählt, daß Herr von Gagern in Wien versichert habe, Herr von Beust werde auf die Stellung Österreichs in Deutschland niemals Verzicht leisten und Herr von Biegeleben habe im März 1867 den Krieg am nächsten Tage wieder anzufangen gewünscht. Varnbüler war viel zu klug, als daß er sich auf Abenteuer eingelassen hätte, aber sehr angenehm wäre ihm gewesen, wenn der in Baden entlassene Minister von Edelsheim nach dem Rücktritt von der Pfordtens, wie man eine Zeitlang erwartete, Ministerpräsident in Bayern geworden wäre. Mit diesem zusammen würde das Programm

eines südwestdeutschen Bundes in Anlehnung an Frankreich, an Österreich oder an beide gemeinsam ausgeführt worden sein.

Welcherlei Art aber auch die Hintergedanken Varnbülers waren, auf den Abschluß des Friedens mit Preußen hatten sie gar keinen Einfluß. Varnbüler ging rasch und entschieden auf den Vorschlag des Schutz- und Trutzbündnisses ein, nach welchem beim Ausbruch eines Krieges die Truppen Württembergs unter den Oberbefehl des Königs von Preußen treten sollten. Was jedoch von der Bereitwilligkeit der württembergischen Regierung zunächst zu halten war, ging daraus hervor, daß nach der Veröffentlichung der Schutzbündnisse niemand anderer, als Varnbüler es gewesen ist, der den Satz aufstellte, nicht unbedingt hätte das Bündnis im Falle eines Angriffs Geltung, sondern das, was man mit gelehrter Wichtigtuerei den Casus foederis nannte, werde völkerrechtlich erst im gegebenen Augenblick zu prüfen sein. Wenn er, wie es die Meinung des badischen Ministers Herrn von Freydorf war, diesen Vorbehalt auch schon bei der Unterzeichnung des Bündnisses gemacht hatte, so lag auch hierin ein Beweis für die in der diplomatischen Welt wohl einzig dastehende Langmut und Nachsicht Preußens.

In einem gewissen Zusammenhang mit den bayrischen standen die hessischen Friedensverhandlungen, indem die eine Zeitlang vorhandene Absicht der Besitznahme von Oberhessen einen Austausch bayrischer und hessischer Gebiete zur Folge gehabt hätte, was aber bekanntlich nie zu stande gekommen ist und durch die von Napoleon ins Auge gefaßten Kompensationsforderungen, die freilich zur Zeit der Anwesenheit des Herrn von Dalwigk in Berlin längst fallen gelassen worden waren, Verwicklungen mannigfaltigster Art hervorgebracht hätten. So kam es, daß Bismarck in der Lage war, mit Herrn von Dalwigk über Fragen einer weiteren Entwicklung der deutschen Angelegenheiten und besonders über die Errichtung von Schutzbündnissen gar nicht zu verhandeln. Da Oberhessen in den Norddeutschen Bund aufgenommen wurde, so mußte es sich voraussichtlich den

6*

Einrichtungen und Verpflichtungen anpassen, welche für die gesamten Bundesfürsten maßgebend sein würden. Bismarck scheint auch nicht eben auf die Verschwiegenheit des Herrn von Dalwigk gegenüber von Frankreich große Stücke gehalten zu haben, und so war seine Verhandlung mit einem der feindseligsten Parteigänger Österreichs verhältnismäßig leicht. Daß dabei hauptsächlich Rücksichten auf den Kaiser Alexander maßgebend waren, ist durch den herrlichen Brief des Königs Wilhelm an Kaiser Alexander sichergestellt, den Sybel leider nur im Auszug mitgeteilt hat. Wenn es aber ja noch eines Beweises bedurft hätte, wie fest und klar der König in der nationalen Sache dachte, so würde ein Satz wie der, wo der König auf die Notwendigkeit einer Zusammenfassung Deutschlands gegenüber der Existenz dieser kleinen, unmächtigen Dynastien, die ihr Dasein auf Kosten der nationalen Interessen fristen, ihre souveränen Pflichten sehr ungenügend erfüllen und das Ansehen des monarchischen Prinzips ebenso kompromittieren, wie ein zahlreicher und armer Adel das Ansehen der Aristokratie — mehr besagen als ein ganzer Band ministerieller Verhandlungen. Und einem solchen Briefe gegenüber zweifeln Geschichtschreiber an der vollendeten Initiative des Kaiser Wilhelm in der deutschen Frage!

Der einzige der alten Bundesstaaten, welcher mit dem Kriege sofort auch die falsche Politik ganz und freudig beendigte, die eine irregeführte Kammermehrheit und ein im Sinne derselben eingesetztes Ministerium gegen Wunsch und Willen seines Landesherrn geführt hatte, war Baden. Das gewaltige Opfer, welches der Großherzog Friedrich als konstitutioneller Monarch bringen mußte, indem er seiner jahrelang gehegten Überzeugung eines bundesstaatlichen Anschlusses an den preußischen Staat eben in der großen Krise Deutschlands entsagen mußte, schien durch die Entscheidungen des Kampfes zur freudigen Erfüllung deutscher Einheitsidee sich gewendet zu haben. Hätte der Großherzog den Rat Bismarcks befolgt und sein Land unter der Protektion Napoleons neutral gestellt, so würde der von Napoleon und

Preußen jetzt verabredete Südbund vollends einen rheinbündlerischen Charakter angenommen haben. Indem aber der kleine Staat auf sein Risiko seinen Standpunkt gewahrt hatte und mit seiner kleinen, aber vollkommen diszipliniert und ungeschwächt aus dem Kampfe hervorgegangenen Truppenmacht in den Friedensstand eintrat, durfte der Großherzog von Baden hoffen, das unversehrte Banner nationaler Ansprüche und Erwartungen erheben zu können. Demgemäß trat seine Regierung nach vollständiger Verwandlung seines Ministeriums in Unterhandlung mit dem preußischen Sieger. Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß der Großherzog schon am 27. Juli Matthy zum Präsidenten des Staatsministeriums und Jolly zum Präsidenten des Ministeriums des Innern ernannte. Als der verdienstvolle, um Deutschland hochverdiente Präsident der auswärtigen Angelegenheiten, Herr von Freydorf, nach Berlin ging, um den Frieden zu schließen, durfte er allerdings noch annehmen, daß der von der preußischen Regierung am 10. Juni allen deutschen Regierungen überreichte Entwurf der künftigen Bundesverfassung kein bloßer Scherz gewesen sein werde, und daß sich mithin die Friedensverhandlungen um diejenigen Dinge handeln werden, um welche der Krieg eigentlich unternommen worden war. Daß in der Zwischenzeit in Nikolsburg auf der Basis der Mainlinie abgeschlossen worden war, hatte man zwar schon auf dem Wege der Presse erfahren können, aber den zu errichtenden Südbund kannte man zunächst nur als ungeborenes Kind der diplomatischen Launen des deutschen Schicksals. Zwar hatte Jolly schon vor seiner Ernennung zum Minister in einem Zeitungsartikel ahnungsvoll der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Strafe für die unbesonnene Gehässigkeit gegen Preußen in der Gestalt des Ausschlusses aus dem Norddeutschen Bunde das Land treffen könne, aber an einen dauernden Zustand, in welchem ein Drittel der deutschen Nation — Franken, Schwaben, Bayern — diejenigen Stämme und Gebiete, an welche man durch tausend Jahre allein oder vorzugsweise gedacht hatte, wenn jemand vom „Reich“

sprach, einfach ausgeschlossen sein sollte, daran glaubte man in Baden zur Zeit noch nicht. Alles kam also darauf an, was die Verhandlungen in Berlin erst noch ergeben würden.

Schon während der Friedensverhandlungen in Nikolsburg hatte der Großherzog von Baden sich in Verbindung mit dem König Wilhelm zu setzen gesucht, während gleichzeitig ein Waffenstillstand im Hauptquartier der Mainarmee beantragt wurde. Da dieser erst vom 2. August bewilligt wurde, so waren die Aussichten für das neue Ministerium gering, sein Programm eines unmittelbaren Anschlusses Badens an den Norddeutschen Bund in Berlin durchzusetzen. Der Großherzog sendete daher in besonderer Mission den zum Staatsrat ernannten Professor Gelzer nach Berlin, während die badische Regierung durch den Minister von Freydorf vertreten wurde Der Großherzog hoffte, durch den Kronprinzen und durch die einflußreiche Beredsamkeit Gelzers die Aufnahme Badens in den neuen Bund erreichen zu können, aber so sehr auch der Kronprinz und dessen Gemahlin sich für Gelzers Auftrag interessierten, so war doch die preußische Regierung bereits durch den Abschluß des Präliminarfriedens von Nikolsburg vollständig gebunden, die Maingrenze für den neuen Bund anzuerkennen und aufrecht zu halten. Die Mission Gelzers vermochte nichts als ein tröstliches Wort zu verschaffen, welches die Kronprinzessin aussprach und welches aufbewahrt zu werden verdient, indem sie bemerkte: den zwei Friedrichen diesseits und jenseits des Mains werde die Aufgabe zufallen, denselben zu überbrücken. Im übrigen aber mußte Gelzer und mit ihm der Großherzog von Baden eine vollkommene Enttäuschung erleben. Der Versuch, auf Bismarck Einfluß zu gewinnen, scheint sogar die entgegengesetzte Wirkung ausgeübt zu haben, indem die Kriegskosten für Baden in besonders hartem Maße ausbedungen wurden und auch der Versuch des Königs, eine günstigere Bedingung zuzugeben, von Bismarck in leidenschaftlicher Weise bekämpft wurde. Er war nicht der Meinung, Baden die Begünstigungen und das Entgegenkommen zeigen zu

dürfen, welches er gegen Österreich und Bayern in so reichem Maße an den Tag gelegt hatte.

Indessen war Herr von Freydorf gleichzeitig mit den Ministern der anderen süddeutschen Staaten mit einer Instruktion in Berlin angelangt, die sich in die Worte zusammenfassen ließ: möglichst enger Anschluß an den Norden, dagegen kein süddeutscher Bund. Die Bestimmtheit, mit welcher Baden diese in Nikolsburg von Frankreich und Österreich der preußischen Diplomatie abgezwungene Friedensbedingung ablehnte, bezeichnete die Aufgabe und Absicht der badischen Regierung so deutlich, daß die für die Einheit kämpfende Partei mit Recht die Hoffnung schöpfen konnte, Baden werde schließlich die deutsche Politik aus der Sackgasse herausziehen, in welche der Präliminarfriede sie geführt hatte. Wie die Sache aber augenblicklich lag, so war Preußen genötigt, nicht nur den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund, sondern überhaupt die Herstellung eines staatsrechtlichen Verhältnisses des Großherzogtums zu dem Nordbunde abzulehnen. Mit der Herstellung eines völkerrechtlichen Verhältnisses war Bismarck dagegen einverstanden, aber er wünschte die Verhandlungen darüber bis nach Konstituierung des Norddeutschen Bundes zu verschieben. Wesentliches Gewicht legte er auf die Erhaltung des Zollvereins, dessen Reorganisation beabsichtigt wurde. Bald zeigte es sich aber, daß die völkerrechtlichen Beziehungen sich nur auf die Annahme des Schutz- und Trutzbündnisses beschränken sollten, in Betreff welches aber auch der Abschluß einer Militärkonvention, die Baden sofort beantragte, für unmöglich erklärt worden war.

Hoffnungsvoller klangen die Äußerungen Bismarcks in Bezug auf die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes, meinte er, sei nur eine Frage der Zeit. Es ließen sich Fälle denken, wo dieselbe unbedenklich erfolgen könne, z. B. wenn Frankreich über seine dermaligen Anforderungen hinausgehen sollte. Auch später sei sie möglich, wenn die süddeutsche Bevölkerung selbst den Anschluß

an Preußen entschieden verlangen würde. Bei der jetzigen Stimmung in Bayern und Württemberg aber werde ein solches engeres Verhältnis immer als ein durch Krieg, Sieg, Frieden erzwungenes angesehen werden und ein Odiosum bleiben. Freydorf bemerkte demgegenüber, in Baden liege die Sache anders. Die auf engen Anschluß an Preußen gerichtete Politik der Regierung finde eine entschiedene Stütze im Volke, namentlich in dem besseren und gebildeten Teile desselben. Bismarck hatte damals nach allen Seiten hin beruhigend in Betreff der Zukunft zu wirken gesucht. Dem Kronprinzen erklärte er nach der Versicherung Gustav Freytags, der Norddeutsche Bund sei für ihn nur ein Provisorium, sein aufrichtiges Streben sei auf die Einigung des gesamten Deutschlands gerichtet und habe er die Überzeugung, daß dieses Ziel auch in nicht zu ferner Zeit werde erreicht werden. Noch hatte man nicht die Befürchtung, daß die wirkliche Herstellung der deutschen Einheit mit so großen Schwierigkeiten verbunden sein werde, als sich nachher in nur zu betrübender Weise gezeigt hat, und daß doch dieselbe nur durch die Opfer eines ungeheueren Krieges mit Frankreich zu erreichen sein werde. Der Großherzog von Baden selbst glaubte daher mit manchen patriotisch gesinnten Fürsten Norddeutschlands sich zu der wohl allzu pessimistischen Ansicht bekennen zu müssen, daß die Hoffnungen auf die Einheit Deutschlands durch die Ereignisse von 1866 als geknickt zu betrachten seien und am 12. August bestimmten ihn die Mitteilungen über die Verhandlungen in Berlin zu folgenden an seinen vertrauten Rat gerichteten Äußerungen: „Daß die Bedingungen des Friedens dem Lande eine so große Last auferlegen, bedauere ich um so mehr, als die jetzige Lage keine politische Gegenleistung gestattet; doch hoffe ich immer noch, daß der Zollverein zur Einigung von Nord und Süd führen wird. Der angebotene sogenannte geheime Vertrag will mir nicht recht gefallen, denn was nicht wirksam und daher öffentlich ins Leben eingreift, ist politisch eigentlich unbrauchbar. Die Kriegsgefahr scheint mir auch nicht so ernst, als sie dar-

gestellt wird, viel gefährlicher scheinen mir die getäuschten Hoffnungen in Deutschland."

Bei der entschiedenen Abneigung der badischen Regierung, den in den Nikolsburger Präliminarien verordneten Süddeutschen Bund anzunehmen, machte es nun eine Schwierigkeit, als in dem Art. 10 des Friedensvertrages zwischen Preußen und Baden eine ausdrückliche Anerkennung der Nikolsburger Präliminarien ausgesprochen werden sollte, da hieraus offenbar ein Zwang für Baden gefolgert werden konnte, dem Vereine der süddeutschen Staaten beizutreten. Man suchte sich badischerseits durch einen Notenaustausch ausdrücklich zu sichern, daß die Bestimmungen der Präliminarien einen Zwang zur Errichtung eines Süddeutschen Bundes nicht enthielten. Wie unklar und unsicher aber staats- und völkerrechtlich die Auslegung der Nikolsburger und später Prager Bestimmungen sich gestaltete, ersieht man am besten daraus, daß in einer Schrift des Staatsrechtslehrers Aegidi, welche von seite Bismarcks anerkannt wurde, zugestanden wird, daß nach den Verträgen einem Anschluß des einzelnen Staates wie etwa Baden an den Norddeutschen Bund rechtliche Bedenken entgegengesetzt werden können, die erst wegzuräumen wären, und daß eine Verbindung von Süd und Nord vertragsgemäß in unzweifelhafter Weise nur erfolgt, wenn der gesamte Südstaatenbund, wie er im Präliminarfrieden vorgesehen war, dazu zu schreiten wünscht. Sollte diese juristische Auslegung der Vertragsbestimmungen, die später auch Bismarck für richtig gehalten zu haben scheint, unantastbar gewesen sein, so hatten die Trostgründe, welche man den Badenern vorstellte, sehr wenig reelle Bedeutung. Denn danach führte ja der Weg nach Norddeutschland für jeden einzelnen Staat schlechterdings über den unglückseligen Süddeutschen Staatenbund, ohne dessen vorausgesetztes Dasein eine Verbindung mit Norddeutschland überhaupt nicht möglich sein sollte.

Der Prager Friede.

Eine der merkwürdigsten und vielbesprochensten völkerrechtlichen Fragen entwickelte sich aus dem Umstande, daß das Verhältnis von Süddeutschland und Norddeutschland, nachdem darüber in den Friedensbestimmungen mit den einzelnen Regierungen so gründlich verhandelt worden war, in dem zwischen Österreich und Preußen abgeschlossenen Prager Definitivfrieden nochmals völkerrechtlich und zwar in einem der deutschen Einheitsentwicklung völlig entgegenstehenden Sinne festgelegt worden ist. Während in Prag die Vertreter Preußens und Österreichs die Artikel des Definitivfriedens berieten, sprach der preußische Gesandte in London, Graf Bernstorf ein treffliches Wort: „Nicht leugnen will ich, daß ich den Ausschluß des Südens sehr bedaure. Ich finde, offen gestanden, daß die Regierungen in München und Stuttgart viel zu gut, die Völker zu schlecht wegkommen." Wenn man aber behauptet hat, daß Österreich und Preußen ohne die Einmischung des Auslandes in Prag sich in wenigen Tagen über die Frage des Verhältnisses von Süd und Norddeutschland verständigt hätten, so widerspricht dies eben allen wirklichen Überlieferungen und der ganzen politischen Lage. Graf Mensdorff schrieb unter dem Eindruck der österreichischen Niederlagen an seinen Vetter, den Herzog von Koburg: „Österreich sei nun ganz in die französische Allianz hineingetrieben, und er werde zwar seinerseits die Revanchepolitik nicht mitmachen, aber sein Nachfolger dürfte weniger Umstände machen." Graf Moritz Eszterhazy war es, der dem Kaiser von Österreich empfahl, durch Herrn von Beust eine persönliche Einwirkung auf Napoleon zu Gunsten Österreichs zu üben, und die hierbei bewiesene Bereitwilligkeit des sächsischen Ministers den Gewaltigen von Frankreich gegen das deutsche Vaterland aufzuhetzen, war die Probeleistung, die zu der überraschenden, wie Beust erzählt, ihm völlig ungesuchten Aufforderung führte, in den österreichischen Dienst

zu treten. Wenn die heutige Geschichtschreibung in Deutschland mit aller Gewalt zu verhüllen sucht, wie schon seit dem Juli den österreichischen Friedensunterhandlungen nichts anderes zu Grunde lag, als der Gedanke an Wiedervergeltung und Rache an Preußen, so ist dies als eine absichtliche oder unabsichtliche Irreführung tief zu beklagen. Wer auch nur die geringste Erinnerung an jene Tage hat, wird bestätigen können, daß die Offenheit, mit der man von seite selbst höchststehender Staatsmänner den mit Frankreich zu führenden Rachekrieg in Aussicht stellte, Staunen erregte. Desgleichen gab es in Österreich kein Blatt und keinen Publizisten, der nicht diese Voraussetzung als selbstverständlich angesehen hätte. Und wenn man das Pariser Geschrei der „Revanche pour Sadowa" auf seinen Ursprung untersuchen könnte, so würde man die Quellen in Wien und in den ultramontanen Hauptquartieren in Regensburg, oder in München, ganz gewiß aber nicht in den Tuillerien zu suchen haben. In späteren Jahren haben Österreich und Preußen sich bemüht, einen Sündenbock für die Prager, Deutschland zerteilenden Friedensartikel zu suchen und die Geschichtschreibung war bereitwillig bei der Hand, den unglücklichen Louis Napoleon herbeizuschleppen, dem man ja jederzeit alles böse, was in Europa geschah, glaubwürdig zuschreiben konnte.

Unterdessen waren die Friedensverhandlungen in Prag eröffnet worden und Preußen wählte zum Bevollmächtigten den früheren preußischen Gesandten in Wien, Freiherrn von Werther, Österreich den Freiherrn von Brenner-Felsach, als einzige Vertreter der beiderseitigen Regierungen. Die Person Werthers besagte in diesem Falle soviel, wie ein Programm. Es gab keinen zweiten preußischen Diplomaten, der eine freundlichere Gesinnung für Österreich gehabt, als Herr von Werther. Mit einer wahren Engelsgeduld ertrug er in den Jahren der preußischen Kämpfe die Angriffe und Beleidigungen der Wiener Presse aller Schattierungen. Auch in der Staatskanzlei auf dem Ballplatz hatte er eine solche Übung erlangt, die in manchen

Jahren dort üblichen Schimpfreden auf Preußen nicht gehört zu haben, daß man in der Tat sagen konnte, einen versöhnlicheren und liebenswürdigeren Gesandten hatte Österreich niemals an seinem Hofe gesehen. Und da Herr von Werther gerne in Wien war und den Posten auch nachher wieder einzunehmen wünschte, so war vorauszusehen, daß die Prager Verhandlungen keine großen Schwierigkeiten verursachen dürften, vielleicht auch nicht sollten. Wenn aber gesagt worden ist, daß man in wenigen Tagen hätte im Reinen sein können, wenn es nur auf diese beiden Mächte angekommen wäre, so ist diese Behauptung in Bezug auf diejenigen Bestimmungen, die sich auf das Verhältnis von Süddeutschland und Norddeutschland bezogen, nicht richtig, denn niemand anderer als Österreich betrieb eine Abänderung des Nikolsburger Präliminarfriedens in Bezug auf diesen Punkt.

Im Art. II des Nikolsburger Präliminarfriedens wird von seite Österreichs bekanntlich das engere Bundesverhältnis anerkannt, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und dann heißt es wörtlich: „Und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt.“ Die Formulierung dieses Artikels hatte in der Wiener Staatskanzlei gleich nach dem Bekanntwerden des Vertrags große Beunruhigung hervorgebracht; man war aber nicht gemeint die Ratifikation deshalb zu verschieben, wohl aber fest entschlossen, in den definitiven Friedensverhandlungen den Fehler zu verbessern und eine Sicherung der Selbständigkeit der süddeutschen Staaten durchzusetzen. Die Wiener Staatskanzlei ließ sich mancherlei Gutachten über diese Frage geben und der manchmal zu Rat gezogene Professor des Völkerrechts an der Wiener Universität Leopold Neumann, der Herausgeber des Werkes der österreichischen Staatsverträge, hat sich wenigstens jederzeit auf das Bestimmteste dessen gerühmt, daß er es gewesen sei, der eine richtigere Formu-

lierung des fraglichen Punktes den Räten des Ministeriums an die Hand gegeben habe. Alsbald hatten sich auch die Zeitungen der Sache bemächtigt und man erwog scheinbar in bescheidener Form die Frage, ob denn der im Präliminarvertrag erwähnte Verein als solcher eine internationale Anerkennung finden werde oder nicht. Wie sich von selbst versteht, waren die Herrn Räte im Ministerium Feuer und Flamme für diese Idee und es fiel ihnen nicht schwer den Grafen Mensdorff zu bestimmen, sich energisch für eine so wesentliche Verbesserung der „versehentlich“ nicht richtig ausgedrückten Bestimmung des Präliminarvertrags einzusetzen. Man wendete sich also, wie in allen solchen Fällen, an den geliebten Freund Gramont, der nun aushelfen mußte, obwohl schon damals unzweifelhaft zu Tage getreten war, daß sich Napoleon für diese ganze Angelegenheit auch persönlich sehr wenig interessierte. In Korrespondenzen über Unterredungen mit ihm in diesen Tagen steht kein Wort, welches sich irgendwie auf die süddeutsche Frage beziehen ließ; er selbst war eben krank von Vichy nach Paris zurückgekehrt, mußte seines körperlichen Befindens wegen den Besuch des Lagers in Chalons für dieses Jahr absagen, hatte soeben alles, was Drouyn de Lhuis getan hatte, dem Grafen Goltz gegenüber zurückgenommen und interessierte sich höchstens für die Frage der Grenzfestungen und ihres Besitzes und außerdem machten ihm die italienischen Angelegenheiten, die zu keinem Frieden zwischen Österreich und Italien führen wollten, einige Sorge. Sollte es also richtig sein, daß Benedetti Bismarck gegenüber das bestimmte Verlangen ausgesprochen hätte, daß der internationale Charakter des süddeutschen Vereins in Prag zur Anerkennung kommen müsse, — worüber aber ein urkundlicher Beweis auch nicht vorliegt — so war dieser diplomatische Versuch eine von den Franzosen geübte Gefälligkeit für die österreichische Regierung und im besonderen für jene Partei, welche neben dem, man möchte sagen — nur noch nebensächlich im Amt befindlichen Grafen Mensdorff die Geschäfte in die Hand zu nehmen im Begriffe war.

Sie bedurfte ein neues Feld für ihre unermüdliche Tätigkeit und fand es in reichlichem Maße durch acht Worte eröffnet, welche Herr von Werther dem definitiven Frieden mit voller Bereitwilligkeit einverleiben ließ. An den schon in Nikolsburg festgestellten Wortlaut des Art. II fügte der Art. IV den verhängnisvollen Satz hinzu: „und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird.“ Wenn behauptet wird, Bismarck hätte diese Abänderung der von ihm zu Nikolsburg gemachten Formulierung zugestanden, weil er schon wußte, daß der Süddeutsche Verein nicht zu stande kommen werde, so werden wenige geneigt sein, dem großen Staatsmann solche macchiavellistische Hintergedanken zuzutrauen. Dagegen durfte er die Bedeutung dieser Bestimmung des Prager Friedens vielleicht deshalb geringer anschlagen, weil in den Friedensverträgen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten von dieser Klausel nicht die Rede war und also die letzteren durch den Wortlaut des Prager Friedens in keiner Weise gebunden waren. Die süddeutschen Staaten, namentlich Baden und Württemberg, durften daher mit Recht in späteren Jahren dem unbequemen Drängen des Grafen Beust gegenüber hervorheben, daß der Prager Friede lediglich Preußen, aber nicht die süddeutschen Staaten anginge. Die preußische Politik aber hatte sich unter allen Umständen durch die Aufnahme der Klausel die Hände gebunden und war genötigt, wie sich in den folgenden Kapiteln zeigen wird, in entscheidenden Momenten sich von allen Abmachungen zurückzuhalten, welche den internationalen Charakter der süddeutschen jetzt oder später zu gründenden Bundesstaaten beeinträchtigen konnte.

Mit dem Art. IV des Prager Friedens war die deutsche Angelegenheit für unabsehbare Zeit zunächst erschöpft. Der Art. V konnte zwar in Rücksicht auf die versprochene freie Abstimmung der dänischen Bevölkerung in Schleswig auch zu manchen Verwicklungen Anlaß geben, doch ist es richtig, daß Österreich an dieser Frage nur ein sehr geringes Interesse nahm. Schwieriger

war es, die italienisch-österreichischen Verhältnisse durch die Bestimmungen des Prager Friedens klar zu legen, doch darf von diesen Verhältnissen hier abgesehen werden, da sie auf die Entwicklung des Deutschen Reichs und Kaisertums als solche keinen Einfluß nehmen konnten.

Für die letztere Frage war im August 1866 der entscheidenste Punkt, ob die in den Verträgen zwischen Österreich und Preußen verabredete Süddeutsche Verbindung gelingen werde oder nicht. Das ungemein große Verdienst der Männer, welche dies in Süddeutschland verhinderten, ist bis heute von der Geschichtschreibung nicht im entferntesten zur Anerkennung gebracht worden. Aus der augenblicklichen Lage konnte selbst der weiseste Mann kein Urteil gewinnen, nach welcher Seite hin die Wagschale sich neigen werde, ob die Einheit, ob die bleibende Zerrissenheit Deutschlands aus den bis zum Äußersten verworrenen, unklaren Verhältnissen hervorgehen werde. Der geschichtliche Treppenwitz tut so, als ob die Antwort auf diese Frage niemand unklar gewesen wäre. Es werde eben ein bischen Krieg mit Frankreich geführt werden, und da wird die Einheit Deutschlands von selbst gemacht sein. Und da der Krieg wirklich kam, so ist alles gleichsam vorhergesehen und vorausberechnet gewesen. Aber daß eine solche leichtsinnige Rechnung oder gar Hoffnung auf einen Krieg mit Frankreich niemandem ferner lag als dem edelsten und menschlich so tief empfindenden Staatsmanne Deutschlands, der von den Schrecken des Krieges nur mit tränenfeuchten Augen zu sprechen pflegte, wird bei diesen, allem wirklichen geschichtlichen Geschehen völlig fremden Kombinationen ganz übersehen. Zunächst war Bismarck vielmehr entschlossen, alles daran zu setzen, den Krieg zu vermeiden, und seine größten und kunstvollsten Leistungen werden mit Recht in den nächsten Jahren darin erblickt, daß er den Kaiser der Franzosen immer wieder in das friedliche Fahrwasser zu steuern oder zu nötigen verstanden hat. Wenn er Österreich und die jetzt durch die Schutzbündnisse verbundenen Königreiche, Bayern und Württem-

berg mit einer in der Geschichte siegreicher Staaten fast noch nie vorgekommenen Milde behandelte, so entsprang diese Politik einem auf die ferne Zukunft gebauten System, aber er mußte es allerdings erleben, daß er zunächst und für die folgenden Jahre die ungeheuersten Schwierigkeiten und von seiten Österreichs nur den unglaublichsten Undank geerntet hat. Die Freunde Preußens aber im Süden Deutschlands waren in die bittere Lage versetzt, daß sie die Hoffnungen auf einen Anschluß mit jedem Jahre mehr und mehr für verloren und begraben anzusehen genötigt wurden.

Der Norddeutsche Bund.

Die Begründung eines Norddeutschen Bundes ist im Nikolsburger Präliminar- wie im Prager Definitiv-Frieden in gleichlautenden Worten anerkannt worden und es war Preußen vollkommen in die Hand gegeben, das engere Bundesverhältnis selbständig zu gestalten, nur verpflichtete es sich den gegenwärtigen Territorialbestand Sachsens in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen. Dagegen wurde vorbehalten, die künftige Stellung des Königreichs Sachsen innerhalb des Norddeutschen Bundes „durch einen mit Seiner Majestät dem König von Sachsen abzuschließenden Friedensvertrag näher zu regeln“. Da ferner der Kaiser von Österreich die von Preußen in Norddeutschland vorzunehmenden Territorialveränderungen ohne nähere Bezeichnung schlankweg anerkannt hatte, so war für die Begründung des Norddeutschen Bundes die territoriale Grundlage gegeben, sobald die Angliederung der von der preußischen Regierung beanspruchten Länder und Gebiete vollzogen und der Friede mit Sachsen hergestellt war. Es kann hier nicht entfernt die Absicht sein, die vollkommen klar gestellte und bekannte Entwicklung des auf Grund jener Friedensbestimmungen vollzogenen Zusammenschlusses der norddeutschen Bundesländer im einzelnen zu verfolgen. Mit königlicher Botschaft vom 17. August an die beiden Häuser des Landtages wurde die Einverleibung von

Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt vollzogen. Durch die Zirkulardepesche vom 4. August waren alle übrigen norddeutschen Staaten zum Eintritt in den neuen Bund aufgefordert und mit Sachsen waren die Friedensverhandlungen nach einiger Verzögerung am 20. August von Bismarck mit den Bevollmächtigten von Friesen und Graf Hohenthal begonnen worden. Sie nahmen einen sehr ähnlichen Verlauf, wie diejenigen mit Bayern. Auch den sächsischen Bevollmächtigten erklärte Bismarck anfänglich, daß sie die härtesten Bedingungen zu gewärtigen hätten, und gab schließlich in allen Hauptpunkten nach, in denen die souveräne Stellung des sächsischen Königtums nach außen hin und in militärischer Beziehung wesentlich geschädigt erscheinen konnte. Mit Schärfe bekämpfte er nur alle Versuche, durch Vermittlung auswärtiger Mächte, insbesondere Frankreichs, eine bessere Stellung für Sachsen gewinnen zu wollen. Er zögerte diesen Einmischungen gegenüber nicht einen Augenblick, die äußersten Folgerungen aus den Prager Friedensartikeln zu ziehen, indem er wohl die territoriale Integrität Sachsens als gewährleistet, keineswegs aber die Dynastie als solche in den Frieden eingeschlossen bezeichnete. Es war aber doch wesentlich die ehrliche und ritterliche Überzeugung und Geradheit des Königs Johann, dem schließlich vollkommener Glaube geschenkt werden mußte, daß Sachsen, wenn es in den neuen Bund aufgenommen sein werde, sich auch rückhaltlos demselben einfügen wolle. Indessen gab es außer den politischen auch militärische Gründe, die es der preußischen Regierung zunächst erwünscht machten, Sachsen nicht sobald zu räumen, zumal als die sächsische Armee noch in voller Kriegsstärke und Bewaffnung auf österreichischem Boden stand. Die Verzögerungen in dem Abschluß des Friedens mit Sachsen waren wesentlich durch die Unsicherheit herbeigeführt worden, welche die Forderungen Frankreichs hervorriefen. So lange es nicht außer Frage stand, ob Napoleon wegen der von ihm beanspruchten Kompensationen Krieg führen werde, konnte Preußen an eine Räumung Sachsens nicht denken.

Vielmehr ging man in Dresden ernstlich ans Werk Verschanzungen zu bauen und das Verlangen, den Königstein zu besetzen, stand mit der Idee Moltkes in Zusammenhang, Österreich gegenüber eine starke Defensive einzunehmen, um den größten Teil der Armee zur Offensive gegen Frankreich zu gebrauchen. Die militärische Lage hatte in diesem Augenblicke etwas unendlich Großgedachtes im Sinne des gewaltigen Schlachtendenkers, aus dessen Aufzeichnungen man heute den Eindruck erhält, er wäre ganz bereit gewesen, den Entscheidungskampf für den Bestand eines neuen deutschen Reiches schon jetzt aufzunehmen, so zwar, daß es eine wohlaufzuwerfende Frage ist, ob Frankreich nicht 1866 rascher besiegt worden wäre, als vier Jahre später. In der Absicht für alle Fälle einer Rückendeckung sicher zu sein, wurde dann auch zunächst mit den sächsischen Friedensbevollmächtigten ein Waffenstillstand verabredet, bei welchem es Preußen gern gesehen hätte, daß die sächsischen Truppen nach Schlesien gezogen und so von der österreichischen Umarmung und Freundschaft erlöst worden wären. Dennoch hatte Herr von Beust nicht die Hoffnung aufgegeben, daß es zum Kriege kommen, und der zweite Akt des Dramas sich viel rascher entwickeln werde, als nachher der Fall war. Und obwohl die Entlassung Beusts von König Johann bereits angenommen worden war, so glaubte doch Bismarck nur zu vielen Grund zu haben, an ein fortdauerndes Spiel zu glauben, in welchem er Beusts Hände erblickte. Auch in der Veröffentlichung des Schreibens des Königs Johann aus Anlaß der Enthebung des langjährigen unruhigen Gegners von Preußen lag ein Beweis für die Fortdauer gefährlicher Bewegungen im feindlichen Lager. Und wenn auch Beust in seinen späteren litterarischen Streitigkeiten mit seinen ehemaligen sächsischen Kollegen behauptete, daß die Veröffentlichung jenes königlichen Schreibens, in welchem die Politik Beusts auch noch in diesem Augenblicke rückhaltlos gebilligt wurde, vom Könige selbst befohlen worden wäre, so rühmte er sich doch auch noch in späten Jahren seiner Verhandlungen mit der französischen

Regierung, durch welche es ihm zu danken gewesen wäre, daß Sachsen die ihm von Bismarck zuerst angedrohten Friedensbedingungen nicht zu erleiden gehabt hätte.

Für die Gestaltung der künftigen Bundesverfassung und Reichseinheit blieben indessen alle Versuche fremder Einwirkung vergeblich und bevor noch die Grundzüge derselben in Preußen selbst festgestellt waren, hatte Bismarck die Grenzen der sächsischen Souveränität in dem Friedensvertrag so fest und klar, insbesondere in Betreff der militärischen und internationalen Verhältnisse, gezogen, daß sich die persönlichen und staatlichen Bundesverhältnisse zwischen Sachsen und Preußen ohne irgend welchen Gegensatz in günstigster Weise gestalten ließen. Und es hatte der ehrliche und rückhaltlose Anschluß Sachsens, der insbesondere dem König Johann als ein in der Geschichtschreibung viel zu wenig anerkanntes Verdienst persönlich zuzuschreiben sein wird, darin einen außerordentlichen Wert vor Europa, weil die, besonders in Süddeutschland verbreitete Behauptung, eine Unterordnung der Königreiche unter das preußische Bundespräsidium werde niemals zu einem wohlgeordneten Staatsverhältnis führen, klar widerlegt worden war. Auf die Feinde des Reiches in Süddeutschland machte freilich auch diese Erfahrung wenig Eindruck.

Als der Friedensvertrag mit Sachsen am 21. Oktober unterzeichnet wurde, umfaßte der neue Deutsche Bund zweiundzwanzig Staaten. Darunter hatten sich 17 Regierungen auf dem Wege des frei vereinbarten Bündnisses vom 18. August an Preußen angeschlossen, während Hessen, Reuß ä. L., Meiningen und zuletzt Sachsen durch die besonderen Friedensverträge verpflichtet worden waren. Am 21. November 1866 wurden die verbündeten Regierungen zu einer Konferenz zur Beratung und Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes auf den 15. Dezember nach Berlin eingeladen. Am selben Tage wurde die Konferenz von Bismarck eröffnet und ihr ein Verfassungsentwurf vorgelegt, wobei der geniale Schöpfer dieses Werkes die grundsätzlichen

Gesichtspunkte der neuen Bundeseinrichtungen in der knappen, aber klaren und deutlichen Sprache darlegte, die ihm in den wichtigsten Augenblicken stets den gewissen Sieg über alle entgegengesetzten Meinungen von vornherein verschaffte. Sofern sich die Geschichtschreibung damit begnügt, die lange Reihe der denkwürdigen Verhandlungen zu erzählen, die zuerst im Schoße dieser Ministerkonferenzen, dann aber in dem dazu berufenen und gewählten konstituierenden Reichstag stattfanden, wird sie die Genugtuung haben, den überragenden Geist Bismarcks endlose Triumphe feiern zu sehen. Es verdienen aber in einer so wichtigen Entwicklungsphase der Nation auch solche Gedanken und Entwürfe in guter Erinnerung erhalten zu werden, die dem neuen Bunde eine stärkere Zusammenfassung und Einheit und den einzelnen Teilen und Gliedern desselben eine stärkere Beschränkung ihrer souveränen Stellung zumuteten. Es wäre ganz und gar nicht zu wünschen, daß gewisse von sehr berufenen Seiten damals gehegte Vorstellungen von der Notwendigkeit einer strammeren Reichseinheit und schärferer staatlichen Institutionen ganz und gar vergessen würden, wenn man auch in vollster Anerkennung des Erreichten gern zugibt, daß niemand so, wie der große deutsche Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts es verstanden hat, das unmittelbar Praktische und das sicher und rasch ins Leben Einzuführende zu bezeichnen und zu ergreifen.

Die Entstehung des Verfassungsentwurfs ist bis auf den heutigen Tag nicht vollkommen aufgeklärt worden. Entwürfe waren, wie man aus dem neuesten Werke von Keudells erfährt, von Hepke, Bucher und Duncker ausgearbeitet worden, wozu Bismarck schon am 30. Oktober ein Diktat lieferte, während Herr von Sybel erzählt, daß Bismarck am Nachmittag des 13. Dezember die konstituierenden Artikel der Verfassung diktiert habe und dieselben von Bucher und von Delbrück im einzelnen in einer einzigen Nacht ausgearbeitet worden wären, was allerdings bei einem Werke von 79 Artikeln als etwas Außerordentliches erscheint. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, in eine staatsrechtliche Betrachtung der Vorzüge

des deutschen Verfassungswesens irgendwie einzugehen. Von der Art und Weise wie die einzelnen Mitglieder der Konferenz sich zu dem Entwurf gestellt haben, geben die allgemein bekannt gewordenen Akten ein ausreichendes Bild. Die Gegensätze, die zum Teil schon bei den Regierungsvertretern, weit mehr aber noch nachher im konstituierenden Reichstag hervorgetreten sind, berührten hauptsächlich die Einrichtung des Bundesrats und des Bundespräsidiums. Es ist wohl nicht richtig, daß die Enttäuschungen und Bedenken, die in der Versammlung der Bundesbevollmächtigten zum Vorschein kamen, lediglich aus dem Wunsch hervorgegangen wären, den Einzelstaaten größere Rechte vorzubehalten. Vielmehr traten auch in den fürstlichen Kreisen deutliche Erinnerungen an die allerersten Reformentwürfe hervor, welche im Jahre 1848 dem Bundestag vorgelegt worden waren und so dürfte es allerdings als gerechtfertigt erscheinen, drei Punkte zu bezeichnen, die gerade von seite patriotisch und unionistisch denkender Regierungen an der neuen Reichsverfassung vermißt wurden. Eine kritische Prüfung der Stellung des Bundesrats schien die Notwendigkeit der Herstellung eines Oberhauses zu ergeben; die Organe der Reichsexekutive waren ohne verantwortliche Reichsministerien von einigen der erleuchtetsten deutschen Regierungen und Staatsrechtsgelehrten vom ersten Augenblick an als unzulänglich angesehen worden und endlich gefiel der abstrakte Begriff des Bundespräsidiums gerade denjenigen durchaus nicht, welche es mit der Verwirklichung der Reichseinheit und mit der Schaffung eines wahren Reichsoberhauptes am ernstlichsten und redlichsten gemeint hatten. Es mag gestattet sein die Gegenvorschläge, welche aus dem Schoße der Regierungen in Bezug auf diese drei wichtigsten Punkte vorgelegen haben, etwas genauer zu betrachten. Es gab ja unzählige andere Einzelheiten, welche von den Vertretern der 21 Staaten als wirkliche oder vermeintliche Verbesserungen gerne in Vorschlag gebracht worden wären und es mag mit Recht bezweifelt werden, ob alle diese Anträge, wenn sie Bismarck hätte

ernstlich in Betracht ziehen wollen, nicht vielmehr nur zu einer Verschleppung oder vielleicht gar zum Schaden des Verfassungswerkes ausgeschlagen wären, aber eine unrichtige Vorstellung ist es jedenfalls, wenn man voraussetzt, daß der Verfassungsentwurf nichts als Entgegenkommen und lediglich die Bereitwilligkeit zur sofortigen Annahme bei den Regierungen hätte finden müssen. Wenn in einem bekannten Briefe den Bismarck wenige Monate vorher an den Herzog von Koburg geschrieben, wo er die Gründung des Reichs, mit dem nicht an einem Tage erbauten Rom vergleicht, die reizende weitvorschauende Bemerkung gemacht ist: „Ich glaube, daß auch dem germanischen Rom der Zukunft einige Gewalttat an den Sabinern nicht erspart bleiben wird" — so war jetzt der Augenblick gekommen, wo sich die partikularistischen Sabiner beugen mußten. Aber schon in demselben Briefe war es bezeichnend für den sehr gemäßigten Standpunkt des gewaltigen Staatsmannes, daß er schon vor dem Ausbruch des Krieges seinen festen Willen aussprach, die „Gewalttat an den Sabinern auf ein Minimum reduzieren zu wollen". Dieses Bewußtsein gab ihm dann die Kraft, den Forderungen einer genauen Durchberatung des Verfassungsentwurfes in den Konferenzen zu widerstehen und die gesamten Sitzungen auf drei zu beschränken, welche eigentlich nur dazu da waren, das Schwergewicht Preußens fühlbar zu machen. Es liegen zahlreiche Briefschaften der Mitglieder der Konferenz heute vor, die alle den Eindruck großer Enttäuschung machen. Aber je genauer aus denselben die Tatsache zu erkennen ist, daß auch nach den großen Ereignissen jener Zeit die Sonderinteressen, die Kleinstaatsbedürfnisse, der Lokalpatriotismus im deutschen Volke unverwüstlich lebten und sich geltend machten, desto dankbarer blickt die Nachwelt auf den Hersteller des deutschen Verfassungswerkes. Ohne Schärfe und Härte gegenüber jener Eigenschaft „des deutschen Landsmanns", welche Bismarck darin erblickte, „daß es im allgemeinen genügt eine Meinung auszusprechen, um sich mit Leidenschaft dagegen zu erheben", wäre überhaupt der neue

Bund und das Deutsche Reich nicht erreicht worden. Und wahrscheinlich wird hier der eigentliche springende Punkt zu suchen sein, der für den Ausschluß des Südens aus dem neuen Bunde für Bismarck hauptsächlich maßgebend gewesen ist; die Schwierigkeit, neben den 21 Staaten des Nordens auch noch zwei Königreiche und zwei Großherzogtümer des Südens zur Einreihung in ein neues Verfassungssystem und zur Mitarbeit an der herzustellenden Einheit zu bestimmen, wäre dadurch jedenfalls in bedeutendem Maße vermehrt worden.

Die wesentlichsten Bedenken, welche übrigens von seite der meisten Kleinstaaten erhoben wurden, betrafen die Militärkosten, welche für unerschwinglich gehalten wurden. Die kleinen sächsischen Staaten hatten berechnet, daß bei der Abgabe von 225 Reichstaler pro Mann bei 1 % der Bevölkerung Summen zu zahlen sein werden, welche bei der Armut dieser Länder gegenüber Staaten wie Hamburg und Bremen als eine unbillige Belastung erscheinen mußten. Es waren gerade solche Minister, wie Camillo von Seebach aus Gotha, die Zeit ihres Lebens die nationalen Ideen in wärmster Weise vertraten, die nicht ohne Besorgnis der neuen Ordnung der Dinge in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Kleinstaaten entgegensahen. Bekannt ist, daß Herzog Ernst von Koburg in der entschlossenen Weise, mit welcher dieser geistvolle deutsche Fürst keiner Gedankenfolge aus dem Wege ging, dem Grafen Bismarck gegenüber furchtlos die Frage aufwarf, ob es nicht viel besser gewesen wäre, eine Art von Mediatisierung der kleinen Staaten eintreten zu lassen, wie man ja eine solche auch im Jahre 1848/49 ernstlich und nicht aussichtslos ins Auge gefaßt hatte. Nach dem großen Beispiel, welches die trefflichen Fürsten von Hohenzollern in Sigmaringen gegeben hatten, die durch ihren Rücktritt von einer eingebildeten Souveränität an Ehren und Ansehen nichts verloren, sondern während eines Menschenalters nur gewonnen hatten, war in dem fortgeschrittenen Geist eines Fürsten von der Denkungsart des Herzogs Ernst der Gedanke einer Mediatisierung unter

Aufrechthaltung standesmäßiger Lebenshaltung und politischer, verfassungsmäßig gesicherter ständischer Stellung längst nicht mehr schreckhaft erschienen. Bismarck hatte indessen alle solche gleichsam grundstürzende Ideen mit einem Scherzwort beseitigt, indem er bemerkte, durch eine solche Angliederung der kleinen Staaten würden dem neuen Bunde zwar die Knochen zu teil werden, aber das Fleisch den Dynastien verbleiben. Historisch betrachtet hat die Sache nur insofern einen Wert für die Beurteilung der Lage, als man nicht eben behaupten dürfte, daß in dem Norddeutschen Bundesentwurfe Preußen an die äußerste Grenze dessen gegangen wäre, was zur Einschränkung der Souveränität der Einzelstaaten durchzusetzen und zu erlangen gewesen wäre. Vielmehr zeigte es sich, daß in den preußischen Kammern ein nicht geringerer Grad von sonderrechtlichen Bestrebungen vorhanden war, wie in den einzelnen Kleinstaaten und Landtagen des neuen Bundes. Wie schwierig es dann für die Wissenschaft des Staatsrechts geworden ist bei diesen Gegensätzen, die nirgends mit starker Hand gebeugt, sondern in ihrer Berechtigung anerkannt wurden, den bundesstaatlichen Charakter des neuen Reichs juristisch genau zu fassen und begrifflich festzustellen, zeigen die vielen geistvollen, aber von einander sehr abweichenden Darstellungen des neuen deutschen Staatsrechts. Für diese verwickelte Lage der Dinge war das am bezeichnendsten, was Binding als das bedenklichste Vorurteil für die künftige Stellung des Reichs und seiner Vertretung erkannte, daß vermöge der Berechtigung, welche den Einzellandtagen bei der Berufung des Reichstags eingeräumt worden war, für diesen selbst nur ein votum consultativum bei der Gründung der Verfassung übrig blieb: „Der Reichstag hat dagegen nicht protestiert, wie denn unverkennbar, dank dem Drucke des preußischen Abgeordnetenhauses, das dem ersten norddeutschen Parlamente geziemende stolze Selbstgefühl nicht zur vollen Entwicklung gekommen ist“.

Die Einzelstaaten, deren Vertretungen es gestattet wurde, schon bei der Einberufung des konstituierenden Reichstags mithin

in übermäßiger Berücksichtigung der äußerlichen Gesetzlichkeit mitzuwirken, hatten sich als solche in keiner Weise über eine allzugroße Schärfe der beabsichtigten bundesstaatlichen Einrichtungen zu beklagen; um so auffallender war es aber, daß die preußische Vormacht jedweder eingreifenden persönlichen Teilnahme der Fürsten und ihrer Minister auf die Ausgestaltung der neuen Verfassung auf das bestimmteste entgegentrat.

Unter den mannigfaltigen Entwürfen und Ideen, welche die politische Welt in Betreff der Neugestaltung der gemeinsamen Verfassung beschäftigten, wurde die Errichtung eines Oberhauses neben dem auf breiter Grundlage zu berufenden und zu wählenden Reichstag auch in fürstlichen Kreisen als etwas außerordentlich Wichtiges und Wünschenswertes betrachtet. In einer beachtenswerten Schrift, welche von einem Manne ausging, der dem nach dem Rücktritt des Herzogs von Meiningen auf Verlangen Preußens zur Regierung berufenen Herzog Georg nahe gestanden hatte, wurde in der treffendsten Weise auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche der Bestand der Kleinstaaten gegenüber von Preußen unter Aufrechterhaltung von Scheinsouveränitäten immer haben werde. Die Anschauungen dieser Kreise gipfelten darin, daß Deutschland die hervorragendsten Elemente zur Gründung einer Peerie besitze, und daß der Mangel einer solchen sich bei der demokratischen Ausgestaltung des deutschen Reichstags sehr fühlbar machen werde, wenn man nicht etwa das Gesetzgebungsrecht des Parlaments ausschließlich von den Entscheidungen der Einzelstaaten abhängig machen wollte. Es konnte zwar nicht geleugnet werden, daß in Vorschlägen dieser Art manche Unklarheit und viel Ungereiftes vorhanden war, dennoch aber ist es wichtig, in geschichtlicher Erinnerung festzuhalten, daß der Gedanke einer mehr konstitutionellen Entwicklung des neuen Bundesstaates in damaliger Zeit durchaus nicht bloß in den fortschrittlichen Parteikreisen verbreitet war, sondern auch den Bundesfürsten und ihren Ratgebern nicht fremd geblieben ist. Insbesondere war es der Wunsch, ein Oberhaus an die Stelle des Bundesrates zu stellen,

welcher von mehreren Seiten unabhängig voneinander vertreten wurde. Er fand zunächst in einer umfassenden Denkschrift Ausdruck, die der Minister von Seebach im Auftrage des Herzogs von Koburg zu den Konferenzen mitbrachte und der preußischen Regierung übergab. Bismarck war aber hierüber so unzufrieden, daß er durch Herrn von Savigny Seebach erklären ließ, er könne solche Vorschläge durchaus nicht gebrauchen, so zwar, daß Seebach nicht einmal mehr wagte, die Sache auch nur in den Konferenzen zur Sprache zu bringen. Nun darf man aber heute wohl mitteilen, daß die Idee des Oberhauses von Herzog Ernst auf den Wunsch des Kronprinzen von Preußen auf die Bahn gebracht wurde. Der Herzog hatte von diesem Zusammenhange in seinen Denkwürdigkeiten, wo die lesenswerte Schrift im übrigen ganz mitgeteilt worden ist, keine Kenntnis gegeben, weil der Zeitpunkt, diese Tatsache zu veröffentlichen, 1888 nicht günstig gewesen wäre. Es ist aber eine Tatsache, daß die Idee der Gründung eines Oberhauses ganz besonders von dem Kronprinzen Friedrich vertreten wurde. Im Jahre 1866/67 glaubte er Gründe zu haben, persönlich, im Gegensatz zu dem Verfassungsentwurf Bismarcks, nicht mit seinen Wünschen hervortreten zu sollen; er war aber, wohl unter dem Einflusse der englischen Verfassungsverhältnisse, und von der Wichtigkeit einer starken Stellung eines großen grundbesitzenden Adels überzeugt, ganz entschlossen, das Verfassungswesen Deutschlands dereinst in diese Bahnen zu leiten. In späteren Jahren, insbesondere als die Erweiterung des Bundes durch die Aufnahme der Südstaaten in den Norddeutschen Bund die Verfassungsfrage wieder in den Vordergrund schob, glaubte der Kronprinz jedoch mit seiner eigensten Idee nicht länger zurückhalten zu sollen und sein Tagebuch von 1870/71 gibt Zeugnis von dem lebhaften Interesse, welches er alle Zeit seines Lebens für diese Frage behalten und welches er nun nach allen Seiten hin geltend machte. Der Vorschlag des Herzogs Ernst war in Wahrheit ein Versuch des Kronprinzen und es ist sehr wahrscheinlich, daß man im Mini-

sterium in Berlin dies recht gut gewußt oder geahnt haben wird, woraus sich die fast leidenschaftliche Art der Ablehnung erklärt. Bismarck glaubte wohl nicht mit Rücksicht auf Koburg verhindern zu müssen, daß die Idee des Oberhauses zur Diskussion gestellt werde, vielmehr mußte er fürchten, daß der Kronprinz Veranlassung bekommen hätte, aus seiner Reserve hervorzutreten.

Indessen hatte auch der Großherzog von Oldenburg eine Denkschrift verfaßt, in welcher die Bedeutung des Zweikammersystems für den Ausbau der deutschen Verfassung in sehr interessanter Weise nachgewiesen wurde. „Für die Zukunft wird man," sagt darin der Großherzog, „jedenfalls von dem Einkammersystem absehen müssen, wenn nicht das konservative Interesse preisgegeben und der Demokratie und später dem Cäsarismus der Weg gebahnt werden soll. Daß das Zweikammersystem absolut unentbehrlich ist, scheint mir ganz unzweifelhaft, es kann sich nur fragen, wie dasselbe zu organisieren ist."

Zu noch schärferem Gegensatz entwickelten sich bei Besprechung des Verfassungsentwurfes die Ansichten über die dem Bundespräsidium unterstehenden Behörden, wo man sowohl von seite der Regierungen, wie nachher von seite der Abgeordneten im Reichstage die Bestimmungen der Reichsverfassung vom Jahre 1849 in Bezug auf die Reichsministerien ungern vermißte. Die Ausschließlichkeit der Verantwortung des Bundeskanzlers sollte nach der Ansicht Bismarcks dem bundesstaatlichen Charakter der Verfassung ein festeres Gepräge geben, und es gehörte ohne Zweifel gerade dieser Teil des Entwurfs zu Bismarcks eigensten Ideen. Hier soll auch nur insofern von diesen fundamentalsten Bestimmungen des Verfassungsentwurfs die Rede sein, als es immerhin für den Geist jener Tage bezeichnend ist, daß auch in einigen Regierungen eine starke Neigung zur Begründung einer mehr unionistischen Verfassung vorhanden war, die später rasch wieder verschwand; doch dürfte man nicht behaupten, daß in den Einzelstaaten ein unüberwindliches Hindernis gelegen hätte, sich den Verhältnissen und Bestimmungen anzupassen, wie sie in der

Union von 1849 zum Ausdrucke gekommen waren. Wenn man indessen die seither in Deutschland vor sich gegangene Entwicklung unbefangen ins Auge faßt, so wird man schwerlich verkennen, daß der große Staatsmann den tiefen Charakterzug des deutschen Volkes und seiner landschaftlichen Empfindungen doch richtiger als alle anderen erkannte; denn trotz aller entgegenstehender Theorien hat sich sein Gebäude von einer Festigkeit gezeigt, welches selbst jeden Wunsch einer Veränderung im Bewußtsein der Nation auszuschließen scheint. Es kam dazu, daß seine Persönlichkeit dem Kanzleramte eine Popularität erwarb, die man im Jahre 1866 für unmöglich gehalten hätte. Soviel denn auch in späteren Jahren von Verantwortlichkeitsgesetzen und von Reichsministerien unter den deutschen Politikern die Rede war, so kam es doch nie zu einem irgend beachtenswerten Versuch einer Abänderung der Verfassung in Bezug auf diese Punkte.

Nicht das gleiche könnte jedoch von der Stellung und dem Namen des Präsidiums des Bundes als solchem gesagt werden. Hier hatten sich Erinnerungen an frühere Zeiten einer tausendjährigen Geschichte mit den staatsrechtlichen Bedenken und politischen, teilweise auch internationalen Wünschen enge verbunden, um eine ziemlich lebhafte Opposition gegen den kahlen und abstrakt klingenden Begriff des „Bundespräsidiums“ zu bewirken. Und indem damit ein Punkt berührt wurde, der für den weiteren tatsächlichen Gang der Verfassungsentwicklung von wirklicher Bedeutung wurde, ist es ohne Frage eine ernste Aufgabe, die Entstehung dessen, was nachher als „Reich und Kaisertum“ seine Auferstehung wirklich gefeiert hat, schon in seinen Anfängen zu kennzeichnen.

In den weiteren Kreisen des deutschen Volkes war allerdings im Jahre 1866 die Erinnerung an Reich und Kaisertum noch wenig hervorgetreten. In Preußen hatte die königstreue Partei, die durch so viele Jahre den Kampf für die Rechte der Krone geführt hatte jetzt, wo der siegreiche König eben die glänzendste Probe seiner Heereseinrichtungen bestanden hatte,

wenig Neigung, neue Titel und Würden für den Kriegsherrn von Preußen aufzusuchen, aber auch die fortschrittlich gesinnten Parteien verhielten sich durchaus kühl und ablehnend aus den schon früher hier erörterten Gründen. Nichts ist bezeichnender für die zunächst bestehende Auffassung, als daß von dem Kaisertum in den Verhandlungen des konstituirenden Reichstags nur ein einziges mal und von einem Redner Erwähnung geschah, der versicherte, daß ihm dieser Titel gleichgültig sei. Nicht auf demselben Standpunkt befand sich aber Bismarck. Er hat sich später öfters und sehr bestimmt darüber ausgesprochen, daß er die Kaiserfrage auch schon im Jahre 1866 in Erwägung gezogen habe. Er glaubte sich aber für die Einführung des Namens von Kaiser und Reich in die norddeutsche Verfassung nicht entscheiden zu sollen, weil dadurch der Schein erregt worden wäre, als hielte man Deutschland in Berlin schon jetzt für völlig vollendet. Durchaus falsch wäre es jedoch gewesen Bismarck in dieser Beziehung zu denen zu rechnen, welche ganz ausschließlich in den preußischen Überlieferungen befangen gewesen und gegen den historischen Anspruch Deutschlands unempfindlich waren. Als im Jahre 1870 die Kaiser- und Reichsfrage brennend geworden war, unterließ es Bismarck keineswegs gegen den Großherzog von Baden und auch gegenüber von Herrn von Freydorf sehr bestimmt zu bemerken, daß er sich auch 1866 schon mit dem Gedanken getragen hätte, den Bundesstaat mit dem Namen Reich und das Präsidium mit dem des Kaisertums zu bezeichnen. Indessen ist es damals zu irgend welchen amtlichen Erörterungen darüber nicht gekommen. Vielmehr gab Bismarcks wohlüberlegte Zurückhaltung zunächst in diplomatischen Kreisen hie und da Anlaß zu einer Kritik des Verfassungsentwurfs, die bestimmt sein sollte, den Wagemut des großen Kanzlers möglichst zu verkleinern. Voran ging in dieser Beziehung Herr von Beust, der auch im Augenblick, da sein Stern in gänzlichem Niedergang begriffen schien, seiner rivalisierenden Stimmung gegen den Riesen nicht Einhalt zu bieten vermochte. Da war es denn sehr eigen-

tümlich, als sich Herr von Beust im Herbst 1866 unter süddeutschen Diplomaten in München bemühte, Bismarck als einen Staatsmann kleinlicher Zwecke und Mittel darzustellen. Denn, so äußerte er sich zu Herrn von Mohl: „er verkenne die bedeutenden Eigenschaften des Grafen Bismarck nicht; er räume ihm aber nicht ein, daß er groß denke. Sonst hätte derselbe in erster Linie nach der Schlacht von Königgrätz seinen Herrn zum Kaiser von Deutschland proklamiert, was jedermann sich hätte gefallen lassen müssen."

Bismarck dachte aber viel zu ernsthaft, als daß ihm eine so theatralische, unvorbereitete Verkündigung, zu der übrigens der König in dieser Weise kaum seine Zustimmung gegeben hätte, staatsmännisch erschienen wäre. Daß eine Wiederherstellung des Kaisertums außerdem von den deutschen Fürsten beantragt werden mußte und nicht in napoleonischen Formen geschehen werde, war in Berlin seit den Tagen Friedrich Wilhelms IV. als ein feststehender Grundsatz von jedermann erkannt. Die letztere Überzeugung teilte auch insbesondere der Kronprinz, welcher im Jahre 1866 sich in dieser Frage zurückhaltender zeigte als später. In jener schon erwähnten Denkschrift des Herzogs von Koburg war ein Titel für das Bundesoberhaupt auf den ausdrücklichen Wunsch des Kronprinzen nicht beantragt worden, obwohl der Herzog von Koburg seinerseits seinen schon im Jahr 1849 gestellten Antrag jetzt zu wiederholen in Verbindung mit anderen Fürsten sehr bereit gewesen wäre. Nach den Mitteilungen des Herzogs ist es nicht unwahrscheinlich, daß die in den Erinnerungen des Fürsten Bismarck erwähnte Tatsache, wonach sich der Kronprinz jedenfalls eine Zeitlang gegenüber der Kaiserfrage ablehnend verhielt, in das Jahr 1866/67 etwa in die Zeit der Beratungen über den Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes fallen könnte. Schon in dem Schreiben des Herzogs Ernst vom 14. Januar 1849 an den König Friedrich Wilhelm IV. wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß die Mehrheit der Fürsten Deutschlands von dem Wunsche beseelt

seien, an die Spitze des Deutschen Reichs einen Kaiser gestellt zu sehen. In einem Gespräche, dessen sich der Herzog aus dem Jahre 1866 erinnerte, und welches er mich im Juli 1879 zu Wallsee aufzeichnen ließ, soll der Kronprinz gesagt haben, daß die Kaiserwürde im Jahre 1849 nur unter der Voraussetzung des Bestandes der Reichsverfassung eine Berechtigung gehabt hätte. Die 1866 erfolgte Ausschließung des Südens würde dagegen das neue Kaisertum lediglich als leeren Titel und Ambition erscheinen lassen, welche der König von Preußen nicht bedürfte. Er verglich bei dieser Gelegenheit die Stellung des Königs Wilhelm mit derjenigen des alten deutschen Königs Heinrich, neben welchem nur noch die Herzoge von Deutschland als Wähler gestanden hätten. Der Kronprinz hatte offenbar eine gewisse Kenntnis von den in den Gelehrtenkreisen damals spielenden Streitigkeiten über deutsches Königtum und Kaisertum. Der Herzog von Koburg dagegen, welcher dergleichen litterarische Dinge weniger beachtete, verwunderte sich über diese gelehrten Sonderbarkeiten und wollte schon damals dem Kronprinzen gegenüber geäußert haben, es werde sich die alte Kaiseridee doch nicht beseitigen lassen und sie werde erst recht erwachen, wenn der Süden mit dem Norden verbunden werden solle.

Inzwischen war auch von anderen Seiten die Kaiserfrage in Erörterung gezogen worden. Herzog Georg von Meiningen suchte seine sächsischen Mitfürsten besonders für die Angelegenheit zu interessieren. Er schrieb am 21. Dezember 1866 an den Herzog Ernst von Koburg, und am folgenden Tage an den Großherzog Karl Alexander von Weimar, daß es ihm scheine, es wäre die Zeit gekommen und günstig, um dem Könige von Preußen die erbliche Kaiserkrone anzutragen. Er hielt sich auch seinerseits für versichert, daß dieselbe aus der Hand der Fürsten angenommen werden würde, niemals aber von der zu erwartenden konstituierenden Versammlung. Er meinte daher, daß in dem jetzigen Augenblick, wo der Verfassungsentwurf erschienen wäre, von seite der Fürsten etwas geschehen müßte, um an die

Stelle der schon vermöge der Erinnerungen an den Bundestag unbeliebten Präsidialmacht die allem Volke geheiligte Kaiserkrone zu setzen. Noch stärker und entschiedener sprach sich aber fast zu derselben Zeit der Großherzog von Oldenburg über Kaiser und Reich in der schon erwähnten Denkschrift aus: „Die erste Schwierigkeit," heißt es darinnen, „tritt uns entgegen bei der Wahl des Namens für die neue Schöpfung. Ich wünsche dringend, daß die Bezeichnung Norddeutscher Bund beseitigt werde. Sie ist zunächst geographisch nicht korrekt, der Bund erstreckt sich schon auf Nord- und Mitteldeutschland und hat in Hohenzollern ein Stück Süddeutschland. Der Bund hat einen gar so unangenehmen Klang, denn der selige Bund hat sich so diskreditiert, daß die Erinnerung an ihn die Neuschöpfung sehr schlecht empfehlen würde. Ich würde einfach die Firma „Deutsches Reich" wählen. Das Wort „Reich" hat einen gewissen romantischen Hauch, es knüpft an Traditionen an, welche nie erloschen sind, und wird daher populär werden. Angebahnt ist dies schon, indem glücklicherweise das Parlament in Reichstag umgetauft wurde; durch die Bezeichnung „Deutsches Reich" proklamieren wir, daß wir moralische Eroberungen machen wollen, daß wir den Süden zu uns heranziehen wollen. Ich brauche es wohl kaum hervorzuheben, daß ich auch die Bezeichnung Bundesstaat als durchaus doktrinär und pedantisch verwerfen würde, denn ein solcher Name kann sich nie einbürgern. Sowie wir das Reich wieder herstellen, so muß auch dessen Haupt einen passenden Titel haben, da kann man nur an den Kaiser denken, in Anknüpfung an die alte, tausendjährige Tradition. Ich glaube, daß in ganz Deutschland keine Idee populärer ist, als die der Wiederherstellung von Kaiser und Reich, und mit Recht. Dies ist nicht bloß Romantik und Gefühlspolitik, es liegt darin ein tiefer Sinn. Dadurch wird der Idee Ausdruck gegeben, daß die Neugestaltung Deutschlands nicht bloß im Interesse der Machterweiterung Preußens geschieht, sondern daß ein wahrhaft nationales Werk geschaffen werden soll." Dann weist noch des ferneren auch der

Großherzog von Oldenburg darauf hin, daß es ein konservatives und monarchisches Interesse wäre, wenn die Idee, die Kaiserwürde herzustellen, von den Fürsten angeregt und dem Reichstag schon beim Zusammentritte entgegengebracht würde.

Diese Anregungen fürstlicher Kreise fielen im Jahr 1866 zu Boden, sie sind aber nicht vergessen worden. Sie traten wieder in voller Stärke hervor, als es sich um den Anschluß des Südens an den Norden handelte. Von Jahr zu Jahr empfand man gerade in Regierungskreisen das Bedürfnis mehr, dem Bundespräsidium eine deutlichere Bezeichnung zuzuwenden und es ist nichts unrichtiger, als die Annahme, daß die wirkliche Durchführung der Kaiseridee ohne den Beitritt Bayerns zum Deutschen Bund nicht vor sich gegangen wäre. Obwohl darüber etwas Urkundliches nicht beizubringen möglich scheint, so ist doch sehr wahrscheinlich, daß ein so gelehrter und in der deutschen Geschichte so trefflich bewanderter Herr, wie König Johann von Sachsen, jederzeit bereit gewesen wäre, auf den Wunsch seiner Mitfürsten die Initiative in diesem Falle schon aus politischen Gründen zu ergreifen, welche die Unterordnung Sachsens unter ein preußisches Königtum entschieden weniger angenehm machte, als es durch die doch nicht zu vermeidende Herstellung der Kaiserwürde der Fall gewesen wäre. Und man darf hinzufügen, daß ein so geistvoller und geschäftserfahrener Fürst, wie König Johann, die Sache auch viel besser und würdiger durchgeführt hätte, als es später von Bayern geschah.

Wenn Bismarck in den Konferenzen der Minister indessen alle Erörterungen ausschloß, die seinen Entwurf der Verfassung wesentlich verändert hätten, so konnte er zuversichtlich auf die in Deutschland in den weitesten Volkskreisen vorhandene glückliche Stimmung rechnen, welche eine Reihe von so großartigen Tatsachen, wie sie durch die preußische Armee und auf dem politischen Gebiete durch ihn selbst erreicht waren, allemal hervorbringen wird. So hatten sich auch die Wahlen zum Reichstag in der allgemein hervortretenden Überzeugung voll-

zogen, alle Parteien müßten nun darin übereinstimmen, daß die langersehnte Bundeseinheit verfassungsmäßig auf alle Fälle herzustellen sein werde und daß kein Parteiprogramm es rechtfertigen könnte, wenn der nur für ein Jahr abgeschlossene Bundesvertrag ablaufen würde, ohne daß etwas dauerndes zu stande gebracht worden wäre. Den Gang der Verhandlungen des Reichstags haben in ihren Geschichtswerken eine Anzahl von Schriftstellern trefflich geschildert, die, indem sie zugleich Mitglieder der denkwürdigen Versammlung waren, ihrer Berichterstattung vollkommenen Quellenwert zu geben vermochten. Wenn die große Versammlung sich anfänglich kühl und zurückhaltend zeigte, so war es im ganzen doch mehr das Gefühl der Spannung als des Mißtrauens, was sich darin ausdrückte. Allerdings hatten auch die Abgeordneten im Reichstag nicht anders als früher die Minister bei den Konferenzen die starke Empfindung, daß gegen den übermächtigen Willen des Siegers über die auswärtigen Feinde und die inneren oppositionellen Parteien mit theoretischen Verfassungsversuchen nicht viel zu wollen sein werde. Man ergab sich in sein Schicksal, daß die Versammlung nur als vereinbarender Reichstag einberufen war und nicht freie Hand hatte, das Reich zu begründen, sondern nur die von Preußen und seinem Minister vollendete Schöpfung unter etwaiger Berücksichtigung annehmbarer Verbesserungen zu ratifizieren. Am treffendsten hat ohne Zweifel Binding die Lage gekennzeichnet, wenn er sagt: „Die Verhandlungen zeigen erfreulicherweise, daß sich der Reichstag mit prinzipiellen Erörterungen über seine Stellung wenig beschäftigt hat. Doch ist es beachtenswert, daß, wo Äußerungen über seine bescheidene Aufgabe fallen, nirgends ein kräftiger Protest ertönt. Dr. Braun äußerte in der Sitzung vom 11. Mai: „Freilich haben wir keine formelle Autorität, wir sind keine konstituierende Versammlung, wir können nicht oktroyieren, wir können kaum paktieren, wir können nur Rat erteilen; aber was uns an formeller Autorität entgeht, das gewinnen wir bei der Lage der Dinge doppelt an Gewicht."

Selbst von Vincke, der im Abgeordnetenhause gegen das „beratend" gestimmt hatte, erkennt in der Sitzung vom 13. Mai an: „Was noch speziell hier unsere Versammlung anbetrifft, so hat man ihr mehrfach den Charakter einer nur beratenden beigelegt. Das ist sie auch, m. H., und ich denke, sie fährt ganz wohl dabei."

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes war das ausschließliche Werk eines einzigen Mannes und wenn man noch in einfacheren Zeiten gelebt hätte, wie im alten Griechenland, so würde man ihr auch seinen Namen gegeben haben, wie man von der lykurgischen oder solonischen Verfassung spricht. Der ungeheueren geistigen und politischen Überlegenheit Bismarcks war in diesem Augenblicke nichts vergleichbar, was von Reichs- und Verfassungsgründungen die neuere Geschichte in deutschen und nichtdeutschen Staaten erzählt; weder die amerikanische Union, noch das britische Weltreich können sich eines so persönlichen Ursprungs ihrer Verfassungsverhältnisse rühmen, wie der Bundesstaat, der im Jahre 1867 gegründet worden ist. Er dankt vom ersten Erscheinen des Verfassungsentwurfs bis zur letzten Abstimmung im Reichstag sein Dasein lediglich der ungeheueren Anstrengung eines politischen Geistes, dem ein erfolgreicher Krieg in einem glücklichen Augenblicke die Macht in die Hände gab, ohne welche es gegenüber den so oft hervorgetretenen politischen Charaktereigenschaften im deutschen Volke kaum möglich gewesen wäre, eine Einheit herbeizuführen. Und so war auch in der seltenen und man könnte sagen seltsamen Vereinigung aller möglichen staatsrechtlichen Prinzipien deutlich genug die Hand des ausschließlich praktischen Politikers zu erkennen, der sich durch kein Parteiprogramm und durch keine Theorie einschränken ließ. Die Verfassung wurde in Bezug auf die Vertretung des Volkes demokratisch, in Betreff der Präsidialrechte absolutistisch, in allen bundesstaatlichen Einrichtungen föderalistisch, in Ansehung der staatshoheitlichen Rechte der Bundesfürsten streng monarchisch und unter Wahrung der weitgehendsten

Souveränität derselben gedacht und verständnisvoll aufgebaut; hier wurde ein ebenso dankbares wie schwieriges Problem der Staatsjurisprudenz, welches die ausgezeichnetsten Gelehrten durch ein Menschenalter beschäftigen sollte, um in die neuentstandene Art bisher unbekannter bundesstaatlicher Verhältnisse Ordnung und System zu bringen, gleichsam spielend gelöst. So sehr war alles auf das unmittelbar Nützliche und Zweckmäßige gerichtet, daß durch das folgende Menschenalter niemand etwas unternahm, was den Gedanken einer ernstlichen Abänderung dieser Verfassung rege machen konnte. Wenn man von dem Bestreben absieht, den Artikel 32 zu beseitigen, welcher Besoldung oder Entschädigung der Mitglieder des Reichstags ausschließt, so ist eigentlich eine ernstere Anstrengung, Bismarcks Werk zu verändern, nicht gemacht worden. Hier und da haben einzelne die Verantwortlichkeitsfrage, die Einsetzung von Reichsministerien, die Oberhausfrage ohne Erfolg gestreift, aber einer gleichen Unwandelbarkeit im Laufe von vierzig Jahren haben sich wenige Verfassungen Europas erfreut, gleich der, welche, wie Minerva aus dem Haupte des Zeus, mit einem Male in voller Rüstung entsprungen ist.

Diese ungemeine Festigkeit der nun begründeten Verfassung sollte ihren Wert besonders durch den Umstand an den Tag legen, daß alle in Aussicht stehenden Erweiterungen des Bundes für die Grundlagen derselben keine Gefahr bringen durften. Je ernster man in allen Teilen von Deutschland die Erwartung hegte, daß es dereinst gelingen müsse, die süddeutschen Staaten mit dem Norden zu verbinden, desto wichtiger war es, die Voraussetzung auszuschließen, als könnte dies auf Kosten der nun ins Leben getretenen Verfassung jemals geschehen. Allerdings war für den Augenblick dieses feste Gefüge des zu Recht bestehenden Bundes gewissermaßen ein Hindernis für den Eintritt des Südens, solange die nationalen Richtungen in Bayern und Württemberg nicht festeren Fuß gefaßt hatten, als zur Zeit der Fall war. Aber als gute Wirkung der in sich abgeschlossenen Verfassung

trat zunächst der Umstand hervor, daß der Sondergeist im Süden sich sehr bald vor eine Alternative gestellt sah, der gegenüber er sich, wenn auch ungern, doch unweigerlich entscheiden mußte, ob er die Einheit durch Annahme der Verfassung herbeiführen wolle oder nicht; der Eintritt in den Bund, wie er einmal bestand, konnte nur auf diese Weise oder gar nicht erlangt werden. In den Bemühungen der nächsten Jahre trat das Schwergewicht des erreichten Einheitsbewußtseins des Nordens so deutlich hervor, daß die insbesondere in Bayern, wie sich zeigen wird, lebhaft verteidigte Meinung, man könnte auch außerhalb des Norddeutschen Bundes zu einer nationalen Gestaltung gelangen, immer mehr zu Boden fallen mußte. Dieser Vorteil war ungesucht durch die einfache Tatsache des Abschlusses eines festen Verfassungswerkes hervorgetreten. Die Frage war nur, welche Türen die Verfassung offen gelassen hatte, um den Eintritt neuer Bundesmitglieder zu ermöglichen. Und auch in dieser Beziehung war in nationalem Vorgefühl auf das Weiseste vorgesorgt worden.

Vor allem war es der König selbst, der bei der Eröffnung des Reichstags in dieser Beziehung seinen Standpunkt bezeichnete. Seine Rede war vom ersten bis zum letzten Worte von nationaler Gesinnung gesättigt und gab sich als die Frucht einer Überzeugung, die aus den tausendjährigen Erfahrungen der deutschen Reichsgeschichte erwachsen war und das neue Werk, wie eine legitime Fortsetzung der alten nationalen Ideen verkündigte. „Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen." Nachdem dann der König die Gründe des Mißlingens einer Einigung in den vorangegangenen Zeiten dargelegt und die Schwierigkeiten geschildert hatte, sich mit Fürsten und Staaten zu einer übereinstimmenden und alle befriedigenden Neuordnung durchzuarbeiten, sprach er über das Verhältnis des Norddeutschen

Bundes zu den Südstaaten in folgenden Sätzen, die das freundlichste Entgegenkommen mit einer feinen diplomatischen Wendung verbinden: „Die Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu unseren Landsleuten im Süden des Main ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Übereinkommen beider Teile anheimgestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsere Hand den süddeutschen Brüdern offen und entgegenkommend dargereicht werden, sobald der Norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein."

Noch war also die Anschauung der preußischen Regierung nicht geändert, daß ein nationaler Anschluß zwischen dem Nord- und Südbund im Wege der Verträge zu stande kommen werde, aber es war wichtig, daß der Grund hierfür nicht sowohl in der Rücksicht auf die auswärtigen Mächte, als vielmehr vermöge der Notwendigkeit den Norddeutschen Bund in seiner Verfassung zu sichern gesucht werden sollte. Dieser Auffassung des Verhältnisses zu den süddeutschen Staaten gibt auch der Art. 79 der Verfassung des Norddeutschen Bundes Ausdruck, wo es heißt: „Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, durch besondere dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt werden. Der Eintritt der süddeutschen Staaten, oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Gesetzgebung."

Es war ein großes Zugeständnis, daß in der Verfassung auch der Eintritt eines einzelnen Staates des Südens vorgesehen war. Wenn Bismarck, wie sich zeigen wird, dennoch von dieser rechtlich feststehenden Grundlage keinen Gebrauch machen wollte, so waren es mithin politische Gründe, die ihn bestimmten. Er hat sich nirgends über diese genauer ausgesprochen, aber daß er die Bildung eines Süddeutschen Bundes schon im Jahre 1867

als durchaus ausgeschlossen erachtet hätte, läßt sich doch nicht beweisen. Von dem letzten Satz des Art. 79 aber irgend Gebrauch zu machen, war er nicht nur vor der Abrechnung mit Frankreich durchaus abgeneigt, sondern auch bei den Verhandlungen, die zum wirklichen Eintritt der süddeutschen Staaten führten, nicht entschlossen. Seine Ansicht war im wesentlichen die, daß nur der gesamte Süden in Verbindung mit dem Norden für die Entwicklung der nationalen Verhältnisse erwünscht sein könne; die Anschauung, die von anderen Seiten vielfach gehegt wurde, daß durch Aufnahme eines Teils der süddeutschen Länder auf die anderen ein Druck ausgeübt werden könnte, entsprach der politischen Denkungsart Bismarcks so wenig, daß er sich nicht einmal dieses Vorgangs als eines Mittels bedienen wollte, um die feindseligen Elemente in Bayern oder Württemberg zu beugen.

In den Verhandlungen des Reichstags selbst wurde von den Mitgliedern der verschiedensten Parteien die Vollendung der Reichseinheit als notwendig betont, ohne daß irgend von einer Seite praktische Anträge erfolgt wären. Als prophetisch für den weiteren Gang der Entwicklung darf aber hervorgehoben werden, was Miquel schon in der Vorberatung gegen diejenigen einwendete, welche gemeint hatten, man müsse die Süddeutschen durch liberale und konstitutionelle Verfassungseinrichtungen herbeilocken: „Meine Herren,“ sagte er, „locken werden wir die Süddeutschen nicht. Wenn der Bund nicht ihren nationalen Lebensbedingungen nach allen Seiten entspricht, wenn der Bund ihnen nicht die Sicherheit und Garantie einer friedlichen Kulturentwicklung gewährt, wenn das Gefühl der Einheit in Sprache, Sitte, Denkungsart und Geschichte, wenn das die Süddeutschen nicht an uns heranzieht, dann werden wir sie nicht locken dadurch, daß wir eine oder die andere Freiheitsbestimmung in den Entwurf aufnehmen. Nur ein machtvoller Staat, der nach außen imponiert, nach allen Seiten hin Sicherheit gewährt, der gewissermaßen zu vergleichen ist einer Feste, welche nicht bloß die darinnen sind schützt, sondern auch die Außenbürger schon jetzt

schützt, und die bereit ist, den Außenbrüdern, die noch draußen sind, die weite Pforte aufzutun, wenn es Zeit ist, nur eine solche starke Feste kann uns Süddeutschland erobern."

Es war eine Rede voll bedeutender Gesichtspunkte, welche dem weitaus größten Teile der Versammlung entsprachen und den allgemein günstigen Gesinnungen der norddeutschen Bevölkerung gegenüber den Süddeutschen den treffendsten Ausdruck gaben. Aber es zeigte sich in den folgenden Jahren, welche unendliche Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, um wirklich den ernstgemeinten Anschluß an den neuen norddeutschen Staat dort zu bewirken, wo der Sondergeist in voller Blüte stand und der nationale Gedanke nur in wenigen Kreisen gebildeter Stände Wurzel gefaßt hatte. Daß unter diesen Umständen das Maß der Rücksicht und Schonung, welches die preußische Politik bei der Herstellung des Reichs und Kaisertums befolgen mußte, nicht von allen beteiligten und maßgebenden Seiten eine übereinstimmende Beurteilung fand, war nur zu erklärlich. Es wird aber nach Ablauf von mehr als einem Menschenalter heute doch nicht für voreilig gehalten werden können, wenn die Geschichtschreibung die harten Kämpfe um den vollen Aufbau der nationalen Einheit endlich in aller Schärfe und Unverzagtheit darzustellen unternimmt. Diesem Versuch sollen die folgenden Blätter gewidmet sein.

Zweites Kapitel.

Süddeutsche Bundesabsichten.

I.

Deutschland in seiner größten Zersplitterung.

Das Jahr 1867 fand Deutschland und seine Völker in einem eigentümlichen, höchst sonderbaren Zustande. Wenn man von den Zeiten der napoleonischen Herrschaft und des Rheinbundes absah, so war in dem Reiche der Ottonen und Hohenstaufen seit tausend Jahren keine ähnliche, völkerrechtlich festgestellte Aufteilung erlebt worden; und dennoch durfte man sagen, daß es auch niemals zu einer stärkeren Hoffnungsfreudigkeit für eine endliche Erreichung seiner Einheitsideale Grund hatte. Tatsächlich und für den Augenblick aber war über unser Volk ein Grad von Zerrissenheit hereingebrochen, der gegenüber selbst noch der Rheinbund den Besten unserer Nation, wie Goethe, Hegel und Humboldt für etwas Besseres und Wünschenswerteres hätte erscheinen können. Denn das ganze südliche Deutschland, nach vollkommener Ausschließung aller südöstlichen uralten deutschen Länder, welche schon in den Zeiten der Karolinger einmal und dann durch sechshundert Jahre dem Reiche seine Kaiser und Könige geliefert haben, war nunmehr zu einer im europäischen Staatenkonzert geradezu lächerlichen Kleinstaaterei verurteilt, ähnlich den neuerfundenen Staaten der Balkanhalbinsel. Die

europäische Landkarte zeigte jetzt an der Stelle des einstigen Deutschlands sechs verschiedene Staatsgrenzen: neben dem neu-entstandenen Cisleithanien einerseits und dem gewaltig dominierenden Norddeutschen Bunde andererseits, die Königreiche Bayern und Württemberg und die Großherzogtümer Baden und Hessen, und der Gothaische Hofkalender erzählte von sechserlei verschiedenen im europäischen Konzert selbständig spielenden souveränen Staaten. Napoleon durfte vor seinen Franzosen rühmen, daß dieses gefürchtete Deutschland zu dem reinsten geographischen Begriff herabgesunken wäre, während er freilich in der Stille ängstlicher dachte und den preußischen Staatsmännern nicht zu widersprechen wagte, wenn König Wilhelm vom Throne herab und Fürst Bismarck in unzähligen Erklärungen diesen traurigen Zustand als einen vorübergehenden bezeichneten. Aber die von Berlin aus freigebig ausgestellten Wechsel auf eine hoffnungsreichere Zukunft hinderten nicht, patriotische Männer mit einer gewissen Beschämung zu erfüllen, wenn sie erkannten, daß das Schicksal die Nation erst noch bis zu dieser Tiefe und Zerrissenheit herabsinken lassen mußte, um überhaupt die Erwartung hegen zu können, daß es dereinst wirklich besser werden könnte. Wie lange aber dieser traurige und unerquickliche Zustand sich halten werde, ahnte schlechterdings niemand und es macht auf Leute, welche die Dinge noch miterlebten, einen unendlich tragikomischen Eindruck, wenn die jugendliche Geschichtschreibung Deutschlands nachträglich die Dinge so darstellt, als wären die nächsten Jahre nach 1866 lediglich eine vergnügliche Ruhepause gewesen, wie im Tanzsaal, wo alles schon zum Kotillon vorbereitet und ganz in der Ordnung gefunden war, wie wenn die Uhr ihre Stunden schlägt. So dargestellt verlieren die Jahre 1866—70 fast jede geschichtliche Bedeutung, während es in Wahrheit eine Zeit tiefster Erregungen und gewaltigster Gärungen und innerer Kämpfe war, in denen allen Männern, die sich für die Erweckung und Begründung des Einheitsgedankens und für Aufrichtung eines wahren deutschen

Reiches mit aller ihrer Kraft einsetzten, die größte Anerkennung gebührte. Es waren heroisch denkende Leute, sehr ähnlich jener Generation, die in den Jahren von 1807—1812 an der Erhebung Preußens und der Wiedererrichtung des Reiches nicht verzweifelten. Unter diesen unermüdlichen Förderern der Reichsidee nahm der Großherzog von Baden die erste Stelle ein. Sein Land, an der Grenze Frankreichs war allerdings durch die Auflösung des Deutschen Bundes auch am schwersten betroffen und mußte sich in dem ihm aufgedrungenen Souveränitätswahn einer selbständigen europäischen Macht daher auch am bedenklichsten vorkommen. Es war fast selbstverständlich, daß der deutschgesinnte Fürst des kleinen Landes in seinem Volke ein lebhaft vorwärts drängendes Element und in bedeutenden Talenten einer Zahl von trefflichen und eifrig patriotischen Staatsmännern eine außerordentliche Unterstützung fand. Einer der glücklichsten Tage des Großherzogs war es, als schon am 21. Juli 1866 40 Abgeordnete mit einer Adresse erschienen, in welcher ausgesprochen wurde, daß „Baden seine Hingebung für die deutsche Sache in den neuen Formen eines mit Volksvertretung ausgestatteten im Vereine mit Preußen gebildeten Bundesstaates bewähren“ müsse. Mathy wurde zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt, Jolly übernahm das Innere, von Freydorf das Auswärtige, und diesen drei Männern verdankte in den nächsten Jahren der Großherzog eine ausgezeichnete Ausführung seiner politischen Ideen und das Deutsche Reich einen bedeutenden Antrieb zu seiner Verwirklichung. Auch als Mathy starb und seine Hoffnungen ins Grab mitnahm und Jolly an die Spitze des Ministeriums trat, blieb die Richtung der badischen Politik durch den entschiedenen Entschluß des Großherzogs bestimmt, die Sonderbestrebungen Süddeutschlands durch den unmittelbar ins Auge gefaßten Anschluß an den Norddeutschen Bund zu überwinden. Allein der Haß, der in so vielen anderen Kreisen und Ländern gegen Preußen herrschte, zeigte sich doch weit unbelehrter, als man hätte erwarten können. Gegen Baden und sein Haus

wurde ein Feldzug eröffnet, in welchem eine bösartige Presse über einen angeblichen Verrat an der geschlagenen Bundesarmee klagte. Der Umstand, daß trotz des Wunsches des König Wilhelm Bismarck auf der nicht unbedeutenden Kriegsentschädigung Badens bestanden hatte, gab den Feinden Preußens auch in Baden Anlaß, das neue Ministerium zu bekämpfen. In den katholischen Kreisen spukten die alten vorgeblichen Befürchtungen für die Religionssache in dem von einer protestantischen Macht geleiteten Bundesstaat. Der Ultramontanismus feierte Orgien in seiner Presse in ganz Süddeutschland. In Freiburg, wie in München waren unter der Führung der historisch-politischen Blätter die schändlichsten Verleumdungen betreffs der letztvergangenen Kriegsereignisse zugleich mit dem festen Entschluß hervorgetreten, den Anschluß an Preußen mit allen Mitteln zu verhindern. Angeeifert durch die Einflüsse der österreichischen Regierung und durch die Machenschaften des Herrn von Beust nahmen alsbald die Kämpfe der Parteien eine persönliche Gehässigkeit und Gewalttätigkeit an, deren sich heute unser geeinigtes Volk nur mit Schamröte erinnern sollte. Baden war, auch was die Politik seiner Regierung betrifft, ganz und gar vereinzelt.

In Hessen regierte nach wie vor mit unveränderten, wenn auch augenblicklich versteckten Überzeugungen, Herr von Dalwigk, der die Großmut, mit der er persönlich von Bismarck, wie sein Land von Preußen behandelt worden war, nicht einmal in seinen privatesten Äußerungen, geschweige denn in seinem amtlichen Verkehr anerkennen mochte. Über die Lage und Stimmung belehrte ein Brief der Prinzessin Alice an ihre Mutter, vom 13. April 1867, der besser als ein Buch beweist, wie arg die Täuschung war, daß durch die Nachgiebigkeit der preußischen Sieger Liebe in Süddeutschland zu erwerben sein werde.

„Seit Louis," schreibt die Prinzessin, „im vorigen August das Kommando übernommen hat, und seit Abschluß der Militärkonvention mit Preußen wurde Louis von seiten Onkel Louis, und des Kriegsministeriums in allen Angelegenheiten, welche er

für unbedingt notwendig hielt und welche der Großherzog auszuführen versprochen hatte, um die Truppen in die nötige Ordnung und Organisation zu bringen, Opposition gemacht. Die Regierung spielt hier wieder einmal falsches Spiel mit Preußen...."

„Onkel Louis und seine Umgebung werden alle gegen Louis sein, da sie es für eine Schande und Ungerechtigkeit halten, irgend eines ihrer Rechte aufzugeben, und es unverzeihlich von Louis sei nach dem, was er immer gesagt hat, auch zu handeln.... Er ist genötigt von hier weg zu gehen."

Und in einem späteren Schreiben meldet die Prinzessin, daß ihr Gemahl sein Entlassungsgesuch unter der Bedingung zurückgenommen hätte, daß ihm ein preußischer Offizier beigegeben werde; worauf der Großherzog erklärt hätte, „daß er lieber sein Land verlieren wolle, als einen preußischen Offizier in der Armee zu dulden". Einen solchen Kommentar zu den Friedens- und Schutzbündnissen bieten uns die intimen fürstlichen Korrespondenzen dar!

In Württemberg war die Lage der Dinge etwas vernünftiger, wenn auch keineswegs geklärt. Man anerkannte doch die Notwendigkeit gewisser Verständigung in militärischen Dingen mit Preußen und nachdem König Wilhelm dem Kaiser von Rußland in Bezug auf Württemberg seine offenen Erklärungen gemacht hatte, gab man es in Stuttgart, gewiß nicht ohne gute russische Ratschläge, endlich auf, Feindseligkeiten gegen Berlin an den Tag zu legen.

Der König selbst hielt sich zurück, aber am 9. November 1869 schrieb König Wilhelm sehr bezeichnend an den Großherzog von Baden, daß es ihm gar wohl bekannt sei, wie sich weibliche Einflüsse bemühten, möglichst große Spannung zwischen Berlin und Stuttgart zu erhalten. Insbesondere war es des Königs Schwester, Königin Sophie der Niederlande, welche ihrer Schwägerin der Königin Olga zu soufflieren verstand, so daß sich diese mit jedem Jahre stärker gegen Preußen einnehmen ließ und zum heimlichen Vergnügen des Herrn von Varnbüler, der sich öffentlich seit den

Friedensschlüssen ganz preußenfromm zu geben suchte, alle oppositionellen Elemente gegen Preußen zu ermutigen wußte. Im Anfang des Jahres 1868 war doch auch die Langmut Bismarcks erschöpft worden und er richtete eine sehr starke Depesche an Herrn von Varnbüler wegen der in Württemberg betriebenen und geduldeten Agitation gegen Preußen und wegen der in Württemberg überhaupt vorhandenen Sammlung aller revolutionären Elemente. Bismarck entschloß sich sogar durch den preußischen Gesandten in Karlsruhe von jener Depesche Mitteilung machen zu lassen, und die badische Regierung zu gemeinsamen Schritten aufzufordern. Herr von Freydorf war hierüber sehr erfreut und billigte die Klage des Bundeskanzlers vollauf, er konnte aber doch nicht verhehlen, daß er die Autorität Preußens doch nicht besitze und beanspruchen könne, um sich einem solchen gemeinsamen Schritte anzuschließen. Bis zum April 1867 fand die demokratische und Hofpartei eine volle Bundesgenossenschaft auch in den militärischen Kreisen, wo der Kriegsminister den Zorn über seine erlittenen Niederlagen sorgfältig auch dem Offizierkorps einzuflößen bemüht war. Erst als General von Suckow das Kriegsministerium übernahm, änderten sich diese schlimmen Verhältnisse.

Die widerlichsten Gegensätze und Kämpfe traten aber in Bayern zu Tage, wo das Gefühl der Unbezwinglichkeit wahre Triumphe feierte, die Robert von Mohl, der jetzt als badischer Gesandter nach München kam, in seinen trefflich unterrichtenden Depeschen oft in humorvollster Weise zu schildern wußte. Er erzählt uns, wie der König dem Minister von der Pfordten bei seiner Rückkehr aus Nikolsburg nur sagte: „Es ist gut, nun kann ich also wohl wieder Richard Wagner zurückkommen lassen". Da der frühere Minister des Innern Neumayr jetzt als Kabinettschef eintrat — der König hatte Pfistermeister entlassen, weil er ihm seine Haltung gegen Wagner nie verziehen hatte — hoffte man einen besseren Zusammenhang und Verkehr zwischen dem König und den Behörden herbeiführen zu können. Aber die

Absperrung und Entfremdung des Königs wurde, wie sich bald zeigte, immer größer und die im Oktober endlich erfolgte Entlassung Pfordtens und Berufung Hohenlohes hatte man lediglich dem Oberststallmeister von Holnstein zu verdanken. Er sei eben damals, wie Mohl am 13. Oktober schreibt, sehr schnell vermöge des Königs Art, der Günstling geworden und er habe nun den Ehrgeiz, die bayrische Politik in liberalem und mehr zu Preußen geneigtem Sinn zu leiten. Man fürchtete nur, daß bei den schnell sich ändernden Neigungen des Königs und in Rücksicht auf die Privatverhältnisse des Grafen ein baldiger Sturz desselben erfolgen werde, doch wird uns die Geschichte des Jahres 1870/71 zeigen, daß das gute Verhältnis zwischen dem König und seinem Stallmeister lang genug dauerte, damit dieser im rechten Moment dem Fürsten Bismarck seine nützlichen Dienste leisten konnte. Über die Absichten und politische Haltung des Königs gegenüber den wichtigen Fragen über Nord- und Südbund, war aber zunächst niemand sich klar. Als der König Herrn von Mohl zur Antrittsaudienz empfing, sagte er ihm mit gutem Humor: „Ja, wenn wir gewußt hätten, daß sich Österreich so schlecht benehmen würde — namentlich auch gegen Bayern, so würden wir anders gehandelt haben.“ Aber wer aus einer solchen Bemerkung die Hoffnung auf eine Annäherung an Preußen geschöpft hätte, würde sich arg getäuscht haben. Der König zeigte sich bald recht mißtrauisch gegen Herrn von Mohl und besonders abgeneigt gegen die badische Politik.

Fürst Hohenlohe erfuhr denn auch bald, wie wenig sicher seine Stellung war. Alles war gegen ihn. Die Prinzen ganz besonders, die Königin von Griechenland, die katholisch patriotische Partei, der größte Teil der Standesherrn und der ersten Kammer. Für die Übernahme seines Ministeriums blieb nach wie vor die Tatsache maßgebend, daß die Resolution zu Gunsten eines Anschlusses Bayerns an Preußen, welche Hohenlohe in der Reichsratskammer befürwortete, mit vier Stimmen gegen dreißig abgelehnt worden war. Wenn der König dem Fürsten nun in

seiner Art und Weise erst recht und zwar zum Trotz der Reichsräte das Ministerium übertragen hatte, so war die Wirksamkeit desselben von vornherein ganz aussichtslos. Am 22. Mai 1867 kennzeichnete Herr von Mohl bereits die hoffnungslose Lage Hohenlohes auf das Bestimmteste. Schon damals hatte er das Vertrauen des Königs verloren, Lutz war sein entschiedenster Gegner, er selbst hatte seine Stellung von vornherein geschwächt, indem er das Ministerium übernommen hatte, nachdem er dreimal sein Programm immer wieder in mehr partikularistischem Sinne umändern mußte. Gegen Feinde stellte er sich nicht sicher. Der Justizminister Bomhard war neben ihm geblieben und als dessen Verabschiedung mit gehäuften Ehrenbezeugungen erfolgte, war sie eine Niederlage für Hohenlohe. In Berlin vermochte er den Gesandten nicht kalt zu stellen, der sein erbittertster Feind war, wie auch der Kabinettschef des Königs selbst. Er glaubte durch Nachgeben nach allen Seiten den populären Unwillen gegen Preußen zu stillen, wobei auch gegenüber von Österreich eine stets unklare Stellung ihm hinderlich war. Er hatte in der Kammer keine Partei für sich. Bismarck begrüßte ja mit Recht persönlich seinen Eintritt in das Ministerium, aber nur zu bald sah er sich genötigt, sachlich in den Verhandlungen gegen ihn Stellung zu nehmen, so daß die Kluft zwischen dem Süden und Norden nur immer erweitert zu werden schien. Die Überbrückung des Mains blieb eine Phrase, die man unter der stillschweigenden Voraussetzung auf Kriegsereignisse aussprach, die früher oder später nicht ausbleiben würden.

II.

Süddeutsche Bundesverhandlungen.

Zur Zeit, als Hohenlohe die Leitung des Ministeriums übernahm, hatte sich bereits eine kleine Anzahl von Männern der Linken in München entschlossen, ihre patriotisch-deutschen Gesinnungen durch Anträge in der Kammer zur Geltung zu

bringen. Der Wunsch dieser, wenn auch sehr kleinen Minorität für den Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund, noch bevor die Verfassung desselben endgültig festgestellt war, blieb zwar eine vollständig aussichtslose Sache, hatte aber doch das Gute, das Mißtrauen des Nordens zu widerlegen, daß im Süden überhaupt keine Neigung zu einem Anschlusse bestehe. Die neue Regierung fand am 19. Januar 1867 infolgedessen Gelegenheit, in der Kammer ihr politisches Programm zu entwickeln. Man darf annehmen, daß die Äußerungen Hohenlohes in diesem Augenblick in einer gewissen Übereinstimmung mit den wechselnden Anschauungen des Königs gestanden haben dürften. Die scharfe Betonung der bayrischen Souveränität und der Notwendigkeit ihrer Erhaltung bezeichnete ganz und gar die Stimmung im bayrischen Königshause. In Bezug auf die Frage, ob dieser europäische Staat mächtig genug wäre, isoliert zu bleiben, gestand der Minister zu, daß dieser Zustand nicht wünschenswert wäre, und daß Bayern sich immerhin als ein Staat zweiten Ranges mit einer Großmacht alliieren müsse. In einer fast heiteren Schlußfolgerung erklärte er sich dann für die Bundesgenossenschaft mit Preußen im Falle eines Krieges gegen das Ausland, nachdem er noch kurz zuvor erklärt hatte, daß die freundschaftlichen Beziehungen Bayerns zu Österreich — zu demselben Österreich, welches eben die Ausbildung einer hannoveranischen Legion und Kriegsvorbereitung gegen Preußen zuließ und billigte — erhalten und gefördert werden müsse. Wer noch die Meinung hatte, daß die bayrische Regierung ernstlich auf den Standpunkt eines irgend annehmbaren Bündnisses mit Norddeutschland übergetreten sei, den belehrte das Programm Hohenlohes hinreichend deutlich und die in München bevollmächtigten Gesandten, wie Mohl und Werthern faßten die Stellung Bayerns nicht anders auf, als daß sie im vollen Gegensatz zu den Bestrebungen Badens stände. Bismarck mochte in Rücksicht auf die auswärtigen Verhältnisse Grund haben, diese Haltung Bayerns gegenüber dem Drängen Badens vorteil-

haft zu finden. Als es sich aber um praktische Aufgaben handelte, deren Lösung nicht aufzuschieben war, wie die Erneuerung des Zollvereins, so war man in Berlin über das, was Fürst Hohenlohe anzubieten im stande war, einigermaßen enttäuscht. Fürst Hohenlohe hatte den Vorschlag zur Gründung eines Staatenbundes gemacht, welchem außer Zoll- und Handelswesen auch Konsulate, Bankwesen, Münze überwiesen werden sollten. Zu diesem Zwecke sollte zwar der norddeutsche Bundesrat durch süddeutsche Mitglieder verstärkt, zu einer Art früheren Bundestags umgewandelt werden, aber dem Norddeutschen Reichstag gegenüber sollte die parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten in jeder der süddeutschen Kammern einzeln und selbständig vorgenommen werden. Als Herr von Mohl dem Fürsten Hohenlohe die schlechte Aufnahme dieser wahrhaft unbegreiflichen Vorschläge in Berlin vorhielt, war dieser sichtbar erstaunt darüber und fragte wiederholt, ob dies denn wirklich in dem Maße der Fall sei. Tatsächlich war König Wilhelm über diese Zumutung, die kleinen süddeutschen Kammern mit ebenbürtigen Befugnissen auszustatten, wie den Norddeutschen Reichstag, noch bei weitem mehr erzürnt, als Bismarck; und der Großherzog von Baden hatte nicht ermangelt, den Fürsten Hohenlohe durch Herrn von Mohl freundschaftlichst auf diesen Umstand aufmerksam machen zu lassen. Auch hatte er sofort durch den Staatsrat Gelzer in München andere Vorschläge zu vorläufiger, mündlicher Erörterung bringen lassen, welche jedoch wieder von Hohenlohe abgelehnt werden mußten, indem er versicherte, es seien in Bayern Leute genug vorhanden, welche die von Hohenlohe gebrachten Anträge schon als halben Vaterlandsverrat erklärten. „Viele und sehr einflußreiche Leute“ — so versicherte Hohenlohe Herrn von Mohl einige Wochen später — „wollen, daß gar nichts geschehe und Bayern einfach warte, bis Österreich erstarkt, Preußen von Frankreich besiegt und der Norddeutsche Bund wieder aufgelöst sei — so werde Bayern seine Selbständigkeit retten.“ Schon früher hatte der Fürst an den Großherzog

von Baden geschrieben und ihm seine Vorschläge für ein völkerrechtliches Bündnis mit Preußen eröffnet. Hierauf traf am 6. März der bayrische Ministerialrat von Taufkirchen in Karlsruhe in geheimer Mission des Fürsten Hohenlohe ein. In der Unterredung mit dem Großherzog kam zu Tage, daß die bayrischen Vorschläge von dem Fürsten nur als persönliche Ansichten aufgefaßt wurden und daß er weder mit seinen Kollegen noch mit dem König darüber gesprochen habe. Er wollte daher persönlich keinen Schritt in Berlin thun, weil er fürchtete, daß die ganze Sache in München dadurch hintertrieben werden könnte, daß der König und die eigenen Kollegen des Fürsten indirekt davon unterrichtet werden könnten. Der Großherzog übernahm es daher, wie er an den Staatsrat Gelzer unter dem 10. März 1867 schrieb, in Berlin, ohne Obligo für sich und ohne für die Einzelheiten einzutreten, zu sondieren.

Die Antworten von Berlin bewiesen, wie vorauszusehen war, daß man auf so nichtssagenden Grundlagen lieber keine Unterhandlungen pflegen würde. Der König wollte überhaupt nichts mehr mit den bayrischen Halbheiten zu schaffen haben und Bismarck hatte in jenen Tagen mit der ungelösten luxemburgischen Frage zu tun, die ihm wünschenswert machte, sich die süddeutschen Angelegenheiten nach Möglichkeit fernzuhalten.

Auf diese Weise kam die Angelegenheit des süddeutschen Anschlusses an den Nordbund keinen Schritt weiter. Statt ehrlich mit Preußen zu verhandeln, kam man immer wieder in München auf den unglücklichen Gedanken, durch Hereinziehung von Österreich die Sache zu verwickeln. In den Zeitungen wurde viel von einer Mission des Grafen Taufkirchen nach Wien geredet, welche den Zweck verfolgt haben sollte, zwischen den drei Gruppen des ehemaligen Bundes eine neue Verständigung herbeizuführen. Aber in München erklärte Graf Taufkirchen auf das Bestimmteste, daß die bayrische Regierung lediglich hoffen könne, gegenüber der absolut abweisenden Stimmung in der Bevölkerung im Vereine mit dem wiedererstarkten Österreich die

norddeutsche Verfassung stürzen oder doch teilweise rückgängig machen zu können. Diese Äußerung berichtete Mohl amtlich am 18. April seinem Minister.

Es war fast unmöglich, in dem bunten Durcheinander der bayrischen Äußerungen und Meinungen etwas anderes zu erblicken, als die unglückselige Lage des Ministerpräsidenten mit dem König einerseits, und der bayrischen Opposition andererseits, auch nur zu irgend einem festen Entschlusse zu gelangen. Erst im Mai kam es zu einer Verständigung zwischen Bayern und Württemberg und einer gemeinsamen Ministerialerklärung über ihr Vorgehen bei den Unterhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde. Hiervon machte Fürst Hohenlohe dem badischen Ministerium am 7. Mai unter Beilegung einer Abschrift der Erklärung der beiden Regierungen, Mitteilung.

Diese Aktenstücke bilden den Schwerpunkt der gesamten bayrischen Politik und müssen als die Hauptzeugen dafür betrachtet werden, daß Bayern und Württemberg entschlossen waren, die Gründung eines Deutschen Reiches in Form des Anschlusses an den Nordbund um jeden Preis zu verhindern. Man dachte noch immer an die Herstellung ähnlicher Bundesverhältnisse, wie vor dem Jahre 1866. Mohl hatte daher ganz recht, wenn er am 14. Mai seiner Regierung schrieb: „Von seite Bayerns soll eigentlich in der deutschen Sache gar nichts geschehen und nur der Schein erweckt werden.“ Er hielt es für unmöglich, daß sich Hohenlohe darüber täuschen könnte, daß Preußen auf Anträge und Verhandlungen solcher Art nicht eingehen werde.

Wir lassen den Wortlaut dieser Aktenstücke für sich selbst sprechen.

1867, 6. Mai.

Fürst Hohenlohe an das badische Ministerium.

Nach den traurigen Ereignissen des vorigen Jahres hat die königl. preußische Regierung die Bildung eines Norddeutschen Bundes, wie solche in Art. IV des Prager Friedens vorbehalten

war, mit aller Energie betrieben und steht wohl außer Zweifel, daß der letzte Schritt, der in dieser Hinsicht noch zu tun übrig bleibt, die Einwilligung der Kammern der einzelnen Staaten dieses Bundes zu der zwischen den Regierungen und dem Parlament vereinbarten Verfassung in kürzester Zeit und jedenfalls im Laufe der nächsten Wochen erfolgen wird. Hiermit wird nach Vorschrift des Art. 71 dieser Verfassung und der im August 1866 mit Preußen abgeschlossenen Friedensverträge der Zeitpunkt eingetreten sein, in welchen Preußen eine weitere nationale Verbindung auch mit den südwärts des Maines gelegenen deutschen Staaten anzuknüpfen suchen wird.

Die bayrische Regierung erachtet es als eine heilige Pflicht, sich solchen Verhandlungen nicht zu entziehen, sondern in dieselben mit dem ehrlichen Streben nationaler Einigung einzutreten, welches zu allseits befriedigendem Erfolge nötig ist. Sie glaubt jedoch zugleich schon vor Beginn der Unterhandlungen ihren Standpunkt bei denselben mit aller Bestimmtheit, wenigstens negativ dahin feststellen zu sollen, daß sie einem Bundesvertrage, welcher in der Ausdehnung der vorliegenden Verfassung des Norddeutschen Bundes auf die Südstaaten bestehen würde, ihre Einwilligung zu geben nicht im stande wäre.

Diese Weigerung ist begründet in den Verträgen und namentlich in dem Wortlaute des Art. IV des Prager Friedens, welcher zwischen den Staaten südlich und denen nördlich des Mains bezüglich ihrer Stellung zu Preußen einen wesentlichen Unterschied macht. Diese Weigerung ist gestützt auf die Stimmung der Bevölkerung der südwestdeutschen Staaten, welche in überwiegender Mehrheit neben dem lebhaften Wunsche, das nationale Band mit Norddeutschland wieder und enger zu knüpfen, doch einen weit höheren Grad von Selbständigkeit sich erhalten will, als den nichtpreußischen Staaten des Norddeutschen Bundes gelassen ist.

Diese Weigerung entspricht dem festen Entschlusse Sr. Maj. des Königs m. allergn. Herrn, welcher es als seine Pflicht erkannt hat, die überkommene Selbständigkeit der Krone und des Landes

in wesentlichen — durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes aufgehobenen Rechten zu wahren. Diese Weigerung scheint auch mit den Ansichten der kgl. preuß. Regierung, wie sie solche bei mehrfachen Anlässen und insbesondere in der Thronrede vom 29. April 1867 dargelegt hat, übereinzustimmen.

Wenn die kgl. Regierung hiernach die Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes ablehnen muß, so erachtet sie sich andererseits nicht für befugt, Änderungen dieser Verfassung in Vorschlag zu bringen, muß vielmehr dieselbe als eine feststehende Tatsache anerkennen, welche bei ihren Vorschlägen über Herstellung eines weiteren Bundes in Rechnung zu stellen ist. Durch diese beiden Erwägungen wird der Kreis von Vorschlägen, welche zur Wiederanknüpfung des nationalen Bandes möglich sind, erheblich eingeengt, und muß namentlich auf den Vorschlag eines deutschen Parlaments insolange verzichtet werden, als dem Reichstage des Norddeutschen Bundes die endgültige Feststellung der Gesetze dieses Bundes durch dessen Verfassung zusteht.

Es bleibt hiernach nur die Form des Staatenbundes mit möglichster Obsorge für Wahrung gemeinsamer Interessen, für Ausbildung nationaler Zusammengehörigkeit und für Anbahnung gemeinsamer Gesetzgebung in allen sich hierzu eignenden Angelegenheiten übrig.

Die Wahrung der äußeren Sicherheit ist bereits Gegenstand der im August vorigen Jahres abgeschlossenen Allianzverträge und der im Februar d. J. zu Stuttgart abgeschlossenen Verträge gewesen.

Dies sind die Grundlagen, auf welchen die bayrische Regierung in die Unterhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde einzutreten wünscht. — Die bayrische Regierung weiß jedoch zugleich schon bei diesen Unterhandlungen und in völliger Übereinstimmung mit den übrigen süddeutschen Regierungen vorzuschreiten. So wenig sie bisher eine Initiative zum Abschlusse eines süddeutschen Bundes zu geben sich veranlaßt fand, so sehr

scheint ihr eine vorherige Einigung der südwestdeutschen Staaten über die Basis, auf welcher sie mit dem Norddeutschen Bunde unterhandeln wollen, durch die Natur der Sache, durch das gemeinsame Interesse und durch den Geist der bestehenden Verträge geboten. Bayern erachtet es als der größte der südwestdeutschen Staaten, solche Einigung anzuraten und auf die Gefahr der Zersplitterung hinzuweisen.

Das Streben der bayrischen Regierung, eine Einigung in dieser Richtung zu erzielen, fand bei der kgl. württ. Regierung die gewünschte Aufnahme und ist zwischen beiden Regierungen das in Abschrift beiliegende Übereinkommen zum Abschluß gelangt. Die bayrische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, das gleiche Interesse bei der badischen Regierung zu finden und schlägt derselben den Austausch einer gleichlautenden Konvention vor.

ꝛc. Hohenlohe.

Ministerial-Erklärung
über
gemeinsames Vorgehen Bayerns und Württembergs bei den Unterhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde.

Die Unterzeichneten, durchdrungen von dem hohen Werte gemeinsamen Vorgehens der südwestdeutschen Staaten, insbesondere Bayerns und Württembergs bei den mit dem Norddeutschen Bunde gemäß Art. 71 des Verfassungsentwurfs zu pflegenden Verhandlungen, haben sich mit allerhöchster Genehmigung Ihrer Souveräne über folgende Punkte geeinigt:

I.

Bayern und Württemberg sind bereit, auf Anregung Preußens in Unterhandlungen über Abschluß des im Art. IV des Prager Friedens vorbehaltenen nationalen Bundes mit dem deutschen Norden zu treten.

II.

Der Eintritt in einen gemeinsamen Bund unter Ausdehnung der Verfassung des Norddeutschen Bundes auf die Südstaaten

kann als Basis für diese Verhandlungen nicht anerkannt werden, vielmehr ist der Abschluß eines weiteren Bundes mit dem Norddeutschen Bunde anzustreben.

III.

Für die Verfassung dieses weiteren Bundes sind die Prinzipien der Bundesakte vom 8. Juni 1815 mit dem durch den Austritt Österreichs und die Anforderungen der Zeit gebotenen Änderungen zum Ausgangspunkte zu nehmen.

IV.

Die bayrische Regierung behält sich die Vorlage eines Entwurfes vor, dessen Grundzüge hiermit wie folgt festgestellt werden.

1. Der Bund besteht aus:
   a) dem Norddeutschen Bunde,
   b) Bayern,
   c) Württemberg,
   d) Baden und dann
   e) Südhessen.

2. Zweck des Bundes ist, die nationale Zusammengehörigkeit zu wahren, die Integrität des Bundesgebietes zu erhalten und die Wohlfahrt seiner Bewohner zu fördern. Alle Bundesglieder haben als solche gleiche Rechte. Sie verpflichten sich gleichmäßig die Bundesakten zu halten.

3. Die Angelegenheiten des Bundes werden von einem Bundesrate unter dem Vorsitze Preußens geführt, bei welchem

Preußen 17
Bayern 6

und die übrigen souveränen Fürsten und freien Städte des Bundes die in Art. VI der Bundesakte vom 8. Juni 1815 vorgesehene Stimmenzahl haben.

4. Die Artikel III und IV des Entwurfes der Verfassung des Norddeutschen Bundes werden als Basis der Verhandlungen über Feststellung der gemeinsamen Bundesangelegenheiten anerkannt.

5. Um späteren Schwierigkeiten bei der Gesetzgebung des Bundes vorzubeugen, und mit Rücksicht auf die unter der Herrschaft der früheren Bundesakte gemachten Erfahrungen, soll die Regelung jeder einzelnen dieser gemeinsamen Angelegenheiten, soweit möglich, auf dem Wege des Vertrages als Bundesgrundgesetz erfolgen.

6. Bezüglich der Fortbildung dieser Gesetzgebung ist die Berechtigung nationaler Vertretung am Bunde anzuerkennen, zur Zeit jedoch, und solange das Verhältnis eines erweiterten Bundesparlamentes zu dem Parlament des Norddeutschen Bundes unüberwindliche Schwierigkeiten bieten würde, soll die Gesetzgebung des weiteren Bundes von der Zustimmung, im Süden der Ständekammern, und im Norden des norddeutschen Parlamentes, abhängig sein. Der Bundesrat bereitet die Bundesgesetzgebung vor.

7. Die Exekutive steht im Norden dem Präsidium des Norddeutschen Bundes, im Süden den einzelnen Souveränen zu.

8. Zu dem doppelten Zwecke, die Schwierigkeiten, welche aus den Schlußworten des Art. IV des Prager Friedens für die nationale Entwicklung des weiteren Bundes entstehen könnten, zu beseitigen, und eine Bürgschaft für Erhaltung des europäischen Friedens zu schaffen, ist dem Bundesvertrage die dem Art. 71 des Entwurfes der Verfassung des Norddeutschen Bundes nachgebildete Bestimmung beizufügen, daß eine Alliance des Bundes mit Österreich anzubahnen sei, sofern solche nicht gleichzeitig mit Abschluß des Bundesvertrages zu erreichen ist.

V.

Bezüglich der Militärverhältnisse der süddeutschen Staaten, insbesondere Bayerns und Württembergs zum Norden hat es bei den abgeschlossenen Allianceverträgen und unter den süddeutschen Staaten unter sich, bei den Stuttgarter Beschlüssen vom 5. Februar 1867 sein Bewenden.

VI.

Die Unterhandlungen selbst sollen nach vorheriger Anregung der preußischen Regierung in Form von Ministerkonferenzen in Berlin stattfinden.

VII.

Vorläufige Äußerungen Bayerns und Württembergs in dieser Frage sollen, soweit tunlich, gegen Preußen erst nach vorherigem Einvernehmen erfolgen, jedenfalls aber sofort gegenseitig mitgeteilt werden, und wird als Form für diese Mitteilung direkte Korrespondenz der Unterzeichneten festgesetzt.

VIII.

Bayern übernimmt es, den Anschluß Badens und Hessens zu dieser Punktation womöglich zu vermitteln und bietet Württemberg in dieser Beziehung seine guten Dienste an.

Hierüber Urkunde, welche doppelt gefertigt und in gleichlautenden Exemplaren ausgewechselt wurde.

München, den 6. Mai 1867.

gez. Fürst von Hohenlohe.

Stuttgart, den 6. Mai 1867.

gez. Frhr. von Varnbüler.

Die amtlichen Schriftstücke, welche über die Eröffnungen Bayerns und Württembergs alsbald gewechselt wurden, können naturgemäß nur einen schwachen Einblick in die Gesinnungen gewähren, welche in privaten Äußerungen eingeweihter national denkender Personen sich kundgaben. Zunächst richtete Herr von Freydorf durch den badischen Gesandten eine Anfrage nach Berlin, inwieweit unter gegenwärtigen Verhältnissen Anträge auf einen vollen Anschluß Badens bei der preußischen Regierung Annahme finden würden. Die großherzogliche Regierung widerstrebe nicht, wie die königlich bayrische einem förmlichen Eintritte in den Norddeutschen Bund. Sie sehe hierin die einzige Gewähr der Einheit und Sicherheit Deutschlands. Artikel IV

des Prager Friedens könne für die süddeutschen Regierungen, die ihn weder geschlossen, noch anerkannt haben, nicht bindend sein. Es wird übrigens zugestanden, daß ein weiterer Bund mit allen süddeutschen Staaten, besser ist als der Eintritt einzelner in einen engeren Bund. Die Vorschläge Bayerns und Württembergs aber würden noch nicht einmal die abzuschließenden Militärkonventionen zu garantieren im stande sein.

Über die Unterredungen von Türckheims mit Bismarck infolge der Mitteilungen der badischen Regierung, berichtet nun der badische Gesandte folgendes: 1. Die königliche Regierung lege den Art. IV des Prager Friedens nicht engherzig aus und meine, sich nicht für alle Zukunft gebunden zu haben, sie wünsche aber den Eintritt einzelner Staaten ein für allemal nicht in den Norddeutschen Bund. 2. Vertraulich bemerkte Bismarck, daß Preußen auf die Ideen der bayrisch-württembergischen Konvention nicht eingehen werde. 3. Preußen habe die Schutzverträge durchaus im nationalen Interesse geschlossen; ein ganz neutralisierter Süden wäre ihm eigentlich dienlicher gewesen und hätte ihm bessere Verteidigungsgrenzen gegeben. Er dränge sich nun aber dem Süden durchaus nicht auf. 4. Dennoch wünsche Bismarck, daß Baden sich den bayrisch-württembergischen Vorschlägen gegenüber nicht lediglich verneinend verhalten möchte.

Diesen Mitteilungen entsprechend hatte Bismarck seinem Gesandten in Karlsruhe dem Grafen Flemming eine Note gesendet, welche dem Minister von Freydorf in Abschrift zurückgelassen wurde. Darin war die Versicherung ausgesprochen, daß Preußen die von Bayern und Württemberg gemachten Vorschläge nicht annehmen werde. Dennoch glaubte der Bundeskanzler der badischen Regierung anheim geben zu sollen, die Verhandlungen mit den anderen süddeutschen Staaten fortzusetzen um den Faden, wie es in der Depesche hieß, nicht abreißen zu lassen. Dem Großherzog waren aber diese scheinbaren und wie er glaubte, nutzlosen Verhandlungen wenig angenehm und widersprachen ganz und gar seiner Art und Weise die Geschäfte zu

führen. Infolge dessen hatte die großherzogliche Regierung schon auf die Eröffnungen vom 6. Mai ihren vollen Gegensatz in München zu erkennen gegeben und erhielt dann bereits am 22. eine umfangreiche Erklärung Hohenlohes, in welcher die früheren Vorschläge mehr oder weniger zurückgenommen wurden, wodurch nur zu sehr die Vermutung erregt würde, daß der Fürst, für seine Person von den besten Absichten beseelt, zu München in einer Sackgasse gefangen sei, aus der er sich lediglich durch volle Unterwerfung unter den Willen der bayrischen Partikularisten befreien konnte.

Um die Verwirrung aber zu vollenden, wurde in den diplomatischen Kreisen Münchens in diesem Augenblicke eine Denkschrift verbreitet, in welcher der Vorschlag gemacht wurde, einen ganz selbständigen Süddeutschen Bund unter völkerrechtlich anzuerkennendem Protektorat Preußens zu gründen. Man wies dabei mit dankenswerter Offenheit auf die Analogie des Rheinbundes hin, wobei man mit geschichtlicher Gelehrsamkeit den großen Unterschied zeichnete, der zwischen dem Rheinbund unter Frankreichs Protektorat und einem Südbund unter preußischer Schutzherrschaft staats- und völkerrechtlich bestehen würde. Bei diesen widerspruchsvollen, unklaren und zweideutigen Bestrebungen machte es dann noch sowohl in Berlin, wie in Karlsruhe einen besonders üblen Eindruck, als kurze Zeit nachher zur Kenntnis kam, daß die bayrisch-württembergische Ministerialerklärung vom 6. Mai in Wien vorgelegt und dort gewissermaßen begutachtet worden war. Herr von Beust hatte sich mit seinen preußenfeindlichen Räten die schöne Gelegenheit nicht entgehen lassen, die hochmütigsten Antworten nach allen Seiten hin nicht nur zu geben, sondern auch durch die Presse zu verbreiten. Er hatte dabei wahrscheinlich keinen anderen Zweck, als vor seinen von ihm begründeten cis- und transleithanischen Regierungen, vor den liberalen Parteien der Parlamente in Österreich und Ungarn und insbesondere dem wiedererwachten altösterreichischen Selbstbewußtsein gegenüber als der starke Mann zu erscheinen, der

trotz aller Niederlagen des alten Hausstaats die Zügel einer gerechten Machtverteilung in den europäischen und deutschen Verhältnissen unentwegt in seinen Händen zu halten verstand.

Ganz besonders bedrückt durch diese Veröffentlichung über die Ministerialerklärung vom 6. Mai fühlte sich Herr von Varnbüler in Stuttgart, so daß er sich zu der Erklärung veranlaßt sah, die Mitteilung davon sei ohne sein Vorwissen nach Wien erfolgt. Es war aber für die bayrisch-württembergischen Vorschläge besonders beschämend, daß in denselben auch ein Bündnis mit Österreich vorgesehen war — ganz im Sinne der alten Triasideen — während Beust ein solches mit Rücksicht auf Frankreich und den Prager Frieden lediglich ablehnen zu müssen erklärte; und während in den Blättern die Nachricht verbreitet war, daß die süddeutschen Regierungen den Wunsch einer österreichischen Allianz zur Vorbedingung der nationalen Verbindung mit Norddeutschland gemacht hätten, versicherte der badische Gesandte von Dusch seiner Regierung, daß die ganze Bewegung in den Zeitungen lediglich von den österreichischen Gesandtschaften in Stuttgart und München selbst veranstaltet worden sei. So vollständig ziellos, richtungslos und ohne alle maßgebende Leitung verliefen die Verhandlungen über den Süddeutschen Bund und seine im Prager Frieden vorgesehene nationale Verbindung mit dem Norden, im Laufe des Jahres 1867.

III.

Militärverträge und Zollvereinsangelegenheiten.

So wenig befriedigend die politische Lage Deutschlands sich gestaltet hatte, so sicher und wohlberechnend konnte die preußische Politik in denjenigen Angelegenheiten vorschreiten, in welchen sie auf dem Grunde ihrer früheren und neuestens geschlossenen Verträge fest und unbeugsam zu stehen vermochte. Da es sich gleichzeitig um die Erneuerung der Zollvereinsverträge und um die Anerkennung der Schutz- und Trutzbündnisse durch die süd-

deutschen Kammern handelte, so war Bismarck entschlossen sein langmütiges und nachsichtiges Verfahren gegenüber von Bayern und Württemberg einzuschränken und in diesen Beziehungen mit schärferen Maßnahmen hervorzutreten. Diese Politik trug auch sofort die allerbesten und erfreulichsten Früchte. In späteren Jahren, zur Zeit der Verhandlungen zwischen Bayern und dem Norddeutschen Bund, erinnerte ein Kenner dieser Dinge den Grafen Bismarck in dankbarer Weise an sein energisches Vorgehen in den Zollvereinsangelegenheiten im Jahre 1867 und verwunderte sich, daß er diese Methode nicht dauernder und regelmäßiger verfolgt hätte und Bismarck leugnete nicht, daß Preußens damalige Schroffheit allerdings sehr nützlich gewesen sei, aber er meinte, sie sei nur durch den Umstand gerechtfertigt gewesen, weil sonst der Zollverein dem bayrischen Partikularismus zum Opfer gefallen wäre. Es war in der Tat eine glückliche Stunde, als er sich ganz plötzlich und zur Überraschung und Freude, besonders der badischen Regierung und aller deutsch gesinnten Freunde, entschloß, auf den 3. und 4. Juni Ministerkonferenzen zum Zwecke der Zollvereinsfragen nach Berlin zu berufen. Der Großherzog sprach die erfreuliche Vermutung aus, daß Preußen nach dem glorreichen Abschluß der luxemburgischen Verwicklung den Beweis der Einigkeit Deutschlands wenigstens auf den Gebieten der Handels- und Zollverhältnisse und der militärischen Sicherheit erbringen wolle. Und indem der Bundeskanzler zugleich den großen und glücklichen Gedanken hatte, die gesamte Zollvereinsfrage mit derjenigen der Annahme und Ratifikation der Schutz- und Trutzbündnisse in eine unauflösliche Verbindung zu bringen, setzte er der späteren Gründung des Deutschen Reichs einen Eckstein von unwiderstehlicher Kraft. Die Verhandlungen über diese Gegenstände sind in voller Öffentlichkeit vor sich gegangen, so daß sie als bekannt vorausgesetzt werden können. Bismarck hatte der bayrischen Regierung schon am 17. Mai klipp und klar erklärt, daß die Zollangelegenheiten nicht durch Abstimmungen in acht süddeutschen Kammern, sondern

nur durch ein Zollparlament erledigt werden können und dürfen und daß in jeder anderen Weise die Fortführung des Zollvereins ganz untunlich sein werde. Diese Sprache wurde in den Ministerkonferenzen alsdann verschärft, indem die Beseitigung des liberum veto und aller ähnlichen Vorrechte der Kleinstaaterei aus der Gesetzgebung über Zoll- und Handelssachen als Bedingung des Fortbestandes des Zollvereins erklärt wurde. Hierüber gab es große Entrüstung in München und Stuttgart und Hohenlohe erklärte am 14. Juni Herrn von Mohl, er müsse leider von allen weiteren Konzessionen gegen Preußen Abstand nehmen, wenn er die Zustimmung der Kammern sich nicht ein für allemal verscherzen wollte. Allein es war wunderbar, wie sich die politische Stimmung in Bayern und Württemberg plötzlich veränderte, als man in den praktischen Lebenskreisen, in Handelskammern und industriellen Orten zu der Überzeugung gelangt war, daß Preußen entschlossen sei die Gernegroßstaaten vor die Türe seiner Handelsverbindungen zu setzen. Nichts war bezeichnender für die Richtigkeit des Vorgehens Bismarcks, als daß die Zollvereinsverträge bereits am 8. Juli abgeschlossen wurden. Die Verhandlungen über die Annahme in den Kammern gab zwar Anlaß zu lustigem Ärger, aber nur ohnmächtigem Widerspruch, der sich in Phrasen äußerte, die heute von jedermann belächelt werden. Diese Kammerverhandlungen sind kurz und bündig in von Sybels Begründung des Deutschen Reiches berichtet und brauchen nicht wiederholt zu werden. Nur auf eine Wendung in einer Rede des württembergischen Ministers ist hier ein Streiflicht zu werfen, weil sie den Ausgangspunkt jener wichtigen staatsrechtlichen Frage bildete, die beim Ausbruch des französischen Krieges leicht so verhängnisvoll hätte werden können.

Wie im bayrischen Landtag Worte von der Sklavenkette, die um Bayerns Hals gelegt werde, fielen, oder wie Herr von Lerchenfeld glücklich gepriesen wurde, weil er die Schande seines Vaterlandes nicht mehr erlebt habe, so war auch in Württemberg

von seite der Volkspartei und der Schutzzöllner das Verderben des Landes geschildert worden und der Minister, der die Kammern zur Genehmigung seines Werkes zwingen wollte, wurde als Landesverräter gescholten, der den schwäbischen Stamm zum Vasallen und Sklaven Preußens herabwürdigen wollte. In dieser heute freilich vergessenen Stimmung der süddeutschen Länder war es, wo sich Herr von Varnbüler zu der bedenklichen Behauptung hinreißen ließ, daß der auf die Schutzbündnisse bezügliche Vertrag keine unbedingte Gültigkeit beanspruchen werde, sondern der württembergischen Regierung das Recht stets vorbehalten bleibe, zu entscheiden, ob der casus foederis vorliege oder nicht. In jedem Fall einer Verwicklung werde die Regierung prüfen dürfen, ob dem Norddeutschen Bunde militärische Hilfe zu leisten sei. Merkwürdigerweise behauptete er auch, Bismarck hätte ihn zur Zeit des Luxemburger Handels selbst gefragt, ob Württemberg diesfalls den Vertrag ausführen, oder sich neutral stellen werde, woraus er die Folgerung zog, daß die Schutzverträge in der Tat nur eine bedingte Gültigkeit hätten.

Daß die Franzosen mit Lebhaftigkeit dieser Erklärung sich bemächtigen würden, war vorauszusehen. Die Interpellation, welche der französische Gesandte hierüber sofort an den Fürsten Hohenlohe in München richtete, wurde zwar von Hohenlohe geschickt pariert, in den diplomatischen Kreisen aber hielt man dafür, daß in der Sache auch Bayern das Recht der Prüfung des Bündnisfalles sich ein für allemal vorbehalten hätte.

Schon hatte sich auch Frankreich in einer vorwurfsvollen Depesche nach München gewendet, um gegen die süddeutsch-norddeutschen Verhandlungen zu protestieren. Auf den Antrieb von Beusts hatte sich Moustier nicht lange besonnen in die Verhandlungen über das Zollparlament einzugreifen und in München bewirkte er diesfalls einen großen Schrecken. Hohenlohe beauftragte Herrn von Riedern daher am 5. August dem Minister von Freydorf eine Note vorzulesen, worin schließlich erklärt wurde, daß „die königliche Regierung ihre Befürchtung nicht

unterdrücken könne, daß alle weiteren Verhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten und dem Nordbund bei der der großherzoglichen Regierung bekannten politischen Situation leicht zu ernsten Verwicklungen führen könnten. Er glaubte daher, daß vorläufig dieselben besser zu unterbleiben haben dürften." Im übrigen wurde die Bereitwilligkeit der badischen Regierung anerkannt, die süddeutsch-norddeutschen Verhandlungen in die Wege zu leiten.

Im August war bekannt geworden, daß Napoleon und Kaiser Franz Joseph in Salzburg eine Zusammenkunft haben werden, welche in München große Aufregung hervorbrachte. Am 8. August hatte Ministerialrat von Daxenberger Mohl versichert, König Ludwig werde und müsse auch nach Salzburg gehen. Da diese Absicht aber alsbald scheiterte, so war die Verlegenheit wegen des französischen Besuchs mit jedem Tage schlimmer geworden, bis sich die Situation so weit klärte, daß Napoleon bei der Durchreise durch Süddeutschland von den Fürsten dieser Länder begrüßt und vom König von Bayern in Augsburg empfangen werden sollte. Dennoch hatte die Salzburger Zusammenkunft sehr große Besorgnisse erregt, indem man überzeugt war, daß der Kondolenzbesuch für den unglücklichen Kaiser Max von Mexiko schließlich doch den Charakter eines politischen Kongresses angenommen habe. Schon am 22. August versicherte man Herrn von Mohl, daß es nur deshalb zu einer ernsthaften kriegerischen Allianz in Salzburg nicht gekommen sei, weil Österreichs Finanzen, sein unzweifelhaft bevorstehender Bankrott und seine mangelhafte Rüstung und Wehrverfassung zunächst es zu jeder kriegerischen Politik unfähig machten. Napoleon, der viel zu klug war, um die Lage Österreichs nicht zu durchschauen, hielt es daher für richtiger, die Welt seiner friedlichen und zivilisatorischen Absichten zu versichern und das französische Rundschreiben erklärte, es sei nichts in Salzburg geschehen, was den längst bekannten friedlichen Gesinnungen beider Monarchen widersprochen hätte.

In München aber konnte sich Napoleon bei der Rückfahrt nicht enthalten, dem Fürsten Hohenlohe die hofmeisternde Stellung Frankreichs empfinden zu lassen. Wie der Fürst selbst erzählte, habe der Kaiser geäußert, „er bedauere sehr — je suis faché — daß der Süddeutsche Bund nicht zu stande gekommen sei, ob dies denn nicht noch möglich wäre.“ Fürst Hohenlohe habe aber geantwortet, die Gemeinsamkeit der materiellen Interessen bilde das absolute Hindernis für einen selbständigen Süddeutschen Bund gegenüber von Norddeutschland. Der Kaiser erwiderte: „Sie haben ja den Zollverein.“ Worauf Hohenlohe: „Eben dieser kann neben einem Süddeutschen Bunde nicht bestehen.“ Die Unterredung gab dem Fürsten Hohenlohe die Überzeugung, daß der Kaiser, wie sich der Fürst ausdrückte, „angeklopft habe“. Es bestand auch in den Regierungskreisen die Meinung, daß man in Salzburg sich vereinigt habe, jeder weiteren Entwicklung der deutschen Einheit und allen preußischen Übergriffen in Süddeutschland, wie man dies in Wien und Paris zu nennen pflegte, entgegenzutreten, die bestehenden Vertragsverhältnisse und besonders den Zollverein der Südstaaten mit dem Norddeutschen Bund dagegen nicht anzugreifen. Sicherlich ist es ein gutes und wahres Wort von Sybels, wenn er sagt: die erste amtliche Antwort auf die Salzburger Vorgänge kam deutscherseits von dem trefflichen Großherzog von Baden, der am 5. September die Thronrede bei Eröffnung seines Landtags höchst unbefangen, als wenn die beiden Kaiser nie existiert hätten, mit der Erklärung begann:

„Der Deutsche Bund ist durch den Krieg des vorigen Jahres zerfallen. Die Präliminar- und Friedensverträge zwischen Preußen einerseits und Österreich und den süddeutschen Staaten andererseits haben seine Auflösung rechtlich bestätigt, Preußen an die Spitze des Norddeutschen Bundes gestellt und den süddeutschen Staaten vorbehalten eine nationale Einigung mit diesem Bunde einzugehen. Mein Entschluß steht fest, dieser nationalen Einigung unausgesetzt nachzustreben und gerne werde Ich, und

wird mit mir mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in dieselbe unzertrennlich verbunden sind...."

„Ist auch die Form der nationalen Einigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bund noch nicht gefunden, so sind doch schon bedeutungsvolle Schritte zu diesem Ziele getan." *)

Wie zu erwarten war, machten die Worte des Großherzogs nicht nur in Wien und Paris, sondern auch in Berlin Eindruck. Zwar hatten die beruhigenden Erklärungen über die Salzburger Zusammenkunft, welche eben von Beust und Moustier in Zirkularschreiben veröffentlicht worden waren, jede Möglichkeit zu Einsprüchen der auswärtigen Mächte beseitigt, dennoch glaubte Bismarck vorsichtigerweise seinen Standpunkt in der Frage des Anschlusses auch jetzt wieder betonen zu sollen. In Depeschen an seine süddeutschen Vertreter, in denen er auch seinerseits über die Verhandlungen in Salzburg beruhigend spricht, gibt er doch wieder die ausdrückliche Erklärung ab, daß von seite Preußens keinerlei Druck auf die süddeutschen Staaten ausgeübt werden solle. Was dieselben in Bezug auf die nationale Sache wollten, werde abgewartet und entgegengenommen werden. Das Wesentliche sei durch die Schutz- und Trutzbündnisse und durch den Zollvereinsvertrag nunmehr erreicht. Man war infolge dieser abkühlenden Äußerung Bismarcks in Karlsruhe unsicher, wie die Thronrede des Großherzogs in Berlin werde aufgenommen worden sein. Da war es denn eines der erfreulichsten Zeugnisse der warmen deutschen Gesinnung des Königs Wilhelm selbst, als Bismarck an den Grafen Flemming in Karlsruhe am 15. September 1867 zu berichten hatte, daß er nicht gesäumt hätte, die Thronrede des Großherzogs „sofort zur Kenntnis Seiner Majestät unseres allergnädigsten Herrn zu bringen. Allerhöchstderselbe hat in der warmen und offenen Sprache dieser Rede mit Freuden den Ausdruck der deutschen Gesinnung begrüßt, in welcher Er mit Seinem Durchlauchtigen Schwiegersohn sich

*) Die Worte nach dem Originaltext, bei von Sybel unrichtig mitgeteilt.

begegnet und von welchen auch die großherzogliche Regierung durch die der Ständeversammlung gemachten Vorlagen und das tätige Bestreben nach vermehrter Wehrkraft des Landes und Ausbildung der gemeinsamen deutschen Interessen neue Beweise gegeben hat."

„Seine Majestät der König teilt die von Seiner königlichen Hoheit ausgesprochene Überzeugung, daß durch die abgeschlossenen Bündnisse die erste und dringendste nationale Forderung der Abwehr jedes Angriffs von außen bereits erfüllt sei und daß die in der Befestigung und Reorganisation des Zollvereins für die Entwicklung der nationalen Interessen gegebene Basis dem gesamten wirtschaftlichen Leben aller einzelnen Staaten einen neuen Impuls geben werde."

„Es ist hiermit für das gemeinsame Leben der deutschen Nation eine Grundlage gewonnen, welche, wenn sie in demselben Sinne festgehalten und ausgebaut wird, eine dauernde Beruhigung und Befriedigung des deutschen Volkes in Aussicht stellt."

„Euer Hochgeboren ermächtige ich u. s. w. v. Bismarck."

Es wird hier der geeignete Ort sein, die Stellung des Königs Wilhelm zu den eben beschriebenen Verhandlungen näher zu erörtern, da man seine Haltung in der deutschen Frage teils nicht kennt und teils unterschätzt. Während der Anschluß Süddeutschlands an den Nordbund in diesen Jahren von der berechnenden Diplomatie mit äußerst kühlen, vermöge der europäischen Lage freilich notwendig scheinenden Erwägungen behandelt wurde, waren die nationalen Empfindungen nur um so mächtiger erregt in jenen deutschen Männern, welche die üble Lage der Gegenwart in der geschäftlichen Entwicklung der Dinge täglich und stündlich wahrzunehmen hatten. König Wilhelm war in seiner billigen Denkungsweise und weltkundigen Erfahrung weit entfernt, die Kreise seines großen Ministers zu durchkreuzen, aber in dem Wunsche, die Einheit Deutschlands wiedererrichtet zu sehen, war er vielen Politikern Preußens und Norddeutschlands überhaupt voraus. So fand er sich mit seinem Schwiegersohn

in Baden in voller Übereinstimmung des Urteils und der Hoffnungen. Der Großherzog hatte durch den ihm vertrauten Staatsrat Gelzer mannigfaltige Beziehungen in nicht amtlicher Form am Berliner Hof und in lebendigem Verkehr mit mannigfaltigen Kreisen daselbst zu erhalten vermocht. Im September 1867 schrieb Gelzer an den König mit einem Rückblick auf 1866 und einem Vorausblick auf das noch zu erstrebende vor uns liegende Ziel und sendete ihm seine Schrift „Die Scheidewege der deutschen Zukunft", worauf der König, der in Baden-Baden weilte, antwortete:

„Indem ich Ihnen meinen besten Dank sage für Ihr soeben eröffnetes Schreiben mit seiner Beilage, bedauere ich ungemein, daß ich nicht mehr im stande bin, Sie hier zu sehen und unseren früheren Ideenaustausch auf Grundlage Ihres Briefes und Ihrer Schrift, die ich mit ungemeinem Interesse lesen werde, fortzusetzen. Die Folgen des Jahres 1866 sind 1867 bereits fruchtbringend gewesen und die vorherzusehende Gravitierung des Südens nach dem Norden ist nicht ausgeblieben, aber auch ich bedauere mit Ihnen, daß dem Beispiel Badens nicht anderwärts gefolgt wird. Denn dies würde Preußens Defensivstellung um so rascher verändern lassen. Doch auch diese Zeit wird kommen und gegen solche Nationalitätsprinzipien kann der warme Verteidiger derselben an der Seine denn doch nichts mehr einwenden."

Vielleicht darf man in der Erzählung der Ereignisse etwas vorgreifen, wenn man an diesen schönen Brief des Königs eine Äußerung desselben aus wenig späteren Tagen hinzufügt. Als Staatsrat Gelzer wieder im Einverständnis mit dem Großherzog in Berlin Gelegenheit fand, dem König über die gegenwärtige und zukünftige Lage Deutschlands einen Vortrag zu halten, bemerkte der König, daß er an dem von Gelzer betreffs der herzustellenden Einheit entwickelten Gedankengang das größte Interesse nehme und beauftragte denselben, seine Ansichten schriftlich niederzulegen, um den König in die Lage zu setzen, dieselben weiter zu benutzen. Und bei einer letzten Audienz sagte der König sehr

warm gestimmt zu Gelzer: „Wenn es mir nicht mehr gestattet ist selbst die schwierige Aufgabe zu lösen, die Sie geschildert haben, so wird das dann meinem Sohn vorbehalten sein, dem Sie ja auch nahe stehen und dem Sie wohl auch hiervon gesprochen haben.“

Der König war damals vor allem bemüht gewesen, einerseits in Norddeutschland den neuen Untertanen Preußens die neuen Verhältnisse angenehm und sympatisch zu machen, andererseits den süddeutschen Fürsten durch jegliche Aufmerksamkeit und Freundschaft den Beweis zu liefern, wie ferne seine nationalen Bestrebungen davon entfernt sind, irgend welche Übergriffe Preußens und seiner Dynastie zu suchen. Er hat zum Teil im Gegensatz zu seiner Regierung im August den Frankfurtern und Kurhessen seine landesväterliche Nachsicht in Betreff ihrer finanziellen Verhältnisse zu teil werden lassen und nachdem er am 10. September den ersten norddeutschen Reichstag mit einer Thronrede voll Hoffnung auf den Ausbau der Bundesverfassung eröffnet hatte, beeilte er sich mit den süddeutschen Fürsten in persönliche Beziehung zu treten und mit denselben den innigsten freundschaftlichen Verkehr herzustellen. Er empfing den Großherzog von Hessen in Frankfurt und besuchte ihn in Darmstadt. Er ließ sich vom Großherzog in Karlsruhe in recht auffälliger und im Ausland wohl bemerkter Weise das badische Truppenkontingent vorführen, wobei es nicht an übelwollenden Bemerkungen der österreichischen halb offiziellen Presse fehlte, welche vorgab, der König wolle seine kriegsherrliche Stellung in Norddeutschland nun auch auf Baden ausdehnen. Als er hierauf sich im Oktober auf die Insel Mainau begab, empfing er den Besuch des württembergischen Königspaares und erwiderte denselben in Friedrichshafen, indem er sich nach der Burg Hohenzollern begab und durch alle diese Reisen seine freundschaftlichen Gesinnungen für Süddeutschland zu beweisen suchte. Aber es war nicht so leicht die bayrische Freundschaft wiederzugewinnen und der Versuch auf der Reise durch Bayern eine Zusammenkunft

mit König Ludwig herbeizuführen, hatte die schwerwiegendsten diplomatischen Angelegenheiten hervorgerufen. Denn als Fürst Hohenlohe von der Absicht des Königs unterrichtet wurde, war ihm selbstverständlich die schwierige Mission zugefallen, seinen Herrn in üblicher Weise zu einer Begrüßung zu vermögen. Über den Brief, welchen er in dieser Sache zu schreiben hatte, äußerte eine eingeweihte Person, man sähe daraus nur, in welcher bedauerlichen Lage sich dieser ehrliche Mann befinde. Er mußte am 2. Oktober zunächst an König Wilhelm ein wenig erfreuliches Telegramm richten, in welchem demselben die Burg in Nürnberg zum Absteigequartier angeboten wurde mit der Bemerkung, daß der König von Bayern leider wegen des Oktoberfestes verhindert sei, ihn dort zu begrüßen. Da nun aber freilich der König unter diesen Umständen Bayern auf seiner Reise zu vermeiden genötigt gewesen wäre und der König daher das Anerbieten von Nürnberg ablehnte, so kam hierauf der Vorschlag zu einem Zusammentreffen der beiden Könige in Augsburg zum Vorschein, welches am 6. Oktober wirklich stattfand und wie die Königin Augusta aus Weimar meldete, gut gelungen wäre. Der edle greise König hatte in seinem Wunsch, den bayrischen Verwandten jede Annäherung zu erleichtern, sich über alle Förmlichkeiten hinwegzusetzen verstanden. Aber ein sehr bedeutender Kenner höfischer Gebräuche und Verhältnisse konnte sich in einem Briefe damals in der Tat der Bemerkung nicht enthalten: „Wenn einmal später auf die Bemühungen geblickt werden wird, welche angestrengt wurden, um den jungen Wittelsbacher in Bewegung zu setzen, wird man sich des Lachens nicht enthalten können und doch ist es für die Gegenwart eine verdammt ernste Sache.“

In jenen Tagen, in welchen eben die Vereidigung der Truppen der norddeutschen Kontingente für den König von Preußen stattfand, wo die preußische Marine die Bundesflagge aufzog, die Armee des Norddeutschen Bundes ihre dauernde Einteilung erhalten hatte, der Reichstag das Budget für 1868 aufstellte und die neuen Einrichtungen allenthalben hoffnungsvoll

zur Anerkennung kamen, war es für den König von Preußen besonders bitter, daß die militärische Verbindung mit den süddeutschen Staaten nur sehr geringe Fortschritte gemacht hatte. Zwar waren zwischen Hessen, Baden und Preußen Militärverträge abgeschlossen worden, aber durch diese war der Gegensatz zu Bayern und Württemberg in militärischer Beziehung nur erschwert. Baden nahm das Zündnadelgewehr und das preußische Exerzierreglement recht im Gegensatz zu den süddeutschen Unionsplänen an; und als Württemberg nach endlicher Beseitigung seines preußenfeindlichen Kriegsministers von Hardegg diesem Beispiel folgte, prophezeiten bayrische Stimmen nun einen vollen Zusammenbruch der süddeutschen Bundespläne. König Wilhelm und seine militärische Umgebung vermochten den Schutz- und Trutzbündnissen aber so lange keinen allzugroßen Wert beizulegen, als die kläglichen militärischen Verhältnisse, wie sie sich im Jahre 1866 gezeigt hatten, nicht in Bayern radikal verändert werden würden. Hieraus erklärte sich Wilhelms nationaler Herzenszug zur genüge, eben dem König von Bayern auf alle Weise freundschaftlich entgegenzukommen, zumal als Bismarck auch in München durch die Gesandtschaft in dieser Richtung, freilich sehr erfolglos, auf die höhere Gesellschaft einzuwirken suchte.

Aber in diesen Tagen war die Verwirrung der Hof- und Staatsverhältnisse Bayerns auf den höchsten Gipfel gestiegen. In München hatte in diesem Augenblick, da die Regierung dem Landtage die neuen Zollvereinsverträge und die Gesetzentwürfe über die Wahlen zum Zollparlament vorlegte, alle Welt nur Interesse und Gesprächsstoff für die Heiratsangelegenheit des Königs. Die tollsten Gerüchte waren verbreitet. Nachdem bereits der Tag der Vermählung des Königs mit der Tochter des Herzogs Max auf den 29. November festgesetzt war, gab der Umstand, daß dies ein Freitag war, den Anlaß zu vollständigem Bruch. So lebhaft war die Teilnahme des Münchner Publikums, daß sich ein Diplomat zu der allerdings übertriebenen Äußerung verstieg: der König scheine geschworen zu haben, der Revolution

in die Hände zu arbeiten. Ein anderer erzählte, daß sich der König von seinem Leibarzt habe ein Zeugnis darüber ausstellen lassen, daß er noch nicht heiraten könne und Herr von Mohl berichtete sogar, der König hätte schon vor längerer Zeit von demselben Arzt ein Zeugnis verlangt, daß er regierungsunfähig sei, die Ausstellung dieses Zeugnisses wurde aber verweigert. Das Gerücht gewann dennoch mehr und mehr an Bestand, daß der König die Regierung niederzulegen gedenke. Wie außerordentlich schwierig bei dieser Sachlage die Stellung Hohenlohes war, dessen Berufung ja ausschließlich dem König zu verdanken gewesen ist, zeigte sich in den Verhandlungen der beiden Kammern, wo alles an dem Sturze des Ministers zu arbeiten schien und dieser die Zollvereinsvorlage eben nur durch volle Verläugnung aller sonstigen Sympathien für Preußen durchzusetzen hoffen konnte. Seine große Rede in der zweiten Kammer am 8. Oktober verfehlte nicht, eine ungemein große Bewegung in Nord- und Süddeutschland herbeizuführen, zumal er sich darin auf Äußerungen Bismarcks stützen zu können behauptete, welche Minister von Freydorf in Baden seinerseits wieder nicht unbesprochen lassen zu können meinte. Hohenlohe berief sich auf eine Erklärung der preußischen Regierung, nach welcher diese die Verbindung mit dem Süden keineswegs auf derselben Grundlage verlange, wie jene, auf welcher der Norddeutsche Bund beruhe. Außerdem bezeichnete er für die süddeutschen Staaten internationale Verbindungen, wie mit dem Norddeutschen Bund, so auch mit Österreich, als den einzigen Weg einer geeigneten Politik. Im badischen Landtag erhob sich schon nach wenigen Tagen Herr von Freydorf energisch gegen dieses bayrische Programm und unterließ nicht, außerdem durch seinen Vertreter Bismarck um eine Erklärung über die Äußerungen Hohenlohes zu bitten. Am 14. Oktober berichtete Türckheim über ein merkwürdiges Gespräch mit Bismarck, welches er in später Abendstunde hatte:

1867, Berlin, 14. Oktober.

„Graf Bismarck bemerkte zunächst zu den hervorgehobenen Stellen der Hohenloheschen Rede in Betreff der angeblichen Erklärungen der preuß. Regierung, er habe bis jetzt den Wortlaut dieser Stelle nicht so scharf ins Auge gefaßt; so wie sich Fürst Hohenlohe ausgedrückt, sei eine Erklärung von der kgl. preuß. Regierung niemals abgegeben worden. Der Fürst könne nur Äußerungen im Auge gehabt haben, wie solche das (Bismarcksche) Zirkular vom 7. September namentlich in den letzten Absätzen enthalte und in ähnlichem Sinn habe er sich auch in vertraulichen Mitteilungen durch den kgl. preuß. Gesandten in München aussprechen lassen: Nicht daß Preußen eine innige Verbindung mit dem Süden nicht verlange, noch daß es ausschließlich eines Ausdrucks nationaler Gemeinschaft, verbunden mit der Gewähr gegen eine friedliche Tendenz des Südens gegen den Norden bedürfe, daß dies als letztes Ziel genüge. Im Gegenteile, Preußen wünsche es und betrachte es als die unausbleibliche Entwicklung der thatsächlichen Verhältnisse, daß auch der Süden schließlich in die volle Gemeinschaft des bis jetzt auf Norddeutschland beschränkten Bundes eintrete; aber es sei dieses letzteren Erfolges gewiß ohne zu drängen; es wünsche der Bevölkerung Süddeutschlands alle Freiheit zu lassen, die Annäherung in der von ihr selbst gewünschten Art und Zeitfolge zu suchen, der Norden werde bei jedem aufrichtigen Schritt vorwärts stets die ihm freiwillig dargereichte Hand ergreifen, auf dem mit Sicherheit dahin führenden Wege mit jedem Schritt näher zum Ziele zufrieden sein, bis zu einem weiteren von selbst wieder die Zeit komme. Als eine ganz annehmbare Wartestation aber nicht als Ziel sei der gegenwärtige Stand bezeichnet worden, wo durch die Bündnisverträge die Sicherheit gegen fremde Einmischungen, durch den verbesserten Zollverein die Befriedigung materieller Interessen gesichert erscheint. Diese in dem Zirkular vom 7. September, sowie in hiermit übereinstimmenden vertraulichen Mitteilungen nach München ausgesprochenen Gedanken in der Weise auszulegen,

wie es in der Rede des Fürsten Hohenlohe geschehen, sei keinesfalls gerechtfertigt ...."

Im weiteren Verlaufe der Unterredung mit Herrn von Türkheim bemerkte Bismarck dann aber noch, daß es ihn unangenehm berührt hätte, wie Fürst Hohenlohe von dem Allianzvertrag gesprochen hätte, den er nur nebenher gelten gelassen. Er hätte die verschiedenen Wege, für die sich Bayern zu entscheiden gehabt hätte, beinahe so geschildert, als ob der Bündnisvertrag vom 22. August gar nicht existierte. Dieser letztere sei aber der Boden, auf welchem das gesamte staatsrechtliche Verhältnis beruhe. Nur in Rücksicht darauf, daß dieses feste politische Band bestehe, hätte der Zollverein erneuert und erweitert werden können. Am auffallendsten fand Bismarck, daß Hohenlohe von der Eventualität eines Bündnisses mit Österreich sprach, wonach man glauben könnte, es sei ganz die Sache der souveränen Entschließung Bayerns, einen neuen Bundesvertrag mit dritten Mächten zu schließen. Die Bündnisverträge mit Süddeutschland seien aber die alleinige Voraussetzung für die Zollvereinsinteressen. „Wenn es allenfalls den Kammern in Bayern oder Württemberg einfiele, zwar die Zollvereinsverträge zu genehmigen, aber die Bündnisverträge mit Preußen zu verwerfen, dann würde von dem Norddeutschen Bunde der Zollverein jetzt noch gekündigt werden. Es sei dies noch immer möglich, solange nicht die Zustimmung der süddeutschen Einzelkammern und des norddeutschen Reichstags vorliege. Bismarck wünschte diesen Standpunkt Preußens deutlich bekannt zu machen."

Auch die Frage, ob nach dem Nikolsburger Frieden das ganze oder Teile von Süddeutschland in den Norddeutschen Bund eintreten könnten, wurde in der Unterredung mit Türkheim besprochen. Bismarck nannte dies Doktorfragen, die in den Kammern so wenig wie möglich berührt werden sollten. Der Bundeskanzler versicherte „unter vier Augen", daß er weder sämtlichen wie noch auch einem oder zwei Staaten den Eintritt verwehren könnte, aber jede Isolierung von Bayern würde mehr

Schaden als Nutzen bringen, weil dieses alsdann seinen Anschluß an Österreich und mit diesem auch beim Auslande suchen würde. „Graf Bismarck," schrieb Herr von Türkheim, „hält es für besser, daß auch die übrigen Staaten mit absoluter Festhaltung des Erreichten nur soweit gehen, als sie glaubten, daß Bayern ihnen folgen könne." Nun sei aber ein Anschluß Bayerns und Württembergs an den Norddeutschen Bund nicht wahrscheinlich und deshalb wünsche Bismarck keinerlei Diskussion über eine anzustrebende größere Einheit. In dem Zirkular vom 7. September sei über die Stellung Preußens alles gesagt, deshalb wäre ihm erwünscht, wenn auch in Karlsruhe lediglich auf die Bündnisverträge hingewiesen und die Gefahren für den Zollverein in den Vordergrund gestellt würden für den Fall, daß dieselben in den süddeutschen Kammern verworfen werden sollten."

Wiewohl schon nach der ersten Rede Hohenlohes Herr von Mohl versichern konnte, daß das „Programm" lediglich den Zweck gehabt hätte, die Herren der ersten Kammer zur Annahme des Zollvereins zu bestimmen und außerdem der Fürst jetzt überzeugt sei, seinen König nicht weiter bringen zu können, so sollten sich dennoch die Mißverständnisse noch weiter steigern und zuspitzen. Denn nicht bloß in diplomatischen Kreisen, sondern auch in der Kommission der Kammer behauptete Fürst Hohenlohe, daß Bismarck ihm erklärt habe, das Verlangen Badens nach alsbaldigem Eintritt in den Norddeutschen Bund sei wegen der daraus sich ohne Zweifel ergebenden Gefahren nicht angenommen worden, dann aber auch aus Rücksicht auf Bayern, *welchem man den Vortritt zu lassen wünsche*. Hierüber kam es neuerdings zu Verhandlungen in Berlin, an welchen König Wilhelm selbst einen gewissen Anteil nahm. In den persönlichen Gesprächen, die der König über diese Dinge mit dem Großherzog führte, zeigte sich ganz zweifellos, daß er unbedingt der badischen Auffassung der nationalen Frage sehr nahe stand. Herr von Freydorf konnte daher in einer Depesche an den Gesandten in Berlin die angeblichen Äußerungen Bis-

marcks gegenüber von Hohenlohe mit großer Ruhe erörtern: „Ich verkenne die Bedeutung der bayrischen Stellung zur Sache keineswegs und ich habe selbst die Gründe angeführt, welche dafür sprechen, die bayrische Regierung nicht zu verletzen, zurückzuweisen, abzulenken. Ich verstehe deshalb auch vollkommen, wenn Graf Bismarck die bayrischen Minister in eine angenehme Stimmung zu versetzen strebt, und würde gar nicht es relevieren, wenn dieses selbst scheinbar auf unsere Kosten geschähe, wofern wir nicht geradezu in eine Lage versetzt würden, welche das Gelingen der Einigungsversuche beeinträchtigen könnte." Freydorf wollte es nicht als sicher gelten lassen, ob Graf Bismarck die Äußerung so gethan hat, wie sie Hohenlohe hörte. Er verwahrte sich aber, daß bei seinen Verhandlungen mit Bayern und Württemberg ihm Nebenabsichten unterschoben werden könnten.

Als Bismarck von der Depesche Freydorfs durch den Gesandten unterrichtet wurde, versprach er alsbald befriedigende Antwort nach Karlsruhe durch den Grafen Flemming vermitteln zu können, die Äußerung über die Zurückweisung Badens aus Rücksicht auf Bayern bezeichnete er als einen diplomatischen Klatsch. In der Depesche an Flemming kam er jedoch auf seine Grundanschauung zurück, daß nur die ganzen Südstaaten dem Nordbund angeschlossen werden können, oder gar nichts. Der Süddeutsche Bund wäre daher als Übergang immerhin das Beste gewesen. Freydorf aber erklärte zum Schluß der Diskussion in sehr bestimmter Weise: „Als entschieden irrig kann nur die Auffassung bezeichnet werden, daß die Gründung eines Bundes der süddeutschen Staaten unter sich für die nationale Sache ungefährlich gewesen wäre."

Trotz dieser bestimmten Sprache wäre es aber eine große Täuschung gewesen, wenn man in Baden geglaubt hätte, nunmehr den Südbund begraben zu haben. Das Jahr sollte nicht zu Ende gehen, ohne erneuerte Versuche zu Deutschlands bleibender Zerstückelung. Wieder war es Herr von Beust in Wien, welcher

das scheinbar begrabene Projekt neu zu beleben wußte. Ein neuer Entwurf war in Bayern von dem Ministerialrat von Völderndorf ausgearbeitet und von Hohenlohe gebilligt worden; Mohl nannte denselben ein wunderliches und unklares Projekt und von Freydorf bemerkte, er sei durch die Kenntnis davon im hohen Grade unangenehm überrascht worden. Aus Stuttgart aber wurde berichtet, man hätte daselbst eine volle Abneigung, im Sinne der nationalen Vereinigung weitere Opfer an Geld und Selbständigkeit zu bringen. Nach dem Abschluß des Zollvereins und infolge der Schutzverträge mit Norddeutschland liege kein weiteres nationales Bedürfnis vor. Diesmal aber glaubte Baron Beust einen ungemein klugen Streich zu spielen, indem er mit der Anregung in München gleichzeitig in ganz freundschaftlich gehaltenen Erklärungen Bismarck selbst für den Südbund gewinnen zu können hoffte. Zwar riet der letztere der badischen Regierung wieder und wieder auf die bayrischen Projekte scheinbar einzugehen mit der Tendenz, sie nachher hinauszuschieben, aber die Freunde des Südbundes glaubten um die Wende des Jahres den preußischen Minister nochmals als Kronzeugen für die Vortrefflichkeit nicht nur des Südbundes, sondern auch für die damit in Verbindung gebrachte mittelstaatliche Lieblingsidee der darnach zu gründendenen Trias in Anspruch nehmen zu dürfen. Mit einem Male zeigte sich gerade in den preußenfeindlichsten Kreisen und Blättern eine wahre und aufrichtige Bewunderung für die Einsicht und den Geist Bismarcks. Dieser Mann, hieß es, kennt im Gegensatz zu den deutschen Utopisten und Unionisten die wahren Bedürfnisse des deutschen Volkes und läßt den berechtigten Eigentümlichkeiten der alten Stammesherrlichkeit eine fröhliche Entwicklung offen. Herr von Werthern säumte nicht über diese verworrene Lage und die Machenschaften von Beusts in München in einer äußerst lehrreichen Depesche die preußische Regierung zu unterrichten, welche durch den Grafen Flemming auch dem Minister von Freydorf mitgeteilt wurde:

1868, 3. Januar, München.

„Aus früheren Berichten werden Ew. ... ersehen, wie der Baron Beust, bei seiner letzten Anwesenheit in München, den Gedanken eines Süddbundes wieder aufgenommen und als Mittel der Beschwichtigung Frankreichs und der Erhaltung des Friedens dem Fürsten Hohenlohe nachdrücklich empfohlen hatte. In dem aus dieser Konversation abgeleiteten Ideengange hat der Fürst damals die Ermächtigung S. M. des Königs nachgesucht, vorläufig ganz vertrauliche Schritte in dieser Richtung tun zu dürfen und nachdem er sie erhalten, eine Korrespondenz ganz konfidentieller Natur mit Frh. v. Varnbüler eingeleitet."

„Dieser Korrespondenz war der Entwurf einer Vereinbarung beigeschlossen, und diese Vereinbarung enthielt folgenden Gedanken: Als Organ eines Bundes der „Süddeutschen vereinigten Staaten" sollte eine ständige Gesandtenkonferenz mit wechselndem Vororte eingesetzt werden. Die gemeinsame Tätigkeit würde zunächst auf die Militärangelegenheiten und Bildung einer Militärkommission und dann auf solche Gegenstände gerichtet sein, deren gemeinsame Behandlung wünschenswert und durchführbar erscheine, z. B. Indigenat, Zivil- und Kriminalgesetzgebung, Rechtspflege in oberster Instanz, Münz- und Gewichtssystem, Bank-, Papiergeldwesen, Schutz des geistigen Eigentums u. s. w. Auf ein gemeinsames süddeutsches Parlament wollte sich der Fürst Hohenlohe eben unter keinen Umständen einlassen."

„Diese vertraulichen Mitteilungen hat Frhr. von Varnbüler erst in diesen Tagen beantwortet. Er gibt die Notwendigkeit gemeinsamer Durchführung der militärischen Einrichtungen zu, zweifelt aber, was die übrigen Punkte anbetrifft, daß dieselben Stoff zu einer organischen Einigung der süddeutschen Staaten bieten und daß eine Tätigkeit eines Bundesorgans ohne Mitwirkung gemeinsamer Volksvertretung die öffentliche Meinung befriedigen werde. Wie der Fürst Hohenlohe ist auch er entschiedener Gegner des süddeutschen Parlaments und würde in demselben entweder den Anfang einer süddeutschen Föderativ-

republik oder das Organ jenes nicht unbedeutenden Teiles, welcher die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde als die nächste und wichtigste Aufgabe betrachtet, sehen. Diese Rückäußerung des Br. Varnbüler nahm Fürst Hohenlohe heute wahr, um mich von der Lage dieser Frage in Kenntnis zu setzen und er bemerkte dabei, es liege ihm außerordentlich viel daran, auch den Schein zu vermeiden, als agiere er hinter unserem Rücken. Er wisse sehr wohl, daß jener Gedanke einer Vereinigung der süddeutschen Staaten gar keine Aussicht auf eine politische Ausführung habe, solange man ihn in Berlin nicht unterstütze. Dies habe selbst Herr von Beust anerkannt, der, indem er ihn suppeditierte, in seiner Weise ganz ehrlich und von dem Wunsche geleitet worden sei, die Empfindlichkeit Frankreichs zu schonen. Charakteristisch ist, daß dieser Gedanke zunächst wieder angeregt worden ist durch eine Äußerung des Herzogs von Gramont, der seine Verwunderung (wohl dem Grafen Bray gegenüber) darüber an den Tag legte, daß in Bayern offenbar weit weniger Sympathie für einen Südbund bestehe als z. B. in Württemberg. Es geht hieraus hervor, daß Frankreich und Österreich den Südbund gemeinschaftlich protegieren und ferner, daß Österreich den Einfluß auf denselben zu gewinnen hofft, den es in diesem Augenblick nicht auf einzelne Teile desselben ausüben kann; mit anderen Worten, daß Österreich wieder das Terrain vorbereitet, um wenn es sich reorganisiert und gekräftigt hat, uns unsere Stellung in Deutschland wieder mit den Waffen streitig zu machen. Daß der Klerus, vom Erzbischof bis herab zum Dr. Westermeyer, Pfarrer von St. Petri, der seine Weihnachtspredigt mit den Worten schloß: „das ist der Fortschritt, und den Fortschritt hole der Teufel, Amen," jeden Wechsel in dieser Richtung nährt und nähren wird, solange mit dem patrimonium Petri nicht das Hauptquartier dieser Dunkelmänner gesprengt ist, bedarf keiner Erwähnung. . . ."

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß Bismarck durch die Beustschen Abenteuer in Süddeutschland nicht allzusehr be-

unruhigt worden sein wird, aber aus der scheinbar schwankenden Stellung des preußischen Kabinets erwuchsen allen beteiligten Regierungen und insbesondere der badischen schwere Mißverständnisse und böse von der Presse der demokratischen Partei schnöde benützte Streitigkeiten. Namentlich zwischen Baden und Württemberg wütete ein Zeitungskrieg, in welchen auch die preußische Regierung in unangenehmster Weise verflochten wurde. Die Verwirrung hatte in Deutschland den höchsten Gipfel erstiegen und der Spott, welchen das Ausland in diesem Augenblicke über die „nationale Einigung Deutschlands“ auszugießen in der Lage war, überstieg alle Grenzen. Mit tiefer Beschämung blickte der deutsche Patriot während dieser glücklicherweise kurzdauernden Übergangszeiten auf die augenblickliche Lage und die grundgutmütige Natur des deutschen Staatsbürgers und sein unglaublich schlechtes Gedächtnis haben dafür gesorgt, daß diese traurigen Zeiten heute vollständig vergessen sind.

Drittes Kapitel.

Die souveränen Kleinstaaten und die europäische Politik.

I.

Österreichische und französische Einwirkungen.

Mit dem Beginne des Jahres 1868 war alle Welt zur Überzeugung gekommen, daß an die Ausführbarkeit des Nikolsburger Friedens in Betreff der deutschen Neugestaltung auch nicht entfernt zu denken sei. Wenn von der Gründung des Südbunds auch noch ferner in den diplomatischen Unterhandlungen der Südstaaten einerseits und des norddeutschen Bundeskanzleramtes andererseits die Rede war, so machte dies den Eindruck der bekannten Begegnungen römischer Auguren. Anders faßte aber die auswärtige Diplomatie die Sache auf, indem die Feinde Preußens die zuverlässige Hoffnung hegten, daß an dem Artikel IV des Prager Friedens früher oder später der gemeinsame Krieg gegen das übermächtige Preußen sich entwickeln müßte. So kam es, daß man im Osten und Westen von Deutschland dafür sorgte, die Wunde nicht vernarben zu lassen. Gleichwie der V. Art. über Schleswig und seine nationale Teilung die Franzosen beständig beschäftigte und Moustier eben wieder in Berlin vergebliche Versuche machte, die Frage aufzurollen, so war der Südbund der diplomatische Kampfplatz für den neuen österreichischen

Staatslenker und seine Gesinnungsverwandten in Bayern, Württemberg und Hessen.

Es ist nötig, wenigstens in einem raschen Überblick, an diese äußeren Verhältnisse zu erinnern, weil das ganze Schicksal Süddeutschlands lediglich an diese allgemeine Lage gebunden war und auch Graf Bismarck ohne Zweifel in seinem vielfach widerspruchsvollen Verhalten in der deutschen Frage nur dann richtig verstanden werden konnte, wenn man sich für überzeugt hielt, daß er hinter den kleinen und kleinlichen Aktionen von Ministern und Landtagen keinen Augenblick über das hohe Spiel sich täuschte, welches in den realen Machtfaktoren Europas mit Kühnheit und Ränken aller Art vorbereitet wurde. In den Geschichtsbüchern ist in Beziehung auf den Vorrang, welchen sie bald Frankreich, bald Österreich in diesem Treiben zuschreiben, eine verschiedene Auffassung bemerkbar. Die Einen lassen sich vermöge der späteren Ereignisse in den österreichisch-preußischen Beziehungen und in Folge der seit 1879 angeknüpften Freundschaftsverhältnisse durchaus nicht ausreden, daß Österreich nur ungern den französischen Revanchegelüsten nachgefolgt sei, wie ein verführter Schulknabe, der seinem deutschen Lehrer eigentlich im Herzen nie untreu geworden wäre. Die nachsichtige und langmütige Haltung Bismarcks gegen Österreich und seine früher und später und bis zuletzt immer wiederholten Beteuerungen, stets nur Freundschaft für den Kaiserstaat an der Donau gehabt zu haben, begünstigten die Meinung, daß er auch in diesen schwierigen Jahren, wo jeder Tag eine große Koalition gegen das neue Preußen zu schaffen suchte, von Österreich nichts schlimmes zu fürchten gehabt hätte. Seine kluge Haltung, bei welcher er offiziell jedes Mißtrauen gegen Österreich verläugnete, und sich so zu geben wußte, als wenn man in Preußen von den geheimen Wegen und Stegen der haßerfüllten österreichischen Politik kaum etwas bemerkte, — eine vornehme und sichere Geschäftsführung, die dem großen Staatsmann als selbstverständlich erschien — gibt unsern Geschichtsschreibern eine kindliche Genug-

tuung die damaligen Verhältnisse so optimistisch als nur möglich zu erzählen. Dabei pflegen sie nicht einmal die Zeitungspresse zu beachten, in welcher Bismarck freilich nicht offiziell, aber durch die vom auswärtigen Amt inspirierten Federn zuweilen die schärfsten Warnungen und ernstesten Anklagen gegen Herrn von Beust und seine Helfer aussprechen zu lassen nötig fand. Wie sollte man sich denn auch in Berlin über die Absichten der zeitigen österreichischen Regierungskreise täuschen, nachdem dieselben in herzlicher Teilnahme im Februar die silberne Hochzeit des Königs Georg von Hannover von der im Extrazug angekommenen Welfengesellschaft zu feiern gestatteten, und nachdem König Georg mit dürren Worten bei öffentlichen Festlichkeiten zur Wiederherstellung des Welfenreichs und des Welfenthrons aufgefordert und seine Rückkehr und die baldige Auferstehung des Königsreichs Hannover verkündigt hatte. Und dazu bewilligten die Behörden den öffentlichen Saal des Stadtparks und eine von der bezahlten hannöverschen Presse in Wien gleichzeitig eingeleitete denunziatorische Hetze gegen alle irgend als preußenfreundlich verdächtige Persönlichkeiten, gegen die „Preußenseuchler", wie sich diese Journalistik geschmackvoll ausdrückte, begleitete das Fest des königlichen Hauses. Mit sehr ernsten Versicherungen erklärten die offiziellen Zeitungen daneben, daß die Regierung, wie der Hof, den hannöverschen Umtrieben sich ganz fern gehalten hätten und in Berlin nahm man die Miene an, als glaubte man den Unsinn, welcher von unserer heutigen Geschichtschreibung zuweilen nachgebetet wird. Es wäre hoffnungslos, den ganzen Irrtum auszumerzen, der durch diese Vorstellungen von der europäischen Lage nach 1866 vielfach verbreitet ist. So unaufrichtig aber, wie dies in preußischen Darstellungen geschieht, haben Graf Beust und der Herzog von Gramont in ihren längst veröffentlichten Schriften die wirklichen Stimmungen und Bestrebungen nicht verhüllt. Als bezeichnend für das wahre Verhältnis konnte sich Beust nicht enthalten in seinen Erinnerungen den klaren Wortlaut eines Briefs des

Grafen Wimpffen mitzuteilen, der ohngefähr einen Begriff von den wirklichen Beziehungen zwischen dem damaligen Österreich und Preußen geben kann. Es muß gestattet sein, ihn hier zu wiederholen: „Daß Sie den Grafen Bismarck sehr genieren, steht außer Zweifel, und ich weiß, daß er Sie für seine antiösterreichischen Pläne für gefährlich hält. Dies verdient kaum noch der Erwähnung; zu meinen letzten Zeilen veranlaßt mich aber der Umstand, daß, wie ich ganz bestimmt weiß, vor ungefähr 14 Tagen von Leuten, die reine Kreaturen des Grafen Bismarck sind, hier erzählt wurde, daß die Stellung des Baron Beust beim Kaiser allerdings noch eine feste sei. Dies komme aber nur daher, weil Baron Beust sich seiner Mittel, namentlich auch der Presse bediene, um dem Kaiser die Wahrheit zu verbergen."

Auch die weiteren offenen Berichte des Beustschen Memoirenwerkes geben einen Einblick in die haßerfüllte Atmosphäre zwischen Berlin und Wien. Es würde aber zu weit führen in die Auseinandersetzungen über die damals veröffentlichte Usedom'sche Depesche aus 1866 und vieles andere hier einzugehen. Das Wesentlichste für das Gelingen Beustischer Revanchegedanken lag darin, daß es ihm mit unverkennbarer Geschicklichkeit gelang, die ganze liberale Masse der österreichischen und süddeutschen Kammern zu einem vereinten Angriff auf die preußische Vorherrschaft in Deutschland noch einmal zu veranlassen. Er hatte in Österreich das Ministerium des Fürsten Carlos Auersperg gleichsam nur zu dem Zweck aus lauter bürgerlichen Elementen in Wiederspruch gegen die adligen, geistlichen und Hofkreise zu bilden verstanden, um eine feste Grundlage für seine auswärtige Politik in Süddeutschland zu gewinnen. Den altbewährten Diplomaten bezeichnete es, daß er mit festem Griff, sonst unbekannt mit österreichischen Verhältnissen, die klerikalen Übergriffe zu bekämpfen entschlossen war, um auf diese Weise den Liberalismus der Deutschen Österreichs gegen Preußen mobil zu machen. Er kannte seine Pappenheimer. Die Giskra, Herbst, Brestel mit ihrem

ganzen Reichsratsanhang, waren sofort im Netz des neuen österreichischen Kanzlers eingefangen, so wie sich nur der alte katholische Josephinismus gegen Papst und Konkordat in der Regierung wieder regte. Nun war für diese Kreise Österreich gerettet. Adel und Geistlichkeit, die im Herrenhaus sich gegen die neue konfessionelle, freilich längst notwendige Gesetzgebung wehrten, wurden durch revolutionäre Angriffe zur Nachgiebigkeit gezwungen. War man nur erst aus den Klauen des Pfaffentums erlöst — so dachten diese neuen Politiker — so konnte es nicht fehlen, daß das alte siegreiche Österreich über alle seine Feinde und insbesondere über Preußen wiederum triumphieren werde. Dazu kam die neue Wehrverfassung, von welcher freilich militärische Kenner sagten, daß sie zunächst nur geeignet sein werde, die alte Armee vollends aufzulösen, etwas neues gutes, höchstens doch erst in Dezennien zu schaffen. Aber da die schönsten Einrichtungen der allgemeinen Wehrpflicht, der Neubewaffnung und Armeestärke bereits auf dem Papiere standen, konnte man in und außer Österreich von der Wiedergeburt und Auferstehung des alten Hausstaats großes reden. Wenn sich die offiziellen Vertreter wie der verständige Fürst Metternich in Paris noch bescheiden und zurückhaltend äußerten, so war durch Konsuln und Agenten dafür gesorgt, daß man überall einen gehörigen Schrecken in Nord- und Süddeutschland vor der bevorstehenden großen antipreußischen Allianz verbreitete. War doch selbst Fürst Hohenlohe in München durch seinen Bruder Konstantin von den unerschöpflichen Machtquellen Österreichs so überzeugt worden, daß Herr von Mohl in seinen Berichten sich nicht oft genug wundern konnte, wie wenig scharf der Minister die bayerisch-österreichischen Bundespläne bekämpfte. In Leipzig nahm Konsul Grüner einen so weitgehenden Einfluß namentlich auf den Handelsteil der sächsischen Blätter, daß man in Kreisen der Finanzen und des Militärs in Sachsen oft die Meinung hörte, der gegenwärtige Zustand von Deutschland sei eben etwas ganz vorübergehendes und unhaltbares und dennoch stand dieser erneuerte frischüber-

tünchte alte Hausstaat auf tönernen Füßen. Schon hatte Beust, den der Kaiser auch zum Grafen erhob, in dem Grafen Andrassy, Ungarns Ministerpräsidenten den Rivalen erkennen können, welcher ihn einst stürzen wird. Die ungarische Nation und Aristokratie, ausgerüstet mit den scharfen politischen Instinkten einer durch Bildung wenig gestörten praktischen Tatkraft, dachte nicht im entferntesten an auswärtige Angelegenheiten und an das, was der „Schwab", wie man die Deutschen in dem alten deutschen jetzt Budapest genannten Ofen und Pest mit erneuerter Vorliebe nannte, in seinen kleinen und großen Vaterländern macht und anstrebt. Das neue Ungarn, das königliche Reich der Stephanskrone, wollte vor allem seinen König krönen und dessen Krönungseid festsetzen für alle Zukunft. Man nahm zwar auch in Ungarn das neue Wehrgesetz in Kauf, aber man hatte das stolze Bewußtsein, daß in der zu gründenden Honvedarmee der Kern einer ungarischen, nicht einer österreichischen Heeresmacht stecken werde. Der Gebrauch der neugebildeten politisch geteilten Armee hing verfassungsmäßig fürs erste von dem ungarischen Ministerium ab, ja es war staatsrechtlich nach dem wiederaufgelebten Corpus juris hungarici nicht zweifelhaft, daß der König, solange er nicht gekrönt war, durchaus nicht die Befugnis hatte, diese ungarische Armee zu mobilisieren. Glücklicherweise für den Grafen Beust und seine überkühnen Versuche war man über den Stand des ungarischen Staatsrechts in Deutschland so wenig unterrichtet, daß die Drohungen seiner Zeitungsschreiber mit kriegerischen Bündnissen im Falle der Überbrückung des Mains Gläubige genug zu finden vermochten. Daß aber der große Staatsmann Preußens selbst zu diesen gehört hätte, ist eine jener Legenden, die jede richtige Auffassung der gesamten politischen Lage von vornherein verdirbt. Bismarck wußte ganz genau, wie es in Österreich eigentlich stand. Es waren ihm die allerbesten Berichte von Personen bekannt geworden, welche in Wien damals lebten und die den ganzen Schwindel der Beustschen Großmachtspolitik auf das genaueste kannten und nach

Berlin berichteten. Lothar Bucher hatte jederzeit Gelegenheit, die konfidentiellsten Berichte von Wien zu erhalten und das Preßbureau war unermüdlich tätig, die Wahrheit über die Verhältnisse zu erforschen. Wenn man das Archiv des preußischen Generalstabs einst benützen wird, so dürfte wohl kein Zweifel bleiben, daß das neue Österreich des Grafen Beust weder dem größten Staatsmanne, noch dem größten Feldherrn des neunzehnten Jahrhunderts in den Jahren 1868—70 große Sorgen bereiten konnte. Vielmehr waren sich diese Österreicher ihrer wirklichen Schwäche trotz des bramarbasierenden und renommierenden Geschreies von der Auferstehung des Kaiserstaates so sehr bewußt, daß sie Bismarck zuweilen beschuldigten, daß er es sei, der an der völligen Vernichtung Österreichs fortwährend arbeite. Es war ein lustspielartiges Hin- und Herschieben von Drohungen und Befürchtungen, bei welchem nur das eine sicher war, daß Österreich in diesen Jahren zu jeder kriegerischen Tat unfähig gewesen wäre. Für die Stellung, welche der größere Teil der besser gestellten Gesellschaft dem neuen Wehrsystem und der allgemeinen Wehrpflicht gegenüber einnahm, ist das folgende bezeichnend. Nach außen hin wurde die Einführung desselben als ein Beweis gefeiert, wie die österreichischen Völker Preußen keinen Augenblick nachstehen, für ihren Kriegsherrn das Leben zu geben, da die allgemeine Wehrpflicht mit solcher Begeisterung im Reichsrat angenommen wurde. Aber hinter einigen Übergangsbestimmungen verbarg sich die wahre Meinung. Einige Zeit hindurch sollte es noch gestattet sein, durch Loskauf den jungen Österreichern den unbeliebten Dienst zu sparen. Aber man durfte die Loskaufssumme auch schon für diejenigen Militärpflichtigen bezahlen, welche noch in der Wiege lagen und sich um Lebens- und Sterbenswillen versichern wollten, nie die Waffen für das teuere Vaterland ergreifen zu müssen. Da geschah das unerhörte, daß Millionen von Loskaufssummen dem Militärfiskus zufielen, der sich ungemein klug und geschickt vorkam, eine so treffliche finanzielle Operation gemacht zu haben. Das war eines von

den Stimmungsbildern, welche die allgemeine Wehrpflicht in Österreich begleiteten und die dem preußischen Generalstab gezeigt haben dürften, daß die Neigung gegen Preußen zu kämpfen seit 1866 bei den Österreichern sehr abgekühlt war.

Wenn in den souveränen deutschen Südstaaten von diesen Tatsachen wenig beachtet worden sein mag und man kühn behauptete, die Verletzung des Artikels IV des Prager Friedens werde sofort den strafenden Arm des wiedererstarkten Österreichs in Bewegung setzen, so mochte man vielleicht in diesen Kleinstaatskreisen dergleichen wirklich glauben; wenn Bismarck dagegen, wie sich zeigen wird, jede Überbrückung des Mains zunächst verhinderte, so hatte er selbstverständlich andere Gründe, und in erster Linie darf man wohl vermuten, er habe es einfach für Pflicht einer rechtschaffenen Großmachtspolitik des neuen Bundes gehalten, eine Vertragstreue zu bekunden, die zwar nicht angenehm, aber vermöge des nun einmal abgeschlossenen Nikolsburger und Prager Friedens unvermeidlich war.

Militärisch betrachtet kam gewiß nur Frankreich für den Bundeskanzler und die preußische Armee in Betracht. An dem Marschall Niel hatte Napoleon einen trefflichen Kriegsminister gefunden, der mit großer Schnelligkeit und bestem Erfolg, die neue Bewaffnung des Heeres durchgeführt hatte, und daran ging, durch ein neues Wehrgesetz in einigen Jahren die französische Feldarmee auf eine Stärke von 800000 Mann zu bringen. Aber die Opposition der Kammer sorgte auch hier dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wuchsen und der Minister Rouher, so gut wie der französische Bourgeois waren eigentlich jeder militärischen Belastung und Anstrengung von ganzem Herzen Feind. Wenn man sich in Pariser Salons erzählte, Marschall Niel habe zu der Zeit, als er öffentlich die Schlagfertigkeit der französischen Armee mit großen Worten versicherte, gleichzeitig dem Kaiser erklärt, daß er nicht mehr als 300000 Mann ins Feld stellen könnte, so müßte man es für ein Wunder betrachten, wenn Bismarck die wahre Sachlage nicht ebenfalls

genau gekannt hätte. Die Wahrheit war, daß Napoleon sich von Niel überzeugen lassen mußte, daß er ohne Bündnisse, oder wenigstens den Schein von Bündnissen überhaupt sehr bald nicht nur im Feld, sondern auch am grünen Tisch dem gewaltigen deutschen Staatsmanne gegenüber zum Schweigen verurteilt sein werde. Deshalb bemühte er sich, das liebe alte Österreich, das er von Herzen geringschätzte, und den ihm gar wohl bekannten vielgeschäftigen sächsischen Restaurateur in der Wiener Staatskanzlei als treue Verbündete auszuspielen. Dabei konnte man doch nicht annehmen, daß dem für seine Dynastie besorgten Kaiser die kleinlichen Angelegenheiten von Bayern und Württemberg und die großdeutschen Rückständigkeiten der Wiener Hofräte ernstlich so am Herzen gelegen hätten, um etwas dafür wagen. Am Hofe von Karlsruhe fand man nach gewichtigen Zeugnissen eine solche Voraussetzung für unbegreiflich. Und wahrlich waren dessen Verbindungen in dieser Beziehung durchaus nicht zu verachten, und wenn die badische Regierung bei ihrem Drängen nach Aufnahme in den Norddeutschen Bund sich durch die vorgeblichen Drohungen Frankreichs wenig schrecken ließ, so wußte sie ganz genau, daß das persönliche Interesse Napoleons für die Erhaltung der in Europa gernegroßen Kleinstaatssouveränitäten ein sehr geringes war. In diesem Punkte konnte man ihm seinen Charakter als Realpolitiker nicht gut absprechen, so viel träumerisches man ihm auch sonst zum Vorwurf machen mochte.

In der Tat hatte Frankreich in jener Zeit auch viel größere Sorgen und für die allgemeine europäische Lage wichtigere Schwierigkeiten zu überwinden. Die römische Frage, der Kriegszug Garibaldis gegen Rom, die Wiederbesetzung des Kirchenstaats durch die französischen Truppen, Mentana und die Niederlage des Ministeriums Ratazzi, die Demütigung Viktor Emanuels und auf der anderen Seite des Weltteils die rumänischen und orientalischen Angelegenheiten, die ernsten Zerwürfnisse zwischen Ungarn und dem Fürsten Karl, die immer deutlicher hervortretenden Absichten Rußlands, die beschwerlichen Bestimmungen

des Pariser Friedens wieder los zu werden, — von allen diesen ernsten Verwicklungen war man in den Tuillerien tiefer beunruhigt als von irgend einem Ereignis seit dem Frieden von Villafranca. Und zu alle dem nun gar die Revolution in Spanien. Als die Königin Isabella am 30. September 1868 enttront auf ihrer Flucht die französische Grenze überschritt, war ein Moment gekommen, wo man der französischen Armee eine Beschäftigung auf ganz anderen Schauplätzen vorher sagen zu sollen glaubte, als in Deutschland. Der Kaiser hatte ja die königliche Familie in Biarritz mit der Kaiserin begrüßt und ihr das Schloß in Pau gastfreundlich eingeräumt. Sollte er einer republikanischen Entwicklung ruhig zusehen und warten bis die revolutionären Wogen nach Frankreich übersprungen waren?

Es kann hier nur insofern von dieser allgemeinen Lage gesprochen werden, als sich daraus ein Bild ergibt, welches in unserer Geschichtsliteratur meistens zu wenig sichtbar gemacht wird, oder ganz unbeschrieben bleibt. Wenn das neue Deutschland nicht Lust hatte in diesen allgemeinen Fragen scharfe Stellung einzunehmen, was Bismarck in weiser Zurückhaltung naturgemäß vermied, so durfte man sich um 1868—69 in einem glücklich gesicherten Friedenszustand betrachten. Allerdings wußte ja der Pariser Chauvinismus in Zeitungsartikeln und Kammerreden die künstliche Aufregung gegen Preußen und seinen gewaltigen Minister stets wach zu erhalten, und allmählich entwickelte sich die töricht genährte Vorstellung, als steckte hinter der ganzen spanischen Bewegung wieder niemand anderer, als Bismarck. Daß aber irgend ein maßgebender französischer Diplomat diese Meinung teilte, hiefür hat noch niemand einen leisesten Beweis beigebracht. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, daß die Verdächtigungen Bismarcks und der preußischen Politik lediglich durch bezahlte Federn verbreitet wurden. Wahrscheinlich würde man im französischen Gesandtschaftsarchiv in Wien und in den hannöverschen Kassarechnungen von Hitzing die Aufklärung für diese journalistischen Tollheiten gefunden

haben. Bemerkenswert war jedenfalls, daß die von der bekannten Wiener Bank unterstützte Presse der österreichischen Hauptstadt den einzigen Chor für die Anklagen der Franzosen gegen Preußen bildete. Die olympische Ruhe, die der große Kanzler dem gegenüber bei jeder Gelegenheit, wo er die auswärtige Lage im Reichstag besprach, in unvergänglichen Worten an den Tag legte, war keine gemachte, sie entsprach vollkommen der wirklichen Lage Europas. Das Bewußtsein des neuen norddeutschen Staates, niemandem Unrecht tun und angreifen zu wollen, ging Hand in Hand mit der glücklichen Überzeugung, daß die Zeiten vorüber sind, wo das von Preußen geführte Deutschland den Fremden gegenüber sich zu drücken oder gar zu demütigen nötig hätte. Aber daß man sich in Berlin nunmehr in irgend einer Handlung betreffs der deutschen Frage durch Rücksichten auf Frankreich leiten zu lassen brauchte, oder tatsächlich leiten ließ, gehört in das Reich diplomatischer Fabeln, an welchen die Geschäftsführung Bismarcks so außerordentlich reich gewesen ist.

II.

Die souveränen Kleinstaaten.

In den großen Bewegungen der europäischen Politik hatten die süddeutschen Staaten keine erfreuliche Rolle spielen können. In der beständigen Täuschung begriffen, als wäre es eigentlich die Stellung von Bayern, durch welche Krieg und Frieden in Europa herbeigeführt werden würde, bildete die Sysiphusarbeit des Fürsten Hohenlohe am Hofe und in den Kammern von München einen Gegenstand, welcher seit dem Anfang des Jahres 1868 nur noch schwer mit dem Ernst politischer Verhandlungen verträglich schien. Der grundehrliche, aber mit immer steigenden Schwierigkeiten kämpfende Fürst fing an zu Mitteln greifen zu müssen, welche für seine besten Freunde nahezu kränkend geworden waren. Der Großherzog von Baden glaubte sich schon seit Mitte 1868 in seinen Briefen schmerzlich darüber beklagen zu sollen, daß

Hohenlohe leider sich Baden gegenüber nicht aufrichtig benehme. Besonders waren es die militärischen Angelegenheiten, bei welchen Bayern durch Bildung einer aus Vertretern der süddeutschen Regierungen bestehenden ständigen Militärkommission, dahin zu wirken suchte, daß der badischen Regierung die vollständige Durchführung einer Militärkonvention im Sinne des Anschlusses an die preußische Armee ganz unmöglich gemacht werden sollte. Der Großherzog hatte erfahren, daß am 4. Mai Hohenlohe mit Varnbüler in Berlin eine Punktation vereinbarte, welche vor den badischen Ministern geheim gehalten wurde. „Nun will er uns veranlassen die Sache pure anzunehmen und eine Militärkommission als ständige Institution mit großen Befugnissen über die Festungen schon bis 15. Juli nicht nur zu berufen, sondern definitiv einzusetzen. Wir werden diese Eile ablehnen, und die Sache dilatorisch behandeln; zunächst wollen wir die Anschauung der preußischen Regierung zu erfahren suchen, um nicht irgend einen Schritt zu tun bei dem Preußen uns wiederum im Stiche lassen sollte ... Die preußische Regierung ist von dem Projekt unterrichtet, doch werden wir wohl noch manche Einzelheiten durch Flemming mitteilen, welche nicht bekannt sein können."

„Mir macht diese Sache viel Sorge, denn ich betrachte sie als den Anfang zur Bildung eines Südbunds, oder zur Befestigung der Mainlinie, ferner aber fürchte ich, daß Graf Bismarck eine solche militärische Verbindung der süddeutschen Staaten begünstigt, denn in dem neuen Projekt ist von Hessen nicht mehr die Rede, sondern nur von den drei verstoßenen Stiefkindern, denen Bismarck im Prager Frieden eine so schlechte Lage angewiesen hat.... Es mag sein, daß man sich 1866 nicht mehr zu unternehmen getraute, aber das schließt nicht aus, daß man es dann auch offen bekennt, man wolle die Einigung des ganzen, oder man wolle sie nicht. Will man weiter gehen, so muß man doch wenigstens den Mut haben, den deutschen Gegnern sowohl, als den Fremden ganz bestimmt zu sagen, daß ihr Treiben erfolglos bleiben wird, da die Einigung trotz ihres

Wiederstrebens nicht nur erforderlich sei, sondern auch zu stande kommen müsse und werde. Eine solche bestimmte Sprache würde die Unentschlossenen zum Entschluß bringen, den deutschen Gegnern imponieren und den Fremden die Möglichkeit nehmen von Hypothesen zu reden und Befürchtungen auszusprechen, welche viel schlimmer aussehen, solange man mit dem Unbestimmten zu tun hat als mit einer feststehenden Tatsache, von welcher nur fraglich ist, wann sie ins Leben tritt. Dann wäre auch der jetzige unerquickliche Zustand des deutschen Südens etwas leichter zu ertragen, denn man könnte doch mit einer bestimmten Aussicht rechnen und jedermann würde erkennen, daß die politische Frage von der Lage der europäischen Verhältnisse abhängig ist und sein muß. Die jetzige Ungewißheit ist ebenso unhaltbar, als unerträglich. Die geharnischten Zeitungsartikel der Nordd. Allg. und Kreuzzeitung gegen Südbundsprojekte und gegen sonstige Parteiunternehmungen bleiben nach und nach ganz wirkungslos, denn man sagt sich — die inspirierten Zeitungen haben schon oft die Tonart gewechselt und daher fehlt das Vertrauen zu solchen Aussprüchen. Warum hat die preußische Regierung das Zollparlament nicht zu deutlichem Ausspruch benutzt, sondern nur die Defensive in der nationalen Frage ergriffen. Hat man seinerzeit Hannover und Hessen gefragt?... Sind es denn nur Parteien, mit denen wir zu tun haben, oder gibt es noch höhere Interessen, für die man sein Leben und Wirken einsetzt!"

Wo es sich um militärische Angelegenheiten handelte zögerte König Wilhelm in der Regel niemals sein ganzes Interesse dafür einzusetzen. Indem er nun die Bestrebungen Badens, seine Militärangelegenheiten ganz im Anschluß an die preußische Armee zu bewirken, seit Jahren gefördert hatte und durch den Übertritt des Generals von Beyer und dessen Ernennung zum badischen Kriegsminister die Angelegenheiten in die besten Wege geleitet zu sein schienen, so machte es einen großen Eindruck auf den König, als durch die neuen süddeutschen Militärkonferenzen

alles wieder in Frage gestellt wurde. General Beyer berichtete, daß ihm der König schon früher versichert hätte, wie er nur mit Wiederstreben Baden habe empfehlen können, sich an den Verhandlungen über diese Dinge zu beteiligen. „Es gebe ihm dies die Empfindung, die badische Regierung in wichtigsten Momenten immer wieder im Stiche zu lassen.“ Andererseits glaubte der König aber doch nicht, in dieser Angelegenheit den bestimmt ausgesprochenen Rat Bismarcks kreuzen zu dürfen. Dieser aber ließ dem Großherzog persönlich durch General von Beyer den Rat erteilen, wie es in einem Briefe des Großherzogs heißt: „Zu ratifizieren, sich aber nach Umständen nicht daran zu kehren; es gäbe ja immer Mittel, sich eine Hintertür zu verschaffen. Beyer richtete dies kopfschüttelnd aber ehrlich aus. ..“

Glücklicherweise hatte die im September zusammengetretene Militärkonferenz in München die allergeringfügigsten Ergebnisse. Die Kriegsminister von Wagner und von Beyer verlangten Instruktionseinholung, worauf sich die Kommission vertagte. Schließlich wurde am 10. Oktober lediglich ein Vertrag über Niedersetzung einer süddeutschen Festungskommission abgeschlossen. Im übrigen blieb die Kriegshoheit für jeden der Souveräne sorgfältig gewahrt und es blieb auch jedem der Südstaaten, man möchte unter diesen Umständen sagen glücklicherweise anheim gegeben, seine Militärverhältnisse selbständig zu ordnen. Die Natur der militärischen Dinge brachte es aber mit sich, daß auch in Württemberg und Bayern die Offiziere eine viel richtigere Anschauung von Preußens Bedeutung hatten und Generale, wie von Suckow und von Pranckh, von denen der erstere endlich die Leitung des württembergischen, der letztere die des bayrischen Kriegsministeriums erhalten hatte, innerlich besser überzeugt waren von den nationalen Bedürfnissen, als die Minister und Politiker ihrer Staaten. So hatte man ja selbst in Bayern bei der Einteilung der Armee sich gewissermaßen den preußischen Verhältnissen angepaßt und Ende 1868 ging das Ersatzgeschäft nach dem

neuen Wehrgesetz auch dort in bester Ordnung und Ruhe vor sich. Die Militärkonferenzen aber zwischen den Südstaaten hatten es zu einer Liquidation des Festungseigentums zwischen Bayern, Württemberg und Baden gebracht, worüber am 6. November die Ratifikationen der Verträge ausgetauscht werden konnten. Ein heiterer Zwischenfall hatte sich aber auch hier ergeben, indem Herr von Beust auch diese Gelegenheit sich nicht entgehen ließ, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen und Ansprüche Österreichs auf das Eigentum der süddeutschen Festungen in schärfster Weise geltend zu machen. Hier aber wollte nun Bayern beweisen, daß es auch seinerseits eine starke Politik verfolgen könne und es wies die Forderungen der östlichen Großmacht mit Entschiedenheit zurück.

Daneben glaubte Fürst Hohenlohe indessen immer wieder dem Drängen Österreichs und seines vorgeschobenen Schützers an der Seine nachgeben und die Fahne des Süddeutschen Bundes von Zeit zu Zeit von neuem entfalten zu müssen. Nachdem das Völderndorffsche Projekt gefallen war, verlangte der König von Bayern die Vorlage eines neuen Planes. Schließlich waren eigentlich nur zwei Vorschläge ernstlich gemeint und von dem König genehmigt: die eben besprochene glücklich gescheiterte Militärkommission und dann die eben so neue als bescheidene Absicht einer ständigen Gesandtenkonferenz, welche in München gleichsam als Zwillingsbruder des norddeutschen Bundesrats tagen sollte. Es lohnt sich kaum auf die Einzelheiten dieses Planes einzugehen, da die Nutzlosigkeit eines solchen dauernden Gesandtschaftsrates, bei welchem Preußen mit vier süddeutschen Regierungen gleichberechtigt erschienen wäre, gar zu deutlich hervortrat. Auch die hessische Regierung war im Juni wiederum mit neuen Vorschlägen aufgetreten, worüber dann in Berlin Graf Wimpffen besorgte Depeschen an seinen Minister nach Wien schreiben mußte, als wäre jetzt selbst Herr von Dalwigk zu den gefährlichen Feinden des berühmten Artikels IV übergegangen.

Die Ratlosigkeit in den oberen Kreisen, die Hoffnungs-

losigkeit in den untern war durch Diplomatenversammlung so wenig, wie durch Resolutionen aller Arten auf Parteitagen zu bannen und zu verhehlen. Über die Lage in Bayern herrschte zwischen den beiden Gesandten von Preußen und von Baden die vollste Übereinstimmung und man kann aus den Depeschen Herrn von Mohls genau entnehmen, was Herr von Werthern nach Berlin berichtet haben mag, auch wenn man nicht vom Inhalt seiner Berichte Kenntnis nehmen konnte. Herr von Werthern nahm in München eine viel schärfere Stellung gegenüber dem partikularistischen Treiben der Parteien ein als Herr von Mohl und suchte auf alle Weise den Bundeskanzler zu energischen Schritten aufzumuntern. Als gegen Ende des Jahres 1868 endlich doch eine gewisse Verstimmung zwischen Berlin und München Platz gegriffen hatte, sprach man etwas voreilig in diplomatischen Kreisen von einer Aufkündigung des Schutzvertrags von Preußens Seite. „Herr von Werthern sagte darüber, es sei keine Rede davon mit einer solchen Aufkündigung zu drohen, allein er sehe auch nicht ein, was man dabei verlieren würde, wenn es geschehen sollte. Verlassen könne man sich doch nicht auf diese Leute und man würde ihnen nur einen Gefallen tun, wenn man sie frei ließe, dann würden sie bald sehen, wie sie eigentlich stehen. Werthern bemerkte, auch der Ärger ist hauptsächlich in den Militärkreisen, besonders über den Kriegsminister wegen seines Verhältnisses zu dem preußischen Militärbevollmächtigten. Es wäre das Beste man ließe die Leute laufen."

So ablehnend verhielten sich die entscheidenden Kreise in Berlin doch nicht. Als der Kronprinz im Frühjahr 1868 München besuchte, sprach er sich nach Hohenlohes Versicherungen sehr befriedigt über seine Unterredungen mit König Ludwig aus. Da eben damals der französische Botschafter in Wien den Grafen Beust durch viel besprochene Brandreden über einen bald zu erwartenden Krieg erfreute, so glaubte man in Berlin einige Zeit versichert sein zu können, daß König Ludwig wacker für die deutsche Sache einstehen würde. Nur zu bald freilich trat

wieder eine Epoche ein, wo der König in gänzlicher Zurückgezogenheit lebte und Gegenstand der tollsten Gerüchte und Erzählungen geworden war. Einen erfreulichen Eindruck machte aber sein ablehnendes Verhalten gegenüber dem Prinzen Napoleon, bei dessen Besuch von München, dem auch der Umstand zur Seite stand, daß er das kronprinzliche Paar von Italien ebenfalls gänzlich ignorierte. Kaiser Napoleon mußte doch wohl aus diesem schwankenden Verhalten des Königs die Lehre ziehen, daß er im Falle eines Krieges doch weniger auf ihn zu rechnen im stande sein werde, als das von den Ultramontanen und Demokraten Süddeutschlands so gehaßte Preußen.

Im August war ein Ereignis eingetreten, welchem diese Parteien eine ungemein große, heute freilich leicht zu belächelnde Bedeutung beilegten. In Wien fand das dritte deutsche Bundesschießen statt und endete mit einer tollen Verbrüderung aller Gegner Preußens in Süddeutschland und Österreich. „Wiedervereinigung" war das große Stichwort, welches tagelang zu einer gewaltigen Erhitzung der Gemüter führte. „Es ist eine furchtbare Tat, schrie der Abgeordnete Kuranda, welche im Jahre 1866 in Bezug auf Deutschland und Österreich stattgefunden hat." ... „Ein solcher Vorgang, ein solches Ereignis ist unerhört in der deutschen Geschichte." Er sprach von den furchtbaren Folgen und dem Undank, welche die deutsche Zivilisation erfahren hätte. Er wollte wieder eine Brücke geschlagen sehen. Er empfahl das liberale Österreich den deutschen Brüdern. Es war, als ob das Jahr 1866 eine neue Auflage erleben sollte. Das Schlimmste freilich kam noch, indem die Minister Cisleithaniens nicht nur, sondern auch der Reichskanzler Graf Beust an den Schützenfestlichkeiten teilnahmen und selbst durch ihre Reden glänzten. Was Dr. Giskra hierbei leistete, erinnerte in Überschwenglichkeit und Fortschrittsdurst an seine einstigen Reden bei den Volksversammlungen in Frankfurt am Main in 1848. Beust suchte zwar etwas diplomatisches Wasser in den Schützenwein zu mischen, aber seine volle Abneigung gegen alle Ergeb-

nisse des Jahres 1866 ließ er doch keinen Augenblick verkennen, wenn er auch von Frieden und Versöhnung sprach. Die Ungarn aber ließen sich nicht täuschen und protestierten heftig gegen die in Wien verkündigte Wiedervereinigung von Österreich mit Deutschland.

Es war nun wohl nicht möglich, diese Wiener Vorgänge in Berlin gänzlich zu übersehen; die Stellung der beiden Mächte zueinander begann allmählich so gereizt zu werden, daß die bayrische Politik nach beiden Seiten hin schwierig und undankbar verlief. Hohenlohe sah mehr und mehr ein, daß seine vermittelnde Tätigkeit jeden Boden verloren hatte. Während der größte Teil des Hofs insbesondere auch Prinz Otto gegen Hohenlohe eine kleine Verschwörung anzettelte und des Königs Anwesenheit bei der Fronleichnamsprozession in München benutzt werden sollte, um ihn endlich zur Entlassung des gefährlichen und unpatriotisch bayrischen Ministers zu bestimmen, war zunächst nur das Gegenteil bewirkt worden. Der König überhäufte mit einem Male den Fürsten mit Gunstbezeigungen, aber an die Dauer des Ministeriums Hohenlohe glaubte schon seit dem Sommer 1869 niemand. Noch konnte man den Eintritt Eisenharts an Stelle Lipowskis als Kabinettchef für eine den deutschen Angelegenheiten günstigere Wendung erachten, aber gleich darauf isolierte sich der König so vollkommen, daß er selbst den Adjutanten nur seltene und förmlich erbetene Audienzen erteilte und der Kabinettchef die einzige Amtsperson war, mit der der König verkehrte; Fürst Hohenlohe vermochte nur durch diesen seinen Verkehr mit dem Könige aufrecht zu halten.

Wenn jetzt vom Südbund zwischen den Kabinetten und Ministern nicht mehr viel die Rede war, so glaubten die beiden Könige von Württemberg und Bayern durch persönliche Verabredung ihre souveräne Selbständigkeit im Staatenkonzert von Europa hinreichend gewahrt. Dem König Karl konnte dabei das Verdienst nicht abgesprochen werden, daß er den König Ludwig in mancher Beziehung wohltätig zu beeinflussen suchte.

In einer persönlichen Zusammenkunft am 30. Oktober 1869 suchte er denselben zu bestimmen, sich weniger zurückzuziehen und sich mehr populär zu machen; doch trat er bei derselben Gelegenheit mit großer Entschiedenheit gegen die ganze Politik des Fürsten Hohenlohe auf, ja er scheute sich keineswegs seiner Abneigung gegen denselben persönlich Ausdruck zu geben, indem er ein Fest des Fürsten zu besuchen ablehnte, während er dessen bekannteste Gegner unter dem bayrischen Hochadel auf alle Weise auszeichnete. Man erzählte auch, daß sich die beiden Könige darüber verständigt hätten, es sollte nunmehr in ihren Staaten keine weitere „Verpreußung“, wie man sich damals so schön ausdrückte — besonders auch nicht in Militärangelegenheiten — stattfinden. Herr von Mohl hebt bei dieser Gelegenheit die ausgezeichneten Verdienste des Kriegsministers von Prankh hervor, welcher in ruhiger Ehrlichkeit von seinem geraden Weg sich nicht abwenden ließ. Die Stellung Hohenlohes konnte indessen nur noch von dem Ausfall der Landtagswahlen abhängig gemacht werden, welche am 25. November stattfinden sollten. Trotz der vom Minister des Innern vorgezeichneten neuen Wahlkreiseinteilung unterlag das Ministerium in diesem Wahlkampf, worauf es seine Entlassung einreichte, welche der König jedoch nur teilweise annahm. Den Fürsten Hohenlohe wünschte der König nach einer Erneuerung des Ministeriums im Amte zu erhalten. Wie aber der Fürst gleich damals sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, daß er sich an seinen Ministerposten klammere und deshalb sich nicht entschließen konnte, sein Entlassungsgesuch zurückzunehmen, wird sich später zeigen.

III.

Die Sonderstellung Badens.

In der völligen Übereinstimmung der deutschen Gesinnung des Großherzogs von Baden mit dem weitaus größten Teile seines Volkes lag ein ungeheurer Antrieb, die nationale Sache

in Bewegung zu erhalten. Indem der Großherzog noch vor dem Abschluß des Friedens von 1866, wie man gesehen hat, das preußenfreundliche Ministerium Mathy ins Amt rief, war Baden an die Spitze aller jener Bestrebungen gestellt, die sich die Wiedervereinigung Deutschlands und die Gründung eines einheitlichen Reichs zur Aufgabe gemacht hatten. Man darf es aussprechen, daß in den Jahren 1866 bis 1870 die Vorgänge in Baden zum Maßstab der nationalen Gesinnung der deutschen Parteien und Staatsmänner geworden sind. Dem Großherzog von Baden war in erster Linie zu danken, daß der Südbund gescheitert war. Das Ministerium Mathy hatte das unvergeßliche Verdienst nach allen Seiten hin, in Kammerverhandlungen, in diplomatischen Aktenstücken, beweiskräftig der deutschen Nation gezeigt zu haben, daß der Abschluß eines Südbunds gleichbedeutend gewesen wäre mit einer dauernden Zerreißung Deutschlands. Es ist daher erfreulich, daß die deutsche Nation in dem Lebensbilde Mathys, welches Freytag ihr gezeichnet hat, einen sichern Wegweiser durch die Irrungen der trüben Zeit nach 1866 besitzt.

Allzufrüh in einem Augenblicke erheblicher Schwierigkeiten am 4. Februar 1868 war Mathy aber gestorben. Zu seinem Nachfolger wurde Jolly ernannt, welcher zwar bei seinen eigenen Parteigenossen und Freunden Schwierigkeiten unerwarteter Art fand, die jedoch auf die auswärtigen Verhältnisse keinen Einfluß nehmen konnten. Durch Herrn von Freydorf und den General von Beyer, der das Kriegsministerium übernahm, waren die Angelegenheiten in Betreff der deutschen Frage im Sinne eines möglichst engen Verhältnisses zum Norddeutschen Bunde völlig gesichert. Die inneren Kämpfe des Ministeriums Jolly können in einer Geschichte der Begründung des Deutschen Reichs außer Betracht bleiben. Die Gegensätze, welche bald durch Lamey, bald durch Bluntschli in Bewegung gesetzt wurden, waren ganz persönlicher Art und berührten die Absichten der Kammermajorität in Bezug auf die Stellung zum Norddeutschen Bunde gar nicht. Bluntschli selbst und die Opposition bemühte sich vielmehr die

nationale Richtung noch schärfer hervorzukehren, als der neue Ministerpräsident. Die sogenannte Offenburger Erklärung sonst ganz gesinnungsverwandter Männer gegen die neue Regierung machte den Eindruck, als ob die Politik nur dazu da wäre, Theorien und Eifersüchteleien gelehrter Professoren und Kammermitglieder zu vertreten.

Dennoch zeigten diese kleinlichen Kämpfe, daß auch für Baden der isolierte Standpunkt seines souveränen Daseins nur zu ungünstigen Zuständen führen mußte, wenn das kleine Land dauernd verhindert wurde, sich einem nationalen Ganzen anzuschließen. So war es sehr bezeichnend für diese ganz verworrene Lage, daß ein Mann von der Bedeutung und dem Charakter des früheren Ministers von Roggenbach sich nicht wieder bestimmen ließ ein Amt in Baden anzunehmen, obwohl er schon im Jahre 1866 und wieder bei dem Tode Mathys von allen Seiten als die geeignetste Persönlichkeit bezeichnet wurde, welche die abgebrochenen Brücken über den Main wieder herstellen müßte. Staatsrat Gelzer erzählte aber, Roggenbach habe ihm erklärt, er wolle überhaupt mit Süddeutschland unter den bestehenden Verhältnissen nichts zu tun haben. Im Jahre 1868, nachdem er hauptsächlich in Berlin gelebt und verkehrt hatte, gab er sich einer für jene Zeiten sehr bezeichnenden trostlosen Stimmung hin und schilderte dem Großherzog von Baden die Verhältnisse in einer Weise, die dieser in einem Briefe an Gelzer folgendermaßen berichtet: „Roggenbach gibt das 1866 Unternommene geradezu für verloren und zudem für nicht erhaltenswert. Er beklagt Bismarcks Entfernung von den Geschäften, glaubt aber, daß er überhaupt das Gefühl habe, eine undurchführbare Sache unternommen zu haben und dies doch nicht zugestehen zu wollen. Er entwirft Schilderungen von dem inneren Zustand der Geschäfte und Geschäftsleitung, die geradezu trostlos sind, sofern er aus guter Quelle schöpft." Roggenbach erzählte auch viel von den neuerlich vorhandenen Mißverständnissen zwischen dem König und dem Kronprinzen und bemerkte gewiß richtig, daß die

Rettung der deutschen Zukunft nur in der Versöhnung des Königs mit dem Kronprinzen liegen könne. Es war ein prophetisches Wort, welches im Kriege von 1870 sich bewahrheiten und in der Kaiserproklamation von Versailles am großartigsten sich erfüllen sollte.

Niemand war indessen geeigneter, dieser Zukunft auch in persönlichen Beziehungen vorzuarbeiten, als der Großherzog von Baden und seine Gemahlin. Im Frühjahr und Sommer 1869 fanden viele Unterredungen der höchsten Persönlichkeiten über die deutschen Angelegenheiten in Berlin statt. Es liegen auch Aufzeichnungen des Staatsrats Gelzer aus dieser Zeit über Gespräche mit dem Könige vor. Der letztere zeigte in Rücksicht auf die deutsche Sache eine gewisse Ermüdung. Er bedauerte die Schwierigkeit der deutschen Einigung in aufrichtigster Weise: „Wir werden die Einheit durchsetzen" — sagte er — „aber wann?" Auch erwähnte er die Stellung zu seinem Sohn: „Es ist ungefähr dieselbe, wie ich sie früher zu meinem seligen Bruder genommen hatte."

Zu der Versumpfung der innern deutschen Angelegenheiten gesellte sich 1869 der schärfer hervortretende Kampf der katholischen Kirche und die Aussicht auf das Konzil, von welchem man die unangenehmsten Wirkungen für Deutschland voraussah. Der König war damals infolge aller dieser widrigen Umstände, die zu dauernder Untätigkeit in Betreff der ungelösten Fragen des deutschen Südens führen mußten, außerordentlich abgespannt. Sein gewöhnlicher Aufenthalt im September und Oktober zu Baden-Baden zeigte ihn in wenig erfreulicher Lage. Über die großen Aufgaben in Deutschland glaubte er bei der feindseligen Stimmung der Regierungen und des Volkes in Bayern und Württemberg doch nicht Herr werden zu können und er schien sie daher am liebsten ruhen zu lassen. In Bezug auf die kirchlichen Angelegenheiten war er mit seinen Ministern nicht einverstanden, da diese erklärten, man müsse die Beschlüsse des Konzils abwarten, während der König dieses Abwarten für gefährlich und

das nachträgliche Handeln für zu spät erachtete. Auf den Großherzog von Baden machten die Gespräche mit dem König den Eindruck der peinlichsten Ratlosigkeit, besonders infolge der andauernden Geschäftsenthaltung von seiten Bismarcks, „ohne welchen der König doch nicht in irgend einer Frage, wie sich der Großherzog ausdrückte, handeln will“.

Das Jahr ging zu Ende in der weitverbreiteten trüben Vorstellung, daß sich die deutsche Sache in einer vollkommenen Sackgasse befinde, aus welcher niemand einen Ausweg kannte. Das Schlimmste aber war, daß man die im Volke immer stärker hervortretende Mißstimmung von seite der Regierungen und besonders in Baden kaum mehr einzudämmen vermochte. Man bemühte sich durch Reden und gute Worte auf die Zukunft hinzuweisen, aber die Freunde eines einigen Deutschland wollten Taten sehen, die nicht zu erlangen waren. Die badische Regierung gab nach dem Scheitern aller Aussichten auf eine gemeinsame Lösung der süddeutschen Frage dem Drängen ihres Landes nach und trat immer entschiedener für die besondere vollständige Einverleibung Badens in den Norddeutschen Bund ein. Es ist ja nicht zu leugnen, daß diese Wendung in der Politik der süddeutschen Staaten für den Kanzler des Norddeutschen Bundes die allerunangenehmsten Folgen haben mußte. Solange er dem ganzen Süddeutschland gegenüberstand, war seine Ablehnung der Vorschläge dieser Staaten durch den Widerstand der Königreiche gegen jede übergeordnete Stellung Preußens und Norddeutschlands gerechtfertigt. Seine Politik war durch die Opposition in Bayern und Württemberg gedeckt, man konnte versichern, der ansehnlichste Teil des Südens wolle gar nicht die Einheit des Reichs; es sei als eine Torheit anzusehen, diese Leute zu etwas zu zwingen, was noch obenein völkerrechtlich seit 1866 bestritten werden konnte. In spätern Jahren, wo man sich von allen Seiten dem Aberglauben hingab, als wäre die Begründung des Deutschen Reichs eine am grünen Tisch gleichsam ausgedachte logische Entwicklung gewesen, und selbst Bismarck sich weniger

der hindernden, als der erfolgreichen Umstände seines Handelns und seines Vorschreitens zu erinnern pflegte, hat man gemeint, die preußische Politik hätte nichts anderes zu thun gehabt, als einige Geduld zu predigen, um den Reichsgedanken langsam reifen zu lassen. Indessen liegen die Beweise vor, daß man sich in Berlin durchaus kein Bild zu machen im stande war, wann und wie denn nach Lage der Dinge die Lösung der Einheitsfrage herbeigeführt werden könne. Mit diplomatischen Freunden sprach Bismarck zuweilen von einem Zeitraum, den er bald auf fünf, bald auf zehn Jahre schätzte, wo die Fragen von selbst in die Reihe kommen müßten; aber wer konnte sagen, ob er dann noch im Amte sein, noch leben werde? — Wohl dachte man auch an den Krieg, doch war es für den gewissenhaften Kanzler bezeichnend, wenn er etwa äußerte, die Minister von Frankreich und Österreich würden nicht so sehr in diese Trompete blasen, wenn sie selbst den Krieg gesehen hätten, wie er.

Der wahre Beweggrund der Politik eines Staatsmanns von der Ehrlichkeit des großen Kanzlers konnte selbstverständlich in Bezug auf vorangegangene Friedenstraktate kein anderer sein als der, dieselben wirklich zu halten. Die Welt durfte doch nicht in die Überzeugung gesetzt werden, daß der neue Norddeutsche Bund als eine Macht in Europa erscheinen wolle, welche den Vertrags- und Friedensbruch als Regierungsmaxime aufstellte. Unter diesen Umständen war es erklärlich, daß nicht wenige Politiker in Deutschland einzusehen vermochten, man werde aus der Sackgasse von Nikolsburg und Prag nie anders als durch einen neuen Krieg heraus kommen können; ob aber Franzosen, oder Österreicher die törichte Gefälligkeit bald, später, oder gar nicht besitzen würden Deutschland anzugreifen, konnte selbst ein Bismarck nicht voraus berechnen.

Die üble Laune, die oben schon in den Regierungskreisen gekennzeichnet worden ist, hatte denn auch den sehr realen Hintergrund, nicht daß irgend jemand seine wohldurchdachten Pläne zu verbergen gehabt hätte, sondern daß niemand gegen Ende

des Jahres 1869 wußte, wie eine nationale Politik weiter geführt werden könnte.

Am 24. September 1869 mußte der Großherzog bei der Eröffnung der Ständeversammlung mit den bitteren Worten beginnen: „In der nationalen Neugestaltung Deutschlands, welche die Gesundheit und das Gedeihen der deutschen Einzelstaaten bedingt, ist seit ihrer letzten Tagung ein entscheidender Schritt nicht geschehen." Was an kleineren Erfolgen in Betreff der Annäherung an den Norddeutschen Bund indes erreicht worden war, erkannte die Thronrede mit Dank an. Sie erwähnte die Fortdauer des gemeinsamen Eigentums an dem Material der ehemaligen Bundesfestungen und hob hervor, daß neben einer Festungskommission eine mit dem Norddeutschen Bunde gemeinsame Inspizierungskommission eingerichtet sei. Besonders erfreulich waren für die Regierung die Fortschritte der Heereseinrichtung und der abgeschlossene Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde über die militärische Freizügigkeit, die die Ableistung der Wehrpflicht für die einzelnen erleichterte. Nicht unabsichtlich waren die Worte der Thronrede gewählt, daß dadurch die Einheit „der deutschen Wehrkraft" zu einem bedeutenden Ausdruck gelange. Alles dies war indessen recht wenig gegenüber dem, was nationale Kreise erwartet hatten; aber von einem weiteren Anschluß Badens an das Reich durfte die Regierung nach den Erfahrungen der letzten Jahre wenigstens offiziell nicht mehr sprechen, obwohl gerade damals eine sehr lebhafte Bewegung in nord- und süddeutschen Zeitungen bestand und alsbald auch das Gerücht auftrat, die badische Regierung habe einen erneuerten Antrag auf den Eintritt in den Norddeutschen Bund gestellt. Merkwürdigerweise berührten diese Zeitungsstimmen im Auswärtigen Amte in Berlin einen sehr empfindlichen Punkt. Man fand es ärgerlich, daß Bismarcks oft gegebene Erklärungen und Ratschläge in Baden wenig Eindruck gemacht zu haben schienen. Die Verstimmung des Bundeskanzlers hatte ohne Frage auch einige persönliche Gründe. Die Kreise, welche mit dem Eintritt

Mathys in das badische Ministerium wirksam wurden, erfreuten sich niemals näherer Beziehungen zu Bismarck. Es würde heute wahrscheinlich noch großen Widerspruch erfahren, wenn man sich über alle persönlichen Verhältnisse verbreiten wollte, die den Verkehr im Bundeskanzlerpalais erschwerten, aber wer Mathys Biographie von Gustav Freytag liest, wird sich wohl nicht täuschen können, daß weder der Biograph noch sein Held in herzlichen Beziehungen zum Bundeskanzler standen. Auch den fürstlichen Personen, welche die nationalen Strömungen so sehr begünstigt hatten, war Bismarck damals nicht ohne manche Bedenken gegenübergetreten. Seine später oft lobend ausgesprochene Ansicht, daß das Deutsche Reich ganz außerordentlich gut gebettet sei infolge der vorzüglichen, reichstreuen Gesinnung seiner Fürsten war weder zur Zeit der Gründung des Norddeutschen Bundes noch in den nächsten Jahren irgendwie erkennbar. Damals wo der gewaltige Kanzler das Reich erst zu erkämpfen hatte, waren ihm zuweilen gerade diejenigen unter den regierenden Herrn am wenigsten vertraut, von denen er glaubte, daß sie vermöge ihrer persönlichen Verwandtschaft wie der Großherzog von Baden, oder der Herzog von Koburg und andere bald beim König und bald beim Kronprinzen einen gewissen Einfluß gewinnen könnten. Deshalb hatte der Bundeskanzler ein besonders günstiges Vorurteil für den jungen König von Bayern, welchem er noch in seinen letzten Aufzeichnungen so beredten Ausdruck gab. Bei der völligen Isolierung des bayrischen Herrschers wußte er sich in seiner Politik mit niemand besser zu vertragen, als eben mit dem rätselhaften König, bei dem zwar alles zweifelhaft war, nur das nicht, was er in Bezug auf seine souveräne Stellung, wollte und was er ablehnte. Vom Standpunkt der praktischen Staatskunst glaubte Bismarck dem Wittelsbachischen Machtbewußtsein als einer historisch gegebenen Größe alle Rechnung tragen zu sollen. Er nahm daher die Sonderabsicht des Großherzogs von Baden und seiner Regierung, wie insbesondere der Parteien dieses Landes, dem Norddeutschen Bunde für sich allein

beitreten zu wollen, namentlich deshalb übel, weil er meinte, daß ein alter Staat wie Bayern Anspruch machen dürfe, in seiner eigenen Politik und Stellung geachtet und bevorzugt zu werden. Aber es wird sich zeigen, wie diese loyale Überzeugung Bismarcks in den weiteren Stadien der Reichsbegründung undankbar von Bayern lediglich mißbraucht und ausgenützt worden ist, um durch die hartnäckigsten Kämpfe eine möglichst große Sonderstellung und die weitgehendsten Vorrechte unter allen Bundesstaaten sich zu sichern.

Wiewohl nun die badische Regierung seit Mathys Tode mit einem Antrag auf Einverleibung offiziell nicht mehr hervortrat, so konnte man sich in Berlin doch nicht der Vermutung entschlagen, daß die Agitation in den liberalen und nationalen Blättern in Karlsruhe mindestens gern gesehen und vielleicht von dort unterstützt werde.

Es ist hier nötig, einen kurzen Rückblick auf die erste Anfrage Mathys bei Bismarck in Bezug auf den Eintritt Badens zu werfen. Es ist schon von anderer Seite hervorgehoben worden, daß die Denkschrift, welche Gustav Freytag veröffentlicht hat, in den badischen Ministerialakten gar nicht vorkommt; man mußte sie daher als einen an den Grafen Bismarck gerichteten Privatbrief bezeichnen. Mathy hatte unter Hinweis auf die größeren militärischen Leistungen Badens im Vergleich zu Bayern und Württemberg den Eintritt in den Norddeutschen Bund verlangt und hatte die Erklärung beigefügt, daß er und das Ministerium gegen die ultramontane Partei und die großdeutschen Demokraten sich nicht zu halten vermöchten, wenn Bismarck sie in dieser Hauptfrage fallen ließe. Bismarck gab aber gar keine Antwort hierauf und behandelte die ganze Angelegenheit in einer Weise, die ihn später dem Minister von Freydorf gegenüber zu folgender Erklärung bestimmte. Er habe auf den Mathyschen Brief mit „ja“ nicht antworten können, „nein“ aber nicht sagen wollen, die ablehnende Antwort daher durch Graf Flemming erteilen lassen. Aber diese Antwort war erst eingegangen, nach-

dem Herr von Freydorf seinen Gesandten aufgefordert hatte, die Sache vorsichtig mit Bismarck zu besprechen und zwar in dem Sinne, daß er hoffen könne sowohl die Kriegsstärke, wie auch die Annahme der dreijährigen Dienstzeit für die badische Armee im Landtage sicherer durchzusetzen, wenn ihm nur wenigstens von Preußen Aussicht auf eine Vereinigung gemacht werden könnte. Aber selbst die Erlangung einer größeren Truppenstärke des verbündeten Staates erweichte den politischen Kalkul des Kanzlers nicht; er behandelte vielmehr selbst ein Herabgehen der Kriegsstärke Badens auf dreiviertel Prozent der Bevölkerung als kein weiteres Unglück und wünschte nur, das badische Ministerium, dem er seine volle Sympathie schenkte, möchte sich auf alle Weise im Amte erhalten. Wünsche und Hoffnungen des Landes und der Regierung in nationaler Beziehung behandelte er sehr freundlich und teilnahmsvoll, aber ohne jede Aussicht auf Verwirklichung in irgend bestimmbarer Zeit. Selbstverständlich war von da an jede amtliche Anfrage der Regierung Badens bei dem Bundeskanzler in dieser Frage ausgeschlossen.

Die Angelegenheit kam erst wieder im Beginn des neuen Jahres infolge eines Antrages des Abgeordneten Lasker im Reichstag zu einer leider sehr gereizten diplomatischen Verhandlung. Es ist eben so wenig aufgeklärt worden, von welchen Antrieben Lasker zu seinem versteckten Angriff gegen Bismarcks Politik sich leiten ließ, wie es je bekannt wurde, von wem die Anregung zum Herbstfeldzug der Presse ausgegangen war. Aber die eine, wie die andere Erscheinung bezeichnete so deutlich die tiefgehende Stimmung in allen nationalen Kreisen, daß man wahrlich nicht nötig hatte, sich nach Hintermännern umzusehen.

Zunächst hatte der Bundeskanzler auch schon am 14. Februar in der Thronrede des Königs bei Eröffnung des Reichstags das deutliche Bedürfnis erkennen lassen, sich über die Lage der deutschen Angelegenheiten auszusprechen. Die Thronrede verbreitete sich im Gegensatz zu den düsteren Stimmungen in der Presse in einer möglichst beruhigenden und befriedigenden Form

über die Fortschritte der deutschen Einheit. Der König sagte unter anderen: „Die Gesamtheit der Verträge, welche den Norden Deutschlands mit dem Süden verbinden, gewähren der Sicherheit und Wohlfahrt des gemeinsamen deutschen Vaterlandes die zuverlässigen Bürgschaften, welche die starke und geschlossene Organisation des Norddeutschen Bundes in sich trägt. Das Vertrauen, welches unsere süddeutschen Verbündeten in diese Bürgschaften setzen, beruht auf voller Gegenseitigkeit. Das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit, dem die bestehenden Verträge ihr Dasein verdanken, das gegenseitig verpfändete Wort deutscher Fürsten, die Gemeinsamkeit der höchsten vaterländischen Interessen verleihen unseren Beziehungen zu Süddeutschland eine von der wechselnden Woge politischer Leidenschaften unabhängige Festigkeit."

Auch die verschiedenen Gesetzesvorlagen, ferner die Vorbereitung eines gemeinsamen Strafgesetzbuches erwähnte der König nicht ohne Betonung seines nationalen Standpunktes. Ganz besonders aber benützte er die Vorlage des mit dem Großherzogtum Baden abgeschlossenen Jurisdiktionsvertrages zu der Bemerkung, daß die Grundsätze der Gemeinsamkeit des Rechtsschutzes nunmehr über die Grenzen des Bundesgebietes ausgedehnt worden seien.

Bismarck mochte wohl glauben, daß diese erneuerte Versicherung nationaler Gesinnung von seite der preußischen Regierung in der Thronrede geeignet sein werde, dem Drängen der nationalen Kreise und ihrer Begierde nach weiteren Erfolgen Stillstand zu gebieten. Allein die Erregung war viel zu groß, um diese erhoffte Wirkung herbeizuführen. Alle Welt sprach um die Jahreswende von bevorstehenden Kriegsverwicklungen. Die Friedensversicherungen der Thronrede wurden wenig geglaubt; und man sagte sich, wozu die vielen Rücksichten in unserer inneren Politik, wenn man die äußeren Feinde doch nicht von ihren Zielen abhält; ja in den fortgeschritteneren Kreisen des Reichstages, in deren Geiste Lasker die Stimme erhob, war viel-

mehr die Ansicht verbreitet, daß sich in Bismarcks Verhalten gegen das Ausland eine gewisse Schwäche zeige, welche die französische Unverschämtheit steigere.

So kam es, daß schon wenige Tage nach der Thronrede die Nationalzeitung in Berlin mit einem entschlossenen Artikel über die vielbesprochene Frage des Anschlusses Badens an den Norddeutschen Bund erschien. Durch einen Zufall war Herr von Türckheim am 22. Februar ungesucht in die Gelegenheit gekommen, den Grafen Bismarck zu veranlassen, sich über den Inhalt des Artikels zu äußern, und der Kanzler erging sich in liebenswürdiger Weise und in längerer Unterredung über den Gegenstand, obwohl es ihm schon bekannt war, daß man im Reichstag eine Interpellation diesfalls vorbereite. Türckheim schrieb hierüber wörtlich folgendes: „Graf Bismarck bemerkte, es sei ihm bekannt, daß hier von gewisser Seite dahin gedrängt werde, die entgegenkommenden Dispositionen Badens zu benutzen, um das Großherzogtum zum vollen Eintritt in den Bund zu bestimmen, auch in der morgigen Reichstagssitzung werde danach interpelliert werden.“

Dann aber erklärte Bismarck ganz gelassen, diese Bestrebungen seien verfrüht, er glaube auch nicht an den Wunsch der Mehrzahl der Bevölkerungen. Übrigens käme Baden dadurch nur in eine sehr schwere Lage, besonders im Falle eines Krieges mit Frankreich, ähnlich wie im Jahre 1866, wo ja auch die gleichsam insulare Lage Badens eine sehr schwierige Stellung für den Großherzog geschaffen hätte. Die badische Politik könne sich bei den Südstaaten am nützlichsten machen. Im Falle überdies die Zollvereins- und Handelsverhältnisse einstens etwa Änderungen erfahren würden, so könnte sich ja Baden getrennt von den Südstaaten halten.

Man sieht, was der große, alle Umstände wohl erwägende Staatsmann im Anfang des Jahres 1870 noch für möglich hielt, ja er sprach sogar davon, daß „die Partei des Vertragsbruchs in Bayern und Württemberg weitere Fortschritte machen

könnte und dann die kriegerischen Verwicklungen von außen nicht ausbleiben würden. Deshalb sprächen alle Gründe gegen den alsbaldigen Eintritt von Baden in den Norddeutschen Bund.

Nach diesen ruhigen Auseinandersetzungen, welche Türckheim seiner Regierung berichtete, mußte man in Karlsruhe nicht wenig über die Leidenschaftlichkeit erstaunen, die die Laskersche Interpellation schon am 24. Februar sowohl bei der Regierung wie auch im ganzen Reichstag hervorgebracht hatte. Es ist nötig, den Gang der Verhandlungen im Reichstag, die sich an Laskers Antrag anschlossen, etwas genauer darzustellen, um in deutliche Erinnerung zu bringen, wie unerwartet und unvorbereitet die Ereignisse herangekommen waren, unter welchen endlich an die Lösung der deutschen Einheitsfrage geschritten werden konnte. Der Antrag Laskers war noch von so großer Bescheidenheit, daß er den Reichstag zu nichts bestimmen wollte, als zu einer dankenden Anerkennung der unablässigen nationalen Bestrebungen in, denen Regierung und Volk des Großherzogtums Baden vereinigt seien. Nur in seiner Rede sprach der Antragsteller außerdem den Wunsch einer großen Mehrzahl der Abgeordneten aus, daß sich das Rätsel löse, warum das Präsidium des Norddeutschen Bundes auf die vorlängst gestellten Anträge Badens nicht eingehen wollte.

Für die allgemeine Kennzeichnung der Lage war aber die Rede des Konservativen von Blankenburg geschichtlich vielleicht wichtiger, als der Antrag Laskers selbst, denn sie schilderte die völlige Zerrissenheit und Gehässigkeit, mit welchen die Parteien in Süd und Nord, ganz besonders infolge der kirchlichen Verhältnisse sich eben jetzt bekämpften. Blankenburg sagte, er hätte gerne für eine Adresse nach der Thronrede des Schirmherrn des Norddeutschen Bundes, die jedes deutsche Herz erwärmen mußte, gestimmt: „in einer Zeit wo man so undeutsche Reden in Deutschland hört." Dann las er einen Artikel aus dem „Bayrischen Vaterland" vor, welcher mit den Worten schloß:

„Der ist unser Freund, der uns von den preußischen Vampyren, von den preußischen Tyrannen befreit.“ Vielleicht hat man — so fuhr von Blankenburg fort — in Bayern so sprechen können von 1806 bis 1812; daß aber ein bayrisches Blatt so etwas noch im Jahre 1870 sagen kann, das verletzt jedes deutsche Gemüt. Diese patriotische Partei irrt sich; Preußen bis an den Main ist Frankreich gegenüber viel sicherer als mit den bayrischen Bajonetten. Auch bietet uns Bayern im Zollverein nichts; wenn wir dennoch seit Jahren mit unserem Schweiß die bayrischen Taschen füllen, so geschieht es nur, weil uns das nationale Moment über alles geht.“

Noch in derselben Sitzung hielt der Bundeskanzler seine Antwortrede, welche mit größter Spannung erwartet worden war. Sie war leidenschaftlicher als irgend eine politische Äußerung Bismarcks seit 1866 und für Baden deshalb beleidigend, weil sie die Vermutung enthielt, als wäre die Interpellation bei Herrn Lasker bestellt geworden. „Herr Lasker“, sagte Bismarck, „bekundete so starke Beziehungen zur badischen Regierung wie sie mir nicht eigentümlich sind. Er weiß nicht nur über ihre Intentionen Bescheid, sondern machte sich auch anheischig, das etwa fehlende „Amtliche“ sofort zu beschaffen. Mir wurde dadurch nur der Eindruck verschärft, daß er mehr im Interesse der badischen als der diesseitigen Regierung sprach, ja daß aus seinen Worten eine gewisse Müdigkeit der badischen Regierung hervorklang, die Opfer weiter zu bringen, eine Müdigkeit, an die ich kaum glauben möchte“ u. s. w. Die Gründe, welche Bismarck für die Ablehnung des Antrages angab, waren ziemlich genau dieselben, welche er zwei Tage vorher schon im Gespräch mit Herrn von Türckheim geltend gemacht hatte. Der Antrag Laskers wurde zum Schluß im Einverständnis mit dessen politischen Freunden zurückgezogen und der vom Grafen Bismarck, wie Lasker sagte, „jedenfalls nur im Scherz geäußerten“ Meinung, daß der Antrag im Auftrage Badens gestellt worden sei, widersprochen.

In Karlsruhe hatte die Rede Bismarcks nicht nur einen

persönlich tief verletzenden Eindruck hervorbringen müssen, sondern man glaubte auch nunmehr den freundschaftlichen Verkehr zwischen den beiderseitigen Regierungen für sehr erschwert annehmen zu sollen. Selbst die beiden höchsten Höfe schienen einen Augenblick zu befürchten, als ob in den Beziehungen zwischen Baden und Preußen eine Lücke entstehen könnte, und man wünschte durch einen Notenaustausch eine Genugtuung zu geben. Herr von Freydorf hatte sich bereits am 28. Februar im Einvernehmen mit seiner gesamten Regierung in einer Note an Herrn von Türckheim gewendet, in welcher dieser beauftragt wurde, dem Grafen Bismarck darzulegen, wie unerwartet der schroffe Gegensatz gegen die badische Regierung gewesen sei. Diese habe gar keine Gelegenheit gehabt, auf den Antrag Laskers einzuwirken, oder ihm auch nur rechtzeitig abzuraten. Freydorf kenne auch die Gründe nicht, die Bismarck veranlaßt hätten, auch Dinge heranzuziehen, welche den Norddeutschen Bund nicht unmittelbar berührten, da jetzt gar kein Antrag von Baden gemacht war. Die großherzogliche Regierung werde sich aber vorbehalten müssen, die Interessen und die Bedürfnisse ihres Landes selbständig zu beurteilen und nach Umständen selbständig zu verfolgen. Sie hätte den Überzeugungen des Bundeskanzlers, auch wo sie dieselben nicht geteilt, Rechnung getragen, indem sie sich seit Jahren aller Schritte in Bezug auf den Eintritt in den Nordbund enthalten habe. Überrascht sei man aber durch die wenig erfreuliche Weise, in welcher Bismarck der badischen Regierung gedacht und behauptet habe, dieselbe habe den Laskerschen Antrag angestiftet. Freydorf beauftragte daher den Gesandten, dem Bundeskanzler Gewißheit darüber zu geben, daß erstens die Anregung zum Laskerschen Antrag nicht von der großherzoglichen Regierung stamme und daß dieselbe zweitens von der Verfolgung einer nationalen Politik keineswegs abzulassen gedenke.

Bismarck scheint sofort nach seiner Rede im Reichstag die Empfindung gehabt zu haben, daß er der badischen Regierung eine Genugtuung schuldig sei, denn schon am 1. März tele-

graphierte Türckheim an Herrn von Freydorf: „Graf Bismarck bittet mit Urteil über Reichstagsverhandlung zu warten bis gestern abend abgesandte ausführliche Depesche an Graf Flemming bekannt; wünscht, daß Inhalt dieses baldmöglichst zur Kenntnis des Großherzogs gelange."

Bald nach der Reichstagsverhandlung war bemerkt worden, daß in Bundesratskreisen eine ganz andere Auffassung von dem Laskerschen Antrag vorherrschte als diejenige Bismarcks in Betreff des Eintritts Badens in den Norddeutschen Bund. Eine Anzahl von norddeutschen Fürsten waren von vornherein starke Gegner der Mainlinie, jetzt sahen sie in den Erklärungen Preußens überhaupt einen Mangel an Entgegenkommen. Dabei kam noch etwas anderes in Betracht. Am 1. Januar 1870 war der Zeitpunkt eingetreten, wo die Geschäfte des preußischen Auswärtigen Amtes auf den Norddeutschen Bund übergegangen waren. Eigentlich zum ersten Male hatte sich Bismarck eben in dem Reichstag von 1870 über auswärtige Angelegenheiten als Vertreter des Bundesrats geäußert, und es wäre nicht verfassungswidrig gewesen, wenn einzelne Regierungen dem gegenüber ihren abweichenden Standpunkt zu erkennen gegeben hätten, was insbesondere vom Herzog von Koburg gewünscht und versucht worden war.

König Wilhelm selbst schrieb zwar am 26. Februar, er habe Bismarcks Rede sehr aufmerksam gelesen und billige sie durchaus, aber er fügte doch hinzu, daß einzelne Sätze, wie sie von Miquel in den Verhandlungen herausgerissen worden wären, falsch interpretiert werden könnten. Miquel aber hatte gemeint, die „Erklärung Bismarcks heiße ‚die Lösung der deutschen Frage ad graecas calendas vertagen." Und nur allzubald sah der König seine Befürchtung bestätigt, da er von der Aufregung vernahm, welche die ganze Angelegenheit bei der Regierung und allen patriotischen Parteien in Baden hervorgebracht hatte. Obwohl er diese nicht als begründet anzuerkennen vermochte, so äußerte er sich doch gegen den Großherzog von Baden wenige Wochen

später besorgt darüber, daß immer wieder gerade dem Lande am schärfsten entgegengetreten werde, welches in militärischen und politischen Angelegenheiten seiner Teilnahme in so hohem Maße sicher sein sollte. Die unerquicklichen Verhältnisse, welche überall sich geltend machten, das unsichere Gefühl, das alle diplomatischen Beziehungen beherrschte, wo niemand wußte, wer Freund noch Feind, Gesinnungsgenosse oder Gegner wäre, hatte zuletzt aus Anlaß dieser Laskerschen Interpellation den Gipfelpunkt erstiegen. Von dem Mißmut, welcher die höchsten Persönlichkeiten ergriffen hatte, ist heute kaum mehr eine Vorstellung zu gewinnen. Der in der oben angeführten Depesche Türckheims ausgesprochene Wunsch Bismarcks, den Großherzog von Baden vor allen Dingen zu beruhigen, hing eben doch mit der richtigen Erkenntnis zusammen, daß diese Mißverständnisse schließlich auch auf den König unangenehm rückwirken müßten. Groß gedacht und des deutschen Staatsmannes wahrhaft würdig war aber die Art und Weise, wie endlich Bismarck die Angelegenheit in einem Aktenstück voll hoher Gesichtspunkte und edler Denkungsart zu lösen verstand, welches in der Geschichte dieser Jahre unvergessen zu bleiben verdient und gerne im vollen Wortlaut gelesen werden wird.

In der Note vom 12. März an den Grafen Flemming knüpfte der Bundeskanzler an dessen Mitteilung an, daß die Verstimmungen in Karlsruhe nicht verschwunden seien, worauf der Bundeskanzler fortfährt:

„Ich hatte allerdings gehofft, daß dies der Fall sein werde und wurde bei Abfassung dieser Depesche von dem Wunsche geleitet, die unerwünschten Eindrücke zu tilgen, welche die so ungeschickten und besonders wegen ihrer unvorbereiteten Plötzlichkeit so rücksichtslose Anregung der öffentlichen Diskussion des badischen Eintritts in den Norddeutschen Bund zur Folge haben mußte.

„Um so unangenehmer hat es mich berührt, aus der anliegenden Depesche an Herrn von Türckheim zu entnehmen, daß ich den von mir erstrebten Zweck nicht erreicht habe. Ew. Hoch-

wohlgeboren werden aus diesem Aktenstücke, welches der großherzogliche Gesandte mir verlesen und demnächst zur Einsicht gelassen hat, ersehen, daß der Hauptinhalt desselben den Eindruck macht, als seien die von mir in der Depesche vom 28. v. M. gegebenen Aufklärungen nicht erfolgt, und daß erst am Schluß auf eine Würdigung derselben übergegangen wird. Das Hauptgewicht der Mitteilung wendet sich gegen die in der Sitzung vom 24. v. M. im Reichstag von mir gehaltenen Rede."

„Die Schnelligkeit, mit der ich unter dem Drang parlamentarischer und anderer Geschäfte mich beeilte, die großherzogliche Regierung mit voller Offenheit über die letzten Gründe meines Verhaltens aufzuklären, wird Ew. Hochwohlgeboren den Beweis gegeben haben, wie sehr es mir am Herzen lag, einen vertrauensvollen Meinungsaustausch mit der so eng befreundeten Regierung herbeizuführen. Allerdings aber habe ich geglaubt, daß diesem Meinungsaustausch nur die Aktenstücke des amtlichen und vertraulichen Verkehrs zwischen beiden Regierungen, nicht aber eine Rede zu Grunde gelegt werden würde, welche zu halten ich unerwarteterweise durch übelwollende und provozierende Entstellungen genötigt wurde. Ich kann mir Fälle denken, wo die Erklärungen eine Regierung im Schoße der Volksvertretung ihres Landes einen so amtlichen und feierlichen Charakter annehmen, daß auswärtige Regierungen sich berufen fühlen, dieselben zum Gegenstande diplomatischer Mitteilungen zu machen, doch kommt dies meiner Erfahrung nach unter befreundeten Regierungen nicht häufig vor. Es läßt sich immer gegen ein solches Verfahren mit Recht einwenden, daß sogar amtliche Mitteilungen einer Regierung an ihre Stände, gleich jeder Kommunikation zwischen zwei Organen desselben Staates, eine innere Angelegenheit des letzteren sind, welche der Kritik auswärtiger Regierungen nicht unterliegen. Ohne allen Zweifel aber scheint mir, daß diese Auffassung da zur Anwendung kommen muß, wo ein Minister inmitten einer parlamentarischen Versammlung durch eine nicht vorhergesehene Entwicklung der Diskussion gezwungen wird, zu

seiner persönlichen Verteidigung in dieselbe einzugreifen. Dies ist der Fall, in dem ich mich befand, und die Depesche vom 6. d. M. bildet in ihrem Hauptteile gewissermaßen eine Fortsetzung der parlamentarischen Diskussion vom 24. v. M., indem die großherzogliche Regierung in derselben sich die Gründe meiner Gegner teilweise aneignet und meinem Widerspruch gegen dieselben ihre Zustimmung gegenüberstellt."

„Ich kann dahin gestellt sein lassen, ob die bisherige Schonung und Rücksicht die nationale Sache in Bayern und Württemberg gefördert habe; auf der vor 5 Wochen hier stattgehabten Versammlung nationalliberaler Abgeordneter hat Herr Bamberger öffentlich bekundet, daß auf der ähnlichen Konferenz in Karlsruhe die Württemberger berichtet hätten, die nationale Sache gehe bei ihnen nicht rückwärts, aber es handelt sich jetzt nicht darum, sondern um die Frage, ob ein rücksichtsloses Verfahren Preußens zu einer größeren Entfremdung geführt haben würde, und das halte ich in Bezug auf den in Württemberg sehr einflußreichen, in Bayern bis jetzt gerade zu entscheidenden Faktor, welchen der König eines jeden dieser Länder darstellt, doch für zweifellos."

„Daß bei den Friedensverhandlungen mit Baden die ehrliche Teilnahme des Großherzogtums an dem einmal ausgebrochenen Kriege „beiderseits" als selbstverständlich betrachtet wurde, ist außer Zweifel; ebenso gewiß ist es aber, daß von dritter Seite her kein Mittel gescheut wurde, um die Intentionen der großherzoglichen Regierung öffentlich und heimlich zu entstellen und zu verdächtigen. Daß solche Verdächtigungen durch eine sehr auffällige Begünstigung Badens beim Friedensschlusse Vorschub geleistet worden wäre, ist so einleuchtend, daß sogar der Abgeordnete Lasker in der Rede, auf welche ich ihm antwortete, es hervorgehoben hat. Wenn diese Erwägung in den Friedensverhandlungen mit den Bevollmächtigten Badens nicht zur Sprache gebracht wurde, so lassen sich dafür, sollte ich meinen, wohl Gründe denken, ohne daß man genötigt wäre, den Einfluß,

den diese Erwägung auf die diesseitige Entschließung gehabt hat, in Zweifel zu ziehen."

„Ich habe am Schlusse meiner vertraulichen Mitteilung vom 28. v. M. bereits ausgesprochen, daß ich den Anschein, welchen der Abgeordnete Lasker sich zu geben suchte, als spräche er den Gedanken der großherzoglichen Regierung aus, für einen gänzlich unbegründeten hielte. Ich war daher nicht darauf gefaßt, in der Antwort vom 6. d. M. eine ausführliche kritisierende Beleuchtung derjenigen rhetorischen Wendungen zu finden, welche ich gegen die Überhebung des Abgeordneten Lasker, aber nicht wie der Erlaß des Herrn von Freydorf immer noch annimmt, über diesen und seine Genossen hinaus an die großherzogliche Regierung gerichtet habe."

„Es hat mir diese Wiederholung die unwillkommenen Eindrücke hinterlassen, als habe die großherzogliche Regierung meiner Erklärung vom 28. v. M. nicht die Bedeutung beigelegt, welche ich von amtlichen Mitteilungen nicht zu trennen vermag, und als habe das Bedürfnis vertrauensvollen Entgegenkommens, welches mich zu jener Mitteilung trieb, bei dem großherzoglichen Kabinett nicht den Anklang gefunden, auf welchen ich glaubte hoffen zu dürfen."

„Daß badische Abgeordnete dem Antrag der hiesigen Nationalliberalen so absolut, wie es Herrn von Freydorf glaublich versichert worden ist, fremd gewesen seien, kann ich mich auch heute noch nicht überzeugen. Auf der Parteiversammlung der Nationalliberalen, welche hier in Berlin zu Anfang v. M. stattfand, referierte Dr. L. Bamberger aus Mainz eingehend und unter dem Beifall der Zuhörer über die Karlsruher Konferenz der süddeutschen Nationalliberalen und erwähnte dabei, daß die badischen Parteimitglieder angedeutet hätten, daß, wenn die Dinge beständig auf dem Flecke stehen bleiben, wo sie sind, wenn nicht in den Bund aufgenommen werde, wer anklopft, die Gefahr vorliegt, daß die Ultramontanen mehr Boden gewännen. Diesen öffentlichen Hindeutungen auf die Genesis des Laskerschen

Antrages kann ich hinzufügen, daß mir hiesige Parteigenossen der Antragsteller, um die Stellung des Antrages mir gegenüber einigermaßen zu motivieren und zu entschuldigen, vertraulich aber unbedingt behauptet haben, der Antrag verdanke seinen Ursprung den durch Bamberger von Karlsruhe hierher übermittelten Wünschen gleichgesinnter badischer Abgeordneter."

„Ich bedaure es lebhaft, daß die Kritik, welche in der großherzoglicher badischen Mitteilung vom 6. d. M. über mein parlamentarisches Verhalten direkt und indirekt niedergelegt ist, mich genötigt hat, in einer so umfänglichen Auslassung auf einen Gegenstand zurückzukommen, dessen unberufene Anregung im Reichstage das Maß der Arbeiten und Verstimmungen nicht bloß in Karlsruhe gesteigert hat. Ich bin überzeugt, daß die eigene reichhaltige parlamentarische Erfahrung des Herrn von Freydorf mir billigend zur Seite stehen wird, wenn ich den Wunsch ausspreche, daß die Beteiligung staatlicher Organe an parlamentarischer Diskussion der Regel nach nicht als ein geeigneter Gegenstand für einen Depeschenwechsel zwischen Regierungen betrachtet werden möge und bitte Ew. Hochgeboren dem großherzoglichen Herrn Minister zu versichern, daß bei uns das Maß und Vertrauen freundschaftlicher Sympathie jederzeit die Wirkung haben wird, daß wir parlamentarische Bedürfnisse unter deren Einfluß ein konstitutioneller Minister auch in Baden gelegentlich sich befinden kann, zu diplomatischen Reklamationen nicht benutzen würden. In diesem Sinne werde ich mich für die Zukunft vorzugsweise desjenigen Teils der Depesche des Herrn von Freydorf erinnern, welcher das vollkommene Einverständnis beider Regierungen in ihren großen nationalen Zielen bekundet rc. rc. Mitteilung des Schriftstückes auf Wunsch des badischen Ministers für ermächtigt anzusehen." v. Bismarck."

Trotz dieser wie man sieht sehr ausführlichen Depesche Bismarcks sollte die unglückliche Angelegenheit indessen doch nicht sofort zur Ruhe kommen. Die Gegensätze waren zu mächtig aufgeregt, als daß sie sich durch Worte hätten beschwichtigen lassen.

Wohl wurde von seite Türckheims berichtet, wie sich alle Welt in Berlin bemühe, Karlsruhe zu beruhigen; Herr von Thile habe gesagt, daß man Bismarcks offene und rückhaltslose Äußerungen nicht immer gleich „photographieren" möchte. Bismarck selbst wiederholte dem badischen Gesandten seine frühere Bemerkung, daß doch Baden allzuleicht zwischen zwei Feuer kommen und daß ihm alsdann nicht geholfen werden könnte, wenn es einmal zu kriegerischen Verwicklungen käme. Aber in Baden glaubte man damals gar nicht ernsthaft an kriegerische Verwicklungen und wer hätte auch leugnen können, daß die Welt im Frühjahr 1870 außerordentlich friedlich aussah. Erst durch die persönliche Anwesenheit des Großherzogs von Baden in Berlin wurde das Zerwürfnis zu erfreulichem Abschluß gebracht, da ihm auf alle Weise versichert wurde, wie dankbar man von seite der preußischen Regierung für die nationalen Bestrebungen Badens gesinnt bleibe, auch wenn man nicht zur Zeit in der Lage sei, auf des Großherzogs politische Wünsche einzugehen. „Gestern hatten — schrieb Herr von Türckheim an das Ministerium am 25. März — sowohl Herr von Thile als später der Herr Bundeskanzler längere Audienzen bei seiner königlichen Hoheit dem Großherzog und vernehme ich, daß letzterer durch die aus dem Munde der genannteu beiden Staatsmänner vernommenen Äußerungen im ganzen ziemlich beruhigt und befriedigt sein soll."

IV.

Allianzversuche.

Das vorliegende Buch beschäftigt sich mit der Begründung des Reichs und mit den Fragen, welche unmittelbar für die Entwicklung einer einheitlichen Zusammenfassung der deutschen Staaten unter kaiserlicher Hoheit entscheidend waren. Es konnte daher von allen Ereignissen abgesehen werden, welche innerhalb des Norddeutschen Bundes günstig oder ungünstig den Einheitsdrang des deutschen Volkes beeinflußten. Daß die Verhandlungen

des Zollparlaments beim Abschluß der Session recht wenig Hoffnungen erregen konnten, ist schon von anderer Seite humoristisch genug geschildert worden; und es ist Herr von Sybel selbst, dessen Worte hier wiederholt zu werden verdienen: „Dann gab die Stadt Berlin den Süddeutschen Gästen ein großes Gartenfest; es folgte ein glänzendes Bankett in der Börse und endlich eine Festfahrt uach Kiel zur Besichtigung des neuen Deutschen Kriegshafens und der Anfänge einer Deutschen Marine. Die Süddeutschen Freunde ließen sich das alles gern gefallen, der offizielle Dank erschien aber in Gestalt eines Berichts der Südfraktion an ihre Wähler. Darin belobte sie sich, daß sie streng und erfolgreich jede Änderung des Charakters des Zollparlaments und jede erhebliche neue Besteuerung verhindert habe; sie erklärte nach allen hiesigen Beobachtungen mehr als je überzeugt zu sein, daß der Eintritt der Süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund die völlige Vernichtung ihrer Selbständigkeit sein würde; das preußische Militärwesen beeinträchtige die Pflege der materiellen und geistigen Kultur und müsse zu einer erdrückenden Belastung des Volkes führen. Der einzige Weg zur Rettung liege in einem festen Zusammenschluß aller Süddeutschen Kräfte auf Grund freisinniger Einrichtungen, d. h. in der endlichen Errichtung des Südbundes. Der nationale Einheitsgedanke", — so schließt Herr von Sybel wahrheitsgemäß seine Schilderung — „hatte also in diesem Zollparlament noch keine Eroberungen gemacht."

Viel glücklicher verliefen die Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags, wo zwar alles, was sich auf militärische Angelegenheiten bezog, ebenfalls nach wie vor den mannigfachsten Widerspruch hervorrief, aber doch in der Session von 1868 ein Moment zur Erscheinung kam, welches für die Zukunft die besten nationalen Hoffnungen erregeu konnte. Die Marine des neuen Reiches hatte zum erstenmal erhebliche Geldmittel erhalten, deren Bewilligung das Erwachen eines größeren weltgeschichtlichen Horizonts in Deutschland zu beweisen schien. Wenn in diesem Werke

später von den Friedensverhandlungen mit Frankreich die Rede sein wird, so wird man mit Freude die nur zu sehr vergessene Beobachtung machen können, daß sich aus diesen Marineaussichten bereits starke Bestrebungen zu einer kolonialen Ausdehnung des Reichsgebiets entwickeln konnten.

Wie immer aber die innere Lage des Nordbundes beschaffen sein mochte, war man doch in allen wesentlichen Fortschritten von der Lage des Auslands, wenn nicht so gänzlich abhängig, als man in parlamentarischen Reden und diplomatischen Kunstgriffen behauptete, so doch beeinflußt. Wenn man die neueren Darstellungen dieser Zeit betrachtet, so zeigen sich zwei verschiedene Auffassungen. Die Lage und Stellung des Norddeutschen Bundes wird von der einen Seite als eine außerordentlich schwierige und gefahrvolle bezeichnet. Rings von Feinden und Neidern umgeben, hätte Preußen jeden Tag einen neuen siebenjährigen Krieg erleben sollen; man spricht von einer furchtbaren Verschwörung gegen den Norddeutschen Bund. Während französische Geschichtschreiber die zur Rechtfertigung Gramonts erschienenen Schriften dazu benutzen, um das Unglück Frankreichs von dem Verrat und der Treulosigkeit seiner befreundeten Mächte herzuleiten, suchen deutsche, vor dem Ausbruch des Kriegs von 1870 ein Bild zu malen, als ob Deutschland vor einem gefährlichen Abgrund gestanden hätte, bei dessen Anblick den Leser einiges Gruseln befällt, bis der glücklich und großartig verlaufende Krieg von 1870/71 alles und jedes wunderbar und gleichsam in dramatischer Beleuchtung zur befriedigendsten Lösung und zum glänzendsten Abschluß bringt. Als von Sybels Verdienst muß hier ausdrücklich anerkannt werden, daß er endlich nach fast dreißig Jahren eine nüchternere, historisch treuere Auffassung der Lage begründet hat. Geht man aber in eine noch genauere Betrachtung der innern Verhältnisse der Nachbarstaaten ein, so wird man alsbald eine sehr merkwürdige Beobachtung machen können. In den Stimmungen großer Kreise war allerdings eine gegen Preußen gerichtete Absicht unverkennbar, welche von gewissen Regierungs-

männern und internationalen Parteien zu fortwährender Unterwühlung des Friedenszustandes benützt worden ist, während die entscheidendsten Personen, so gut in Frankreich wie in Österreich, die lebhafteste Abneigung gegen einen Krieg zeigten. Weder der Kaiser Napoleon noch auch Kaiser Franz Joseph beteiligten sich ernstlich und entschlossenen Mutes an dem Treiben ihrer Minister und Diplomaten, welche sie nur gewähren ließen, um in ihren Ländern das Gefühl der Stärke und unbeeinträchtigten Stellung aufrecht zu erhalten. Ihre zur Schau getragene Zuversicht deckte nur die längst erkannte Überzeugung, daß das neu geordnete Preußen in jeder Beziehung überlegen war, und wenn Herr von Beust nicht müde ward, Bismarck die Absicht von allerlei Angriffen auf seine Nachbarstaaten unterzuschieben, so sprach sich hierin neben der agitatorischen Absicht ein Furchtgefühl aus, welchem eine gewisse Begründung nicht mangelte. Aber dasselbe hinderte diese kurzsichtigen Diplomaten weder in Frankreich, noch in Österreich jede Art von Ränken zu schmieden und Verlegenheiten wo immer möglich der preußischen Regierung zu bereiten; dennoch sollte man nicht behaupten, daß die völlige Hohlheit dieser Versuche nicht klar zu Tage getreten wäre. Wenn in Berlin der brave französische Offizier und Warner Oberst Stoffel die Überlegenheit der preußischen Waffen erkannt und in klassischen Berichten geschildert hat, so dürfte anzunehmen gestattet sein, daß die preußischen Offiziere in Paris nicht anders sich unterrichtet haben werden, nnd daraus erklärt es sich, daß der Großherzog von Baden die Gefahr des Krieges in seinen Briefen leugnen zu können meinte. Wenn die preußische Vertragspolitik trotzdem, wie man gesehen hat, jeden aggressiven Schritt ablehnte, so ist es die Pflicht der Geschichtsschreibung, doch darauf hinzuweisen, daß der gewaltige Kanzler das volle Gefühl seiner Stärke in seinen Reden und Depeschen keinen Augenblick verhüllte. Seine Zurückhaltung gegen seine deutschen Feinde und seine Härte gegen Freunde hatte andere Gründe, als Furcht vor Krieg und Kriegsbedrohung. Wenn man die ganze elende Lage und täglich sich

vermehrende Zerrüttung der inneren Verhältnisse Frankreichs, Österreichs und Italiens sich klar vor Augen hält, so kann man den Entschluß des neuen Bundesstaates würdigen, auf keinen Fall Veranlasser eines Kriegs in Europa sein zu wollen. Wer freilich nach historischen Beispielen lüstern wäre, dürfte sich versichert halten, daß Friedrich der Große in solcher günstigen Lage vielleicht eine andere Politik verfolgt hätte, als der vom großen Kanzler beratene König Wilhelm, aber sicherlich entsprach das friedliche Verhalten des letztern dem öffentlichen Geist und Gewissen des 19. Jahrhunderts mehr, als es dem Eroberer von Schlesien in seiner Art gelungen wäre. Dies hindert aber nicht, den Zustand der preußischen Nachbarn in jenen Tagen ohne Beschönigung wahrheitsgetreu zu kennzeichnen.

Napoleon hatte seit der Luxemburger Angelegenheit auf die Hoffnung verzichtet, von Preußen eine direkte Entschädigung zu erlangen, und er dachte daher nur noch an kleinere Zuwendungen, die er seinen Franzosen verschaffen könnte, wie an die Erwerbung belgischer Bahnen. Und da ihm auch in dieser unbedeutenden Angelegenheit jeder Erfolg versagt blieb, so spottete bereits die Pariser Gesellschaft, daß ihm alles und jedes mißlinge; die Anhänger des Kaisertums schmolzen in erschreckender Weise zusammen. Die innern Fragen fingen ihn an zu beunruhigen und in Anspruch zu nehmen, Jahre lang schwankte der Kaiser zwischen den Systemen eines konstitutionellen und despotischen Kaisertums hin und her, und wenn der Freiheitsapostel Emil Ollivier ihn heute auf seiner Seite zu haben glaubte, so zog ihn sein unentbehrlicher Minister Rouher morgen wieder von dem gefährlichen Wege zurück. Das schlimmste war, daß der kranke, nur noch für die Zukunft des Sohnes und der Familie lebende Kaiser alle seine Entschlüsse von den Konstellationen der auswärtigen Politik abhängig machte. Ganz im Gegensatz zu der verbreiteten Anschauung und zu der in deutschen Schulbüchern herrschenden Überlieferung war es Napoleon, der fortwährend nach Berlin hinschielte, ob er nicht von dem gewaltigen eisernen Manne dort

in der Wilhelmstraße doch einen Liebesblick erlangen könnte. Fürst Richard Metternich, dem man wohl eine gute Kenntnis des Kaisers zuschreiben darf, sagte einmal zu einer Zeit, als alle bonapartische Herrlichkeit längst vorüber war, das bezeichnende Wort, welches ich mir sogleich notieren konnte und das auch der Herzog von Koburg als sehr treffend bezeichnete: „Das schlimmste für den Kaiser Napoleon sei sein bei allen Geschäften ihn peinigender Glaube an den germanischen Dämon gewesen, den er in Bismarck verwirklicht sah. Die Angst vor dem gewaltigen Recken, neben dem er sich bei so vielen Begegnungen, besonders auch körperlich so insuffizient vorgekommen wäre, sei gar nicht zu beschreiben gewesen. Stets war er von der Vorstellung gepeinigt, daß, was er auch thun werde — so versicherte Fürst Metternich — der böse Mann ihn doch übers Ohr hauen werde. Und obwohl er sich dessen bewußt gewesen sei, konnte er doch keinen Augenblick sich von dem Wunsche trennen, mit ihm Geschäfte zu machen und zu verhandeln. Während ihm Österreicher und Italiener die schönsten Versprechungen machten, begleitete ihn, wie Metternich oft mit Verdruß zu bemerken hatte, schließlich immer nur der Gedanke: was wird nur Bismarck dazu sagen? Und wenn der Kaiser merkte, daß der Gewaltige nicht grollte, so meinte er, alles beim alten lassen zu können, und schickte die Opposition samt Emil Ollivier nach Hause."

Unter diesen Umständen fanden im Mai 1869 die allgemeinen Wahlen zum gesetzgebenden Körper statt, bei welchen der Imperialismus jene erste furchtbare Niederlage erlitt, von der der 5. September 1870 nur eine Folge war. Gambetta bezeichnete die Lage richtig, indem er zu seinen Wählern in Marseille sagte: „Die französische Nation hat ihre Orientierung gefunden. Die Frage ist auf das Terrain der persönlichen Herrschaft gestellt und niemand ist mehr im stande, sie von diesem zu entfernen. Wenn eine Nation lang unterdrückt, wie die unsrige, endlich zum Selbstbewußtsein erwacht ist und klar das Ziel vor

Augen sieht, das sie erreichen will, so gibt es nichts, was ihrem souveränen Willen widerstehen könnte."

Als Begleiterscheinungen der Wahlen kam es in Paris und in den Provinzen zu größeren und kleineren Unruhen. In der Kammer begann die Bewegung zur Errichtung eines verantwortlichen Ministeriums Aussicht auf Erfolg zu gewinnen; und als die Regierung am 13. Juli die Vertagung des gesetzgebenden Körpers auf unbestimmte Zeit verfügte, widersetzte sich Jules Favre in einer Weise, die demnächst an Mirabeau und das revolutionäre Frankreich erinnern sollte. Als nachher gegen Ende des Jahres die Kammern wieder eröffnet wurden, fand bereits der Kaiser sich zur Erklärung genötigt, daß er zwar die Freiheit Frankreichs herzustellen beabsichtige, aber auch für die Ordnung einstehen werde. In ganz Europa war man überzeugt, daß das Kaiserreich mit seiner neuen Freiheit unter dem Ministerium Ollivier, innern Schwierigkeiten entgegengehe, die seine Kraft nach außen vollends lähmen mußten. Die gleichzeitig auf die innern Verhältnisse aller katholischen Staaten schwer drückende Konzilangelegenheit soll später noch erörtert werden.

Zunächst sei ein Blick auf die Verhältnisse der anderen Staaten geworfen, welche Preußen gefährlich werden wollten, und von denen die Legende sagt, daß sie sich zu einer Verschwörung gegen das neue Deutschland rüsteten. Die einfache Tatsache, auf welche diese Vermutung zurückgeht, besteht darin, daß zur Zeit, als Napoleon sowohl in Bezug auf die Eisenbahnverträge mit Belgien, wie auch in den Verhandlungen über eine Zollvereinigung mit dem kleinen Nachbarstaat die unangenehmsten und empfindlichsten Mißerfolge erfuhr, zwischen ihm und österreichischen Diplomaten ein Gespräch über die Möglichkeit einer Tripelallianz zwischen Frankreich, Italien und Österreich stattfand, welches aber so geheim gehalten werden sollte, daß selbst Lavalette und Gramont nichts davon erfahren durften.

Graf Beust hat in einer Darstellung späterer Zeit aus dem Gedächtnis und ohne Kenntnisnahme der Akten die Sache so dargestellt, als wenn er selbst den Anlaß dazu gegeben hätte, indem er einen Vorschlag machte, von dem nur zu bedauern sei, daß Napoleon ihn nicht angenommen habe. Darüber machte er in einem langen Schreiben an seinen Amtsnachfolger, den Grafen Andrassy, in welchem er die Vorzüge seiner Amtsführung schildert, genauere Mitteilung. Er habe dem Kaiser den vortrefflichen Gedanken eingeben lassen, an Preußen eine Aufforderung zu beiderseitiger Entwaffnung zu richten, wodurch dieses genötigt worden wäre Farbe zu bekennen und wodurch die bösen Absichten Bismarcks an den Tag gekommen sein würden. Allein der Kaiser hätte — und man darf wohl hinzufügen, ganz klug — geantwortet, bei einem Wehrsystem wie das preußische, wäre jeder Gedanke an eine richtige Abrüstung die reine Torheit; er fügte aber gegenüber den Vertretern Österreichs in einer Privataudienz hinzu, er wisse etwas viel Besseres, und siehe da! er konstruierte im Augenblick jenes furchtbare Bündnis, welches Europa beherrschen und die schöne Rolle Frankreichs, den Frieden Europas und gleichzeitig die Vorherrschaft des Imperialismus zu sichern, verewigen sollte. Wer die Art des Kaisers kannte, wie er seit 20 Jahren mit immer neuen Allianzphantasien in seinem Kabinett vor mannigfachen Fürsten und Diplomaten hervorzutreten pflegte, hätte nicht zweifelhaft sein dürfen, daß solche Pläne nicht die geringste ernste Bedeutung hatten. Indessen war für den Grafen Beust ein solcher Vorschlag zu verlockend, als daß er nicht dessen ganze Geschäftigkeit hätte nach sich ziehen sollen. Eine diplomatische Sache in Gang zu bringen, welche sich wie eine politische Zirkelquadratur betrachten ließ, lag so sehr in der Geschmacksrichtung des sächsischen Staatsmannes, daß er fortan nur noch von der Tripelallianz träumte, obwohl es für jeden Verständigen außer Frage war, daß Italien niemals von dem Programme „Roma capitale d'Italia“ abgehen und Frankreich dies niemals zugestehen werde. Noch weniger aber

durfte sich der österreichische Graf und Kanzler der Täuschung hingeben, daß sein eigener Herr und Kaiser je einen Vertrag unterschreiben werde, in welchem der Papst beraubt, oder gar das Trento an Italien abgegeben werden könnte. Die ganze Dreibundsphantasie des Jahres 1869 gehörte wohl unter allen Projekten des napoleonischen Frankreichs zu dem abenteuerlichsten, was in den Tuillerien in zwanzig Jahren ersonnen wurde; ganz abgesehen davon, daß der Kaiser von Österreich bei aller Verstimmung über 1866 doch einen Napoleon schwerlich anders beurteilte, als der alte Kaiser Franz schwiegerväterlichen Angedenkens. Je mehr sich indessen Graf Beust in dem Wirrsal der größten internationalen Bewegungen gar wohlgefiel, desto schlimmer war es in den heimischen Verhältnissen mit der neugeschaffenen österreichisch-ungarischen Monarchie bestellt. Es wird vielleicht keiner geschichtlichen Darstellung gelingen, das Bild der Auflösung und Unordnung so lebhaft zu schildern, wie es der damaligen Wirklichkeit des ewig wackelnden und niemals fallenden alten Staatsgebäudes entsprechen würde.

Es wäre auch ganz bedeutungslos daran zu erinnern, wie von dem täglich zu erwartenden gänzlichen Zerfall von Österreich in halb Europa, und am liebsten in allen Lagern Österreichs selbst gekannegießert wurde, wohl aber darf der Umstand, daß Einsichtige weit günstiger von dem Bestande des Hausstaates dachten, die Geschichte nicht verleiten, den augenblicklichen Zustand unrichtig zu zeichnen. Nun hatte aber die Frühlingsfreude und Auferstehung, welche durch das sogenannte Bürgerministerium über das Land verbreitet schien, eine erschreckend kurze Dauer. Die im Sinne der liberalen Deutschen gefaßten Gesetze über konfessionelle und kirchliche Verhältnisse, über das Volksschulwesen und Ähnliches hatten manche Mißbräuche beseitigt, aber auch die klerikale Partei in Verbindung mit dem Adel zu einer furchtbaren Opposition aufgestachelt, die keinen Anstand nahm, sich mit den slavischen, die Verfassung ohnehin verwerfenden Völkerschaften fast sämtlicher Kronländer zu verbinden. Die Polen

hatten ja ohnehin schon Ausnahmsstellungen und Vorrechte genugsam eingeheimst, um sich dem Wahne hingeben zu können, in Krakau und Lemberg den zukünftigen Polenstaat vorzubereiten. Das Schlimmste aber war hierbei, daß die zentralistisch gesinnten Mitglieder des Ministeriums gegen die polnischen Ansprüche so viel wie möglich kämpften und insbesondere Giskra als Minister des Innern sich wenig bereit fand, sich durch galizische Landtags-resolutionen einschüchtern zu lassen, Graf Beust dagegen mit einem anderen Teil des Ministeriums den Polen günstig war. Bezeichnend ist die Anekdote die Beust selbst erzählt, daß er, von der Stadt Brody in das Abgeordnetenhaus gewählt, sich beeilte in polnischer Sprache seinen Dank auszusprechen und erst von dort aufmerksam gemacht wurde, daß diese Wahl eben für den deutschen Kandidaten gegen den polnischen geglückt sei. Da sich aber Beust bei seiner Unterstützung der polnischen Sache auch des Beifalls der Ungarn und besonders des Grafen Andrassy zu erfreuen hatte, so konnte nicht verkannt werden, daß hier eine internationale Frage aufgerollt wurde, nur dazu bestimmt, den Gegensatz gegen Preußen und Rußland zu schärfen.

Das Ministerium in der österreichischen Reichshälfte zerfiel eigentlich schon seit dem Abgang des Fürsten Auersperg vom Präsidium desselben immer mehr und mehr. Im April 1869 übernahm Graf Taaffe mit Zustimmung sämtlicher Minister das Präsidium, aber der Bruch zwischen beiden Richtungen des Ministeriums war von da ab ein vollständiger. Zwar hatten die zentralistischen Minister noch die Majorität, aber Taaffe hatte auf seiner Seite den weitaus klügsten und geistig bedeutendsten Berger und ebenso den polnischen Landsmannminister Graf Potozki. Es würde hier zu weit führen die persönlichen Gegensätze und überhaupt die Charaktere der Bürgerminister zu schildern. Die Herrn von der Mehrheit waren durchaus keine gewiegten Hofleute. In den Hofkreisen Wiens, wo man zum erstenmal und durchaus ungern diese selbstbewußten Advokaten und Professoren ohne Namen und Wappen einherstolzieren

sah galt das Urteil Taaffes und Potozkis von Bergers geistreicher Feder unterstützt, unbedingt mehr als alle Beredsamkeit von Giskra oder Herbst. Mehr und mehr gewann die Überzeugung Boden, daß es in Österreich mit einer so vollständig einseitig deutschen, einheitlichen Regierung und Verwaltung nicht gehe. Durch die Gegensätze, welche in den Landtagen und im Reichsrat immer mehr und mehr sich geltend machten, sah sich der Kaiser selbst in einer Ministerkonferenz veranlaßt die Regierung zu beauftragen, Mittel und Wege anzugeben, welche zu einer Verständigung über die Verfassung und zu einer Vervollständigung der Reichsvertretung, in welcher noch immer Tschechen und Slovenen den Eintritt weigerten, anzugeben. Sofort teilten sich die Minister in zwei Parteien, wodurch der Sturz der ganzen neuen Ära herbeigeführt worden ist. Die Minister der Mehrheit blieben zwar noch eine kurze Frist unter der Führung des Herrn von Plener und alsbald unter dem Präsidium Hasners im Amte, aber ihre Ohnmacht rief geradezu den Spott in allen Landtagen und die allgemeine Überzeugung ihrer eigenen Partei hervor, daß sie sich eben nur noch ein paar Wochen halten könnten. Am 12. April 1870 war ihre Herrlichkeit zu Ende und durch das neue Ministerium Potozki-Taaffe war eine dauernde Wendung im Sinne klerikaler und nationaler Bestrebungen herbeigeführt. Zur Zeit des Ausbruchs des deutsch-französischen Krieges stand die Einheit der österreichischen Verwaltung auf dem Papier, aber in Wirklichkeit regierten die nationalen Machthaber und Parteiführer in 17 Landtagen.

Eine fast unglaubliche Revolution in dem entferntesten Kronland Cisleithaniens bot gegen Ende des Jahres 1869 auch noch ein klägliches Schauspiel der fast unbegreiflichen Zustände in der Armee und in den militärischen Verhältnissen überhaupt dar. Man darf diese Dinge nicht vergessen, wenn man über den Wert der Beustschen Großmachtspolitik urteilt, so unbedeutend die dalmatinischen Stürme in der großen Monarchie auch scheinen mochten. Als eine Petition der dalmatinischen Slaven gegen

die Ausdehnung des neuen Landwehrgesetzes auf Dalmatien von der Regierung abgewiesen wurde, erhoben sich gegen die dortigen geringen Streitkräfte die an den Krieg gewöhnten waffenkundigen Leute aus der Crivoszie, denen sich andere Insurgenten anschlossen. Sie nahmen mehrere Forts und Blockhäuser ein, vertrieben und mißhandelten durch Nasenabschneiden die österreichischen Soldaten und es bedurfte eines großen Aufwands militärischer Streitkräfte, um die Ordnung in dem Bezirke von Cattaro wieder herzustellen. Der Winter verging in endlosen Kämpfen, in denen die österreichischen Truppen manche schweren Schlappen erfuhren. Sehr unglücklich war der General Auersperg, welcher durch einen kroatischen Feldmarschalleutnant v. Rodich ersetzt werden mußte, da man diesen als Landsmann der Insurgenten für geeigneter hielt die Pazifikation des Landes herbei zu führen. Der Friede von Knezlak war, wie man spöttisch die Unterwerfung der Aufständischen genannt hat, welche tatsächlich durchsetzten, daß man von der Anwendung des Landwehrgesetzes für dieses Gebiet Abstand nahm, eben kein ruhmvoller Abschluß so unbedeutend die Sache dem Auslande erscheinen mochte.

Während dieser unseligen Mißhelligkeiten, von welchen die österreichischen Länder rettungslos zerrüttet schienen, thronte Graf Beust hoch über allen Parteiungen schwebend und in selbstgewisser sicherer Ruhe und Zuversicht in seiner altberühmten Staats- und Reichskanzlei am Ballplatz scheinbar unangefochten. Der alten Garde von Hofräten, denen man die falsche Politik von 1866 zuschrieb, hatte er sich zwar nicht entledigt, jedoch waren die klerikalen und ultramontanen Neigungen derselben zum Schweigen gebracht. Einem der frömmsten und den Jesuiten ergebensten dieser Räte wußte er durch eine Mission an die römische Kurie einen sanften Fall zu bereiten, indem er ihm die unmögliche Aufgabe stellte, die neue konfessionelle Gesetzgebung dem Papste annehmbar zu machen. So gehorsam dagegen andere, wie Max von Gagern, sich anzuschmiegen suchten, die schöne Übereinstimmung der Gesinnungen und Hoffnungen, die die

Staatskanzlei stets ausgezeichnet hatte, war für immer dahin. Viele sprachen von Über- und Unterströmungen in der österreichischen Politik. Man wollte wissen, daß es neben der Beustschen noch eine Hofpolitik gebe, welche bald mehr zur ungarischen, bald mehr zur klerikalen, bald mehr zur polnischen Seite hinneige. Ein gewisser Gegensatz zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Andrassy und dem Reichskanzler war niemandem ein Geheimnis. Graf Beust jammerte in seinen späteren Aufzeichnungen über die Undankbarkeit des Grafen Andrassy und der Ungarn überhaupt; aber wenn er davon nicht schon früher eine deutliche Vorstellung gewonnen hatte und dazu erst seinen spätern Sturz abwarteten mußte, so war dies entschieden seinem vertrauensseligen und selbstzufriedenen Gemüt zuzuschreiben. Er hatte unter seinen eigenen Beamten wenig zuverlässige Freunde. Seine Räte mit denen er am meisten arbeitete, waren der Sektionschef von Hoffmann, der als österreichischer Zivilkommissar in Schleswig-Holstein sich unvorteilhaft bekannt gemacht und als eine politisch neutrale, um nicht zu sagen gleichgültige Persönlichkeit galt und ein junger, talentvoller früherer Journalist, Herr von Teschenberg, der dem Grafen durch seine Kenntnis der ungarischen Sprache und Verhältnisse unentbehrlich war, der sich aber nachher dem Grafen Andrassy noch vertrauter und liebevoller anzuschließen wußte, als seinem früheren Chef. Es war auch längst für die österreichischen Diplomaten in und außerhalb Wiens kein leisester Zweifel, daß wenn nicht der Schwerpunkt in Pest, so doch der Zukunftsmann der Monarchie eben dort zu suchen sei. In allen den vielgeschäftigen Unternehmungen, welche Beust betrieb, war ja in der Tat das ewige Hereinreden des ungarischen Ministeriums und Reichstags eine überaus lästige Beigabe seiner Amtsführung gewesen. Bald war es die belgische Eisenbahnfrage, bei welcher Beust dem Kaiser Napoleon mit Rat zur Seite trat, bald die römische Frage, bald der Zeitungsstreit mit Preußen, besonders die orientalischen Angelegenheiten, die Donaufürstentümerfrage und vieles andere, immer aber war

Graf Andrassy zur Stelle, fragte, hörte, erklärte nach seinen eigenen Überzeugungen und nicht nach den auf dem Ballplatz ausgegebenen Stichworten die österreichische Politik im ungarischen Reichstag und hatte schließlich längst die Wahrnehmung wecken können, daß der König von Ungarn mit größter Vorliebe auf seinen ungarischen Ministerpräsidenten hörte. Der ehemalige Revolutionär, den man zum Tode verurteilt hatte, war in den Jahren seines Exils kein müßiger Politiker geblieben. Sein bedeutender Umgang und seine Kenntnis des gesamten europäischen Staatswesens und seiner Führer, Minister und Diplomaten gab ihm eine Überlegenheit gegenüber sämtlichen Mitgliedern des österreichischen Ministeriums und mindestens eine Gleichwertigkeit des Urteils bei jeder Verhandlung mit Beust. Man hat nicht gehört, daß auswärtige Regierungen wie namentlich Bismarck sich in direkten amtlichen Verkehr mit dem ungarischen Ministerpräsidenten gesetzt hätten; die preußischen Gesandten reisten jedoch bei jedem irgend gestatteten Anlaß mit Vorliebe zwischen Wien und Pest hin und her. So lange ihre Depeschen für die Geschichte unzugänglich sind, bleibt es unsicher, ob man in Berlin die Stellung Andrassys beim Ausbruch des Französischen Krieges voraussetzte, oder vorauswußte.

Graf Beust hatte freilich bei seinem Drang nach unendlicher politischer Tätigkeit vor den auswärtigen Mächten gleichsam im Tageslicht seiner Aktionen nicht so tun dürfen, als ob er Ungarns im mindesten unsicher wäre, und so betrieb er insbesondere den schönen Plan der napoleonischen Tripelallianz mit ungeschwächtem Eifer und sehr geringem Erfolg. Einen unbedingten Gläubigen fand er eigentlich nur im Herzog von Gramont, welcher durch seine späteren Schriften und Behauptungen sich wirklich nicht das Armutszeugnis versagte, daß er alles das als rechtsverbindlich für die österreichisch-ungarische Monarchie ansah, was Beust an übler Gesinnung gegen Preußen und insbesondere gegen Bismarck in seinem Herzen verwahrte und vielleicht auch aussprach. Dagegen hatte er eine geringe Meinung von dem Wortlaut schrift-

licher Verträge und Depeschen, in denen er gewöhnlich nur das zu lesen verstand, was seinen Wünschen und der französischen Revanchepostion entsprach. Beust und die Italiener versprachen niemals mehr als ein defensives Bündnis, aber Gramont war überzeugt, daß sie danach Frankreich Heeresfolge leisten müßten. Man versprach sich gemeinsame diplomatische Aktionen und es sollte sich schon binnen Jahresfrist zeigen, wie Gramont dies auslegte. Beust versichert ganz wahrheitsgemäß, daß von etwas anderem als Neutralität für den Fall eines französischen Angriffs auf Preußen niemals in den Verhandlungen die Rede war, Gramont behauptet das Gegenteil. Was Wunder, daß die beiden Ehrenmänner schon nach wenigen Jahren zu der Einsicht kommen mußten, daß sie sich vollkommen mißverstanden hatten. Es lohnt sich für die Geschichtsschreibung kaum in diesem Streit ein Urteil zu finden, welcher von den beiden der Getäuschte war, oder den andern zu täuschen verstand. Von Interesse wäre bei dieser Frage eigentlich nur, wie weit in Paris und in Berlin bei den entscheidenden Persönlichkeiten volle Klarheit und deutliche Einsicht in das verhängnisvolle Verhältnis dieser zwei Staatsmänner zu einander vorhanden war. Wenn die Überlieferung des Grafen Vitzthum, nach welcher Napoleon den Herzog von Gramont als eitlen Schwätzer bezeichnete, richtig ist, so läßt sich annehmen, daß der Kaiser auf diese ganze, Verträge schaffende Tätigkeit der beiden in müßiger Geschäftigkeit wetteifernden Staatsmänner nicht viel gegeben haben kann. Man ist daher berechtigt, die Friedensbeteuerungen Napoleons am Ende des Jahres 1869 und das Programm seines neuen liberalen Ministeriums Ollivier für ehrlich gemeint zu erachten.

Wie wenig Aussicht auf eine ernste, offensive Allianz gegen Preußen zwischen Frankreich und Österreich vorhanden war, mußte dem Kaiser Napoleon auch durch die persönlich gebesserten Beziehungen klar geworden sein, die zwischen dem österreichischen und preußischen Hofe sich eben angebahnt hatten. Die diplomatischen Berichte der verschiedensten Gesandten sind voll von Er-

zählungen über die gelungene Zusammenkunft des Kronprinzen von Preußen mit dem Kaiser Franz Joseph und seiner Gemahlin in Wien aus Anlaß der Reise zur Eröffnung des Suezkanals. Der Kronprinz blieb vom 6. bis 9. Oktober in Wien und man sprach damals in Baden-Baden, wo der König und die Königin weilten und von wo der Kronprinz seine Reise angetreten hatte mit größter Befriedigung davon, daß die Verhältnisse zum österreichischen Hofe in der hoffnungsvollsten Weise wieder hergestellt erscheinen, ja es war nicht ohne Rückwirkung empfunden worden, daß Bismarcks Österreich günstige Meinungen von Nikolsburg schon jetzt so gute Früchte trügen. Es stärkte dieser Umstand in diesem Augenblicke gerade auch diejenige Politik, welche Bismarck Süddeutschland gegenüber fortwährend empfahl, nicht nur beim König, sondern besonders auch bei der Königin Augusta. Freilich verstand die Fortschrittspartei in Norddeutschland die friedliche Lage der Welt in anderer Weise, als die Monarchen, indem im preußischen Abgeordnetenhause Virchow einen Abrüstungsantrag mit der Begründung einbrachte, daß die durch den Norddeutschen Bund veranlaßten Militärauslagen nunmehr unnötig und auf die Dauer unerschwinglich seien. Ein gleicher Antrag wurde dann in der sächsischen Zweiten Kammer nicht nur gestellt, sondern auch mit erdrückender Mehrheit angenommen.

Die Reise des Kaisers von Österreich zur Eröffnung des Suezkanals gab aber dem Grafen Beust Gelegenheit, die große politische Allianzfrage in Italien zu fördern, und seiner Vielgeschäftigkeit war auch hier der Erfolg zu teil geworden, daß die Zeitungen viel von einer engen und engsten Verbindung zu erzählen wußten, die er wiederum zwischen Österreich und Italien anzubahnen so glücklich gewesen wäre. Aber auch diese Verhandlungen waren von solcher Hohlheit und Nutzlosigkeit, daß sie in Berlin durchaus gar keinen Eindruck zu machen fähig waren. Persönliche Verstimmungen zwischen der preußischen und italienischen Diplomatie gab es infolge der Veröffentlichungen Lamarmoras seit dem Anfang des Jahres genug. Bismarcks

lang verhaltener Zorn gegen den Grafen Usedom und seine englische Gemahlin Olympia hatte sich durch die indiskrete Veröffentlichung seiner Depesche aus dem Jahre 1866, worinnen er Unterstützung der ungarischen Revolution von seiten Italiens gefordert hatte, aufs höchste gesteigert; in der beim König endlich durchgesetzten Entlassung des gewandten, unruhigen und unbequemen Untergebenen hatte der Bundeskanzler zwar seine Genugtuung gefunden, aber Olympias Feindschaft wußte ihm unter ihren vielen italienischen Freunden gar sehr zu schaden. Graf Beust konnte bei seinem Aufenthalt in Italien auf der Rückreise aus dem Orient vortrefflichen Gebrauch von dieser übeln Stimmung gegen den deutschen Bundeskanzler machen. Seine Begleiter, wie Herr von Teschenberg wußten in Zeitungen und in Salons nicht genug zu erzählen, wie gänzlich abgewirtschaftet die preußische Politik in der guten italienischen Gesellschaft sei. Worüber sich aber diese österreichischen Diplomaten täuschten, war der Umstand, daß in Italien neue Leute tätig waren, die den Bruch mit Preußen wie einen verhängnisvollen Verrat betrachtet haben würden. Zu diesen gehörte der treffliche Finanzminister Sella, der so fest und unerschüttert gegen alle Beust-Napoleonischen Ränke dastand, wie sein schönes Standbild zu Rom noch heute in der via Venti-settembre.

Die Reise des Grafen Beust nach Florenz hatte nach dem Sinne des Kaisers von Österreich, von dem man überhaupt sagen muß, daß er in diesen gesamten Angelegenheiten den bon-sens des großen Herrschers eines alten Hauses niemals verloren hatte, lediglich den Zweck formeller Höflichkeitsbezeigung. Die beabsichtigte Begegnung zwischen ihm und Viktor Emanuel zu Brindisi mußte wegen einer Erkrankung des Königs unterbleiben und Graf Beust sollte den Rückweg über Florenz nehmen, um dem König nochmals das Bedauern des Kaisers über die verfehlte Begegnung auszusprechen. Tatsächlich kam es auch zu gar keinen Abmachungen; die späteren Folgen des sogenannten Defensivbundes mit Frankreich werden noch zu erörtern sein.

V.

Ministerkrisen und Kleinstaatsnöte.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen in der Politik der großen Staaten vor dem Jahr 1870 war die, daß man in denselben nach Möglichkeit für den Frieden zu arbeiten vorgab und der Glaube an die Erhaltung desselben unter den Völkern doch nur ein sehr geringer war. So kam es, daß die souveränen Könige in Süddeutschland und einige norddeutsche Bundesfürsten, worunter insbesondere der König von Sachsen, in einer nicht eben schwer zu erklärenden Ungewißheit lebten, ob nicht der Gegensatz der großen Mächte naturnotwendig endlich den Krieg hervorbringen werde. Von Interesse bleibt in dieser Beziehung der vom Grafen Beust überlieferte Brief des Königs Johann, in welchem dieser ihm die Klagen vortrug, welche Bismarck gegen Beusts Politik vor dem Könige entwickelt hatte. Die Absicht des Königs mag gewesen sein, die scheinbar sich erweiternde Kluft zwischen Österreich und Preußen möglichst auszufüllen. Die Antwort des Grafen Beust mußte aber jedem Unbefangenen beweisen, daß eine aufrichtige Verständigung zwischen den beiden Leitern der beiderseitigen Politik wohl ganz unmöglich sei. Wenn nun auch in Bezug auf Sachsen dieses persönliche Mißverhältnis zwischen den beiden Kanzlern keine nachteiligen Folgen haben konnte, so war dies gegenüber den souveränen Königreichen von Süddeutschland ein anderer Fall. Hier waren in den letzten drei Jahren die Souveränitätsempfindungen wie an den Höfen, so auch bei den Volksvertretungen sehr wesentlich gestiegen. Man war eigentlich zu der Überzeugung gekommen, daß die selbständigen Staaten Bayern so gut wie Württemberg in dem europäischen Konzert in ansehnlichster und ausreichend gesicherter Weise ganz gut für sich bestehen könnten. Das Bedürfnis nach einer Veränderung war tatsächlich nicht gewachsen, im Gegenteil sollte der Norddeutsche Bund nur zu bald die Erfahrung machen, daß der erwartete Trieb nach Anschluß auch dann

noch nicht sehr groß geworden war, als ungeheuere Ereignisse des Jahres 1870 dazu aufgefordert hatten. Man lebte in München in dem internationalen Verkehr mit allen Großstaaten durchaus zufrieden und niemand fand ein Bedenken darin, diese Selbständigkeit nur unter solchen Bedingungen zu opfern, welche der bayerischen Volkspartei eben so genehm, wie der Dynastie sein sollten. Von einer kleinen Partei abgesehen, waren die Sonderempfindungen der süddeutschen Königreiche bei Regierungen und in den Kammern, man darf kühn behaupten, niemals so hoch gewachsen, wie um den Jahreswechsel von 1869/70.

In der innern Geschichte Bayerns bezeichnet der Eintritt des Ministeriums des Grafen Bray diesen Höhepunkt eines souveränen Stammesbewußtseins. Der alte Fürst Metternich würde gesagt haben, dieser Staat fühle sich „saturiert". Es wurde in einem früheren Kapitel schon auf die Umstände hingewiesen, unter welchen Fürst Hohenlohe sein Amt niederlegte. Eine genauere Schilderung der Geschichte dieses Ministerwechsels dürfte es erklärlich machen, wie Bayern im Vollgefühle seiner souveränen Stellung den Ereignissen des Jahres 1870 entgegen ging.

Als Mohl nach längerer Abwesenheit von München am 25. Januar 1870 seinen Posten wieder einnahm, konnte er seiner Regierung zunächst berichten, daß der König nicht geneigt sei, die dem Fürsten Hohenlohe, feindliche Adresse anzunehmen. Der König zeigte im entscheidenden Augenblick eine größere Zuneigung zu seinem Minister als dieser selbst erwartet hatte. Ohne Zweifel kämpften in dem König widerstrebende Gefühle. Er war damals, wie alle Welt, insbesondere in München, von den kirchlichen Fragen sehr erfüllt und stand durchaus auf der Seite Döllingers und des Magistrats von München, welcher dem Letzteren eben das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu erteilen beschlossen hatte. Mohl hatte Gelegenheit, den König auf dem Hofball über die Kirchensache sehr bestimmt, wenn auch nicht eingehend in diesem Sinne sprechen zu hören. Aber auf der anderen Seite war es dem

Könige doch recht, daß in den Kammern soeben die Selbständigkeit Bayerns so energisch gewahrt wurde. Er hatte in seiner Thronrede „die wohlberechtigte Selbständigkeit Bayerns“ hervorgehoben und sie bildete das Thema der gesamten Adreßdebatten in den beiden Kammern. Zwar wurden die Allianzverträge immer noch anerkannt, aber für die Stellung des Fürsten Hohenlohe und seinen Entschluß abzudanken dürfte es bezeichnend sein, daß er es Herrn von Mohl als seine bestimmte Überzeugung erklärte, den Passus über die Allianzverträge in der Adresse der Kammer durchaus nur so auffassen zu können, daß es die Absicht der Ultramontanen sei, ein Ministerium zu bekommen, welches die Verträge nicht halten wolle. Bekanntlich wurde in der Adreßkommission von dem Regierungskommissar von Völderndorff die Erklärung abgegeben, daß Bayern in der Luxemburger Frage bereits das Recht der Prüfung darüber ausgeübt habe, ob die Allianzverträge anzuwenden seien, oder nicht. Die schöne Lehre vom „casus foederis“ wurde also offiziell nun auch in Bayern verkündigt. In der Kammer der Reichsräte trat die Adresse fast noch bestimmter gegen die Person Hohenlohes auf, als in der zweiten Kammer und es zeigte sich immer deutlicher, daß es die Absicht der beiden Kammern nur eben sei, den Fürsten Hohenlohe zu vertreiben; die übrigen Minister schien man sich vor der Hand gefallen lassen zu wollen. Was den Fürsten aber bestimmen mußte auf seiner Entlassung zu bestehen, war der Umstand, daß sämtliche Prinzen mit Ausnahme des Herzogs Karl Theodor für den Adreßentwurf gestimmt hatten, obwohl der König dem Prinzen Otto aufgetragen hatte gegen die Adresse zu stimmen, was dieser aber auf den Rat des Prinzen Adalbert und des Freiherrn von Stauffenberg zurückwies. Es schien ohne Zweifel ein großer Zug des Charakters in König Ludwig zum Vorschein zu kommen, indem er mit aller Schärfe gegen Prinzen und Adlige, die sich zum Sturze Hohenlohes vereinigt hatten, einschritt.

In der Abgeordnetenkammer schleppte sich die Verhandlung

über die Adresse noch bis zum 12. Februar hin und man müßte einen großen Teil der schweren Angriffe, die insbesondere von seite des Referenten der Adresse Jörg ausgingen, hier wiederholen, wenn man zeigen wollte, wie Fürst Hohenlohe sich ehrenhafter Weise unmöglich bestimmt finden konnte, noch länger im Amt zu bleiben. Er selbst sprach in diesem Sinne mit Herrn von Mohl, der darüber folgendes an seine Regierung berichtete: „Abgesehen von der doch kaum zuzumutenden Auflage mit solchen Menschen zusammen und in jedem Augenblicke einer pöbelhaften Grobheit gewärtig sein zu müssen, sei der Fürst schließlich doch des Königs nicht sicher gewesen, ob derselbe Stand gehalten hätte, und auf seine Kollegen würde er sich noch weniger haben verlassen können.“ Dies waren die Gründe, welche Hohenlohe bestimmten, seine Entlassung sogleich nach der Abstimmung der Kammer einzureichen. Der König hatte zunächst die Einsendung der Adresse verlangt und es dauerte volle drei Wochen, bevor er sich entschloß, eine Entscheidung zu treffen, auf welcher der Fürst jedoch bestand, obwohl seine Ersetzung ungemein große Schwierigkeiten machte. In- und außerhalb Bayerns verhehlte sich wohl niemand, daß die Persönlichkeit Hohenlohes ein Prinzip vorstellte und seine Entlassung mithin eine Bedeutung für die internationalen und vor allem die deutschen Vertragsverhältnisse hatte. Jörg und seine Partei hatte ja deutlich ausgesprochen, daß der Kampf gegen den Fürsten nicht ihm, sondern dem Norddeutschen Bund und insbesondere dem Leiter desselben gälte. Indem man bemüht war, Hohenlohe gleichsam nur als ein Geschöpf Bismarcks darzustellen, hatte sich zwar der scheidende Minister nicht enthalten können, in seiner Verteidigung seine Verdienste hauptsächlich darin zu suchen, daß er gegen den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund stets sich ausgesprochen habe; aber jetzt war die Lage bereits so weit fortgeschritten, daß seine Gegner nicht nur die souveräne Stellung Bayerns zu erhalten, sondern in ein feindliches Verhältnis gegen Preußen einzutreten hoffen konnten. Unter diesen Umständen machte die

Krisis im bayrischen Ministerium in Berlin allerdings einen tieferen Eindruck. Gleich am 15. Februar telegraphierte Herr von Werthern dem Grafen Bismarck den Entschluß Hohenlohes, worauf Bismarck antwortete, er würde eine Entlassung im jetzigen Augenblick und nach dem Vorgefallenen für einen großen politischen Fehler erachten, welcher die schlimmsten Rückwirkungen selbst auf die Stellung des Königs ausüben müßte; er rate also auf das Entschiedenste ab. Man war in Berlin in der Tat besorgt, daß, falls ein Ersatz Hohenlohes im Sinne der beiden Kammern eintreten sollte, die Stellung des bayrischen Königtums Preußen gegenüber auf die Schneide des Schwerts gestellt sein würde. Aber auch Herrn von Werthern hatte Hohenlohe dieselben Beweggründe für seinen Abgang schon früher bezeichnet, die er Herrn von Mohl gegenüber ausgesprochen hatte, und wenn man erwog, daß die erwähnten Verstimmungen des Königs gegen die Prinzen Otto und Adalbert schon nach acht Tagen wieder behoben waren und daß die Versöhnung auch mit den übrigen Mitgliedern des Hauses schon wieder eingeleitet schien, so kann man wohl nicht zweifeln, daß der Fürst seine Stellung mit vollem Recht für unhaltbar erachtet hatte. Trotzdem wollte sich Bismarck nicht beruhigen, er ließ den Fürsten durch den Herzog von Ratibor dringend auffordern, im Amte zu bleiben und auszuharren. „Sein Name, seine Ehre und das konstitutionelle Prinzip“ — so antwortete Fürst Hohenlohe jedoch unerschütterlich — „mache es ihm unmöglich“.

Wer der Nachfolger sein sollte, war durch lange Zeit höchst fraglich. Der bayrische Gesandte in Wien Graf Bray galt als die geeignetste Persönlichkeit, welche König Ludwig für das schwierige Amt seines ersten Ratgebers fände; aber dieser selbst hegte große Bedenken, wie der preußische Gesandte in München erfahren hatte. Er sei zu alt und kein Redner, und unter den Ministern fänden sich solche, mit denen er nicht zusammen gehen könne. Er bezeichnete als viel geeigneteren Mann Herrn von der Pfordten, doch behauptete Mohl, es könne von ihm wohl

keine Rede sein, da er sich bei den letzten Wahlen durch sein politisches Programm bei allen Parteien lächerlich gemacht habe. Graf Bray verzichtete überdies nur ungern auf den Gesandtschaftsposten in Wien und ließ sich bloß auf den ausdrücklichen und persönlichen Wunsch seines Königs zur Annahme bestimmen. Er hatte im Jahre 1866 den Friedensschluß mit Preußen mit verhandelt und so durfte man sagen, die Wahl des Königs sei die glücklichste gewesen; Graf Bismarck beeilte sich seine Zufriedenheit mit derselben alsbald nach München auszusprechen. Bezeichnend aber war, daß auch Beust in Wien vom Grafen Bray die Hoffnung hegen zu können meinte, daß er der österreichischen Politik sich weit mehr nähern werde, als Fürst Hohenlohe.

Eine Unterredung mit dem neuen Minister hatte Mohl schon am 12. März. Er fand ein freundliches Entgegenkommen und die Versicherung, daß Graf Bray die Beziehungeu zwischen Baden und Bayern warm halten werde. In Bezug auf Preußen werde nicht der mindeste Systemwechsel stattfinden. Bayern werde ehrlich und redlich halten, was es versprochen habe. Bei diesen guten Absichten unterschätzte der neue Minister freilich die Macht der Kammermehrheit, welche durch ihren großen Sieg vollends übermütig geworden war. Und was in den nächsten Monaten sich in den Kammern abspielte, bezeichnete in der Tat ein wahres Märtyrertum des neuen Ministeriums, welches alsbald haltlos herüber und hinüber schwankte. Als die Kriegsverwaltung von dem Landtag einen außerordentlichen Militärkredit schon wegen der Neubewaffnung fordern mußte, konnte selbstverständlich Brays Programmrede nur diesem Zweck Rechnung tragen, und es war eine offene und männliche Erklärung des neuen Ministers, daß er sich verpflichtet halte, an dem mit Preußen geschlossenen Allianzvertrag unverbrüchlich festzuhalten. Aber die Kammer ließ sich dadurch nicht beirren: der außerordentliche Militärkredit für die Neubewaffnung wurde herabgemindert und das ordentliche Militärbudget in dem Finanzausschuß unter gleichzeitigen Anträgen auf wesentliche Abänderungen der Wehr-

verfassung auf das äußerste eingeschränkt. Bis in den Juli schleppten sich diese Verhandlungen, von welchen es unvergessen bleiben muß, daß die Bayern nicht in dem Maße gerüstet in den französischen Krieg eintreten konnten, wie der tüchtige Kriegsminister von Pranckh es allerdings gewünscht und geplant hatte. Wie lehrreich ist geschichtlich doch die Rede des besten dieser bayrischen „Patrioten", des Professor Sepp geblieben, der noch am 14. Juli keinen Mann und keinen Gulden für die Vermehrung und Verbesserung der bayrischen Armee bewilligte. Die ganze Verhandlung über das Militärbudget war in der Kriegsfrage des Jahres 1870 untergegangen.

Wenn Graf Bray in den innern verfahrenen Verhältnissen Bayerns keine Änderung hervorzubringen vermochte, so war er in seinen Beziehungen zu Württemberg, wo im Beginne des Jahres 1870 ganz ähnliche Kämpfe stattfanden, glücklicher. In gleichem Maße wie in Bayern richtete die Opposition ihre ganze Kraft gegen die militärischen Einrichtungen. Bei der Eröffnung des Landtags interpellierte die demokratische Partei den Minister Varnbüler in Betreff der Frage des „casus foederis" mit Preußen, und Varnbüler gab eine gewundene Erklärung ab, aus der die Opposition den Schluß zog, daß, wenn man früher gewußt hätte, Preußen habe den Württembergern die Entscheidung des „casus foederis" nicht zugestanden, die Kammer jedenfalls den Vertrag verworfen haben würde. Daneben wurde eine große Bewegung gegen das Wehrgesetz herbeigeführt, eine Massenpetition gegen dasselbe zu stande gebracht und in der Kammer sowohl das Budget, wie die Wehrverfassung bekämpft. Eine glückliche Wendung brachte jedoch der König dadurch hervor, daß er an Stelle des Generals von Wagner den General von Suckow zum Kriegsminister und den Staatsrat von Scheuerlen zum Minister des Innern ernannte. In einem Manifest der Volkspartei gegen „diese Regierung der Energie" hieß es, diese Persönlichkeiten ließen gar keinen Zweifel, daß es sich um die militärische Verpreußung Württembergs handle.

Diesem Treiben der bayrisch-württembergischen Parteien gegenüber war es erwünscht, daß Graf Bray mit Varnbüler auf alle Weise sich zu verständigen suchte und deshalb auch in Stuttgart einen Aufenthalt nahm, den er Herrn von Mohl gegenüber als äußerst gelungen und erfreulich bezeichnen konnte. Von Stuttgart aus war über die Zusammenkunft der Minister zwar nichts Sicheres zu erfahren, doch war man allgemein der Überzeugung, daß die württembergisch-bayrischen Beziehungen sich wesentlich gebessert hätten. Auch die Kriegsminister von Pranckh und Suckow traten in Nördlingen zusammen, wo eine Verständigung über die militärischen Angelegenheiten jedenfalls stattgefunden hat, die in dem beiderseitigen Entschlusse gipfelte, den Landtagen in den Militärbudgets keinerlei Konzessionen zu machen. Daraus mag wahrscheinlich das Gerücht entstanden sein, daß man die Allianzverträge auch gegen die inneren Feinde Preußens auszulegen beabsichtige. In den demokratischen Zeitungen war nichts unterlassen worden, um gegen die eingetretene größere Tätigkeit der beiden Kriegsminister aufzuhetzen. Man darf wohl annehmen, daß beide hochverdienten Offiziere schon damals ihre Anordnungen und Vereinbarungen in dem Sinne getroffen haben, daß es früher oder später doch zu einer gemeinsamen Aktion mit dem Norddeutschen Bunde kommen müsse. Zunächst war freilich alles in Dunkel gehüllt und Suckow beklagte sich, daß ihn die Blätter als preußisch gesinnt darstellten. In Bayern wie in Württemberg war im Augenblicke nichts vorhanden, als die Überzeugung, daß diese Staaten berufen seien die Souveränität der kleinen Könige für alle Zeiten zu verewigen. Die inneren Verhältnisse der beiden Länder ließen aber die Minister, den Grafen Bray, so gut wie Herrn von Varnbüler zu keiner ruhigen Stunde kommen. Varnbüler hielt man wiederholt für regierungsmüde und seine Niederlagen in den Kammern gaben alle Augenblicke zu dem Gerüchte einer Ministerkrisis Anlaß; man sprach von Propst als künftigem Minister, einem Manne, von dem der Minister von Freydorf behauptete, es wäre mit

ihm noch schwieriger zu verhandeln als mit Varnbüler. Graf Bray hielt sich schon im Mai für außer Stande Einfluß auf die Kammern zu gewinnen und bat den König, an seiner Stelle Herrn von der Pfordten oder den bayrischen Gesandten in Stuttgart von Gasser zu seinem Nachfolger zu ernennen. Man glaubte aber, der König werde nach Schluß des Landtages den Fürsten Hohenlohe wieder berufen. Zu alledem zog sich der König immer mehr und mehr zurück und Bray versicherte ganz offenherzig schon Ende April, daß er denselben niemals zu sehen bekomme. Auch in der inneren Verwaltung des Ministeriums brachte er keine rechte Verständigung mit seinen Untergebenen zu Wege. Baron Völderndorf klagte, daß der neue Minister niemanden von seinen Depeschen und Verhandlungen in Kenntnis setze. Er habe bloß seinen Sohn zur Hand, mit dem er alles allein besorge. Unter den Diplomaten in München unterhielt man sich mit Heiterkeit und Vorliebe von den unzähligen Anekdoten, welche die Hofgesellschaft und die eigentümliche Lebens- und Verkehrsweise des Königs lieferten und die man in einem ernsthaften Geschichtswerk kaum nacherzählen mag.

In einzelnen auch im Süden Deutschlands bemerkbaren Erscheinungen trat die unentwegte vorsorgliche Tätigkeit des preußischen Kriegsministeriums wohltuend und tröstlich hervor. Wie wichtig war es, daß schon am 26. Juni eine Konvention über die Militärtransporte auf den Eisenbahnen zwischen den süddeutschen Staaten und dem Norddeutschen Bunde zu stande gekommen war. Und wie erfreulich, daß die badischen Truppen von preußischen Generalen noch eben auf den Wunsch des Großherzogs inspiziert werden sollten.

Die Zukunft Deutschlands lag nicht mehr in den Händen von Diplomaten und Ministern, sondern in der Kraft der Waffen und der Heere.

Viertes Kapitel.

Der Ausbruch des Krieges.

I.

Im April 1870 trat in Paris nach dem Abgang des Ministers Daru eine große Veränderung des Ministeriums ein. Zunächst hatte Ollivier die auswärtigen Geschäfte selbst übernommen, und am 15. Mai wurden dieselben zu nicht geringer Überraschung der gesamten deutschen Diplomatie dem Herzog von Gramont, Botschafter in Wien, übertragen. Graf Bray, welchem die Wiener Verhältnisse und Persönlichkeiten seit Jahren so genau bekannt waren, meinte etwas ironisch gegenüber Herrn von Mohl: „man werde in Berlin über die Ernennung von Gramont zum Minister des Äußeren sehr viel weniger erfreut sein, als in Wien."

Graf Bray hatte sich auf seinem Wiener Gesandtschaftsposten als ein sehr aufmerksamer Beobachter der Beziehungen zwischen Beust und Gramont bewährt und je weniger er an den Umtrieben der beiden sich so sehr verkannt haltenden Staatsmänner gegen Preußen Anteil haben mochte, desto klarer urteilte er über die gefährliche Lage. Es war ihm auch nicht unbekannt, daß zwischen dem Erzherzog Albrecht und der französischen Gesandtschaft militärische Verabredungen stattgefunden hatten und von dem ersteren ein Feldzugsplan vorlag, der ja freilich zunächst nur als eine Studie zu einer möglichen Kooperation der fran=

zösischen und der österreichischen Armee gedacht war, wie sie der unternehmungslustige Erzherzog, der sein Feldherrntalent nicht benützt sah, mit Vorliebe zu machen pflegte, welcher aber doch deutlich zeigte, wessen man sich von Österreich zu versehen hätte, wenn Kaiser Franz Joseph nicht klüger gewesen wäre, als seine gesamte Umgebung.

Es ist von hervorragender Seite viel über die Frage in Frankreich geschrieben worden, durch wen die Idee der Ernennung Gramonts zum auswärtigen Minister dem Kaiser Napoleon empfohlen wurde, da es gewiß war, daß der Kaiser selbst von der Begabung und dem politischen Takt des Herzogs von Gramont nicht übermäßig viel hielt. So wenig man aber etwas Sicheres über die Beweggründe dieser verhängnisvollen Ernennung weiß, so gewiß ist, daß man an hervorragenden Stellen der europäischen Regierungen der neuen Stellung des Mannes, der für die Schicksale von Frankreich und Deutschland so entscheidend werden sollte, sofort eine große Bedeutung beilegte. Besonders in Berlin konnte man sich darüber nicht täuschen, da die Regierung seit Ende Februar in die Angelegenheiten der spanischen Thronkandidatur, wenn auch ohne jedes Zutun des Königs, so bestimmt hereingezogen wurde, daß das Auftreten eines polternden und ruhmdürstigen französischen Ministers nur allzuleicht bedenkliche diplomatische Wendungen hervorbringen konnte.

Durch ein Schreiben von wenigen Zeilen, welches König Wilhelm am 26. Februar an Bismarck richtete und das erst durch die neuesten Veröffentlichungen aus den Archiven des Kanzlers bekannt geworden ist, wird die vielbesprochene Frage der Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern in eine Beleuchtung gebracht, die bei dem gänzlichen Mangel aller entscheidenden Akten zum erstenmal einen Anhaltspunkt für die richtige Beurteilung dieser verwickelten Frage darbietet. Der König schreibt:

„Die Einlage fällt mir wie ein Blitz aus heiterer Luft auf den Leib! Wieder ein Hohenzollerischer Thronkandidat und zwar

für Spanien. Ich ahndete kein Wort und spaßte neulich mit dem Erbprinzen über die frühere Nennung seines Namens und Beide verwarfen die Idee unter gleichem Spaß! Da Sie vom Fürsten Details erhalten haben, so müssen wir konferieren, obgleich ich von Haus gegen die Sache bin. Ihr W."

Die in dem Brief erwähnte Einlage blieb bis heute unbekannt und ebenso fehlt jede Andeutung darüber, was in dieser Angelegenheit zwischen Bismarck und dem König besprochen und festgestellt worden ist.

Wenn es sich bloß darum handelte, die Auffassung des Fürsten Bismarck von der Entwicklung der merkwürdigen und verhängnisvollen Angelegenheit wiederzugeben, so hätte die Geschichtsschreibung ein leichtes Spiel und sie brauchte kaum etwas anderes zu tun, als das Kapitel zu wiederholen, welches in den Gedanken und Erinnerungen überschrieben ist: „Die Emser Depesche". Abgesehen von der Analyse der politischen Lage und von der großartigen Beherrschung und Wahrnehmung der nationalen Bedürfnisse und Pflichten, welche in dieser unübertrefflichen Darstellung hervortreten, muß man in diesem Kapitel auch die Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit und Offenheit bewundern, die nur von den wenigsten Denkwürdigkeiten großer Männer in gleichem Maße erreicht worden sind. Bei der fesselnden Erzählung Bismarcks muß man jedoch beachten, daß er nur das sagt, wie er selbst, nicht aber wie alle übrigen beteiligten Personen in der Sache dachten und wirkten. Weder die Anschauungen des Fürsten Anton von Hohenzollern, noch die seiner Söhne werden uns mitgeteilt. Die Stellung des Königs zu der ganzen Angelegenheit ist mit keinem Worte berührt. Und doch sind die Verhältnisse so persönlicher Art, daß in dem Gang der Ereignisse die Entscheidungen der Monarchen als das allein Maßgebende erscheinen. Hat man es doch mit einem jener Fälle zu tun, wo das ganze Gewicht des ersten und höchsten verantwortungsvollen Willens im Staate zur Geltung kommt und wo der Charakter des dienenden und ausführenden Staatsmanns seine ganze Ab-

hängigkeit von dem höheren Willen empfinden wird. Wie dramatisch ergreifend ist in Bismarcks Gedanken und Erinnerungen der Moment geschildert, wo der allgewaltige Minister in tiefer Erregung über den Gang der Dinge abdanken zu müssen glaubt, und doch zeigte zu derselben Zeit sich der Herrscher des Volks allein und in persönlicher Weise in seiner vollen Größe mit Entschlüssen beschäftigt, für welche immer nur er und kein anderer Mensch verantwortlich sein wird, weil die höchsten Entscheidungen über das Schicksal der Staaten und Völker eben doch nur von dem höchsten Willen ausgehen können. Selten ist im 19. Jahrhundert ein so gewaltiges kriegerisches Ereignis in einer so persönlichen Weise zur Entwicklung gekommen, wie dies beim Ausbruch des französischen Kriegs der Fall war. So wenig der König geneigt war, die Hohenzollerische Kandidatur in Spanien ernst zu nehmen, oder zu unterstützen, so lag es doch auf der Hand, daß die Annahme oder Ablehnung in erster Linie eine Familienangelegenheit sei. Der persönliche Anteil des Königs bei der Entscheidung der Frage war um so größer, je mehr man von seite Preußens und des Bundesstaats die Sache als eine nicht politische betrachtete. Das Bundeskanzleramt hatte auch tatsächlich die Stellung eingenommen, daß es in Betreff der Hohenzollerischen Kandidatur amtlich gar nicht beteiligt sei und sich in keinem Falle für verpflichtet halten könne, in irgend einer Weise in Anspruch genommen, oder zu Verhandlungen veranlaßt zu werden. Auch in den „Gedanken und Erinnerungen" bemüht sich Bismarck selbst noch nach so vielen Jahren diesen Standpunkt ganz besonders zu rechtfertigen. Daraus geht klar hervor, daß die Aufgabe, welche dem König in dieser Angelegenheit oblag, viel tiefgreifender gewesen ist, als in den meisten Darstellungen der Zeitgeschichte anerkannt wird. Nur die französischen Quellen zeigen ein lebendigeres Verständnis für die große und bedeutende Leistung, die dem Könige darin gestellt war, daß er einerseits den Vorwurf, einen mörderischen Krieg bewirkt zu haben, sorgfältig zu vermeiden und andererseits

doch die Ehre der Nation und das Ansehen des neuen Staates zu wahren hatte.

Dieser persönliche und dynastische Charakter der ganzen Frage war, wie den Geschichtsschreibern der Franzosen so auch schon ihrer Regierung keinen Augenblick entgangen und eben darauf baute Gramont seine verwegene Politik. Es bleibt unsicher, ob auch der Kaiser Napoleon selbst Hoffnungen auf den Umstand gründete, daß die süddeutschen Staaten durch ihre Verträge nicht verpflichtet sein würden, in einer rein dynastisch preußischen Sache den Bündnisfall anzuerkennen. Sicherlich aber rechnete man, und zwar mit gutem Grunde, von seite der französischen Diplomatie darauf, daß in Bayern und Württemberg der verbreitete Preußenhaß, wie sich auch nachher zeigte, nach Möglichkeit sich sträuben werde, um einer dynastischen Angelegenheit willen Geld und Blut zu opfern. Seit den Zeiten Karls V. und Franz I. hat es kaum einen Krieg in Europa gegeben, der so durchaus auf die persönlichen und dynastischen Verhältnisse zugespitzt war. Dennoch aber zeigte sich die Berechnung der Franzosen völlig falsch, da sie den tieferen Hintergrund der nationalen Empfindungen des deutschen Volkes völlig unterschätzten, während der geniale Blick des großen deutschen Staatsmannes keinen Augenblick bezweifelte, daß der Angriff des feindseligen Nachbars die Einheit des nationalen Bewußtseins und des Staates herbeiführen werde. Daß es daher der preußischen und deutschen Staatskunst nur erwünscht war, wenn Napoleon von den Leidenschaften seines irregeführten Volkes zu einem so wahnsinnigen Angriff gezwungen wurde, wird um so lieber zugestanden werden müssen, als die innere Lage Deutschlands, wie sich gezeigt hat, eine andere Lösung der Einheitsfrage gar nicht zuließ. Wenn aber deshalb Bismarck für den Krieg verantwortlich gemacht wurde, so wäre es wahrhaft überflüssig, die Angriffe französischer Schriftsteller auf den Kanzler zurückzuweisen und noch viel weniger braucht man törichte Halbwisserei deutscher Parteistellungen zu widerlegen.

Diese Irrtümer zerfallen vor dem aufrichtigen Bekenntnisse der „Gedanken und Erinnerungen“, daß Bismarck selbst nicht weniger wie Moltke, wenn die Franzosen sich schlagen wollten, für den Kampf mannhaft gerüstet war.

II.

Ursprung der Hohenzollerischen Kandidatur.

Wenn die Hohenzollerische Thronkandidatur im Februar 1870 den König Wilhelm überraschte, da er bis dahin an den Ernst und die Wichtigkeit der Sache in keiner Weise glaubte, so war damit nicht ausgeschlossen, daß in Spanien der Gedanke, einen Hohenzoller auf den Thron zu berufen, bereits eine Geschichte hinter sich hatte, die wenigstens zum Teil nach glaubwürdiger Überlieferung berichtet werden kann. In den Erzählungen über die Entstehung und Entwicklung der Thronkanditatur pflegt die geheimnisvolle Reise eines Mitgliedes der Cortes, Salazar y. Mazarredo, in Deutschland eine gewisse Rolle zu spielen, welche ganz unnötigerweise dazu benutzt wurde, zu beweisen, daß die Berliner Regierungskreise in dieser Angelegenheit völlig unbeteiligt und uneingeweiht gewesen seien. Diese Bemühung ist jedoch zweifelhaft geworden, seitdem man aus den Tagebüchern des Königs Karl von Rumänien unterrichtet wurde, daß der preußische Gesandte in München Freiherr von Werthern im September 1869 den Fürsten Karl Anton um eine Audienz ersuchte, in welcher er diesem den mit ihm gekommenen „Abgesandten der spanischen Cortes“ vorzustellen wünschte. Der Fürst befand sich damals mit seiner ganzen Familie zu Weinburg und faßte „nach reiflicher Überlegung mit seinen Söhnen“ den Entschluß, den Spanier, „der direkt aus Vichy vom Marschall Prim kam“, zu empfangen. Er hatte den Auftrag, dem Erbprinzen von Hohenzollern die spanische Königskrone anzutragen und wußte die Sache seines Vaterlandes eifrig zu vertreten.

Die Stellung, welche der preußische Gesandte Herr von Werthern zu der ganzen Angelegenheit einnahm, ist etwas dunkel. Von einer ihm sehr nahe stehenden Seite ist mir versichert worden, daß er nicht nur ohne jede amtliche Eigenschaft gehandelt, sondern sogar ängstlich vor seinem Chef verbergen mußte, daß er bei einem Besuch der pyrenäischen Bäder Gelegenheit gehabt hätte, die Aufmerksamkeit Don Salazars auf das Hohenzollerische Haus zu lenken. Andererseits lag es freilich viel näher, anzunehmen, daß man in Spanien durch die Beziehungen zu dem portugiesischen Hofe eine Verbindung auch mit den verwandten Hohenzollern gefunden haben werde. Jedenfalls war man in vielen fürstlichen Familien Deutschlands in der Lage, Einsicht in die spanischen Thronkandidaturen zu erlangen, denn da der alte König Ferdinand von Portugal des Erbprinzen von Hohenzollern Schwiegervater gewesen und selbst eine Zeitlang als Kandidat für den spanischen Thron aufgestellt war, so dürfte ihm die weitere Entwicklung der Begebenheiten, die zur Kandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern führten, nicht fremd gewesen sein. Herzog Ernst von Koburg, der Vetter des Königs Ferdinand erinnerte sich schon frühzeitig durch diesen auch von der Kandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern unterrichtet gewesen zu sein; und bei dem intimen Verkehr der Koburgischen Häuser ist nicht anzunehmen, daß die schon seit längerer Zeit auf den Erbprinzen von Hohenzollern gelenkte Aufmerksamkeit der preußischen Regierung und vor allem Bismarck ein Geheimnis geblieben sei, wenn auch zunächst bei der geringen Neigung im fürstlichen Hause von Hohenzollern sich auf die Sache einzulassen, nach dem Zeugnisse des Königs Wilhelm die Sache mehr scherzhaft behandelt worden ist. Es ist aber dabei nicht zu verkennen, daß die Aussichten, für den Hohenzollerischen Erbprinzen gegenüber allen anderen Thronkandidaturen in Spanien eben wegen dieser dynastischen Verhältnisse die allergünstigsten gewesen wären, sobald das Haus Hohenzollern sich irgend geneigt gezeigt hätte, das in Rumänien geglückte aber damals noch durchaus nicht gesicherte

Experiment in Spanien zu wiederholen. Der in Bezug auf Thronkandidaturen so sehr erfahrene König Ferdinand wäre gewiß der Erste gewesen, der seinem Schwiegersohn zu dieser Laufbahn Glück gewünscht hätte, da er selbst die in den Kreisen spanischer Politiker aufgetauchte Idee einer iberischen Union in keiner Weise zu verwirklichen beabsichtigte. Es war nicht das erste Mal, daß in Spanien die Idee einer näheren Verbindung mit Portugal an Persönlichkeiten des Koburgischen Hauses sich knüpfte. Die ganze Lage erinnerte lebhaft an das Jahr 1846, wo dieselbe spanische Politik den Bruder des Königs Ferdinand zum Gemahl der Königin Isabella wünschte. Diese dynastisch zu begründenden Beziehungen der beiden schönen Königreiche lebten seit den Zeiten Karls V., von Zeit zu Zeit wieder auf und wurden ebenso vielmals bekämpft. Die Familie des Fürsten von Hohenzollern stand durch wiederholte Vermählungen in dem innigsten und freundschaftlichsten Verkehr mit dem portugiesischen Hofe. Der ausgezeichnete und geistreiche zu früh verstorbene älteste Sohn Ferdinands, Pedro V., war mit einer der vielgerühmtesten Prinzessinnen Deutschlands, der liebenswürdigen Tochter des Fürsten Anton von Hohenzollern verheiratet und diese Prinzessin, Stefanie, leider so früh verstorben, stand noch im besten und treuesten Andenken, während die jüngere Schwester Pedros V. wenige Wochen vor dessen Tode den Erbprinzen Leopold geheiratet hatte. Nichts wäre verkehrter als diese dynastischen Verhältnisse zu unterschätzen, denn die Ähnlichkeit der Verhältnisse von 1846 war eine so vollständige, daß sich der wesentliche Gegensatz zwischen den Thronkandidaturen auch jetzt darin wiederholte, daß, wie zur Zeit der spanischen Heiraten, zwischen einem Deutschen und Franzosen die Thronfolge schwankte. Derselbe Herzog von Montpensier, für dessen Nachfolge Louis Philipp seine Freundschaft zu England opferte, trat auch jetzt als wichtigster Kandidat neben dem Erbprinzen von Hohenzollern auf. Es ist daher nicht erstaunlich, daß Napoleon den Erbprinzen im Beginne der Thronfolgefrage dem Orleans, wie dies durch französische Nachrichten

ausdrücklich versichert wird, bei weitem vorgezogen hat. Man glaubte in Spanien so gut, wie an den meisten deutschen Höfen, daß sich die Hohenzollerischen Fürsten in den Tuilerien einer besonderen Freundschaft zu erfreuen hätten, wobei die Verwandtschaft der Napoleoniden mit den Hohenzollern nicht außer Betracht geblieben war.

Die ersten Nachrichten von dem Auftauchen der Hohenzollerischen Kandidatur in Madrid fanden bei dem Kaiser Napoleon auch in der Tat keine ungünstige Aufnahme. Jedenfalls schien seine Geneigtheit diese Kandidatur zu genehmigen weit größer, als im fürstlichen Hause die Absicht, sie anzunehmen. Dem Kaiser wäre sehr erwünscht gewesen, wenn sich bei diesem Stand der Dinge die Hohenzollern ganz und gar ihm anvertraut hätten und die Kandidatur des Erbprinzen gewissermaßen als eine französische sich hätte darstellen lassen. Aber aus Mitteilungen des Großherzogs von Baden geht hervor, daß besonders Fürst Anton in der Erkenntnis dieser Lage und gerade nach dieser Richtung dem Unternehmen abhold war. Wenn man der Darstellung des Grafen Benedetti glauben soll, so war es dieser selbst, der dem Kaiser Napoleon zuerst Bedenken gegen die Hohenzollerische Kandidatur eingeflößt hat. Er wies auf die starke nationale Richtung des fürstlichen Hauses hin und meinte, daß der Name Hohenzollern in Frankreich genügen werde, gegen das Königtum des Erbprinzen Leopold sich mächtig zu erheben. Nach seinen eigenen Mitteilungen glaubte er sich verpflichtet, von dem Kaiser die Erlaubnis zu erlangen, in Berlin gegen die Hohenzollerische Kandidatur einschreiten zu dürfen. Indessen hatte noch im Mai 1869 Napoleon so wenig Argwohn, daß er Benedetti durch den Minister beauftragen ließ, seine Sprache in Bezug auf die spanischen Verhältnisse so einzurichten, daß jeder Schein vermieden würde, als wenn Frankreich Händel suchte. So berichtet Benedetti selbst, obwohl man nicht behaupten kann, daß er in diesem Punkte sich so vorsichtig gezeigt hätte, als in einer so verwickelten dynastischen Frage notwendig gewesen wäre.

Wenn man den Gang der Dinge in Spanien im Jahre 1868 und bis zur Mitte des Jahres 1869 beobachtete, so mußte man erstaunen, daß die Thronfolgefrage einen im ganzen sehr ruhigen Verlauf nahm und daß, so mannigfaltig auch die Ansprüche und Kandidaturen für die vorzunehmende Königswahl sich darboten, doch an allen Höfen und bei allen Regierungen eine große Nüchternheit und ein aufrichtiges Bestreben vorhanden war, dem schönen Spanien bald möglichst zu einer friedlichen, die Revolution abschließenden Regierung zu verhelfen. Die Kandidaturen waren zwar mannigfaltiger Art. Neben dem Herzog von Montpensier hatten der Prinz von Asturien, ferner Don Carlos und endlich der Herzog von Genua ihre Anhänger. Alle Welt wetteiferte in Erklärungen, daß man sich in die inneren Angelegenheiten Spaniens nicht einmischen werde, daß dem spanischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht gewahrt bleiben müsse. Man schien überall sehr zufrieden, daß augenblicklich ein ruhiger Zustand durch die sichern und starken Hände des Regenten und seines bedeutenden Ministers, des Generals Prim, gesichert sei. In den großen Volksmassen Frankreichs, so gut wie Deutschlands und Italiens, zeigte sich ganz außerordentlich wenig Teilnahme dafür, wer in Spanien König sein solle. Die betreffenden Kandidaten, deutsche so gut wie französische, italienische und spanische waren für die Mehrzahl der Zeitungsleser diesseits und jenseits des Rheins gleichgiltige Personen mit wenig beachteten Namen. Wenn man nach Leuten suchen wollte, welche in schuldigem oder unschuldigem Eifer in Deutschland und Frankreich eine große Verantwortlichkeit für den verhängnisvollen Krieg auf sich gezogen haben, so müßte man sich ohne Zweifel an jene Korrespondenten halten, die ganz plötzlich in den Zeitungen die Thronkandidatur in Spanien zu einer taktlosen Beförderung jeder Gehässigkeit und der nur zu sehr vorhandenen nationalen Eifersucht zwischen Frankreich und Deutschland mißbraucht haben. Gewiß beachtenswert ist es, daß die „Neue freie Presse“ in Wien schon sehr frühzeitig großes Aufsehen von den

Aussichten der Hohenzollern in Spanien zu machen wußte, obwohl man zunächst in Sigmaringen und Berlin noch gar keinen Ernst zeigte, die Sache in Erwägung zu ziehen. In der französischen Zeitungspresse scheint es La France gewesen zu sein, die schon im Frühjahr 1869 anfing, die schweren Bedenken für die französische Nation in glühenden Farben zu schildern, wie sie die Kandidatur eines Hohenzollern hervorbringen werde. Und wenn man die bösartigen Wirkungen studieren wollte, welche die Presse auf die Leidenschaften eines Volkes ausüben kann, so müßte die traurige Entstehungsgeschichte des Krieges von 1870 ein klassisches Beispiel geben. Wer aber diese Hetze in Scene gesetzt, befördert und bezahlt hat, wird wahrscheinlich immer im Dunkel bleiben. Nur so viel ist gewiß, daß den Kriegsparteien alsbald klar geworden war, es möchte sich an diesem kleinen Funken einer Hohenzollerischen Kandidatur recht wohl der große, längst erwartete Brand anblasen lassen. Am wenigsten war dem Fürsten von Hohenzollern und seinen Söhnen von den Madrider Korrespondenten deutscher Blätter ein Dienst und Gefallen getan, wenn sie die Popularität des Namens Hohenzollern bei den maßgebenden Personen Spaniens rühmten, denn diese Reklame konnte bei der vornehmen Denkungsart dieses Hauses sicher nur die gegenteilige Wirkung hervorbringen, zumal sie den Gegensatz in Frankreich schärfte und den Wahnsinn des Rachegeschreies gegen Deutschland wesentlich beförderte. Die deutsche Presse und voran die österreichische kann von Mitschuld nicht ganz frei gesprochen werden, durch taktlose Behandlung der Hohenzollerischen Kandidatur sehr viel zur Steigerung der Kriegserregung in Frankreich beigetragen zu haben. Sie wurde hierbei wesentlich von der im Februar 1869 erschienenen Denkschrift desselben Staatrats und liberalen Abgeordneten Salazar genährt, der ein halbes Jahr später jene erwähnte geheimnisvolle Reise nach Weinburg unter dem Schutze des Herrn von Werthern unternommen hatte. Diese Preßtreibereien gaben dann auch Benedetti in Berlin den zunächst nicht ganz unberechtigten Anlaß,

die Sache in ein geschäftliches Geleise der diplomatischen Verhandlung bringen zu wollen. Wenn in anderen Geschichtsdarstellungen deshalb zu lesen ist, es liege ein glänzendes Beispiel dafür vor, wie eine gewaltige Katastrophe aus den Handlungen eines argwöhnischen Geistes sich entwickelt hätte, so darf man dem gegenüber nicht verkennen, daß der französische Botschafter schon vermöge des bestehenden Zeitungslärms verpflichtet war, auf den Grund dieser Dinge zu sehen und seiner Regierung Auskunft zu geben. Bei der im allgemeinen den deutschen Angelegenheiten günstig gestimmten Meinung Benedettis darf man wohl behaupten, daß ihm, da er zuerst die Frage mit Herrn von Thile in Berlin in Abwesenheit Bismarcks zur Sprache brachte, jede Feindseligkeit fern lag.

Wie bekannt, hatte der preußische Unterstaatssekretär zunächst sich bei seinem Gespräche mit Benedetti auf den schon oben gekennzeichneten Standpunkt gestellt, daß die preußische Regierung von dieser ganzen Sache schlechterdings nichts wisse. Es war derjenige Gesichtspunkt, welcher in der spanischen Thronfrage von Anfang an durch Bismarck festgestellt worden und an dem man fortan und bis zum äußersten Punkte des Streitfalls festzuhalten entschlossen war. Ob und wie weit König Wilhelm selbst diesen Standpunkt teilte, ist nicht sichergestellt. In dem entscheidenden Brief vom 26. Februar verlangt er ausdrücklich Beratung mit dem Ministerium über diesen Gegenstand. In seinen Gesprächen mit Benedetti machte er auch nachher eine solche Unterscheidung in seiner Person als Staats- und Familienoberhaupt nicht bemerkbar. Völkerrechtlich betrachtet, konnte die Theorie Bismarcks kaum aufrecht erhalten werden. Alle Thronkandidaturen welche im 19. Jahrhundert spielten, in Griechenland, in Spanien, in Portugal, waren stets Gegenstand internationaler Verhandlungen und die Koburger in Belgien, wie die Dänen in Griechenland und die Hohenzollern in Rumänien boten unzweifelhafte Beispiele, daß solche dynastische Gründungen nur im Einverständnisse der miteinander verhandelnden Großmächte vor

sich gegangen waren. Die Weigerung der preußischen Regierung, über diesen Fall sich auszusprechen, weil derselbe den Staat nicht betreffe, erschwerte Benedetti seine Stellung offenbar, indem er aus den Äußerungen des Herrn von Thile den Verdacht schöpfen mußte, daß etwas vor sich gehe, was man preußischerseits zu verheimlichen gedenke. Friedfertiger hätte es wohl geklungen und hätte dem französischen Botschafter eine größere Beruhigung gegeben, wenn von Herrn von Thile geantwortet worden wäre, was zur Zeit des Gespräches nur zu wahr gewesen, daß man in Sigmaringen schlechterdings nicht die mindeste Neigung zur Annahme des spanischen Thrones habe, sowie daß bis dahin nicht die leisesten ernsten Verhandlungen zwischen Madrid und dem fürstlichen Hause stattgefunden hätten. Hingegen hatte man deutscherseits das berechtigte Gefühl, den Franzosen in einer so persönlichen Angelegenheit der Dynastie keine Eröffnungen machen zu müssen, wenn auch diese Auffassung diplomatisch nicht als freundlich bezeichnet werden konnte. Aber es war nur natürlich, daß sich nach so langer Zeit deutscher Schwäche glücklicherweise endlich der ganze politische Mannesstolz in dem großen Staatsmann regen durfte, der sein Vaterland auf eine freilich in den Tuilerien nicht gewünschte Höhe gehoben hatte. Wie aber von vornherein hier die starre Abgeschlossenheit und Ablehnung und dort die traditionelle Vielgeschäftigkeit einer seit Jahrhunderten übergreifenden Politik zum Ausdruck kam, so machte alles den Eindruck, als wenn der Kampf der Geister bei diesem Zusammenstoße zweier Welten bereits in den Wolken begonnen hätte, bevor in den katalaunischen Gefilden noch die Krieger wirklich bluteten und starben. Und alles dies bildete bereits ein gewaltiges diplomatisches Vorspiel, ehe die Hauptpersonen in die Handlung eingetreten waren.

Indessen hatte der schon erwähnte Besuch Salazars doch die Folge, daß im fürstlichen Hause Hohenzollern die spanische Frage immer ein lebhaftes Interesse erweckte und daß die Beziehungen zu derselben niemals abgebrochen wurden, wie man

aus einer fortlaufenden Reihe von Äußerungen sieht, die in Briefen und Aufzeichnungen des Königs Karl von Rumänien niedergelegt und bekannt geworden sind. Es ist leider in denselben, wie sie gedruckt vorliegen, nicht deutlich mitgeteilt, was zwischen Salazar und dem Fürsten Karl Anton verabredet worden war. Man gewinnt fast den Eindruck, als ob Salazar den Versuch gemacht hätte, den Fürsten Karl von Rumänien selbst zu bestimmen, seine Krone mit der wertvolleren von Spanien zu vertauschen; denn als der Spanier dem in Weinburg eben anwesenden Fürsten vorgestellt wurde, gab er zu verstehen, daß die Augen seines Volkes „auf den Fürsten Karl von Rumänien gerichtet wären, da derselbe bereits den Mut gehabt habe, unter schwierigen Verhältnissen eine derartige Mission auf sich zu nehmen.“ Fürst Karl erklärte jedoch mit größter Entschiedenheit, daß sein Pflichtgefühl es ihm nie gestatten werde, den bescheidenen Fürstenhut, den er trage, zu vertauschen, sei es auch mit der stolzen spanischen Krone.“

Wie sich der Erbprinz bei diesem ersten Besuche Don Salazars zu der Thronfrage für den Fall stellte, daß seine Kandidatur trotz seiner Abneigung von den Cortes festgehalten würde, ist leider aus dem Tagebuche des Fürsten Karl nicht deutlich zu ersehen. Es wird darin nur gesagt, daß er die Kandidatur nicht eben ganz von der Hand gewiesen hätte; dabei soll er jedoch hervorgehoben haben, er werde sich niemals in eine politische Kombination hineinziehen lassen, die zum Nachteil Portugals ausschlagen könnte. Er hatte also Sorge, daß ihn die Partei der iberischen Union auf Wege leiten möchte, die er wegen seiner Verwandtschaft mit dem Königshause von Portugal nicht billigte; ein Fingerzeig, daß die Aufstellung der Kandidatur des Hohenzollern durchaus als eine Folge der Ablehnung des König Ferdinands aufzufassen war, und daher in ihrem Ursprung in gar keinem Zusammenhang mit deutscher Politik, oder mit deutschen Verhältnissen gestanden hat. Und da überdies überliefert wird, die Ansicht des Erbprinzen wäre

dahin gegangen, daß er einstimmig gewählt sein müßte und keine Gegenkandidaten zu bekämpfen haben dürfte, so kann darüber kein Zweifel sein, daß der spanische Versuch in Weinburg eine wenn auch in höfliche Formen gefaßte Zurückweisung fand.

Eine eigentümliche Verwicklung führte jedoch in der Angelegenheit der Umstand herbei, daß Fürst Karl sich eben auf einer Reise nach Paris befand, wo er dem Kaiser einen schon früher geplanten Besuch abstattete. Sein Weg führte über Baden-Baden, wo sich König Wilhelm aufhielt und eben auch der Kronprinz erschien, der sich nach dem Orient zur Eröffnung des Suez-Kanals begab. Ein lebhafter Verkehr fand zwischen diesen fürstlichen Herrschaften statt, an welchem auch der Großherzog von Baden teilnahm, der mithin Gelegenheit hatte, in diesem Augenblick einen genauen Einblick in die politische Lage und insbesondere in die von Spanien angeregten Thronfragen zu gewinnen. Es muß unter diesen Umständen ein großes Gewicht darauf gelegt werden, daß die Erinnerungen des Großherzogs die Annahme vollständig ausschließen, als ob die Hohenzollerische Thronkandidatur jemals den Wünschen, oder gar den Anregungen des fürstlichen Hauses ihren Ursprung zu verdanken gehabt hätte. Wer immer der Ohrenbläser Don Salazars und des Marschalls Prim gewesen sein mag, er durfte nicht behaupten, daß er im Interesse des Hohenzollerischen Hauses sich bemüht hätte.

Als Fürst Karl, der Einladung des Kaisers Napoleon folgend, in Paris angelangt war, konnte er ein Bild des innigsten Einverständnisses und der freundschaftlichsten Beziehungen zwischen dem kaiserlichen Gastfreund und dem Hohenzollerischen Hause in seinem Tagebuch entrollen. Wenn er den unbestimmten Eindruck verzeichnet, daß der Kaiser sich unsicher in den Fragen der großen Politik gezeigt, wie wenn ein schwerer Druck auf ihm lastete, so ist nicht sicher, ob diese Bemerkung auf die spanischen Angelegenheiten zu beziehen sei, aber da es undenkbar wäre, daß die spanischen Thronkandidaturen in diesem Augenblick nicht zur

Sprache gekommen sein sollten, so darf angenommen werden, daß in diesem Zeitpunkt ein Mißverständnis zwischen Frankreich und Preußen in Bezug auf die spanische Politik weder vorhanden war, noch befürchtet wurde.

Ein interessanter Zwischenfall ergab sich jedoch durch den Umstand, daß die Kaiserin Eugenie damals die Absicht hatte, den Fürsten Karl zu einer Vermählung mit der Prinzessin Karoline, der ältesten Tochter des Prinzen Joachim Murat, zu bestimmen. Die Kaiserin Eugenie liebte es, Familienpolitik solcher Art mit Nachdruck zu betreiben und das Projekt schien ganz besonders im Augenblick in die Kombinationen der französischen Politik zu passen. Es war nun eine gewisse Enttäuschung entstanden, daß Fürst Karl bereits die Verlobung mit der Prinzessin von Wied in Aussicht genommen hatte und eben im Begriffe war nach Köln zu reisen, um diese Absicht ins Werk zu setzen. Wenn man in Spanien davon sprach, daß die Kaiserin Eugenie durch das Mißlingen des von ihr betriebenen Heiratsprojektes den Hohenzollern einen Groll nachgetragen habe, so ist dies selbstverständlich eine sehr übertriebene Auslegung eines Vorkommnisses, dessen Tatsächlichkeit nicht zu bezweifeln war. Am badischen Hofe war man davon unterrichtet und erinnert sich noch heute, daß eine gewisse Empfindlichkeit in Paris zurückgeblieben war, wenn man auch nicht behaupten dürfte, daß der Erzählung des spanischen Diplomaten Marcoartu die Tragweite beizumessen ist, die in Betreff der spanischen Thronkandidatur in dem Zwischenfall erblickt wurde. Immerhin darf man in diesem französischen Heiratsprojekt einen Beweis erblicken, wie sehr man in den Tuilerien bemüht war, die engsten Beziehungen zu dem Hohenzollerischen Fürstenhause den Franzosen deutlich zu machen. Da es nicht gelungen war, die Kandidatur des Erbprinzen als eine französische in Szene zu setzen, so änderte Napoleon mit dem Beginne des Jahres 1870 seine Ansicht von dieser Sache und ließ sich von seinen Diplomaten immer stärker und heftiger dagegen einnehmen, bis er sich willenlos

in Betreff der spanischen Angelegenheiten der Meinung Benedettis und schließlich dem tollkühnen Gebahren Gramonts unterwarf.

III.

Annahme der Kandidatur.

Es ist hier nicht der Ort, die inneren Vorgänge in der Hauptstadt Spaniens im einzelnen zu verfolgen und zu zeigen, wie einerseits die Gefahr einer republikanischen Entwicklung immer größer, und andererseits der Wunsch ernster und monarchisch gesinnter Patrioten immer dringender geworden war, die Königsfrage rasch und glücklich zu lösen. Daß zwischen den Kandidaturen Montpensiers, des Herzogs von Genua und des Erbprinzen von Hohenzollern die Wagschale sich immer mehr und mehr zu Gunsten des letzteren neigte, war in mannigfaltigen Umständen begründet, auf welche hier, soweit sie die Parteiverhältnisse unter den Cortes und ihren Führern betrafen, nicht weiter einzugehen ist. Jemehr aber die Aussichten des Erbprinzen wuchsen, desto aufdringlicher wiedersetzte sich der französische Botschafter Mercier in Madrid, wenn nicht mit offenem Visier, so doch durch allerlei Ränke. Von dieser Sachlage war man in Berlin selbstverständlich unterrichtet, doch hatte Fürst Karl Anton im Februar noch die Meinung, daß die hohe Politik sehr friedlich aussehe. Das Verhalten des fürstlichen Hauses in der Thronfolgefrage war indessen immer noch ein sehr zweifelhaftes, und als der Fürst eben in Berlin weilte, kam die Nachricht, daß Don Salazar von General Prim nach Deutschland entsandt worden sei und in Berlin offizielle Schritte tun wolle, um die Annahme der Krone von seite des Erbprinzen Leopold zu bewirken. In diesem Stadium der Angelegenheit, sah sich Bismarck genötigt, dem König die Mitteilung zu machen, die denselben so sehr überraschte. Es war eine große Wendung der Politik der spanischen Regierung eingetreten, indem nun von einer Verheimlichung der Angelegenheit nicht mehr die Rede sein konnte. Was die spanischen Minister bestimmte und

ihnen den Mut einflößte, so entschieden und fast plötzlich in Deutschland aufzutreten, ist, wenn man es ehrlich sagen soll, in vollständiges Dunkel gehüllt, und wer nicht den müßigsten Vermutungen und Verdächtigungen nachgeben will, wie sie die französische Kriegsliteratur hervorbrachte, tut am besten, seine Unkenntnis einzugestehen. Nichts war aber unter allen Umständen natürlicher und gerechtfertigter, als daß die deutsche Diplomatie um so ernsthafter für die deutsche Kandidatur eintrat, je hochfahrender ihre französische Kollegin den Hofmeisterton gegenüber den Spaniern und noch mehr gegenüber der preußischen Regierung zu vernehmen gab. Daß sich in diesem Augenblicke der ganze selbstbewußte Stolz in dem gewaltigen Geiste Bismarcks regte und daß er von nun an entschlossen sein mochte, für die Thronkandidatur des Hohenzollern sich zu erwärmen, sollte von keinem Deutschen anders, als mit größter Ehrerbietung seinen eigenen Erinnerungen nacherzählt werden. Fortan war es niemand anderer als Bismarck, der sich auf das entschiedenste für die Annahme der spanischen Krone durch einen der Hohenzollerischen Prinzen nach allen Seiten hin bemühte. Sowohl Fürst Karl Anton, wie insbesondere der Erbprinz von Hohenzollern waren, infolge der Mitteilungen, die sie aus Paris erhalten haben werden, in der letzten Zeit noch abgeneigter geworden, die Krone Spaniens anzunehmen, wozu noch die Befürchtung trat, daß durch die Ränke Olozagas und Marcoartu's auch in Lissabon und in Florenz Mißstimmung gegen die Hohenzollerische Kandidatur erregt wurde. Leider ist man schlechterdings nicht unterrichtet, welchen Inhalt und Verlauf die Konferenzen in Berlin nahmen, zu denen der König in seinem Billet vom 26. Februar Bismarck aufforderte, doch ist trotzdem nicht anzunehmen, daß der König das fürstliche Haus persönlich aufgemuntert haben wird, in neue Verhandlungen einzugehen; nur so viel weiß man durch die Tagebücher des Königs Karl, daß bei den Verhandlungen in Berlin, mögen dieselben auch nicht streng amtlicher Natur gewesen sein, Bismarck die politischen Vorteile für Deutschland ganz bestimmt

in den Vordergrund zu stellen strebte, um den Erbprinzen Leopold zu bestimmen, den Thron von Spanien wirklich zu besteigen.

Die Bedenken des Erbprinzen scheinen in Rücksicht auf die zahlreichen Zweige der entthronten Königsfamilie sowohl dynastischer wie staatsrechtlicher Natur gewesen zu sein, und König Wilhelm mochte ähnliche Rücksichten der Legitimität gehabt haben; er wollte aber den Erbprinzen in keiner Richtung beeinflussen. Der Kronprinz scheint überdies, soweit aus den dürftigen Mitteilungen zu schließen ist, politisch weitaus den richtigsten Blick bekundet zu haben, indem er darauf hinwies, daß die preußische Regierung nicht in der Lage sein werde, eine wirkliche Unterstützung dem künftigen König zu gewähren, falls sie auch jetzt das Projekt begünstige. Als Ergebnis aller dieser Besprechungen stand am 16. März fest, daß Prinz Leopold für seine Person ablehnte, Fürst Anton dagegen infolge des entschiedenen Verlangens Bismarcks, diese Sache nicht fallen zu lassen, sich bereit erklärte, seinen jüngsten Sohn Friedrich zur Annahme der Krone zu bestimmen.

In seinen Erinnerungen hat Bismarck die Aufzeichnungen des Königs Karl besonders mit Rücksicht darauf für unsicher bezeichnen zu können gemeint, daß er hervorhebt, eine Staatskonferenz habe überhaupt nicht stattgefunden und man könne daher von eigentlichen Beschlüssen nicht sprechen. Er war aber von seinen Mitarbeitern nicht aufmerksam gemacht worden, daß auch in den Aufzeichnungen und Briefschaften des Königs Karl mit keinem Wort von Staatsbeschlüssen, sondern nur von einer Beratung im Schlosse am 15. März gesprochen wird, womit ganz übereinstimmt, daß Bismarck an diesem Tage im Schlosse beim Fürsten von Hohenzollern am Diner teilnahm, bei welchem auch Roon, Moltke und andere Räte des Königs anwesend waren. Daß diese alle nach Bismarcks Wunsch einstimmig für die Annahme der Krone von seite des Hohenzollerischen Hauses waren, wird verständigerweise, da es Fürst Anton wenige Tage später berichtete, kaum bestritten werden können.

Merkwürdigerweise pflegt in den meisten Geschichtsbüchern übersehen zu werden, daß es sich seit dem März gar nicht um die Kandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern, sondern um diejenige seines Bruders Friedrich handelte. Denn Bismarck selbst scheint nicht gerade auf die Persönlichkeit des Erbprinzen das Hauptgewicht gelegt zu haben, sondern wünschte nur überhaupt einen Hohenzollern zur Annahme der spanischen Krone zu vermögen. Erst später, als auch Prinz Friedrich durchaus abgeneigt war, und nur auf den ausdrücklichen Befehl des Königs sich auf das spanische Unternehmen einlassen wollte, trat noch einmal die Kandidatur des Erbprinzen Leopold hervor, da man seinen Patriotismus auf das schärfste wachgerufen und ihm erklärt hatte, die Annahme der Krone sei in Rücksicht auf die Interessen Deutschlands ein Gebot seiner Pflicht.

Inzwischen hatte sich Bismarck zu einer wichtigen Maßregel entschlossen, die, wie es nicht anders sein konnte, in allen diplomatischen Kreisen sehr bemerkt und als ein Zeichen angesehen wurde, daß man in Preußen die spanische Angelegenheit doch ernstlicher zu verfolgen beabsichtige und daß die Regierung in dieselbe tiefer verwickelt sei, als man öffentlich und amtlich zugestand. Im Frühjahr war Lothar Bucher mit Herrn von Versen, Major im preußischen Generalstab, nach Madrid gesendet worden, um die Verhältnisse daselbst genauer zu studieren. Major von Versen war ohne Zweifel als eine Vertrauensperson dem fürstlichen Haus von Hohenzollern erwünscht. Die Welterfahrung Lothar Buchers bot eine weitere Gewähr, daß die Mission der beiden Herren zu festen und sachgemäßen Entschlüssen den Anlaß geben werde. So sehr man aber auch preußischerseits bemüht war, die Sendung der beiden Vertrauensmänner in ein Geheimnis zu hüllen, so war die Persönlichkeit Buchers in allen Kabinetten Europas zu sehr bekannt, als daß man sich hätte wundern dürfen, daß in Frankreich von da ab niemand mehr glauben wollte, die preußische Regierung und der Bundeskanzler sei bei der spanischen Thronfrage unbeteiligt. Daß die Eindrücke, welche Bucher

aus Spanien mitgebracht hat, als außerordentlich günstig geschildert wurden, ist ausdrücklich überliefert. Major von Versen hat leider seine Wahrnehmungen nur in einem Bericht niedergelegt, der dem König übergeben wurde und über dessen Inhalt sonst leider nichts bekannt geworden ist. Er soll auch keine Papiere hinterlassen haben, welche Kenntnis von seiner Mission geben würden. Es bleibt nur soviel sicher, daß sich seit Buchers Anwesenheit in Spanien der Bundeskanzler ganz erfüllt, um nicht zu sagen begeistert, von der Ansicht zeigte, daß die Hohenzollerische Kandidatur durchaus ins Leben gerufen werden müsse und eine für Deutschland unbedingt zu wünschende und anzustrebende Sache sei.

Die Kundschaftsreise der beiden preußischen Vertrauensmänner war indessen um so mehr bekannt und besprochen worden, als die spanischen Verwicklungen damals eine große Anzahl von Korrespondenten sämtlicher größeren Blätter des Kontinents und besonders auch Englands nach Madrid gelockt hatte. Unter den Deutschen hatte der unterrichtete Geschichtsschreiber Spaniens für diese Periode Wilhelm Lauser unzweifelhaft persönliche Beziehungen zu Lothar Bucher, wobei es auffällt, daß er dennoch unterlassen hat, von der Kundschaftsreise Mitteilung zu machen. So kam es, daß in den meisten unserer Geschichtsbücher von diesem wichtigen und eingreifenden Schritte der preußischen Regierung so gut wie keine Rede zu sein pflegt. Daß man hingegen in Paris genaue Beobachtungen über das Erscheinen der preußischen Mission in Madrid gemacht hatte, bewies der Umstand, daß von Woche zu Woche die Erbitterung in der französischen Presse immer heftiger anschwoll, während in Berlin und Sigmaringen die Sache mehr oder weniger als abgetan erachtet wurde. Denn wie Fürst Anton von Hohenzollern in diesen Wochen seinem Sohne Karl mitteilte, war Bismarck „sehr unzufrieden mit dem Fehlschlagen der spanischen Kombination“.

Bei der Rückkehr Buchers und von Versens aus Spanien war aber plötzlich eine Änderung in den Gesinnungen des Erb-

prinzen Leopold eingetreten und Bismarck konnte unterrichtet werden — wahrscheinlich durch den preußischen Kronprinzen —, daß Aussicht vorhanden sei, den Erbprinzen zur Annahme der spanischen Krone zu bewegen. Der Erbprinz seinerseits erklärte dann wieder dem König gegenüber, man habe ihm von der berufensten Seite vorgestellt, wie das Staatsinteresse erheische, seine persönlichen Bedenken fallen zu lassen, der höheren Notwendigkeit sich zu fügen und seinem Vaterlande hierdurch einen großen Dienst zu erweisen. Der König antwortete, daß er mit seinem Vorhaben einverstanden sei.

Mit diesen Erklärungen des Erbprinzen, welche in ihren Motiven nicht völlig aufgeklärt sind, beginnt der dritte Akt des großen Dramas und erreichte den Höhepunkt der Verwicklung, für welche es alsbald nur noch eine einzige blutige Lösung in dem Streite der beiden großen Völker geben sollte.

IV.

Französische Schwierigkeiten.

Durch welche Umstände die Sinnesänderung des Erbprinzen von Hohenzollern auch hervorgebracht worden sein mag, die entscheidende Tatsache lag darin, daß der König mit seinem Vorhaben, die Krone anzunehmen, einverstanden war; es wäre ein müßiger Streit, wollte man sich darüber verständigen, ob er staats- und hausrechtlich eine formelle Bewilligung zu erteilen hatte oder nicht. Daß der König für seine Person von friedlichsten Absichten geleitet war, bedarf keines Beweises. Er hatte noch in der Thronrede am Schlusse der Session des Reichstags kurz vorher bemerken können, wie die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens sich ausbilde. Aber seinem steten Wunsche, der deutschen Nation mit Gottes Hilfe die Weltstellung wiederzugewinnen, verfehlte er nicht auch diesmal Ausdruck zu geben. Gleich darauf am 1. Juni war der König in Begleitung Bismarcks zu einem Besuch des Kaisers von Rußland nach Ems

abgereist, wo möglicherweise die letzten entscheidenden Entschlüsse wegen der Annahme der spanischen Krone von seite des Hohenzollern Gegenstand von Besprechungen gewesen sein dürften. Der König scheint vorausgesetzt zu haben, daß er auf die weitere Entwicklung der Dinge nicht Einfluß zu nehmen haben werde, da sich Bismarck sogleich auf mehrere Wochen nach Varzin beurlauben ließ und der König am 20. Juni abermals nach Ems reiste, um dort seine gewohnte Sommerkur zu gebrauchen. Aber schon am 11. Juni war General Prim unterrichtet, daß in Berlin und Sigmaringen die Bereitwilligkeit zur Annahme der Krone vorhanden sei, denn seine an diesem Tage in den Cortes gehaltene Rede über die Thronfolge ließ bei aller Versicherung, daß er im Augenblick noch keinen Thronkandidaten vorzuschlagen in der Lage sei, doch deutlich erkennen, er halte sich des Erbprinzen von Hohenzollern versichert. Am 3. Juli verkündigten die Blätter in Madrid die gelungene Lösung der Thronfrage; am selben Tage teilte Prim dem Gesandten in Paris, Olozaga, die beabsichtigte Annahme der Krone von seite des Hohenzollern mit und am 4. Juli beschlossen Regent und Ministerrat, die Kandidatur des Erbprinzen den Cortes vorzuschlagen und die Wahl auf den 20. Juli festzusetzen.

Die französische Diplomatie spielte bekanntlich bei dem Bekanntwerden des Beschlusses der spanischen Regierung die sonderbare Rolle eines beleidigten, getäuschten und hintergangenen Freundes Spaniens, sowohl wie Preußens; und wenn man die Haltung der verschiedensten Geschäftsträger Frankreichs gleichzeitig in Madrid, in Berlin und in Wien beobachtet, so kann man nicht zweifelhaft sein, daß diese Auffassung des Hergangs, die eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Verhalten Louis Philipps in 1846 hatte, von dem Herzog von Gramont in Paris ausgedacht und seinen Bevollmächtigten anbefohlen wurde. Ob man aber so weit gehen will, dem französischen Minister seine verlogene Politik nunmehr als einen Schachzug anzurechnen, um auf diese Weise einen „casus belli“ zurecht zu machen, oder ob man

lieber seiner Ungeschicklichkeit und Übereilung die nächsten Schritte des französischen Kabinetts zuschreiben mochte, kann für die Hauptfrage, wer den Krieg veranlaßte und als Angreifer zu betrachten war, ziemlich gleichgültig sein. Alle Mächte Europas, England voran und selbst Österreich ließen sich durch die Überraschungstheorie des Herzogs von Gramont nicht irre machen und gaben teils im geheimen, teils aber auch offen ihre Ansicht dahin kund, daß Frankreich, wenn es den Vorwurf der Friedensstörung auf sich lade, von ihnen keinerlei diplomatische, oder vollends tatsächliche Unterstützung zu gewärtigen habe. Es ist überflüssig, hier in die Verhandlungen einzugehen, welche Lord Lyons und Fürst Metternich in Paris mit Gramont führten, oder die Gespräche zu wiederholen, welche Mercier in Madrid mit Prim gehabt hat, um zu zeigen, wie übel aller Orten die französischen Versuche aufgenommen wurden, sich von der Kandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern überrascht zu zeigen. Es ist sehr bemerkenswert, daß ein deutscher Berichterstatter, der damals in Madrid lebte, erzählen konnte, die französische Überraschungstheorie habe dort in der diplomatischen Welt auch unter den Freunden Frankreichs Heiterkeit erregt.

Während das polternde Auftreten Gramonts seit dem 4. Juli die Überzeugung allgemein begründete, daß derselbe einen Vorwand zum Kriege suchte, war für die preußische Politik nur noch die eine Frage möglich, wie man sich gegenüber diesen Angriffen zunächst diplomatisch zu verhalten haben werde, um den Gedanken weder im In- noch im Ausland aufkommen zu lassen, daß das neue Reich sich furchtsam und nachgiebig zurückziehen könnte. Wenn als ein richtiges Mittel hierzu zunächst an dem ursprünglich aufgestellten Gesichtspunkt streng festgehalten wurde, daß die preußische Regierung mit der Angelegenheit nichts zu tun habe, sondern es sich um eine rein persönliche und dynastische Angelegenheit des fürstlichen und königlichen Hauses handle, so wäre es wahrhaft töricht, mit dem größten Meister der Staatskunst des Jahrhunderts darüber zu rechten, ob er hierin das

richtige und würdevolle getroffen habe. Die deutsche Nation hat in der Begeisterung, mit welcher sie die französische Überhebung beantwortete, ihr ewig denkwürdiges Urteil über die Maßnahmen ihres Kanzlers ausgesprochen. Erfreulich konnte es allerdings französischen Ohren nicht klingen, als sowohl der preußische Gesandte Herr von Werther in Paris, wie auch der Staatssekretär von Thile in Berlin durch ihre abweisenden Erklärungen, nach welchen die preußische Regierung von den spanischen Angelegenheiten keine offizielle Kenntnis habe, zu erkennen gaben, daß sie sich auf eine Vermittlung oder Auseinandersetzung einzulassen nicht gedenke. Man kann schon begreifen, daß Gramont hierdurch vor seinem Lande in eine schlimme Lage gekommen war. Ob das Urteil Herrn von Sybels in seinem Werke stichhaltig genannt werden könnte, daß trotz der abweisenden Haltung der preußischen Regierung ein friedliebender Staatsmann den Schluß gezogen hätte, es werde keine Schwierigkeit bereiten, die unliebsame Kandidatur auf diplomatischem Wege zu beseitigen, mag dahin gestellt bleiben. Der Bundeskanzler war ja gleichsam vom Schauplatz gänzlich verschwunden, unauffindbar, während der Wahlakt der spanischen Cortes unmittelbar bevorstand; auch waren im allgemeinen die Gesinnungen desselben der französischen Diplomatie und ihrem Kaiser nicht unbekannt genug, um sie hoffen zu lassen, daß in diesem Augenblicke von dem unbeugsamen deutschen Recken viel Günstiges und Nachsichtiges zu erwarten sein werde. Das Bewußtsein des vollkommenen Rechts und der Gerechtigkeit, welche auf seite Deutschlands standen, braucht nicht zu hindern, anzuerkennen, daß Gramont sich in einer schweren Verlegenheit befand und das Kaiserreich durch die Haltung Bismarcks unter allen Umständen vor den Abgrund gestellt war. Sofern die Rechtfertigungsschriften Gramonts sich bestreben, für das, was am 6. Juli in der französischen Kammer vor sich ging, den größern Teil der Schuld dem unglücklichen Kaiser aufzubürden, mag es billig erscheinen, besonders auf diejenigen Punkte in Gramonts Rede

hinzuweisen, in welchen sich Unkenntnis und Übereilung paarten. Die fortschreitende Kriegsleidenschaft im französischen Volke aber zu ermessen und hiernach Schuld und Unschuld seiner Häupter abzuschätzen, mag französischen Geschichtsdarstellungen vorbehalten bleiben. Hier sollen nur die bekannten Ereignisse der nächsten Tage hervorgehoben werden, da sie für die Begründung des Reichs und Kaisertums die eigentlich entscheidendsten und zugleich persönlich wichtigsten geworden sind.

V.

Die Emser Vorgänge.

Der Herzog von Gramont faßte am 6. Juli, nachdem er seine verhängnisvolle Rede im gesetzgebenden Körper gehalten hatte, den, wie nicht zu leugnen war, noch einzig möglichen Entschluß, den König von Preußen selbst und persönlich in der Angelegenheit der spanischen Thronfolge befragen zu lassen, nachdem sein Geschäftsträger in Berlin mit dem Versuch einer Verhandlung einfach und bestimmt abgewiesen worden war. Benedetti befand sich, wie die ganze diplomatische Welt, fern von den Geschäften; er erhielt in Wildbad den Auftrag, nach Ems zu reisen und den König um eine Audienz zu ersuchen. Dieser Vorgang konnte ohne Zweifel den Wünschen des Königs selbst nicht entgegen sein, da er von Bismarck überzeugt worden war, daß diese Angelegenheit nicht als eine Bundessache betrachtet werden durfte. Er war daher bei der Nachricht von Benedettis Erscheinen in Ems sofort entschlossen, die Verhandlung als eine persönliche aufzunehmen und glaubte sich der Unterstützung des Bundeskanzlers nicht bedienen zu sollen. Für die Entwicklung und den Charakter des Krieges ist dies von großer Bedeutung gewesen. Ob aber die französische Diplomatie, indem sie durch diese Schritte den Standpunkt Bismarcks, daß es sich um eine rein dynastische Frage handle, jetzt ganz plötzlich anerkannte, sich einer besonderen Hochstellung des monarchischen Prinzips bewußt war, muß dahingestellt bleiben. Es ist vielmehr wahrscheinlich,

daß der Herzog von Gramont die Hoffnung hegte, durch das persönliche Auftreten gegen den König von Preußen die süddeutschen Könige in die Lage zu bringen, sich von ihren Bündnispflichten entbinden zu können. Bismarck gab in seinen Erinnerungen noch nachträglich der Empfindung Ausdruck, von der er in jenen entscheidenden Tagen wohl vorherrschend erfaßt war, daß der König besser getan hätte, den französischen Abgesandten nicht zu empfangen, sondern an seine Regierungen zu verweisen. Das deutsche Volk aber hatte bei dem Ausbruch des Krieges offenbar ein richtiges Verständnis für den Umstand, daß der König persönlich der handelnde Meister und Herr aller folgenden Entscheidungen war, und wußte es in Reden und Liedern zu preisen und zu bejubeln, daß der König den Beleidigungen der Franzosen eine richtige Antwort zu geben verstanden habe. Wurde das entscheidende Ereignis auch in einigen Punkten in veränderter Gestalt dramatisch aufgefaßt und geschildert, so wird doch noch die späteste Nachwelt gerade hierin den gleichsam altbegründeten echten Charakterzug germanischen Wesens und volkstümlicher Treue erblicken.

Dem englischen Botschafter Lord Lyons gegenüber suchte Gramont seine starken und durchaus ungewöhnlichen Aufträge und Erkärungen durch die Aufregung des französischen Volkes zu rechtfertigen, und dem französischen Volke machte er durch seine Zeitungen die Notwendigkeit des Krieges mundgerecht. In seinen Depeschen an Le Sourd nach Berlin und an Benedetti nach Wildbad und Ems bemühte er sich lang und breit zu beweisen, daß der König seine Zustimmung dem preußischen Prinzen gegeben haben müsse und daß er folglich auch in der Lage sei, die Annahme zu verbieten. Des weitern erging er sich in ganz unnötigen Betrachtungen über die Rolle, welche der König als Familienhaupt einnehme und wenn er dies nicht alles in einer so ungemein törichten Form und aufdringlichen Weise an den Tag gebracht hätte, könnte man wirklich glauben, seine spätere Behauptung, dabei niemals kriegerische Absichten gehegt zu haben,

enthielte ein Körnchen Wahrheit. Denn daß der König die Annahme der spanischen Krone als Familienhaupt verbieten konnte, wurde niemals von irgend jemandem bezweifelt. Aber der Minister einer europäischen Großmacht von der Bedeutung Frankreichs mußte sich sagen, daß ein König ein solches Verbot unmöglich auf das Geheiß einer fremden Macht tun könne und werde und daß daher die Forderung selbst und an sich schon eine solche sei, welche die Absicht des Krieges beweisen werde. Offenbar war auch der klügere Benedetti in Ems von dieser Überzeugung erfüllt; er hat sich daher geradezu geweigert, die törichten Worte eines solchen Verlangens über seine Lippen zu bringen, solange er nicht sicher war, daß es auf den Krieg abgesehen sei und nicht auf den Frieden.

Wenn nicht alles täuscht, dürfte aus den Erwägungen über die von Gramont gewählte Form der Verhandlung der Beweis, daß Frankreich den Krieg wirklich beabsichtigte, sicherer erbracht werden können, als aus den allgemeinen Stimmungsberichten der Franzosen und aus dem Geschrei des Pariser Pöbels, welche Dinge in den meisten Geschichtsdarstellungen überschätzt werden. Über den Verlauf der von dem König Benedetti erteilten Audienzen dürfte kaum mehr etwas neues oder unbekanntes zu sagen sein. In wahrhaft bewunderungswürdiger Weise tritt die Aufrichtigkeit, Offenheit und Freundlichkeit des Königs Wilhelm in den von Benedetti einerseits und von König Wilhelm selbst in Briefen an seine Gemahlin mitgeteilten Gesprächen hervor, und es wird viel zu wenig in unserer Überlieferung darauf hingewiesen, wie sich der ganze Charakter Wilhelms und vor allem seine billige Denkungsweise auch einem verirrten Volke gegenüber, wie ihm die Franzosen erschienen, in diesen schwierigsten Augenblicken zeigte. Seine bedeutendsten Eigenschaften, die ihn seit seinen Mannesjahren immer auszeichneten, die Ruhe und Sicherheit seiner Überlegung, die gewissenhafte Pflichterfüllung ohne jede Voreingenommenheit gegen Personen und Sachen, aber auch ohne Verzagtheit im Entschluß und im Handeln hoben ihn jetzt, den

73 jährigen Mann, weit über das gewöhnliche Maß monarchischer Tugenden zur höchsten Vollendung seines Herrscherberufes empor. Er hegte selbst die Empfindung, daß er in dieser Angelegenheit ganz auf sich selbst gestellt entscheiden müsse und die Aufgabe habe, eine Sache durchzuführen, bei welcher er nun einmal den Grundsatz zugegeben hatte, daß sie ihn nur als Familienhaupt berühre, während seine Regierung in wiederholten Erklärungen jede Verantwortung oder Teilnahme abgelehnt hatte. Es ist in keinem einzigen Geschichtswerk hinreichend betont und hervorgehoben worden, welchen ungemein großen Verstand, welche Vorsicht und Festigkeit der König in allen Verhandlungen mit Benedetti an den Tag gelegt hatte; und je größer und gewaltiger immer seine Räte neben ihm gestanden haben und je mehr man sich gewöhnt hat, an der staatsmännischen Erscheinung Bismarcks die Handlungen des Königs abzumessen, desto wichtiger ist es, auf diese persönliche Seite der Entwicklung der großen Ereignisse das Hauptgewicht zu legen. So sehr es auch Bismarck in seinen Erinnerungen bedauern mag, so bleibt es doch eine der erfreulichsten Tatsachen, daß der König hier seines Rates nicht bedurfte.

Der König hatte den deutschen Gesandten in Paris, Herrn von Werther am 8. Juli nach Ems berufen und dieser war durch seine letzten Unterredungen mit Gramont vollständig über die Gefährlichkeit der Lage sich klar. Auch der König konnte nach den Mitteilungen von Werthers nicht im Zweifel sein, daß er vor der größten Entscheidung seines Lebens stehe, aber nichts hätte ihn abhalten können, den Abgesandten Napoleons zu empfangen, um jeden Schein einer Feindseligkeit gegen Frankreich zu vermeiden. Aber so sicher war er dabei seiner selbst, daß er das Richtige zu treffen und zu sagen wissen werde, daß die nachträglich von Bismarck ausgesprochene Meinung, er hätte besser Benedetti gar nicht empfangen sollen, dem König wie es scheint, auch nicht einen Augenblick in den Sinn gekommen ist. Er hatte den französischen Abgesandten schon durch Herrn von

Werther am Morgen des 9. Juli vorbereiten lassen, daß er zu Zugeständnissen gar nicht bereit sein werde, obwohl er nach seiner ganzen Natur entschlossen war, mit der äußersten Nachsicht und Liebenswürdigkeit die Vorgänge in Paris und das Verhalten des Ministers von Frankreich zu beurteilen. Niemals ist wohl von dem Feinde selbst ein großartigeres Zeugnis der überlegenen Herrschernatur ausgestellt worden, als es in den ehrenwerten Depeschen Benedettis schon seit 1871 der Welt vorgelegt und bekannt geworden ist. Die Art, wie Benedetti am 9. Juli abends seinen ersten Bericht über die Audienz bei dem Könige für den Minister in Paris abfaßte, macht auf den Leser den Eindruck eines erschütterten, hoffnungslosen Mannes, der das Ziel seines Auftrages für vollkommen unerreichbar erkennt. Er sollte den preußischen König, wenn nicht demütigen, so doch zur Nachgiebigkeit und zu Schwächlichkeiten veranlassen, und er fand einen ruhig und gemessen abwägenden Herrscher in ihm, der nicht einen Augenblick leugnet oder nur abschwächt, was er getan hat, aber sehr bereit ist zu wünschen, daß ein Krieg zwischen den großen Nationen vermieden werde. Was vor allem hervorgehoben werden muß, ist die Tatsache, daß König Wilhelm ausdrücklich zugestand: „qu'il avait autorisé le prince Léopold à accueillir la proposition du cabinet de Madrid“. Damit hatte er den von den Franzosen gemachten Vorwurf, was die Tatsache betraf, als begründet anerkannt, aber zu gleicher Zeit auch verweigert sich durch Geschrei und Drohungen in seinem Recht irgend irre machen zu lassen. Demgemäß verweigerte er jede Beeinflussung des Prinzen Leopold in Bezug darauf, ob er unter den bestehenden Verhältnissen seine Kandidatur aufrecht erhalten wolle, und gestand nur zu, daß er die Entscheidung hierüber abwarten und deshalb eine Anfrage nach Sigmaringen richten werde. Niemals ist eine diplomatische Frage einfacher, schlichter und würdiger in die richtige Bahn geleitet worden!

Am 11. Juli hatte Benedetti seine zweite Audienz bei dem König, in welcher dieses bereits mit außerordentlicher Be-

stimmtheit alle für den schließlichen Ausgang entscheidenden Erklärungen abgab. Der König sagte dem französischen Abgesandten rund heraus, daß er auf den Erbprinzen irgend einen Druck auszuüben verweigern müsse, und daß es dessen Sache sei, abzulehnen, wie er auch lediglich zugestimmt, nicht aber befohlen habe, daß derselbe die spanische Kandidatur annehme. Benedetti war durch den Verlauf dieses Gesprächs vollkommen überzeugt, daß sich der König schlechterdings gar nichts abdringen lasse, und sprach seine Überzeugung dem Herzog von Gramont telegraphisch und brieflich in bestimmtester Weise aus. Der König hatte in der Tat schon am 11. Juli keinen Zweifel darüber gelassen, daß er für seine Person dem Kaiser der Franzosen und dessen Regierung gegenüber in der spanischen Sache niemals zu irgend etwas verpflichtet sein könne oder sich verpflichten werde. Und was man gewöhnlich zu übersehen pflegt: Der König behielt trotz aller französischen Redensarten von friedlichen Absichten und von dem Fehlen jedes Hintergedankens die klare Überzeugung, daß es sich wirklich um Entscheidungen der ernstesten Art, um Krieg und Frieden handle. Denn, wenn Benedetti auch nur sagt, es seien dem König die Worte gleichsam entschlüpft: „Mir sind die Vorbereitungen nicht unbekannt, welche in Paris gemacht werden, und ich brauche Ihnen nicht zu verheimlichen, daß ich meine Vorsichtsmaßregeln treffe, um nicht überrascht zu werden," so ersieht man doch daraus mit Genugtuung, wie der König, nachdem er nun durch vier Jahre die französischen Übergriffe ertragen hatte, in dem Augenblick, wo er persönlich gleichsam aufgerufen war, zu dem notwendigen von der nationalen Ehre vorgezeichneten Widerstand sofort entschlossen gewesen ist. Benedetti hatte sich ohne Zweifel das Verdienst erwerben wollen, den französischen Kriegseifer zu zügeln, indem er alle seine Begegnungen mit dem König dem Herzog von Gramont möglichst günstig und freundschaftlich zu schildern suchte; aber er hatte schon seit dem 11. in keiner seiner Äußerungen vergessen hinzuzufügen, daß an der Festigkeit des Königs nicht zu zweifeln sei,

und daß er gar nichts von ihm in der von Gramont gewünschten Weise erreichen werde. Seine Depesche vom 11. läßt die Verzweiflung eines Diplomaten erkennen, der nichts mehr zu retten im stande scheint und so ist es für ihn bezeichnend, daß er von Gramont neuerdings eine strikte Erklärung verlangt, was denn in Paris die Absicht sei, ob sie den Krieg wollten oder nicht.

Es ist hier nicht der Ort, die Rückwirkungen eingehend zu schildern, die die Nachrichten aus Ems in Paris hervorbrachten. Die Empfindungen waren geteilt, Napoleon von Stunde zu Stunde mehr eingeschüchtert, Gramont wie von seinem bösen Geist getrieben in seinen eignen Schlingen gefangen, immer unruhiger und haltloser dem Kriege zutreibend. Er hatte sich nach seinen späteren Aussagen schon am 9. Juli sicher geglaubt, daß der Kaiser zu schlagen bereit sein werde. Er wußte freilich nicht, daß dieser hinter seinem Rücken Wege und Mittel aufsuchte, um seinerseits den Fürsten von Hohenzollern bestimmen zu lassen, die Verzichtleistung des Erbprinzen zu bewirken. Unter diesen Umständen wuchs die Verwirrung in den Kreisen der Regierung in dem Maße, daß das unvernünftigste Geschrei auf der Straße und die Parteileidenschaft in der Kammer das einzig entscheidende zu sein schien.

Am 11. abends kehrte Herr von Werther von Ems auf seinen Posten nach Paris zurück. Die Verhandlung, die er gleich nach seiner Ankunft mit Gramont hatte und an welcher Ollivier selbst sich beteiligte, nahm einen so ungewöhnlichen Verlauf, daß bei dem Bekanntwerden dessen, was Gramont nunmehr verlangte, die englische und selbst österreichische Diplomatie alle Hoffnung aufgab, eine erfolgreiche Vermittlung herbeiführen zu können. Denn obwohl Gramont sachlich betrachtet eigentlich nichts neues verlangte, wenn er die Erklärung König Wilhelms wünschte, daß er die hohenzollerische Kandidatur in Spanien ein für allemal unterdrücken werde, so waren die Formen, in welcher nun eine derartige Erklärung erfolgen sollte, allgemach derart verschärft worden, daß man fast meinen konnte, die französische Regierung

hätte jedes Urteil über diplomatische Gebräuche in Europa verloren. Der französische Minister fing nämlich jetzt an, von der Notwendigkeit eines Entschuldigungsbriefes an seinen Kaiser zu sprechen, und gleichzeitig kam die Idee auf, von dem Könige eine persönliche Garantie für das Nichtwiederaufleben der spanischen Kandidatur des Erbprinzen zu verlangen. Und von diesen neuen Forderungen hatte Herr von Werther dem Könige wirklich die von Bismarck nachher gemißbilligte Mitteilung gemacht, die in jeder Beziehung verhängnisvoll und für den Gesandten selbst verderblich wurde, während die Verhandlungen in Ems in ihr letztes Stadium am 13. und 14. Juli getreten waren.

In der Zwischenzeit hatte die Verzichtleistung des Erbprinzen von Hohenzollern wirklich stattgefunden, aber sie war in einer Form vollzogen worden, welche bei der Lage der Dinge in Paris für den Herzog von Gramont, wie er sich gegenüber dem englischen Botschafter ausdrückte, eine Verlegenheit bildete. Der Vater des Prinzen hatte im Namen seines Sohnes an die spanische Regierung jenes vortrefflich stylisierte Telegramm gesendet, in welchem es hieß: „Daß er den Verwicklungen gegenüber, welche durch die Kandidatur seines Sohnes entstanden seien und unter welchen das Votum des spanischen Volkes nicht die Freiheit und Offenheit haben könne, auf die sein Sohn bei der Annahme der Kandidatur gerechnet, in seinem Namen von derselben zurückzutreten beschlossen habe."

Es ist bisher, da das fürstliche Haus über die inneren Vorgänge bei diesem Schritt keine Mitteilungen gemacht hat, nicht aufgeklärt, welcher unmittelbaren Anregung Fürst Anton hierbei Folge leistete; er handelte aber im vollsten Sinne und nach tiefster Kenntnis des Königs und auf alle Fälle in einer idealen Übereinstimmung der Anschauungen beider. Ein unmittelbarer Verkehr zwischen dem König und dem in Sigmaringen sich aufhaltenden Fürsten Anton fand allerdings statt, während der Erbprinz auf einer Reise in Tirol abwesend war. Gleich im Beginne des Streitfalles riet der König dem fürstlichen Ver-

wandten, es wäre am besten zurückzutreten, aber am 10. erhielt der König Antwort „vom Vetter aus Sigmaringen“, wonach dieser der Meinung war, der Erbprinz werde nicht zurücktreten, doch habe der abwesende Sohn seine Ansicht nicht aussprechen können. Der König sendete hierauf den Obersten von Strantz nach Sigmaringen und teilte die allarmierenden Nachrichten aus Paris mit, von denen aber das fürstliche Haus auch von anderer Seite, vermutlich durch Napoleon selbst, unterrichtet war. Wiewohl sich nun die Reise des Obersten durch Zufälle verzögerte, so konnte er doch schon am 12. Juli die Mitteilung machen, daß auf den Rücktritt des Erbprinzen zu rechnen sein dürfte.

Daß der hierauf wirklich erfolgte und in Paris bekannt gewordene Rücktritt der Hohenzollern von der Kandidatur nicht nur nicht die an den König gestellte Forderung beseitigt hatte, sondern die Mitteilungen von Werthers dahingingen, der Rücktritt des Erbprinzen werde als Nebensache angesehen, erregte den ganzen Zorn des Königs und er bezeichnete es sofort als eine „unerhörte Insolenz“ von seite des französischen Ministers' dem Gesandten „Herrn von Werthern Zumutungen gestellt zu haben, nach welchen dieser „leider nicht das Zimmer verlassen und seine Interlokuteurs an den Minister Bismarck gewiesen hatte.“ „Leider muß,“ — so schrieb König Wilhelm am 13. Juli — „aus diesen unbegreiflichen procedés geschlossen werden, daß sie uns coute que coute herausfordern wollen, und daß der Kaiser malgré lui von seinen unerfahrenen Faiseurs überflügelt ist. Somit wird die Lage in wenig Stunden wieder sehr ernst.“ In solcher Weise innerlich vorbereitet und gerüstet erwartete der König die neuen, geradezu törichten Forderungen, zu welchen Benedetti schon beauftragt war, und die das französische Kabinett in volles Unrecht vor den Augen von ganz Europa setzten.

In den wenigsten Darstellungen dieser Ereignisse wird die ungemein große, schlichte Klugheit und Geschicklichkeit des Königs gewürdigt, die er ganz vorzugsweise durch diejenigen Schritte an den Tag gelegt hatte, die er in der selbständigsten Weise, zum

Teil gegen die Meinung seines Ministers, durchgeführt hatte, denn es ist durchaus sicher, daß ohne die vorausgegangene Erklärung des Fürsten Anton von Hohenzollern und den Rücktritt seines Sohnes die Sachlage von seite der anderen Mächte, insbesondere Englands und Rußlands, bei weitem nicht so günstig für Deutschland aufgefaßt worden wäre. Auch lag in der Verzichtleistung des Fürsten Anton keineswegs eine Schwäche, wie Bismarck beim ersten Empfang dieser Nachricht gemeint zu haben erzählt, sondern vielmehr eine Verlegenheit für den Herzog von Gramont, wie dieser sich selbst äußerte, und eine Notwendigkeit für die französische Regierung, ihre Karten aufzudecken, falls sie nicht ehrlich und friedlich gesinnt war. Und dies erreichte der König in einem so vollkommenen Maße, daß ihn darin die geschickteste Diplomatie nicht zu übertreffen vermocht hätte. Wenn Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen zu erkennen gibt, daß er bei der Nachricht von der Verzichtleistung der Hohenzollern gefürchtet habe, Preußen werde nun als gedemütigt erscheinen, so stand er selbst, falls die betreffenden Sätze seines Werkes überhaupt in dieser Weise von ihm herstammen, unter einem durch die Zeit verschobenen Vorurteil, denn aus den Briefen des Königs Wilhelm geht hervor, daß er in den ersten Augenblicken der Verwicklung dem König selbst geschrieben hatte, man müsse es den Hohenzollern überlassen, einen Entschluß zu fassen, ob sie zurücktreten wollten oder nicht. Er war mithin in der Hauptsache einer und derselben Ansicht, wie der König.

In der Tat war der Streitfall zwischen dem König und der französischen Regierung auch nach der Verzichtleistung im wesentlichen nicht verändert. Die Form der Forderung hatte eine schärfere Ausprägung gefunden, der gegenüber das wichtige und entscheidende in der Festigkeit und Sicherheit des Königs ruhte, von welcher man mit Shakespeares Julius Cäsar sagen konnte: „Er war standhaft wie der Nordstern, dessen einzige und unveränderliche Art nicht seines gleichen hat am Firmament.“ Wie immer der französische Botschafter vor ihm erscheinen mochte,

bescheiden oder zudringlich, immer hatte er nur eine Antwort empfangen, die in dem Satze gipfelte, daß der König von Preußen der französischen Regierung in einer Angelegenheit seines Hauses keinerlei Erklärungen zu geben habe und geben werde. Dies war der schlichte und gerade dadurch wahrhaft große Standpunkt des Königs, eine Auffassung, die eben deshalb, weil sie einfach und leichtfaßlich war, den ungeheuern, nachhaltigen Eindruck auf das allgemeine Gefühl im deutschen Volke machte. Dieses selbständige und sichere königliche Verfahren war es, was den Krieg populär gemacht hat.

In der späteren Zeit ist vermöge des schwachen Gedächtnisses der Menschen eine Verschiebung in der Beurteilung und Würdigung der Ereignisse eingetreten, und eine eitle Geschichtsschreibung zeigte sich beflissen, die entscheidenden und bedeutenden Vorgänge außerhalb des Willenskreises des Königs zu suchen. In Erinnerung an das Jahr 1866, wo es bekannt war, wie schwer und ungern sich der König zu dem Kriege gegen Österreich entschloß, bildete sich vielmehr die Legende aus, der König sei auch den Franzosen gegenüber allzu nachsichtig und langmütig aufgetreten; und es sei nötig gewesen, gewaltig nachzudrücken, um die Ehre Deutschlands nicht fallen zu lassen. Daß Benedetti am 13. und 14. Juli immer noch in Ems anwesend war, erregte Sorge, und als der König einen kurzen Besuch in Koblenz machte, wurde ein bedenklicher Einfluß der Königin befürchtet. Wenn solches Mißtrauen in die heldenhafte Gesinnung des Königs bestand oder genährt wurde, so wird es das erfreulichste Geschäft einer wahrheitsliebenden Geschichtsschreibung sein müssen, diese Legenden zu zerstören. Der König war in ruhiger Überzeugung seines Rechts und seiner gemäßigten, aber selbstbewußten Haltung so vollkommen seiner sicher, daß er nicht einen Augenblick einer Stärkung bedurfte, oder ein Gefühl der Unterstützungsbedürftigkeit gehabt hat. Am schärfsten und deutlichsten tritt die mannhafte Entschlossenheit des Königs in diesen Tagen und Stunden größter Entscheidungen in seinen Beziehungen zur Königin Augusta zu

Tage, die so herzlich und ritterlich waren, wie zu allen Zeiten, und doch nicht vermochten, seinen heldenhaften Geist auch nur um eine Linie von dem Pfade seiner Königspflicht abzulenken.

Der größte Schatz deutscher Geschichtsliteratur dieser Zeit liegt in den Briefen des Königs an seine Gemahlin verborgen, welche Kaiser Wilhelm II. zu veröffentlichen gestattet hat. Sie beginnen mit dem 5. Juli 1870 und schließen mit dem 16. März 1871 und enthalten eine solche Fülle von Aufklärungen, daß man bedauern muß, daß Bismarck bei der Abfassung seiner Erinnerungen diese Publikation noch nicht kennen konnte. Der König war schon am 7. Juli bemüht, die Königin durch Herrn von Werther genau über die in Paris ausgebrochene Krise unterrichten zu lassen. Es kam ihm darauf an, in diesen wichtigen Augenblicken seine Gemahlin zur vollen Würdigung seiner Auffassung und Handlungsweise zu bestimmen. Er beschrieb ihr daher schon am 10. Juli seine Unterredungen mit Benedetti sehr genau, hob insbesondere hervor, wie er den französischen Botschafter sehr bestimmt angewiesen habe, seiner Regierung klar zu machen, daß sie sich an Spanien und nicht an Preußen zu halten hätte, falls die Hohenzollernwahl ihr nicht erwünscht wäre, und versicherte schon an diesem Tage der Königin seine Überzeugung, es sei in Paris auf den Krieg abgesehen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Königin nach Möglichkeit dahin zu wirken suchte, den König zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. Am 14. Juli deutet der König in seinem Briefe an, daß sie ein „exposé“ verfaßt hatte, welches er in vielen Stücken vielleicht richtig, aber durch die Ereignisse schon überholt erachtete, „denn alles ist vergeblich, wenn die brouilleurs Krieg verlangen! Es ist klar genug!“

Noch will der König indessen seiner Gemahlin nicht alle Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang nehmen: „vielleicht läßt sich noch eine Vermittlung auffinden, aber nur eine, die nicht meine persönliche und die Ehre der Nation tangiert. Es ist genau die Repetition von 1865—1866; avilir et après

démolir!" Schon ist er entschlossen, die Promenadenunterhaltungen mit Benedetti einzustellen und ihn auf die Negoziation in Berlin anzuweisen; er werde deshalb, schreibt er, seine Kur abbrechen und morgen nach Berlin abgehen. Schwer scheint sich die Königin in das Unvermeidliche gefunden zu haben. Noch am 17. Juli hätte sie gewünscht, den Ausbruch hinzuhalten; aber der König interpretierte ihre Worte so, als hätte sie erwartet, daß Frankreich zögern sollte; leider konnte sich die Königin nicht entschließen, Koblenz sofort zu verlassen. Aber in allen Beziehungen ist der König auch seiner Gemahlin gegenüber so klar, so bestimmt und dabei so billig urteilend gegenüber ihrer humanen Denkungsart, daß es nicht zum äußersten kommen sollte — seine Briefe entrollen ein Bild geistiger und gemütlicher Größe von der seltensten Art!

Eine genaue Beschreibung der Vorfälle des 13. und 14. Juli zwischen dem König und Benedetti fehlt leider in den Briefen, weil der König seine Gemahlin am 14. mündlich von dem Vorgefallenen benachrichtigt haben wird. Man ist daher über den letzten Abschnitt der Emser Ereignisse nur durch Benedetti selbst und durch die Darstellung unterrichtet, welche in der vielbesprochenen „Emser Depesche" enthalten ist. Das Bezeichnendste für das Verhalten des Königs liegt ohne Zweifel in dem Telegramm Benedettis vom Nachmittag des 13., worin er seiner Regierung erklärte, daß er keine weiteren Konzessionen vom Könige erwarten könne. Seine Bitte um eine erneuerte Audienz beantwortete der König, wie bekannt, lediglich durch seinen Adjutanten, den Fürsten Radziwill. Die von Benedetti gesuchte Begegnung mit dem König am 14. auf der Promenade hatte für den Ausgang der Verhandlungen nicht die Bedeutung, welche die in Deutschland bereits hoch gestiegene Aufregung ihr beilegte und die dem französischen Botschafter von dem Könige auf dem Bahnhofe gern gewährte persönliche Verabschiedung entsprach nur der milden Denkungsweise des Königs, der für die Person Benedettis eine achtungsvolle Gesinnung behielt. Die geschäft-

lichen Unterhaltungen waren am 13. mittags beendigt. Sie waren es schon dadurch, daß der König zu keinerlei persönlicher Erklärung sich herbei ließ. Die populäre Vorstellung suchte einen mehr theatralischen Abschluß in die Sache zu bringen, und ohne Zweifel wirkte dieselbe nur vorteilhaft auf den nationalen Geist. Die mehr gelehrte und diplomatische Geschichtserzählung hingegen bemächtigte sich eines Zwischenfalles in dem Depeschenverkehr zwischen dem König und Bismarck, um daraus eine ganze Fabel über den Ausbruch des Krieges zu ersinnen. Was man die Fälschung der Emser Depesche genannt hat, wurde von den Parteien ausgenützt, um Bismarck von der einen Seite als den Anstifter des Krieges anzuklagen und zu verurteilen und von der anderen Seite den Beweis zu liefern, daß der große Kanzler im rechten Augenblicke eben noch das, was an dem Hergang der Emser Ereignisse zu wenig ernst und würdevoll erscheinen konnte, mit geschickter Hand zu ergänzen gehabt hätte. Wenn man aber die charakteristische, feine und heitere Darstellung Bismarcks selbst in seinen Erinnerungen liest, die reizende Erzählung, wie er mit den Paladinen des Reiches, mit Moltke und Roon, etwas bekümmert bei Tische sitzt, als ihm die Depesche Abekens gebracht wird, die er dann durch Zusammenziehung der Worte kürzt und schärft, und wie nun die gewaltigen Geister wieder aufleben, so gehört diese kleine Episode ohne Frage mit zu den besten Erinnerungen der großen Zeit, und in einem heiteren Sinne hat sie der große Kanzler auch erzählt. Wahrhaft erstaunlich war es aber doch, daß es am Ende des 19. Jahrhunderts noch Leute gab, die dann immer noch an die Wahrheit des Lustspiels von dem „Glas Wasser“ glaubten und nichts anderes behaupteten, als daß durch Auslassung von einem Dutzend Worte in der sogenannten Emser Depesche eine der größten Katastrophen verursacht worden sei. Darüber werden nun solche, die geschichtlicher Dinge kundig sind, wohl keine Erörterung wünschen. Dagegen wäre es von unendlichem Wert und Interesse, wenn man einen vollen Einblick in die wahrscheinlich sehr große Tätig-

keit des Kanzlers in den Tagen vor und während der Emser Ereignisse seit der offenen Erklärung des Streitfalles von seite der französischen Regierung gewinnen könnte. So unvollkommen aber auch die Quellen fließen, so ist doch der Schluß gerechtfertigt, daß der vorschauende Staatsmann alles sorgfältig vorbereitet hatte. Seine diplomatische Tätigkeit hatte nach allen Richtungen und in allen Ländern mit der Sicherheit einer Maschine gewirkt, um den Entschlüssen seines heldenhaften Königs die sichere Grundlage und den größten Erfolg zu geben. Als er seinen Urlaub am 8. Juni mit der Übersiedlung nach Varzin antrat, soll er nach manchen vorliegenden Versicherungen, freilich nicht sehr vertrauenswürdiger Erzähler so gut wie die meisten anderen Personen und Staatsmänner Europas, die in Bäder und Ferien reisten, an einen ruhigen Sommer und friedliche Zeiten geglaubt haben! Die wenigen aus dieser Zeit vorliegenden Briefschaften geben darüber keine Auskunft, denn das Schreiben Bismarcks an Roon, worin er hofft, am Ende seines formell auf sechs Wochen berechneten Urlaubs anfangs August den Kollegen in Berlin wiederzusehen, besagt wenig. Die neuesten Veröffentlichungen aus den Bismarckarchiven, wenn sie auch für die entscheidenden Zeiten nur ein paar Stücke mitteilen, geben jedoch wenigstens den Beweis, daß sich der Kanzler von seinem Amt diesmal nicht ganz abgesperrt hatte, wie er sonst zu tun pflegte, daß in Berlin auf Benedetti ein achtsames Auge geworfen wurde, und daß Herr von Thile dessen Absichten durchschaute, obwohl ihm Benedetti schon vor dem „Platzen der spanischen Bombe“ irre zu führen gesucht hatte. Es sind Spuren vorhanden, daß in dieser Zeit ein Briefwechsel zwischen Bismarck und dem Marschall Prim stattfand, aber keinerlei genügende Aufklärung hierüber ist jemals weder von deutscher noch von spanischer Seite gegeben worden, man ist ausschließlich auf unsichere Mitteilungen der Franzosen angewiesen. Andererseits wird wohl kein ernster Forscher auf eine Erzählung Gewicht legen, welche uns von Varzin herübertönt und politischen

Kindern versichert, daß Bismarck am 7. Juli, nichts ahnend, die Nachrichten aus Paris in der Independance belge liest, und zu seiner Gemahlin nachlässig bemerkt, da werde man unter diesen Umständen wohl auf die Abdankung Gramonts in Paris dringen müssen. Am selben Abend soll er aber die Absicht gehabt haben, dem König zu raten, sogleich zu mobilisieren und an Frankreich den Krieg zu erklären — alles dies im Schlafrock des Landaufenthaltes — um endlich in der Nacht sich durch den Spruch einschläfern zu lassen: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen", wodurch er sich überzeugte, „daß es so nicht geht".

Wie man sieht, genügen die Überlieferungen zur Zeit nicht, um Bismarcks Tätigkeit und Maßnahmen in den entscheidenden Wochen vor den Emser Ereignissen auch nur annähernd zu bestimmen. An eine vollständige Zurückgezogenheit von den Geschäften wird aber nicht gedacht werden dürfen, da man nicht annehmen kann, daß so wichtige Entscheidungen, wie sie im Kanzleramt im Juni in den kirchlichen Angelegenheiten und in Betreff der eben erfolgten Proklamation des Unfehlbarkeitsdogmas getroffen wurden, ohne Auftrag des Chefs an den Gesandten in Rom hätten telegraphiert werden können. Was uns die „Gedanken und Erinnerungen" über den Hergang der Hohenzollerischen Kandidatur mitteilen, ist für die Auffassung der ganzen Lage zwar von grundlegender Bedeutung, so daß wohl keine Darstellung sich auf einen anderen Standpunkt der Beurteilung der nationalen Fragen stellen könnte, aber es war dabei nicht Bismarcks Absicht, seine Maßnahmen und Schritte im einzelnen irgendwie zu enthüllen.

Die erste amtlich bekannt gewordene Äußerung des Bundeskanzleramtes in der brennend gewordenen Frage erfolgte durch ein Rundschreiben vom 7. Juli an die Vertreter des Norddeutschen Bundes. Wer immer diese Depesche redigiert hat, in welcher jedes Wort bei den fremden Mächten die nachhaltigsten Folgen bewirken mußte, soviel kann als sicher gelten, daß die

Grundzüge von Bismarck selbst festgestellt sein müssen. Wie sich der Norddeutsche Bund und insbesondere die preußische Regierung jeder Einwirkung auf die spanische Königswahl enthalten habe, so wird es als Richtschnur der künftigen deutschen Politik bezeichnet, sich auch ferner nicht in eine Angelegenheit einmischen zu wollen, die ausschließlich Spanien und den zu wählenden Thronkandidaten betreffe. Zugleich wird aber auch jede Einwirkung auf Annahme oder Ablehnung der spanischen Krone von seite eines zu Wählenden oder Gewählten ausgeschlossen. Der Standpunkt der preußischen Regierung war damit als ein solcher bezeichnet, der in diesen ersten Tagen des Streitfalls nicht durchaus von den andern Großmächten geteilt worden ist. Nicht allein Graf Beust erklärte die Kandidatur des Hohenzollern für eine Gefahr für den europäischen Frieden, sondern auch Lord Granville sprach die Hoffnung aus, daß der König von Preußen die Annahme der Krone seinem Verwandten nicht gestatten werde. Metternich sah einen diplomatischen Erfolg für Gramont voraus, und die Times brachte einen starken Leitartikel gegen die hinter dem Rücken der andern Mächte angeblich geführten Verhandlungen. In den meisten Kabinetten hatte man die Erinnerungen zu beleben gesucht, daß die zahlreichen Thronkandidaturen, die in Europa auch noch seit 1815 spielten, immer Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Mächten gewesen seien und niemand hätte zu leugnen vermocht, daß die Aufstellung, die preußische Regierung habe sich um eine solche Angelegenheit nicht zu kümmern, als ein neues Prinzip in der diplomatischen Geschichte auftrat und angesehen wurde. Unter diesen Umständen war das Rundschreiben vom 7. Juli ein notwendiger Schritt der preußischen Regierung und die Aufgabe, die insbesondere dem Grafen Bernstorff in London zufiel, eine außerordentlich schwierige. Sie wäre wahrscheinlich ganz unlösbar gewesen, wenn die kluge Haltung des Königs in Ems und der Rücktritt des Erbprinzen von der Kandidatur nicht eine Aufklärung und Beruhigung geschaffen hätte. Indessen scheint sich Bernstorff ermächtigt gewußt

zu haben, gegen Granville eine ziemlich starke Sprache zu sprechen, indem er ihm erklärte, daß Deutschland keinen Thronfolgekrieg verursachen werde; daß aber, wenn es Frankreich beliebe, wegen der von Spanien getroffenen Königswahl ihm den Krieg zu erklären, ein solches Vorgehen von seiner Seite den Beweis geben werde, ohne rechtlichen Beweggrund Krieg zu führen.

Auf allen Seiten war man zur Erkenntnis gekommen, daß ein hohes Spiel um Krieg und Frieden gespielt werde. In den auswärtigen Beziehungen hatte der Kanzler vor allem zu sorgen, daß kein Zweifel darüber bestehe, daß sich Deutschland Demütigungen nicht gefallen lassen werde. Bismarck war in diesem Augenblicke noch in der Meinung befangen, daß im Falle des Angriffs Deutschlands Spanien ebenfalls den Krieg gegen Frankreich erklären müsse. Mit bewundernswerter Offenheit spricht sich der große Kanzler selbst darüber in seinen Erinnerungen aus: „Ich betrachtete die französische Einmischung zunächst als eine Verletzung und deshalb als eine Beleidigung Spaniens und erwartete, daß das spanische Ehrgefühl sich dieses Eingriffs erwehren würde. Nachdem später die Sache die Wendung genommen hatte, daß Frankreich im Sinne seines Eingriffs in die spanische Unabhängigkeit uns mit Krieg bedrohte, habe ich einige Tage lang erwartet, daß die spanische Kriegserklärung gegen Frankreich der französischen gegen uns folgen werde. Ich war nicht darauf gefaßt, daß eine selbstbewußte Nation, wie die spanische Gewehr beim Fuß hinter den Pyrenäen ruhig zusehen werde, wie die Deutschen sich auf Tod und Leben für Spaniens Unabhängigkeit und freie Königswahl gegen Frankreich schlugen.“ Es war ein Traum, den König Wilhelm mit seinem großen Kanzler niemals teilte. Die spanische Fliege, wie man sich in Berlin scherzhaft ausdrückte, die man den Franzosen auf den Nacken setzte, hatte sich als ein schlechtes Zugpflaster erwiesen. Wenn man auf die Vorgänge und Verhandlungen in Madrid hinblickt, so kann man keinen Zweifel hegen, daß selbst Prim, von anderen spanischen Staatsmännern ganz abgesehen, unter dem Eindrucke einer

200jährigen Geschichte doch sehr weit entfernt war, sich von der französischen Umarmung los zu machen. Diese Spanier wollten die Hohenzollerische Kandidatur unter der Voraussetzung verstanden haben, daß sich schließlich Napoleon, wie er dies auch im Falle des Fürsten Karl von Rumänien getan hatte, doch noch mit der Kandidatur des Erbprinzen befreunden werde. Es scheint fast, daß Bucher in dieser Beziehung bei seiner Reise in Spanien nicht eben glücklich beobachtete, wenn er Bismarck zu dem Glauben verleitete, daß die Regierung und Cortes in Spanien sich jemals zu einer defensiven Verbindung mit Deutschland entschließen würden. Oder sollte die Berichterstattung Buchers vielleicht durch den von ihm seit 1851 gehegten glühenden Wunsch, den gehaßten Dezembermann zu Fall zu bringen, beeinflußt gewesen sein? — Ich kann wenigstens aus einer guten Quelle versichern, daß Bucher schon anfangs Juli den Sturz Napoleons mit anerkennenswerter Prophetengabe voraussetzte und nach Wien hin durch eine Mittelperson die österreichische Regierung warnen ließ, in der spanischen Sache aufmerksam zu sein, da Napoleon „ohne Zweifel stark hereinzufallen im Begriffe sei“.

Es ziemt einer ernsten Geschichtsdarstellung nicht, Vermutungen aufzubewahren und zu überliefern. Die Entwicklung der Dinge soll daher auch hier bloß an den feststehenden Tatsachen weiter verfolgt werden. Am 13. Juli war Bismarck überzeugt, daß der Streitfall weder in Ems noch in Paris als erledigt gelte und in Riesenstärke erwachte seine Willenskraft, mit welcher er die gesamte Lage zu ordnen und ebenso kühn wie schnell alles vorzubereiten wußte, um den in seinen eigenen Netzen verstrickten Gegner zu erdrücken. Es soll später gezeigt werden, wie er auf die ausländischen Regierungen, wie auch auf die süddeutschen Schutzverbündeten in der kräftigsten und erfolgreichsten Weise einwirkte, hier soll vorerst nur der Schachzüge gedacht werden, die er unternahm, um vor allem die französische Regierung zu belehren, daß die Zeiten vorüber sind, wo in Deutschland gefackelt, oder nur freie, deutsche Rheinlieder gegen krächzende Raben

gesungen wurden. Schon konnte er sich glücklicherweise auf eine starke nationale Begeisterung stützen, die durch die einzigartige zur Erscheinung gekommene Größe Wilhelms entfacht war. Eine kleinliche Geschichtsschreibung ist auch in diesem letzten Abschnitt bemüht, alles so darzustellen, als ob auf deutscher Seite immer noch bloße Defensivpolitik gemacht worden wäre, wodurch man bloß die Stimmung der nachkommenden Geschlechter abschwächt. Es war aber bereits am 13. — Gott sei gelobt — in der deutschen Nation ein friederizianischer Geist erwacht. Man war nicht nur entschlossen, sich zu schlagen, sondern man wünschte die Franzosen zu verderben und zu vernichten. Es war ein Geist von 1813 und der große Staatsmann tat alles, um den Entscheidungskampf rasch und gründlich herbeizuführen und es nicht wieder zu einem faulen Frieden kommen zu lassen. Das diplomatisch entscheidendste, was Bismarck sofort ins Werk setzte, um das Kriegsfeuer in Frankreich zu schüren, wird von der lahmen Geschichtsschreibung gewöhnlich gar nicht, oder nur ganz nebenher erwähnt. Während er doch durch entschlossene Maßnahmen zeigte, daß in der preußischen Politik Entschlüsse, wie des alten Fritz, den Rubikon nötigenfalls zu überschreiten noch nicht vergessen seien, läßt man ihn auch noch am 13. Juli die Rolle des Lammes spielen, das von dem Wolf oben am Bache bedroht wird. Glücklicherweise war aber das Bild schon in diesem Augenblicke sehr verändert und oben am Bache stand Bismarck. Über den entscheidenden Wendepunkt sind wir leider noch immer nicht nach den Akten unterrichtet. In seiner Rede im Reichstag führte der Kanzler am 20. Juli den Bericht des Freiherrn von Werther aus Paris vom 12. Juli an, in welchem jene Unterredung desselben mit dem Minister des Äußern und dem Justizminister Ollivier mitgeteilt ist, die schon oben gekennzeichnet wurde. „Der Bericht,“ sagte Bismarck, „gab uns Nachricht von den bekannten unannehmbaren Forderungen eines Entschuldigungsbriefes den Se. Majestät zu schreiben habe.“ „Ich habe dem Botschafter darüber keine weitere amtliche Antwort erteilt, als diejenige: ich

wäre überzeugt, daß er die mündlichen Eröffnungen des französischen Ministers mißverstanden hätte; Eröffnungen dieser Art scheinen mir unmöglich, und jedenfalls weigerte ich mich, in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Minister diesen Bericht Sr. Majestät zu amtlichen Verhandlungen vorzulegen. Wenn die französische Regierung uns Mitteilungen der Art zu machen habe, so möge sie sie selbst redigieren und uns durch den Botschafter Frankreichs hier in Berlin überreichen."

In der Rede des Kanzlers war nicht hinzugefügt, daß neben der angeführten Antwort auf den Bericht des Botschafters alsbald auch ein Befehl erging, derselbe habe aus Gesundheitsrücksichten sofort Urlaub zu nehmen und dies dem französischen Minister anzuzeigen. Graf Solms sollte während seiner Abwesenheit die Geschäfte übernehmen. Die Nachricht von der wegen seines getadelten Verhaltens erfolgten Beurlaubung gab nun Herr von Werther dem französischen Minister in einer Form kund, die diesen überzeugen mußte, daß Bismarck den Krieg erwarte. Die Behauptung, daß Werther diese Form in einem Zustand geistiger Verwirrung gewählt habe, ist durch nichts bewiesen und es ist gar nicht zu zweifeln, daß er mit seinen nachträglich Gramont gemachten Vorwürfen ganz und gar im Sinne der Schritte handelte, die jetzt für die weitere Politik Preußens im Bundeskanzleramt entschieden waren. Die Nachricht von der Abberufung des deutschen Botschafters, wenn auch in Form einer Beurlaubung, konnte gar nicht in Frankreich mißverstanden werden: sie war das Zeichen, daß Preußen bereit sei, den hingeworfenen Handschuh aufzuheben. In der Reihe der Entschuldigungsgründe, welche Gramont später für sein Verhalten anführte, ist natürlich dem Falle Werther eine große Bedeutung beigelegt, und es ist wahrlich nicht abzusehen, was es heute noch immer für einen Sinn haben sollte, Bismarcks Maßregel zu entschuldigen oder abzuschwächen. Die Abberufung des Botschafters sei nicht so schlimm gemeint gewesen, aber selbst die oberflächlichste Kenntnis völkerrechtlicher Formen könnte den Ernst

derselben nicht verkennen, da doch die Rückkehr zu friedlicher Verständigung durch dieselbe wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich wurde.

Der zweite entscheidende Schritt Bismarcks zum Zwecke der Verhinderung eines faulen Friedens bestand in der Abweisung jedes Gedankens an einen Kongreß oder an eine Vermittlung der neutralen Mächte. Wie von dem Kaiser Napoleon vorauszusetzen war, suchte er auch diesmal wieder aus der Klemme, in die ihn seine falsche Politik gebracht hatte, durch Kongreßideen herauszukommen. Und es ist hier nicht die Absicht auf die Wandlungen und Verwirrungen einzugehen, die in den entscheidenden Tagen sich in den Konseils und Ministerkonferenzen in Paris begeben haben. Schon am 13. Juli hatte Napoleon im Ministerrat den Gedanken angeregt, es möchte am besten durch einen allgemeinen europäischen Kongreß das Prinzip der Ausschließung der Prinzen aller Großmächte förmlich für alle Zukunft sanktioniert werden. Gramont wußte aber durch die Nachrichten aus und über Ems die Aufregung so zu steigern, daß der Gedanke alsbald fallen gelassen wurde. Gefährlicher schien die Sache, wenn England mit der Kongreßidee auftrat. Hier galt es von seite Deutschlands einen energischen Druck auf das englische Kabinett auszuüben. Am 15. Juli wurde Graf Bernstorff beauftragt, dem Grafen Granville zu erklären, „daß Bismarck nicht in der Lage sei, einen Vermittlungsvorschlag zur Kenntnis des Königs zu bringen. Preußen habe unter einer öffentlichen Drohung Frankreichs eine Ruhe und Mäßigung gezeigt, welche jedes weitere Zugeständnis als eine neue Demütigung erscheinen lassen müsse. Die öffentliche Meinung in Deutschland sei unter dem Eindruck der Drohungen Frankreichs zu der Überzeugung gekommen, daß der Krieg, selbst unter den schwierigsten Verhältnissen einer Nachgiebigkeit des Königs gegenüber den ungerechtfertigten Forderungen Frankreichs vorzuziehen sei.“ Zu dieser Zeit war die früher mehr für Frankreich gestimmte Auffassung des englischen Kabinetts in der spanischen Angelegenheit

infolge des Rücktritts des Erbprinzen von Hohenzollern endgültig zu Gunsten Preußens umgeschlagen. Und das Verhalten Gramonts vermochten auch seine besten Freunde, wie Beust in Wien, nicht mehr zu verteidigen. Vielmehr erhielt er von allen Seiten Warnungen, ja die Schritte der französischen Regierung hatten vermöge der gegen die höchste Person eines monarchischen Staates gerichteten Beleidigungen nachgerade den Fluch einer lächerlichen Torheit von seite eines Napoleon auf sich gezogen. Es ist auch erfreulich zu sehen, daß die einsichtsvolle französische Geschichtsschreibung in ihrer Auffassung der Ereignisse seit dem 13. Juli sich so sehr der deutschen genähert hat, daß man an dieser Stelle auf ein Werk, wie das vor kurzem erschienene von Lehautcourt hinweisen kann, wo die vortrefflich geschilderten inneren Vorgänge in Paris nachzulesen sind. Das rasche Eingreifen Bismarcks hatte bewirkt, daß die Lage, in welche Gramont Frankreich gebracht hatte, durch Lord Loftus schon am 15. Juli vollständig klargelegt wurde; von Überraschungen konnte auf keiner Seite mehr die Rede sein. Wenn die entscheidenden Beschlüsse in der französischen Kammer auch nicht schon am 15. Juli gefaßt worden wären, so würden die Franzosen doch durch die letzten Schritte der preußischen Regierung belehrt worden sein, daß sie auf eine nachsichtige Behandlung auch für den Fall nicht zu rechnen hätten, wenn sie einen diplomatischen Rückzug in letzter Stunde anzutreten versuchten.

In den entscheidenden Stunden, in welchen es galt die Beleidigungen Frankreichs zurückzuweisen, hatte Bismarck keinen Augenblick gesäumt, sich als der gewaltige Riese vor den Augen Europas aufzurichten, und es wird die Zeit kommen, wo spätere Geschlechter ihn am liebsten in dieser Stellung darstellen werden. Wie er, ein donnernder Jupiter, die Ehre der Nation verteidigt und alles zu bester Ausführung bringt, was der Heldenkönig in entschlossener Brust gewünscht, ist das große Verdienst, welches ihm die Dankbarkeit der Nachwelt sichert. Indessen hat die den großen Krieg mit einem Gestrüpp von falschen Voraus-

setzungen umgebende historische Legende auch bei diesem letzten Abschnitt der Ereignisse die freie Initiative unterschätzt, die der königliche höchste Wille an den Tag legte.

Noch war zu wirksamer Gegenwehr die Ordre der Mobilmachung nicht erfolgt, als der König, wie es Benedetti schon am 14. seiner Regierung vorausgesagt hatte, bereits am 15. in Berlin eintraf, um alle nötigen Regierungsmaßregeln anordnen zu können. In Brandenburg fand er auf der Rückreise den Kronprinzen, Bismarck, Moltke, Roon, die ihm entgegenkamen. Die von Thile danach auf dem Bahnhof überbrachten Depeschen aus Paris machten es wünschenswert, daß die Mobilmachung sofort angeordnet wurde, und der König war auch längst dazu entschlossen, wenn er auch nach seiner alles genau überlegenden Art den Wunsch hatte, nichts zu überstürzen, und daher im ersten Moment zunächst nur eine teilweise Mobilmachung der westlichen Armeekorps anbefehlen wollte. Aber schon im nächsten Augenblick beschloß er die Mobilmachung der ganzen Armee, und seinen freudig, wenn auch in ernstester Stimmung gegebenen Entschluß konnte sofort der Kronprinz der erregten für den König begeisterten Menge, die draußen der Nachrichten harrte, verkündigen. Der König selbst versicherte seiner Gemahlin, daß bei den Nachrichten aus Paris beim ersten Schritt in die Residenz „sein erster Gedanke natürlich“ war, „sofort mit der Mobilmachung der ganzen Armee zu antworten, was sofort besprochen und befohlen wurde!! und jetzt sind die Befehlstelegramme schon nach allen Seiten fort! Und ebenso sind die Süddeutschen aufgefordert das Gleiche zu tun, von denen heute noch die allerbesten Aussprüche eingingen und auch von einem völligen Enthusiasmus dort berichtet wird! Kurzum es ist ein Nationalgefühl, wie man es wohl niemals so allgemein und gleich erlebt hat! Aber welche Erwartungen werden mir aufgebürdet! Wie wird ihnen entsprochen werden können?! Gott mit uns!“

Wenn man dieses heldenmütige Auftreten des Herrschers wahrnimmt, so muß man sich wundern, daß die leisetretende

Geschichtsschreibung auch bei diesen erhebenden Momenten die Initiative des Königs verkleinert. Manchmal machen die Darstellungen den Eindruck, als ob der alte Herr wiederum erst mühselig zu der entscheidenden Tat hätte genötigt werden müssen. In dem gelesensten Werke findet man schon bei Gelegenheit der Zurückweisung Benedettis in Ems folgende unbewiesene Worte: „Die Folgen dieses Beschlusses waren bedeutender, als vielleicht der König selbst sie erwartet hatte.“ Und als der König seine Räte in Brandenburg trifft, heißt es: „Noch wollte der König nicht an den Ausbruch des Krieges glauben; er dachte, daß jetzt die französische Aufregung sich beruhigen würde.“ Nicht der leiseste Anhaltspunkt liegt für diese angeblichen Wahrnehmungen vor. Wer immer sie gemacht haben wollte, beweist, daß der wahre Charakter des Königs wenig erkannt ist. Sein stilles abwartendes Wesen, welches den festen Entschluß nicht eher verkündigt, bevor er nicht alles erwogen und vor allem auch allen jenen das Wort erteilt hat, ihre Ansicht zu äußern, die dazu berufen sind, stellt die Größe seines Charakters nur in ein noch helleres Licht. Er gehört nicht zu den Herrschern, welche ihre überragende Stellung dazu benützen, um mit ihren Anschauungen und Befehlen stets herauszutreten, bevor noch eine Sache gründlich beraten und die Meinungen berechtigter Ratgeber ausgesprochen und erwogen worden sind, sondern die Größe der historischen Persönlichkeit liegt vielmehr in der glücklichen Wahl des Augenblicks, in welchem der unabänderliche Wille des herrschenden Geistes sich zeigen soll. Nur in diesem Sinne hat man seit Alexander und Cäsar den Willensgewaltigsten den Namen der Großen zugelegt, weil sie in Entschlüssen und Entscheidungen der Gewalt im hohen Grade maßvoll waren, aber eben dadurch dauernde Wirkungen in Staat und Gesellschaft hervorzubringen verstanden. Die weiterschreitende Eröffnung zahlreicher Quellen, wird ohne Zweifel beweisen, daß die selbstbewußte Initiative dem König in vollstem Maße eigen war, so daß sie es ihm ermöglichte, einer freien Tätigkeit und dem selb-

ständigen Gange seiner Räte, die seine Ziele erkannt und erreichbar gemacht haben, den vollsten Spielraum zu lassen. In diesem Sinne konnten in der voranstehenden Darstellung persönliche Zeugnisse hervorragender und dem König nahestehender Zeitgenossen auch für einen Abschnitte benutzt werden, welcher leider durch deutsche Quellen und Urkunden heute noch sehr wenig Aufklärung erfahren hat. Man muß zufrieden sein, wenn auf dem Wege kritischer Erörterung der Beweis erbracht werden konnte, daß König Wilhelm in der verbreiteten Überlieferung neben seinem großen Kanzler, dessen Verdienste zu verkleinern unmöglich wäre, noch nicht voll zur Anerkennung kommt. Auf die höchste Höhe seiner historischen Eigenschaften erhoben ihn eben jene Ereignisse, die ihn nach Versailles führten und durch die er dem Deutschen Volke Reich und Kaisertum gebracht hat.

Fünftes Kapitel.

Der casus foederis und die neutralen Mächte.

I.

Bei dem Ausbruch des Krieges stand den Franzosen aller Parteien nichts so fest, wie die Überzeugung, daß der König von Preußen vermöge der rein dynastischen Frage, in welche er verwickelt war, ganz und gar isoliert bleiben werde. Nach dem übereinstimmenden Urteile aller mit den Pariser Verhältnissen vertrauten Persönlichkeiten zeigte sich in der Kriegsbegeisterung, deren ausgelassenste Szenen in den ersten Julitagen von den Geschichtsschreibern aller Nationen nicht ohne ein schmerzliches Gefühl geschildert werden können, die deutliche Vorstellung, daß der Streitfall in allen deutschen Königreichen und Fürstentümern als ein rein dynastisch Hohenzollerischer betrachtet werde, dem die Stimmungen des Volkes sehr ferne ständen. Die Regierungsblätter wußten auf alle Weise zu versichern, daß in den weitesten Kreisen von Deutschland keine Neigung vorhanden sei, für den König von Preußen in dessen persönlicher Sache Gut und Blut zu opfern. Dieser ungeheuerliche Irrtum war insbesondere von dem Herzog von Gramont verbreitet worden, dem er durch seine Wiener Freunde und namentlich durch den Grafen Beust in jahrelangem Umgang eingeflößt worden war. Der kurzweilige, heitere Aufenthalt Gramonts in der Kaiserstadt an der Donau hatte ihm die Meinung beigebracht, daß zwischen den Süd-

deutschen und den Preußen überhaupt nur ein sehr loser nationaler Zusammenhang bestehe. Die Wiener Staatsmänner, in ihren Gedanken und Absichten stets trefflich interpretiert von einer Presse, die in den letzten Jahren bis zur Tollheit die Versicherung gab, daß die preußische Dynastie nur durch Gewalt auf die hohe Stufe des Jahres 1866 habe kommen können, überboten sich im Amt und in den Salons der Aristokratie durch die schalsten Witzeleien über den König von Preußen, der stets die Rolle des von Bismarck hin und her geführten alten Herrn spielen mußte. Bismarck selbst wurde als ein durch seine Erfolge nicht mehr ganz normal gerichteter Geist bezeichnet und als besonders treffend wurde die ständige Rede eines der hohen Ministerialbeamten des auswärtigen Amtes angesehen, welcher den preußischen Minister nur als Nebukadnezar bezeichnete, von dem man eben noch nicht wisse, ob er auch Heu fressen werde.

In dieser lehrreichen Schule hat der nicht sehr urteilsfähige französische Herzog bei geringer Kenntnis deutscher Verhältnisse und völliger Unkenntnis der deutschen Sprache die Überzeugung gewonnen, daß die Deutschen in Österreich in innigster Seelenharmonie mit den Bayern und Württembergern zwar sehr viel nationale Redensarten machten, aber der preußischen Dynastie absolut feindlich gegenüber ständen. So hatte ihm denn selbst eine Erklärung eines Mannes, wie Graf Bray, „ein Angriff Frankreichs werde Deutschland einig finden“, keinen Eindruck gemacht. Der Versuch, diesen Angriff als einen rein persönlichen und dynastischen zu gestalten, schien diesem Franzosen so außerordentlich geschickt und glücklich, daß er selbst die Warnungen Beusts und Vitzthums nicht begreifen konnte, sondern immer noch die Untrüglichkeit seines Kalkuls, nach welchem Preußen ganz isoliert bleiben und die fremden Mächte sich nach einer ersten glücklichen Schlacht auf Frankreichs Seite wenden würden, als sicher gestellt ansah.

In Wahrheit trat nun aber der gerade umgekehrte Fall ein.

Das ganze alte monarchische Europa war durch die Vorgänge von Ems in einer an die alten Napoleonischen Mißhandlungen der großen Geschlechter erinnernden Weise erschüttert. Selbst an den Höfen, welche seit 1866 grollten, sprach man mit Entsetzen von dem Napoleonischen Streich, einen König durch einen Gesandten insultieren zu lassen. Es ist nur ein schwacher Schimmer von jener Erregung in der Depesche des Grafen Beust bemerkbar, in welcher er Gramont warnte, den von ihm betretenen Weg zu verfolgen: „So war das nicht gemeint, lieber Freund“ glaubt man zwischen den Zeilen der Darstellung zu lesen, die der gesprächige Sachse nachher von der Lage gegeben hat. Man erzählte in Wien, daß der Kaiser dem Grafen in entschiedenster Weise und mit der Entrüstung beleidigter Majestät in das Wort gefallen wäre, als dieser den Versuch machte, ihm gegenüber das Verfahren Gramonts einigermaßen zu entschuldigen. Ganz die gleiche Wirkung war insbesondere in Bayern und Württemberg zu beobachten, wo es ebenfalls die Könige waren, die, wie sich gleich zeigen wird, sich viel lebhafter auf die Seite des Königs von Preußen stellten, als die öffentliche Meinung in ihren Ländern und in ihren Kammern. Eben aus solchen Kreisen stammten die erfreulichen Nachrichten, die König Wilhelm schon in den Tagen der Emser Verhandlungen aus Süddeutschland erhalten hatte und die er seiner Gemahlin in günstigster Auslegung mitteilte, um ihr mehr Mut und Sicherheit in der Beurteilung der Lage zu geben: „Eben kommt ein Telegramm von Stuttgart,“ schreibt der König am 13. Juli, „in welchem Varnbüler sagt, die beleidigenden Zumutungen von heute seien so verletzend für Württemberg, daß er den französischen Gesandten beauftragt habe, sofort nach Paris zu schreiben, daß man sich dergleichen verbitte. Worauf das geht, wissen wir aber hier noch nicht. Übrigens haben Bray und Varnbüler den französischen Gesandten schon in den letzten Tagen gesagt, daß, wenn Preußen angegriffen würde, ganz Deutschland wie ein Mann aufstehen werde“. Vorsichtig setzte der König freilich hinzu: „Das ist sehr brav, wenn es geschähe!“ Aber

schon am folgenden Tage konnte der König versichern: „Die Aufregung hier und in Süddeutschland wächst!“

In den großen Städten und in den gebildeteren Ständen gab es ohne Frage eine starke nationale Richtung und Bewegung, die für die einheitliche Bekämpfung des Erbfeinds auftrat und in trefflichster Weise auf die Entschlüsse der Regierungen einzuwirken suchte, aber im ganzen war die Stimmung vorzugsweise im südlichen Deutschland nicht allzu vertrauensvoll, und man sah überall schon die Rothosen im Geiste die unglücklichen Länder überschwemmen. Schreiber dieser Zeilen reiste in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli auf bayrischen Eisenbahnen. In einer rätselhaften Weise waren auf allen größeren Stationen Gerüchte und Nachrichten verbreitet, die Franzosen seien in der Pfalz eingebrochen und hätten die Grenzgarnisonen vertrieben; in Regensburg schrie mitten in der Nacht ein Zeitungsträger, französische Truppen seien von Straßburg nach Kehl herübergekommen und hätten die Eisenbahnbrücke besetzt; der Verkehr nach Frankreich sei unterbrochen. Als ich nach Schweinfurt kam, um von da mit der Post nach Kissingen zu fahren, bemerkte der Beamte am Schalter, das wäre unvorsichtig, alle Leute reisten nach Hause, die Verbindung zwischen dem nördlichen und südlichen Ufer des Mains könne nur noch wenige Tage dauern. Und in der Tat! Die damals noch ohne Eisenbahn befahrene Straße von Schweinfurt nach Kissingen bot das Bild einer Völkerwanderung. In unzähligen Wagen jeder Art und Gattung auf ihren Koffern sitzend, von Ochsen gezogen, auf Strohbündeln gelagert, im Erntewagen, der langsam neben dem außen und innen besetzten Omnibus daher fuhr: so flüchtete am 16. Juli die gesamte Badegesellschaft von Kissingen, weit über tausend Personen in der festen Überzeugung, daß in wenigen Tagen die Franzosen hier Herren sein werden und eine Heimreise durch die Kriegsereignisse unmöglich würde. Allerdings mochten die Erinnerungen von 1866 gerade an einem Orte wie Kissingen sehr lebhaft und gefahrdrohend, aufsteigen aber

die Wahrheit ist und bleibt es, daß in den Tagen der Kriegserklärung eine ungeheuere Panik durch die Länder ging und daß man von einer maßlosen Überschätzung des Feindes gepeinigt worden war. Hat doch Moltke sogar sehr zu bedauern gehabt, die Eisenbahnbrücke bei Kehl sei etwas voreilig gesprengt worden! Es gab in Nord- und Süddeutschland nur einige wenige Leute, die an die Überlegenheit der deutschen Waffen glaubten. Die mutigsten nahmen ihre Erinnerungen und Schulkenntnisse aus der Franzosenzeit zur Hand und urteilten ganz gelehrt: wenn auch im ersten Anlauf die Franzosen uns überrumpeln sollten, so folge doch Leipzig auf dem Fuße nach und über den schließlichen Erfolg könne die zähe Ausdauer und der deutsche Patriotismus nicht zweifelhaft sein.

Es ist nötig, sich dieser wahren Sachlage zu erinnern, obwohl hier nicht die Absicht bestehen kann, in irgend eine Schilderung der militärischen Ereignisse einzutreten; denn nur auf Grund der wirklich vorhandenen Stimmung und der durchaus nicht siegesgewissen Zuversicht im deutschen Volke lassen sich die diplomatischen Vorgänge richtig verstehen und beurteilen, auf deren Darstellung es hier allein abgesehen ist. Was das Militärische betrifft, so wird eine feste Überzeugung von der Stärke und Überlegenheit der zur Verfügung stehenden Waffen wahrscheinlich nur bei dem König und Moltke vorhanden gewesen sein, denn auch die Tagebuchblätter des Kronprinzen sind am 16., 19., selbst am 24. Juli noch sehr sorgenvoll. Insbesondere hatte die preußische Heerführung keinerlei große Zuversicht zu den nicht in ihrer Schule erzogenen Truppen. Noch am 9. Dezember 1869 sagte Moltke zu Herrn von Bernhardi, auf die bayrische Armee gebe er nicht viel; hingegen wußte er schon damals, daß die preußische, d. h. wohl die Armee des Norddeutschen Bundes auch allein den Franzosen überlegen wäre, wenn diese keinen Verbündete hätten. Aber in Betreff von Bayern wollte Moltke noch 1869 die Befürchtung nicht unterdrücken, daß man im Falle eines Konflikts, auch wenn die Regierung den besten

Willen hätte, mit den Rüstungen nicht rasch genug fertig sein könnte, während die Entscheidungen schon in den ersten vierzehn Tagen fallen müßten.

Gegenüber allen militärischen und nichtmilitärischen Vermutungen war es aber wieder das große Verdienst des Kanzlers, wie er sein diplomatisches Werkzeug in so vortrefflicher Verfassung und Vorbereitung zur Hand hatte, daß sich sein überlegener Einfluß überall sofort in der erfolgreichsten Weise geltend machen konnte. Es kam, wie sich von selbst versteht, bei seinen diplomatischen Maßnahmen auf zweierlei an: fürs erste die süddeutschen Regierungen zur Ausführung ihrer Verbindlichkeiten, wie sie durch die Verträge vorgezeichnet waren, anzuhalten, und weiter die auswärtigen Mächte zur Neutralität im Kampfe zwischen Frankreich und Deutschland zu bestimmen. Was die süddeutschen Staaten anbelangte, so war der preußischen Politik mehr und mehr der nationale Aufschwung zu gute gekommen, der sich von Stunde zu Stunde seit dem Bekanntwerden der Emser Depesche vom Fels zum Meer in stürmischer Gewalt erhob. In Norddeutschland war die Mobilmachung unter der größten Begeisterung vor sich gegangen, und selbst in Bayern waren die Preußenfeinde überrascht und gedemütigt, wenn sie auch auf den Versuch nicht verzichten zu müssen glaubten, den casus foederis bestreiten oder umgehen zu können. Immerhin war die Lage von der Art, daß man der zu erwartenden Beschlüsse der bayrischen Regierung durchaus unsicher blieb. In Berlin waren sehr verschiedene Meinungen über das verbreitet, was von Bayern und Württemberg zu erwarten sein und wie sich auch im günstigen Falle die bayrische Armeeleitung zu der vertragsmäßigen Führung Preußens stellen werde.

Als am 21. Juli der Herzog von Koburg in Berlin ankam, um sich zur Dienstleistung bei der Armee zu melden, wurde er vom König und vom Kronprinzen mit großer Freundschaft und Bereitwilligkeit aufgenommen und dem Hauptquartier der dritten Armee unter dem Kommando des Kronprinzen zugeteilt.

Es war aber, wie er erfuhr und erzählte, mit Rücksicht auf die Bündnisverhältnisse des Südens alles in noch so unsicherem Gange, daß ihm der Kronzprinz sagte, er fürchte, man habe ihn zu einem Feldherrn ohne Armee gemacht. Am 22. Juli hatte er sowohl mit Bismarck, wie mit Moltke eingehende Besprechungen, aus denen nur zu entnehmen war, daß die beiden höchsten Ratgeber des Königs keine ganz übereinstimmende Ansicht von dem hatten, was man zunächst insbesondere von Bayern zu erwarten haben werde. Bismarck hatte es durchgesetzt, daß der Kronprinz sich bei den Königen von Bayern und Württemberg als Führer des Teiles der Armeen melden sollte, welchem die süddeutschen Armeekorps einzuverleiben wären, aber diese Meldung, von den Königen zwar zuvorkommend telegraphisch bereits angenommen, stand solange gleichsam in der Luft, als die Kammern den „casus foederis" prüfen zu müssen erklärten und die Armeen zwar auf dem Papier mobilisiert waren, aber über ihre Verwendung zunächst keine andere Garantie bestand, als die, welche etwa in dem lobenswerten Enthusiasmus eines guten Teiles der Münchener Bevölkerung gefunden werden konnte. Von Moltke hörte der Herzog wenig gutes über die vorhandene Ausrüstung des bayrischen Heeres und er war der Meinung, daß man ihr besser eine Reservestellung angewiesen hätte. Das schlimmste aber war, wie der Herzog erzählte, die in allen militärischen Kreisen vorhandene Furcht, die bayrischen Korps möchten, wie 1866, unter das Kommando der Prinzen gestellt werden, von denen man fürchtete, sie würden sich dann ungern der Führung des preußischen Generalstabes einfügen. Der Herzog behauptete überdies noch bis in die spätesten Jahre, sein Wunsch, ein Kommando in dem Kriege zu erhalten, sei aus prinzipiellen Gründen nicht erfüllt worden, weil man kein Beispiel geben wollte, welches in Bayern sogleich durch die Ernennung von Fürstlichkeiten nachgeahmt worden wäre. Wie dem aber auch sein mochte, die Erfahrungen, die der Herzog in Berlin machte, bewiesen, wie äußerst schwierig es war, den so vielgenannten

Schutzbündnissen, die sich auf dem Papiere so sicher und schön hatten lesen lassen und die so überschwenglich gelobt worden waren, eine brauchbare Gestalt und Wirkung zu verschaffen. Wenn in der populären Geschichtsüberlieferung alles große jener Tage so erscheint, als sei es eine Wirkung des fleißigen Absingens der Wacht am Rhein gewesen, so ist diese Auffassung zwar durchaus schön, aber sie reicht nicht an die wirklichen Schwierigkeiten der Lage heran. Diese zu besiegen, gelang lediglich dem persönlichen Einfluß und dem geschickten, wohldurchdachten Auftreten des Kronprinzen in Süddeutschland, wodurch die vielgegliederte Armee zu einem Ganzen zusammen geschweißt werden mußte; keineswegs aber war es das Verdienst eines klaren und unzweifelhaften Rechtsverhältnisses, welches von vornherein sicher gewesen wäre und von allen Seiten hätte erkannt werden müssen.

Inzwischen hatte der Norddeutsche Bund die Probe seines Bestandes und seiner jungen Verfassung sehr gut bestanden. Der große Anlaß machte außerordentliche Maßregeln notwendig und Bismarck zögerte nicht, den Bundesrat zum erstenmal seit seinem Bestande in einer auswärtigen politischen Angelegenheit, bei welcher über Krieg und Frieden gewürfelt wurde, zur Mitwirkung aufzufordern. Am 16. Juli hielt er vor den versammelten Vertretern der Bundesstaaten einen mündlichen Vortrag, in welchem er die Reihe der vorangegangenen Tatsachen schilderte und aus den gesamten Vorgängen den Schluß zog, daß dem Norddeutschen Bunde keine Wahl bleibe als der Krieg, vorausgesetzt, daß die französische Regierung nicht Bürgschaft gegen die Wiederkehr ähnlicher Bedrohungen des Friedens und der Wohlfahrt Europas gebe. Das Bundespräsidium bedurfte verfassungsmäßig keiner Zustimmung zu der beschlossenen Mobilmachung, aber das gleichsam freiwillige Entgegenkommen desselben verfehlte doch nicht gegenüber allen denen, welche gegen Preußens Stellung und Politik auch in den Bundesländern zu eifern pflegten, eine außerordentlich tiefgreifende Wirkung hervorzubringen.

Im Namen der sächsischen Regierung erklärte von Friesen das Einverständnis „mit allen bisherigen Schritten des Bundespräsidiums und mit der von Preußen kundgegebenen Auffassung der Sachlage“. „Frankreich,“ sagte er, „will den Krieg. Möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden.“ Das Protokoll über diese denkwürdigste Sitzung des Norddeutschen Bundes enthält den Beitritt aller Bevollmächtigten zu der Erklärung des Königreichs Sachsen. Wenn man von dieser Übereinstimmung aller Bundesfürsten in den südlichen Staaten Nachricht erhielt, so war es wenigstens sehr schwer geworden, daß irgend eine Regierung, welche auf Ehre und Ehrlichkeit hielt, den „casus foederis“ anzuerkennen sich hätte weigern mögen. Und es war nach diesem Vorgang sämtlicher deutscher Fürsten im Norddeutschen Bund völlig ausgeschlossen, daß die Könige persönlich ihren Vertragsverbindlichkeiten nicht nachkommen sollten. Auch ist es eine etwas kindliche Anschauung, immer wieder zu behaupten und zu erzählen, es sei eine besonders rühmenswerte und durchaus freiwillige große Tat der Könige von Bayern und Württemberg gewesen, wenn sie ihrer vertragsmäßigen Verpflichtung nachkamen und den casus foederis anerkannten.

Eine leichte Aufgabe war dem Bundespräsidium im Norddeutschen Reichstag zugefallen, wo die Verhandlung über einen Kriegskredit bereits nach der Überreichung der amtlichen Kriegserklärung durch den französischen Bevollmächtigten erfolgte. So konnte der König auch mit vollem Grund auf den einmütigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens schon jetzt hinweisen. Er durfte nur an das Beispiel der Väter erinnern, die für Freiheit und Recht gegen di Gewalttate fremder Eroberer kämpften und, so schloß der König, „in diesem Kampfe, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war.“

Es kann hier unterlassen werden, auf die großartigen und erhebenden Worte der Adresse hinzuweisen, welche der Präsident

Simson am 20. Juli verlas und die ebenso wie der geforderte Kriegskredit einstimmig angenommen wurde. Daß aber der Reichstag bereits unter dem hocherfreulichen Eindruck der Erklärungen der süddeutschen Regierungen, wonach ihre sämtlichen Streitkräfte dem Oberbefehl des Königs von Preußen unterstellt wurden, Beschluß fassen konnte, erregte auch schon den Glauben und die Hoffnung, daß Deutschland, wie der Kronprinz von Preußen damals in seinem Tagebuch schrieb, nunmehr auch seine politische Einheit herstellen werde. Indessen sollten schon die nächsten Tage zeigen, daß dazu die Wege doch nicht vollständig geebnet waren und vielmehr in München und Stuttgart eine Reihe von Ereignissen eintrat, die die Einheitsbestrebungen in sehr weite Ferne zu rücken schienen. Zunächst sei hier jedoch nur noch auf das Rundschreiben des Bundeskanzlers hingewiesen, das er an die diplomatischen Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den auswärtigen Regierungen richtete und welches feststellte, daß Frankreich lediglich der Angreifer sei, und daß Deutschland den Kampf nur um seiner nationalen Ehre und seiner Freiheit willen aufnehme und daher die Zuversicht hegen dürfe, daß „Frankreich für einen so mutwillig und so rechtlos heraufbeschworenen Krieg keinen Bundesgenossen finden werde“.

II.

Bayern und seine Vergrößerungspläne.

Über die diplomatischen Vorgänge in Bayern zur Zeit des Ausbruchs des Krieges ist man weder von seite Preußens noch Bayerns amtlich unterrichtet worden. Bezeichnend ist es, daß man es der patriotischen Begeisterung einer trefflichen deutschen Frau und liebenswürdigen Schriftstellerin zu verdanken hat, überhaupt zum erstenmal etwas verläßliches über die Vorgänge am Hofe Ludwigs II. in den schweren Julitagen erfahren zu haben. Neuestens ist alsdann durch Veröffentlichungen aus dem Nachlasse des Grafen Bray einiges hinzugekommen, was manches ahnen läßt und mehr zu denken gibt, als aufklärt. In Wirk-

lichkeit ließ sich aus dem raschen Entschlusse des Königs und seiner Regierung in Betreff der Mobilmachung für die gehoffte endliche Begründung eines deutschen Reichs noch gar nichts folgern, und es waren keinerlei Anhaltspunkte gegeben worden, aus denen auf eine Änderung der seit vier Jahren von König, Volk und Regierung wetteifernd festgehaltenen Politik hätte geschlossen werden dürfen. Was in dramatischer Beleuchtung in diesem Augenblicke von einer Umarmung des Nordens und Südens und von elementarem Hinwegfallen der Maingrenzen geredet zu werden pflegte, war nichts anderes als eine gute Meinung und erscheint nachträglich als ein Hysteron proteron, welches in Schulreden zwar eine sehr erwünschte Wirkung auf jugendliche Zuhörer machen wird, aber die im Beginne des französischen Krieges vorhandene diplomatische Lage fälscht. Selbst für diejenigen, welche an einen vollständigeu Sieg Preußens im Kampfe gegen Frankreich glaubten, die aber in allen von der Donau durchflossenen Ländern die denkbar größte Minderzahl bildeten, war die Zukunft dunkel, und von irgend einer Vereinbarung, oder von vollem Anschluß an den Norddeutschen Bund konnte schon deshalb von keiner Seite gesprochen werden, weil ja in den vier vorausgegangenen Jahren hierfür nicht einmal das nötige schätzbare Material" gesammelt worden war, wie man sich im diplomatischen Dienst ausdrückt. Als Resultat aller Anläufe konnte dem praktischen Politiker nur das feststehen, daß, wenn auch Versuche einer Vereinigung im Süden gemacht worden waren, die günstigsten, wie diejenigen durch und unter Hohenlohe, auf dem Standpunkte standen, daß die Beseitigung der norddeutschen Verfassung die Vorbedingung für jede Wiederherstellung einer deutschen Bundeseinheit bilde. So war es denn nur zu erklärlich, daß man auch in Berlin im auswärtigen Amte fürs erste schlechterdings gar keine Pläne schmiedete, sondern die Haltung bewahrte, welche Bismarck seit vier Jahren als Regel aufgestellt hatte, den von Süden kommenden Wünschen wohlwollend entgegenzusehen.

König Ludwig war an dem Tage, an welchem Graf Benedetti in Ems eingetroffen war, nach den Jagdhütten auf dem Hochvogel und dem Kramer abgereist. In dem Augenblicke, wo seit mehr als 24 Stunden jedes Zeitungsblatt in ganz Europa die drohenden Worte des Herzogs von Gramont erzählte, besprach und als das furchtbare Anzeichen eines heraufsteigenden Sturmes anerkannte, befahl der König, daß ihm nur im dringendsten Falle eine Estafette nachgeschickt werden dürfte. In den aufregenden Tagen des 13. bis 15. Juli, in welchen gleichzeitig die bayrische Kammer die merkwürdigen preußenfeindlichen Debatten über den bayrischen Militäretat führte, von denen schon früher gesprochen wurde, scheint das Ministerium sich kräftig und entschlossen und ohne Furcht vor den preußenfeindlichen Kammern dahin geeinigt zu haben, bei dem König einen Antrag auf Mobilmachung zu stellen. Leider aber ist man nur auf Vermutungen angewiesen, da die in dem Kabinett des Königs eingelaufenen Aktenstücke ihrem Inhalte nach weder in den Mitteilungen der Frau von Kobell noch in denen des Grafen Bray näher bezeichnet sind. Da jedoch bereits am 16. Juli früh um 6 Uhr das entscheidende Gespräch zwischen dem König und seinem Kabinettssekretär Eisenhart stattfand, welches den Befehl zur Mobilmachung zur Folge hatte, so muß man annehmen, daß der Beschluß des Ministerrats, bei dem König den Antrag zu stellen, schon am 14. oder 15. stattgefunden haben dürfte. Man wird auch diese Folgerung um so lieber machen, weil sie den Grafen Bray und General Pranckh in einem vortrefflichen Licht erscheinen läßt und beweisen würde, daß das Ministerium Bray sich seiner Verpflichtungen gewissenhaft erinnerte und für die Sicherung des Staates in energischer Weise Vorsorge zu treffen verstand. Unrichtig wäre es aber zu denken, daß bereits eine vollständige Feststellung über die Verwendung der Truppen an der Seite Preußens beschlossene Sache gewesen wäre. Man weiß bloß von der großdenkenden Stimmung des Königs, die er in dem Gespräch mit Eisenhart an den Tag gelegt hat, indem

er in Berg gleich nach seiner Ankunft den casus foederis für gegeben erklärte und, wie Frau von Kobell sagt, trotz seiner ausgesprochenen Sympathien für das absolute Königtum und die französische Kunst seine deutsche Gesinnung in schönster Weise hervortreten ließ. Über die am 16. Nachmittag stattgefundene Konferenz mit den Ministern ist aber wiederum nichts Genaueres bekannt; man weiß nur, daß die Regierung eine Vorlage an die Kammern beschlossen hatte, um die Deckung des notwendigen Kriegskredits zu erlangen. Daß die patriotischen Gesinnungen des Königs durch die ihm in München am 17. Juli nachmittags bei seiner Ankunft im Schloß dargebrachten Huldigungen in erfreulichster Weise gestärkt wurden, darf nicht über die Tragweite der bis dahin offiziell gefaßten Beschlüsse täuschen. Noch war alles vermöge der entschiedenen Abneigung der Kammermajorität gegen Preußen unsicher und der Bündnisfall voraussichtlich auf das heftigste bestritten. Wenn man bedachte, daß zwei Tage vorher ein Mann wie Professor Sepp, der als der Gemäßigtste seiner Partei galt, und als ein verständiger und loyaler Deutscher sich gerne zu geben pflegte, in der Kammer unter dem vollen Beifall seiner Freunde erklären konnte, man setze nur einen Kriegslärm in Szene, damit die Kammer beim Budget nachgibiger sein solle; und wenn er weiter sagte: „Wir werden keinen Mann mehr aufstellen und keinen Gulden bewilligen, da wir weder den casus foederis noch den casus belli anerkennen", — wenn er zudem die eben in Ems spielende Angelegenheit als keine nationale Sache, sondern ein bloß dynastischen Interessen dienendes Spiel erklärte — so wäre es allerdings verwegen gewesen, am 18. Juli mit der offenen Erklärung vor der Kammer zu erscheinen, daß die Armee unter den Befehl des Königs von Preußen gestellt werden solle. „Mit der ihm zur zweiten Natur gewordenen Zurückhaltung umging Graf Bray" — so heißt es in dessen Nachlaß — „einstweilen die tatsächlich von der Regierung bereits beschlossene Anerkennung des casus foederis, indem er die eingebrachte Kreditforderung mit einer Rede be-

gleitete", in welcher er sorgfältig über die Verwendung der Truppen und über die von Bayern einzuschlagende Politik schwieg." Er gab zwar zu, daß jetzt die deutsche Frage beginne, nachdem die spanische Kandidatur verschwunden sei, aber von einem Verlassen der bisherigen auf die volle Selbständigkeit Bayerns gerichteten Politik war wohlweislich keine Rede. Um so weniger durften die Minister auch nachher in der Debatte diesen Punkt berühren, als auch der König, wie sich gleich zeigen wird, indem er die Armee ins Feld stellte, die strengste Aufrechthaltung seiner Souveränität nicht einen Augenblick aus den Augen verlor.

In der Debatte des 18. und 19. Juli ging das Ministerium aus seiner bis dahin gewahrten Reserve soweit heraus, daß dasselbe nunmehr die Mobilmachung als eine Sache, die zur Erfüllung des casus foederis nötig wäre, offen erklärte. Die bayrische Patriotenpartei stellte dagegen ausdrücklich den Antrag auf Neutralität und die Kommission des Abgeordnetenhauses entschied sich in ihrer Majorität für die bewaffnete Neutralität, während eine Minderheit sich nicht entblödete, die einfache und unbewaffnete Neutralität als dasjenige zu bezeichnen, was Bayern Gut und Blut ersparen und den Interessen am besten entsprechen würde. Unter diesen Umständen stellte sich für den Grafen Bray und den Kriegsminister die Notwendigkeit heraus, Farbe zu bekennen und die Kriegsfrage zu diskutieren. Gerne wird man hierbei anerkennen, daß Graf Bray tiefbewegte Worte sprach und schließlich der Gedanke an die Schande eines Vertragsbruchs in den besseren Teilen des Abgeordnetenhauses eine Überzeugung herbeiführte, welche in den großen Massen der bayrischen Hauptstadt und der fränkischen und pfälzischen Landesteile bereits feste Wurzel gefaßt hatte. Wenn aber derselbe Professor Sepp, dessen preußenfeindliche Äußerungen soeben berichtet wurden, drei Tage später erklären mußte, daß er seine Rede, die er gestern noch zu Gunsten der Neutralität ausgearbeitet hätte, heute verwerfe und für den Kriegsfall stimmen werde, so mag man gerne da-

rüber sich freuen, daß der Sieg des gesunden Menschenverstandes bei der Vollberatung der Kammer alle Neutralitätsanträge beseitigte und Bayern so vor einer Katastrophe bewahrt geblieben ist. Man wird sich jedoch versichert halten dürfen, daß durch Ablehnung des casus foederis die Frage der künftigen Reichsgestaltung insofern erleichtert worden wäre, als sodann die Stellung Bayerns überhaupt nicht mehr in Betracht gekommen sein würde.

Eine höchst anerkennenswerte Leistung war unter diesen Umständen die Rede des Generals von Pranckh, der „den Mut“ zu derselben, wie er sich ausdrückte, aus „seinem wohlbegründeten Rufe als Partikularist“ nahm. Er hatte den dringendsten Grund, auf der Bewilligung des geforderten Kredits zu bestehen, weil, wie man sich erinnert, selbst die einfachen Mittel zur Ergänzung des Kriegsbedarfs, wie überhaupt das Militärbudget in diesem Augenblick von den Kammern noch gar nicht bewilligt worden waren. Selbst im Falle einer Mobilisierung im Sinne „bewaffneter Neutralität“ reichten die vorhandenen Mittel nicht aus und nach Mitteilungen bayrischer Militärpersonen an befreundete Diplomaten waren die wesentlichsten Vorbedingungen der Kriegsrüstung vorerst noch nicht gegeben. Nach dem Gothaischen Kalender betrug der Friedensstand der aktiven bayrischen Armee Ende 1869 in ganzen 49 949 Mann. Aber nach dem preußischen Generalstabswerk erforderte die Kriegsformation beider bayrischer Armeekorps je 50 000 Mann und 5500 Mann Kavallerie; und da die Gesamtleistung Bayerns im Monat August sich auf 128 946 Mann und 24 056 Pferde tatsächlich hob, so geht hieraus hervor, daß dem General von Pranckh eine außerordentliche Aufgabe zugefallen war. Auch in diesem Falle durfte man sagen, daß die Armee und die Militärbehörden es waren, durch die die Ehre Bayerns gerettet worden ist.

Bezeichnend war dagegen die kleinliche Gesinnung der Kammer, welche den Kredit von 5 600 000 Gulden auch am 20. Juli nur „für den Fall der Unvermeidlichkeit des Krieges“ bewilligte. Immerhin vermochte die bayrische Regierung infolge-

dessen dem norddeutschen Bundespräsidium Nachricht zu geben von den vertragstreuen Beschlüssen ihrer Kammern und von ihrer Bereitwilligkeit, die Armee unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen. Von irgend welchen weitergehenden Absichten war jedoch in dem Verkehr der beiden Regierungen nicht die Rede. Wohl aber hatte König Wilhelm auch diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne seinerseits dem nationalen Gedanken Ausdruck zu geben und Preußens Hoffnungen auf eine endliche Vereinigung des deutschen Volkes anzudeuten. So richtete er an König Ludwig die folgenden Worte:

„Nach Empfang des Telegramms Ihres Ministeriums übernahm ich sofort das Kommando der bayrischen Armee und überwies die letztere der unter dem Oberbefehl des Kronprinzen gestellten dritten Armee. Wir sind durch unerhörten Übermut aus dem tiefsten Frieden in den Krieg geworfen. Ihre echt deutsche Haltung elektrisierte auch Ihr Volk. Ganz Deutschland steht zusammen, wie nie zuvor. Gott segne unsere Waffen in den Wechselfällen des Krieges. Ihnen persönlich muß ich meinen innigsten Dank aussprechen für die treue Festhaltung an dem Vertrage, worauf Deutschlands Heil beruht."

In allen höchsten Kreisen wie in ganz Norddeutschland und den besten Teilen des Südens erblickte man in der tatsächlichen Vereinigung der Armeen den ersten Akt der langersehnten Überbrückung der Mainlinie. Als der Kronprinz am 27. Juli in München eintraf, erkannte er mit innigster Freude den nationalen Aufschwung der Bevölkerung und kleidete seine schönsten Hoffnungen dem Grafen Bray gegenüber in die schlichten Worte: „Da wir nun beisammen sind, müssen wir auch beisammen bleiben." Aber noch war kein Echo eines solchen Rufes zu vernehmen. König Ludwig war zwar voll jugendlicher Begeisterung für den sehr abstrakten Begriff von Deutschland und dem deutschen Volk, doch ließ er keine Gelegenheit vorübergehen, ohne seinen bestimmten Willen zum Ausdruck zu bringen, die Selbständigkeit Bayerns und die Souveränität seiner Könige

strenge aufrecht erhalten zu wollen. Schon in der Antwort auf das Telegramm König Wilhelms, mit welchem dieser den Oberbefehl über die bayrischen Truppen übernahm, betonte König Ludwig bezeichnend genug neben Deutschland besonders das „Heil Bayerns", für welches seine Truppen in den Kampf gingen. Nichts deutete darauf hin, daß der König und seine Minister ihre seit vier Jahren geübte Politik verändern wollten. Als der Kronprinz in München anlangte, war er über die liebenswürdigen Äußerungen des Königs und über seine allgemeine deutsche Denkungsart sehr erfreut, aber das Tagebuch enthält selbst in der vorliegenden, veröffentlichten Form den vielsagenden Beisatz: „Bei der Abreise erhalte ich einen Brief von ihm, die Selbständigkeit Bayerns möge beim Frieden gewahrt werden." In dem echten und vollständigen Tagebuch des Kronprinzen wird ohne Zweifel viel Genaueres darüber gestanden haben, wie sich König Ludwig die Entwicklung der Dinge vorstellte. Glücklicherweise liegen aber noch Mitteilungen des Großherzogs von Baden vor, mit welchem der Kronprinz unmittelbar danach zusammengekommen war. Dieselben geben einen Einblick in den Kreis der Vorstellungen, von welchen der König beherrscht war, als er seine wichtigen Beschlüsse faßte und die bayrische Regierung in das Kriegsbündnis mit Preußen tatsächlich eintrat. Was er sich als Ziel gesetzt hatte, war die Vergrößerung Bayerns und vielleicht eine Erhöhung seiner persönlichen Stellung, worüber freilich nur dunkle Mitteilungen und Gerüchte vorliegen, von denen später zu sprechen sein wird. Hierbei darf aber der Erzähler dieser Dinge sich durchaus gegen den Vorwurf verwahren, als vermöchte er nach der großen Vergangenheit eines Hauses, wie das Wittelsbachsche, gewisse Ideale nicht zu begreifen, in denen ein jugendlicher und von vielen geistigen Interessen erfüllter Monarch gleichsam im Banne geschichtlicher Bestrebungen lebte. Man weiß, mit welchem Eigensinn sich Überlieferungen dieser Art vererben und bis zu fixen Ideen wachsen können. Der Wittelsbachsche Staat hat seit dem gewaltigen Herzog Maximilian

sich auf die volle Höhe des Einflusses und europäischer Machtstellung immerfort so sehr zu heben getrachtet, daß in der Dynastie wie im bayrischen Volke der Anspruch auf Vergrößerung, auf Abrundung seines Gebietes und auf Wachstum seiner königlichen Ehren als etwas Selbstverständliches und Notwendiges gelten konnte. Kein Geschichtsschreiber dürfte aus dieser Denkungsart einen persönlichen Vorwurf ableiten, aber es wird auch gestattet sein müssen vom praktisch politischen Standpunkt die Unhaltbarkeit von Ideen aufzuzeigen, nach welchen im 19. Jahrhundert eine Einwohnerzahl von der Größe des heutigen London eine Selbständigkeit gegenüber einer geeinigten Nation beanspruchen sollte. Von seinem bayrischen Standpunkt aus hatte König Ludwig den an sich ganz ehrenwerten Gedanken, Bayern durch den Krieg zu vergrößern, mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit seines Charakters festgehalten. Dieser Gedanke spielte dann eine verhängnisvolle Rolle bei allen Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands und hat in den nächsten Monaten zu den mannigfaltigsten Mißklängen Veranlassung gegeben. Da diese bayrischen Absichten aber vereitelt worden sind, so schienen sie fast vergessen werden zu sollen; nur in den Überlieferungen Eisenharts und des Grafen Bray finden sich schüchterne Andeutungen über diese Angelegenheit, wodurch man zu einiger Kenntnis der Beweggründe des Königs gelangt ist, die wahrscheinlich schon bei der Anwesenheit des Kronprinzen in fester Ausprägung hervortraten. Indem von dem Siege deutscher Waffen über die Franzosen eine Erwerbung alter deutscher Länder allgemein erwartet wurde, so war König Ludwig entschlossen, für sein Bayern eine territoriale Beute in Anspruch zu nehmen. Das verhängnisvollste lag darin, daß die „Belohnung“ für Bayern mit einer gewissen Notwendigkeit auch für die übrigen süddeutschen Staaten Ansprüche solcher Art schuf. Besonders war gleich nach den ersten Schlachten im Elsaß die öffentliche Meinung sehr bereit, auch das allezeit national gesinnte Baden zu „belohnen“ und so war denn mit einemmale selbst unter

ernsten Politikern eine Stimmung aufgekommen, die an die Wiener Kongreßzeiten erinnerte. Nachdem man in allen Schulbüchern durch fünfzig Jahre über den Seelenhandel und Länderschacher der Metternich und Konsorten gewettert hatte, sollte die erste Gelegenheit in Deutschland ergriffen werden, die vier süddeutschen Länder gehörig abzurunden und auszutauschen. Es gab unter den Fürsten aber leider nur einen, dem dies ein völlig unerträglicher Gedanke war, wie sich gleich zeigen wird.

Während von der einen Seite von den ersten Tagen des Krieges die nationale Frage mit Ungeduld und Heftigkeit verfolgt wurde, fand man in München von der anderen Seite keinen Anlaß sich zu regen, zumal auch in Berlin zunächst keine Absicht zu bestehen schien, irgendwie auf die dauernde Einigungsfrage sich einzulassen. In Baden fürchtete man im August, daß die ganze Kriegsbegeisterung des deutschen Volkes verrauschen könnte und so glaubte der Großherzog vor allem der Idee entgegentreten zu sollen, daß neben der Selbständigkeit und Vergrößerung Bayerns etwa der Souveränitätsstandpunkt des Südens überhaupt und für alle Länder unverändert fortbestehen sollte. Der Großherzog trat daher schon in der Mitte August allen auf Ländertausch und Landerwerbung der Kleinstaaten gerichteten Bestrebungen in möglichst schärfster Weise entgegen. So heißt es in einem seiner Schreiben an den Minister Jolly:

„Wir Badener müssen aber besonders vorsichtig sein, da uns jeder Schritt in Betreff der Wiedervereinigung von Elsaß und Lothringen als eigennützig ausgelegt werden kann. Dies ist um so mehr zu befürchten, als schon ganz offen von der Vergrößerung Badens durchs Elsaß gesprochen wird und mir von seite preußischer Generale Andeutungen in diesem Sinne gemacht wurden, welche kaum mehr einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß diese Absicht besteht. — Sie kennen meine Anschauungen in Betreff einer kräftigen Gestaltung Deutschlands unter Preußens Führung genau genug, um überzeugt zu sein, daß ich dem Gedanken, die süddeutschen Staaten durch Gebietserweiterungen für

ihre Teilnahme am Kriege zu entschädigen, für einen großen Fehler und daher für ein Unglück im Interesse einer besseren Gestaltung Deutschlands erachte. Es würde das die Schwierigkeiten, unter denen wir bisher zu kämpfen hatten, nur vergrößern und eine große Gefahr für die Zukunft schaffen. Wenn Deutschland durch die nun von Frankreich zurückeroberten Provinzen künftig vergrößert werden soll, müssen diese Provinzen unter preußische Oberhoheit gestellt werden, oder falls sie einen gewissen Grad von Selbständigkeit behalten sollen, könnte Preußen, d. h. der Kaiser, einen Statthalter bestellen, der unter Berücksichtigung ihrer Eigentümlichkeiten diese Provinzen selbständig zu regieren hat. Nur dann ist zu erwarten, daß auch die übrigen süddeutschen Staaten zu einem engeren Anschluß an den Norden bewegt werden können und daß jeder verwerfliche Partikularismus gründlich überwunden bleibt." Und wenige Tage später schreibt der Großherzog wieder an Jolly: „Bei Besprechung der Frage, ob die eroberten französischen Gebietsteile zu einem neutralen unabhängigen Staate umgestaltet werden sollten, der die Sicherung Deutschlands vor künftigen Kriegsgelüsten Frankreichs herbeiführen soll, dürfte vielleicht erwähnt werden, daß ein solcher Gedanke, welcher schon vielfach aufgestellt wurde und einigermaßen dem Luneviller Frieden entspricht, immerhin eine gewisse Berechtigung hat, insoferne er diesen Landesteilen eine Selbständigkeit gewährt, welche Deutschland ihre Freundschaft für die Zukunft viel mehr sichert als eine Eroberung und noch den Vorzug hätte, daß das Einverständnis der übrigen Großmächte leichter zu erreichen wäre. Auf die Erwähnung dieses Gesichtspunktes würde ich aus dem Grunde einen gewissen Wert legen, weil er gestattet den Gegensatz um so schärfer auszusprechen, das heißt die von uns gewünschte Aneignung der eroberten Provinzen durch Preußen. Es könnte dann bloß von der Alternative die Rede sein: Vergrößerung Preußens im Süden, oder Bildung eines neuen neutralen Staates, wie Belgien zwischen Deutschland und Frankreich. Dann könnten wir immerhin sagen, der schon aufgetauchte Ge-

danke, Baden durch Elsaß zu vergrößern, resp. zu entschädigen, widerstrebe unseren Anschauungen in Betreff der künftigen definitiven Gestaltung Deutschlands und wir sprechen in diesem hohen Interesse den dringenden Wunsch aus, daß wenn dieser Gedanke wirklich in den Absichten des Bundeskanzlers liegen sollte, aus den Gründen Abstand davon genommen werden sollte, die Sie in Ihrer Denkschrift anführen. Die bestimmte Betonung dieser unserer Wünsche und Gesinnungen scheint mir deshalb nötig, weil ich wiederholt vernehme, man glaube in maßgebenden Kreisen verpflichtet zu sein, die süddeutschen Staaten für ihre nationale Gesinnung zu belohnen d. h. entschädigen zu sollen. Wenn wir also diese Art Kompensation recht entschieden im voraus ablehnen und das wahre nationale Gesamtinteresse recht hoch halten, so können wir auch dazu beitragen, Bayern und Württemberg mit in diese Bahn zu führen und etwaige derartige Gelüste im Keim zu ersticken. Auf Grund solcher Selbstverleugnung, die ich noch lieber Selbstachtung nennen möchte, könnten wir denn auch um einen Schritt weiter in den Vorschlägen gehen, welche wir dem Bundeskanzler nach Maßgabe Ihrer Denkschrift vorlegen."

Der Großherzog bezieht sich mit der letzten Bemerkung auf eine Reihe von Angelegenheiten, die demnächst eingehender zu besprechen sein werden; hier soll nur auf die Genesis und Entwicklung der Idee von den Landerwerbungen die Aufmerksamkeit gelenkt werden. Da Bayern in den Krieg, wie man nicht wohl zweifeln wird, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Vergrößerungsforderung eingetreten war, so wuchs im Verlaufe weniger Wochen in den verschiedensten Kreisen dieser Gedanke so mächtig, daß selbst der Kronprinz von Preußen dem Großherzog gegenüber die Sache einigermaßen zu rechtfertigen suchte, während Bismarck vermöge seiner schwärmerischen Bereitwilligkeit für alles, was Bayern wollte, wahrscheinlich schon in bestimmterer Art seine Geneigtheit mündlich oder schriftlich nach irgend einer Seite ausgesprochen haben mußte, da eine der ersten Weisungen des

Königs Ludwig an den Grafen Bray in Versailles dahin lautete, die Territorialvergrößerung Bayerns zu erwirken. Es wird sich dann bald zeigen, welchen sehr unerquicklichen Verlauf die Angelegenheit genommen hatte. Und indem dieselbe zum großen Verdrusse des Königs bei Preußen nicht von fern jene Unterstützung zu finden vermochte, auf welche man rechnen zu können meinte, so war in den ersten Zeiten der siegreichen Ereignisse in München an nichts weniger als an eine Lösung der deutschen Frage gedacht worden.

Ein zusammenfassender Bericht über die Lage ist aus einer Verhandlung aufbewahrt, welche im September zwischen den Großherzogen von Oldenburg und Baden stattgefunden hatte und worüber der Oldenburgische Staatsrat Jansen seinem Herrn Bericht erstattete:

„Zu einer Initiative in der deutschen Frage habe die badische Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt eine besondere Legitimation .... Es sei bekanntlich eine vielfach ausgesprochene Ansicht, daß den süddeutschen Staaten für ihre Beteiligung an dem Kriege gegen Frankreich eine Belohnung gebühre und daß diese naturgemäß in einer Vergrößerung Badens und Bayerns durch den Elsaß und Lothringen zu bestehen habe. Dieser Auffassung könne man in Baden eine Berechtigung irgend welcher Art nicht zugestehen; das — sagte der Großherzog — sei nicht nur sein Standpunkt, sondern auch derjenige der badischen Regierung und der Mehrheit der Kammern und man sei darin immer entschiedener geworden, jemehr man mit der Frage sich habe beschäftigen müssen. Man betrachte diese Angelegenheit als einen Ehrenpunkt und müsse die Unterstellung für geradezu ehrenrührig halten, daß den süddeutschen Regierungen die Annahme eines Lohnes angesonnen werden könne, während sie nur ihre vertragsmäßige Pflicht erfüllt hätten. Aber auch politisch könne man eine Lösung, welche Bayern und Baden durch ehemals französische Gebietsteile vergrößern wolle, nur für eine höchst unglückliche halten. Weder Bayern noch Baden seien im

stande mit ihren Machtmitteln diese Territorien festzuhalten und mit Erfolg sich innerlich anzueignen. Er — der Großherzog — gehöre nicht zu denjenigen, welche in optimistischer Täuschung glaubten, daß der jetzige Krieg gegen Frankreich der letzte sein werde. Die Frankreich abzunehmenden Provinzen könne schon aus diesem Grund kein anderer als der Stärkste erhalten, derjenige, der allein im stande sei, sie mit eigener Kraft zu behaupten; und in Baden halte man deshalb nur ein solches Arrangement für gesund, welches Elsaß und Lothringen der Krone Preußen unterstelle. . . . "

Im weiteren Verfolg des Berichtes teilt dann Staatsrat Jansen seine Erfahrungen über die Stellung der süddeutschen Staaten, zunächst Bayerns, bei dem Ausbruch des Krieges mit:

„Der Großherzog . . . schien auf eine Initiative König Ludwigs des II., so sehr er deren entscheidende Bedeutung anerkannte, nicht ganz die Hoffnung zu setzen, die er in Euerer königlichen Hoheit Schreiben durchschimmern zu sehen glaubte. In den bayrischen Regierungskreisen — immer von der Person des Königs abgesehen — habe nach dem Ausbruch des Krieges entschieden der Plan obgewaltet, sich auf die Theorie des casus foederis — eine Erfindung des Herrn von Varnbüler — zu stützen und den Süden hinter einer gemeinsamen Neutralität zu verschanzen. Für diese Auffassung sei Graf Bray . . . ganz gewonnen gewesen und er habe sich von derselben auch jetzt noch so wenig losgemacht, daß er — der Großherzog könne dafür die Beweisstücke liefern — noch nach Ausbruch des Krieges und den großen Erfolgen der deutschen Waffen" (der Bericht ist nach dem Sturz des Kaiserreichs geschrieben) „jetzt wieder die Frage aufgeworfen habe, ob es nicht politisch indiziert sei, sich auf den Neutralitätsstandpunkt zurückzuziehen. . . . In dem Widerstreit der in den letzten Tagen vor Ausbruch des Krieges in München dominierenden Strömungen sei dann allerdings ein Zeitpunkt eingetreten, in dem der König den Ausschlag dafür gegeben habe, daß die Allianzverträge gehalten würden; es sei

auch der Kronprinz von Preußen, als er als Oberbefehlshaber der süddeutschen Armeen in München erschienen sei, sehr freundschaftlich und verwandtschaftlich empfangen worden, allein am Morgen seiner Abreise habe der König dem Kronprinzen ein Schreiben übergeben lassen, worin er ihn gebeten habe, bei seinem königlichen Vater der Vermittler dafür sein zu wollen, daß aus dem Kriege nichts hervorgehe, was die politische Stellung Bayerns affiziere. Dem entspreche in den Münchner Kreisen auch die Auffassung der großen deutschen Siege; in der Beteiligung der bayrischen Armee an denselben begrüße man zunächst und vor allem eine Stärkung der politischen Position Bayerns und sei entschlossen bei den demnächstigen Friedensverhandlungen dieselbe für spezifisch bayrische Zwecke nach Kräften zu verwerten. Den deutschen Gesichtspunkten der großen Ereignisse in den letzten Wochen bei den bayrischen Staatsmännern Eingang zu verschaffen, habe sich der badische Gesandte oft genug ohne Erfolg bemüht. Gleichwohl sei die Münchner Situation deshalb nicht aussichtslos."

Es wird später zu zeigen sein, wie trotz der geschilderten Lage durch den Drang der öffentlichen Meinung die Verhandlungen über die Begründung des Reichs allmählich in Gang gekommen sind. Aber auch das muß schon jetzt bemerkt werden, daß durch das Scheitern der bayrischen Hoffnungen eine gewisse Verbitterung zwischen Baden und Bayern insbesondere zur Zeit des Schlusses der Kriegsereignisse sich geltend machte. Man bekam zuweilen den Eindruck, als ob die bayrischen Staatsmänner bedauert hätten, den casus foederis viel zu rasch anerkannt und ihre Bedingungen nicht schriftlich und vertragsmäßig festgesetzt zu haben.

III.

Württemberg und Baden.

In viel entgegenkommenderer Weise hatte sich die Frage des casus foederis in dem Lande entwickelt, dessen Minister der

Erfinder dieser viel besprochenen staatsrechtlichen Theorie gewesen ist. Obwohl das kleinere Königreich Württemberg mit seiner Rüstung und Kreditbewilligung um einige Tage hinter Bayern zurückgeblieben war, konnte man doch nicht verkennen, daß Freiherr von Varnbüler sehr viel vorsichtiger in Bezug auf etwaige Neutralitätsgelüste sich verhielt, als ein Teil der hohen Gesellschaft in Bayern. Da der König von Württemberg bei seiner Rückkehr aus St. Moritz in Stuttgart sofort am 17. Juli, dem Beispiel des Königs von Bayern folgend, die Mobilmachung der Württembergischen Streitkräfte anordnete, so glaubte sich Herr von Varnbüler so rasch wie möglich nach München begeben zu sollen, um zu erfahren, welche weiteren Beschlüsse über Krieg oder Neutralität dort gefaßt werden würden. Zunächst muß gegenüber voreiligen geschichtlichen Darstellungen nur festgestellt werden, daß auch in Württemberg der Befehl der Mobilmachung noch keineswegs die Garantie gab, daß die Armee unter den Oberbefehl des Königs von Preußen vertragsmäßig gestellt werden sollte. Indessen gebührt auch hier dem König unzweifelhaft das Verdienst, daß er rasch zu dem entschlossen war, was Ehre und Pflicht gebot.

Über die Verhandlungen Varnbülers in München ist man fast gar nicht unterrichtet. Doch teilte der preußische Gesandte von Werthern einige Tage später dem Herrn von Mohl mit, daß es auf eine Verständigung abgesehen gewesen wäre, eine gemeinschaftliche Sicherung der souveränen Stellung Bayerns und Württembergs von Preußen zu verlangen, um in der Zeit, wo die Armeen den Befehlen ihrer Könige entzogen wären, jeden Eingriff in Hoheitsrechte zu verhindern. Die gleich darauf erfolgten persönlich freundlich gestalteten Beziehungen zwischen dem Kronprinzen als Oberfeldherrn und den beiden Königen von Bayern und Württemberg hätten jedoch Maßnahmen in der angedeuteten Richtung unmöglich gemacht, zumal vermöge der in der Masse des Volkes hervorgetretenen Begeisterung für den Krieg ein mißtrauisches Bezeigen gegen Preußen von Stunde zu

Stunde unklüger gewesen wäre. Jedenfalls hatte sich Herr von Varnbüler schon am 21. Juli ganz und gar in die nationale Rolle gefunden, die er in den letzten vier Wochen seiner ministeriellen Tätigkeit bis zu seiner am 31. August erfolgten Entlassung nicht ohne Glück zu spielen wußte. Im Landtag entwickelte er mit weit mehr Energie, als dies Graf Bray gethan hatte, den Standpunkt des unbedingten Anschlusses der Militärmacht Württembergs während des Krieges an Preußen. Er versäumte zwar auch jetzt nicht und wohl zum letzten Male auf die europäische Stellung des Königreichs Württemberg zu verweisen, aber er gestand doch unbedingt und ohne Umschweife ein, daß die Regierung auf Preußens Anfrage, „ob wir in diesem Kriege ihm uns anzuschließen gesonnen seien, mit einem offenen ja antworten müsse“. Als am 28. Juli der Kronprinz in Stuttgart weilte, fand er, wie es im gedruckten Tagebuch heißt, den General von Suckow ehrlich national und über von Varnbüler machte er die Bemerkung, daß er sich sehr patriotisch gegeben habe; er habe schon 1867 Napoleon versichert Deutschland werde bei einem Angriff einig sein. Im übrigen soll die denkwürdige Tatsache nicht unbeachtet bleiben, daß gerade in Stuttgart der Eindruck, den der Kronprinz von der Begeisterung des ganzen Volkes empfing ein so mächtiger war, daß er ihn zu den Worten veranlaßte: „Welche Verpflichtung legt uns diese Haltung des deutschen Volkes auf!“ Aber er fügte auch hinzu: „Es wäre klug, kleine Eigentümlichkeiten dieser Staaten zu respektieren z. B. ihre Gesandten“.

Als der Kronprinz am nächsten Tage in Karlsruhe mit seinem Schwager die gegenwärtige und künftige Lage Deutschlands besprach, erfuhr der Großherzog, was ihn nicht überraschen konnte, daß an eine Änderung der seit vier Jahren verfolgten Politik zunächst in Bayern und Württemberg nicht zu denken sei. Die Frage des Anschlusses an den Norddeutschen Bund im Sinne der Begründung eines einheitlichen Reiches stand für Baden noch genau auf dem Punkte, auf welchem im letztvergangenen

März nach den Irrungen der sogenannten Laskerschen Interpellation dieselbe vom Großherzog mit den preußischen Ministern und auch mit dem Kronprinzen besprochen worden war. Über die Stimmung des Großherzogs in diesen Tagen wo ihn neben den aufregenden Kriegsereignissen auch noch die kirchlichen Fragen, die für Baden allezeit so eingreifend waren, mächtig beschäftigten, gibt ein schöner Brief Aufklärung, den er am 27. Juli an einen geschätzten Freund richtete.

„... und doch bleibt inmitte der jetzigen Kriegsereignisse der unheilvolle Konzilbeschluß für jeden denkenden Menschen eine ernste Sorge für die Zukunft. Wer weiß wie leichtgläubig die Menschen sind, von welch kurzer Dauer das Haften der schwersten Erfahrungen und schmerzlichsten Opfer im Herzen der meisten Menschen ist, der darf wohl sich der Sorge hingeben, daß die jesuitische Schlauheit mit diesen menschlichen Schwächen rechnend bessere Zeiten wird abzuwarten wissen, um dem neuen Glaubenssatz seine Geltung zu verschaffen."

„Denken Sie nicht, daß ich den jetzigen wahrhaft erhebenden Aufschwung des Geistes unserer Nation gering schätze, d. h. mir davon nicht die besten Folgen für eine bessere Zukunft Deutschlands verspreche. Im Gegenteil bin ich der besten Zuversicht, daß der leichtfertig vom dritten Bonaparte unternommene Krieg das Ende dieser Partei samt ihren Genossen in Kirche und Staat herbeiführen wird; daß eine Zeit des Friedens für Europa erstehen kann, in der Deutschland zu bleibender Kraft und Größe gedeihen muß. Diese Zuversicht schließt ernstere Bedenken anderer Art nicht aus, ja sie verpflichtet sogar alle Gefahren, soweit sie zu ermessen sind, recht scharf ins Auge zu fassen. Eisen und Blut ist wieder die Losung, aber Friede muß das Ziel dieses Krieges sein, darum ist dieser Krieg für uns ein wahrer Kreuzzug; ja Friede müssen wir uns erkämpfen, indem wir den Dämon der gesitteten Welt vernichten! Möge Gottes Segen mit Deutschland sein. Auf ihn blickend gehe ich der verhüllten Zukunft entgegen und will meine schwachen Kräfte dem Vaterlande weihen. Sollten

sie vor dem Ende des Krieges d. h. vor dem Sieg der deutschen Heere brechen, so danke ich Gott diesen Anfang deutscher Einheit und Macht erlebt zu haben und freue mich des Glückes meiner Kinder, denen eine köstlichere Zeit beschieden sein wird ..."

„Freitag den 22. mußte ich meine liebe Frau zu den schon in Heidelberg sich befindenden Kindern in Sicherheit bringen, da es zu gewagt war, sie hier in erster Linie dem Feind gegenüber zu belassen, bevor wir schieden, gingen wir noch am Abend mit allen Hausgenossen zum Tische des Herrn und fanden dort eine wunderbare Stärkung für das fernere Tragen seines Willens. Bis vor wenigen Tagen waren wir hier stündlich eines feindlichen Überfalls gewärtig und es drängten sich, wie Sie sich wohl denken können, fortwährend die widersprechendsten Nachrichten. Vorigen Samstag waren wir sogar auf der ganzen Verteidigungslinie allarmiert, da ein Angriff auf die Brücke von Maxau erwartet wurde; der Allarm erwies sich als falsch, aber er hatte doch die gleiche Wirkung als wäre er ernst gewesen, denn Stadt und Land machte sich bereit, das Äußerste zu erfahren. So leben wir nun seit dem 15. in gespanntester Lage, bis wir endlich durch die norddeutsche Armee entsetzt sein werden. Gestern sind die ersten preußischen Truppen in der bayrischen Pfalz erschienen und morgen werden ungefähr drei Armeekorps dort vereinigt sein. Morgen sehen wir der Ankunft des Kronprinzen von Preußen hier entgegen, der wohl sofort das Kommando übernehmen wird. Die Operationen werden dann unmittelbar beginnen. Wo und wie ich denselben folgen kann und werde, das vermag ich erst zu bestimmen, wenn ich Näheres über die Aufgabe des Kronprinzen weiß. Schon am 13. Juli schrieb ich an den König nach Ems, um ihm meine schwachen Dienste anzubieten und stellte mich ihm zur Verfügung wie auch immer er mich verwenden wollte; der geringste Dienst sei mir ehrenvoll, wenn ich glaube meinem Vaterlande dadurch nützen zu können. Ich bin also eines Rufes des Königs gewärtig und folge bis dahin den großen Bewegungen der Armee." ...

Die am Schlusse dieses Briefes mitgeteilte Übersicht der Ereignisse vom 4. Juli bis zum Ausbruch des Krieges darf hier übergangen werden, da schon im vorigen Kapitel von denselben nutzbarer Gebrauch gemacht werden konnte. Aber es soll hier noch darauf aufmerksam gemacht werden, wie der Großherzog von Baden in vollster Übereinstimmung mit seiner Regierung und in der Überzeugung, daß er an der herrschenden Kammermehrheit, wenn nicht an der ganzen Versammlung der Abgeordneten seines Landes die sicherste Unterstützung finden werde, bereits am 13. Juli dem König Erklärungen machen konnte, die bewiesen haben, daß Baden seine Vertragstreue nie und nimmer von einer Prüfung des casus foederis abhängig gemacht hat. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß diese einzig richtige Auffassung der Schutzverträge staatsrechtlich wenigstens von einer der süddeutschen Regierungen in dem Augenblicke der Kriegsgefahr sicher gestellt wurde. Die Nichtigkeit und völkerrechtswidrige Behandlung dieser Frage in den bayrischen und württembergischen Kammern erscheint praktisch und vor den Augen europäischer Politik dadurch in die grellste Beleuchtung gestellt. So konnte denn auch am 16. Juli die Aufforderung der preußischen Regierung, mobil zu machen, dahin beantwortet werden, daß die Befehle dazu schon am Tage vorher erfolgt seien. Am 16. abends begann man bereits Rastatt zu armieren. Es besagt gegenüber den entschlossenen Maßnahmen Badens wahrlich wenig, daß sich weder das Land, noch die Regierung durch die besonderen Kriegsdrohungen Frankreichs besonders schrecken ließ. Und wenn der Biograph des Ministers Jolly die von diesem angeordnete Sprengung der Kehler Brücke mehr für eine politische, als militärische Maßregel erklärte, so kann man gerne glauben, daß diese unwiderruflich gegen Frankreich bewiesene Feindseligkeit auf andere süddeutsche Zweifler und Pessimisten einen nachhaltigen Eindruck hervorbringen mußte.

Als nun der Anschluß und die Unterordnung der sämtlichen süddeutschen Kontingente an die preußische Armee und ihr Ober-

kommando ins Leben getreten war und die dritte Armee die Grenzen Frankreichs überschritten hatte, machte der Großherzog von Baden sofort noch einen wichtigen organisatorischen Vorschlag, welcher der Vergessenheit entrissen zu werden verdient. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß die verschiedenen Truppenkörper der vier süddeutschen Staaten in allen vorbereitenden Maßregeln ganz ungleichmäßig und oft widerspruchsvoll geleitet waren. Die vier vorhergehenden Friedensjahre hatten ja trotz aller Gespräche und Verhandlungen der verschiedenen Kriegsminister und Generäle dieser souveränen „Europäischen Mächte" auch nicht den Schatten eines Einverständnisses hervorbringen können. So waren denn die Anordnungen, welche bald von München, bald von Stuttgart, bald von Darmstadt und Karlsruhe in Betreff von Nachschüben, Transporten, Bahnbenützungen, Lieferungen ergingen, besonders in den ersten Zeiten des Krieges, oft unvereinbarlich und widersprechend. Der Großherzog machte daher den einleuchtenden Vorschlag, es sollte von seite des Armeeoberkommandos ein Generalgouverneur für Bayern, Württemberg und Baden ernannt werden, der in die militärischen Maßnahmen im Rücken der ausrückenden Armee Einheit und Ordnung bringen sollte. Er hatte daher schon am 8. August an den Kronprinzen telegraphiert, „um ihm die Dringlichkeit einer baldigen Erledigung dieser Angelegenheit zu empfehlen, resp. die Sache beim König zu befürworten." Gleichzeitig schrieb er an den Minister Jolly:

„Ich konnte dies umsomehr unternehmen, als ich mit dem Kronprinzen eingehend mündlich diese Frage behandelte und er von der politischen, wie militärischen Notwendigkeit derselben überzeugt ist. Ich darf annehmen, daß die an unser Kriegsministerium gestellte Frage bereits eine Folge unserer Unterredung sein wird und daß man mit dieser Frage nur bezweckt, zu erfahren, ob Geneigtheit vorhanden ist, darauf einzugehen, d. h. daß die gleiche Frage nach München und Stuttgart gerichtet sein wird."

„Da nun aber wirklich ein dringendes Bedürfnis vorliegt, die Bewegungen und Anordnungen im Rücken der Armee einheitlich zu organisieren, so habe ich das anliegende Telegramm an den König entworfen und würde es abgehen lassen, wenn Sie damit einverstanden sind, daß ich diesen Schritt wagen soll. General Götz zeigte mir inzwischen die hierauf bezüglichen Schriftstücke."

Nichts ist nun bezeichnender für die Halbheit und Untauglichkeit der damals bestehenden deutschen Verhältnisse, als daß der König von Preußen die Vorschläge des Großherzogs und des Kronprinzen im hohen Grade billigenswert fand, sich aber nicht getraute, den beiden Königen von Bayern und Württemberg selbst die Zumutung zu machen, etwas so militärisch nützliches zu gestatten. Schon am 10. August mußte der Großherzog Jolly mitteilen: „Ich erhalte soeben ein Telegramm des Königs, der mir sagt: der Antrag ist nur ausführbar, wenn Du Dich mit beiden Südstaaten schleunigst über Sache und Person verständigst. — Es wäre also unsere Aufgabe, die Frage eines Generalgouvernements in Antrag zu bringen ....."

Offenbar hatte man im Hauptquartier militärischerseits keine Absicht, in einer Sache, bei welcher der Buchstabe der Verträge nicht feststand, auch nur das geringste zu verlangen, worauf die „souveränen" Regierungen eine Zurückweisung folgen lassen konnten. Die Sache hätte also wohl auf diplomatischem Wege durchgeführt werden müssen. Ob dieser Versuch nun, wie wahrscheinlich ist, von Bismarck in gewohnter Rücksichtnahme auf Bayerns unantastbare Stellung nicht für gangbar erklärt wurde, ist aus badischen Akten nicht zu erkennen. Dagegen war für Württemberg General von Suckow zum Generalgouverneur ernannt worden, was freilich keine weitere Bedeutung für die allgemeine militärische Lage hatte. Schon in einem Brief des Großherzogs vom 23. August trat die Aussichtslosigkeit seines Antrages deutlich genug hervor:

„Daß in München und Stuttgart — so schreibt der Groß-

herzog an Jolly — die Generalgouvernementsfrage keine günstige Aufnahme fand, habe ich zwar erwartet, da wir die Anregung dazu gegeben haben, aber bedauert habe ich doch, daß diese Sache von preußischer Seite ohne allen Nachdruck behandelt wurde. Es scheint mir daher sehr nötig, daß wir der preußischen Regierung mitteilen, welche Schritte wir im Interesse dieser Angelegenheit getan und darlegen, auf welche Gesinnungen wir dort gestoßen sind. Die preußische Regierung muß durchaus wissen, daß ein großer Unterschied besteht zwischen dem Verhalten der Truppen Bayerns und Württembergs im Felde, und deren Regierungen zu Hause, wo der alte Partikularismus unter der Asche glüht, und nur nicht zur Flamme sich aufzurichten wagt, da die Macht der Ereignisse dies nicht gestattet."

Es waren noch Ende August wahrlich schlechte Aussichten für die dauernde Herstellung einer halbwegs erträglichen Reichsverfassung und Einheit vorhanden; wie schwierig es gewesen ist, auch nur die Verhandlungen dazu in einen amtlich gesicherten Gang zu bringen, soll im nächsten Kapitel näher geschildert werden. Hier erübrigt es noch, die Bemühungen der preußischen Regierung darzustellen, um die Neutralität der beiden Mächte zu sichern, auf deren Allianz Gramont ebenso sicher gerechnet hatte, wie auf die Neutralität der süddeutschen Staaten. Hatte ihn Bismarcks weitblickender Geist in letzterer Hinsicht glänzend aus dem Felde geschlagen, so fand die deutsche Sache in Österreich und Italien zwar durchaus keine wohlwollende Behandlung, aber eine Reihe von günstigen Umständen ließ die Berechnungen Bismarcks auch hier siegreich aus den Wirren hervorgehen. Eine große Enttäuschung hatte in Deutschland eigentlich doch nur Spanien hervorgebracht, das mit wahrhaft beschämender Eile schon am 27. Juli seine Neutralität in dem zwischen Frankreich und Deutschland ausgebrochenen Kriege erklärte, wodurch Frankreich in die angenehme Lage kam, von der Notwendigkeit der Aufstellung eines Observationskorps an der spanischen Grenze zu Nutz und Frommen seiner gegen Deutschland ausrückenden Armee abzusehen.

IV.

Österreichische Neutralität.

Über die Stellung, welche Österreich und Italien bei dem Ausbruch des Krieges einnahmen, ist nicht nur in den Verteidigungsschriften Gramonts, Beusts und vieler anderer beteiligter Persönlichkeiten, in gedruckten Memoiren, sondern auch in den Geschichtswerken der letzten Jahre außerordentlich viel behauptet und gestritten worden. Es ist sehr sonderbar, daß auch in diesem Falle die Gewohnheit vorherrscht, fast nur das in Betracht zu ziehen, was die Diplomaten sagten, sehr wenig aber zu beachten, was die entscheidenden regierenden Herren wollten und taten. Die Bilder, welche auf diese Weise gewonnen werden, sind meist historisch unvollkommen, wenn nicht unbrauchbar. Ganz besonders in dem Fall von Österreich wird diese Vernachlässigung des Willens und der Entschlüsse des Monarchen für die Kenntnis der Dinge verhängnisvoll. Man besitzt über die Ansichten des Kaisers Franz Joseph in der Zeit der französischen Verwicklung ein so ausgezeichnetes Zeugnis, daß man nur verwundert sein kann, wie in endlosen Diskussionen jedes Wort Beust'scher Briefe und Depeschen in kritischer Weise erwogen wird und nie und nirgends an das erinnert wird, was der Kaiser Franz Joseph schon am 14. Juni dem General Lebrun sagte, als dieser ihm in Laxenburg vom Erzherzog Albrecht vorgestellt worden war. Nachdem der General mit dem Erzherzog die schönsten Feldzugspläne beraten und besprochen hatte, sagte der Kaiser folgendes zu dem französischen Abgesandten: „Der Erzherzog hat mir Bericht erstattet über die Fragen, welche zwischen ihm und ihnen verhandelt worden sind. Ich kann nur die vorgeschlagenen Mittel billigen für die Ausführung des Plans, von dem er mir gesprochen hat in Bezug auf den militärischen Gesichtspunkt. *Aber ich muß ihnen vor allem andern sagen, ich will den Frieden; wenn ich den Krieg mache, so ist es notwendig, daß ich dazu gezwungen sei. Ich darf hoffen,*

daß der Kaiser Napoleon sich genau Rechenschaft geben wollte von meiner persönlichen Lage, sowohl in Bezug auf das Innere, wie auf das Äußere. Wenn ich den Krieg erklärte zu derselben Zeit wie er, so ist es nicht zweifelhaft, daß Preußen, indem es von Neuem die deutsche Idee in Bewegung setzt, die deutschen Bevölkerungen zu seinen Gunsten aufregen und in Aufstand bringen könnte, nicht bloß allein bei sich und in Süddeutschland, sondern auch in dem österreichisch-ungarischen Kaisertum, was für meine Regierung äußerst ärgerlich wäre. Wenn dagegen der Kaiser Napoleon gezwungen wäre, den Krieg anzunehmen oder zu erklären, daß er mit seinen Armeen im Süden von Deutschland nicht sowohl als Feind, sondern als Befreier erscheine, so würde ich gezwungen sein, von meiner Seite zu erklären, daß ich mit ihm gemeinschaftliche Sache mache. Vor den Augen meiner Völker vermöchte ich nichts anderes zu thun, als meine Armee mit der französischen dann zu vereinigen. Dies bitte ich Sie, von meiner Seite dem Kaiser Napoleon zu sagen, ich hoffe, daß er meine innere und äußere politische Lage so ansehen werde, wie ich."

Lebrun antwortete, daß er zu keinerlei politischer Verhandlung bevollmächtigt worden, dennoch aber überzeugt sei, daß in Rücksicht auf die allgemeine Lage Europas es klug sein dürfte, für alle Fälle sich über militärische Verhältnisse zu verständigen, wie er dies mit dem Erzherzog getan hätte; worauf der Kaiser erwiderte, daß er dieses Motiv der Klugheit vollständig billige. Wie bestimmt aber Kaiser Franz Joseph eine Kriegserklärung Österreichs nur als eine Folge einer äußersten Zwangslage betont hatte, glaubte Lebrun in seinem diesbezüglichen Berichte besonders anerkennen zu sollen. Deutlich genug ging aus den Worten des Kaisers hervor, daß er eine Allianz mit Napoleon lediglich von dem Falle abhängig machte, daß Süddeutschland von Preußen vergewaltigt und von Frankreich beschützt werden würde. Auch sonst war in Wien bekannt, daß Kaiser Franz

Joseph seine Politik auf eine Karte mit Bayern und Württemberg gestellt hatte.

Man sieht, wie geringen Wert der französische Offizier eigentlich auf die militärischen Unterhaltungen legte, die er mit dem Erzherzog hatte und denen doch nachträglich weniger eingeweihte Schriftsteller eine übertriebene Bedeutung beimaßen. Wer die österreichischen Verhältnisse kannte, hätte wissen können, daß in dem österreichischen Hause den einzelnen Gliedern und Linien, insbesondere, wenn sie eine so hervorragende Stellung einnahmen, wie dies in dem Zweige der Fall war, der von dem Erzherzog Karl abstammte, eine viel größere Selbständigkeit zukommt, als dies in den meisten anderen Dynastien der Fall ist. Diese verschiedenen erzherzoglichen Häuser standen im 19. wie im 17. Jahrhundert nicht selten wie selbständige Mächte nebeneinander, verfolgten sehr oft auch recht verschiedene politische Ziele. Wie einst die Brüder Rudolfs II. oder des alten Kaisers Franz, so nahm besonders auch Erzherzog Albrecht eine ganz ausnahmsweise Stellung in allen politischen Angelegenheiten ein. Durchaus loyal hielt er sich zwar von allen Einmischungen in die nicht militärischen Angelegenheiten fern, trat aber auch mit seinem politischen Urteil gar nicht zurück, welches sehr häufig in vollem Gegensatz gegen die so oft wechselnden Minister gestanden hatte. Ganz besonders wenig Übereinstimmung bestand zwischen ihm und dem Grafen Beust. Man konnte sich auch keine schärferen Gegensätze der beiden Persönlichkeiten denken. Der unruhige sächsische, politisch nicht eben dem österreichischen Gedankenkreis verständliche, in den inneren Angelegenheiten nach allen Seiten hin transigierende Minister, der sich in seinen freien Stunden und im Salon auch noch obendrein als Dichter und Komponist geistreich aufzuspielen wußte, gefiel nicht eben dem Erzherzog, der in seiner knappen, man möchte sagen, prosaischen Denkungsweise überhaupt nur für militärische Dinge ein volles Interesse besaß. Besonders war die Schöpfung des ungarisch-österreichischen Dualismus dem Erzherzog widerwärtig. Er hatte sich, nachdem

der Krieg vom Jahre 1866, in welchem er sich als Sieger bewährte und doch den übeln Ausgang nicht verhindern konnte, auf seine eigensten Geschäfte und man möchte fast sagen, auf seine Liebhabereien zurückgezogen. Zu diesen gehörte, daß er sich mit der ihm völlig zu Gebote stehenden Sachkenntnis und strategischen Begabung am liebsten in Probleme vertiefte, die sich auf die etwa bevorstehenden kriegerischen Verwicklungen in Europa sei es im Westen, Norden, Osten bezogen. Man sagte, er habe die Feldzugspläne für allemöglichen Kriege, die zwischen den Mächten auftauchen könnten bis in alle Details ausgearbeitet. So darf man sich nicht wundern, daß er die Gelegenheit nicht versäumte, die militärischen Operationen für Frankreich und Österreich in einem Kriege gegen Preußen aufs Genaueste zu entwerfen. Die Kriegsschauplätze, die er aus den Werken seines Vaters mit besonderer Vorliebe studierte, mochten ihm ja eine ganz besondere Anregung geben auch seinerseits sich als Feldherrn in diesen Gegenden zu denken. Wohl ist es aber glaublich, daß dem streng an seinem Beruf hängenden und haftenden Manne auch nicht entfernt in den Sinn kam, jene Grenze zu überschreiten die er durch die Entschlüsse der Regierung und des Kaisers gezogen fand.

Ganz anders faßte Graf Beust, wie schon in einem früheren Kapitel gezeigt wurde, seine Stellung auf. Ohne sich allzusehr darüber zu bekümmern, ob seine vielgeschäftige diplomatische Tätigkeit im entscheidenden Augenblick auch wohl beim Kaiser Anerkennung finden werde, verwickelte er sich immer tiefer in ein Netz von ausgedehnten Beziehungen, Allianzanträgen und etwa möglichen Abschlüssen bald mit Frankreich, bald mit Italien, bald mit Bayern und Württemberg. Bei alledem unterließ er nichts, um seine Friedensliebe bald den Engländern und bald den Russen zu versichern, und man darf sich für überzeugt halten, daß das österreichische Aktenmaterial sonst in zehn Jahren nicht so gewachsen war, wie in der Zeit, seitdem Graf Beust die alte Staatskanzlei bezogen hatte. Als nun aber in den Julitagen

die spanische Angelegenheit, die seit fast zwei Jahren so unschuldig aussah, einen plötzlich drohenden Charakter annahm, entstand auf dem Wiener Ballplatz und in den Redaktionen aller Zeitungen, die dort ihre Nachrichten zu sammeln pflegten, eine Verwirrung von fast komischer Höhe. Wie sich die in Wien befindlichen Journalisten auszudrücken pflegten, so wußte der Herr Sektionsrat, welcher die Presse inspirierte, nicht, woher er genug Spritzen nehmen solle, um das Feuer zu löschen. Auch der Minister befand sich in tödlichster Verlegenheit. Es war ja gar nichts abgeschlossen worden, es schwebte ja alles in der Luft, man war ja erst bei den Präliminarien angelangt; wie konnte denn die französische Regierung so voreilig sein? Graf Beust war noch gar nicht über die spanische Angelegenheit ordentlich zu Wort gekommen; er hätte ja darüber erst eine Anzahl Noten geschrieben, um diese ernste Sache für spruchreif ansehen zu können. Und nun vollends die Reichsratsdelegationen! Eben erst hatten die Landtagswahlen in den verschiedenen Kronländern stattgefunden. Sie bezeugten eine recht schlechte oppositionelle Stimmung gegen die Regierung.

Graf Beust hat wenige Jahre später seine Lage in einem Briefe an den Grafen Andrassy mit einer Deutlichkeit und Offenheit beschrieben, von der man erstaunt ist, daß sie nicht auf alle Geschichtsschreiber den gleichen Eindruck vollkommenster Wahrhaftigkeit gemacht hat. Es zeugt von wenig Menschenkenntnis, wenn man hinter den Worten Beusts irgend etwas Schlimmeres versteckt glaubt. Das Schlimmste was er von sich sagen konnte, hat er ja selbst drucken lassen. Nachdem er lang und breit auseinandergesetzt, daß er mit allen Entwürfen und Verhandlungen teils mit Frankreich, teils mit Italien gar nichts zu stande gebracht habe, und daß der Entwurf der von den drei Monarchen allein und für ihre Person zu unterzeichnenden Erklärung von keinem derselben wirklich unterzeichnet worden sei, beklagt er sich über die Blitzesschnelle des Hohenzollerischen Konflikts. Dann als der Krieg ausgebrochen, gesteht er eine entsetzliche Angst nicht

etwa vor Preußen allein, nein vielmehr vor Frankreich gehabt zu haben, denn er wußte jetzt auf einmal, daß der Kaiser Napoleon sehr große Neigung gehabt hätte, einen möglichst raschen Friedensschluß mit Preußen herbeizuführen, wobei dann Österreich die Unkosten zu bezahlen gehabt hätte; und er tut sich noch in späteren Jahren etwas darauf zu gute, daß er die Möglichkeit eines solchen Ausgangs vorhergesehen und vermieden habe. Und dann schließt er sein Resumé mit folgenden für diesen Mann mehr als bezeichnenden Worten: „Daß bei dem damaligen Drange der Ereignisse in den betreffenden Schriftstücken, teilweise infolge persönlichen Übereifers der Konzipienten manches nicht genug abgewogene Wort übersehen wurde (NB. Er bezieht sich auf die Worte „fidèles à nos engagements"), darf ich nicht leugnen, aber es sind eben nur Worte, nicht Gedanken und Taten, an welche der Gramontsche Schwindel und die journalistische Hetze sich hängen. Ich nenne ohne Scheu das ganze Vorgehen Gramonts Schwindel, denn was ihn allein vor Mit- und Nachwelt entschuldigen könnte, nämlich, daß er vor der Kriegserklärung eine Allianz hatte, kann er nie behaupten und noch weniger beweisen, und die angeblich aus den späteren Mitteilungen geschöpfte Überzeugung, daß er auf österreichische bewaffnete Unterstützung rechnen durfte, zieht ihm nur den neuen Vorwurf zu, daß er bei solchen Dispositionen es zu keiner Allianz hatte bringen können."

Man kann mit dieser Darstellung des Gramontschen Schwindels nur einverstanden sein, nur mit dem Zusatz, daß der französische Minister dabei wohl nicht leicht einen gründlicheren Teilnehmer hätte finden können, als den Grafen Beust. Es ist richtig: Worte, Worte und nichts als Worte hat diese österreichische Politik seit 1866 verschwendet, und vor allem hatten Gedanken ihr vollständig gefehlt. Es wird wohl niemand zweifeln, daß Bismarck hiervon gleich damals so überzeugt war, daß eine in den Kreisen des auswärtigen Ministeriums in Wien selbst oft und lebhaft ausgesprochene Überzeugung allen Grund gehabt

haben wird, wonach der Leiter der deutschen Politik längst schon nach der Devise vom Schwerpunkt Österreichs in Pest gehandelt haben wird. In der Tat erzählten die Herrn Räte im auswärtigen Amt in Wien schon längst mit scheinbar bekümmerten Mienen, es scheine, daß der Graf Bismarck neben der offiziellen preußischen Diplomatie am Wiener Hofe noch eine sehr intime mit dem Grafen Andrassy unterhalte, deren Depeschen nicht eben veröffentlicht zu werden pflegten. Beweise für diese sorgenvollen Behauptungen liegen der Geschichte bis heute allerdings nicht vor, doch wird man zugeben, daß unter dem Gesichtspunkte der Wahrscheinlichkeit dieses Verhältnisses die deutsche Politik Bismarcks einen gesicherteren Eindruck macht, als man sonst in jenen Geschichtsbüchern zu lesen pflegt, welche eine ganze europäische Verschwörungsfabel gegen das neue Deutschland erfunden haben. Von sämtlichen Scheingründen, welche die Franzosen für den Bestand einer vom Kaiser Franz Joseph begünstigten ernsten Allianz mit Frankreich anzuführen pflegen, besteht nur ein einziger Ausspruch einigermaßen beweiskräftig da. Als nämlich der Kaiser von Österreich nach dem Besuch der Ausstellung von 1867 Frankreich verließ soll er zu dem General Ducrot gesagt haben: „Comme vous, j'espère qu'un jour nous marcherons ensemble."

Seit jener Zeit waren aber drei Jahre vergangen, in welchen die Erinnerungen an den preußischen Krieg immer mehr zurück traten. Der gelungene Ausgleich mit Ungarn ließ den Kaiser immer mehr und mehr die Hoffnung fassen, hauptsächlich bei den Ungarn den starken Rückhalt seiner Politik zu finden. Die orientalische Frage war dem Kaiser durch seinen Besuch in der Türkei und Ägypten aus Anlaß der Eröffnung des Suezkanals nahe gelegt worden, und er war wenig geneigt zu glauben, daß ein Einverständnis mit Napoleon in Bezug auf Österreichs Interessen auf der Balkanhalbinsel zu finden wäre. Dazu kam, daß der ausgesprochene Gegensatz des Grafen Beust gegen Rom und seine Annäherungen an Italien niemals eine innere Billigung des Kaisers zu erwarten hatten. Unter diesen Umständen machten

die Nachrichten von den Ereignissen in Paris seit dem 6. Juli auf den ohnehin unsicher gleitenden österreichischen Reichskanzler eine betäubende Wirkung, die in einer Depesche an den Fürsten Metternich vom 11. Juli 1870 den bezeichnendsten Ausdruck fand. Darin versuchte der ins Gedränge kommende österreichische Minister eine advokatische Verteidigung seiner bisherigen Haltung und eine Rechtfertigung seiner schlecht verhüllten übeln Position im einzelnen. Doch wurde durch dieselbe nichts bewiesen, als daß die müßige Geschäftigkeit der dreijährigen österreichischen Politik weder auf einem Ernst des Könnens, noch auf Entschlüssen des Kaisers beruhte, sondern lediglich aus den kleinstaatlichen Gewohnheiten eines deutschen Ministers hervorging, der die Verantwortlichkeit seiner diplomatischen Haltung niemals allzuhoch angeschlagen hat. In der Verwirrung der nächsten Tage, in welchen Beust in seiner Verzweiflung den Grafen Vitzthum und den Fürsten Metternich herbei holte, glaubte er durch starke Anlehnung an Italien seine Schwäche noch einigermaßen verdecken zu können; aber er vermochte schon nicht mehr diese Bloßstellung vor der gesamten diplomatischen Welt zu maskieren, da der Kaiser mit unerwarteter Schnelligkeit und einer der habsburgisch-lothringischen Unruhe des Charakters entsprechenden Eile, darauf drang eine entscheidende Erklärung über die Stellung der österreichischen Monarchie vor Europa abzugeben. Daß zu der Konferenz, welche am 18. Juli in der Hofburg stattfand, auch der ungarische Ministerpräsident hinzugezogen wurde, bewies bereits, daß das ganze Spiel des Grafen Beust zu Boden gefallen sei. Niemand zweifelte, daß Ungarn und Graf Andrassy voran den Augenblick gekommen glaubte, wo die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten den Händen des sächsischen Ministers entzogen sein und dem Wesen nach in die Hände der ungarischen Regierung übergehen werde. Schon am 14. Juli war im ungarischen Reichstag die deutsch-französische Frage in einer solchen Weise zur Besprechung und Entscheidung gekommen, daß der volle Gegensatz zwischen Beust und Andrassy vor aller Welt

enthüllt war. Die scharfen Ausführungen, welche von allen Seiten des Hauses gegen jede Beteiligung und Einmischung in diese deutsch-französischen Angelegenheiten erfolgten, gaben dem ungarischen Ministerpräsidenten Gelegenheit zu erklären, daß keinerlei Übereinkunft mit Frankreich abgeschlossen sei. Wenn er aber dann hinzufügte, daß auch keine weiteren Unterhandlungen über etwaige künftige Allianzen stattfänden, so konnte dies nur als ein direkter Angriff auf Beusts Politik betrachtet werden, denn in Unterhandlungen mit Italien und Frankreich war dieser doch eben begriffen. Bei dem großen Kronrat in Wien hatte daher die Berufung des Grafen Andrassy von vornherein die Bedeutung, daß der Kaiser in dem Vorgang Frankreichs nicht den leisesten Anlaß sah gegen Preußen etwas zu unternehmen. Anstatt aber seine Sache verloren zu geben, hoffte Beust durch halbe Maßregeln sein Ministerportefeuille noch retten zu können. Er versuchte die Konferenz zu einer hinhaltenden Politik zu bestimmen. Wenn er nur nicht gezwungen wäre, offen die Neutralität zu erklären, so schien es ihm schon genug, um in der bisherigen Weise weiter zu verhandeln und in Paris die Hoffnung eines Anschlusses Österreichs wenigstens für den Fall eines Sieges der französischen Truppen aufrecht zu halten. Graf Andrassy schenkte aber seinem österreichischen Rivalen auch nicht diese Rücksicht; er zwang ihn durch die Konferenz zur unbedingten Erklärung der Neutralität, nachdem der Kaiser freudig sich auf Seite seines ungarischen Ministers gestellt hatte. Die Rüstungen, die man dennoch daneben beschloß, und die nachher in der Form einer teilweisen Mobilisierung vollzogen wurden, gaben immerhin die Möglichkeit, etwa unentschiedene Kriegsfälle zu benutzen, um eine angesehene Vermittlerrolle spielen und das österreichische Ansehen in Deutschland wieder einigermaßen herstellen zu können. Denn in den österreichischen Kreisen und insbesondere in dem größten Teil der Beamten und des Militärs dachte und hoffte man in glühender Begeisterung für Frankreich, wie Beust dem Grafen Vitzthum sagte, es werde eine französische Armee von dreihundert-

tausend Mann leicht in acht Tagen „an unserer böhmischen Grenze“ stehen. Als dies nicht der Fall war, wunderten sich diese braven Politiker freilich sehr und der Eifer für die Rüstungen nahm von Woche zu Woche ab.

Während die Entscheidung für die Neutralität in Wien erfolgt war, hatte Fürst Metternich in Paris eine schwere Aufgabe zu lösen. Es gehört bekanntlich zu den dunkelsten Partien der diplomatischen Geschichte dieser Tage, wie der Herzog von Gramont später behaupten konnte, die Hauptdepesche, welche Graf Beust an Metternich am 11. Juli schrieb und die in einer endlosen Auseinandersetzung der politischen Lage Österreichs gewissermaßen die Haltung Beusts in den früheren Verhandlungen entschuldigen sollte und die bittere Pille, daß Österreich nichts für Frankreich tun werde, in gewundene Redensarten wickelte, sei ihm nie zu Gesicht gekommen. Es wäre müßig, über diesen sonderbaren Vorfall sich in Vermutungen zu ergehen. Daß sich die französische Regierung in jeder Weise getäuscht glaubte, ist sicher genug. Wen die Schuld davon am meisten treffe, konnte vom deutschen Standpunkt aus betrachtet jedermann sehr kühl lassen. Ob die in der fraglichen Depesche geschilderte Gefahr im Falle einer Allianz von seite Rußlands angegriffen zu werden, für Österreich wirklich in so drohender Weise bestand, kann so lange nicht entschieden werden, als die Verhandlungen zwischen Rußland und dem Grafen Bismarck nicht näher bekannt gegeben worden sind. Merkwürdigerweise hat sich Bismarck auch in den „Gedanken und Erinnerungen“ über die Machenschaften Beusts nur in Bezug auf jene Vermittlungsversuche ausgesprochen, die von den Neutralen zur Zeit der Belagerung von Paris gemacht werden sollten. Von den Vorgängen in der diplomatischen Welt Österreichs, Italiens und Frankreichs vor und beim Ausbruch des Krieges aber schweigen leider auch die persönlichen Mitteilungen Bismarcks.

Einen Augenblick lagen aber im Juli 1870 die Verhältnisse so, daß man von seite Italiens und insbesondere

des Königs Viktor Emanuel eine Unterstützung Frankreichs fürchten mußte, zumal als auch hier die vielgeschäftige Hand des Grafen Beust auf alle Weise eine Verbindung zwischen Italien und Frankreich herzustellen bemüht war. Es sei gestattet, auch noch auf diese Verhandlungen einen kurzen Blick zu werfen.

V.

Italienische Pläne.

Bekannt ist die Äußerung des Königs Viktor Emanuel gegenüber dem Kaiser Wilhelm bei dessen Besuch in Berlin 1873, er sei im Begriffe gewesen gegen ihn die Waffen zu ergreifen. Welche Gründe immer der König damals für seine Zurückhaltung angab, so waren sie im wesentlichen nicht zutreffend, weil die wahre Ursache dafür, daß die Allianz zwischen Frankreich und Italien nicht zu stande kam lediglich in der Frage des Besitzes von Rom zu suchen war. Aber im Jahre 1873 hatte der König von Italien keinen Grund mehr auf diese Dinge zurückzukommen, die im Jahre 1870 alles erklärten. Als die französische Aufforderung zum Abschluß der Tripelallianz am 18. Juli an die italienische Regierung gelangt war, stand die Angelegenheit genau auf demselben Punkt wie ein oder zwei Jahre vorher. Der König überzeugt, daß die italienische Einheit ohne Rom nicht aufrecht zu halten sei, nach wie vor bloß von dem Gedanken erfüllt, in die einzig gegebene Haupt- und Residenzstadt Italiens sobald wie möglich einzuziehen, stand inmitten zweier extremer Richtungen, von denen die eine unbedingt den Anschluß an Frankreich riet und wünschte, die andere aber den Frieden um jeden Preis dem neuen Königreich zu erhalten suchte. Die einen und die andern behaupteten, daß ihr Weg der einzige sei, um endlich in den Besitz von Rom zu gelangen, aber die einen und die anderen wußten dem König kein Mittel anzugeben, welches zu diesem Ziel geführt hätte. Denn daß Frankreich den Papst fallen lassen könnte, war ausgeschlossen und damit auch die Allianz beseitigt, die nur unter dieser Bedingung der König Viktor

Emanuel eingehen wollte. Hier trat nun der wahrhaft groteske Fall ein, daß der österreichische Minister als der größte Feind der päpstlichen Sache auftrat, während Preußen auf alle Weise sorgte, die päpstliche Politik in diesem Augenblick zu schonen und zu stärken. Denn darüber war ja kein Zweifel, je energischer und entschiedener Napoleon und sein Gramont durch die Einflüsse der klerikalen und ultramontanen Partei verhindert worden waren, der italienischen Regierung Zugeständnisse in Bezug auf Rom zu machen, desto weniger konnte es zu einer Allianz zwischen Frankreich und Italien kommen. In den Kreisen der kirchlichen Parteien aller Länder hatte es damals Österreich verstanden, durch den Grafen Beust einen Haß auf sich zu laden, der alles auf den Kopf zu stellen schien, was jemals von Österreich und seiner Dynastie erwartet oder gedacht wurde. Auf alle Weise hatte sich die österreichische Regierung feindselig gegen die vatikanischen Beschlüsse bewiesen, die Aufhebung des Konkordats zwischen Österreich und dem päpstlichen Stuhl war nur noch eine Frage der Zeit und bereits im Kultusministerium beraten und beschlossen; jetzt trat auch in der europäischen Krisis Graf Beust mit der Absicht hervor, die französische Regierung zur Preisgebung des päpstlichen Stuhls zu bestimmen, um dafür die französisch-österreichisch-italienische Allianz zu gewinnen. Bekanntlich war es Graf Vitzthum, welchen Beust als den einzig möglichen Diplomaten für eine solche Aufgabe ausersehen hatte und den er mit jenen Aufträgen nach Florenz sendete, die so unbegreiflich waren, daß Graf Vitzthum selbst nachträglich erklärte, er habe seine Mission als eine der unglücklichsten angesehen, die er in seinem Leben zu besorgen gehabt hätte. Leider sind die ungedruckten Memoiren, auf welche Herr von Sybel sich so vielfach beruft, von der Familie des Antors verurteilt worden, ungedruckt zu bleiben. Als aber in den späteren Jahren seines Lebens Graf Vitzthum während seines herrlichen Badener Aufenthalts immer mehr und mehr mit der deutschen und preußischen Entwicklung sich versöhnte, machte er kein Geheimnis daraus, daß

er die ganze Haltung Beusts im Jahre 1870 nicht für rühmenswert genug erachtete, um seine sächsischen Erinnerungen durch noch viel unglücklichere österreichische zu ergänzen. Er wußte sehr genau, daß das verwegene Spiel, welches in den Julitagen in Florenz versucht worden war, vermöge der nicht genug zu rühmenden und verständigen Gesinnungen des österreichischen Kaisers nie und nimmer zu einem Resultat führen konnte. Wenn es einen Wert hätte, in solchen Dingen Vermutungen auszusprechen, so könnte man fast glauben, Napoleon selbst habe der ganzen Beustschen Mediation in Florenz nicht das leiseste Vertrauen geschenkt. Die Art und Weise, wie er sich schon vor den entscheidenden Schlachten, besonders aber nachher seit dem 7. August an den König wandte, läßt mehr einen hilfeflehenden Freund, als einen Verbündeten erkennen, der auf gleichen Grundlagen unterhandeln zu können meint. Die schon am 24. Juli ausgesprochene Neutralität Italiens war durch den Abzug der französischen Truppen aus Rom nicht verändert. In dem Depeschenwechsel über die Zurückziehung der französischen Garnison aus Rom wurde zwar von beiden Regierungen noch die Septemberkonvention von 1864 anerkannt, aber immer stürmischer war bereits in der italienischen Kammer ihre Kündignng verlangt. Die Zusammenziehung italienischer Truppen an den Grenzen des Kirchenstaats konnte niemand mehr über die Ziele Viktor Emanuels täuschen. Die kriegerischen Leidenschaften der französischen Partei waren mit jedem Tage und mit jeder Nachricht vom Kriegsschauplatz mehr und mehr von jeder Absicht gereinigt, gegen Preußen sich zu wenden. Bismarck konnte noch versuchen, zwischen Italien und dem päpstlichen Stuhl in diesem Augenblicke eine Vermittlung anzubahnen und dem Papste wie der italienischen Regierung durch den Gesandten von Arnim seine Dienste anzubieten, aber die Wendung der italienischen Politik war von der Art, daß Graf Beust nunmehr auch hier vollständig das Nachsehen hatte und sein Fiasko um so schmerzlicher erschien, als die päpstliche Regierung, in einer solchen Krisis von dem

alten treuen Österreich verlassen, sich ernstlich, wie sich noch weiters zeigen wird, Preußen und dem neu aufgehenden Gestirne zuzuwenden entschlossen war.

Fürst Bismarck hatte diese Wendung dadurch zu erreichen gewußt, daß er sich im Laufe der Konzilsverhandlungen außerordentlich zurückhaltend zeigte und alle Versuche, die preußische Politik voreilig in diesen Dingen festzulegen, ablehnte. Er verbot dem Herrn von Arnim jede feindselige Haltung gegenüber den vatikanischen Beschlüssen. Allerdings stand er in diesem Punkte auf seinem besonderen Standpunkt, der nicht eben von vielen Staatsmännern in Deutschland geteilt wurde. Selbst König Wilhelm hatte seit Jahresfrist nicht ohne Sorge die Entwicklung des vatikanischen Konzils betrachtet und glaubte, sich unabhängig von den offiziellen Berichten in besonderer Art über das informieren zu sollen, was seit der Eröffnung des Konzils in Rom vorgegangen war. Er unterstützte in Gemeinschaft mit dem Großherzog von Baden eine Mission, in welcher sich der Staatsrat Gelzer nach Rom begeben hatte. Die Mitteilungen, welche von diesem nach Deutschland gekommen waren, fallen außer den Rahmen der Betrachtungen, die der Begründung des Deutschen Reiches gewidmet sein sollen. Sie bezeichnen aber eine frühzeitige Erkenntnis der Schwierigkeit, welche auf diesem Gebiete dem Deutschen Reich entstehen sollte, und bereiteten in sehr hohen Kreisen entschieden darauf vor, daß sich die wohlwollende Haltung der Bismarckschen Politik der Kurie gegenüber für die Zukunft schwerlich behaupten lassen werde, sofern man nicht entschlossen wäre, sehr weitgehende Wünsche und Pläne Roms mitzumachen und zuzugestehen. Zunächst indessen wird sich zeigen, daß auch noch in Versailles die päpstliche Diplomatie alle Hoffnungen auf ein inniges Verständnis mit Preußen setzen zu können meinte.

Sechstes Kapitel.

Die Verhandlungen über den Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund.

I.

Wenn von der Begründung des Deutschen Reiches und Kaisertums gesprochen wird, so stellt sich gern die falsche Vorstellung ein, es sei in den langandauernden Vorverhandlungen, wenn nicht schon seit 1866, so doch seit 1870 überall und von allen Seiten dieses Ziel ins Auge gefaßt worden. Demgegenüber kann aber eine unbefangene Darstellung nicht unterlassen hervorzuheben, daß zunächst von Reich und Kaisertum nur in sehr vereinzelter Weise und gleichsam als Versuchsballon Erwähnung geschah, in offiziellen Schriften aber, selbst in den Vertragsurkunden auch der Name ängstlich vermieden worden ist, bis endlich am 9. Dezember 1870 in der Vorlage an den Reichstag des Norddeutschen Bundes an Stelle des Namens Deutscher Bund der Name Deutsches Reich und für das Präsidium des Bundes der Name Deutscher Kaiser beantragt worden ist. In diesem offiziellen Akte erscheint zum erstenmal, was in der Volksseele im Stillen seit fünfzig Jahren lebte und was einzelne Patrioten wiederholt angeregt hatten, von seite der Regierungsgewalten anerkannt. Aber auch die Verhandlungen, welche zu diesem erfreulichen Abschluß führten, waren zunächst keineswegs mit dieser Absicht eröffnet worden, sondern hüllten sich nur ganz bescheiden in das Gewand „vorläufiger Besprechungen"

zwischen den Ministern der süddeutschen und norddeutschen Staaten, über einen etwaigen Anschluß an den Norddeutschen Bund.

Als der Krieg begann, war in Bayern und Württemberg auf seite der Regierungen die feste Hoffnung vorhanden, die Politik der letzten Jahre auch dann fortsetzen zu können, wenn die öffentliche Meinung, die in Zeitungsartikeln und Beschlüssen mannigfaltiger Versammlungen und Körperschaften zum Ausdruck kam, es durchsetzen sollte, an der Stelle des bestehenden Zustandes einen neuen deutschen Bund zu gründen. Wie von einem solchen die bayrische Regierung dachte, wird durch eine Denkschrift des Grafen Bray vom 12. September klar gestellt, welche mit nachträglicher Zustimmung der übrigen Minister dem Könige vorgelegt wurde. Wenn man die Mitteilungen des Herrn von Mohl und des Herrn von Werthern an ihre Regierungen vom Juli, August und Anfang September in Betracht zieht, so könnte man glauben, daß diese Gesandten ihren wenig sympathischen Stimmungen lediglich die Zügel hätten schießen lassen. Aber jetzt weiß man, daß noch am 12. September das bayrische Ministerium wirklich den deutschen Nordbund mit derselben Feindseligkeit betrachtete, welche seit vier Jahren jede Annäherung ausgeschlossen hatte. Auch jetzt noch erwartete und verlangte Graf Bray, daß Preußen den bestehenden Bund fallen lassen müsse, wenn sich Bayern auf irgend eine Verhandlung zur Herbeiführung eines neuen Bundes des ganzen Deutschlands einlassen sollte. „Aber auch dann müßten die Bedingungen reiflich erwogen werden, unter welchen der Beitritt zuzugestehen wäre, und es würde von der Konstituierung des Bundes abhängen, ob und in welchem Maße für den nächst Preußen größten Staat eine Sonder- und Ausnahmestellung zu vindizieren wäre." Zwar erkennt der Minister an, daß bei der großen Bewegung in allem Volk Bayern allein sich einer Neugestaltung Deutschlands gegenüber nicht wohl ablehnend werde verhalten können, aber er will sich nicht in eine Zwangs-

lage drängen lassen und hofft, daß die weitverbreitete Meinung, Bayern habe mit seinem Heere der nationalen Sache die größten Dienste geleistet, einen passenden Moment bezeichne, um für Bayern in einem neuen Bunde die günstigsten Bedingungen des Beitrittes zu erlangen. Dennoch will er „dem Drängen der Heißsporne durch Überstürzung zu genügen, weder Pflicht noch Absicht der Regierung" beimessen.

Zur Zeit der Abfassung dieser Denkschrift bereitete man sich in München auf die Ankunft des Ministers Delbrück vor, welcher eine Einladung überbringen sollte, bayrische Bevollmächtigte in das Hauptquartier König Wilhelms zu senden. Für diesen Fall wollte das Ministerium die grundsätzliche Zustimmung des Königs zu einer Feststellung dessen erwirken, was Bayern für die deutsche Einheit leisten und welche Vorrechte „im Interesse der bayrischen Selbständigkeit und Souveränität" zu verlangen sein würden. Es ist kaum der Mühe wert, diese Gesichtspunkte, die sich in einem dem Wiener Kongreß entsprechenden Vorstellungskreis bewegen, hier des nähern auseinanderzusetzen, da dieselben sogar von den unbedingtesten Freunden des bayrischen Dünkels nicht für annehmbar erachtet worden sind. Wenn der Herausgeber der Aufzeichnungen des Grafen Bray so aufrichtig ist zu sagen, der Ministerpräsident habe sich wohl weniger aus stürmischer Neigung seines Herzens, als in kluger Erkenntnis der Zeitströmung der deutschen Frage zugewendet, so soll auch hier nicht der Schatten eines Tadels ausgesprochen werden, nur darf die Geschichtsschreibung nicht behaupten wollen, daß die bayrische Regierung irgend ein leisestes Verdienst um die Begründung des Reichs gehabt hätte. Vielmehr bleibt bei richtiger Erkenntnis der Sachlage die Frage von vornherein offen, ob es für die übrigen Südstaaten und für den Norddeutschen Bund nicht sehr viel besser gewesen wäre und die Verhandlungen nicht zu erfreulicherem Abschluß hätten kommen können, wenn sich die bayrische Regierung auf ihrem Standpunkt vom 12. September behauptet und ihre europäische Souveränität aufrechtzuerhalten versucht hätte.

Die preußische Regierung stellte sich anfangs ebenfalls durchaus auf den Standpunkt, den sie immer seit 1866 eingenommen hatte, auf Bayern keinerlei Zwang ausüben zu wollen. Bismarck ging in dieser Beziehung so weit, daß er selbst dem Andrängen anderer süddeutscher Staaten, wie Baden, vorerst wenig entgegenkommend war, um die Stimmung bei der bayrischen Regierung nicht zu verschlimmern. Sein Staatssekretär Herr von Thile behauptete, von Bismarck keinen direkten Auftrag zu besitzen, machte aber dem bayrischen Gesandten Baron Perglas am 6. und 7. August Erklärungen, die jedenfalls nach den heute üblichen Darstellungen sehr unerwartet sein dürften. Thile gab nämlich am Schlachttage von Wörth die feierlichsten und heiligsten Versicherungen im Namen Preußens, daß dessen Politik die Selbständigkeit Bayerns und Süddeutschlands niemals schwächen und schädigen würde. Graf Bismarck habe mit Entrüstung gehört, daß die preußische Presse neuerdings von einem deutschen Kaisertitel für den König Wilhelm spreche; er habe Auftrag gegeben, solche Äußerungen zu unterdrücken. Es geht nicht deutlich hervor, ob Thile meinte, daß es dem König Wilhelm überhaupt nicht gestattet wäre, den Kaisertitel anzunehmen, wie ihn ja so viele norddeutsche Fürsten schon im Jahre 1866 wünschten, falls Bayern seine Genehmigung nicht gebe, oder ob nur unter der Voraussetzung eines Eintritts Bayerns in den Norddeutschen Bund von seite des preußischen Gouvernements der Kaisertitel abgelehnt würde. Jedenfalls zeigten die Berichte des Baron Perglas im August eine Feindseligkeit gegen Preußen, welche sogar die Person Bismarcks nicht schonte und von einem Vertrauen gegen dessen nur allzu loyale Gesinnungen sehr weit entfernt waren. Die Folge dieser zweideutigen Stellung sowohl in Preußen wie in Bayern war natürlich die, daß man sich in den unterrichteten Kreisen, in welchen eine ganz entgegengesetzte Bestrebung und Hoffnung lebendig war, zunächst gar nicht vorstellen konnte, wie die in Nord und Süd gewünschten Einheitswünsche auch nur in Gang zu bringen wären. Viele meinten wohl, daß

Abgeordnete der Kammern am besten auf die Regierungen einwirken könnten, damit sie die deutsche Einigungsfrage sofort in die Hand nähmen. So erschienen Abgeordnete des norddeutschen Reichstags in München und suchten sowohl Minister wie Mitglieder der bayrischen Kammern für Unterhandlungen zu gewinnen. Nichts aber war für die hoffnungslose Lage bezeichnender, als daß auch diese von vornherein allerlei Versprechungen machten, Bayern mit reichlichen Vorrechten ausstatten zu wollen. In Baden hatten sich die Abgeordneten der Kammer ebenfalls bemüht, auf den Minister Jolly und durch diesen auf Bismarck Einfluß zu nehmen. Aber das Ministerium war mit dem Großherzog selbst in so eingeschüchterter Stimmung, daß sie fürchteten, eine Tätigkeit der nationalen Kammerparteien werde in diesem Augenblicke eher schädlich wirken.

„Ihre Mitteilungen, schreibt der Großherzog an Jolly, in Betreff der nationalen Frage sind mir äußerst wertvoll. Zunächst bin ich ganz mit Ihnen einverstanden, daß die Abgeordneten in diesem Augenblick jeden Versuch einer Einwirkung auf die großen politischen Entwicklungsfragen, wie sie aus dem siegreichen Vorschreiten der deutschen Heere hervorgehen, sorgfältig vermeiden müssen. Wir wissen zunächst noch gar nicht, mit welchen Absichten die preußische Regierung der Zukunft entgegengeht; es liegen nur Andeutungen vor, welche auf gewisse Richtungen schließen lassen. Was wir aber bestimmt wissen, das ist, daß Graf Bismarck keine Einmischung in seine Pläne gestattet und jedenfalls einem Vorgehen einzelner Parteihäupter sehr entschieden Halt gebieten wird, gestützt auf die großartigen Erfolge der vereinigten Armeen. Wir Badener müssen aber ganz besonders vorsichtig sein . . .“

„Ich begreife, daß manche sich nun mit der Umarbeitung der Verfassung des Norddeutschen Bundes beschäftigen, mit der Absicht dadurch die Entwicklung der Einigungsfrage vorzubereiten Solche Arbeit wird nicht verloren sein, aber vorerst keinen Erfolg haben. Das Richtige scheint mir Ihre Ansicht zu sein. Es muß

ein Staatsvertrag zwischen Preußen und Baden vorbereitet werden, der die Modalitäten der Einigung mit dem Nordbund feststellt und dadurch vielleicht einen wichtigen Vorgang für gleiche Verträge Preußens mit Bayern und Württemberg schafft. Sobald die preußische Regierung einen solchen von uns ausgehenden Vorschlag annimmt und ein Staatsvertrag verabredet und festgestellt ist, würde die Berufung unserer Kammern das Vertragsverhältnis zur unwiderruflichen Tatsache erheben. Ein künftiger Reichstag würde dann schon für Fortentwicklung des Reichsganzen zu sorgen haben und da träte die Aufgabe der Abgeordneten in Wirksamkeit. Damit aber alles das keinem Widerstand begegne, scheint mir die Haupttätigkeit unserer nationalen Abgeordneten sich dahin richten zu sollen, den zweifelhaften Willen vieler bayrischen und württembergischen Kollegen zu korrigiren und auf die bevorstehenden politischen Ereignisse vorzubereiten."

„Sollten Sie glauben, daß jetzt schon bei der preußischen Regierung Geneigtheit vorhanden ist, unsern Eintritt in den Nordbund durch Staatsvertrag anzubahnen, so möchte ich Sie ersuchen, alsbald die nötigen Vorbereitungen dafür einzuleiten, damit wir keinen Augenblick verlieren, um in dieser wichtigen Einigungsfrage fortzuschreiten. Es wird nun freilich schwer sein, sich in diesem Zeitpunkt bei Graf Bismarck Gehör zu verschaffen. Da wir aber in Betreff der Generalgouverneurangelegenheit auf Wunsch des Königs Verhandlungen mit unseren Nachbarn geführt haben und dabei auf den bekannten Widerstand gestoßen sind, so haben wir nun eine ganz bestimmte Veranlassung, von dieser Frage auf die Notwendigkeit der baldigen Regelung des Verhältnisses von Süddeutschland zum Nordbund überzugehen und könnten damit einen genau formulierten Antrag verbinden. Wir können uns dabei auf die Selbständigkeit und das Recht unseres Handelns stützen, und uns auf die Leistungen und Opfer berufen, welche wir schon seit Jahren im Interesse der Nation freudig trügen."

„Ich freue mich, daß wir uns in diesen wichtigen Fragen

auf gleichem Wege begegnet sind, und hoffe, daß wir bald gemeinsam weitere politische Erfolge erleben dürfen."

Schon am 29. August schrieb hierauf der Großherzog von Lampertsheim an Jolly, daß er mit Vergnügen aus dessen Brief vom 25. entnommen hätte, Jolly beabsichtige die Frage der künftigen Gestaltung Deutschlands in Form einer Denkschrift bei dem Bundeskanzler, Grafen Bismarck zur Sprache zu bringen. Der Großherzog erklärte sich mit dem größten Teil des Inhalts dieser Denkschrift vollkommen einverstanden und es ist schon im vorigen Kapitel auf diejenigen Punkte hingewiesen worden, welche sich auf die Frage einer Entschädigung Badens und der süddeutschen Staaten überhaupt bezogen. Der Großherzog wünschte nur viel schärfer, als die ministerielle Denkschrift, den Ländertausch zurückgewiesen zu sehen, der von mehrfachen Seiten her drohte. Zum Schlusse seines Schreibens bat der Großherzog den Minister nach Vornahme einiger Änderungen um eine Abschrift des endgültig feststehenden Entwurfs, wie er dem Grafen Flemming übergeben werden sollte, da er die Absicht hatte, die Abschrift an den Kronprinzen zu senden und ihm eingehend dazu zu schreiben. Auch an den König wollte sich der Großherzog wenden, „um in dieser für unsere deutsche Zukunft so wichtigen Frage rechtzeitig alles zu tun, was zur Abwendung kapitaler Fehler geschehen muß".

Am 31. August sendete Jolly die fertiggestellte Denkschrift mit Benutzung der Bemerkungen des Großherzogs an diesen, der nun seinen Minister aufforderte, den Grafen Flemming zu veranlassen, die Angelegenheit bei dem Bundeskanzler möglichst dringend zu behandeln.

Die wiederholt bekannt gemachte Denkschrift des Ministers Jolly bespricht in ruhiger, völlig staatsmännischer Form die drei Punkte, welche nach Lage der Dinge in den nächsten Wochen zur Entscheidung kommen mußten. Zuerst die Frage des Friedensschlusses mit Frankreich und die zu erwartende Abtretung französischen Gebiets. Sie verweigert vom Standpunkt Badens jede

Gebietserwerbung für das Großherzogtum und fordert die Einverleibung der eroberten Gebietsteile, entweder in den preußischen Staat, oder in der Form eines reichsunmittelbaren Landes direkt in den Norddeutschen Bund. Des weiteren beantragt die Denkschrift den Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund und dadurch die Erweiterung desselben zu einem allgemeinen deutschen Bunde. Endlich wird auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Kaiserwürde hingewiesen, wobei sich die großherzogliche Regierung die dazu nötigen Schritte vorbehält. In Rücksicht auf die Bereitwilligkeit der großherzoglichen Regierung in den Norddeutschen Bund mit seiner dermaligen Verfassung einzutreten, unterläßt es die Denkschrift nicht, auf den besondern Wunsch des Großherzogs zu betonen, daß in den diplomatischen und militärischen Angelegenheiten eine Stärkung der Bundeszentralgewalt tunlich und wünschenswert wäre. Allerdings verkennt die Denkschrift nicht, daß der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund nicht ohne die Gewährung einer gewissen exzeptionellen Stellung in erster Linie für Bayern erreichbar sein würde. Man darf aber nicht glauben, diese Bemerkung des badischen Ministeriums sei einem Wunsche, oder der Überzeugung entsprossen, daß eine solche exzeptionelle Stellung eine Berechtigung habe. Vielmehr ist dieses Zugeständnis in der Denkschrift nur gemacht worden, weil der Großherzog bereits davon unterrichtet worden war, daß man vermöge des fortdauernden Widerstandes gegen jede nationale Einheit von seite der bayrischen Regierung in der Gefahr schwebe, wie seit vier Jahren, so auch jetzt auf die Begründung des Reiches und Kaisertums überhaupt Verzicht leisten zu sollen. Mit Schmerz, aber auch mit großer Voraussicht einer sicheren Realpolitik trat Baden also in die Verhandlung zum Anschlusse an den Norddeutschen Bund ein. Es hätte selbstverständlich vermöge seiner völlig gleichen völkerrechtlichen Stellung, wie Bayern den gleichen Anspruch auf exzeptionelle Rechte machen können.

Die Denkschrift wurde am 2. September in Berlin und Karlsruhe den preußischen Vertretern übergeben. Das Schicksal, welches sie zunächst erfuhr, war ein höchst trauriges. Am 16. September war der badischen Regierung noch gar keine Antwort zu teil geworden, und der Großherzog schrieb am 16. September an den Minister: „In Betreff der eingehenden Darlegung Ihrer Ansichten über die Behandlung der nationalen Frage beeile ich mich, Ihnen mein volles Einverständnis auszusprechen. Ihren Vorschlag, Graf Flemming um eine Rückäußerung auf die Denkschrift zu bitten und denselben zugleich zu veranlassen, er wolle seine Regierung um baldige Aufnahme Badens in den Bund ersuchen, ohne irgend welche Modifikationen der Verfassung zu urgieren, dieser Vorschlag scheint mir um so angemessener, als ich es jetzt nicht für richtig hielte, gleiche Schritte wie Württemberg zu tun, die nun in einen ungünstigen Zeitpunkt fallen, wo andere wichtige Entscheidungen getroffen werden. Diese Anfrage Flemmings kann aber vielleicht die Folge haben, daß Baden in den Nordbund aufgenommen wird und dadurch ein zwingender Vorgang für die andern Südstaaten geschaffen ist."

Die badische Regierung hatte schon am 31. August ein Rundschreiben an alle ihre Gesandtschaften gerichtet, welches in völliger Übereinstimmung mit der Denkschrift des Ministers Jolly gewesen war. Man wußte also in weiteren Kreisen bereits von der entschiedenen Ablehnung aller Tauschprojekte, von dem Vorschlage Badens die eroberten Provinzen mit Preußen zu verbinden und von dessen Antrag, aus dem Kriege die volle Einigung Deutschlands hervorgehen zu lassen. Die Wirkung dieses Rundschreibens war eine überraschende. Von allen Seiten bestürmte man die Berliner Bundeskanzlei mit Einwendungen gegen dieses Vorgehen, und recht im Einverständnis mit Österreich, das nichts eiligeres zu tun hatte, als wiederum auf seinem Schein des Prager Friedens zu bestehen, hatte auch der Baron Perglas seine Verwunderung ausgesprochen, wie die badische Regierung sich überhaupt über das äußern könne, was die Süd-

staaten tun oder lassen wollten. Alle diese liebenswürdigen Erklärungen scheinen wohlverpackt in das Hauptquartier des Königs gelangt zu sein, wo aber inzwischen, wie es scheint, mannigfache Strömungen sich geltend machten, welche, wie dies Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen so offen ausspricht, jedesmal nur geeignet waren, ihm seine Handlungsweise zu erschweren und ihn in seiner Ansicht und auf dem Wege zu bestärken, den er nun einmal für den richtigen gehalten hatte. Es wird sich später zeigen, wie man auch im Kreise des Kronprinzen anfing ungeduldig zu werden und wie dieser zu bewirken suchte, daß endlich doch etwas in der deutschen Frage geschehen müsse, auch wenn Bayern seinen Widerstand nicht aufzugeben entschlossen sei. Hier soll nur bemerkt werden, daß in den Tagen nach Sedan bei dem Aufenthalt in Reims sich Gelegenheit fand, die politische Lage zwischen dem Kronprinzen und dem König zu besprechen. Der Herzog von Koburg, der am 7. September beim Kronprinzen, am 8. September bei dem König speiste, und abends nochmals den Kronprinzen zu sprechen Gelegenheit hatte, erzählte, daß der König versichert habe, es sei auf Bayern keineswegs zu rechnen und Bismarck weit entfernt, irgend einen Druck ausüben zu wollen; man müsse daher auf weitere Versuche Verzicht leisten und er hätte für seine Person und bei seinem Alter gar keine Absichten, irgend jemanden — Herzog Ernst glaubte sich einer sehr starken Äußerung des Königs erinnern zu können — zu etwas zwingen zu wollen, wozu dieser nicht freiwillig Lust verspüre. Für die Aufnahme Badens in den Nordbund sei er aber entschieden und werde es auch durchsetzen. Er hoffe auch ohne die Bayern und Württemberger die Stellung Preußens in Europa aufrecht erhalten zu können. Vorschriften wollte er sich aber nicht machen lassen. Der Kronprinz seinerseits nahm indessen eine so resignierte Stellung nicht ein, und er verfolgte mit gespannter Aufmerksamkeit alle Nachrichten, die von der Haltung der süddeutschen Regierungen nach dem Hauptquartier einliefen. Über den Einfluß, den er auf Bismarck auszuüben suchte, werden

freilich erst spätere Enthüllungen zu erwarten sein, wenn man von seinem Tagebuch statt eines Auszugs die volle Niederschrift kennen lernen wird.

Inzwischen war endlich eine Antwort auf die Denkschrift des Ministers Jolly in Karlsruhe eingegangen. Darin sprach sich eine große Freundlichkeit des Bundeskanzlers für das badische Ministerium und dessen Bestrebungen aus. Auch wurde anerkannt, daß eine Wiedererlangung der alten deutschen Länder Elsaß und Lothringen in einem künftigen Frieden, der übrigens noch lange nicht bevorzustehen scheine, anzustreben wäre. Aber es war eine sehr bezeichnende Äußerung, die freilich erst später in Versailles von dem Großherzog von Baden recht gedeutet werden konnte, daß Bismarck eine Angliederung der zu erwerbenden Länder an Preußen auch nicht wünschenswert fand. Er hatte also damals noch den Gedanken, daß man dem sehnlichen Wunsche des Königs von Bayern nach Landvergrößerung werde entgegenkommen müssen. In Bezug auf die Einigung Deutschlands aber begnügte er sich mit der kühlen Äußerung, daß die gemeinsame Kriegführung diesen Zweck von selbst fördere, ohne daß von irgend einer Seite Zwang oder Druck geübt werde. Es scheint, daß er schon damals an eine gemeinsame Berufung der deutschen Fürsten gedacht habe, um eine Verständigung herbeizuführen. Dann aber willigte er ein, daß Baden sich bemühen könnte, ja er forderte dazu auf, in Bayern und Württemberg die Anregung zu geben, die Frage des Verhältnisses von Süddeutschland zum Norden in Erörterung zu ziehen. Er war durchaus entschlossen, nicht die Rolle Mohameds zu spielen, und da der Berg nicht zu ihm kam, sollte auch Mohamed nicht zum Berg gehen.

Als der Großherzog am 20. September in Lampertsheim die Nachrichten von diesem Stand der Dinge erfuhr, war er zwar erschüttert, aber nicht der Meinung, sich abschrecken zu lassen. Er schrieb deshalb an seinen Minister: „Die wichtigen Fragen, welche Sie in Ihrem werten Schreiben vom 18., das

ich gestern erhielt, behandeln, haben mich veranlaßt, bis heute mit einer Beantwortung zu warten. Da ich aus dem neuesten Bericht des Präsidenten von Freydorf entnehme, daß die letzten Nachrichten aus München vielleicht eine günstige Wendung der dortigen Anschauungen erwarten ließen . . . . ."

„Des Grafen Bismarcks Äußerungen sind heute, wie im Jahre 1866, in Betreff der deutschen Frage konsequent negativ, wenn es sich darum handelt, positive Fragen über eine künftige Gestaltung Deutschlands so zu beantworten, daß man die eigene Handlungsweise darnach richten könnte. Diese erneute Erfahrung darf aber nicht abhalten, ebenso konsequent dann zu fragen, wenn man berechtigt ist, eine Antwort zu erhalten, da man verpflichtet ist, der Zukunft zu gedenken und ihr nicht unvorbereitet entgegen zu gehen. Wenn die Erfahrung mich nicht anders belehrte, könnte ich fast geneigt sein, etwas schmeichelhaftes in der Aufforderung des Bundeskanzlers zu erblicken, Baden möge eine Anbahnung einer Verständigung zwischen Bayern und Preußen herbeiführen. So unglaublich jedem Orientierten diese Zumutung erscheinen muß, besonders wenn der Bundeskanzler dabei unterläßt, sich irgendwie über die künftige Gestaltung des zu schaffenden deutschen Bundes auszusprechen, so glaube ich doch, daß wir uns nur um so entschiedener auf die tunlichste Erfüllung dieses Wunsches des Grafen Bismarck einlassen sollten."

„Ihr Vorschlag scheint mir daher der richtige zu sein, da er uns bald in die Lage setzt, Klarheit in die Situation zu bringen. Wir können uns darauf berufen, daß man uns überlassen hat, die Initiative im Süden zu ergreifen, ohne daß man ans irgendwie sagte, auf welche Weise man glaube, daß wir das erwünschte Ziel am besten erreichen. Somit bleibt nichts übrig, als unter Hinweis auf die durch den siegreichen Krieg erlangte Lage der deutschen Verhältnisse auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, in welcher sich die süddeutschen Staaten befinden, den berechtigten Forderungen der Nation nach einer festeren Einigung Deutschlands dadurch zu genügen, daß sie bedingungslos in den

Norddeutschen Bund eintreten und aus demselben den großen deutschen Bundesstaat gestalten. Wenn wir also in München und Stuttgart uns bestimmt erklären, das tun zu wollen und damit vorzugehen, sobald ein Friedensschluß in Aussicht stehe, so werden wir alsbald inmitten von Äußerungen aller Art uns befinden, die man zwar keine Verhandlungen wird nennen können, die uns aber das Material in die Hände geben, um den Bundeskanzler zur Entscheidung zu verhelfen, ob die Rücksicht auf Bayern höher steht, als die Verpflichtung, welche der Nation gegenüber zu erfüllen ist infolge der ungeheueren Opfer, welche sie brachte. Jedenfalls sollten wir die Berechtigung in Anspruch nehmen, einzeln und selbständig mit dem Norddeutschen Bund zu verhandeln und auch den separaten Eintritt in diesen Bund verlangen. Von dieser Grundlage aus können wir sicherer und energischer operieren, da wir stets die öffentliche Meinung hinter uns haben werden. Die Wirkung auf Bayern und Württemberg wird dadurch sehr viel stärker werden können und da jedenfalls für Bayern besondere Begünstigungen werden verwilligt werden, so ist auf diesem Wege zu hoffen, daß dieselben ein mäßigeres Verhältnis bewahren."

„Dabei möchte ich noch eine Frage anregen, ob Sie es für angemessen erachten würden, daß ich es in dem rechten Zeitpunkt versuche, mit dem König von Bayern persönlich und mündlich über diese Frage zu verkehren. Vielleicht dürfte von Mohl diesen Punkt in Erwägung ziehen ohne natürlich mit Graf Bray darüber zu reden, eher mit Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst. Nun, Gott gebe, daß es uns gelinge diese wichtige und so schwierige Frage in guten Gang zu bringen."

Inzwischen waren in München in der Mitte September mancherlei Versuche gemacht worden, die Stimmung der bayrischen Regierung und einflußreicher bayrischer Staatsmänner und Kammermitglieder über eine Vereinigung des Südens mit dem Norddeutschen Bunde kennen zu lernen. Der Staatsminister Delbrück nahm auf einer Reise durch Süddeutschland Gelegen-

heit, auch in München vorzusprechen und schon vorher waren die preußischen Abgeordneten von Bennigsen und Lasker nach München gekommen, um mit ihren dortigen Parteifreunden Rücksprache zu nehmen. Es ist aber nicht richtig, daß es ihnen gelungen wäre, irgend einen nennenswerten Erfolg aufzuweisen. Wohl hatte zwar Gelegenheit, allerlei zu vernehmen, was den guten Willen gewisser deutscher patriotischer Kreise in München betraf, und in der Allgemeinen Zeitung wurden einige Entwürfe veröffentlicht, die sich aber lediglich als akademische Stilübungen herausstellten, da Herr von Völderndorf ebenso wie der Kabinettschef Eisenhart, jede Beziehung zu denselben in Abrede stellte. Bezeichnend aber war, daß auch diese gutgemeinten Vorschläge für eine Einheit des Reiches eine solche Fülle von Vorrechten für Bayern gegenüber den anderen Bundesländern und Fürsten in Anspruch nahmen, daß man daraus nur auf die ungeheure Beschränktheit schließen konnte, welche in selbst national gesinnten bayrischen Kreisen vorherrschte. Die eigentümliche Vorstellung, daß man Bayern, wenn es sich zu einem Bündnis bequemte, in welchem doch jedenfalls Preußen auch begriffen war, von vornherein eine Menge von Sonderrechten einräumen müsse, beherrschte vollständig alle diese Entwürfe. Auf den König von Preußen und seine militärische, in preußischem Patriotismus aufgewachsene Umgebung mußte schon damals die Idee, daß Preußen in dem zu gründenden deutschen Bunde als Staat viel schlechter behandelt sein sollte als Bayern, einen wahrhaft niederschmetternden Eindruck machen. Und es ist wahrhaft unbegreiflich, daß es Geschichtsbücher gibt, welche die Lage der Dinge so vollständig verkennen und nicht begreifen, daß der preußische, gewiß berechtigtere Partikularismus diesem bayrischen Großmachtsdünkel gegenüber am liebsten auf jede Vereinigung Verzicht geleistet hätte. Wenn man einmal die Berichte des Herrn von Werthern benützen wird, so dürfte man sich rasch erklären, daß der nächsten, besonders der militärischen Umgebung des Königs Wilhelm schon im September die ganze Frage der Reichsbegründung

gewissermaßen verekelt war, und es eigentlich nur den Großherzog von Baden und dem Kronprinzen zu verdanken gewesen ist, wenn der König immer wieder an seine alte deutsche Gesinnung erinnert wurde und immer wieder seine nationalen Sympathien erweckt werden konnten. Wie schwer dies gewesen ist, darüber liegen mancherlei Mitteilungen von solchen Seiten vor, welche, wie der Herzog von Koburg, bei der süddeutschen Frage persönlich ganz unbeteiligt waren. Töricht aber ist es, wenn die Sache nachträglich so umgedreht worden ist, als wäre der König Wilhelm derjenige gewesen, der die Begründung des Reiches erschwert hätte, er, der mit Verwunderung die Berichte über das diplomatische Treiben der jeder Reichseinheit abgeneigten Regierungen im Süden gelesen haben wird.

In Baden hatte man ja freilich schon die geringen Anzeichen einer Besserung der Verhältnisse, wie sie aus den Berichten Mohls in der Mitte Septembers hervorgingen, für höchst erfreulich ansehen müssen, aber daß mit den optimistischen Schilderungen Bennigsens und Laskers eine beruhigende Lage eingetreten sei, glaubte weder Jolly noch sein Großherzog annehmen zu sollen. Der Letztere schrieb daher am 23. September:

Lampertheim, 23. September.

„Mit großem Interesse habe ich aus Ihrem Schreiben vom 20. entnommen, mit welchen Eindrücken die norddeutschen Abgeordneten in Karlsruhe eintrafen. Ihre Schilderung der Erzählungen dieser Herren gibt mir den günstigen Eindruck, daß die nationale Frage sich in entschiedenem Fortschreiten befindet; aber ich teile auch Ihre Ansicht, daß damit noch nicht gesagt ist, es werde auf diesem Wege irgend etwas Entscheidendes erlangt werden. Die Gegner der festeren Einigung des Südens mit dem Norden sind noch immer vorhanden und haben ihre Bestrebungen nicht aufgegeben. Sie werden neue Kraft gewinnen, wenn sie gewahr werden, daß es sich auch jetzt noch darum handelt, ein Entgegenkommen des Südens zu hindern."

„Mehr und mehr werde ich in der Ansicht bestärkt, daß wir

eine Tatsache schaffen müssen, d. h. daß wir nötigenfalls öffentlich bekunden können, den Antrag in den Nordbund aufgenommen zu werden, gestellt zu haben, nachdem wir Bayern und Württemberg davon benachrichtigten. Die öffentliche Darlegung unserer Handlungsweise wird allein im stande sein, den wichtigen Einfluß auf das Verhalten und fernere Verfahren der beiden anderen Staaten zu üben. Mit unserem Vorgang werden dann die von den Abgeordneten beabsichtigten Schritte den rechten Druck ausüben, welchen man preußischerseits vermeiden will. Wir müssen daher auch jetzt wieder uns den Nebennamen der enfants terribles gefallen lassen, mit dem man uns seit 1866 beehrte. Das Verfahren hat sich bewährt trotz aller Abmahnungen von Berlin, denn ohne dasselbe würden wir nun nicht mit Preußen, sondern gegen dasselbe kämpfen. Wenn die preußische Regierung aus Bescheidenheit! jetzt noch die Einigung ganz Deutschlands sich von Süddeutschland schenken lassen will, statt diese schöne Gabe der Nation selbst anzubieten, so wollen wir wenigstens nicht fragen, wie Preußen das Geschenk annimmt, sondern danach trachten dasselbe auf den uns am kürzesten erscheinenden Weg zu gewinnen. Dieser Weg wurde schon 1866 von Mathy als der allein wahre und erfolgreiche dem Grafen Bismarck vorgeschlagen, d. h. die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund. Schon damals haben wir den anderen Südstaaten den unbedingten Eintritt als das Mittel vorgeschlagen, aus dem Nordbund einen Gesamtbund mit besserer Verfassung umzugestalten. Jetzt sind die damaligen Voraussetzungen vollständig beseitigt und wir können, ohne von irgend einer Seite gehindert zu werden, die Einigung mit dem Norden vollziehen, wenn der Norden will! das muß nun erprobt werden und dafür ist die baldige öffentliche Behandlung der Sache sehr ratsam. Möchten Sie bald im stande sein, Antworten von München und Stuttgart vorzulegen, damit wir dann zum Handeln kommen. Ihr“ u. s. w.

Am 22. September fand in München eine Besprechung zwischen Graf Bray, dem Württembergischen Minister von Mitt-

nacht und dem Staatsminister Delbrück statt. Bezeichnend für die Lage war Baden von dieser Konferenz so gut wie ausgeschlossen worden, was Delbrück Herrn von Mohl gegenüber damit begründete, daß die Verhandlungen lediglich Vorbesprechungen seien und der preußische Minister nicht wohl die Initiative dazu ergreifen könne, die Beteiligung eines badischen Bevollmächtigten zu verlangen. Die wahre Sachlage war die, daß man bayrischerseits fürchtete, die Forderungen, die man für den Eintritt in einen deutschen Bund zu stellen beabsichtigte, offenkundig werden zu lassen. Was Herr von Mohl in den nächsten Tagen seiner Regierung über diesen Punkt mitteilte, beruhte auf Informationen, die die bayrischen Räte gaben. Es waren daher ohne Zweifel nur die geringeren Vorbehalte, welche Graf Bray machen zu müssen glaubte. In Wahrheit überstiegen sie offenbar alles, was selbst Bismarck für möglich hielt, denn er sah sich genötigt, die Verhandlungen abzubrechen. Zwar hatten der Staatsminister Delbrück und Minister von Mittnacht, wie man aus Aufzeichnungen Eisenharts weiß, eine Audienz bei dem in Berg weilenden König Ludwig. Hierbei hatte Delbrück die Aufgabe, den König auf die bevorstehende offizielle Einladung zu einer Fürstenzusammenkunft vorzubereiten. Es ist niemals etwas über diese Unterredungen von der schweigsamen offiziellen Welt mitgeteilt worden, doch klingt die Erzählung der Frau von Kobell sehr eigentümlich. Sie sagt, „dem einsamen Könige“ sei die Aussicht auf eine Fürstenzusammenkunft unsympathisch gewesen: „und nach der Unterredung mit Delbrück hatte er das Gefühl, daß er gegen diesen etwas schroff gewesen sei, was ihm unbehaglich war, denn er wollte, daß jeder, den er in Audienz empfangen, den Eindruck der königlichen Leutseligkeit mit sich nähme. „Holen Sie Delbrück aus,“ schrieb der König an Eisenhart, „ich lege Gewicht darauf zu erfahren was er sagt. Ich verlasse mich auf Sie.“ „Delbrück sprach sich während der Marschallstafel gegen meinen Mann nur im günstigsten Sinne über seine Majestät aus.“

Letzteres war wohl recht selbstverständlich, besagt aber wenig.

Über die Lage, wie sie schon vor der Konferenz war, schrieb der Großherzog von Baden am 24. September an Jolly folgendes:

Lampertsheim, 24. Sept. 1870, geschlossen 25. früh.

„Mit Interesse habe ich aus Ihrem Schreiben vom 22. entnommen, daß die Lage der Dinge sich wieder verändert hat."

„Wenn auch die bayrische Regierung Schritte getan hat, um zu Verhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde zu schreiten, so scheint doch vorerst im Resultat nichts daraus erwachsen zu sollen und es kommt mir vor, als sei man beiderseits befriedigt, einen solchen Abschluß erreicht zu haben."

„Ein Teil des Wunsches des Bundeskanzlers ist erfüllt, — er kannte die Absichten der bayrischen Regierung. Wird er nun daran anknüpfen, um die Einigungsfrage weiterzuführen, oder wird er sich begnügen zu sagen — der Süden will noch keine Einigung mit dem Norden, wir dürfen ihn nicht zwingen, wir warten ab! Diese Fragen bewegten mich bei Durchlesung der eingesandten Schriftstücke und ich nahm die Berechtigung zu diesen Zweifeln aus den bisherigen Erfahrungen."

„Ich komme daher immer wieder auf die Ansicht zurück, daß wir wieder danach trachten müssen, den Einzeleintritt in den Nordbund zu erreichen und damit eine Tatsache zu schaffen, welche eine zwingende Wirkung auf die übrigen Südstaaten üben muß."

„Da Herr Delbrück die Instruktion erhalten hat, sich auf die bayrischen Vorschläge nicht einzulassen und überhaupt nur wenige Konzessionen an Bayern in Aussicht zu stellen, so kann ich mir kaum denken, daß auf dem bisher eingeschlagenen Wege ein Verständigen wird vorbereitet werden können, welche der beabsichtigten Fürstenversammlung nützlich wäre. Diese Versammlung muß einen vorbereiteten Boden haben, sonst wird sie uns schädlich sein, da sie die Gegensätze noch mehr als bisher zu Tage fördert."

„Die beste Vorbereitung wäre der bestimmte Antrag Badens in den Norddeutschen Bund einzutreten, wie er ist und damit vielleicht den Nutzen zu erreichen, daß bis dahin nur noch Bayerns Eintritt als zweifelhaft zu betrachten wäre."

„Die erneute Darlegung dieses sehr einfachen Verfahrens an Graf Bismarck dürfte ihn vielleicht doch zur Überzeugung bringen, daß er damit viel andere Schwierigkeiten am einfachsten zu überwinden vermag.“

„Ich gebe es daher wiederholt Ihrer Erwägung anheim, ob nicht gerade jetzt der Zeitpunkt gekommen wäre, einen bestimmten Antrag Badens auf Eintritt in den Nordbund an die Bundesregierung zu stellen und davon den Regierungen von Bayern, Württemberg und Hessen Nachricht zu geben.“

ꝛc.

In der Ausführung der vom Großherzog vorgeschlagenen Maßnahmen hatte das Ministerium durch den badischen Gesandten in Berlin unter gleichzeitiger vertraulicher Anfrage an den Grafen Flemming in Karlsruhe den Wunsch ausgesprochen, in den Norddeutschen Bund einzutreten. Zunächst war nur festgestellt worden, daß der Antrag von dem Bundeskanzler angenommen werde, und am 2. Oktober erhielt Graf Flemming aus dem Hauptquartier von Versailles die telegraphische Weisung des Kanzlers, dem Herrn von Freydorf zu eröffnen, daß nunmehr ein Antrag Badens auf Eintritt in den Norddeutschen Bund dem Präsidium desselben willkommen sein werde. Der noch am selben Tage formulierte amtliche Antrag des Staatsministeriums bei dem Präsidium des Norddeutschen Bundes lautete auf den Eintritt Badens auf Grund der damaligen Verfassung. Die Vereinbarungen mit anderen süddeutschen Regierungen seien späteren Verhandlungen vorzubehalten. In der Antwort Bismarcks, in welcher das Anerbieten des Eintritts im Prinzip angenommen wurde, war zugleich die Bereitwilligkeit des Bundeskanzlers ausgesprochen, in nähere Verhandlungen einzutreten, zu denen die Abgeordneten der badischen Regierung so bald wie möglich nach Versailles eingeladen wurden. Durch einige anerkennende Worte für die badische Politik der früheren Jahre in Rücksicht auf die dort stets bewährten nationalen Gesinnungen Badens scheint Bismarck die Absicht gehabt zu haben, die früheren Differenzen mit Mathy

und Herrn von Freydorf gleichsam für immer auszulöschen. Als wichtigster Umstand für die Verhandlungen selbst war außerdem hervorgehoben worden, daß der bayrischen und württembergischen Regierung Mitteilung gemacht sei von dem badischen Antrag, welcher nach Sachlage aller vorhergegangenen süddeutschen Verhandlungen allerdings die übrigen Regierungen veranlassen konnte, gleichfalls Vertreter nach Versailles zu entsenden. Es waren aber auch von seite der badischen Regierung selbst die betreffenden Mitteilungen nach München und Stuttgart erfolgt und hatten in den beiden Residenzen sehr verschiedene Eindrücke und Stimmungen bewirkt.

In den letzten Tagen nach der Abreise des Ministers Delbrück war in München eine vollkommene, man möchte fast sagen unheimliche politische Stille in den Regierungskreisen eingetreten. Am 1. Oktober berichtete Herr von Mohl, der König sei vollkommen unzugänglich und Graf Bray sehr verschlossen. Von den stattgefundenen Konferenzen gab dieser den fremden Gesandten ein ziemlich unklares Bild. Je neugieriger besonders der österreichische Vertreter war, etwas Sicheres über die Konferenzen zu erfahren, desto mehr bemühte sich Graf Bray, die Sache als ziemlich hoffnungslos hinzustellen. Er behauptete, daß Bayern gewünscht habe, einen allgemeinen deutschen Bund herzustellen, und er hatte offenbar noch einmal den Versuch gemacht, Österreich in die neue Kombination hereinzuziehen. Preußen aber, sagte er, sei auf alle seine Vorschläge nicht eingegangen und es handle sich jetzt um einen engeren Bund. Seine Auffassung über das nunmehr zu Erreichende sei im wesentlichen die, welche bei dem Zusammentritt der patriotischen Partei vor einigen Tagen ausgesprochen und in den Zeitungen verbreitet worden sei. Der König sei auch mit dem, was er in dem Sinne der in der Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Entwürfe ihm vorgetragen habe, einverstanden. Dann aber berichtet Mohl wörtlich weiter: „Gegenüber von Freiherrn von Soden und von mir brachte er dagegen anscheinend nur ganz gelegent-

lich im Gespräche vor: „es werde doch wohl notwendig werden, daß man Österreich, welches ja doch durch Artikel IV des Prager Friedens ein Recht habe, bei der Ordnung der deutschen Verhältnisse — wenigstens der Form nach, sagte er mir — begrüße. Daß dieses aber nicht bloß ein augenblicklicher Einfall ist, beweist nicht nur die Wiederholung vor zwei verschiedenen Personen und zu verschiedenen Zeiten, sondern es ergibt sich auch aus den Nachrichten, welche von der norddeutschen Botschaft in Wien herrühren. Freiherr von Schrenck soll sich in Übereinstimmung mit Graf Bray äußerste Mühe geben, um Österreich zur Forderung einer neuen engen Verbindung mit Deutschland aufzumuntern. Es werde dabei namentlich auch auf Sachsen gerechnet. Kurz es sei auf eine Art von Erneuerung des früheren deutschen Bundes abgesehen. Wie weit dies alles ernst ist, vermag ich freilich nicht zu ermessen, nur ist so viel sicher, daß Graf Bray auf das engste mit dem Grafen Beust liiert und mit ihm einverstanden ist und Herrn von Schrencks Gesinnungen sind ohnehin bekannt."

Durch ein Kapitel voll gewundener Redensarten bestätigt Graf Beust in seinem Werke, daß er mit seinem Freund und Göttinger Duzbruder noch unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges in eine lebhafte Korrespondenz gekommen sei, aber mit den Ratschlägen, die er gegeben hatte, den Anschluß Bayerns an die norddeutsche Armee nicht mehr verhindern konnte. Nach dem Beginne des Feldzuges und nach den Siegen der deutschen Armeen erzählen seine Aufzeichnungen nichts weiter von den stattgefundenen Erörterungen zwischen ihm und dem Grafen Bray; aber statt dessen sind wir vollständig unterrichtet, daß Beust noch immer den Gedanken festhielt, bei Unterhandlungen über den Eintritt Süddeutschlands in den norddeutschen Bund auch Österreich wiederum in irgend einer Form einem deutschen Bunde einzufügen. So allgemein die politischen Betrachtungen gehalten sind, welche die Aufzeichnungen Beusts enthalten, so sagt er doch ausdrücklich, daß er die Notwendigkeit, für Österreich eine Türe

zu eröffnen, um wieder in Deutschland einzuspringen, gerade aus Anlaß der neuen Wendung der Dinge für notwendig erachtet habe. So konnte es denn niemanden überraschen, als von allen Seiten Nachrichten kamen, daß Graf Beust den ganzen Oktober und November hindurch beschäftigt gewesen sei, den Grafen Bray von den Unterhandlungen mit Preußen abzuziehen. Auch in Berlin beauftragte er den Grafen Wimpffen, immer wieder auf den Art. IV des Prager Friedens hinzuweisen. Als dann in unbeschreiblicher Langmut Bismarck nach Unterzeichnung der Verträge mit den süddeutschen Staaten seine bekannte Depesche an den preußischen Gesandten in Wien mit dem Auftrag sendete, die preußische Auffassung vor dem Grafen Beust zu vertreten und die Hinfälligkeit jenes Artikels zu erklären, weigerte sich in der Antwort hierauf Graf Beust mit anerkennenswerter Konsequenz auf die staatsrechtliche Frage einzugehen und sagte sehr deutlich, daß er einen Vertragsbruch erblicke, den er lediglich in der Hoffnung auf ein besser zu gestaltendes Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland nicht weiter verfolgen wolle.

Es ist mithin kein Zweifel, daß Mohls Nachrichten im Beginn des Oktober ganz richtig die Lage kennzeichneten. Österreich und das partikularistische Süddeutschland hatten das Spiel noch nicht verloren gegeben, der französische Widerstand machte Hoffnungen, daß der verhaßte Anschluß werde vermieden werden können und man verzögerte daher auf alle Weise in München den Beginn der Verhandlungen, weil man meinte, die militärischen Ereignisse und ein vielleicht auch für die deutschen Armeen notwendig werdender Friede werde es gestatten, die Angelegenheiten im Sinne jener Korrespondenzen zu erledigen, welche Graf Beust als seine freundschaftlichen Besprechungen bezeichnet hatte. Er hatte noch in einem Memorandum, das er am 25. Dezember dem Kaiser von Österreich vorlegte, viele Worte über die wahrscheinliche Erschöpfung gemacht, welche Preußen und Deutschland auf längere Zeit selbst im Falle eines sieg- und erwerbreichen Ausgang des Krieges bevorstehe.

II.

Versailler Verhandlungen.

Infolge der Aufforderung Bismarcks zu den Konferenzen in Versailles waren die badischen Minister Jolly und Freydorf am 20. Oktober von Karlsruhe abgereist. Diese endlich erreichte Tatsache war mächtig genug, Bayern, Württemberg und Hessen zu den gleichen Schritten zu bestimmen und so war, was der Großherzog schon im September als das einzige Mittel erkannt hatte, die deutsche Frage in Gang zu bringen, wirklich eingetroffen. Die Furcht, daß der eine der süddeutschen Staaten in den Verhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde günstiger zum Abschluß kommen könnte, als der andere, hatte bewirkt, daß mit wahrhaft überraschender Beschleunigung nun mit einemmal vier Regierungen ihre Vertreter in Versailles versammelten. Gleichzeitig waren neben den badischen Abgesandten Graf Bray, von Pranckh und von Lutz, von Suckow und von Mittnacht und Herr von Dalwigk in Versailles eingetroffen. Die Unterhandlungen nahmen ihren Anfang. Preußen hat leider niemals über dieselben auch nur die geringsten Mitteilungen in die Öffentlichkeit kommen lassen, und so ist man denn zum Teil auf unsichere Nachrichten darüber angewiesen. Um so wertvoller sind Mitteilungen derjenigen Personen, welche, sofern sie nicht unmittelbar beteiligt waren, wenigstens Gelegenheit hatten, Bestimmtes und Sicheres über den Gang der gesamten Verhandlungen zu erfahren. Dagegen muß man wohl darauf verzichten, die vielfältigen Gerüchte und parteigefärbten Korrespondenzen jener Tage zu Rate zu ziehen, da dieselben ganz unter dem Einfluß des patriotischen Aufschwungs standen, der eben damals in ganz Deutschland in erfreulichster Weise hervorgetreten war. Namentlich in Bayern und Württemberg war im September und Oktober eiue solche Begeisterung des Volkes und der verschiedensten Korporationen für die Herstellung der deutschen Einheit zum Ausdruck gelangt, daß man schließlich es gleichsam als etwas

Selbstverständliches ansah, auch die Regierungen und Diplomaten hätten den neuen Zustand Deutschlands in innigster Eintracht und gleichsam mit leichter, lediglich von nationalen Volkswünschen getragenen Entschlüssen durchgeführt. Es muß aber hier vorsichtigerweise ausdrücklich gesagt werden, daß in den Unterredungen und Erwiderungen, welche die Minister in Bayern und Württemberg auf zahlreiche Resolutionen und Eingaben zu erteilen Gelegenheit hatten, in ehrlichster und anzuerkennendster Weise offiziell und offiziös nie etwas anderes hervortrat, als daß man entschlossen sei, den Eintritt in einen engeren Bund nur unter der strengsten Aufrechthaltung der Selbständigkeit und der souveränen Rechte beider Königreiche zuzulassen. In Württemberg hatte die am 31. August erfolgte Entlassung des Ministers von Varnbüler einen günstigen Einfluß, indem dadurch der Kriegsminister von Suckow eine stärkere Stellung bekam und weil Herr von Mittnacht zu den glücklich veranlagten Staatsmännern gehörte, welche ein feines Gefühl dafür besitzen, ihre Ansichten in rechtzeitigen Schwenkungen der Notwendigkeit der Umstände anzupassen. Da sein König, wie noch jüngst durch Frau von Kobell bestätigt wurde, hauptsächlich durch den Widerstand des bayrischen Königs völlig gereizt zu sein schien, ihm in den deutschen Angelegenheiten den Rang abzulaufen, so hatte Herr von Mittnacht auch eine verhältnismäßig viel leichtere Aufgabe als Graf Bray.

Die Instruktionen, welche die Vertreter der Südstaaten nach Versailles mitnahmen, lassen sich leider nicht näher in Vergleichung ziehen, da sie nur in Betreff von Baden bekannt geworden sind. Sie sind indessen besonders darum von Interesse, weil die badische Regierung in wohlerwogener Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit, daß Bayern und Württemberg weitgehende Reservatrechte sich bedingen würden, schon die äußerste Grenze dessen, was für die Reichseinheit zu fordern sei, gezogen hatte. Sie hatte daher für die Einführung der im Norddeutschen Bunde bereits bestehenden Gesetze gewisse Fristen in Aussicht genommen,

ferner im Post- und Telegraphenwesen Übergangsbestimmungen gefordert. Für den Fall, daß andere süddeutsche Staaten Anträge auf Ausschließung der Branntwein- und Biersteuer stellen wollten, war Baden bereit beizutreten. Dagegen beharrte der Großherzog im Militärwesen auf der strengsten Zentralisation der Heeresverfassung und der Bundesarmee. Anscheinend war die badische Regierung bei Feststellung dieser Instruktion noch in der Idee befangen, daß die Verhandlungen der süddeutschen Staaten mit dem Bundeskanzleramte einen allgemeinen Charakter tragen würden. Es zeigte sich aber sogleich, daß von gemeinschaftlichen Beratungen gar keine Rede sein konnte, da nämlich die preußischen Staatsmänner wohl mit Recht befürchten mochten, Bayern allzusehr in Nachteil zu bringen, wenn man den Grafen Bray genötigt haben würde, vor den übrigen Mitgliedern einer Konferenz seine so sehr abweichenden Ansichten über die Bundesverhältnisse oder vollends über ein künftiges Deutsches Reich darzulegen. Unter diesen Umständen machen die ersten Berichte, welche Herr von Freydorf an den Großherzog von Baden sendete, einen etwas kleinlauten Eindruck.

„Aus den Unterhaltungen — so schreibt Freydorf am 26. Oktober an den Großherzog —, welche wir bei den ersten Begegnungen mit den nord- und süddeutschen Staatsmännern hatten, durften wir entnehmen, daß wir bei jenen für die von uns zu verfolgenden Ziele im allgemeinen tunliches Entgegenkommen finden würden, daß von württembergischer Seite keine unannehmbaren Forderungen für den Eintritt in den Norddeutschen Bund beziehungsweise die erweiterte neue Gemeinschaft gestellt werden, daß dagegen bezüglich der Einigung mit Bayern noch mehrfache erhebliche Hindernisse zu beseitigen sind. Die Minister dieser zwei Staaten halten sich sowohl uns, wie den norddeutschen Staatsmännern gegenüber in einer gewissen Reserve. Seit den Verhandlungen, welche Minister Delbrück mit denselben in München gepflogen hat, ruht die Angelegenheit; und auch hier hat mit ihnen noch keine Verhandlung oder förmliche Be-

sprechung stattgefunden. ... Bei der verschiedenartigen Stellung der süddeutschen Staaten hat der Bundeskanzler eine gemeinsame Verhandlung nicht für angemessen erachtet, vielmehr den Weg der Verhandlung mit den einzelnen Vertretungen gewählt, worauf nach Umständen ein allgemeiner Zusammentritt folgen kann."

Die Verhandlungen selbst waren, was die Verfassungsverhältnisse betrifft, Delbrück übertragen worden, in den militärischen Angelegenheiten übernahm Roon die Führung derselben. Wenn sich die Hoffnung auf die Möglichkeit gemeinschaftlicher Beratungen auch alsbald in Betreff von Württemberg, Hessen und Baden verwirklichen konnte, so trat die Absonderung der bayrischen Vertreter immer schärfer hervor. Was zunächst Delbrück Herrn von Freydorf über die Forderungen Bayerns mitteilte, machte in der Tat einen fast vernichtenden Eindruck. Dasselbe verweigerte jedwede Einverleibung des Militärwesens in den Norddeutschen Bund. Es erklärte die diplomatische Vertretung Bayerns durch das Bundespräsidium für ganz ausgeschlossen. Auch äußerlich sollte die Selbständigkeit des bayrischen Heeres möglichst deutlich in die Erscheinung treten. Es gibt eine Reihe von Zeugnissen über den Eindruck, welchen die Nachrichten von der Stellungnahme Bayerns in den Kreisen des Kronprinzen hervorgebracht hatten. Hier war Roggenbach besonders eifrig zu empfehlen, daß man auf Verhandlungen auf einer Grundlage, wie sie Graf Bray als möglich erachtete, überhaupt nicht eingehen sollte. Der Herzog von Koburg, der mehrfache Gespräche, besonders am 27. Abends, mit dem Kronprinzen selbst über die Frage des Eintritts von Bayern hatte, versichert nach seinen Erinnerungen, daß auch der Kronprinz der Meinung gewesen sei, man müsse unter diesen Umständen jede weitere Verhandlung mit Bayern abbrechen; und obwohl er fürchtete, daß die preußische Politik gegen die Zumutungen Bayerns nicht Stand halten werde, setzte er doch seine Hoffnungen darauf, daß der König, wenn er die fast unbegreiflichen Vorschläge in Bezug auf die bayrische Armee vernehmen würde, sich wahrscheinlich auf gar nichts weiter einlassen

dürfte. Andere meinten freilich, daß in militärischen Kreisen der Umgebung des Königs das Prinzip einer möglichsten Absonderung der bayrischen Armee von der preußischen Unterstützung finden könnte, weil man schon durch den Zusammenhang mit den anderen Staaten sich von den streng preußischen Überlieferungen stark entfernt habe. Auch der König, meinten manche, werde die Einverleibung der süddeutschen Armeen nicht für sehr erwünscht ansehen. Und in der Tat machte der Abschluß der Militärkonventionen Schwierigkeiten genug. Jedenfalls war es dem Bundeskanzler durch solche Stimmungen preußischerseits erleichtert worden, in einigen der Hauptbedingungen der bayrischen Minister sich entgegenkommend zu verhalten. Durch welche Umstände es ihm aber gelungen ist, den Grafen Bray von seiner anfänglich ganz schroffen Stellung im Laufe der nächsten Wochen einigermaßen zurückzubringen, darüber lassen sich keine Vermutungen aussprechen. Unter den heute noch lebenden Personen ist nur noch von Minister Delbrück Aufklärung möglich, doch scheinen die preußischen Staatsmänner ein für allemal entschlossen zu sein, noch für längere Zeit über diese Verhandlungen keine Mitteilungen in die Öffentlichkeit kommen zu lassen.

Um so wertvoller erscheinen daher die Berichte anderer Staatsmänner von Äußerungen Bismarcks, über die von ihm befolgte Politik bei den Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten. Am 29. Oktober schrieb Herr von Freydorf in sein Tagebuch, Bismarck habe ihm einige Aufklärungen über seine Politik seit 1866 gegenüber von Frankreich gegeben und dabei bemerkt, seine Vorsicht und Zurückhaltung in Betreff Bayerns sei besonders erfolgreich gewesen, da dieses, wenn man einen Druck auf dasselbe ausgeübt hätte, nicht gegen Frankreich stand gehalten haben würde. Auch jetzt noch verfahre er nach diesem System. General von Pranckh habe ihm bei seinem Besuche von der Bereitwilligkeit Bayerns gesprochen, gewisse Opfer zu bringen. Er habe Pranckh gebeten, doch ja keine Opfer zu bringen. Er möge nichts, als das Interesse seines eigenen Landes im Auge

behalten und hiernach handeln. „Ebensowenig ist aber Graf Bismarck zu irgend welchen erheblichen Konzessionen an Bayern geneigt. Wir waren einig, daß Südhessen und Baden den Zutritt Württembergs und der Eintritt aller drei in den Bund über kurz oder lang den Zutritt Bayerns zur Folge haben würde . . Ich sagte Graf Bismarck, wir hätten stets das Zutrauen gehabt, daß er die Einigung des ganzen Deutschlands anstrebe und zu stande bringen werde. Er deutete an, daß er die Rücksichten verstehe, die uns nötigten, zuweilen zu drängen. Er dankte uns, daß wir in unserer Politik trotz der abwehrenden Haltung, die zu beobachten er genötigt gewesen wäre, nicht gewankt, sondern festgehalten hätten."

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs beklagte sich Bismarck alsdann über die großen Schwierigkeiten, die ihm gemacht würden, „oft weise der König ihn an, mit X und Y zu sprechen, mit Männern, denen er erst Beckers Weltgeschichte beibringen müßte, um ihnen eine Sache begreiflich zu machen . . ." Es war insbesondere die Anwesenheit vieler Fürsten in Versailles, über die sich Graf Bismarck beklagte, namentlich deshalb, weil er ein Mißtrauen gegen Korrespondenzen hatte, die von ihnen nach anderen Höfen gingen. So bemerkte er von dem Großherzog von Weimar, daß er bekanntlich in Briefwechsel mit Rußland stehe, was Bismarck genötigt, gegen ihn zurückhaltend zu sein. Trotzdem war es aber Bismarck selbst, der in diesen Tagen die Absicht faßte, an alle Fürsten Einladungen zu einem Kongreß in Versailles ergehen zu lassen, zu welchem Zwecke König Wilhelm nahe gelegt wurde, zuvörderst an den König von Bayern einen Abgesandten in der Person des Prinzen Adalbert zu senden. Da aber erst angefragt werden mußte, ob eine solche feierliche Einladung in München nicht abgelehnt werden würde, so verzögerte sich die Sache, bis sie, wie sich noch zeigen wird, schließlich ganz unterblieb. Dagegen waren zu den schon in Versailles anwesenden Fürsten die Großherzoge von Baden und Oldenburg in den nächsten Tagen hinzugekommen. Bismarck hatte dem Herrn von

Freydorf den Wunsch ausgesprochen, daß der Großherzog von Baden vierzehn Tage vor den Königen eintreffen möge, was mit dem Abschluß der Militärkonvention entschuldigt werden könne. Des weiteren freilich, so bemerkt das Tagebuch Herrn von Freydorfs, wollte Bismarck einen zu langen Aufenthalt der Fürsten überhaupt und mithin auch des Großherzogs vermieden sehen. Inzwischen war jedoch der Großherzog von Baden schon früher im Auftrage des Königs vom Kronprinzen eingeladen worden, bald nach Versailles zu kommen und so hatte er denn schon am 3. November Karlsruhe verlassen und war am 6. in Versailles eingetroffen.

Zu dieser Zeit fand der Großherzog von Baden die Verhandlungen über den Anschluß Badens dem Abschlusse nahe, und auch Württemberg und Südhessen zeigten volle Geneigtheit für den unbedingten Eintritt in den Norddeutschen Bund, ersteres allerdings unter der Behauptung gewisser Vorbehalte. In Bezug auf die Militärkonventionen waren die bestehenden Schwierigkeiten noch nicht gehoben, da Roon, dem die Verhandlungen ausschließlich anvertraut waren, ein Gegner der vollkommenen Verschmelzung der süddeutschen Kontingente, auch selbst des badischen, mit der preußischen Armee war. Vollkommener Stillstand herrschte aber in den Verhandlungen mit Bayern, und noch am 5. November erklärte Delbrück gegenüber dem Minister Jolly, man werde auf Bayern verzichten müssen. Bismarck schien in diesem Augenblicke noch zu schwanken, ob er ohne Bayern mit den anderen Südstaaten abschließen, oder die Verhandlungen mit diesen hinziehen solle, bis man in Bayern sich eines besseren besonnen hätte. Eine Verzögerung des Abschlusses fanden aber auch die württembergischen Bevollmächtigten in ihrem Interesse, weil, wie sich Jolly bezeichnend ausdrückt, dieselben fürchteten, daß die Bayern nachträglich ein „Extrabene“ erlangen könnten, falls die Verträge mit den anderen Südstaaten schon abgeschlossen wären. In den ersten Novembertagen fand ein Briefwechsel zwischen Bismarck und Graf Bray

statt, der jetzt aus dem Nachlasse des letzteren veröffentlicht ist und den vollen Beweis dafür gibt, daß der bayrische Größenwahn noch im November die Möglichkeit einer vollen Gleichstellung Bayerns mit Preußen in einem weiteren Bunde, welcher den Namen Deutsches Reich führen sollte, erörtern durfte. In Bismarcks Antwort vom 4. November war noch die Möglichkeit zugestanden worden, daß man sich nach dem Muster der Verträge von 1866 „eine Vervielfältigung der vertragsmäßigen Beziehungen“ denken könnte, die gegenwärtig zwischen dem Norddeutschen Bunde und Bayern beständen. Graf Bray sprach am 4. November die Hoffnung aus, er werde Bismarck gewinnen können, ihm die Anträge Preußens zu einer Verständigung zu überweisen, womit er alsdann nach Hause zu reisen in der Lage gewesen wäre, um bei geeigneter Zeit vielleicht darauf antworten zu können Es scheint aber, daß der Graf in diesem Punkte denn doch die Langmut selbst des Bundeskanzlers überschätzte und in München sprach Eisenhart schon davon, daß die Schwierigkeiten bei den Konferenzen mit den bayrischen Ministern sich auf Bismarcks Nerven geworfen hätten.

In der Tat wurde auch aus München berichtet, daß die Lage vollkommen hoffnungslos sei; der König, welcher nur ab und zu wegen des Theaters nach München komme, habe jede Lust zu irgend einer Verständigung verloren, selbst eine dringende Einladung der Königin Olga zu einem Besuche nach Friedrichshafen habe er abgeschlagen, und seine Isolierung sei so vollständig, daß er neuestens auch mit dem Major Sauer nur noch schriftlich verkehre. Auch erzählte man schon anfangs November in Münchens diplomatischen Kreisen, daß der König eine Reise ins Hauptquartier auf das entschiedenste ablehne und erklärt habe, zu einer Übertragung der Kaiserwürde an den König von Preußen nimmermehr seine Zustimmung zu geben. Erst durch die Kenntnis dieser Lage der Dinge in München werden die Briefe des Grafen Bray, von denen soeben die Rede war, völlig verständlich, da man in der Tat einem älteren, gewiegten

Diplomaten nicht gut zutrauen kann, daß er aus eigener Bewegung an den gewaltigen Staatsmann des Norddeutschen Bundes Zumutungen stellte, die doch nur den Sinn haben konnten, die Verhandlungen abzubrechen und bei dieser Gelegenheit baldmöglichst abzureisen.

So fand der Großherzog von Baden auch den Grafen Bismarck damals in einer fast verzweifelten Stimmung. Bei der Begrüßung erging er sich, ehe er sich noch niedergesetzt hatte, in Klagen über seine Lage in Versailles. Besonders machten ihm die Generale auch beim Könige Schwierigkeiten, so daß er niemals die Geschäfte im geeigneten Augenblicke erledigen könne. Dem Könige würden, sagte er, von seiten seiner Umgebung in Dingen, für die doch nur der Bundeskanzler verantwortlich sein dürfe, Bedenken eingeflößt, die ihn zu keinem Entschlusse kommen ließen. Was die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten betraf, so berichtete Bismarck dem Großherzog am 9. November folgendes: Württemberg verlange nicht soviel wie Bayern; letzteres habe zwar das Kaisertum und Reich angeboten (offenbar bezog sich der Kanzler hierbei auf die in der Korrespondenz zwischen ihm und Graf Bray vom 2. und 4. November besprochenen Möglichkeiten) — aber als eine Art von Tauschobjekt: der Bundeskanzler solle verpflichtet sein, alle auswärtigen Fragen mit Bayern zu vereinbaren, sowie sämtliche Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten mitzuteilen; auch dürften die Kompetenzen des bayrischen Landtages in keiner Weise beschränkt werden. Hierauf habe Bismarck erklärt, da wäre das Verhältnis der Verträge von 1866 noch weit besser.

Daß unter diesen Umständen auch König Wilhelm nur mit wenig Freude an die Lösung der großen nationalen Fragen herantreten konnte, mußte der Großherzog von Baden schon vorher schmerzlich wahrgenommen haben. Er fand den König bei seiner Ankunft äußerst unzufrieden mit der politischen Lage. Bayern, sagte er, erhebe große Ansprüche auf Teilnahme an den wesentlichsten Regierungsbefugnissen der Bundesgewalten, und er

sehe nicht ein, wie man sich mit ihnen einigen solle. Es sei den Bayern der Kamm geschwollen durch die militärischen Erfolge ihrer Armee, und doch sei dazu keine besondere Veranlassung, denn nicht ohne die stete Einfassung in preußische Korps hätten sie zu leisten vermocht, was geschehen sei und ihre Führung habe man nur immer zum Weitergehen treiben müssen. Mit der Haltung Württembergs war der König zufriedener, wenngleich er tadelte, daß sie noch immer militärische Prärogative in Anspruch nehmen wollten. Der König sprach sich für die Herstellung eines einheitlichen Heeres aus und antwortete auf die Frage des Großherzogs, ob er geneigt sei, Konventionen auf dieser Grundlage abzuschließen — „das hängt nur von euch übrigen ab, ob ihr soweit gehen wollt.“ In einem merkwürdigen Gegensatze zu den äußerst schlecht stehenden Aussichten der Gründung eines einigen Deutschlands, traten in Versailles noch einmal mannigfaltige Absichten hervor, die bestehenden Verfassungszustände einer Verbesserung im Sinne einer weiterentwickelten Staatseinheit zuzuführen. Die von Koburg und Oldenburg schon im Jahre 1866 eingebrachten Verfassungsvorschläge, betreffend die Einfügung eines parlamentarisch eingerichteten Staaten- oder Oberhauses in die bundesstaatlichen Einrichtungen, wurden von verschiedenen Seiten her erneuert, und wie aus den dürftigen Auszügen des Tagebuches des Kronprinzen zu ersehen ist, war es insbesondere dieser, der jetzt auch wieder für solche konstitutionelle Gedanken Interesse faßte.

Von seite des Großherzogs von Oldenburg war alles aufgeboten worden, um den Plan, den er schon im Jahre 1866 dem Grafen Bismarck entwickelt hatte, nunmehr der Zustimmung der Bundesfürsten bei der Neugründung des Reichs zu empfehlen. Wie Großherzog Peter in seiner Denkschrift schon damals ausgeführt hatte, schien ihn die gegenwärtige Lage gewissermaßen aufzufordern seine strengeren Verfassungseinrichtungen für den Bundesstaat zu retten. Eine Broschüre, welche sein trefflicher Sekretär G. Jansen damals veröffentlichte, faßte die Ansichten

eines angesehenen Kreises von Fürsten und Staatsmännern in höchst beachtenswerter Weise zusammen, welche auf eine Revision der norddeutschen Bundesverfassung aus Anlaß der Reichsgründung hindrängten, und an deren Spitze der Großherzog von Oldenburg stand. Die Mängel, welche schon damals in der Institution des Bundesrats herantraten, sind in Jansens Schrift so treffend geschildert, daß man bedauern muß, wie rasch diese Reformbestrebungen vergessen worden sind. Es hatte eine kurze Zeit den Anschein, als ob die Idee des Oberhauses verwirklicht werden könnte. Merkwürdigerweise war es jetzt Herr von Dalwigk, von dem dies am wenigsten zu erwarten gewesen wäre, der im raschen Umschwung der Ansichten, die ihn während seiner hessischen Laufbahn geleitet hatten, jetzt dem Kronprinzen den Gedanken eines deutschen Reichs mit verantwortlichem Ministerium und Staaten- oder Oberhaus entwickelte und auch die Südstaaten besonders Bayern dafür zu gewinnen suchte. Herr von Freydorf bemerkt ebenfalls in seinem Tagebuch, daß die Umgestaltung des Bundesrats vielfach besprochen wurde und zu der Konferenz einer Anzahl von Staatsmännern führte, die in der Wohnung des damals auch von Bismarck noch geschätzten Finanzmannes und Reichstagsabgeordneten Ludwig Bamberger stattfand. Auch Roggenbach scheint bei diesen Anläufen zu einer Reform der Bundesverfassung mit dem Kronprinzen sich verständigt zu haben, und Bismarck hielt es wenigstens — man könnte vermuten als eine Karte im Spiel der Verhandlung — jetzt für angezeigt sich nicht mehr bestimmt einer strengeren Zentralisation zu widersetzen. Dem Großherzog von Baden gegenüber wollte er sich aber am 9. November über den Bundesrat nicht aussprechen, und ließ erkennen, daß er die Ersetzung desselben durch ein Staatenhaus keineswegs als zulässig erachte.

Dem Großherzog selbst lag bei seiner Ankunft in Versailles in erster Linie die Frage des Kaisertums am Herzen, welche von ihm bereits seit vielen Wochen nach allen Seiten hin angeschnitten war, und worüber Bismarck sich jetzt mit ihm in vollstem Ein-

verständnis befand. Wie sehr der Kanzler von diesem Augenblicke an mit ganzem Ernste sich auch nach dieser Richtung hin tätig zeigte, konnte der Großherzog in seinen Aufzeichnungen bemerken, und es wird die Aufgabe dieses Werkes sein, die ganze Angelegenheit in vollstem Zusammenhange nachher in einem besonderen Kapitel abzuhandeln. Hier sei es zunächst gestattet, den Verhandlungen Schritt für Schritt zu folgen, welche die Vereinigung des Bundes mit den süddeutschen Staaten herbeiführte.

Einen eigentümlichen Eindruck auf den Leser der Nachrichten, die aus den Papieren des Herrn Eisenhart jetzt vorliegen, macht es ohne Zweifel, daß König Ludwig gerade über den Umstand sehr erzürnt gewesen zu sein scheint, daß mit Württemberg, Baden und Hessen zuerst verhandelt wurde und dann erst mit seiner Regierung. Die gesamten Vertreter der süddeutschen Staaten mit Ausnahme der bayrischen waren auf gemeinsame Beratungen und Feststellungen des Eintritts in den Norddeutschen Bund vorbereitet. Insbesondere trugen die Württemberger gleich von vornherein große Scheu, mit ihren Anträgen und Forderungen hervorzutreten, solange sie nicht bestimmt wußten, was Bayern im Schilde führe. Sie haben dann, wie sich noch zeigen wird, bis zuletzt immer den Vorbehalt gemacht, daß das, was den Bayern zugestanden würde, auch den Württembergern zukommen müsse. Während Baden und Hessen sich bemühten mit Württemberg zusammenzugehen und diese Gemeinsamkeit auch eine Zeitlang vorhielt, ergingen sich Graf Bray und Eisenhart in ihren Briefen in Klagen über Württemberg, welches sich von den Bayern getrennt und dieselben „more solito“ im Stiche gelassen habe.

Solchergestalt entwickelten sich die Unterhandlungen in Versailles sehr langsam. Von Interesse ist es, daß bei den Verhandlungen mit Baden, Hessen und Württemberg von seite Delbrücks auch schon die Frage wegen Einführung des Tabakmonopols aufgeworfen wurde. In Bezug auf die Entschädigung für Aufgabe des Postregals hatten auch die badischen Bevollmächtigten anfänglich stärkere Forderungen gestellt, aber auch

diese Fragen wurden schließlich durch die Versicherung eines Minimums als Anteil Badens am Postgefälle des Reichs zu allseitiger Befriedigung gelöst. Die Abänderungen der norddeutschen Bundesverfassung, welche der Vertrag vom 15. November in Bezug auf den Eintritt Badens und Hessens enthielt, konnte nach sehr eingehenden Beratungen in einer Reihe von Sitzungen zwischen dem 26. Oktober und 8. November erledigt werden, an denen gleichmäßig die badischen, hessischen und württembergischen Bevollmächtigten teilnahmen. Auch wurden die Protokolle dieser Beratungen gleichmäßig von allen Bevollmächtigten dieser Staaten und von Delbrück unterzeichnet und es schien schon so, als ob die Württemberger mit Baden und Hessen auch die Vertragsurkunden paraphieren würden. Da zeigte es sich plötzlich, daß die ersteren zur Unterzeichnung nicht beauftragt waren, sondern erst noch zur Berichterstattung nach Stuttgart abgerufen wurden, so zwar, daß am 13. November die diplomatische Welt von Versailles in ein allgemeines Erstaunen verfiel, als plötzlich Herr von Mittnacht und General von Suckow aus Versailles verschwunden und nach Stuttgart abgereist waren. Es hatte wieder einmal den Anschein, als ob der ganze neue Reichsbau schon in den Fundamenten zu wanken beginne. Und als nun Hessen und Baden am 15. November das über die Feststellung der Verfassung des deutschen Bundes aufgenommene Protokoll unterzeichneten, verständigte man sich dahin, daß, wenn Ausnahmen hinsichtlich des Artikels 68 der Bundesverfassung mit einem einzelnen deutschen Staate vereinbart werden sollten, dieselben auch für Baden und Südhessen Geltung hätten.

Nicht ohne ein gewisses dramatisches Interesse vermag man einen Bericht über die Unterredung zu lesen, welche Bismarck am 12. November mit König Wilhelm hatte, indem er ihn mitzuteilen genötigt war, daß die Minister von Mittnacht und Suckow statt in der Sitzung die Verträge zu unterzeichnen, in größter Verlegenheit zu erklären genötigt waren, daß ihr König plötzlich verboten hätte abzuschließen und eine neue mündliche Bericht-

erstattung erfordere. Auf König Wilhelm machte dieses Verhalten der Württemberger einen sehr ungünstigen Eindruck und er wollte nicht annehmen, daß der König sich nach den mündlichen Berichten seiner Minister gefügiger zeigen werde. Er glaubte vielmehr, daß, da schon so viel Konzessionen gemacht worden seien, der König von Württemberg eben nicht willens sei überhaupt Opfer im Interesse der Einigung zu bringen. Auch auf Bayern werde dies dann wieder zurückwirken und so steigerten sich die beiden Könige gegenseitig bloß in der Negation dessen, was man wünsche und was notwendig sei. Auch Bismarck war über den „Streich“, wie er es nannte, sehr erzürnt, und als der Großherzog von Baden ihn am Abend aufsuchte, glaubte er annehmen zu sollen, daß Herr von Gasser, der bayrische Gesandte in Stuttgart der Urheber der Störung sei, an welcher dieser schon lange arbeite. Bismarck bemerkte zum Schluß dieser Unterredung, er beabsichtige sich nunmehr an die Öffentlichkeit zu wenden. Man nahm den Zwischenfall so schwer, daß der Großherzog fragte, ob mit dem Scheitern der bayrisch-württembergischen Verhandlungen auch der Anschluß von Baden und Hessen an den Norddeutschen Bund rückgängig werden würde, wozu er einerseits in dem jahrelangen Mißlingen der früheren Anschlußversuche und andererseits in dem Umstande einen Grund der Besorgnis erblickte, daß auch in Betreff des Abschlusses der Militärkonvention mit Baden Verzögerung zu walten schien.

Am 16. November konnte indessen Herr von Freydorf nach Karlsruhe berichten, der Abschluß der Verträge sei gestern ohne Rücksicht auf Württemberg und Bayern erfolgt, weshalb auf Vorschlag Delbrücks der badisch-hessisch-norddeutsche Vertrag dem Bundesrat und Norddeutschen Reichstag allein vorzulegen sein würde. Mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit diesen beiden letzteren sollten sich die Bevollmächtigten Badens und Hessens alsbald von Versailles nach Berlin begeben.*)

---

*) Herr von Freydorf hat in seinem Tagebuch bemerkt, daß bei der

Am 18. November wurden die Vollmachten des Großherzogs von Baden für die Herrn von Freydorf, von Hardeck und den badischen Gesandten von Türckheim in Berlin vorbehaltlich der Ratifikation der Beschlüsse erteilt, und die genannten Bevollmächtigten begaben sich nach Berlin, während Staatsminister Jolly nach Karlsruhe zurückkehren konnte. Gleichzeitig waren auch die hessischen Bevollmächtigten von Versailles abgereist, um in Berlin die Reichsverfassung weiter zu beraten und wie schon jetzt gesagt werden kann, noch weitere Schwierigkeiten zu besiegen, die sich nicht nur im Reichstag, sondern auch im Norddeutschen Bundesrat auftürmten.

Betrachtet man freilich den Vertrag, mit welchen die badischen und hessischen Diplomaten in Berlin angelangt waren, so konnte wenig Zweifel sein, daß die sehr bescheidenen Wünsche, welche Baden und Südhessen auf dem politischen Gebiete geltend machten, allseitige Zustimmung finden würden, obgleich die Frage der badischen Militärkonvention auch in Versailles noch keineswegs zum Abschluß gekommen war. Aber was die Herbeiführung des Einigungswerks in Berlin ganz unsicher machte, war die Verquickung des bayrischen und württembergischen Anschlusses mit demjenigen von Baden und Hessen, worauf man doch schließlich immer wieder von seite des Bundeskanzleramtes zurückzukommen für nötig erachtete. Der frühzeitigere Abschluß mit Baden und Hessen war dem Bundeskanzler erwünscht, als ein Mittel die Verhandlungen mit Bayern zu fördern, aber es war niemals

---

Unterzeichnung des Vertrags vom 15. November $3^{1}/_{2}$ Uhr Bismarck etwas unwohl war und sagte, „ich habe meine Galle verbraucht", und sich über den ganzen hohen Olymp Deutschlands beklagt hätte. Hingegen heißt es weiter: „Beim König zur Tafel. Ich sprach meine Freude über unsere Aufnahme in den Deutschen Bund und darüber aus, daß ich ihn, den König, nun als Bundesoberhaupt begrüßen dürfe. Er drückte mir dankend wiederholt die Hand." Solche Tatsachen beweisen die wahrhaft nationale Gesinnung des Kaisers Wilhelm gegenüber dem Gerede, als hätte er sich nur gezwungen in die deutsche Idee gefügt. Freilich, mit Unwilligen und Widerwärtigen einen nationalen Bund zu schließen, konnte einem König von Preußen doch wohl kein Vergnügen machen!

eine Absicht vorhanden, Bayern durch Ausschließung vom Reiche fügsam zu machen. Die seit vier Jahren festgehaltene Politik war auch in Versailles und Berlin für den Norddeutschen Bund maßgebend geblieben und drückte sich in dem Worte „Konzessionen für Bayern“ aus. Bismarck soll sich selbst, wenn man Kammerdienernachrichten glauben mag, einmal darüber geäußert haben, daß er mehr fordern und auch mehr erreichen hätte können, aber er habe das bayrische Großmachtsbewußtsein im wesentlichen überwinden wollen und „es lag ihm daran, die Leute innerlich zufrieden zu machen“. Als sich Freydorf bei Bismarck am 18. November verabschiedete, konnte der Zutritt der Württemberger doch wieder für wahrscheinlich gelten und Bismarck empfahl deshalb um so viel mehr, daß Herr von Freydorf sich selbst nach Berlin begebe, weil die Anwesenheit des Ministers etwaige Änderungen an den Verträgen leichter durchführbar machen würde. Auch in Bezug auf Bayern versicherte schließlich Bismarck, daß die Verhandlungen sich dem Abschluß zuneigten. Von der Fülle der Zugeständnisse, die bereits an Bayern gemacht worden waren, hatten indessen die badischen und hessischen Bevollmächtigten in Versailles noch keinerlei Ahnung erhalten.

Der badisch-hessisch-norddeutsche Bundesvertrag hatte in seiner Einfachheit und nationalen Gesinnungstüchtigkeit bei seinem Bekanntwerden in der deutschen Presse die freudigste Erregung hervorgebracht, und man darf auch wohl ohne weitere diplomatische Nachweise die Behauptung aufstellen, daß die Rückwirkung auf die Regierungen in Stuttgart und München eine ungemein große gewesen ist. Die national gesinnten Kreise Württembergs, so gut wie Bayerns hegten in diesen Tagen einer großen Aufregung über den immer noch verzögerten und verweigerten Anschluß an den neuen Bund die Überzeugung, daß die beiderseitigen Regierungen nunmehr unter dem immer stärker werdenden Druck der öffentlichen Meinung jede Führung verlieren würden, wenn Preußen nur wollte. Und so waren denn auch die Württemberger genötigt, rasch genug mit der Protokollunter-

zeichnung, die sie am 12. beziehungsweise 15. November verweigerten, nachzuhinken. Als Herr von Freydorf in Berlin eintraf, war schon bekannt, daß Mittnacht und von Suckow von Stuttgart auch dahin abgereist wären, um mit den badischen, hessischen und norddeutschen Bevollmächtigten, die in Versailles verhandelten Verträge zu unterzeichnen. Dies geschah denn auch wirklich am 25. November in dem zu dem Vertrage gehörigen Protokoll mit dem Zusatze, daß die im Norddeutschen Bunde geltenden Bestimmungen über die Post auf Württemberg keine Anwendung finden sollten. Im übrigen war in Betreff der Verfassungsfragen am 25. November ganz Deutschland mit Ausnahme von Bayern zu einer imponierenden Einheit erhoben worden, von welcher man überzeugt sein kann, sie wäre schon in dieser Form geeignet gewesen, als eine dauernde und für ein Deutsches Reich und Kaisertum durchaus genügende Grundlage allen partikularistischen Schnurrpfeifereien und dem europäischen Größenwahn Halt zu gebieten. Um so erstaunlicher war es denn freilich, als man in Berlin erfuhr, daß in der Zwischenzeit am 23. November in Versailles die Unterzeichnung eines Separatvertrages zwischen Preußen, namens des Norddeutschen Bundes und Bayern, beziehungsweise zwischen den Bevollmächtigten der beiden Könige stattgefunden habe. Seit dem Westfälischen Frieden ist in der diplomatischen Geschichte kaum ein ähnlicher Vorgang bei Vertragsabschlüssen zu verzeichnen gewesen, durch welche beteiligte Bundesgenossen und zur selben Zeit verhandelnde und abschließende Vertragsmächte in eine gleich unwürdige Zwangslage versetzt worden wären. Sehr begreiflich, daß man daher von seite der beiden Staaten über die Verhandlungen, welche zu diesen unerwarteten und den grundsätzlichen Anschauungen der übrigen vertragschließenden Regierungen widersprechenden Resultaten führten, damals, später und bis auf den heutigen Tag strengstes Geheimnis zu wahren für nötig fand. Vergleicht man aber die ausführlichen und gründlichen Besprechungen, welche zwischen Delbrück und den Bevollmächtigten Württem-

bergs, Badens und Hessens laut vorliegenden protokollarischen Aufzeichnungen stattgefunden haben, wobei ein verhältnismäßig nur geringes Material und kaum nennenswerte Meinungsverschiedenheiten zu bewältigen waren, mit dem umfangreichen tiefeinschneidenden Ergebnis des preußisch-bayrischen Vertrags, so wird man nicht vermuten können, in beiden Fällen sei nach der gleichen Methode vorgegangen worden. Wenn man bedenkt, daß es sich zwischen Baden, Hessen und dem Norddeutschen Bunde betreffs des VIII. Abschnitts der Verfassung (Post- und Telegraphenwesen) um Übergangsfragen, und auch bei den meisten anderen Punkten lediglich um Zusätze zur Bundesverfassung oder um Veränderungen handelte, die sich aus dem Zutritt der süddeutschen Staaten von selbst ergaben, so wird die Gewissenhaftigkeit der 14 tägigen Arbeit nicht bezweifelt werden können. Der bayrisch-norddeutsche Vertrag vom 23. November ist dagegen abgeschlossen worden, nachdem Graf Bray noch am 11. November seinem Könige hatte berichten müssen, daß bis dahin eine eigentliche Spezialverhandlung über die an der norddeutschen Verfassung vorzunehmenden Änderungen noch gar nicht stattgefunden hatte. Erwägt man weiter, daß Staatsminister Delbrück am 17. November mittags bereits nach Berlin abgereist war, so bleibt es unsicher, ob, abgesehen von der Verständigung über die prinzipielle Stellungnahme der beiden Staaten, überhaupt eine mündliche Verhandlung über die einzelnen Artikel der Bundesverfassung zwischen Preußen und Bayern zu Versailles in einer auch nur einigermaßen den protokollarischen Konferenzen der anderen süddeutschen Mächte entsprechenden Weise beliebt worden ist. Was über den Geschäftsgang in diesen Angelegenheiten, einerseits nach den jetzt aus dem Nachlasse des Grafen Bray und andererseits aus Äußerungen anderer Staatsmänner vermutet werden kann, dürfte ungefähr folgendes sein.

Die ersten Verabredungen, von denen Graf Bray am 28. Oktober seinen König berichtete, hatten zwischen den Kriegsministern von Roon und Pranckh und zwischen den Ministern

Delbrück und Lutz stattgefunden. Ein Einverständnis darüber, ob zwischen Bayern und Norddeutschland nur ein weiterer Bund zu stande kommen solle, oder die norddeutsche Bundesverfassung mit Einschaltung der für die neu hinzutretenden Bundesglieder vereinbarten Ausnahmen und Änderungen maßgebend sein werde, war zunächst noch gar nicht erreicht, — und man wartete von seite Bayerns für den letzteren Fall die Anträge Preußens ab, um zu entscheiden, ob auf das Prinzip eines weiteren Bundes Verzicht geleistet werden solle. In militärischen Angelegenheiten war daher von Roon eine Aufzeichnung dessen, was von Bayern zu leisten wäre, übergeben worden und auch in den Verfassungsfragen wurde von seite des Norddeutschen Bundes ein Entwurf versprochen, den man der bayrischen Regierung vorlegen wollte. Graf Bray war soweit entfernt, von seiner Seite den Eintritt in den Norddeutschen Bund zu verlangen, daß er noch am 28. Oktober, nachdem bereits mancherlei Unterredungen stattgefunden hatten, dabei geblieben war, das Bessere wäre ein weiterer Bund. Stolzbewußt erwartete er den ihm angekündigten Entwurf und enthielt sich darüber jeder voreiligen Beurteilung.

Am 4. November waren aber die preußischen Anträge noch nicht übergeben worden und Graf Bray wollte, sobald dies geschehen sein würde, nach München zurückkehren, um dort die Endbeschlüsse fassen zu lassen. Durch welche Umstände er sich doch zurückhalten ließ, ist nicht ersichtlich. Am 9. November erst sollte eine Konferenz stattfinden; die persönlichen Verhandlungen scheinen bis dahin völlig geruht zu haben. Am 11. November berichtete Graf Bray seinem Könige, daß er und seine Kollegen die von Bismarck vorgeschlagene Grundlage der Gestaltung eines engeren Bundes mit besonderen Konventionen sowie Beilagen und Zusätzen zur Bundesverfassung nicht unbedingt zurückweisen zu sollen geglaubt hätten, da die Genehmigung des Königs und des Landtages ohnehin vorbehalten bleibe. Infolgedessen wird nun ein Austausch von Anträgen und Entwürfen von der einen und der anderen Seite erfolgt sein, und ob-

wohl Graf Bray am 17. November klagte, daß die Unterhandlung immer noch stocke, so scheint er in diesem Augenblicke doch schon der wesentlichsten Zugeständnisse sicher gewesen zu sein, denn er sagt: „Wenn eine Verständigung nicht gelingt, so wird nicht die Frage der äußeren Vertretung und der Diplomatie das Hindernis bilden, denn darüber sind wir so gut wie im reinen, wohl aber wird dies die militärische Frage, und wenn ich nicht sehr irre, kommt hier der Widerspruch nicht vom Grafen Bismarck." Im übrigen erwartete Graf Bray eben nur seinen Bedingungen gegenüber ein einfaches Ja oder Nein und er spricht immer so, als ob er es gewesen sei, der das Ultimatum gestellt habe.

Am 21. November hatten die bayrischen Bevollmächtigten in der Tat alles erreicht, was sie fordern zu können meinten. Herr von Lutz teilte Jolly mit, daß alle Bedingungen angenommen seien: Erhaltung der bayrischen Post, Selbständigkeit des Militärs, Bundesratsausschuß u. s. w., und Graf Bray selbst schreibt zufrieden, man habe sich über die wichtigsten Punkte geeinigt. Die Redaktion der Verträge werde zwei Tage in Anspruch nehmen; ein weiterer Tag oder zwei werden zur Abhaltung der Schlußkonferenzen und ein Tag für die Abschiedsbesuche erforderlich sein. Am 22. November berichtete Graf Bray von den erlangten Vorrechten Bayerns im neuen Bunde dem Könige und am 25. schrieb er die folgenden höchst bezeichnenden Worte an seine Frau: „Gestern um 10 Uhr haben wir alle einzelnen Dokumente unseres mit Graf Bismarck getroffenen Abkommens unterzeichnet. Dies ist der Anfang des neuen Deutschland und, wenn unsere Entwürfe genehmigt werden, das Ende Altbayerns! Es wäre nutzlos, sich darüber täuschen zu wollen. In München wird man zu wählen haben. Alles dieses hat mehr als einmal meine Nachtruhe gestört, aber mein Gewissen ist ruhig; und ich habe das Bewußtsein, die feste Überzeugung, daß wir alles erlangt haben, was an staatlicher Selbständigkeit, vorbedungenem Sonderrechte und gesicherter Einflußnahme in jenem Staaten-

bunde zu erreichen möglich war, welcher jetzt noch der Deutsche Bund genannt wird, in naher Zukunft das Deutsche Reich heißen wird."

Daß man in den Kreisen der preußischen wie der übrigen norddeutschen Bundesregierungen nicht ganz so zufrieden auf die Ergebnisse der Verhandlungen blickte, wie Graf Bray, trat schon gleich in Versailles hervor, und man war von vornherein in größter Besorgnis, daß nicht nur im norddeutschen Reichstag, sondern auch im Bundesrate gewaltige Schwierigkeiten erhoben werden könnten. Unter den in Versailles anwesenden Fürstlichkeiten selbst war der erste Eindruck ein geradezu vernichtender. Herzog Ernst von Koburg schilderte noch nach zwölf Jahren einmal mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit die zum Teil recht leidenschaftlichen Ausbrüche des Ärgers über die Forderungen der Bayern und über die ihnen gemachten Zugeständnisse. Man konnte namentlich in den militärischen Kreisen eine Heereseinheit nicht verstehen, welche einer einheitlichen Spitze entbehren sollte, und man war in Betreff der Verfassungsfragen durchaus nicht gewillt, die Berechtigung Bayerns zu einer Ausnahmestellung zuzugestehen, durch welche die nationale Einheit von vornherein durchlöchert werden sollte. Am 21. November fanden mehrfache Besprechungen über die Lage zwischen dem Herzog von Koburg und den Großherzogen von Baden und Weimar statt. Zur Frühstückstafel war der Herzog, da der Geburtstag der Kronprinzessin gefeiert wurde, zum Kronprinzen geladen, wo man eifrig das Für und Wider der Aufnahme Bayerns in den neuen Bund besprach. Bei der Abendtafel des Königs und abends beim Thee war die hohe Gesellschaft mit zahlreichen Würdenträgern vereinigt, und man erzählte sich, daß Graf Bismarck den Bayern Vorrechte einzuräumen im Begriffe stehe, welche der König aber bis dahin nicht zubilligen möge. Die Stimmung war, wie der Herzog behauptete, an diesem Tage eine recht bittere; man habe unter den näheren Freunden die Worte vernommen: um Vorteile von Preußen zu erlangen, müsse man sein Feind, um Fußtritte einzuernten sein Freund sein.

Der Kronprinz selbst hatte schon im gleichen Sinne am 16. November einen sehr heftigen Streit mit Graf Bismarck ausgefochten, infolgedessen der letztere eine seiner damals heftig auftretenden Gallenerkrankungen erlitt. Der Kronprinz hatte sich über die Rücksichten gegen den Bayrischen Partikularismus ereifert und Bismarck scheint seinerseits nicht ganz gefügig über die Stellung des Kronprinzen in diesen Fragen geurteilt zu haben, wobei man indessen nicht in der Lage ist, aus der in den gedruckten Tagebuchauszügen enthaltenen Darstellung ein klares Bild zu bekommen. Man hat nur die trübe Empfindung, daß infolge der bayrischen Politik die edelsten und größten Männer, die in treuester deutscher Denkungsart zusammenstanden, über Wege und Mittel zum Ziele in schwere Widersprüche geraten mußten. Indem aber Bismarck schon in den allernächsten Tagen zu einer endgültigen Entschließung gegenüber den unnachgiebig auf die gemachten Zugeständnisse pochenden bayrischen Bevollmächtigten genötigt war, entschloß er sich zu einem Schritte, der ihm sicherlich nicht leicht geworden ist und über den hier ausführliche Mitteilung zu machen sein dürfte, weil der große Staatsmann in diesem Augenblicke Gelegenheit suchte, in der wichtigen Frage seine Beweggründe und sein politisches System in vertraulichster Weise zu entwickeln.

Am 19. November meldete sich Graf Bismarck nach dem Abendessen bei dem Großherzog von Baden zu Besuch an.

Sein erstes Wort war, er bitte den Großherzog in einer sehr wichtigen Frage ihm beizustehen. Zunächst teilte er dann mit, daß die Württemberger nun ihren Beitritt zum Bunde erklärt hätten, und daß man nur noch über einige untergeordnete militärische Fragen unterhandle, in welchen aber Preußen nicht nachgeben werde. Was Bayern betrifft, so habe Bismarck heute viele Stunden mit ihnen verhandelt und verlangt, daß sie in den Bund eintreten. Dieser Eintritt, sagte er aber, müsse *erkauft* werden durch die Gewährung einer bayrischen diplomatischen Vertretung und einer selbständigen Militäradministration. In

der diplomatischen Frage habe er ihnen vorgeschlagen, im Bundesrat einen Ausschuß für diplomatische Angelegenheiten zu bilden, der als ständiger Ausschuß einen Bestandteil der Verfassung bilden und aus Bayern, Sachsen und Württemberg bestehen wird; Bayern solle aber den Vorsitz führen. Ferner werde Bayern das Substitutionsrecht seiner Gesandten in Verhinderungsfällen der Bundesgesandten zugestanden und „ich möchte — so fügte er hinzu — diese Begünstigung dahin ausdehnen, daß wenn Sachsen das gleiche wünscht, dieses in Verhinderung Bayerns eintritt und ebenso Württemberg, Baden“.

Weiter versicherte Bismarck, daß diese Zugeständnisse die bayrischen Bevollmächtigten gewissermaßen befriedigt hätten, nur wünschten sie, daß ihre Armee ganz selbständig bleibe. Im Kriege wolle Bayern sich unterordnen, wie jetzt, — im Frieden aber nur Inspektionen zugeben, also wie im ehemaligen Deutschen Bund! Die Verwaltung wolle es selbst führen und mit seinen Kammern das Spezialbudget feststellen. Das summarische Budget nach Maßgabe der Sätze der Bundesverfassung könne im Reichstag beraten werden und dementsprechend würden die Heereseinrichtungen wie in Preußen geordnet werden. Wenn diese Zugeständnisse gemacht würden, so wolle Bayern die Bildung eines Deutschen Bundes ermöglichen und dann die Initiative zur Herstellung von Kaiser und Reich ergreifen.*)

*) Bayern sah, wie Bismarck auch hier wieder betont, den Eintritt in den Deutschen Bund als *eine Konzession seinerseits an und man sollte endlich aufhören* die Sache so darzustellen, als ob Bayern in den Deutschen Bund hinein wollte. Durch die schon erwähnten Briefe des Grafen Bray ist ja festgestellt, daß es bis zuletzt auf dem Standpunkt des weiteren Bundes verharrte. Wie sich der Herr Graf dies vorstellte, ist nicht bekannt; wohl aber ist folgendes sicher: Eben in den November und Dezember fallen die österreichischen Noten, welche den Artikel IV des Prager Friedens in Württemberg und Bayern monieren. Indem sich Graf Bray in Verbindung mit Beust jetzt noch auf den weiteren Bund steifte, so ist klar, daß diese beiden Biedermänner auch Baden, Hessen und Württemberg verhindern wollten in den Norddeutschen Bund einzutreten, und man weiß nur nicht, ob sie es auf einen Krieg hätten ankommen lassen wollen. Bismarck scheint aber fast eine Verwicklung dieser Art gefürchtet zu haben.

„Ich gestehe zwar, fuhr Graf Bismarck fort, daß mir diese Zugeständnisse für eine Einigung durchaus ungenügend erscheinen würden, wenn nicht die Lage der europäischen Verhältnisse mich nötigte, sobald als möglich die Einigung Deutschlands als vollendete Tatsache hinzustellen. Die Verwicklungen, welche aus der russischen Vertragskündigung entstehen können, sind unberechenbar.*) Wir sind ihnen jedenfalls nur dann gewachsen, wenn das jetzt kriegführende Deutschland auch organisch geeint erscheint. Wir werden aber eine entscheidende Stimme in dieser großen Frage führen, wenn Deutschland ein Reich und durch seinen Kaiser in der ganzen Welt mächtig vertreten ist. Wenn unsere innere Verbindung auch zu wünschen übrig läßt, so haben wir doch ein gemeinsames Band, das durch die wachsenden Bedürfnisse der Nation immer fester geschlungen werden wird; wir haben eine gemeinsame Vertretung der Interessen der Nation, wir haben eine monarchische Spitze, die zugleich als Heerführer die Einheit des Heeres verkörpert. Alle diese Vorzüge gestatten nicht nur, sondern gebieten, das Gute dem Besseren vorzuziehen und somit das Mögliche auszuführen. Hat Bayern diese Schwelle betreten, und zwar mit unserem Beistand, so ist von einem Rückzuge keine Rede mehr; es kann nur noch vorwärts schreiten und wir dürfen der Zukunft die bessere Entwicklung getrost überlassen."

„Nun ist aber hier die Schwierigkeit zu überwinden, daß der König sich nur ungern zu diesen militärischen Konzessionen entschließen wird, während wir doch dadurch den großen und unschätzbaren Vorteil erlangen, die Kaiserfrage zu lösen, noch bevor der Krieg zu Ende ist. Auch beim Kronprinzen fürchte ich auf Widerstand zu stoßen, da er mir vor wenig Tagen so harte Vorwürfe darüber machte, daß ich darüber krank geworden bin. Wie soll es mir allein gelingen, diese beiden hohen Herren von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß wir einen bleibenden

*) Hierüber wird in dem Kapitel Versailles und der Friede Eingehenderes mitgeteilt werden.

großen Erfolg erlangen können, wenn wir davon absehen, etwas Vollkommenes leisten zu wollen, — da ich weiß, daß die Militärpartei gegen mich wieder ankämpfen wird. Überzeugt, daß Sie mit mir diesen Augenblick als einen entscheidenden Wendepunkt für die künftigen Geschicke Deutschlands erkennen werden, glaubte ich hoffen zu dürfen, daß Sie ihren Einfluß bei König und Kronprinzen gern geltend machen werden, damit sie von der Größe dieser Lage Gebrauch machen mögen. Benützen wir diesen Vorteil nicht, so fällt Bayern in die Hände Österreichs und wird seine Truppen abberufen. Dann geben wir der Welt ein Schauspiel deutscher Zwietracht, das alle unsere Unternehmungen lähmt und sogar das Band mit den übrigen Bundesgenossen lockern wird."

Nachdem der Bundeskanzler die Motive seiner Politik so klar dargelegt hatte, schien es dem Großherzog durchaus als das Richtige, denselben in der Durchführung seiner Pläne und Absichten, wenn auch mit recht schwerem Herzen in jeder Weise zu unterstützen. Der Großherzog erwiderte, daß der Bundeskanzler zwar wisse, wie sehr er über die Wege zum Ziele, die sie beide verfolgten, verschiedener Meinung gewesen sei, aber um so erfreulicher sei ihm, daß derselbe seine Vermittlung in Anspruch genommen habe. Der Großherzog vermochte zwar einer Ablehnug der bayrischen Wünsche nicht die Bedeutung beizumessen, die Bismarck in ihren Folgen so drastisch schilderte, er meinte vielmehr, daß Bayern einem entschiedenen Willen Preußens die nationale Einigung auf bundesstaatlicher Grundlage zu schaffen, sich schließlich ganz ruhig hätte fügen müssen. Aber mit den gegebenen Tatsachen rechnend erkannte der Großherzog an, wie er sich ausdrückte, „daß nunmehr eine Lage geschaffen sei, in der dem Bundeskanzler fast nur die Wahl bleibe, mit Hilfe einer Konzession an Bayern das Reich mit dem Kaiser zu stande zu bringen, da Bayern nicht mehr gezwungen werden kann oder will. „Das Zustandekommen von Kaiser und Reich, so schloß der Großherzog wörtlich, — über und mit Bayern erscheint mir

so wichtig, daß es für mich entscheidend ist, wenn der Bundeskanzler die feste Zuversicht hat, von Bayern erwarten zu können, daß es die Initiative in der Kaiserfrage ergreifen wird. Im Interesse der großen Sache, der ich diene, bin ich daher bereit unter besagter Voraussetzung zu helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden, wenn es nötig sein sollte, den König oder den Kronprinzen von der Dringlichkeit der Beseitigung der obwaltenden Verlegenheiten zu überzeugen." Der Großherzog war übrigens der Meinung, daß der Buudeskanzler, bei der gegebenen Lage, keineswegs unüberwindliche Schwierigkeiten höheren Orts finden werde; er versicherte aber seine Mitwirkung, wenn er bestimmt annehmen dürfe, daß die Kaiserwürde zur Lösung komme.

„Graf Bismarck — so endet der Bericht über diese merkwürdige Unterredung — erklärte, er habe die bestimmte Zusage der bayrischen Bevollmächtigten, daß gegen die Erhaltung einer selbständigen Armee, Bayern die Kaiserfrage zum Beweis seiner Bundestreue beantragen wolle.*) „Diese Versicherung antwortete der Großherzog, beruhigt mich vollkommen und wird mein Handeln bestimmen."

König Wilhelm erwies sich indessen in der bayrischen Angelegenheit, wie der Großherzog vermutet hatte, weniger schwierig, als Bismarck befürchtete. Als der Großherzog ihn am 23. November sprach, teilte der König ihm mit, daß er den Vortrag des Bundeskanzlers über die bayrischen Verhandlungen schon am Morgen entgegen genommen und die Konzessionen, wenn auch ungern, genehmigt habe. Nicht ohne einen gewissen Anflug von Humor fügte er hinzu, die Bayern hätten zum übrigen außer ihren Reservatrechten ja nun auch die seit 1866 nicht erledigte Angelegenheit wegen der sogenannten Düsseldorfer Gallerie vor-

*) Hiermit ist folgende Stelle in dem Brief des Grafen Bray an seinen Münchener Stellvertreter erklärlich, wo er schon am 24. Oktober von der Kaisersache spricht: „Hier also liegt der Schwerpunkt der Situation und damit ist der Preis bezeichnet, um welchen Konzessionen reellerer Art erlangt werden können." Ebenso am 3. November an den König u. a. O.

gebracht. Während Preußen als einen Siegespreis dieselbe zurückverlangt hätte, werde jetzt Preußen auch noch darauf Verzicht leisten! Der König fügte geduldig hinzu, es soll ihnen auch dieses Verlangen bewilligt werden. Er war an dem Tage, an welchem am späten Abend die Unterzeichnung der schwer geborenen Verträge erfolgte, in einer durchaus heiter befriedigten Stimmung, die man wohl den vorher eingetroffenen günstigen Nachrichten zuschreiben durfte, die das Vorschreiten der Operationen von Manteuffels und die bevorstehende Verbindung des Großherzogs von Mecklenburg mit der Armee des Prinzen Friedrich Karl gegen die Loirearmee meldeten. Graf Bismarck hatte die Genugtuung, daß in der Thronrede, mit welcher am 24. November der Norddeutsche Reichstag vom Staatsminister Delbrück in Berlin eröffnet wurde die Stelle, wonach „die Verständigung mit Bayern" ebenfalls Gegenstand der Beratung des Reichstags werden sollte, nicht gestrichen zu werden brauchte.

Indessen konnten Graf Bray und seine Kollegen Versailles doch nicht verlassen, ohne daß ein Wermutstropfen in den süßen Kelch der erlangten Zugeständnisse gefallen wäre. Wie man schon aus den Verhandlungen über den casus foederis längst wußte, hatte König Ludwig die bestimmteste Absicht und Hoffnung sein bayrisches Reich aus dem schweren Kriege mit Frankreich nicht ohne eine Vergrößerung an Land und Leuten hervorgehen zu lassen. Er wünschte daher, daß Graf Bray die Sache mit Bismarck recht bald ins reine bringen solle. Allein der Bundeskanzler dürfte nicht in der Lage gewesen sein etwas Bestimmtes in Aussicht zu stellen, solange die Friedensbedingungen noch nicht feststanden, und dazu kam, daß die von der badischen Regierung gleich von Anfang an gezeigte absolute Abneigung auf Länderschacher einzugehen, einigermaßen störend gewirkt hatte. Es scheint zwar, daß Bismarck seinerseits den Wunsch des Königs von Bayern gerne befriedigt hätte, aber Graf Bray war offenbar nicht in der Lage etwas Günstiges nach München melden zu können; am 16. November mußte Eisenhart neuerdings telegraphieren,

„Seine Majestät wünscht, daß Eurer Exzellenz unsere Gebietsvergrößerung wirksam vertreten.“

Man weiß nichts Näheres über die Verhandlungen die Graf Bray über diesen Gegenstand mit Bismarck führte. Der neueste Herausgeber der Papiere des Grafen sagt in einer Fußnote zu dem oben angeführten Telegramm: „Bekanntlich ist eine Gebietsvergrößerung Bayerns nicht zu stande gekommen. Graf Bray spricht in einer persönlichen Aufzeichnung von dem Mißlingen dieser Versuche mit um so größerer Bitterkeit, als er aus Bemerkungen Bismarcks den Eindruck gewinnen zu können glaubte, daß der bayrische Wunsch sich leicht werde erfüllen lassen.“

Wie dem auch sei, schließlich konnte die Angelegenheit doch nur im Einvernehmen mit Baden erledigt werden, wobei dahingestellt bleiben mag, ob es denn nicht selbstverständlich gewesen wäre, daß, wenn Baden und Bayern vergrößert wurden, auch Württemberg und Hessen für die Gewährleistung des casus foederis durch Land und Leute hätten entschädigt werden müssen. Ohne jedoch diesem Bedenken im geringsten Rechnung zu tragen, entschloß sich Graf Bray am Ende seines Aufenthalts in Versailles geradeaus auf sein Ziel loszugehen und den Großherzog von Baden selbst zu befragen.

Am Freitag, den 25. November erschien Graf Bray bei dem Großherzog, anscheinend nur, um Abschied zu nehmen und seinen Dank auszusprechen für die Unterstützung, die er in Betreff der Annahme der bayrischen Anschlußbedingungen an den neuen Bund bei Baden gefunden hätte. Er war auch davon unterrichtet, daß damals, wie sich im nächsten Kapitel deutlicher zeigen wird, der Großherzog mit dem König von Bayern in einen Briefwechsel über die Kaiserfrage zu treten gesucht, der König aber noch keinerlei Antwort gegeben hatte. Er bedauerte dies und suchte es aus der bekannten Zurückgezogenheit des Königs zu erklären, worauf das Gespräch auf den eventuellen Friedensschluß und die etwaige persönliche Anwesenheit des Königs bei diesem Anlasse in Versailles gelenkt wurde, nach

welcher Wendung Graf Bray mit folgenden Erklärungen hervortrat: Es werde die Einverleibung von Elsaß und Lothringen zu den verschiedensten Kombinationen Anlaß geben und dies veranlasse ihn, dem Großherzog eine Frage vorzulegen, für die er im voraus die Nachsicht desselben in Anspruch nehmen müsse. Der Gedanke sei vielfach und mit Wärme aufgenommen worden, Elsaß mit Baden zu einem Königreich zu verbinden und dieser Fall, der ja ebenso wünschenswert als wahrscheinlich sei, dränge ihn zu der Erkundigung, ob der Großherzog geneigt sein werde, eine Gebietsabtretung an Bayern zu genehmigen. Er, Graf Bray, denke an eine Verbindung der beiden getrennten bayrischen Gebiete durch einen Streifen Landes vom Main- und Tauberkreise bis an den Rhein. Heidelberg und Mannheim brauchten nicht notwendig berührt zu werden; der Minister versicherte auch, Bayern sei weit entfernt, seine alten Ansprüche zu erneuern, obgleich gewisse Rechtsfragen vermöge des Vertrags von Ried noch heute ihre Geltung hätten, wie denn Österreich seit dieser Zeit an Bayern jährlich 100 000 fl. zu bezahlen habe als Entschädigung für die damals von Bayern vertagten Ansprüche. Aber man denke nicht daran, diese alten Fragen zur Sprache bringen zu wollen, es sei ihm nur von hohem Wert die Anschauungen, des Großherzogs über eine etwaige Teilung der französischen Abtretungen kennen zu lernen.

In der Erwiderung des Großherzogs, die gleich damals aufgezeichnet worden ist, wurde so ziemlich genau dasjenige wiederholt, was, wie schon im früheren Kapitel bemerkt, der Großherzog an den Minister Jolly bei dem Auftauchen der elsaß-lothringischen Frage geschrieben hatte. Zugleich aber glaubte der Großherzog nunmehr der bayrischen Regierung keinen Zweifel über sein künftiges Verhalten in dieser Angelegenheit lassen zu sollen. Er fragte daher, ob der Graf bevollmächtigt sei, die Sache offiziell in Anregung zu bringen, und da er dies nicht bestimmt ablehnte, so sagte der Großherzog, seiner Überzeugung nach könnte ein kleiner Staat den neuen Provinzen keine ent-

sprechende Entschädigung für ihre Stellung in Frankreich geben, und was das Anerbieten von Elsaß mit der Königskrone als Belohnung für eine nationale Pflichterfüllung betreffe, so würde er dies als eine Beleidigung betrachten, die er aus Entrüstung zurückweisen müßte. Die Zeiten, wo man Land und Leute verschenkte, lägen weit hinter uns und was jenen Vertrag von Ried betreffe, so möchte es geraten sein, diese Sache fallen zu lassen, da der Großherzog jeder Zeit für Land und Leute und die Sache des Staates eintreten würde.

Graf Bray war in einiger Verlegenheit einen Ausweg aus dieser Unterredung zu finden und berief sich eben nur auf die weitverbreitete Annahme von der Vereinigung Badens und des Elsaßes, die ihn zu seiner Frage veranlaßt habe. Als sich nun das Gespräch in erwünschtere Bahnen lenkte, stellte der Großherzog die Frage, ob man bayrischerseits mit den Konzessionen wohl voll befriedigt sei, worauf der Graf antwortete, daß der diplomatische Ausschuß keine Kompetenz haben und das diplomatische Vertretungsrecht eine leere Form sein werde. Und als der Großherzog dies nicht gelten lassen wollte, fügte Graf Bray ein sehr bezeichnendes Wort hinzu: „solange Graf Bismarck im Amte ist, wird überhaupt von keiner eigentlichen Mitwirkung die Rede sein; nach ihm freilich könnte es anders werden“.

Damit war die Audienz zu Ende. Merkwürdig genug hatte sich gezeigt, daß die beiden Parteien, welche soeben in ein neues Vertragsverhältnis traten, mehr von der Zukunft als von der Gegenwart hielten. Graf Bismarck hoffte auf ein weiteres Zurücktreten der bayrischen Sonderbestrebungen in Deutschland vermöge des Schwergewichts der nationalen Entwicklung, Graf Bray auf eine Besserung und Vermehrung des politischen Einflusses des „Königreichs“ nach dem einstigen Abgang des gewaltigen und unerforschlichen preußischen Staatsmannes.

III.

München und Berlin.

Seit Beginn des November hatte Herr von Freydorf von seinen verschiedensten Vertretern, bald aus Wien, bald aus München und Stuttgart, Nachrichten erhalten von der fieberhaften Tätigkeit der österreichischen Diplomatie, um auf Grund des Prager Friedens die Verhandlungen zur Gründung des Reichs zu stören. Bald drohend, bald durch sanfte freundschaftliche Ratschläge, suchte Graf Beust seine bayrischen Kollegen von Preußen abzuziehen und in einer Richtung festzuhalten, durch welche die unvergeßlichen Triasideen in Form von „weiteren" Bündnissen noch einmal zum Leben erwachen könnten. Mit mehr als deutscher Langmut suchte Bismarck den bayrischen Minister immer wieder durch die Versicherung zu beschwichtigen, daß seine Liebe zu Österreich nicht geringer sei, als diejenige des bajuvarischen Freundes und diesem fiel ein wahrer Stein vom Herzen, indem er melden konnte, es habe zu seiner „Entschlußnahme" „die hier herrschende Gewißheit", sich Österreich zu nähern „mächtig beigetragen".

Inzwischen war in München einiges über die Sonderstellung Bayerns im neu zu gründenden deutschen Bunde bekannt geworden, und in den Regierungskreisen scheint sofort, bevor noch etwas Offizielles veröffentlicht worden war, sich das schlechte Gewissen so heftig gemeldet zu haben, daß Herr Eisenhart dem badischen Gesandten schon am 24. November ängstliche Besorgnisse äußerte, ob die Annahme der Verträge wohl im norddeutschen Reichstage durchzusetzen sein werde. Selbst Fürst Hohenlohe war schon an diesem Tage von der Notwendigkeit überzeugt, auf die nationalliberale Partei einen starken Druck ausüben zu müssen. Er wollte selbst zu diesem Zwecke nach Berlin gehen. Als Graf Bray und seine Kollegen nach München zurückgekehrt waren, stieg die Aufregung über den Gang der Verhandlnngen und den Abschluß der Verträge in allen Kreisen sehr hoch. Auch aus

den Gesandtschaftskreisen meldete Herr von Mohl am 1. Dezember, daß Graf Bray von allen Seiten mit Fragen bestürmt werde. Er selbst erhielt von dem Minister mancherlei Aufklärung über den diplomatischen Ausschuß des Bundesrats. „Der Vorschlag zu dieser Bestimmung“ sagte er — „sei nicht von ihm, sondern vom Grafen Bismarck ausgegangen, der Zweck des Ausschusses sei eine Kontrolle über die auswärtige Politik des Bundeskanzleramts.“ Herr von Mohl erlaubte sich die Bemerkung, daß ja dann wohl „alles“ diesem Ausschusse mitgeteilt werden müßte, worauf der Graf mit der Gegenfrage antwortete, was „alles“ sei? — Es werde sich dies erst in der Praxis zeigen, und es komme auf die Persönlichkeiten an, welche den Ausschuß bildeten. Er habe gewünscht, daß der Geschäftskreis definiert werde, Bismarck sei aber ganz dagegen gewesen. Die Bemerkung Mohls, daß der neue Ausschuß eine neue Organisation der mittelstaatlichen Politik zu bedeuten scheine, hörte Graf Bray stillschweigend an. Dagegen bezeichnete er nicht ohne Selbstbewußtsein Dinge wie das Fortbestehen der bayrischen Diplomatie als ganz selbstverständlich und fügte hinzu, daß in den Fällen, wo Bayern die Geschäfte des Reichs stellvertretend führen würde, Ansprüche auf Entschädigung durch das Reich erwachsen würden, worüber Bismarck spätere Verabredungen in Aussicht gestellt habe. Daß Preußen auf die Fortführung des Prozesses über die Düsseldorfer Gallerie verzichtet habe, wurde vom Grafen Bray mit Genugtuung erwähnt.

Im übrigen war es nach den Berichten Mohls in München als etwas ganz unsicheres betrachtet worden, wie sich einerseits die Kammer und anderseits der König zu dem Versailler Vertrage stellen würden. Von den Partikularisten wurden die Konzessionen an Bayern als ungenügend, von den Nationalgesinnten als viel zu weitgehend erklärt. Der König hatte zunächst keinen Vortrag von den zurückgekehrten Ministern entgegengenommen; alle Geschäfte liefen ausschließlich durch die Hände des Kabinettschefs Eisenhart. Indessen schien Graf Bray nicht ohne gute Kenntnis seiner Münchener diplomatischen und parlamentarischen

Gesellschaft seine partikularistischen Triumphe so hoch wie möglich einzuschätzen, denn er steigerte daheim auf alle Weise die Bedeutung dessen, was er erreicht zu haben erklärte. Den Vertretern der auswärtigen Staaten setzte er auseinander, welcher ungemeine Vorteil auch den fremden Geschäftsträgern durch seine Anstrengungen, die bayrische Diplomatie zu erhalten, verbürgt sei, da nun die Furcht wegfalle, daß solange bayrische Gesandte an ihren Höfen beglaubigt wären, ihre Stellen in München eingehen könnten; und als ein Vorsichtiger das Bedenken wachrief, ob die bayrischen Kammern die Mittel zu diesem diplomatischen Luxus bewilligen würden, versicherte er, daß der bayrische Patriotismus diesen Zweifel stets beseitigen werde. Ja er widersprach sogar einem Gerüchte nicht förmlich, daß der bayrisch-norddeutsche Vertrag gewisse geheime Artikel enthalte. Und als man davon redete, daß Bayern nach wie vor selbständig berechtigt sein werde, Verträge mit anderen Staaten abzuschließen, erklärte Graf Bray, dies sei so selbstverständlich, daß, da Graf Bismarck ganz einverstanden gewesen sei, er nicht einmal verlangt habe, in den Protokollen die Sache festzustellen.

Man sieht, wie notwendig es erschien, für den Vertrag gute Stimmung zu machen, wenn die Annahme in der Kammer durchgesetzt werden sollte. Im folgenden Kapitel wird auf diese Schwierigkeit zurückzukommen sein. Zunächst galt es nach der anderen Seite hin die neuen Verträge in Berlin bei dem norddeutschen Bundesrate, sowie bei dem Reichstag als möglichst unscheinbare und unbedeutende, gleichsam vorübergehende Schatten auf dem sonnenhellen Bilde der neuen deutschen Einheit zu beweisen. Während auf diese Weise in München die Konzessionen der preußischen Politik als glänzendes Zeugnis der bayrischen Staatskunst zu ungeheuerer Bedeutung emporgehoben wurden, waren sie gleichzeitig von ihren Urhebern in Berlin in voller Minderwertigkeit dargestellt worden.

Herr von Freydorf war, den Versailler Verabredungen gemäß, schon Ende November in Berlin eingetroffen. Bei

seiner ersten Unterredung mit Staatsminister Delbrück konnte er sich nicht zurückhalten zu bemerken, daß der nach seinen Abgang von Versailles abgeschlossene Vertrag mit Bayern in dem Zugeständnis einer Ausnahmestellung doch weiter gehe, als bisher von den Freunden nationaler Einheit angenommen worden wäre. Delbrück verteidigte dies damit, daß die Notwendigkeit — den Bayern mehr einzuräumen als den übrigen Staaten — von vornherein ins Auge gefaßt war, und daß sich daher die letzteren nicht beklagen könnten. Hierauf glaubte Herr von Freydorf auf den fünften Artikel des bayrischen Vertrags hinweisen zu sollen, in welchem bekanntlich zugestanden wurde, daß über Angelegenheiten, welche nach der Verfassung nicht dem ganzen Bunde gemeinschaftlich seien, nur die Stimmen derjenigen Bundesstaaten gezählt würden, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist. Darnach — so schloß Herr von Freydorf ohne Zweifel richtig — stehe die dem Königreich Bayern bewilligte Ausnahmestellung für alle Zeiten unabänderlich fest und es kann von einem Fortschritt zu größerer Vereinheitlichung des Bundes auf verfassungsmäßigem Wege nie wieder die Rede sein.*) Herr von Freydorf fügte hinzu, wie er sich des Gedankens nicht erwehren könne, daß man vielleicht durch Abschluß mit den anderen Südstaaten und einiges Zuwarten Bayern unter besseren Bedingungen zum Eintritt in den Bund hätte bewegen können.

Staatsminister Delbrück gab die Berechtigung dieser Annahme zu. Der Vertrag mit Bayern — versicherte er — sage ihm im allgemeinen ebensowenig zu, wie Herrn von Freydorf, und bei Erneuerung des Zollvereins habe man zum Beispiel Bayern gegenüber eine ähnliche Politik mit größter Wirkung befolgt. Als Freydorf fragte, warum dies nicht auch jetzt geschehen sei,

*) Es soll hier nicht die staatsrechtliche Bedeutung der von Herrn vor Freydorf hervorgehobenen Schwierigkeiten erörtert werden und ich weiß nicht, wie sich unsere Reichsstaatsrechtsgelehrten dazu stellen, aber es ist wohl beachtenswert, daß dieselben Bemerkungen auch im Bundesrat in bestimmtester Weise offiziell festgelegt wurden, s. unten S. 384.

war es in der Tat sehr merkwürdig, daß Delbrück genau dieselben Gründe für die Nachgiebigkeit Preußens entwickelte, welche Bismarck vierzehn Tage vorher in Versailles dem Großherzog in jener früher geschilderten großen Unterredung in so drastischer Weise dargelegt hatte. Delbrück meinte, daß die Lage zur Zeit ungünstig sei. Die Haltung der neutralen Mächte werde unzuverlässiger und zweideutiger. Machte sich ein Riß oder eine Lücke bemerkbar, so würden sie hier einsetzen und von hier aus „gegen unsere Interessen arbeiten". Die allgemeine Lage sei so beschaffen, daß in Deutschland kein Zwiespalt fühlbar werden dürfe, und die Rücksicht auf diese Lage habe den Norddeutschen Bund zum sofortigen Abschluß mit Bayern unter Bedingungen bewegen müssen, deren Annahme unter anderen Umständen auch Delbrück niemals befürworten würde.

Allerdings war ein berechtigter Zweifel nicht ausgeschlossen, ob von irgend einer der neutralen Mächte mit Ausnahme etwa von Österreich auch nur die leiseste Machenschaft in diesem Augenblicke vorlag, die eine Gefahr für das neu zu gründende Reich herbeiführen konnte; aber den Staatsmännern, welche sich die Aufgabe gestellt hatten Reich und Kaisertum zu begründen, hätte es schlecht angestanden, gegen die von dem Bundeskanzleramte ausgegebene Parole sich zu widersetzen. Besonders empfahl sich eine solche Zurückhaltung deshalb, weil man in Berlin vernahm, auch die nationalliberale Partei habe beschlossen, nur für den Fall die Verträge zu genehmigen, daß Bismarck selbst oder durch eine Mittelsperson entscheidende Gründe der hohen Politik geltend machen und die Annahme als ein Gebot der gegenwärtigen Lage Europas verlangen würde.

War doch in der Tat nicht nur im Reichstag, sondern auch im Bundesrat ein reichlicher Widerwille gegen die bayrische Sonderpolitik zu Tage getreten. Was den ersteren betraf, so war man auch in Versailles von der bedenklichen Lage hinreichend unterrichtet, um die ernstesten Anstrengungen zu machen, den Zorn der nationalen Kreise zu besänftigen. Bismarck scheute

keine Mühe und Anstrengung, um selbst die höchsten Persönlichkeiten zu einer vermittelnden Tätigkeit anzuspornen. Der Kronprinz selbst schrieb einen „Lesebrief“ an Simson, und Roggenbach ging im Auftrage von Bismarck nach Berlin, um zu dämpfen und zu beruhigen. Der Großherzog von Baden sprach seinen Ministern die Hoffnung aus, sie möchten ihren ganzen Einfluß auf ihre Freunde üben, um das Werk nicht scheitern zu lassen. Aus dem schönen Brief des Kronprinzen kann hier nur das wenige wiederholt werden, was in der Lebensgeschichte Simsons seinen Platz gefunden hat: „Dennoch nehme ich keinen Anstand, es Ihnen mit der altgewohnten Offenheit zu bekennen, daß ich es unter den obwaltenden Umständen für einen ebenso großen Fehler, wie auch für ein wahres Unglück ansehen würde, wenn der Reichstag seine Zustimmung versagen sollte. Tatsache ist es, daß nach Beilegung gewaltiger Hemmnisse und unter dem günstigsten Eindruck unseres Volkes in Waffen die süddeutschen Regierungen sich bewegen ließen, dem Bunde beizutreten. Tatsache bleibt es, daß denselben kein anderer Ausweg geboten war, als eben dem bereits bestehenden Bunde in unveränderter Gestalt sich anzuschließen, oder ausgeschlossen zu bleiben. Tatsache endlich ist es, daß Bayern nur unter den bekannt gewordenen Bedingungen aufgenommen werden wollte und von seinem Standpunkt aus sogar dieselben als weitgehende Zugeständnisse ansieht.“

„Aus dem bisher Gesagten folgere ich nun, daß mit den einmal gegebenen Fakta abzurechnen ist, und daß ein einfaches Abweisen derselben weder zu einer Veränderung noch vollends zu einer Besserung derselben führen kann. Ja wie die Dinge heute liegen, würde eine Abstimmung mit „Nein“ den künstlichen Bau zerstören, allen Intriguen, die gegen seine Ausführung nur mühsam besiegt werden konnten, von neuem Tor und Tür öffnen und nichts an die Stelle setzen.“

Viel überraschender als die aus den Kreisen der Reichstagsabgeordneten drohende Opposition war aber die Stimmung im Bundesrat, von dessen sonst ruhigen Mitgliedern und staats-

männischen Stimmführern, wie Herr von Freydorf bei seiner Ankunft in Berlin bemerkte, eine ganz böse Kritik über den Vertrag vom 23. November zu hören war.

Gleich als die ersten Nachrichten über den Inhalt desselben im Bundesrate bekannt wurden, schrieb ein Mitglied desselben an seine Regierung: „Der Vertrag ist lediglich vom Grafen Bismarck mit dem bayrischen Bevollmächtigten verhandelt und abgeschlossen worden, ganz vorherrschend unter dem Einfluß, Bayern à tout prix in den Bund hereinzuzwingen.“ Der sächsische Minister von Friesen, der eben aus Versailles angekommen war, erzählte einigen seiner Kollegen, der Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten unter dem Vorsitze Bayerns sei eigentlich ein Überbleibsel des Strebens, welches die bayrischen Bevollmächtigten in Versailles von Anfang an hervorgekehrt hätten, für den König von Bayern neben dem ersten Präsidium (unter dem Kaiser) ein zweites oder Vizepräsidium zu erobern. Niederdrückend auf die Stimmung der Bundesratsbevollmächtigten wirkte auch die Erklärung der württembergischen Minister, daß sie alle Vorrechte und Bevorzugungen, die man Bayern gewähren würde, auch für ihr Land und ihre Regierung in Anspruch nehmen müßten. Statt vor eine hoffnungsreiche nationale Tat sah sich der Bundesrat vor einen lästigen Handel eifersüchtiger Bundesglieder gestellt, die lediglich besorgt schienen, ihre alten Rheinbundsvorrechte in neuen Formen zu sichern. Die Verbitterung im Bundesrat war so groß, daß die Abstimmung verschoben werden mußte, zumal es sich — „da zu erneuerten Verhandlungen mit Bayern in Ermangelung bayrischer Bevollmächtigter hierselbst keine Füglichkeit gegeben sei — wesentlich bei der Abstimmung um Ja oder Nein werde handeln können“.

Die Thüringischen Bevollmächtigten traten zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen, und schienen zur Abgabe eines negativen Votums nicht übel geneigt zu sein. „Schon jetzt aber,“ so schrieb der Weimarische Minister Stichling an seine Regierung, „kann ich sagen, daß soviel ich aus den Gesprächen nach der

Sitzung zu entnehmen vermochte, ganz überwiegend die Ansicht sich aussprach, daß die Art, durch welche Bayerns Eintritt erkauft worden ist, zu beklagen ist, daß aber, wenn, wie jetzt der Fall, nur die Wahl zwischen Annahme und Verwerfen steht, kein Zweifel darüber bestehen kann, daß man das Annehmen vorziehen muß. Was im Reichstage das Schicksal der Vorlage sein, ja was Württemberg zu demselben sagen und nun verlangen wird auf Grund seines bei der Vertragsunterzeichnung ausgesprochenen Vorbehalts, das bleibt freilich dahingestellt. Drum mögen aber auch diejenigen die Verantwortung des Scheiterns tragen, die es herbeigeführt haben."

In den Vorbesprechungen, welche die Vertreter der Bundesregierungen vor der entscheidenden Sitzung des Bundesrats hielten, suchte man nun auf alle Weise zu beruhigen und zu beschwichtigen; ein Verdienst, welches sich Delbrück in anzuerkennendster Weise erwarb. Schließlich fand man, daß der Bundesausschuß der drei Könige für die auswärtigen Angelegenheiten das Aufsehen, das er erregt, kaum zu verdienen schien. Einige meinten der Ausschluß sei doch ein totgeborenes Kind, andere behaupteten, daß Preußen auch ohne Verbriefung sich doch in wichtigen Angelegenheiten jederzeit um Zustimmung der mächtigsten Bundesgenossen auch ohne Nötigung durch die Verfassung werde bewerben müssen. Dabei war es nur zu bezeichnend, daß viele der kleinen Bundesgenossen die Grenze besonders erfreulich fanden, die mit dem Eintritt der Herren Könige in den Bundesratsausschuß gezogen war, wodurch wenigstens die Großherzoge verhindert wurden, in auswärtigen Angelegenheiten mitzureden. Daß aber Preußen, selbst wenn das Zugeständnis rein formaler Natur gewesen wäre, durch den Bundesratsausschuß seine autonome europäische Stellung und Politik geopfert, seine Überlieferung, in welcher der Name Friedrichs des Großen in ehernen Lettern zu lesen stand, für immer preisgegeben hatte und mit sanfter Verbeugung vor der dünkelhaften Souveränität dreier vor den Weltmächten sogut wie nichts bedeutender Könige auf seine

eigenste blutig erstrittene Großmachtstellung verzichtete — wurde nirgends hervorgehoben.

Beachtenswert war dagegen ein anderer Gesichtspunkt, auf welchen in den Bundesratskreisen hingewiesen wurde. „Aber das weitaus schlimmste“ — heißt es in einer der damals gewechselten Schriften — „scheint, teils in der praktischen Folge, teils um des Prinzips willen die grundsätzliche und verfassungsmäßige Ausnahme Bayerns von der Kompetenz der Bundesgesetzgebung im Post- und Telegraphen-, Eisenbahn-, Heimats- und Niederlassungswesen zu sein. Und das allerbeklagenswerteste, daß zugleich eine Bestimmung getroffen worden ist, welche diese Verfassungszustände zu verewigen droht.“ Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß es ja im bayrisch-norddeutschen Vertrag heißt: „§ 26. V. Diejenigen Vorschriften der Verfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältnis zur Gesamtheit festgestellt sind, insbesondere, soviel Bayern angeht, die unter Ziffer III dieses Vertrages aufgeführten Bestimmungen können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden.“ Die abscheuliche „Warze“ auf der Reichsverfassung — man gestatte den Ausdruck, den Bismarck einmal bei einer anderen, viel weniger nachteiligen Frage gebraucht hat, sollte nicht nur ein vorübergehender Schönheitsfehler, sondern eine dauernde Schlimmbesserung der im Norddeutschen Bunde erlangten deutschen Einheit sein.

Während die Bundesratsmitglieder die schwierige Lage, in welche der viel bessere und festere Bau des Norddeutschen Bundes durch die unerwartete Schwäche Preußens gegen den süddeutschen Gernegroß geraten war, vollständig durchschauten, fehlte es nicht an Stimmen, welche die Frage aufwerfen zu können meinten, ob es nicht weit besser wäre, bis 1875, wo der Zollvertrag mit Bayern ablief, zu warten und dann, mit der Nichterneuerung des Vertrages in der Hand, Bayern zu mäßigeren Forderungen für seinen Eintritt in den Bund zu nötigen.

Schließlich gewann die gemäßigte und verträglichere Stim-

mung die Oberhand und man überzeugte sich, daß es dem Auslande gegenüber einen tiefbeschämenden Eindruck machen müßte, wenn nach einem Kriege von den gottbegnadetsten Erfolgen die alte sprichwörtliche Uneinigkeit und Feindseligkeit der deutschen Stämme zu aller Völker Kenntnis gebracht werden würde; aber eine große Anzahl von Bundesstaaten einigte sich doch, die Annahme der Vorlage nur auf Grund einer motivierten Abstimmung auszusprechen. Es war das große unvergängliche Verdienst Weimars, eine solche in eine gemäßigte aber deutlich sprechende Form gebracht zu haben, und der brave Mann, der hierfür dann auch das volle Einverständnis des Vorsitzenden des Bundesrates, Delbrück, gewonnen hatte, der Minister Stichling durfte in seinen Lebenserinnerungen stolz und mit Recht hervorheben, wie er auf diese Weise einen zwar damals nicht für die Öffentlichkeit bestimmten, aber die weitverbreitetste Überzeugung deutscher Nation bezeichnenden Ausdruck historisch festgelegt habe. Seine Abstimmung lautete: „Die großherzoglich sächsische Staatsregierung stimmt für die Genehmigung der Vorlage über den Beitritt Bayerns zu der Verfassung des deutschen Bundes. Denn wenn auch dieser Beitritt unter Bedingungen erfolgen soll, welche unerwünschte Ausnahmestellungen im Bunde begründen, so werden doch die dadurch erregten Bedenken bei ihr überwogen einerseits von der Überzeugung, daß nach Lage der Umstände zur Zeit Vollkommenes gewiß nicht zu erreichen war, ein baldiger Abschluß aber auch auf der dargebotenen Grundlage immerhin noch als ein wichtiger Fortschritt begrüßt werden muß, andererseits von dem Vertrauen, daß das hohe Bundespräsidium wie seither so auch ferner die Bundesinteressen mit ungeteilter Kraft zum Heile Deutschlands zu vertreten wissen werde, und endlich von der Hoffnung, daß das neue bundesstaatliche Zusammenleben im Laufe der Zeit von selbst die Mißstände beseitigen werde, die aus den erwähnten Ausnahmestellungen hervorgehen können."

Alsbald schlossen sich die thüringischen Staatsvertreter von

Meiningen, Altenburg, Gotha, Rudolstadt, Sondershausen, Gera, Greiz, dann Anhalt und Lippe dieser Motivierung ihrer Abstimmung an, worauf auch die Bevollmächtigten von Hessen, Mecklenburg, Lübeck und Bremen Erklärungen abgaben, welche ihr Bedauern über die an Bayern konzedierte Ausnahmestellung ausdrückten. Und auf diese Weise war der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund nicht zu einer Sache nationaler freudiger Erhebung, sondern durch das Verhalten Bayerns zum Gegenstand nationalen Unmuts geworden, daß man etwas Besseres und der deutschen Nation Würdigeres nicht zu stande bringen konnte. Statt daß aber dem störenden Elemente dadurch ein Gefühl der Beschämung erwachsen wäre, hat eine verfälschte Geschichtsschreibung der bayrischen Regierung sogar die hochklingendsten Verdienste um die Gründung von Reich und Kaisertum beigemessen.

Als die Vorlagen in den deutschen Reichstag gebracht worden waren, hatte die Einschüchterung der nationalen Parteien bereits solche Dimensionen erreicht, daß es Delbrück gelingen konnte, mit den stärksten Abschwächungen über die Bedeutung der Reservatrechte der süddeutschen Staaten und ganz besonders Bayerns zu sprechen, ohne erheblichen Widerspruch zu finden. Nur als er auch die Frage der Errichtung des Kaisertums infolge einer an ihn gerichteten bestellten Interpellation in einer Form zur Sprache brachte, welche mehr der Einführung einer neuen Besteuerungsmaßregel, als der Errichtung eines großen weltgeschichtlich nationalen Aktes entsprach, erhoben sich entrüstete Stimmen des Widerspruchs. In Versailles selbst fand diese traurige Begebenheit ein tiefempfundenes Echo, und der edle deutsche Kronprinz trug die schmerzreiche Bemerkung in sein Tagebuch ein: „Ich erfahre Delbrücks Vorbringen der Kaiserfrage, das über alles Maß schwach, matt und trocken ist; es war kläglich, als ob er die Kaiserkrone in altes Zeitungspapier gewickelt aus der Hosentasche gezogen, es ist unmöglich, in diese Leute Schwung zu bringen. Man fragt, ob dieser Bund

das Resultat der Opfer sein solle, ein Werk, das nur den Männern passe, für welche und von denen es gemacht. Ich bin mir wohl bewußt, welche unendliche Mühen und Beschwerden mir dereinst die heutigen Unterlassungssünden bringen werden. Ich habe indeß dem Kommandanten von Voigts-Rhetz befohlen, in der Stille die Salle des glaces freizuhalten. Der Großherzog von Baden sagt, der heute scheinbar leere Kaisertitel werde bald genug zur vollen Bedeutung gelangen." (Eintragung vom 9. Dezember, vgl. auch das folgende Kapitel.)

Die im Reichstag selbst gehaltenen Reden über die Verträge mit den süddeutschen Staaten, konnten nur ein schwaches Bild der in Deutschlands national gesinnten Kreisen wirklich vorhandenen Mißstimmung geben. Die Fortschrittspartei hatte durch einen präjudiziellen Antrag, nach welchem eine konstituierende Reichsversammlung die künftige Verfassung zu beraten und festzustellen gehabt hätte, sich gleichsam von der praktischen Lösung der vorliegenden Fragen losgesagt und die Nationalliberalen hatten ihren Herzen in Klubversammlungen Luft gemacht und vor der Öffentlichkeit ein Scheingefecht aufführen lassen, nachdem sie sich für die Annahme der Bundesratsvorlage bereits schlüssig gemacht hatten. Man konnte sagen, daß die Reichsgründung dem Wesen nach ein Werk der Diplomatie blieb, bei welcher der Anteil der Volksvertretung lediglich eine dekorative Bedeutung in Anspruch nahm. Am 9. Dezember wurden die Verträge mit den süddeutschen Staaten unverändert angenommen, und zwar diejenigen mit Baden, Hessen und Württemberg mit allen gegen die Stimmen der Sozialisten, derjenige mit Bayern unter Namensaufruf mit 195 gegen 32 Stimmen, nachdem von Bennigsen die Zustimmung der Nationalliberalen zu demselben noch besonders motiviert hatte.

Noch folgte indessen der Debatte im Reichstag ein kleines, man möchte sagen erheiterndes diplomatisches Nachspiel im Bundesrate, indem die Frage über die Zahl der Mitglieder im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nicht zur Ruhe

kommen zu wollen schien. Schon als der bayrische Minister von Lutz in Berlin zum Abschluß der Verträge zwischen Württemberg, Baden, Hessen und dem Norddeutschen Bund angelangt war, konnte ihm Herr von Freydorf mitteilen, daß der diplomatische Ausschuß im Bundesrat auf Schwierigkeiten stoßen, und daß daher wohl eine Erweiterung desselben beantragt werden würde. Lutz, dem es nun vor allem darauf ankam, für sein Bayern die verlangte Mitwirkung an den auswärtigen Angelegenheiten zu retten, erklärte in einer Konferenz mit den übrigen Vertretern der süddeutschen Staaten seine vorläufige Zustimmung zu zwei Wahlstimmen im diplomatischen Ausschuß aus der Zahl der Großherzoge. Diese Bereitwilligkeit Bayerns scheint aber anfänglich unter den Bundesratsbevollmächtigten nicht bekannt gewesen zu sein, so daß diese schließlich der Vorlage zugestimmt hatten, wie sie Delbrück im Sinne des ursprünglich redigierten bayrischen Vertrags einbrachte. Plötzlich aber war von Hessen und Mecklenburg am 8. Dezember kurz vor der Abstimmung im Reichstag die Sache im Bundesrat von neuem aufgegriffen worden. Die einen wollten die zwei großherzoglichen Mitglieder des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten durch die Wahl des Bundesrates, die anderen durch Präsidialberufung bestimmt sehen, und es war von guter Wirkung, daß der Vertreter Weimars sich einfach für die Erhaltung des ausschließlichen Rechts der Könige aussprach, womit dann diese Frage vorläufig fallen gelassen wurde. Wenigstens den einen Vorteil hatte die Bemühung Preußens, möglichst rasch das gesamte schwierige Verfassungswerk Deutschlands unter Dach und Fach zu bringen, daß dadurch den eifersüchtigen Ansprüchen von 25 Bundesstaaten gesteuert wurde, deren Erörterung nur zu sehr an die Zeiten des alten Bundestags zu erinnern geeignet gewesen wäre. So war es ja wohl sehr erklärlich, daß selbst der badische Bevollmächtigte Herr von Freydorf bei seiner Ankunft in Berlin darüber Klage führen mochte, Minister Delbrück habe von vornherein die Absicht ausgesprochen, im Bundesrate gar keine Amendements zuzulassen,

um auch den Reichstag lediglich unter der Notwendigkeit einfacher Annahme oder Ablehnung mundtot zu machen, aber die Nachwelt kann nicht dankbar genug sein, daß Preußen wenigstens die letzten Akte des Einigungswerkes mit Kraft und Energie betrieb, nachdem es in den ersten Akten mehr eine leidende Rolle zu spielen für richtig erachtet hatte.

Siebentes Kapitel.

Der Deutsche Kaiser.

I.

Wer im Feldlager die außerordentlichen Leistungen des Volkes in Waffen, seine Taten und Erfolge des Krieges mit dem verwickelten Gange der langsamen, widerspruchsvollen Politik dieser Tage verglich, konnte der Sorge anheimfallen, daß das Unvermögen, in den deutschen Staatenverhältnissen durchgreifendes zu schaffen, eine neue, nur gemilderte Auflage der Enttäuschungen von 1815 bereiten möchte. Während eines seit Jahrhunderten nicht mehr erhörten Aufschwungs des nationalen Geistes waren doch nur die nötigsten Grundlagen der Einheit erreicht, deren Ausbau erst noch von der Zeit zu erwarten sein sollte. Freudlos waren durch Wochen und Wochen die Mitteilungen über die Verhandlungen mit den süddeutschen Königreichen vernommen worden, wie im früheren Kapitel gezeigt werden mußte. Oft unterbrochen und wieder aufgenommen, waren sie endlich mit dem Bewußtsein geschlossen worden, daß ein völliges Mißlingen gar zu beschämend vor dem Auslande erscheinen würde. Wenn dann Bismarck selbst noch erklärte, daß ein Bruch der Bündnisse nach dem Scheitern der neuen Vertragsunterhandlungen die gefährlichsten Folgen haben könne und wenn die nationalen Parteien des Reichstags amtlich versichert sein wollten, daß der Abschluß der Verträge in der von Bundesrat und Reichstag als ungenügend

bezeichneten Form nur durch die Stellung zum Auslande geboten gewesen sei, so hatte der Kronprinz recht, wenn er bei diesen Angelegenheiten Schwung und Begeisterung vermißte.

In denselben Tagen, in welchen aber in Berlin Bundesrat und Reichstag mit wenig verhehltem Unmut die Verträge berieten und annahmen, trat in Versailles aus dem Dunkel geheim betriebener Maßnahmen die Idee der Herstellung des Kaisertums in der Form eines Antrags des Königs von Bayern in die Öffentlichkeit, und bei der ersten Meldung, welche der Bundeskanzler dem Könige von dem tiefeingreifenden Ereignis zu machen hatte, sah sich der Kronprinz genötigt, in sein Tagebuch die unerfreulichen Worte zu schreiben: „Der König hat den Brief des Bayern so zur Unzeit wie möglich gefunden.“ Und doch war die Verstimmung des Königs in jeder Weise und nach den verschiedensten Richtungen hin begründet. Seit vielen Tagen waren nur ungünstige Nachrichten von den gegen Chanzy operierenden Armeen im Hauptquartier eingetroffen, und die Schicksale der Bayern waren bei Orleans trotz aller persönlichen Tapferkeit der Soldaten nicht eben hervorragend. Die Lage war so, daß sich der König für überzeugt halten mußte, die Notwendigkeit eines strengen und einheitlichen Militärsystems sei gerade in diesem Augenblicke mehr als je erwiesen, wo man den bayrischen Ministern die weitgehendsten Sonderrechte erst in Versailles und nun in Berlin auch für die Armeeverhältnisse einräumte. In den letzten Tagen hatten die blutigen Kämpfe mit Trochu und Ducrot vor Paris stattgefunden, welche durch drei Tage und Nächte auch die stärksten Nerven zu erschüttern geeignet waren. „Da der Wind nordöstlich stand“ — schrieb der Herzog von Koburg an seine Gemahlin — „so hatten wir hier in Versailles den Genuß, während dreimal 24 Stunden jeden Schuß in dem ganzen zehnstündigen Umkreis von Paris zu hören und ich zählte in einer Nacht 107 Schuß in 15 Minuten. Der nächtliche Himmel war wie bei einem Feuerwerk erleuchtet und Raketen gleich flogen Bomben nach allen Richtungen . . . Die Aufregung, in der wir alle in diesen drei

Tagen waren, ist nicht zu beschreiben . . ." Der Großherzog von Baden fand den König am Sonntag den 4. Dezember krank und in der höchsten nervösen Gereiztheit. Er war samt einem Teil des Generalstabs in den Tagen vorher darauf gefaßt gewesen, die Zernierung von Paris aufgeben zu müssen. Die militärische Lage wurde in jenen Tagen für weit schlimmer angesehen, als jemals bekannt geworden ist und erst die letzten Nachrichten von der Loirearmee brachten einige Beruhigung, nachdem die Aussichten Chanzys auf den Entsatz von Paris mit der Wiedereinnahme von Orleans durch die Preußen vernichtet worden waren. Während dieser schweren Unruhe war jener Brief des Königs Ludwig angelangt, welcher in sagenhafter Überlieferung als ein Himmelsstrahl erfüllter Hoffnungen des deutschen Volkes der Nachwelt gerühmt worden ist. Wenn sich aber unsere Darstellung nun anschickt, das Ereignis der Kaisertumsbegründung in seinem Ursprung und Verlauf zu schildern, ist es schon durch die bezeichneten merkwürdigen Umstände geboten, von vornherein die persönliche und moralische Stellung des Königs zu der großen nationalen Sache scharf und nach den Überlieferungen nahe stehender Männer zu charakterisieren. Manche nicht nur mündliche, sondern auch schriftliche Äußerungen des Heldenkönigs über den Kaisertitel haben, gleich der angeführten Eintragung des Kronprinzen in sein Tagebuch, den Glauben erzeugt, als hätte sich der König in eine Art von sachlichem Widerspruch gegenüber der Gründung des Kaisertums gesetzt oder setzen wollen. Indem aber Äußerungen solcher Art aus ihrem natürlichen Zusammenhange gerissen wurden, entstand ein durchaus falsches Bild von dem, was König Wilhelm dachte und vor allem erwartete. War ihm der Tag, an welchem noch nicht die Toten der vorhergehenden Schlachten begraben waren, für Kaiserfreuden nicht sehr gelegen erschienen, so war auch der Inhalt dessen, was ihm der bayrische Antrag darbot, nicht von der Art, daß derselbe bei weitblickenden Politikern in so ernster Zeit die volle, ungeteilte Hoffnung und Anerkennung bewirken konnte. Wenn man dem Könige von

Preußen eine Krone anbot, so durfte man ihm doch wohl erlauben, sie erst auf ihren Goldgehalt anzusehen und zu untersuchen, ob die bayrische Legierung nicht am Ende so stark geraten sei, daß man besser bei dem edlen echten Glanze der preußischen bleiben möchte. Man hat dem großen König zuweilen nachgerechnet, er habe das von Bayern auf die Bahn gebrachte Geschenk nicht hoch genug bewertet, ja man ging so weit, aus einer rückständigen Vorliebe für den preußischen Standpunkt eine geringere nationale Empfindung dieses hochsinnigsten Mannes des gesamten Hohenzollerischen Hauses herleiten zu wollen. Insbesondere sind es unter anderem einige aus Briefen des Königs an seine Gemahlin herausgerissene Stellen, die in neuerer Zeit bekannt geworden sind und zu Mißverständnissen Anlaß gaben. Allein die Briefe des Königs an die Königin Augusta sind Stimmungsbilder der augenblicklichsten Art, in welchen nicht der volle Gehalt der Überzeugungen und Ansichten, sondern die eben auf die Stunde passende Lage zum Ausdruck kommt. Außerdem spielen darin gewisse durch die eigentümlich freundschaftlichen und doch nach Umständen Vorsicht fordernden Verhältnisse dieser beiden höchsten Gatten eine gewisse Rolle. Die Gedanken des Königs über Reich und Kaisertum kannte die Königin Augusta seit lange besser als irgend jemand anders. Wenn er ihr daher gelegentlich schrieb, daß die Details der Geschäfte ihm das Kaisertum verleideten, so brauchte er nicht zu fürchten, von der Gemahlin mißverstanden zu werden. Sie wußte genau, daß sich seine Äußerungen nicht auf das Wesen der Sache, sondern auf die persönlichen Umstände der Entwicklung bezogen, die ihn nicht nur an einem Tage, sondern sehr häufig „moros“ zu machen geeignet waren. Man sollte nur nicht vergessen, daß selbst der Kronprinz, dessen Neigung und Begeisterung für Reich und Kaisertum wohl nie bezweifelt werden konnte, in eben diesen Tagen der bayrischen Königsgunst trüber Stimmung nicht ganz Herr zu werden und keineswegs jeden Zweifel über den Wert der neuen Krone zu unterdrücken vermochte. Mußte ihn doch

noch am 9. Dezember der Großherzog von Baden beruhigen und ermuntern: „der heute scheinbar leere Kaisertitel werde bald genug zur vollen Bedeutung gelangen“.

Aber nur sehr wenige teilten zunächst diese große Hoffnung. In den rauhen Kriegslagern, wo die Enkel der tapferen Preußen saßen, die einst bei Roßbach zwischen Franzosen und Kaiserlichen keinen Unterschied machten, hatte man allen Grund, mehr nach den neuen Rechten des Königs, als nach dem alten Titel zu fragen. Noch nach vielen Jahren pflegte der Herzog von Koburg mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit aus preußischen Offizierskreisen Anekdoten von der wenig erhabenen Stimmung in jenen Tagen zu erzählen, wo die sonderbarsten Gerüchte über den Ursprung des königlichen Schreibens von Bayern verbreitet waren.

König Wilhelm, dem von alledem nichts verborgen war, zeigte auch hierin die ruhige, staatsmännische Größe seiner Natur, daß er sich von dem geraden Wege sachlicher und jedes Vorurteil allerseits ablehnender Entschlüsse nicht abdrängen ließ. Aber für seine persönliche Wertschätzung dessen, was ihm nun entgegengebracht wurde, konnte mit Recht nur der reale Vergleich der Machtstellung Preußens einerseits und der des neuen Reiches andererseits maßgebend sein. Wenn der König seinen rein preußischen, selbständigen Anspruch auf seine europäische Großmachtsstellung aufgeben sollte, so mußte er doch wenigstens sich klar darüber werden, ob das bundesstaatliche Kaisertum sein pentarchistisch gesichertes Völkerrecht nicht etwa unter die Kontrolle von drei Königen beugen werde, die sich ja soeben noch den diplomatischen Ausschuß und Einfluß verfassungsgemäß nicht entreißen lassen wollten. König Wilhelm war es nicht, der die Krone unterschätzte, welche dem deutschen Volke als Erbe jener Kaisergrößen galt, die dort im Kyffhäuser und Untersberge saßen, aber wenn er sie näher betrachtete, so konnte er nicht verkennen, daß ihr politischer Glanz nicht wenig verblaßt und ihre militärische Bedeutung sehr abgeschwächt worden war. In einem Augenblicke, wo von Mohl und von Werthern aus München

meldeten, daß der bayrische Minister nicht müde wurde, mit stolzen Worten jedermann zu versichern, Bayern habe nicht ein Titelchen von der Souveränität des Königreichs geopfert, und alle Rechte dieses Staates seien sorgfältig gewahrt geblieben; ja Bismarck selbst sei es gewesen, der nichts heißer gewünscht, als den Bayern ihre ganze große Stellung zu erhalten, und er habe zu diesem Zweck den diplomatischen Ausschuß und das Vizepräsidium und die Stellvertretung Bayerns freiwillig angeboten — in dem Augenblicke, wo solche Interpretationen der neuen Verträge gegeben wurden und wo es sich zeigte, daß die bayrische Regierung nicht entfernt die Hoffnung hegte, ihren Landtag zu einer nationalen Reichspolitik zu bekehren, alle Nachrichten darin übereinstimmten, daß hier die Verträge in der widerlichsten Art bekämpft werden, wollte man dem Könige von Preußen zumuten, daß er mit Begeisterung in eine dargebotene Hand einschlagen solle, die ihm kühl bis ans Herz hinan entgegengehalten wurde. Wenn der König seinem Volke zu Liebe groß genug dachte, um selbst unter so beschwerlichen Umständen den nationalen Weg zu gehen und Preußens Politik in die deutsche Bahn zu zwingen, so war ihm dies nur möglich, weil er wußte, daß eine große Zahl von fürstlichen Freunden treuere Gesinnung hegte und seit lange ernst und weihevoll der großen Sache ergeben und an der Arbeit war. Er war dereinst nicht völlig mit seinem Bruder einverstanden gewesen, als dieser das preußische Kaisertum geteilten Sinnes fallen ließ. Er wußte, daß die besten deutschen Herzen kein bloßes Scheinkaisertum wünschten und so hatte er mit Teilnahme, wenn auch ohne jede Beeinflussung von seiner Seite die Schritte verfolgt, die schon im Jahre 1866 und vollends seit den letzten heißen Siegestagen von nächststehenden Fürsten angeregt von seiner eigenen Regierung unternommen worden waren, um dem losen Bundesstaate die einheitliche Spitze und gegenüber der Welt eine monarchische Bedeutung zu verleihen. Der dornenvolle Weg aber, auf welchem dieses Werk zu stande kam, ist kaum bekannt

geworden und bei dem endlich abgeschlossenen Freudenfest der Spiegelgallerie von Versailles — man möchte fast sagen glücklicherweise — in halbe Vergessenheit geraten. Der Geschichte aber ziemt es, das große Ereignis des 19. Jahrhunderts in seiner nackten Wahrheit zu erforschen, um den wahren Baumeistern des Kaiserhauses ein gerechtes Andenken zu schaffen und zu sichern.

II.

Vertreter und Beförderer des Kaisergedankens.

In den ersten Augusttagen erzählten die Zeitungen vom Kyffhäuser, an einem sonnenstrahlenden Morgen habe man auf dem Gipfel des Berges die dreifarbigen Wimpel einer deutschen Kaiserstandarte ins Land flattern sehen, die in der Nacht von unbekannten Händen aufgepflanzt worden sei. So schwebte tatsächlich der Gedanke an die Wiederherstellung des Kaisertums in der Luft, genau wie vor 56 Jahren, als die Sieger von Leipzig am Neujahrstag den Rhein überschritten, und in Feindesland standen. Es wäre völlig verkehrt, die Frage zu stellen, von wem in diesem Augenblicke die Idee des Kaisertums neuerdings in Anregung gebracht worden sei. Es kann nur davon die Rede sein, die Verhandlungen auf ihren Ursprung zu untersuchen, die zur endlichen Verwirklichung des Kaisertraumes geführt haben. Es handelt sich um die reelle Entwicklung einer staatsrechtlich einzuführenden Institution, nicht aber um einen Gedanken, bei welchem die Priorität, wie etwa für die Differentialrechnung, oder das Prinzip der Erhaltung der Kraft und für ähnliche Dinge, mathematisch festzustellen wäre. Zu berechnen war in diesem Falle weniger das Ziel, dessen Erreichung schon 1866 erwünscht sein konnte, als vielmehr die Wahl des geeignetsten Zeitpunkts und des Weges, der zu gehen sein werde. So ist es durchaus erklärlich, daß gleichzeitig schon nach den ersten Siegen der deutschen Armeen an sehr verschiedenen Stellen

diesseits und jenseits des Rheines Erwägungen der Wiederaufrichtung des Kaisertums so gut, wie der Angliederung der verlorenen Westmarken des alten Reiches auf der Tagesordnung standen. Von solcher Art Gesprächen wird mannigfaltiges berichtet. Im Hauptquartier des Kronprinzen hat Gustav Freytag mit Angabe von Tag und Stunde aus seinen zuverlässigen Reisenotizen noch die Erinnerung an eine lange Unterredung mit dem Kronprinzen zu Petersbach auf der Höhe der Vogesen aufzufrischen gewußt, in welcher der Poet sehr prosaische, oder wie er es nannte, bürgerliche Gesichtspunkte, der Fürst aber große historische Gedanken entwickelte, beide jedoch mehr akademisch und selbst schulmäßig über Bedeutung, Würde und Stellung, über Vorteile und Nachteile des römischen Kaisertums deutscher Nation geredet zu haben scheinen. Daß man es aber in dieser Mitteilung mit eigensten Gedanken des Kronprinzen zu tun hat, erweist eine kleine Bemerkung, deren sich Freytag noch zu erinnern wußte, und welche den durchaus praktischen Erfahrungen des Mannes entsprach, der nicht aus historischen Schulstreitigkeiten, sondern aus seinen eigenen kronprinzlichen Erlebnissen zu seiner Ansicht gekommen war. Sein gewichtigstes Argument für die notwendige Herstellung der Kaiserwürde, das überdies jeden Zweifel an der Echtheit dieser Überlieferung beseitigt, berichtet Freytag folgendermaßen, und es gehört in jede Darstellung der Kaiserentwicklung, weil es für die Sache geradezu entscheidend und von fundamentaler Bedeutung ist: „Dies und ähnliches wurde lange verhandelt, nicht alles zum erstenmale, denn schon während des Reichstags vom Jahre 1867 hatte der Kronprinz an stillen Abenden solcher bürgerlicher Auffassung über den bürgerlichen fürstlichen Beruf Gehör geschenkt; auch diesmal hörte er nachsichtig zu und stimmte zuweilen bei, aber am Ende der langen Auseinandersetzung brach er lebhaft heraus: „Hören Sie an. Als ich während der französischen Ausstellung mit meinem Vater in Paris war, sandte Kaiser Napoleon die Anfrage: da der Kaiser von Rußland seinen Besuch angekündigt habe, so wünsche

er von dem König zu erfahren, wie dieser es mit den Rangverhältnissen der hohen Gäste gehalten haben wollte, er, Napoleon werde alles nach dem Wunsche des Königs einrichten. Da antwortete mein Vater: dem Kaiser gebührt immer der Vorrang. Das soll kein Hohenzoller sagen und das darf für keinen gelten, schloß er heftig."

Was konnte vom Standpunkt der praktischen Politik auch wohl im nationalen Sinne schlagenderes für die Kaiseridee bemerkt werden. Jeder Deutsche mußte sich überzeugt halten, daß eine einige deutsche Nation unmöglich ferner zurückstehen, sondern nur ein Oberhaupt haben dürfe, welches den anderen höchstgestellten Monarchen Europas gleichgestellt war. Was der Kronprinz sagte, war der maßgebendste Gesichtspunkt für die Frage des Kaisertums für jeden, der die Sache als Staatsmann und nicht als Schulmeister erwog. Trotzdem war es aber bezeichnend, daß auch der Kronprinz der ganzen Frage augenblicklich noch keine Aktualität beimessen zu können meinte, denn er hatte in denselben Tagen eine Denkschrift an den Bundeskanzler gerichtet, in der er die Lage in umfassendster Weise erörterte, ohne jedoch seiner Kaiseridee Ausdruck zu geben. In der Denkschrift sprach er sich zunächst darüber aus, welche Friedensbedingungen von Frankreich zu erlangen sein möchten und welche Vorteile das ja bereits bei dem Kriegsausbruch moralisch geeinigte, gesamte deutsche Vaterland gewinnen müßte. Von größtem Werte war in der letzteren Beziehung die bestimmteste Überzeugung des Kronprinzen, daß vor allen Dingen durch Militärkonventionen ein neuer Zustand geschaffen werden müsse. Auch der Kronprinz trat mit aller Entschiedenheit für die von König Wilhelm seit einem Menschenalter verfochtene Idee ein, daß es nur ein Heer in Deutschland geben könne, über welches dem Könige von Preußen die gesamte Leitung und Verwaltung in Krieg und Frieden zustehn müsse. Der Kronprinz verlangte ferner den vollständigen Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund, wobei persönliche Ehrenrechte mit Gesandt-

schaften den Souveränen nebst sonstigen unwesentlichen Dingen, welche diese etwa als Zeichen der Selbständigkeit betrachteten, eingeräumt werden könnten. Man sieht, daß der Kronprinz in diesen Fragen, insbesondere was das Heer betrifft, mit dem Könige vollkommen eines Sinnes war, und daß mithin die Verstimmung König Wilhelms über das Ergebnis der Unterhandlungen, die im früheren Kapitel geschildert wurden, keineswegs eine einseitige war. Die Kaiserfrage jedoch jetzt sofort in Anregung zu bringen, hielt der Kronprinz auch dem Bundeskanzler gegenüber amtlich nicht am Platze, weil er sich wahrscheinlicherweise über den Weg selbst nicht klar war, der in dieser Beziehung gangbar sein konnte.

Als der Kronprinz in Petersbach mit Gustav Freytag vom Kaisertum sprach, hatte das Hauptquartier Ruhetage, während deren der Kronprinz mancherlei politische Angelegenheiten zu erledigen Zeit fand. Es war ihm damals vom Herzog von Koburg ein von dem englischen Gesandten Morier eingegangener wichtiger Bericht mit den englischen Akten über die Vorverhandlungen des Krieges übergeben worden, der leider verloren gegangen zu sein scheint, aber deshalb erwünscht war, weil der Kronprinz die bestimmteste Absicht verfolgte, auf die freilich nur zu nahe geglaubten Friedensverhandlungen einen möglichst großen Einfluß zu gewinnen. Da er sich nun nicht genug über die Vorstadien des Kriegs unterrichtet wußte, so meinte er sich auf Umwegen über die gesamte politische Lage orientieren zu müssen, was dann freilich zu keiner sehr einträchtigen Wirksamkeit in den gesamten politischen Geschäften und vielmehr zu jenen allgemein gehaltenen Klagen über Einmischungen und Schwierigkeiten führen mußte, von welchen dem deutschen Leser in den Gedanken und Erinnerungen Bismarcks ein leises Echo entgegentönt. Der Herzog von Koburg, der am 11. und 12. August in Lohr im Quartier lag, traf am 13. mit dem Kronprinzen wieder in Ottweiler zusammen und ritt mit ihm bis Saarburg, brachte den Abend daselbst in seiner Gesellschaft zu

und verkehrte am 15. August in Luneville gleichzeitig mit Gustav Freytag und mit dem Kronprinzen. Als er in so viel späteren Jahren die Schrift Freytags las, antwortete er mir auf die Frage, wessen er sich in Betreff der Kaiserfrage aus jenen Tagen zu erinnern wisse, es sei ganz unmöglich daran zu zweifeln, daß der Kronprinz das allerlebhafteste Interesse für die Wiederherstellung des Kaisertums hatte. Es sei aber so viel und mannigfaltiges darüber gesprochen worden, daß das einzelne kaum festzustellen wäre, und vor allem habe niemand, auch der Kronprinz nicht eine rechte Ahnung gehabt, wie die Sache anzufangen und ins Werk zu richten sei; man sei der Meinung gewesen, die sich ja nachträglich als falsch herausstellte, daß der König schwer für die Neuerung zu gewinnen sein würde, und auch der Bundeskanzler seine im Jahre 1866 gehegte Ansicht noch kaum geändert haben dürfte.

Gegen die letztere Vermutung sprachen indessen manche Umstände. Gerüchtweise verlautete schon im vorhergehenden Frühjahr, als der Großherzog von Baden sich in Berlin aufhielt und eine Verständigung mit der preußischen Regierung in Folge der Laskerschen Interpellation herbeizuführen suchte, Bismarck habe sich geäußert, der Anschluß des Südens an den Norden werde doch wohl nur unter den Auspizien des Kaisertums zu stande gebracht werden. Es war daher auch beim Beginn des Kriegs eine gerne geglaubte Voraussetzung, daß Bismarck selbst bereits dem Gedanken der Gründung des Kaisertums näher getreten sein möge. Gustav Freytag, der in seiner Schrift über den Kronprinzen und die deutsche Kaiserkrone die Stellung Bismarcks zur Kaiserfrage als unsicher bezeichnet, scheint sich nicht erinnert zu haben, daß er selbst am 1. Juli 1870 an den Herzog von Koburg schrieb, in Berlin habe man neuerdings viel davon gesprochen, daß es wünschenswert gewesen wäre, das Kaisertum herzustellen. Selbstverständlich unterließ es Freytag nicht, auch dem Herzog von Koburg gegenüber immer wieder seine kaiserfeindlichen Schulansichten geltend zu machen und vor diesem

Irrlicht zu warnen; aber seine Äußerungen beweisen um so mehr, daß die Idee des Kaisertums sogar in echt preußischen Kreisen schon vor Ausbruch des Krieges lebendig geworden war. Man hätte daher glauben sollen, daß nach den siegreichen Schlachten eine Verständigung über diese nationale Frage unter den maßgebenden Personen um so rascher stattfinden werde. Allein die Unsicherheit und Verwirrung in Bezug auf die Art und Weise, wie man zur Verwirklichung der Idee gelangen könnte, war so groß, daß eine Unterredung, von welcher Fürst Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ spricht und die er zu einer nicht näher bezeichneten Zeit damals mit dem Kronprinzen hatte, lediglich zu einer Entfremdung und zu einem ganz auffallenden Mißverständnis zwischen den beiden hohen Herrn führte. Und da Bismarck seinerseits wegen verschiedener Äußerungen des Kronprinzen in seinem ungenau abgedruckten Tagebuch mit Recht befürchtete, daß die Nachwelt seine Stellung zur Kaiserfrage falsch beurteilen könnte, so bildete sich gewissermaßen ein nachträglicher Kampf der Geister um die Priorität eines Gedankens, der zwar aller Welt nahe lag, dessen Durchführung aber besondere diplomatische und rechtliche Schwierigkeiten voraussetzen ließ.

Fürst Bismarck hat in den „Gedanken und Erinnerungen“ und schon vorher in mannigfachen Gesprächen mit dritten Personen behauptet, daß der Kronprinz in einer Unterredung mit ihm diejenigen Argumente gegen das Kaisertum ihm gegenüber angewendet habe, die Gustav Freytag dem Kronprinzen gegenüber vorführte, um denselben von der Idee des Kaisertums abzulenken, und es ist hier ein so seltsames Qui pro quo in der Geschichte zu verzeichnen, wie es kaum jemals wieder zwischen entscheidenden staatsmännischen Persönlichkeiten vorgekommen sein dürfte. Der Zeitpunkt der Unterredung zwischen Bismarck und dem Kronprinzen ist nicht leicht zu bestimmen. Seit dem Ausbruch des Krieges konnten sich die Herren zum erstenmale erst wieder am 24. August gesehen haben, wo der Kronprinz mit dem Haupt-

quartier von Ligny nach Pont à Mousson vorschritt, wo am selben Tage der König nach Bar le Duc durchpassierte, großer Empfang war und auch Bismarck sich einfand. In einer Darstellung, die der Fürst dem Verfasser gegenüber zu geben die Güte hatte, bemerkte er aber, das fragliche Gespräch mit dem Kronprinzen habe während eines gemeinsamen Rittes auf einer Wiese stattgefunden. Das Terrain war unsicher und der Fürst erinnerte sich, der Kronprinz habe im Übereifer der Rede einen Augenblick die Führung des Pferdes verloren, so daß ihn Bismarck warnen zu sollen meinte. Bei dieser Gelegenheit soll es gewesen sein, daß der Kronprinz die Ansicht vertrat, im deutschen Reiche habe nur ein Königtum bestanden, das zwar Herzoge, aber keine Könige neben sich gekannt hätte. Und da Bismarck die historische Schulfrage in das praktische übersetzt zu haben scheint und die Konsequenz daraus zog, die Könige müßten danach wieder zu Herzogen gemacht werden, so ist es sehr erklärlich, daß das Gespräch scharfe Wendungen angenommen hatte, und der für staatsmännische Geschäfte wenig geeignete Wiesenplatz lediglich Erinnerungen an Meinungsdifferenzen zeitigte, die von keiner Seite genau formuliert worden waren. In dem Tagebuche des Kronprinzen wird mitgeteilt, daß zwischen ihm und Bismarck zunächst auch in Donchéry am 3. September, von der Kaisersache die Rede war, doch war auch noch zu dieser Zeit die große Frage in ein eigentlich amtliches Geleise nicht gebracht worden.

Nichts mag klarer sein, als daß zwischen den beiden für Deutschlands Größe gleich wirksamen Helden dieses Krieges, von denen der eine nur die militärische, der andere die politische Seite ins Auge faßte, zunächst keine Übereinstimmung sich bilden konnte. Der Kronprinz hatte auf die Petersbacher Denkschrift, in welcher er die durch den Frieden zu erreichenden Vorteile erörterte, worin übrigens die Kaiserfrage, wie schon bemerkt, nicht angeregt war, von dem Bundeskanzler Antwort und Aufklärung erwartet. Die Erwerbung der deutschen Grenzländer, die Reichs-

gründung, der Anschluß des Südens waren offene Fragen. Der Bundeskanzler vermied es über Dinge, die nicht reif und fertig schienen, Mitteilungen zu machen. Selbst amtliche Schreiben anderer Regierungen, wie der badischen, und Schriftstücke von Fürstlichkeiten ließ er zu dieser Zeit noch unerwidert. Er wollte sich niemand gegenüber binden und alle Wege offen halten. So mochte er sich auch über die Kaiserfrage nicht äußern, und den von ihm in das Auge zu fassenden Weg hatte er in diesem Augenblicke noch nicht, wie es scheint, zu erkennen vermocht. Daß er jedoch ebenso, wie der Kronprinz und wie so viele andere Fürsten und Staatsmänner über die Schaffung des Kaisertums im Prinzip schon sich klar war, hat der Fürst in einem reizenden Gedankenzusammenhang durch ein Schreiben an den Verfasser einmal ausgedrückt. Bismarck berief sich darin vergleichsweise auf einen alten lateinischen Spruch auf die Stadt Aachen, aus welchem er folgerte, daß dieselbe vor der Zeit Karls des Großen als eine urbs regalis bezeichnet worden sei, später jedoch im Munde des Volkes nur noch das Kaisertum in der kaiserlichen Stadt einen Wert gehabt habe.

So bestimmt sich die Idee des Kaisertums mit den Siegen über den französischen Imperator emporgerichtet hatte, so sehr war sie doch auch in den höchsten Regierungskreisen in diesem Augenblicke noch wie ein unfaßbares Etwas angesehen worden, von welchem niemand wußte, wie und von wem die Sache ausgehen sollte. Es war klar, daß eine Entscheidung nur dann erfolgen konnte, wenn ein Antrag amtlich und diplomatisch vorlag, und man darf ohne Frage behaupten, daß zu solchen Maßregeln die Initiative bereits von seite Badens ergriffen worden war, als man anderwärts eben nur erst mit Wünschen und guten Vorsätzen sich beschäftigte. Der scharfe Griff, den das badische Ministerium auf Anregung des Großherzogs unternahm, führte zu der schon früher erwähnten Korrespondenz zwischen dem Großherzog und dem Minister Jolly, in welcher einerseits der Anschluß an den Norddeutschen Bund und andererseits die

Frage der künftigen Gestaltung der neubesetzten französischen Provinzen erörtert worden war.

Schon in dem Briefe von Lampertsheim vom 29. August sprach sich der Großherzog dahin aus, daß in der Denkschrift, welche an die Regierung des Nordbundes zu richten wäre, frischweg die Kaiserfrage angeschnitten werden müßte. Der Großherzog glaubte Grund zu haben, seinem Minister zu schreiben: „Graf Bismarck wird es, wie ich glaube, nicht ungern sehen, daß die Kaiserfrage von einem süddeutschen Staate angeregt wird und dürfte dann auch allen übrigen Äußerungen ein geneigtes Gehör schenken."

Die Denkschrift, welche von Jolly ausgearbeitet und, wie schon im früheren Kapitel dargetan ist, am 2. September mit Genehmigung des Großherzogs in Karlsruhe und Berlin übergeben wurde, ging von der Annahme aus, daß der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund, zusammen mit den zu erwerbenden französischen Provinzen, ein Reich bilden müsse, in welchem Preußen ebenso gut als süddeutscher wie als norddeutscher Staat eine entscheidende Stimme führen sollte. In dieser Verbindung trat die Idee der Wiederherstellung des Kaisertums ganz besonders überzeugend hervor und man durfte glauben, daß die etwa zu eröffnenden Verhandlungen über einen Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde von vornherein unter dem Gesichtspunkt der im Jahre 1866 noch zurückgestellten Idee des Kaisertums eröffnet werden könnten. Es war somit gleichsam in die Hände des Norddeutschen Bundes gelegt, ob man von dort aus den Eintritt Süddeutschlands unter der Kaiserflagge herbeiführen wolle, oder erst einen Antrag diesfalls von süddeutscher Seite zu erwarten vorziehe. Jedenfalls war durch den Antrag Badens die Kaiserfrage zum erstenmale offiziell gestellt und eine Äußerung Preußens durfte demgemäß erwartet werden. Indessen scheint Bismarck auch jetzt noch entschlossen gewesen zu sein, von seiner schon seit vier Jahren feststehenden Überzeugung nicht abzugehen, daß das

Schicksal Süddeutschlands durch das Eingreifen Bayerns in loyaler Weise bestimmt werden müsse. Er zeigte daher auch jetzt wieder keinerlei Geneigtheit seinerseits einen Druck auf Bayern und seinen König auszuüben, sondern verwies, wie schon gezeigt worden ist, Baden lediglich darauf, einen Versuch bei Bayern zu machen, während er selbst auf die Frage wegen des Kaisertums jede Antwort unterließ. Und obwohl es schon im Laufe des September dem Großherzog von Baden durchaus wahrscheinlich erschien, daß der Bundeskanzler die Idee des Kaisertums zu der seinigen mache, so war doch das Geheimnis nicht zu durchschauen, das hinter der vollen Schweigsamkeit der preußischen Diplomatie viele Wochen hindurch sich verbarg. Es war von einem Plane gesprochen worden, die deutschen Fürsten nach Versailles einzuladen, sobald der Friede in Aussicht stand, und es ist wohl möglich, daß man von einer solchen Zusammenkunft auch die Lösung des Kaiserproblems erwartete. Da aber die Aussichten für den Frieden sich immer mehr hinausschoben, und die Wahrscheinlichkeit des Gelingens eines Fürstenkongresses insbesondere nach Münchener Nachrichten sehr gering war, so glaubte der Großherzog nicht zögern zu dürfen, sich durch den Kronprinzen Klarheit über die Lage und eine Direktive für sein eigenes Vorschreiten verschaffen zu sollen.

Im Hauptquartier des Kronprinzen ließ man in der Zwischenzeit keine Gelegenheit vorübergehen, die politischen Verhältnisse zu erörtern, und es fanden zwischen dem Kronprinzen und dem Herzog von Koburg Unterredungen statt, die dazu führten, daß Herzog Ernst sich zur Abfassung einer Denkschrift entschloß, die er im Anfang Oktober an den Bundeskanzler mit der Bitte schickte, sich über seine Vorschläge äußern zu wollen. In der Denkschrift, die Herzog Ernst nachher in seinem Memoirenwerke drucken ließ, wird die Erneuerung der Kaiserwürde — was man als einen besonderen Vorzug derselben bezeichnen muß — unter dem Gesichtspunkte der Machtstellung des preußischen Staates erörtert, nicht bloß in dem Sinne einer leeren Titulatur

verstanden. Sehr ehrenwert war der Wunsch des Herzogs, der Kaiserkrone womöglich eine größere Bedeutung zu verschaffen, als sie unter den karolingischen und sächsischen Kaisern hatte. Dies sollte auch dadurch herbeigeführt werden, daß die monarchisch gedachten Institutionen des neuen Reiches in der Gründung eines Oberhauses und Reichsministeriums ihren Abschluß finden sollten. Diese letztere Idee war es denn auch, von welcher der Kronprinz sich niemals ganz trennen wollte, auf die er überall Nachdruck legte und die in dem gedruckten Torso seines Tagebuchs an so vielen Stellen hervorleuchtet. Aber gerade dieser Punkt ist es gewesen, der Bismarck wiederum bestimmte, mit den Herren, die dieser Richtung folgten, über die Entwicklung der Dinge in keine ernsteren Verhandlungen einzutreten, wie er denn schon am 12. Oktober in Versailles dem Herzog folgende sehr bestimmte Abweisung zu teil werden ließ:

„Ew. Hoheit haben die Gnade gehabt, mir ein Schriftstück zugehn zu lassen und eine Besprechung desselben zu wünschen. Von der letzteren bitte ich bei der steigenden Überhäufung mit Geschäften, welche meine Kräfte absolut übersteigen, mich für jetzt gnädigst dispensieren zu wollen."

Im weiteren versicherte Bismarck den Herzog, daß alle wesentlichen in dessen Denkschrift enthaltenen Gedanken seit langer Zeit die seinigen wären und daß sie seit dem Beginne dieses Kriegs fast ohne Einschränkung in der Ausführung begriffen seien. „Die Ausnahme", so heißt es ferner, „betrifft die von Euerer Hoheit angedeutete Organisation eines Reichsrats und die Einführung von Reichsministerien an Stelle des Bundesrats. Ich würde Eurer Hoheit dankbar sein, wenn sie diese meiner Überzeugung nach dem in gutem Fortschritt begriffenen Werke absolut hinderlichen Gedanken auch Ihrerseits wollten einstweilen in den Hintergrund treten lassen. Ich meinesteils bin mir der Gefahren, welche dieselben für das Gelingen der übrigen Gestaltungen haben würden, zu sehr bewußt, als daß ich nicht gegen

jede Voraussetzung der Solidarität meine nach Bedürfnis öffentliche Verwahrung einlegen müßte u. s. w.

von Bismarck."

Durch die Mitteilung Bismarcks war auch der Kronprinz zur Überzeugung gekommen, daß die Dinge betreffs der Kaiserfrage in gute Wege geleitet seien, und so konnte er nun auch nach Baden aufmunternde Worte richten, die nicht nur für den Großherzog bedeutsam, sondern auch ein herrliches Zeichen der eigensten Gesinnungen des Kronprinzen waren. Sein Schreiben vom 15. Oktober war an die Großherzogin gerichtet:

„. . . . . Meine Gedanken sind bei jedem Erfolg, bei jedem Erlebnis dieser großen Zeit immer mit dir und mit Fritz gewesen . . . .

„. . . Wir müssen wohl noch Wochen warten, ehe Hunger diese verblendete Bevölkerung zur Übergabe zwingt. Ich rechne nämlich auf die Hungersnot ausschließlich und hoffe zu Gott, daß aus der Belagerung nichts wird und höchstens einige Festungswerke eingeschossen werden, ohne daß man die Stadt selber zu berühren braucht . . .

„. . . Jetzt will ich mich an die Beantwortung Deiner politischen Fragen machen, bemerke aber noch zuvor, daß ich die Dinge seit einigen Tagen als in einer guten Bahn fahrend betrachte, so daß ich gegründete Ursache habe anzunehmen, daß wir einen festen Bund hier in Versailles erst mit Abgesandten, dann mit Fürsten selbst schließen, dem Kaiser und Reich auch noch hier unmittelbar folgen müssen. Mit Dir stimme ich vollkommen überein, daß der neue Bund hier auf dem Kriegsschauplatz geschlossen werden muß, weil sonst nach der Heimkehr auf vaterländischem Boden sofort die alten Häkeleien wieder erwachen, namentlich wenn die Begeisterung sich gelegt haben wird.

„Bismarck will die endliche Einigung Deutschlands; soweit man überhaupt für seine Ansichten aufkommen kann, zweifle ich nicht an seiner Aufrichtigkeit hierin. Ebenso will er die Kaiserfrage regeln, mithin sind unsererseits keine Schwierigkeiten mehr

zu erwarten, um so mehr als ich Papa kürzlich auf die unabweisliche Kaiserfrage angeredet habe, ihm klar machte, daß dieselbe nicht mehr zu umgehen, oder abzuweisen sei, aber der preußischen Krone dadurch keineswegs zu nahe getreten würde, vielmehr ähnlich wie in Österreich, Kronen nebeneinander bestehen könnten. Bismarck hat auch bereits hier seinen Vortrag gehalten, und wäre denn soweit das Eisen geschmiedet. Ich tue mein möglichstes, um die Augen offen zu halten und werde nichts unterlassen, um endlich diese große Frage hier auf französischem Boden zu Ende zu führen. Ich mache mir nicht die geringste Illusion über die Schwierigkeiten, die alle Augenblicke sowohl hier als auch künftig im Vaterlande bei fernerer Regelung der Reichsfrage entstehen werden. Preußischer Partikularismus wird das seinige ebenso als Hemmschuh wie auch die süddeutschen Staaten leisten und es wird beständig laviert werden müssen. Doch ist der Kaiser einmal da, dann ist ein Faktum für Deutschland in die Welt eingesetzt, gegen welches nicht mehr angestürmt werden kann, und werden sich die Schwierigkeiten unter solcher Krone jedenfalls leichter beilegen lassen, als auf dem entsetzlichen Wege weiterer Vereinbarungen. Einen allgemeinen Reichstag mit fürstlichem Ober- und Staatenhause müssen wir sofort erlangen und bin ich eben dabei, mir die Bedingungen seiner Zusammensetzung klar durchzudenken. Ich glaube, daß jetzt der letzte Augenblick herbeigekommen ist, um ein Zweikammersystem noch einzuführen, das wir namentlich den allgemeinen Wahlen gegenüber bedürfen.

„Genau läßt sich die Dauer des heillosen Krieges nicht berechnen. Vom Elsaß will ich nicht dabei reden. Ich bin der Meinung, jenes Land inkl. Metz als Reichsland zunächst zu verwalten und Niemand speziell zu geben. Ewig

Dein treuester Bruder."

Obwohl zur Zeit, als der Kronprinz von diesem günstigen Stande der Kaiserfrage berichtete, die Vertreter der süddeutschen Regierungen sich bereits rüsteten, um in Versailles die Verhand-

lungen über Anschluß an den Bund oder Neugestaltung des Reiches zu beginnen, so war doch auch jetzt noch die Kaiseridee, soweit heute aktenmäßiges Material vorliegt, in keinem amtlichen Dokument außer in der badischen Denkschrift, erwähnt worden, und es lag daher Grund vor zu vermuten, daß der Bundeskanzler in Bezug auf diese Angelegenheit große Vorsicht für nötig hielt. Aber die Anwesenheit Jollys in Versailles gab dem Großherzog von Baden alsbald Gelegenheit, stärker auf die Notwendigkeit eines Entschlusses hinzuweisen: „Wiederholt ersuche ich Sie“ — schrieb er schon am 24. Oktober an Jolly — „mich recht bald zu benachrichtigen, was Graf Bismarck Ihnen sagte in Betreff der von mir angeregten Frage der Schaffung von Kaiser und Reich. Die baldige Lösung dieser Frage scheint mir dringend nötig denn so bald wahre Friedenshoffnungen vorhanden sind, werden alle opferwilligen Gesinnungen, denen man noch jetzt begegnet, sich in berechnende umwandeln, und nur zu rasch schwinden dann, die Erinnerungen an die Größe der Gefahr, der man glücklich entronnen ist. Besonders in Bayern wird man dann mit den Leistungen des eigenen Heeres rechnen und dafür gewisse Rücksichten in Anspruch nehmen, die schwer abzulehnen sein dürften, wenn ein Bund geschaffen wird — denen aber ein kräftiges Nein entgegengesetzt werden darf, wenn Deutschland wieder zum Reich erhoben wird.“

„Wie im Augenblick die Dinge in Bayern stehen, entnehme ich aus einer vertraulichen Korrespondenz von München, die ich Ihnen hier ebenfalls vertraulich mitteilen will. Vom König von Bayern wird erwartet, daß er eine etwaige Einladung nach Versailles am Schlusse der Ministerkonferenzen nicht annehmen werde. Ebensowenig glaubt man an eine Initiative desselben in der Kaiserfrage. Der Wahn, die außerordentliche Zeit werde den König mit fortreißen, habe sich nicht erfüllt. Teilnahmslos träumt er fort. Wer heute nicht fliegt, fliegt nimmermehr. Vielfach wünscht man, es möge von mir der Versuch gemacht werden, den König zum Vortritt in der Kaiserfrage zu bewegen.

Nur müßte er keinen Zweifel darüber haben, daß, wenn der angebotene Vortritt in der Kaiserinitiative von ihm nicht angenommen werden will, die Proklamierung von seite der übrigen erfolgt, d. h. es müßten sich einige Fürsten über diesen Schritt verständigen und ihn im richtigen Moment ausführen. Hierfür sei aber ein Einverständnis Bismarcks nötig, denn die Weigerung des Königs Ludwig könnte nicht bloß auf dessen Scheu oder Ungeschick beruhen, sondern auch auf dem Rate von Wien, oder vielleicht noch . . . . Es bestehe der Verdacht, daß . . . . die Neigung, das norddeutsche Bundeshalsband zu lüften, wieder stark hervortritt."

„Diese Anschauungen sind auch durch sichere Gelegenheit nach Versailles an Graf Bismarck gelangt und einigen dortigen einflußreichen Souffleurs geschrieben worden."

„Es versteht sich von selbst, daß, wenn ich im stande sein sollte, diese wichtige Frage mit Unterstützung des Grafen Bismarck zu betreiben, ich bereit dazu bin, so wie ich es dem Grafen schrieb. Aber auch ohne diese Unterstützung bin ich fest entschlossen, die Kaiserfrage zur Anregung bei meinen Herren Kollegen zu bringen, da ich dieselbe als conditio sine qua non eines vernünftigen Zustandes in Deutschland erkenne."

„In diesem Sinn habe ich nun einen Brief an den König von Bayern entworfen und würde ihn dahin abgehen lassen, wenn ich einige Zeit keine Antwort erhalten sollte, da ich dann annehme point de nouvelle — bonne nouvelle. Zu dieser Annahme berechtigt mich ein Schreiben des Kronprinzen von Preußen, das vorgestern hier eintraf. Er spricht sich hoffnungsvoll aus über die nun bevorstehenden Verhandlungen und sagte in Betreff der Kaiserfrage — Graf Bismarck sei derselben günstig gestimmt und glaube den König dafür gewinnen zu können. Auch der Kronprinz hat die Kaiserfrage mit dem König besprochen und Gewißheit bei ihn gefunden, darauf einzugehen, besonders wenn diese Würde ihm angeboten wird."

„Eine Anerbietung wird aber wohl nur von den deutschen

Fürsten erwartet und insofern werden Sie gewiß mit mir übereinstimmen, daß, wenn die ganze Frage nur davon abhängen sollte, keine Zeit zu verlieren ist, sondern rasch ans Werk geschritten werden muß. Wer dann nicht mitgehen will, wird eben fortgerissen werden, und dazu den Anfang zu machen, habe ich mich vorbereitet, d. h. entweder schriftlich oder mündlich meine Herren Kollegen zur Initiative aufzufordern."

„Mir scheint, daß diese beiden Aktionen in Versailles und an den deutschen Höfen ganz gut gleichzeitig nebeneinander gehen können, da die eine nur die andere ergänzt. Das Kind soll durch Sachverständige in Versailles zur Welt gebracht werden und Süddeutschland gibt ihm den Namen und übernimmt Pathenstelle bei der Taufe. Wenn Graf Bismarck als Standesbeamter fungieren will, so ist dem Neugeborenen eine kräftige Gewähr für ein gesundes Leben gesichert."

Als Jolly die Aufträge des Großherzogs dem Bundeskanzler vortrug, fand er denselben sehr bereit, auf den Vorschlag einzugehen, sprach sich entschieden für die Kaiseridee aus und erklärte es für zeitlich richtig, daß der Großherzog ein persönliches Schreiben an den König von Bayern richte, und zwar möge dieses in Form einer Anfrage gehalten sein, ob König Ludwig die Initiative für die von anderen Fürsten beabsichtigte Erneuerung der Kaiserwürde ergreifen wolle. Über die Frage, was geschehen solle, wenn der bayrische König dennoch ablehnte, oder die Sache endlos verzögere, wollte Bismarck zwar keinen Rat erteilen, aber er war in diesen Tagen gegen die badischen Abgesandten von einer solchen Vertraulichkeit und Mitteilsamkeit, daß man an seinem festen Entschlusse nicht zweifeln konnte, die große Sache auch wirklich durchzuführen. In dem Tagebuche des Herrn von Freydorf werden mitunter recht launige Aussprüche des Kanzlers über die vielen Einmischungen in die Angelegenheiten von seite Berufener und Unberufener erzählt, die er in diesen Tagen der Eröffnung der Konferenzen getan hat. Auch geschichtliche Rückblicke auf den Weg der Entwicklung des

neuen Bundesstaates unterließ er nicht und namentlich habe er die seitdem oft bekanntgegebenen Ereignisse und Gespräche in Babelsberg bei seiner Berufung zum Könige und bei der Übernahme des Ministeriums unter Hinweisung auf die ernsten Gefahren berichtet, denen er sich in Betreff seines Vermögens ausgesetzt, falls er beim Scheitern der großen Sache in Anklage versetzt worden wäre.

Von München berichteten zwar die Gesandten von Mohl und von Werthern übereinstimmend sowohl nach Karlsruhe, wie nach Berlin, daß der König geäußert habe, er werde niemals seine Zustimmung zu der Übertragung der Kaiserwürde an den König von Preußen geben, aber man fügte auch bei, daß die Entschlüsse des Königs häufig von einem Extrem in das andere umschlügen. Der Großherzog von Baden war daher schon, bevor er seine Reise nach Versailles in das Hauptquartier unternahm, entschlossen, durch persönlich zu veranstaltende Beziehungen zu dem Könige von Bayern volle Klarheit über die Lage zu schaffen.

Die ersten Versuche, die auf diesem Wege gemacht worden waren, konnten zwar nicht als sehr aufmunternd gelten, indessen hatten sie doch den Wert, daß man in München schon seit der Mitte Oktobers nicht mehr in Unkenntnis von den bestimmten Absichten geblieben war, die andere deutsche Fürsten und besonders Baden für den Fall der Reichsbegründung in Bezug auf das Kaisertum hegten. Mit der unangenehmen Möglichkeit durften daher die Herren in München nachgerade schon seit mehreren Wochen rechnen, daß, wenn die Kaiserfrage etwa von den anderen Fürsten mit Ausschluß von Bayern angeregt würde, die Lage des Königs eine eigentümliche und schwierige werden könnte. Herr von Mohl hatte den Auftrag erhalten, fürs erste „nur den Boden zu prüfen", wie etwa der König über die Wiederherstellung des Kaisertums dächte, indessen überzeugte er sich, daß dies bei der völligen Abgeschlossenheit des Königs doch nur durch ein Gespräch mit dem Grafen Bray selbst zu erfahren

sein werde. Das Resultat war nun fürs erste ein durchaus ablehnendes. Graf Bray gab zunächst keine Aussicht, den König zu einem Schritte bestimmen zu können und der Großherzog schrieb an den Staatsrat Gelzer: „Obgleich nun dieses Verfahren mir nicht ganz angenehm war, so hat es doch den Vorzug gewährt, genau zu erfahren, wie es mit den Absichten des Königs steht, wenn ich es dennoch versuchen sollte, mit ihm anzubinden. Ich bin nun belehrt, daß für diesen Fall keine vorherige Anfrage das richtige wäre, somit ein vollständiger Überfall. Es ist immer noch möglich, daß ein solcher nötig wird, wenn infolge der Verhandlungen in Versailles die Frage entsteht, ob der metamorphosirte Nordbund deutscher Bund, oder Reich genannt werden soll. Da mir letzteres als das wahrscheinlichere vorkommt, so wird es sich dann fragen, ob Preußen die Initiative ergreift zur Entpuppung des Kaisertums, oder dazu die Anerbietung von seite der deutschen Fürsten erwartet. Dann wäre der Zeitpunkt gekommen, wo der König von Bayern aus den Bergen zu locken und zur Tatkraft aufgefordert werden müßte. So stelle ich mir vor, daß die Dinge gehen, wenn die Verhandlungen zu Versailles ein günstiges Resultat ergeben.“

Ganz bezeichnend für die Schwierigkeit der Lage war es aber, wenn es nun in der Antwort Gelzers hieß: „In Versailles wird ein hohes Maß von Kraft, Weisheit und Nachdruck erforderlich sein, um unseren Anschauungen Geltung zu verschaffen; dabei denke ich natürlich in erster Reihe an Graf Bismarck. Wie schwer wird es sein, in ihm den Gedanken nicht aufkommen zu lassen, man intriguiere gegen ihn, wolle ihn untergraben, umgehen, kontrollieren, ihm entgegentreten u. s. w. Alles, was ihn mit einigem Anschein in diesem Verdachte bestärken könnte, muß vermieden werden.“

War diese Gefahr nun durch den von dem Bundeskanzler selbst ausgesprochenen Wunsch und Auftrag als beseitigt zu erachten, so empfahl es sich dem Großherzog doch seine Beziehungen zu König Ludwig so zu gestalten, daß durch dessen damals immer

noch sehr wahrscheinliches Stillschweigen, oder durch eine erneuerte Ablehnung Maßnahmen aller übrigen deutschen Fürsten nicht etwa ganz vereitelt werden konnten. So kam es zu der schon von Frau von Kobell geschilderten Entsendung des Staatsrats Gelzer nach München, welcher beauftragt wurde, ein persönliches Schreiben des Großherzogs dem Könige zu überreichen. Der Wortlaut des Briefes liegt leider nicht mehr vor. In demselben war in wärmsten Worten und mit aller Anerkennung der Stellung des Königs unter den Fürsten Deutschlands darauf hingewiesen, daß er berufen sei, an die Spitze derselben zu treten, um den König von Preußen zur Annahme der deutschen Kaiserkrone aufzufordern, wenn, wie zu erwarten, das Reich durch den Hinzutritt der Südstaaten zum Nordbunde gebildet sein werde. Der Großherzog bezog sich auf die mündlichen Aufträge, welche Staatsrat Gelzer erhalten habe, die Gedanken desselben über die wichtige Frage offen und vertrauensvoll, wenn es der König gestatte, vorzutragen.

Am 15. November fragte Staatsrat Gelzer bei dem Kabinettsrat Eisenhart, unter Vorlage des Großherzoglichen Briefes an Se. Majestät den König an, ob er während seiner Anwesenheit in München vielleicht hoffen könne, auf Grund des beigeschlossenen Beglaubigungsschreibens eine Audienz bei Sr. Majestät zu erlangen und ob eine baldige Möglichkeit vorhanden wäre eine Unterredung mit Herrn Eisenhart zu haben.

„Der König", erzählt Frau von Kobell, „dankte in verbindlichster Weise eigenhändig dem Großherzog von Baden für dessen freundschaftliches Schreiben. Dem Staatsrat Gelzer ließ er mitteilen, er wolle ihn nicht in sein entferntes Hoflager in Hohenschwangau bemühen, und sandte am 18. November seinen Kabinettschef nach München, um Rücksprache mit Gelzer zu nehmen."

An demselben Tage fand die erste Unterredung zwischen Gelzer und Eisenhart in dem Hotel zu den vier Jahreszeiten statt, und es ergab sich als Antwort des Königs auf die Frage des Großherzogs das Bedenken, daß der König als konstitutioneller

Fürst über eine so wichtige Angelegenheit sich nicht eher äußern könne, als bis er mit seinen Ministern, deren Rückkehr er nun aber erwarte, Rücksprache genommen haben werde. Nach der Meinung Eisenharts sei nun aber anzunehmen gewesen, daß die sämtlichen Minister keine Voreingenommenheit gegen die Kaiserfrage hätten. Dagegen verberge sich der König keineswegs, daß die Erneuerung der deutschen Kaiserwürde eine bedeutende Beschränkung der königlichen Souveränität bedeute und also einem Herabsteigen von der jetzigen Stufe ähnlich sehe und auch zur Folge haben müsse. Es würde ihm dies aber von anderen Gliedern seines Hauses zu einem schweren Vorwurf gemacht werden und außerdem gebe es eine starke Partei im Lande, welche diese Erhöhung Preußens lebhaft bekämpfen werde. Es frage sich also, ob man von seite Preußens vielleicht bereit sei, jene Anklage damit zu entkräften, daß man im deutschen Bunde die Stellung Bayerns als zweite deutsche Macht zu billiger Geltung gelangen lasse.

Bei weiteren Besprechungen der Angelegenheit erörterte Eisenhart die Frage der Reise des Königs nach Versailles, zu welcher sehr wenig Aussicht sei; es wurde deshalb in Erwägung gezogen, ob die Anwesenheit des Königs, falls er sich zur Initiative in der Kaiserfrage entschlösse, unumgänglich nötig sei, oder ob er den Antrag nicht auch schriftlich oder durch Vertretung stellen könne. Obgleich Gelzer über diesen Punkt lediglich seine eigene Ansicht aussprechen konnte, so fand er dadurch doch die Gelegenheit, dem Kabinettsrat des Königs auch seine Überzeugung zu erkennen zu geben, daß die Kaiseridee unter allen Umständen ihrer Durchführung sicher bleibe, da die anderen Fürsten sich auf die Länge keineswegs zurückhalten lassen würden, dieses zu beantragen. So wirksam sich nun auch diese Argumente in den bayrischen Regierungskreisen erwiesen zu haben scheinen, so war doch mit diesen Unterredungen die Einflußnahme Gelzers auf den Gang der Dinge abgeschlossen. Er machte noch einen Versuch, dem Könige in einer Denkschrift die Wichtigkeit der Kaiserfrage vorzustellen und

erhielt von demselben ein äußerst gnädiges Schreiben, worin ihm König Ludwig seine volle Zustimmung zu der staatsrechtlichen Auffassung, sowie auch zur patriotischen Tendenz seiner Denkschrift zu erkennen gab. Doch geschah dies erst am 11. Dezember, nachdem die ganze Angelegenheit, wie sich zeigen wird, seit mehr als einer Woche auf ganz anderen Wegen und insbesondere durch die Verhandlungen und Reisen des Grafen Holnstein zum Abschluß gekommen war. Der Aufenthalt des badischen Vertrauensmannes in der bayrischen Hauptstadt wirkte unterdessen wie ein stets mahnend einherschreitendes Verhängnis. Er hatte nicht unterlassen, den Kabinettsrat des Königs darauf aufmerksam zu machen, daß der Großherzog von Baden eine persönliche Zusammenkunft mit dem Könige von Bayern gar sehr gewünscht habe, daß er jedoch einer Einladung des Königs Wilhelm nach Versailles zu folgen genötigt gewesen sei. In diplomatischen Kreisen, wie auch in Zeitungen wurde die Reise des Großherzogs und sein Aufenthalt in Versailles vielfach mit den Konferenzen über die Kaiserfrage in Verbindung gebracht. Man glaubte allgemein, daß eine Gelegenheit gesucht werde, um durch die in Versailles versammelten Fürsten in dieser Beziehung Einleitungen treffen zu lassen. Eine Geschichtsschreibung müßte wahrlich für kleinlich gelten, wenn sie sich nicht den handgreiflichen Schluß gestattete, daß König Ludwig infolge dieses Wettbewerbs den Gedanken aufnahm, sich an die Spitze eines Antrags zu stellen, der auch ohne ihn zu stande kommen konnte. Zum Überflusse aber hat sich Frau von Kobell noch das große, manche zünftige Geschichtsschreiber beschämende Verdienst erworben, Zeugnis dafür abzulegen, daß des Königs „persönlicher Wille", wie sie es ausdrückt, „diesmal in keiner Verbindung mit dem Anerbieten gestanden habe." „Innerlich widerstrebte es ihm, als dem Sprossen eines uralten, schon vor tausend Jahren ruhmvollen Geschlechts, der drei Kaiser unter seinen Ahnen zählte, den Antrag zu stellen, aber aus der Notwendigkeit eine Tugend zu machen, schien ihm jetzt geboten." Bezeichnend für diese Stimmung war eine Äußerung

des Königs, die nach Mitteilung von Mohls in München erzählt wurde, als sein Kaiserantrag bekannt geworden war. Da hatte sich der König einen Gedanken angeeignet, der in dem Schreiben Bismarcks angewendet wurde, um ihm das Kaisertum angenehmer zu machen, und so meinte er wirklich seiner Umgebung gegenüber: „Bis jetzt war der König von Preußen mein Nachbar, jetzt nun will ich ihn als meinen Landsmann anerkennen.“

Die spätere Haltung des Königs der vollendeten Tatsache des Kaisertums gegenüber, wovon noch zu sprechen sein wird, läßt erkennen, daß er bei seinen Entschlüssen im Anfang des Dezember von mannigfaltigen Irrtümern und Mißverständnissen erfüllt war, aber trotzdem gebührt ihm die Anerkennung, daß er auch bei den von ihm unternommenen Schritten allerlei Hindernisse zu überwinden hatte. Als König Ludwig die Meinung der Mitglieder des königlichen Hauses in dieser hochwichtigen Frage einforderte, war es nicht ohne Bedeutung, daß Prinz Otto, soeben aus Versailles zurückgekehrt, mit den anderen Prinzen, insbesondere dem Prinzen Adalbert, sich bemühte, seinen Bruder in eine gerade entgegengesetzte Richtung zu drängen. Auch waren der österreichische Gesandte von Bruck in München und von der Pfordten in Wien gegen die Kaisersache aufgeboten worden. Herr von Werthern konnte indessen bald versichern und berichten, dies seien die letzten ohnmächtigen Versuche gewesen, welche von der Gegenpartei gemacht wurden.

Es liegen, da die originalen preußischen Akten fehlen, bis heute keine Nachrichten vor, wie es dazu gekommen ist, daß der Oberststallmeister des Königs Ludwig vom Schicksal ausersehen war, in der Angelegenheit des Kaisertums eine so große und glückliche Rolle zu spielen, aber sicherlich war kaum jemand dazu geeigneter die Sache in gute Wege zu leiten, als Graf Holnstein. Er war kein Politiker vom Fach und wenn man von seinen Äußerungen hört, die ihm in Versailles nacherzählt wurden, so muß man auch sagen, daß ihm nichts ferner lag als diplomatische Gewohnheiten, oder Talleyrandsche Gedankenver-

bergung. Ein gerade auf sein Ziel losgehender, gut bayrisch sich gebender, liebenswürdiger Herr, ohne Umstände, ohne Hintergedanken, der die Dinge der Welt mit realistischem Blicke betrachtete — man begreift es schon, daß Frau von Kobell behaupten konnte, daß seine Art und Weise dem Kanzler sehr gefiel. Es war einer jener Momente, wo man sagen darf: auch die Weltgeschichte hat ihren Treppenwitz, als der König Ludwig allen Plänen der Diplomatie und Staatskunst gleichsam aus dem Wege ging, den Staatsrat Gelzer ruhig in München durch Wochen ohne Antwort, Prinzen, Minister, Gesandte in mehr oder weniger leidenschaftlichen Kämpfen sich erschöpfen ließ, und statt aller weiteren Staats- und Ministerkonferenzen dem Grafen Bray lakonisch telegraphierte, er solle mit Bismarck sprechen und diesem sagen, daß in längstens drei Tagen Graf Holnstein in Versailles eintreffen würde. Das Vertrauen, welches König Ludwig durch diese Sendung in seinen Oberststallmeister setzte, war um so größer und ehrenvoller, als bei seiner Ankunft in Versailles die bayrischen Minister voraussichtlich schon abgereist waren und mithin die ganze Verantwortung der zu führenden Verhandlung auf den Schultern eines nicht zünftigen Diplomaten ruhte, der allem Anscheine nach auch ohne alle Instruktionen angelangt war. Was Graf Bray vor seiner Abreise in der Kaiserfrage abgemacht hatte, entzieht sich genauer Kenntnis und dürfte wohl ohne schriftliche Unterlage geblieben sein, da auch Graf Bray in dieser Sache unvorbereitet war und nach Aussagen Eisenharts König Ludwig selbst die Rückkehr der Minister abwartete, bevor er einen Entschluß fassen mochte. Was mithin zwischen Bismarck und Bray überhaupt persönlich festgestellt wurde, könnte kaum als rechtsverbindlich betrachtet werden, doch scheint es, daß die Titelfrage in Betreff des künftigen Kaisertums damals eine feste Form erhalten hat, da es sonst unbegreiflich wäre, warum Bismarck, der keinerlei weitere Unterredungen mit den bayrischen Ministern mehr hatte, später mit solcher Unbeugsamkeit für eine Titulatur eintrat, die bei allen

anderen beteiligten Persönlichkeiten Anstoß und Mißstimmung erregt hatte.

Als Graf Holnstein in Versailles eintraf, meinten nicht eingeweihte Personen, Bismarck sei durch das Erscheinen desselben einigermaßen überrascht worden, doch war dies nur ein Beweis dafür, daß er den angekündigten Besuch zunächst geheim gehalten wissen wollte. Indessen hatte sich Graf Holnstein auch beim Könige und bei dem Großherzog von Baden gemeldet und war auch zur königlichen Tafel gezogen worden. Dem Großherzog von Baden bezeichnete er als den Zweck seiner Sendung, zu sondieren, wie die Einrichtungen in Versailles seien, falls der König Ludwig erscheine. Er für seine Person glaubte zwar nicht, daß es dazu kommen werde, und er hatte bekanntlich recht, obwohl Bismarck als Lockmittel das Schloß von Trianon dem für Ludwig XIV. schwärmenden König in Aussicht stellte. Sehr sonderbar war aber der Umstand, daß Graf Holnstein dem Großherzog von Baden versicherte, Graf Bray habe selber die Sache des Besuches von Versailles beim Könige durch die Mitteilung verdorben, man lege keinen allzugroßen Wert darauf und die Einladung sei mehr eine Form gewesen.

In Bezug auf das Kaisertum erkundigte sich Graf Holnstein bei dem Großherzog, ob der König die Kaiserfrage nur in persönlicher Weise, oder auch brieflich anregen könne, worauf der Großherzog die Versicherung gab, daß den anderen Fürsten auch die schriftliche Anregung des Königs gleicherweise erwünscht sein werde. Außerdem erbot sich der Großherzog, das weitere bei den Fürsten in die Wege zu leiten. Auch über die Form des Briefes, den der König schreiben müßte, wünschte sich Graf Holnstein zu unterrichten, da es den Anschein habe, daß König Ludwig die Kaiserfrage nicht durch das Ministerium, sondern als eine persönliche Angelegenheit der hohen Bundesfürsten zu behandeln vorziehen dürfte. Inzwischen war Graf Holnstein auch mit dem Bundeskanzler in Verbindung getreten, und bei diesem scheint er sich besonders in Betreff des letzteren Punktes

viel rückhaltloser ausgesprochen zu haben, denn nach der Versicherung Frau von Kobells habe der Graf in München wiederholt mit der ihm eigenen Lebendigkeit erzählt, daß er zum Kanzler gesagt: „Wissens was, Exzellenz, schreibens gleich selbst einen Brief auf, so wie er sein soll, sonst gibts hintennach doch wieder Anstand.“

Am 27. November, der ein Sonntag war, fand sich Bismarck schon gegen Mittag bei dem Großherzog von Baden ein, und bat um eine Unterredung hauptsächlich in Betreff der Mission des Grafen Holnstein. Bei einer Zigarre war der Kanzler gesprächiger und aufgeräumter als seit lange. Nachdem der Großherzog referierte, was er selbst seit Bismarcks Aufforderung, an den König von Bayern zu schreiben in der Kaisersache getan und was Gelzer darüber mitgeteilt habe, verbreitete sich Bismarck, sehr befriedigt von dem was geschehen war, über die etwaige Möglichkeit, den König Ludwig dadurch sicherer zur Stellung des Antrages zu veranlassen, daß man ein von ihm gewünschtes günstigeres Stimmenverhältnis beim Bundesrate den Bayern einräumen könnte; doch würde er das nur ungern tun, weil die schwierige Frage der Stimmenzahl dann die weitgehendsten Konsequenzen nach sich ziehen möchte. Graf Holnstein habe sich in ähnlichem Sinn bei den Unterredungen mit ihm ausgesprochen, wie beim Großherzog, er habe ihm aber in Betreff der von ihm gewünschten Vorlagen zunächst nicht recht zu trauen vermocht und bis zu diesem Augenblick noch keine bestimmte Antwort gegeben. So wie er nun aber die Frage vor sich sehe, scheine ihm das beste, dem Grafen Holnstein eine Art Formular mitzugeben, als Anhaltepunkt für den König von Bayern, um danach seinen Antrag zu gestalten. Dies werde am besten durch einen Brief des Königs Ludwig an Seine Majestät den König Wilhelm unmittelbar geschehen. Bismarck bemerkte weiter, er habe schon dem Grafen Holnstein gesagt, es sei ganz genügend, den Antrag schriftlich zu stellen, ja sogar nötigenfalls telegraphisch, da es doch sehr wünschenswert

scheint, diese Frage recht bald zu erledigen und noch diesem Reichstag vorzulegen. Nun wolle er ein solches Formular entwerfen, das auch den Gesinnungen des jungen Königs entsprechen werde, und damit müsse Holnstein sofort abreisen. Was die Zeit betraf, so bedauerte Bismarck nur, daß die Reise nicht schneller gehen könne, da man wieder drei Tage verliere, worauf der Großherzog noch den Vorschlag machte, der Kanzler möge außer dem dem Grafen Holnstein mitzugebenden Formular den Wortlaut auch noch an Herrn von Werthern telegraphieren, der etwa durch den Staatsrat Gelzer die Sache schon vor der Ankunft Holnsteins in München dem Kabinettsrat Eisenhart insinuieren könnte. Dieser Vorschlag gefiel Bismarck sehr, er rauchte noch eine Zigarre und sagte ganz vergnügt: So können wir vielleicht in wenigen Tagen den Antrag in Händen haben, denn die Bayrischen haben sich verpflichtet.

Am 28. November war Graf Holnstein so geheimnisvoll, wie er gekommen, aus Versailles verschwunden. Der Kronprinz sowohl wie Herzog Ernst von Koburg meinten zunächst, die Mission sei gescheitert und erfuhren erst später von dem Hergang der Sache. Neben dem welthistorisch gewordenen Formular hatte Graf Holnstein am Abend des 27. November noch einen persönlichen Brief des Kanzlers an den König von Bayern in Empfang genommen, welchen Frau von Kobell verdientermaßen der Nachwelt in faksimiliertem Abdruck gesichert hat. Beides, das Formular sowie der Brief des Kanzlers ist von jener bestrickenden, einzigartigen Größe und Geschicklichkeit, die eben nur einem Bismarck zu Gebote standen!

Und so geschah es! Der junge König von Bayern schrieb den Brief, wie der Kronprinz in seinem Tagebuch bemerkte, wahrhaftig ab, und Graf Holnstein leistete das Außerordentliche, daß er bereits am 2. Dezember wieder in Versailles eingetroffen war. Was sich in der Zwischenzeit in München und Hohenschwangau zutrug, ist bisher lediglich durch die liebenswürdigen Mitteilungen der Frau von Kobell bekannt geworden, aber leider nicht voll-

ständig genug, um einen vollen Einblick in den Verlauf der Angelegenheiten zu gewähren. Da in dem Briefe Bismarcks an König Ludwig der Gedanke wiederkehrt, den dieser selbst nachher mit solcher Vorliebe zu seinem eigenen machte, daß der preußische König nur ein Nachbar, der deutsche Kaiser aber ein Landsmann sein werde, so ist klar, daß Bismarck das innigste Empfinden des jungen Königs vortrefflich zu erregen verstand. Sein an Bismarck gerichtetes Dankschreiben ist ein herzerquickendes Denkmal einer zu Größerem vorbereiteten Seele und eines erschütternd unglücklichen Daseins. Die Schriftstücke, welche Graf Holnstein nach Versailles zurückbrachte, sind heute gleichsam Gemeingut der Nation und in den Händen jedes gebildeten Mannes. Der rein geschäftsmäßige Ton, in welchem König Ludwig an König Wilhelm schreibt, sticht erheblich von dem schwunghafteren Stil ab, der sich in dem Rundschreiben des Königs an die übrigen deutschen Fürsten findet. Vielleicht erklärt sich dies daraus, daß der König die von Bismarck vorgeschlagene Form, da er den Brief an König Wilhelm mit eigener Hand zu schreiben hatte, einfach übernahm, während das weitere den Fürsten zugehende Aktenstück entweder von dem Kabinettschef, oder von der Staatskanzlei auf der Grundlage des Bismarckschen Formulars erst noch umzuarbeiten war. Damit stimmt es auch, daß Frau von Kobell erzählt, Graf Holnstein habe, von Hohenschwangau nach München zurückkehrend, ihrem Manne nur zwei Aktenstücke im versiegelten Kuvert übergeben: den eigenhändigen Brief des Königs Ludwig an König Wilhelm und einen Brief an Herrn von Eisenhart selbst. Im letzteren hatte der König das Urteil seines Kabinettschefs gerade mit Rücksicht auf den Umstand herausgefordert, daß er einiges Bedenken über die wörtliche Abschrift der Bismarckschen Vorlage hatte. Man darf heute, wo diese Dinge von den verschiedensten Seiten, vom Fürsten Bismarck selbst, wie aus den Papieren Eisenharts durchsichtig geworden sind, ein offenes Wort sagen: Daß der Vorgang bei so wichtiger Staatsangelegenheit mindestens sehr ungewöhnlich erscheinen konnte

und allen diplomatischen Gebräuchen widersprach, kann nicht geleugnet werden; man wird sich aber doch nur freuen, daß der biedere Graf Holnstein so vorsorglich zu verhindern wußte, daß „mit der Geschicht keine weitern Anständ gemacht wurden“ und daß sich Eisenhart entschieden hatte, den Brief, der nun schon in des Königs charakteristischer Handschrift vorlag, so rasch wie möglich zu expedieren. Freilich haben damals viele gemeint, man würde gut tun, den ganzen Vorgang zu verschweigen, und es ist bezeichnend, daß noch im Jahre 1889, als der Herzog von Koburg sein Memoirenwerk veröffentlichte, die schüchterne Andeutung für etwas sehr Gewagtes galt, indem er bei der Erwähnung des „weltbekannten Briefes“ bemerkte: „Versailles war so glücklich dabei etwas Providence spielen zu dürfen.“ Hunderte werden dies gelesen haben, die jetzt erst erkennen, in welcher Gestalt die Vorsehung sich zuweilen selbst Königen offenbart.

Im Kriegsgetöse der letzten November- und ersten Dezembertage hat Graf Holnstein seine zweite Reise nach Versailles unternommen, und es war, als ob ein guter Geist über dem Boten und der Botschaft wache. Denn es hätte wenig gefehlt, daß der Graf, der am 2. Dezember Nachmittag von Lagny nach Paris fehl gefahren wurde und in das Gefecht von Villers herein geraten war, seinen Auftrag nicht hätte ausführen können. So kam er erst am späten Abend in Versailles an, und Graf Bismarck kannte des Morgens am 3. Dezember, da er aus Anlaß des Geburtstages der Großherzogin von Baden bei dem Großherzog vorsprach, den Inhalt des königlichen Schreibens noch nicht. Doch wünschte der Kanzler, falls der Brief den bestimmten Antrag enthielte, daß der Großherzog so rasch wie möglich die Zustimmung der übrigen Fürsten sammle, um beim König die Vorlage eines Gesetzes für Reichstag und Bundesrat beantragen zu können. Am Nachmittage kam indessen Graf Holnstein selbst zum Großherzog und teilte ihm mit, er sei von König Ludwig beauftragt, den Brief an den König Wilhelm dem Prinzen Luitpold mit dem Befehl zu übergeben, daß dieser

das Schreiben an höchster Stelle überreiche. Über seine Schicksale auf seiner Reise von Versailles nach München und Hohenschwangau und wieder zurück machte der unermüdliche tapfere Graf, dessen Verdienste die Geschichtsschreibung bei weitem nicht genug hervorzuheben pflegt, mancherlei Mitteilungen. Das Schlimmste war, daß er bei der Ankunft in Hohenschwangau fast verzweifelte, ob es ihm gelingen werde, zum König zu gelangen, da derselbe leidend war und niemand vorzulassen befohlen hatte. Im Vorzimmer wartete der Zahnarzt, und nur der Umstand, daß Holnstein sagen ließ, er habe vom Grafen Bismarck die allerwichtigsten Meldungen zu machen, erregte die Neugierde des Königs, der ihn dann, auf der Chaiselongue liegend, empfing. Bei vielen Zahnschmerzen habe dann aber der König doch sehr gern die Vorschläge angenommen, den Brief an den König Wilhelm nach dem Konzepte Bismarcks abgeschrieben und nur den Satz hinzugefügt, daß er, wenn ihm erst die Willensmeinung Sr. Majestät und der verbündeten Fürsten bekannt geworden sei, seine Regierung beauftragen werde, das Weitere zur Erzielung einer Vereinbarung einzuleiten.

Während diese Unterhaltung bei dem Großherzog stattfand, war der Prinz Luitpold bereits bei König Wilhelm erschienen, um den Brief seines königlichen Neffen zu überreichen. Somit war jede feierliche Form von selbst ausgeschlossen und die Übergabe des welthistorischen Briefes ging sehr nüchtern vor sich. König Wilhelm las gleich in Anwesenheit des Prinzen Luitpold den Brief durch und sagte darauf wörtlich, der Antrag des Königs von Bayern überrasche ihn sehr, denn gerade von ihm habe er denselben am wenigsten erwartet, da ja die Verhandlungen mit den Ministern Bayerns erwiesen hätten, daß König und Regierung sich nur schwer entschlössen, in den neuen deutschen Bund einzutreten. Er wolle den Brief demnächst beantworten, und den Antrag des Königs von Bayern annehmen, sobald er von allen Fürsten gemeinschaftlich gestellt sein werde. Er hoffe, daß daraus ein festes Band der deutschen Einigung erwachse

und dies sei um so nötiger, als man ja wisse, daß doch nur Baden mit vollem Entgegenkommen das Einigungswerk ermöglichen wolle. Mit freundlicheu und anerkennenden Worten für des Königs von Bayern Person schloß die Audienz in recht stiller und bescheidener Weise.

Am Abend nach der königlichen Tafel verabredete Bismarck mit dem Großherzog von Baden, daß dieser nun sogleich die Zustimmung der Bundesfürsten einholen solle, zu welchem Zwecke der Brief des Königs Ludwig alsbald dem Großherzog vom Bundeskanzler zugeschickt wurde. In den nächsten Tagen gingen von den in Versailles anwesenden Fürsten persönlich und von den anderen schriftlich die Zustimmungserklärungen ein, die Könige von Sachsen und Württemberg aber telegraphierten dem Großherzog, daß König Ludwig sich unmittelbar an dieselben gewendet habe, und daß sie diesem zustimmend antworteten, wodurch sich das Telegramm des Großherzogs erledige. Wie schwierig es war, in dem durch landesherrliche und landesrechtliche, Verhältnisse aller Art zerklüfteten Deutschland einen kurzen und geraden Weg zu finden, sollte sich noch recht deutlich in den nächsten Tagen zeigen. Hier war ein König verletzt, weil er die Nachricht von den in München und Versailles getroffenen Anstalten zuerst durch die Beantwortung der Interpellation Delbrücks im Reichstag erfahren hatte, dort wurden die inzwischen bekannt gewordenen Vorgänge mißbilligt, weil sie so formlos und, wie der Kronprinz bemerkte, trocken und rein geschäftsmäßig sich vollzogen. Das Schlimmste aber war, daß König Wilhelm selbst durch die Vorstellung, der Reichstag könnte in der Sache die Initiative ergreifen, bevor noch die Aktion der Fürsten abgeschlossen wäre, sehr beunruhigt wurde. Man kann es nachempfinden, daß für den Kanzler die Schwierigkeit außerordentlich groß war, dem Reichstag, der doch alsbald geschlossen werden sollte, den ihm gebührenden Anteil an der Errichtung des neuen Kaisertums einzuräumen, und dabei doch den Fürsten uneingeschränkt den erforderlichen Vortritt zu lassen. Als in Versailles

die Nachrichten von den Vorgängen im Bundesrat und Reichstag eintrafen, war in der Tat trotz allen Eifers des Großherzogs von Baden die Zustimmung der souveränen Herren zu sammeln, die fürstliche Aktion im Rückstand. Das vom 1. Dezember datierte offizielle Schreiben des Königs von Bayern an den Großherzog von Baden mit der Aufforderung, die Beitrittserklärungen zu schaffen und einzusenden, ging diesem erst am 8. Dezember zu. Als König Wilhelm am 10. Dezember erfuhr, daß der Reichstag bereits eine Adresse in der Kaiserfrage beschlossen und eine Abordnung zur Überreichung derselben gewählt habe, war ihm selbst eine offizielle Mitteilung von dem erfolgten übereinstimmenden Antrag der Fürsten noch nicht gemacht worden, und noch weniger hatte er Gelegenheit gehabt, die Annahme des Antrags auszusprechen. Er hatte den Wunsch gehegt, sich seinerseits über seine Auffassung von der Sache vor den Fürsten äußern zu können. Er würde dann ohne Zweifel in der milden und billigen Form, deren sich der große König so trefflich zu bedienen wußte, hervorgehoben haben, daß Preußen mehr ein Opfer bringen müsse, als daß man glauben dürfe, ihm einen Vorteil einzuräumen. Und in der Tat kann man nur bedauern, daß angesichts der Schwierigkeiten, Umstände, Widersprüche und Halbheiten, die bei der Erneuerung des Kaisertums zu Tage traten, nicht ein öffentlicher, historisch denkwürdiger Akt erfolgen konnte, durch welchen das nur zu sehr verkannte Verhältnis zwischen der Krone Preußens und der angebotenen des Kaisers, von denen die eine einen reellen hundertjährigen Machtbegriff, die andere zunächst nichts als einen Titel bezeichnete, klaren Ausdruck gefunden hätte.

Es war daher ganz begreiflich, daß der Vortrag des Kanzlers aus Anlaß der Reichstagsbeschlüsse am 10. März bei dem Könige sich so stürmisch gestaltete, wie bis dahin in dieser Frage noch nichts und Bismarck alsbald erkrankte und einige Zeit nicht sichtbar war. Nur der Großherzog von Baden vermochte es, die Dinge wieder in die Reihe zu bringen.

Bei der Tafel sprach sich der König noch sehr erzürnt über die Reichstagsabsichten aus, es führe dies zu einem zweiten 1849: und er werde die Krone sich ebenfalls nicht vom Reichstag anbieten lassen. Bismarck wolle offenbar die Sache im Sturm nehmen und habe die Annahme der Abordnung nach Berlin ausgesprochen, ehe der König überhaupt etwas von der Sache gewußt. Nun möge die Deputation nur hier eintreffen, er werde sie aber nicht empfangen, bis er im Besitze der Zustimmung aller Fürsten sei, d. h. bis der König von Bayern ihn davon benachrichtigt habe. Der Großherzog von Baden beruhigte indessen den König durch die Überlegung, daß es kaum anders zu machen gewesen wäre, als daß infolge der von Delbrück abgegebenen Erklärung von dem Schritte des Königs von Bayern die Kaiserfrage zur Verhandlung kommen mußte. Da die Adresse des Reichstags, über deren Inhalt der König nicht richtig unterrichtet worden war, durchaus nicht den Anspruch erhob, als werde die Krone vom Reichstag angeboten, so stimmte schließlich König Wilhelm einer telegraphischen Mitteilung an den König von Bayern zu, es müsse wegen der in Aussicht stehenden Reichstagdeputation durchaus dafür gesorgt werden, daß der Antrag der Fürsten vorher eintreffe. Doch wünschte der König, daß mit Bismarck die Sache besprochen und vereinbart werden sollte. Als aber der Großherzog den Versuch machte, noch am selben Abend den Kanzler zu sprechen, war es unmöglich, ihn, der krank war, zu sehen. Er sendete durch Abeken einen Entschuldigungsbrief und den anderen Tag kam dieser selbst, um die Angelegenheit in seinem Auftrage zu ordnen. In der Tat beruhigten sich die Wogen des Mißvergnügens alsbald so, daß König und Kanzler im vollen Einverständnis wieder der Ankunft der Reichstagsdeputation entgegen sahen. Die entscheidende Nachricht, die man vom Könige von Bayern aber von Stunde zu Stunde erwarten mußte, blieb aus und am 16. Dezember war noch immer keine Mitteilung von dem gemeinsamen Antrag der Fürsten eingetroffen, als die Reichstagsabgeordneten

in nahezu 20 Postwagen unter dem Geleite stattlicher Reserve-Dragoner Abends bei heftigem Regen anlangten. Über die in München erfolgte Verzögerung des Antrages gingen die mannigfaltigsten Gerüchte, die man ohne authentische Beglaubigung nicht zu wiederholen berechtigt ist. Wenn aber König Wilhelm die Reichstagsabordnung zu empfangen zauderte, so hatte er auch dazu die triftigsten Gründe, die vielleicht später eine sehr erstaunliche Aufklärung erhalten werden. Ganz unpassend aber ist es, wenn in manchen Geschichtsbüchern voreilige Behauptungen über die reservierte Haltung des großen Kaisers aufgestellt werden.

Bevor nun aber die Ereignisse dargestellt werden können, die sich in den nächsten Tagen in Versailles vollzogen, wird ein Rückblick auf die Verhandlungen zu werfen sein, die in Betreff der Kaiserfrage bei dem Bundesrat und Reichstag in Berlin soeben stattgefunden hatten.

Wie alle Welt, so waren auch die Mitglieder des Bundesrats von der formlosen Mitteilung Delbrücks im Reichstag über den Antrag des Königs Ludwig überrascht und in die übelste Stimmung versetzt worden. Das eisige Schweigen, welches in der Reichstagssitzung auf allen Seiten des Hauses herrschte, wurde im Bundesrat in wenig verbindlicher Weise kommentiert. Mehrere Tage lang herrschte vollständige Unsicherheit, wie sich der Bundesrat zu einem wichtigen Staatsakt zu stellen habe, von dem doch niemand annehmen durfte, daß derselbe die Verfassung des Reiches unberührt lassen könne. Da erhielt Minister Delbrück am 7. Dezember Abends von dem Bundeskanzler den Auftrag, die Angelegenheit in Form einer im Bundesrate zu beschließenden Vorlage an den Reichstag zu behandeln, nach welcher gewisse Artikel in der Bundesverfassung mit Rücksicht auf den Kaisertitel des Bundespräsidiums abzuändern wären. Gleichzeitig teilte der Kanzler mit, der Großherzog von Weimar sei von ihm ersucht worden, den König von Sachsen zu einem Antrag im Bundesrate aufzufordern. Statt dessen erhielt aber der

Minister Stichling in derselben Nacht um 3 Uhr von dem Großherzog die folgende Depesche: „Zum geschäftlichen Abschluß der Kaiserfrage wird, nachdem nunmehr die zustimmenden Erklärungen der meisten aller Fürsten vorliegen, eine verfassungsmäßige Beschlußnahme des norddeutschen Bundesrats und Reichstags unentbehrlich sein. Der bayrischen Anregung in Süddeutschland entsprechend, wird in Norddeutschland die Anregung im Bundesrate gegeben werden müssen. Ich beauftrage Sie hiermit im Bundesrat den betreffenden Antrag nach Rücksprache mit Ihren Kollegen, jedenfalls aber rechtzeitig zu stellen. Carl Alexander."

In der Ausführung dieser Aufträge zeigten sich nicht unerhebliche Schwierigkeiten. In persönlicher Beziehung hatte Delbrück, bereits vor dem Empfange des Bismarckschen Telegramms, mit dem sächsischen Bevollmächtigten von Friesen wegen der Anregung der Kaiserfrage im Bundesrate verhandelt, und dieser konnte auch seiner Rangstellung nach erwarten, in einer so wichtigen Angelegenheit vorangehen zu dürfen. Und was die sachliche Frage betraf, so war es völlig unklar, in welcher Weise das neue Kaisertum in die Verfassung des neuen Bundes, der zunächst gleich dem des Norddeutschen nichts kannte als ein Präsidium, eingeführt werden sollte. In Betreff des ersten Punktes mußte von dem weimarischen Minister Stichling alsbald anerkannt werden, mit welcher außerordentlichen Uneigennützigkeit von sächsischer Seite die Schwierigkeit aus dem Wege geräumt worden war, und es darf Herrn von Friesen nicht vergessen werden, daß er durch die Selbstlosigkeit, mit der er den naheliegenden Konflikt vermied, die Antragstellung im Bundesrate überhaupt ermöglichte. Im anderen Falle hätte das Kaisertum noch durch Monate hindurch keine Gelegenheit gefunden, in den Bundesrat und Reichstag und durch diese in die Verfassung einzubringen. Andererseits wäre es freilich statthaft gewesen, etwas feierlicher aufzutreten, als es im Bundesrate geschah, wo man nur eiligst etliche Stellen der Reichsverfassung herausgegriffen hatte, um dem armen deutschen Kaiser wenigstens ein

sanftes Ruhekissen im Deutschen Reiche zu sichern. Es ist außerordentlich lehrreich, diese Vorgänge kennen zu lernen, und so mag sie Stichling selbst schildern:

„Die Aufgabe war insofern eine schwierige, als schlechterdings die Zeit nicht gegeben war, alle Paragraphen einzeln durchzugehen, welche der Abänderung nach „Kaiser“ und „Reich“ bedurften und die Fassung, in welcher sie zu ändern waren, wörtlich festzustellen, ebensowenig als Zeit genug da war, im Reichstage alle diese einzelnen Paragraphen in ihrer neuen Fassung speziell festzustellen. Ich sah daher keine andere Möglichkeit, als zu der allgemeinen Ermächtigung zu greifen, wie sie mein Antrag enthält.“

„Eben hatte ich in größter Eile den letzten Federstrich getan, als die Reichstagssitzung beendigt war und Minister Delbrück, begleitet vom Präsidenten des Oberhandelsgerichts, Herrn Pape, ins Zimmer trat. Ich las beiden meinen Antrag vor und es entspann sich über denselben eine Debatte. Aus derselben gingen folgende Resultate hervor.“

„Präsident Pape hatte gewünscht, daß die Einleitung und Art. 11, welche besonders vom Bunde und vom Bundespräsidium handeln, auch speziell neu redigiert, für alle übrigen Paragraphen aber die allgemeine Änderungsermächtigung, wie ich sie wollte, eingeholt werden möchte. Mit dieser in sich inkonsequenten Art der Behandlung indessen konnte ich mich nicht befreunden und auch Herr Delbrück stimmte mir bei.“

„Dagegen ging mein Antrag, was den Kaiser anbelangt, nur dahin, allgemein zu sagen, die Worte Bundespräsidium und Bundesfeldherr seien zu vertauschen gegen das Wort deutscher Kaiser. Hierzu schlug Herr Pape vor, nach Bundesfeldherr die Worte noch hinzuzufügen, oder „ähnliche Bezeichnungen“ mit Rücksicht namentlich auf die Fassung des Abschnittes von der Marine, und sie wurden aufgenommen.“

„Im übrigen trat alsbald die übereinstimmende Ansicht hervor, daß es nicht in der Absicht liegen könne, mit der Bezeichnung

„Reich" und „Kaiser" auch den bundesmäßigen Charakter des Ganzen zu beseitigen und daß derselbe in einer ganzen Reihe von Beziehungen auch ferner seine Ausdrücke werde zu behalten haben; namentlich trug man Bedenken, den Bundesrat in einen Reichsrat zu verwandeln und Herr Delbrück hob zugleich ausdrücklich hervor, daß er sich nicht werde für ermächtigt halten dürfen, den „Reichskanzler" an die Stelle des Bundeskanzlers zu setzen."

„So kam die Fassung meines Antrags zu stande, wie er in dem Bundesrate gestellt worden und hier vorliegt. Um 3 Uhr nachmittags legte ich ihn in Herrn Delbrücks Hände und um 6 Uhr war er gedruckt in den Händen aller Mitglieder des Bundesrats. Am anderen Morgen 11 Uhr sollte über ihn im Bundesrate abgestimmt werden."

„Aber vorher mußte er auch die Zustimmung der in Berlin anwesenden Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten erhalten. Hatten diese ihren Beitritt zur Bundesverfassung in deren zeitherigem Wortlaute erklärt, so konnte letzterer nicht geändert werden, ohne zuvor auch ihre Zustimmung erlangt zu haben. Eine Stunde früher wurden daher die süddeutschen Bevollmächtigten konvoziert und ihnen vom Staatsminister Delbrück mein Antrag vorgelegt zur Erklärung auch ihres Beitritts. Hier, wo das föderative Element noch stärker als in dem Norddeutschen Bundesrate pulsiert, war man offenbar bestrebt, bei aller Aufnahme des Titels „Kaiser" und „Reich" in die neue Verfassung — gerade in Süddeutschland legt man ja besonderen Wert hierauf — auch zugleich auf das unzweideutigste auszudrücken, daß durch diese Bezeichnung an der inneren rechtlichen Natur des Verhältnisses des Ganzen zu den Teilen und des Oberhauptes zu den einzelnen Landesregierungen nichts geändert, das neubenannte Ganze nach außen ein Reich werden, nach innen ein Bund bleiben, das erbliche Oberhaupt des Ganzen „Kaiser" heißen, demohngeachtet aber nach wie vor Bundespräsidium sein, in seinen Rechten sich nichts ändern solle. Von diesen Gesichtspunkten aus und zugleich

mit Rücksicht darauf, daß eine weitergehende Änderung der einzelnen Paragraphen am zweckmäßigsten der ohnehin unumgänglich neuen Redaktion der Reichsverfassung mit den neuen Reichsorganen vorzubehalten sei, zogen die Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten vor, daß man sich zunächst da der Augenblick ein mehreres nicht erfordere, darauf beschränke an denjenigen beiden Stellen, welche hauptsächlich vom Bund und vom Bundespräsidium handeln, die entsprechenden Änderungen aufzunehmen und zu diesem Zwecke

a. in der Einleitung zu sagen:

dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und folgende Verfassung haben und

b. dem Art. 11a 1 folgende Fassung zu geben:

„das Präsidium &c." (wie nach Wortlaut der Verf.)

im übrigen aber alle Paragraphen der Reichsverfassung fürerst unberührt und unverändert zu lassen."

„Mit diesen Ergebnissen der Verhandlungen mit den süddeutschen Bevollmächtigten, kam Staatsminister Delbrück in die seiner harrende Sitzung des norddeutschen Bundesrats. In dieser erhielt ich zuerst das Wort zur Motivierung meines Antrags. Ich tat dies nur mit wenigen Worten, indem ich auf die verfassungsmäßige Notwendigkeit hinwies, die durch Aufnahme der Bezeichnung „Kaiser" und „Reich" sich nötig machende Änderung des Wortlauts der damaligen Verfassung, so wenig auch die inneren Rechtsverhältnisse infolge davon verändert würden, mit den jetzt versammelten Faktoren der Gesetzgebung im Norddeutschen Bunde zum förmlichen Abschlusse zu bringen, wenn nicht entweder die Publikation der ganzen neuen Verfassung oder wenigstens die Bezeichnung von „Kaiser" und „Reich" bis zur Versammlung des vollen Bundesrats und Reichstags verschoben werden sollte, was nach außen wie nach innen unzuträglich erscheinen müsse. Was die Wahl der Bezeichnung des Oberhauptes als deutscher Kaiser anlange, so wies ich darauf hin, daß ich mich hierbei lediglich an denjenigen

Ausdruck halten zu müssen geglaubt habe, welcher in dem Schreiben, das Seine Majestät der König von Bayern an Seine Majestät den König von Preußen in Übereinstimmung mit allen übrigen Bundesregierungen deshalb gerichtet, letzterem dargeboten und von Allerhöchstdemselben angenommen worden sei."

„Hierauf ergriff Staatsminister Delbrück das Wort und trug vor, daß auch die süddeutschen Bevollmächtigten mit meinem Antrag an sich sich einverstanden erklärt, jedoch in der Ausführung selbst die vorhin bezeichnete Modifikation vorgezogen haben. Ich konnte mich ihr alsbald anschließen und auch im Bundesrate fand sie allgemeinen Anklang, umsomehr als auch im norddeutschen Bundesrate die entschiedene Ansicht herrschte, daß durch die neuen Titel an den seitherigen Rechten und Pflichten im Innern des Bundes nichts geändert werden solle. Ich hatte dies bereits in meiner kurzen Motivierung als selbstverständlich bezeichnet. Aber der königlich sächsische Bevollmächtigte, dem sich diejenigen von Hessen und Mecklenburg anschlossen, wünschte diese Auffassung als die Voraussetzung, unter welcher ihre hohen Regierungen der neueren Bezeichnung zustimmten, ausdrücklich in das Protokoll aufgenommen zu sehen, und stand von diesem Verlangen erst dann ab, als Staatsminister Delbrück der Verhandlung die Wendung gab, daß in das Protokoll die allseitige Auffassung niedergelegt würde, durch Kaiser und Reich sei an den inneren Kompetenzen des Bundespräsidiums und den Pflichten der Bundesglieder nichts geändert."

„Sofort ließ nun der Vorsitzende des Bundesrats die nötige Kommunikation an das Präsidium des eben versammelten Reichstags ergehen, letzteres eröffnete sie alsbald dem Reichstag und beraumte für den nächsten Tag (Sonnabend, den 10. Dezember) die Verhandlung darüber und zwar — da es sich um die Änderung eines Gesetzes, also einer Gesetzesvorlage handelte — die erste Lesung auf den Vormittag, die zweite und dritte auf den Abend an. Der Ausgang ist bekannt: die Vorlage wurde in

allen drei Lesungen mit einer an Einstimmigkeit nahe grenzenden Majorität des Reichstags angenommen und mit der daran sich reihenden Adresse an Seine Majestät den König Wilhelm, die durch dreißig Reichstagsabgeordnete nach Versailles gebracht werden soll, die Wiedereinführung von Kaiser und Reich glücklicherweise noch in einer würdigeren Art im norddeutschen Reichstage zum Abschluß gebracht, als sie — auf dem Wege einer bestellten Interpellation — in denselben eingebracht worden war.

Weimar, 25. Dez. 1870. G. H. Stichling."

Als der Präsident Simson an der Spitze der dreißig Abgeordneten des Reichstags in Versailles eintraf, erklärte es Bismarck bekanntlich für einen Witz der Geschichte, daß Simson zum zweitenmal der Überbringer eines ähnlichen Auftrags, wie im Jahre 1849 war. Wenn Simson aber Erinnerungen aufbewahrte, als seien Stimmen laut geworden, deren Bedenken sich in die Frage, „was diese Leute hier wollten, oder noch derbere Ausdrücke kleideten", so konnte dergleichen nur in sehr untergeordneten Kreisen vernommen worden sein. Man mag aus dieser Überlieferung nur wiederum den Beweis schöpfen, wie viel das Kammerdienergerede in Versailles zu Verdruß und Irrtum Anlaß gab. Es hatte seinen Nährboden hauptsächlich in den Kreisen der Busch und Genossen, die einen geheimen Krieg gegen die Höfe führten, indem sie meinten dem „Chef" damit Vergnügen und eine Unterstützung gegen seine Verkleinerer zu bereiten. Aus übereinstimmenden Überlieferungen, wie denen des Großherzogs von Baden und auch des Herzogs von Koburg, geht hervor, daß in ernsten, namentlich fürstlichen, Kreisen — von allerlei Hofschranzentum soll dabei abgesehen werden — niemand die Abordnung des im Reichstage vertretenen deutschen Volkes anders als willkommen ansah. Am wenigsten zutreffend ist die Auffassung, daß der König die treue Anhänglichkeit seines Volkes, das ihm zur Annahme des Kaisertums Glück zu wünschen kam, unterschätzt habe. So sehr lag jede solche Empfindung dem hochgesinnten König fern, daß nur durch unglaubliche Mißver-

ständnisse sich eine derartige Vorstellung bilden konnte. Das eine freilich stand König Wilhelm, wie einst seinem Bruder fest, daß niemand anderer ein Recht beanspruchen dürfe, ihm den Kaisermantel umzuhängen, als die deutschen Fürsten, wenn derselbe auch durch gewisse kleinstaatliche Schneider zu einem bloßen Mäntelchen gemacht worden war.

Schon am 12. Dezember hatte der König den Wortlaut der von dem Reichstag beschlossenen Adresse, da Bismarck noch nicht wieder seine Krankenstube verlassen konnte, durch den Großherzog von Baden erfahren und war vollständig von dem Inhalte derselben befriedigt. Und als in den nächsten Tagen von manchen anderen Seiten, insbesondere von der Königin Augusta, Briefe anlangten, in denen die Schwächen der neuen Verfassung und die mangelhafte Ausgestaltung des Kaisertums einer sehr scharfen Kritik unterzogen wurden, so trat der König selbst als Verteidiger des Geschehenen und Erreichten auf und äußerte dem Großherzog von Baden gegenüber, man müsse in Betreff der Titelfrage Geduld haben und hoffen, daß das nötige Ansehn sich nachträglich dazu noch einfinden werde. Der Großherzog unterstützte den König in dieser Anschauung und bemerkte nur, daß gewisse kaiserliche Erkennungszeichen nicht früh genug ins Leben gerufen werden sollten, besonders in der Armee und Marine, die als kaiserliche geführt werden müßten, auch für den Bundeskanzler und die ihm unterstehende Beamtenschaft sollte diese Bezeichnung eintreten, was der König durchaus billigte. Ebenso unbefangen erörterte er die Frage, ob der neue Titel in dynastischem Sinne zu verstehen und auf das Hohenzollerische Haus überhaupt auszudehnen sein möchte. Er meinte jedoch, daß die Kaiserwürde nur ihn und die Königin, den Kronprinzen und die Kronprinzessin, alle übrigen Familienmitglieder aber nicht berühren solle. Er habe, sagte er, indessen noch nicht mit Bismarck darüber gesprochen; es müsse aber bald geschehn, weil noch eine große Anzahl anderer Fragen zu erledigen bleibe, die mit der Annahme der Kaiserkrone in Verbindung ständen, z. B. welches Wappen, welche Krone,

welche Flagge zu führen sei u. dgl. m. Mit voller Deulitchkeit war hervorgetreten, daß der König in sachlicher Beziehung sich vollkommen auf dem Standpunkt der deutschen Kaiseridee befand, und daß er ihre Ausgestaltung wünschte, hoffte und beförderte. Seine persönliche „tief unglückliche“ Stimmung war durchaus vereinbar mit dieser sachlichen Teilnahme, da ihm in seinem Alter und bei seinen fürstlichen Gewohnheiten die Ausführung der kaiserlichen Institutionen doch als etwas beschwerliches erscheinen mußte, was er für seinen Teil sehr. gern dem Sohne überlassen hätte. Er hat es oftmals ausgesprochen, daß der Kronprinz eigentlich der berufenste gewesen wäre die Last der neuen Würde nach seinem Regierungsantritt in scharfer Durchführung auf sich zu nehmen. Merkwürdigerweise bildete sich aber sofort das Mißverständnis, daß König Wilhelm nur unter schweren sachlichen Bedenken das Kaisertum angenommen habe. Es läßt sich kaum mehr ergründen, wo der Ursprung dieser schiefen Auffassung lag. Sie war in den Tagen entstanden, als die Reichstagsabordnung in Versailles ankam, und vom Kanzler vermöge der bayrischen Seitensprünge dahin beschieden werden mußte, daß der Empfang nicht alsobald stattfinden könne. Der Präsident von Simson glaubte bei der ersten Unterredung mit Bismarck in der Nacht vom 16. auf den 17. verstanden zu haben, daß sich die Abgeordneten auf einen längern Aufenthalt würden gefaßt machen müssen. Weniger vorsichtige Berichterstatter waren dann rasch bei der Hand, um glauben zu machen, Bismarck werde erst noch etwas schwieriges zu leisten haben, wenn er den König überreden sollte, die Abgeordneten überhaupt zu empfangen, eine Sache, die niemals einem wesentlichen Zweifel unterlag. Nur beharrte der König allerdings auf seinem Standpunkt, daß auch nicht der Schatten eines anderen Gedankens aufkommen dürfte, als daß es die Fürsten und nur die Fürsten waren, denen er die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums zugestanden hatte. Nun war aber leider die offizielle Antwort des Königs von Bayern erst spät am 17. Dezember eingetroffen, und daher

konnte der Empfang der Reichstagsabordnung erst am 18. stattfinden, wie sich für jedermann damals ganz von selbst ergab. Wie aber schon die Adresse des Reichstags, als der König ihren Wortlaut in der authentischen Fassung durch den Großherzog von Baden erfahren hatte, von ihm gebilligt worden war, so erkannte der König auch in der Ansprache Simsons gern den vollendeten Takt an, mit welchem dieser treffliche, bewährteste und tiefgebildetste durchaus deutsch und monarchisch empfindende Mann jede leiseste Überhebung des Reichstags und Überschätzung des Huldigungsaktes zu vermeiden verstand.

Es war ein Sonntag und die feierliche Stimmung war durch eine vom Hofprediger Rogge gehaltene ausgezeichnete Predigt die gehobenste, die man denken konnte. Der König selbst war es, der die noch am Abend vorher viel erörterte, nicht festgestellte Form des Empfangs der Reichstagsabordnung schließlich bestimmte. Mit guter Absicht hatte er erst nach dem Gottesdienste die Anordnung getroffen, daß die anwesenden Prinzen des Hauses und die anderen Fürsten und Prinzen, wie auch die Generale, bei dem Empfange zugegen sein sollten. Auch darin hat der große König richtig und weise entschieden, daß die ganze Handlung nicht nach einem vorher bestimmten, für diesen Fall ausgearbeiteten Hofzeremoniell vor sich gehen durfte, weil sonst die anderen im Felde stehenden Fürsten und Prinzen, vor allem aber auch die fernen Könige von der bevorstehenden Feierlichkeit hätten unterrichtet, wenn nicht dazu eingeladen werden müssen. Mit der ihm ganz besonders eigenen Billigkeit und Geschicklichkeit hat König Wilhelm dem Ereignis des 18. Dezembers den Charakter eines häuslichen Festaktes zu geben verstanden, welcher als etwas improvisiertes, freundliches erscheinen sollte, was Zeugnis gab von dem innigen Verhältnis zwischen dem König und seinem Volke. Aber es durfte kein Staatsakt sein, der die rechtliche Vorstellung zeitigen konnte, daß die neue Kaiserwürde von einem Reichstag geschaffen oder verliehen worden sei. Wie dankbar

man dem König Wilhelm dafür sein muß, daß er durch vorsichtiges, kluges und doch wohlwollendes Vorschreiten jenen rechten Weg zu finden wußte, durch den die Eigenständigkeit der Kaiserkrone den Hohenzollern genau so gesichert wurde, wie es durch König Friedrich I. einst mit der von Preußen geschehen war, ist ein Gesichtspunkt, der viel zu wenig erkannt und hervorgestellt zu werden pflegt.

Wenn der Entwurf zur Antwort des Königs auf die Adresse des Reichstags wirklich, wie die Erinnerungen von Simsons wissen wollen, in der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember zwischen Bismarck und dem Reichstagspräsidenten vereinbart oder wenigstens erörtert worden ist, so muß man annehmen, daß der König schon beim Vortrage des Kanzlers am 17. sofort sein volles Einverständnis mit demselben rasch und ohne jeden Einwand ausgesprochen hat, denn die ziemlich umfangreiche Rede König Wilhelms war Sonntag Vormittag bereits in dessen Händen. Sie läßt die Auffassung und selbst den Stil Bismarcks nicht verkennen. Die scharfe Auseinanderhaltung dessen, was der Reichstag in Betreff der Verfassungsänderungen und durch die rasche Annahme der Verträge mit den Südstaaten in vollendeter Erfüllung seiner Aufgaben geleistet und was daneben von den Fürsten für die Herstellung des Kaisertums in Übereinstimmung mit den Wünschen und Hoffnungen der deutschen Nation und ihrer Vertreter geschehen war, zeigt die staatsrechtliche Meisterhand Bismarcks in jedem Worte. Wenn man aber den Satz betrachtet, wo der König sich darauf beruft, daß er die Kaiserkrone nicht nach eigenem Gefühl und eigenem Urteil, sondern aus Pflichtgefühl annehme, so wird man gerne zugeben, daß Bismarck auch den Empfindungen seines Herrn den haarscharfen Ausdruck zu verleihen wußte, falls man nicht annehmen will, daß dieser Satz von dem König selbst eingefügt worden sei.

Auf diese Weise war zur Feier alles bereitet, als die Reichstagsabordnung um 2 Uhr in den Empfangssaal des

Präfekturgebäudes von Versailles beschieden wurde. Hier hatten sich die anwesenden Fürsten und Prinzen, sowie Generale und Staatsmänner um den König versammelt, so daß sämtliche Länder und Stämme vertreten zu sein schienen. Nur Bayern nahm keinen Anteil an dieser Feierlichkeit, da Prinz Luitpold entweder infolge Mangels an Instruktion seiner Regierung, oder in der Meinung, daß sich diese Handlung nur auf das Verhältnis zwischen dem Könige von Preußen und dem Norddeutschen Bunde beziehen sollte, zu erscheinen unterlassen hatte. Es machte jedoch dieser Umstand in manchen Kreisen von Versailles einen eigentümlichen Eindruck und dürfte auch mitbewirkt haben, daß die Kaiserproklamation nachher viel länger hinausgeschoben wurde, als anfänglich beabsichtigt war.

Man darf den Verlauf der Feierlichkeit, den Inhalt der Anrede Simsons und der von ihm verlesenen Adresse, sowie der Antwort des Königs als bekannt voraussetzen. Von so vielen Teilnehmern ist die seltene und erhebende Handlung mit größter Übereinstimmung erzählt worden, daß kaum jemand in Bezug auf das tatsächliche ununterrichtet sein wird, obwohl keine Berichterstattung verhindern könnte, daß die tiefe Ergriffenheit, welche der König an den Tag legte, von den verschiedenen Geschichtschreibern auf sehr verschiedene Beweggründe zurückgeführt wird. Erst wenn einmal die eigenen vertraulichen Berichte und Schreiben des edlen Königs bekannt gegeben sein werden, wird man ein vollständiges Bild von den innerlichen Vorgängen in seiner großen Seele gewinnen können. Jedermann weiß, wie sein Herz bei großen Wendepunkten stets eine Beziehung zum höchsten Herrn zu finden wußte, der ihn so wunderbar geführt hat, und so wird man gerne denken, daß seine Rührung mehr aus der Höhe stammte, als aus der Betrachtung der politischen Lagen und Gesichtspunkte, die im Streit der Meinungen sich naturgemäß nur in Gegensätzen und Sprüngen entwickeln konnten. Nach den offiziellen Reden sprach der König mit vielen Personen, besonders mit Simson, Moltke, mit den einzelnen Fürsten und

mit Generalen. Sehr beachtet wurde insbesondere von denen die von den Vorgängen der letzten Tage Kenntnis hatten, die sichtliche Freundlichkeit und Dankbarkeit, mit welcher der König den großen Kanzler des neuen Bundes auszeichnete.

Für die weitere Entwicklung der Kaiserfrage ergab sich in unmittelbarer Folge die Notwendigkeit einer Beschlußfassung darüber, auf welche Weise die Erneuerung der Kaiserwürde dem deutschen Volke verkündigt und bekannt gegeben werden sollte. Auch in diesem Punkte hatte der König in ganz selbständiger Weise seine Überlegungen gemacht, bevor noch von irgend einer anderen Seite auch nur die leiseste Anregung gegeben worden war. Schon am 18. Dezember ersuchte er den Großherzog von Baden um einen Vorschlag, in welcher Weise das Kaisertum zu proklamieren sei. Von der Wichtigkeit gerade dieses Schrittes war er ganz außerordentlich erfüllt, und seine Gedanken suchten nach geschichtlichen Ereignissen, die als würdige Beispiele dienen konnten. Der Großherzog machte den Vorschlag, der König von Bayern möge, nachdem ihm König Wilhelm schriftlich seine Zustimmung dazu gegeben, im Namen und unter Anführung aller mitwirkenden Fürsten eine Urkunde ausfertigen lassen, die dem König in einer feierlichen Versammlung vorgelesen und überreicht werden solle. Darauf würde die inzwischen ausgefertigte Zustimmungs- und Annahmeurkunde des Königs von Preußen verlesen werden und beide Schriftstücke sodann den Fürsten und freien Städten in vervielfältigten Exemplaren zu übermitteln sein, damit durch diese die Publikation in den einzelnen Staaten vollzogen werden könne. Dem König gefiel dies sehr und er wünschte, daß der Gedanke dem Bundeskanzler mitgeteilt werde, wozu der Großherzog von Baden noch an demselben Tage eine passende Gelegenheit fand, als er den Besuch von Abeken empfing, der im Auftrage Bismarcks gekommen war. Der König selbst hatte das nahe Christfest als durchaus passenden Termin bezeichnet, um die feierliche Handlung vollziehen zu lassen. Es zeigte sich aber bald, daß innerhalb der kurzen Frist nicht nur die Aus-

fertigung der Urkunden schwierig wäre, sondern daß vor allem auch eine gewisse Unwahrscheinlichkeit vorlag, Bayern nochmals zu irgend einer Tätigkeit in der Kaiserfrage anspornen zu können. Es waren vielmehr inzwischen die allerungünstigsten Nachrichten von München eingegangen, durch die es fraglich war, ob der bayrische Landtag die Verträge mit dem Norddeutschen Bunde genehmigen werde, und welche außerdem erkennen ließen, daß die reichsfeindliche Stimmung in den dortigen höchsten Kreisen an Boden gewonnen und selbst den König nicht unberührt gelassen hatte. In Versailles bestand aber weder bei dem Kaiser noch bei Bismarck ein Zweifel darüber, daß man in Betreff des Kaisertitels unter den gegebenen Verhältnissen, nachdem nun einmal den Bayern ein Vortritt eingeräumt war, nicht weiter fortschreiten könne, solange die Verfassungsfrage als solche nicht endgültig entschieden und damit auch das Kaisertum gesichert sei. Zwar zeigte sich Bismarck in großem Verdruß über die Münchener Vorgänge am 23. Dezember sehr geneigt, die Kaiserproklamation selbst bei einem immer wahrscheinlicher werdenden ablehnenden Votum des bayrischen Landtags nicht zu verschieben, aber der König blieb immer wieder seiner Überzeugung treu, daß der Kaiser lieber gar nicht auferweckt werden sollte, als daß der Schein entstehen dürfte, Preußen hätte denselben mit einer Art imperialistisch-napoleonischem Heißhunger für sich zu begehren nötig gehabt. Er war daher durchaus gegen jede Beeilung, und von einer Verkündigung des von dem König angenommenen Kaisertums war in den Weihnachtstagen alsbald nicht mehr die Rede.

In Bayern war der inzwischen einberufene Landtag nach allen gesandtschaftlichen Berichten tatsächlich nicht geneigt, die von der Regierung abgeschlossenen Verträge anzunehmen, und man stand vor der wahrhaft beschämenden Möglichkeit, daß der Antrag auf Errichtung der Kaiserwürde von einem König ausging, der im Falle der Ablehnung der Verträge überhaupt gar kein Bundesfürst gewesen wäre. Diese Sachlage war aber ge-

radezu geeignet, den Spott der fremden Mächte herauszufordern, die doch in Betreff der Anerkennung des Kaisertitels nachträglich zu begrüßen waren. Die Verlegenheit war eine um so größere, als man Grund hatte, anzunehmen, daß in dem Widerstande der bayrischen Kammern nicht nur die Wünsche sehr entscheidender Münchener Kreise, sondern auch die Machenschaften auswärtiger Mächte, besonders des österreichischen Reichskanzlers, zum Ausdruck gelangten. Was es unter diesen Umständen mit den Versprechungen und Erklärungen des Grafen Bray und seiner Kollegen gegenüber dem deutschen Bundeskanzler eigentlich auf sich hatte, konnte nur Bismarck allein wissen, und es ist wohl erklärlich, daß er in dieser ganzen Angelegenheit während der nächsten Wochen einer fieberhaften Aufregung preisgegeben war, von der sich niemand einen Begriff macht, der in seinen „Erinnerungen" die Entstehung des Kaisertums wie ein glücklich verlaufendes Drama gelesen hat, bei welchem eigentlich nur Kaiser Wilhelm ihm einige unnötige Schwierigkeiten machte.

Nichts bezeichnet die Lage, in welche das zu gründende Deutsche Reich durch die Verhältnisse Bayerns und durch die denselben geschenkten Rücksichten geraten war, besser, als ein Vergleich zwischen dem Verhalten der verschiedenen süddeutschen Vertretungskörper in Betreff der von den Regierungen geschlossenen Verträge. In erhebendster patriotischer Begeisterung hatte der badische Landtag schon am 16. Dezember die Verträge mit dem Norddeutschen Bund und die Militärkonvention mit Preußen angenommen und eine Adresse an den Großherzog beschlossen, die man ohne weiteres als eines der schönsten Denkmale der großen Zeit bezeichnen darf. Eine aus dem tiefen Gefühl deutscher Gesinnung, in welcher ein ganzes Volk mit seinem Fürsten sich einig wußte, hervorgegangene Kundgebung, die von einer völlig irre geleiteten Geschichtsauffassung der Entstehung des Reiches so gut wie ganz vergessen zu werden pflegt! „Und als es galt," so heißt es in der Adresse, „das Einigungswerk Deutschlands zu vollenden, da war Ew. königliche Hoheit der

erste, um das Wort der Treue gegen Deutschland mit Verleugnung jedes Sonderinteresses einzulösen, in der Überzeugung, daß das, was Deutschland stark und frei zu machen berufen ist, auch dem Teil des Ganzen, dem geliebten Heimatlande zum Segen und Heile gereicht."

Doch auch in Württemberg hatte der am 19. Dezember neugewählte Landtag alle Erwartungen übertroffen. Mit größter Beschleunigung arbeitete der Ausschuß seine Vorlagen an die Kammer aus, so daß die Annahme der Verträge schon am 23. Dezember mit überwältigender Majorität erfolgte. Und was bei der Formulierung der württembergischen Beschlüsse ganz besonders erfreulich auffällt, ist die Sicherheit, mit welcher die Volksvertretung sie frei und unabhängig zu machen verstand, von allem bösen Staub, der bereits in München aufgewirbelt wurde, um das Einigungswerk zu Falle zu bringen. Die Beschlüsse waren so geformt worden, daß der Eintritt Württembergs in das Reich unter allen Umständen erfolgen sollte, auch wenn die Gemeinschaft mit Bayern, die in den Verträgen vorausgesetzt war, durch die Verwerfung derselben in den bayrischen Kammern gelöst würde.

Zur selben Zeit (20. Dezember) war auch in Hessen die Annahme der Verträge mit dem Norddeutschen Bunde fast einstimmig erfolgt, und so hätte das deutsche Kaisertum allerdings am Weihnachtsfeste verkündet werden können, wenn Bismarck über den Wert der Erklärungen der bayrischen Minister betreffs der Annahme der Verträge von seite des Königs und des Landtags nicht getäuscht gewesen wäre. Denn obgleich man jetzt aus dem Briefwechsel des Grafen Bray erfährt, welchen „melancholischen Betrachtungen über die Beurteilung seiner Verträge" sich derselbe vorausblickend schon in Versailles hingegeben hatte, so läßt sich doch denken, daß er davon nur seinen intimeren Kreisen Kenntnis gab. Als er nach München zurückgekehrt war, empfand er sogleich die Schwierigkeit der Lage, da es ihm gar nicht gelingen wollte, vom König auch nur zu einem persön-

lichen Berichte über den Abschluß der Verträge zugelassen zu werden. Von allen Seiten rüstete sich die Gegenpartei, um die Ablehnung der Verträge in der Kammer zu bewirken, wodurch selbstverständlich auch die Kaiserfrage hinfällig werden sollte. Herr von Lutz hatte seine schwierige Aufgabe, in der zweiten Kammer die Vorlage der Verträge zu rechtfertigen und zu begründen, schon am 14. Dezember in der Weise zu lösen gesucht, daß er vor seinen Landesgenossen die Ausnahmestellung Bayerns als einen ungeheuern Triumph nicht nur der Diplomatie, sondern auch der gleichsam vor aller Welt nun bewiesenen souveränen Größe und Bedeutung Bayerns pries. Er übertrumpfte die Vorteile, welche wirklich oder scheinbar errungen worden waren nach Kräften, konnte jedoch auch damit leider keinen anderen Erfolg erzielen, als daß in einen Ausschuß zur Prüfung der Verträge 12 der extremsten „Patrioten" und nur 3 Liberale gewählt wurden. Der Vorsitzende erklärte sogleich, daß man mehrere Wochen zur Abstattung eines Berichtes an die Kammer nötig haben werde, und Graf Bray war in die Notwendigkeit gesetzt, dem Bundeskanzler zu erklären, daß er den für den 1. Januar festgestellten Ratifikationstermin nicht einhalten könne. Bis zu welchem Übermut das Gebahren der sogenannten patriotischen Partei sich erhob, wurde durch einen Umstand klar, der damals zwar nicht in die Öffentlichkeit kam, aber zu interessantesten und eigentümlichsten Episoden der Kaisergeschichte gehört. Kurz vor Weihnachten hatte der Papst infolge der Erneuerung der Kaiserwürde in Versailles seinen Wunsch ausdrücken lassen, an den König von Preußen eine Abordnung von Kardinälen zur Beglückwünschung abzusenden und Antonelli, welcher diese merkwürdige Ankündigung vollziehen mußte, sprach dabei die Absicht aus, sich selbst an die Spitze der Abordnung setzen zu wollen. Es soll im nächsten Kapitel noch mehr von diesen sehr überraschenden Verhältnissen die Rede sein. Mit dem verbindlichsten Dank für die wohlwollenden Absichten des Papstes ließ König Wilhelm in einer Form antworten, die

ohne ablehnend zu sein doch zu erkennen gab, daß die Beglückwünschung verfrüht und eine Vertagung des Vorhabens daher erwünscht sei. Man hatte von dieser günstigen Stimmung der römischen Kurie auch in München Kenntnis gegeben, und Freunde des Kaisertums hegten die Meinung, daß eine so entgegenkommende Haltung der päpstlichen Kurie den dortigen ultramontanen und Hofkreisen Anlaß geben werde, ihren Widerstand gegen Preußen und die Reichsidee fallen zu lassen. Aber mit Hohn wiesen die bayrischen Patrioten selbst diese Wendung ab und um Neujahr feierte der partikularistische Parteigeist in München derartige Triumphe, daß sich Herr von Mohl zu dem Ausdruck hinreißen ließ: „das Verhalten des Grafen Bray sei unsagbar ekelhaft". Der Minister schämte sich nicht auf die Frage, was er im Fall einer Ablehnung der Verträge gegenüber der Kammer tun werde, eine runde Antwort zu verweigern und sich auf die Unentschiedenheit des Königs zu berufen, dessen Willen man diesfalls nicht kenne. Der König selbst aber befand sich allen Nachrichten zufolge in einer Stimmung, die so ziemlich das Gegenteil von dem war, was ihn bestimmt hatte, die Hand zu der Einigung des Reichs und zur Errichtung des Kaisertums zu bieten. Während Jörg und seine Patrioten sich im Abgeordnetenhause unter der Devise „Vae victis" sammelten und die Behauptung aufstellten, die Versailler Verträge entsprächen mehr dem Jahre 1866, als 1870, fand in den Regierungskreisen ein Vorgang statt, dessen Ursprung dunkel geblieben ist, der aber in Versailles und in dem Gemüte des Königs Wilhelm tiefe Schatten erzeugen mußte.

Am 11. Januar ging dem König Wilhelm von bayrischer Seite eine persönliche Mitteilung zu, daß die Schwierigkeiten, welche die Regierung finde, die Verträge im Landtag durchzubringen, sich nahezu unüberwindlich gestalteten; ein wesentliches Mittel zu diesem Zwecke könnte eben nur noch darin gefunden werden, daß auf den vereinbarten Eid von seite Preußens Verzicht geleistet würde. Die bayrische Armee, hieß

es, sei doch ein so großer Heerkörper, daß man besondere Rücksichten für denselben haben müßte. Der König erwiderte, er erinnere sich im Augenblicke des Wortlauts der Vereinbarungen nicht genau, um eine bestimmte Erklärung geben zu können, allein er halte schon jetzt dafür, daß eine solche Änderung mit Rücksicht auf alle übrigen Staaten doch nicht getroffen werden könne. Hierauf wurde geantwortet, es sei auch nicht die Absicht, den Vertrag zu ändern, sondern nur eine geheime Verabredung zu treffen, wornach der Vertrag in diesem Punkte nicht zur Anwendung kommen sollte. Da der König hierauf eine bestimmt ablehnende Antwort gab, so schien diese Angelegenheit erledigt. Allein die Verwicklung vergrößerte sich, da gleichzeitig ein Brief des Königs Ludwig übergeben wurde, in welchem lediglich eine Entschuldigung auf die Einladung Preußens nach Versailles zu kommen enthalten war. Der König, so hieß es in diesem Schreiben, befinde sich unwohl und es sei ihm eine Reise in das Hauptquartier daher unmöglich. Das kühle und kurze Schreiben enthielt nichts weiter von der Veränderung der Eidesleistung des Heeres. Unter diesen Umständen mußte sich der Bundeskanzler bequemen, die Sache im amtlichen Wege zu ordnen, wobei aber nur unklares zu Tage kam. Als Herr von Werthern beauftragt wurde nach dem Ursprung der ganzen Angelegenheit zu forschen, konnte er nur durch den Grafen Holnstein etwas erfahren, da Graf Bray außer stande zu sein erklärte, mit dem Könige zu sprechen. Schließlich verlief die unerquickliche Sache im Sand. Und weil die Aussichten gering waren, daß die Verträge in der Kammer angenommen würden, war alsbald ein Zeitpunkt eingetreten wo man sich in Versailles entschließen mußte, doch ohne weitere Rücksicht auf Bayern die Kaiserproklamation vorzunehmen. Bekanntlich ist diese dann wirklich erfolgt, noch ehe die bayrische Kammer die Verträge angenommen hatte und es mag gestattet sein, bevor die Versailler Ereignisse, die zu dem welthistorischen Akte des 18. Januar führten, in weiterer Entwicklung zusammenhängend dargestellt werden sollen, noch mit einigen

Worten der schließlichen Abstimmung im bayrischen Landtag zu gedenken, die am 21. Januar nach zehntägiger leidenschaftlichster Debatte stattfand. Die umfangreichen Gutachten der Majorität und der Minorität des Ausschusses sind bekannt, leider aber von den Geschichtsschreibern meistenteils einer unverdienten Vergessenheit anheimgegeben worden, um so unverdienter, als der tiefgreifende Gegensatz, welcher den bayrischen Partikularismus gegen alles erfüllte, was das Reich und seine Zukunft betraf, sowohl im Majoritäts-, wie im Minoritätsvotum festgenagelt worden war. Die Annahme der Verträge mußte nach Vorschrift der Verfassung, da es sich um eine Änderung derselben handelte, mit Zweidrittelmajorität erfolgen, aber diese wurde nur dadurch erreicht, daß zwei Ultramontane von der Sitzung wegblieben und ein dritter sein Mandat niederlegte. Dadurch war die Majorität von 102 ausreichend, während bei Hinzuzählung der drei nicht stimmenden Mitglieder eine Majorität von 104 erforderlich gewesen wäre. Und um dieses klägliche Resultat noch beschämender zu machen, gaben die Mitglieder der patriotischen Partei, die für Annahme gestimmt hatten, noch eine ausdrückliche Motivierung ab, worin sie den Eintritt in den Norddeutschen Bund als etwas beklagenswertes und nur infolgedessen für annehmbar erklärten, weil sie die Verantwortung der Ablehnung zu übernehmen sich scheuten. Der Beitritt war mithin ein lauter Protest von nicht weniger als 48 offenen Gegnern und 32 nur bedingt stimmenden und in der Sache feindlich gestimmten Patrioten gegen das neue auf dem Norddeutschen Bunde aufgebaute Reich. Und demgemäß war auch die Stimmung in Bayern im Augenblicke der Kaiserproklamation eine durchaus reichsfeindliche. In den höheren bayrischen Gesellschaftskreisen trat dies recht deutlich in der Masse von preußenfeindlichen, recht boshaft erlogenen Klatschereien, welche ununterbrochen gegen den Freiherrn von Werthern in Umlauf gesetzt wurden, hervor. Bald sollte er diese oder jene Manifestation bezahlt, bald sich in den Kneipen umhergetrieben haben, um persönlich zu agitieren, — so schildert Herr von

Wohl die Lage nach der Annahme der Verträge. Das schlimmste aber war ein Gerücht, welches sich in München verbreitete und natürlich auch nach Versailles hin seinen Schatten warf. Der König sollte versichert haben — so wurde in eingeweiht sein wollenden Kreisen erzählt — daß sein Antrag auf Herstellung der Kaiserwürde mißverstanden worden sei. Er habe durchaus nicht an ein erbliches preußisches Kaisertum gedacht und es sei auch in seinem Briefe von der Erblichkeit nicht die Rede gewesen. Er hatte ja darin recht, daß dieses Wort in dem Schreiben an König Wilhelm nicht vorkam und die Sache selbst indirekt bezeichnet war. Sicherlich beruhten jedoch solche Äußerungen des Königs auf einer Gemütslage, die als Vorbote seiner späteren tieftraurigen Entwicklung zu betrachten sein dürfte, wie denn der vielbesprochene Bau eines vergoldeten Krönungswagens eben in diese Zeit fällt und die mannigfachsten Deutungen erfuhr. In Versailles aber, wo man sich seit dem Weihnachtsfest von einem Termin zum anderen behindert sah in der Kaiserfrage fortzuschreiten, brachten diese Umstände Störungen und Mißverständnisse aller Art hervor.

Zunächst hatte es sich schon als untunlich gezeigt, den Vorschlag zur Ausführung zu bringen, welchen der Großherzog von Baden gemacht hatte, daß der König von Bayern die Gründungsurkunde des Kaisertums für die Gesamtheit der Fürsten entwerfen und überreichen lassen solle. Schon in den letzten Dezembertagen hielt sich der Herzog von Koburg nach seinen Mitteilungen überzeugt, daß die Verkündigung des Kaisertums, wenn nicht im offenen Gegensatz, doch sicher ohne besondere Stellungnahme Bayerns werde erfolgen müssen. Andere Fürstlichkeiten, und auch der Kronprinz, waren der Meinung, daß man den Neujahrstag unmöglich dürfe vorübergehen lassen, ohne der gespannt wartenden Nation ein Zeichen zu geben, daß der Kaiser nicht wiederum in den Untersberg oder Kyffhäuser entwichen sei. Der Kronprinz hatte schon am 28. Dezember den Entwurf zu einer Proklamation verfaßt, in welcher ohne alle nähere Ent-

wicklung des Herganges vornehmlich aus der in dem deutschen Volke lebendigen Kaiseridee der Entschluß des Königs verkündigt werden sollte, nach dem Wunsch und Antrag der Fürsten das Reich und Kaisertum der Deutschen wiederherzustellen. Es mißfiel aber der Hinweis auf das alte römische Reich und Kaisertum; und auch Bismarck, dem der Kronprinz seinen Vorschlag mitteilte, vermochte sich nicht damit zu befreunden. Der König bestimmte, daß auch ferner mit einer feierlichen Verkündigung gewartet werden möge, bis die Verhandlungen der bayrischen Kammern in der einen oder anderen Weise abgeschlossen seien. Als man sich aber am Sylvesterabend beim König versammelte, war die Stimmung sehr ernst, und König Wilhelm verriet eine große innere Bewegung in vielen freundlichen Worten, die er fast an jeden einzelnen der Anwesenden mit dankbarer Anerkennung des allerseits geleisteten richtete. Beinahe alle versammelten Fürsten waren aber in unbeschreiblicher Betrübnis, daß der morgige Neujahrsempfang bei dem König stattfinden sollte, ohne daß auch nur von dem großen Ereignis der Zeit die Rede sein durfte. Der Kronprinz unternahm es, an den König die Bitte zu richten, daß beim Empfange am Neujahrsmorgen eine Ansprache mit Rücksicht auf die Schöpfung des Reiches und Kaisers gehalten werden dürfe, aber der König konnte sich, besonders im Hinblick auf eine erneute Erkrankung des Bundeskanzlers, nicht entschließen, dazu seine Genehmigung zu geben. Seit mehreren Tagen hatte sich Bismarck in seiner Wohnung so vollständig abgeschlossen, daß selbst ein Versuch des Großherzogs von Baden, ihn zu besuchen, scheiterte. Am Neujahrsvormittage verabredeten indessen die anwesenden Fürsten, der Großherzog solle bei der königlichen Tafel eine Rede in ihrem Namen mit dem Hinweis auf die neue Gestaltung der Dinge halten, was dieser unter der Bedingung übernahm, daß er die Zustimmung des Königs dazu erlangen würde. Es dürfte aber dem Leser erwünscht sein, eine Aufzeichnung über das folgende kennen zu lernen, die der Großherzog von Baden selbst

über den Verlauf der weiteren Ereignisse an diesem denkwürdigen Neujahrstage gemacht hat:

„Alles, was den König persönlich betrifft, ist ihm unangenehm, und besonders wenn etwas gesagt werden soll, was zu seinem Lobe dient, so protestiert er dagegen. So war es denn auch zuerst,als ich ihm den Wunsch der Fürsten und meine Gedanken darüber mitgeteilt hatte. Endlich aber sagte er, er wolle selbst einen kurzen Trinkspruch auf die Anwesenden ausbringen, und da könne ich ja dann darauf antworten, aber ganz kurz. Ich bat ihn nun aus Rücksicht für die Absicht der Fürsten mir wenigstens zu gestatten, das wesentliche meines Entwurfs mitzuteilen, und nachdem es geschehen war, sagte er: „Nun in Gottes Namen, wenn Ihr es so wollt, so will ich Euch nicht stören, aber wissen will ich nichts davon, denn das darf man nicht glauben, daß ich mir solche Dinge gern sagen lasse.“ Ich dankte dem König, besuchte nun eiligst mehrere Fürsten und so kam die Zeit der Tafel heran.“

„Es waren dazu alle in Versailles anwesenden Fürsten eingeladen und auch der Kronprinz von Sachsen war aus seinem Hauptquartier eingetroffen. Alle Generale, die höheren Stäbe, kurz eine große Gesellschaft von hundert und einigen Personen. Als die Zeit gekommen war, erhob sich der König und sagte, er trinke auf das Wohl des neuen Jahres und wünsche, daß es für Deutschland ein glückliches werde. Er blicke dankend auf das abgelaufene Jahr, in welchem durch die Mitwirkung der deutschen Fürsten und des vereinigten Heeres so großes geleistet wurde. Er danke dem Heere und dessen Führern, sowie den Fürsten und bringe deren Wohl aus.“

„Nach einiger Zeit bat ich den König um die Erlaubnis mich zu erheben und sprach unter einer gespannten Aufmerksamkeit der Versammlung, die meine innere Gemütsbewegung noch bedeutend erhöhte, die nachfolgenden Worte: „Gestatten Ew. kgl. Majestät, daß ich im Namen der hier anwesenden deutschen Fürsten aufrichtig danke für die wohlwollenden Gesinnungen, welche Höchstdieselben an uns zu richten geruhten. Es sei mir

auch gestattet, zugleich den Gefühlen der Freude Ausdruck zu geben darüber, daß es uns vergönnt ist, beim Beginn dieses vielverheißenden Jahres um den sieggekrönten königlichen Heerführer der Deutschen versammelt zu sein. Das deutsche Heer hat unter Ew. Majestät glorreicher Führung die Einheit der deutschen Nation gegen den äußern Feind erkämpft. Ew. kgl. Majestät haben im Verein mit den deutschen Fürsten und freien Städten den unschätzbaren Wert dieses heldenmütigen Kampfes wohl erkannt und in dem Streben betätigt, die innere Einheit der Nation als schönsten Lohn für die großartigen Opfer derselben zu dauernder Größe zu erheben."

„Der heutige Tag ist dazu bestimmt das ehrwürdige Deutsche Reich in verjüngter Kraft erstehen zu sehen. Ew. kgl. Majestät wollen aber die angebotene Krone des Reichs erst dann ergreifen, wenn sie alle Glieder desselben schützend umfassen kann. Nichts destoweniger erblicken wir heute schon in Ew. kgl. Majestät das Oberhaupt des deutschen Kaiserreichs und in dessen Krone die Bürgschaft unwiderruflicher Einheit."

„König Friedrich Wilhelm IV. sagte vor 21 Jahren: Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfeld errungen werden. Heute, da dieses königliche Wort sich glänzend erfüllt hat, dürfen wir uns alle wohl in dem Wunsche vereinigen, es mögen Ew. kgl. Majestät durch Gottes Gnade noch recht lange und gesegnete Jahre vergönnt sein, dieses geheiligte Symbol deutscher Eintracht und Kraft in Frieden zu tragen. Zur Bekräftigung dieses aufrichtigen Wunsches rufe ich die Worte aus, welche der hohe Verbündete Ew. Majestät, seine Majestät der König von Bayern zu geschichtlicher Bedeutung erhoben hat: hoch lebe seine Majestät König Wilhelm der Siegreiche!"

„Dieser Ruf fand natürlich einen begeisterten Wiederhall und dreimalige Wiederholung in der nun freudig bewegten Versammlung. Der König war sehr bewegt, gab mir freundlich die Hand und sagte mir die sehr werten Worte: Nun Du hast das Beste für die Einigung getan, Dir gebührt der Dank dafür."

„Nur mein Tagebuch darf diese Worte aufnehmen, die mir teuer sind, nicht weil ich glaube sie zu verdienen, sondern weil sie mir eine werte Anerkennung sind für meinen guten Willen, der für die Tat genommen werden muß. Die Musik blies nun kräftigen Tusch und als sie das „Heil dir im Siegerkranz“ anstimmte, erhob sich die ganze Versammlung aus Ehrfurcht vor dem, für den diese Hymne bestimmt war. Nach Tisch hatte ich die Freude, viele freundliche Äußerungen über meine Worte zu hören und der König verlangte eine schriftliche Aufzeichnung derselben; noch am späten Abend schrieb ich dann die paar Worte nach den vorhandenen Notizen aus dem Gedächtnis getreulich nieder. Es war ein bedeutungsvoller Tag und er ward würdig begangen.“

III.

Der 18. Januar.

Seit jenem Tage war der König unermüdlich bedacht, die Angelegenheiten der Kaiserproklamation und des Vollzugs der Kaiseridee zum guten Ende zu bringen. Infolge des anhaltenden Unwohlseins Bismarcks richtete er schon am 5. Januar ein Schreiben an ihn mit der Aufforderung, nunmehr nicht zu zögern und baldigst Vorschläge zu machen über alles, was die Einsetzung und Ausstattung des deutschen Kaiserreichs betreffe. Er verlangte Entscheidung über die Titelfrage, ferner ob der König und die Königin allein, oder mit ihnen auch der Kronprinz und die Kronprinzessin durch die Erhebung zur Kaiserwürde berührt, oder ob die ganze königliche Familie mit dem kaiserlichen Titel beliehen werden solle; auch die Frage des Wappens, ob es ein zweiköpfiger oder einköpfiger Adler und ob das preußische Wappen damit zu verbinden sei, endlich die Frage der Fahnen und der Flaggen wünschte der König erledigt zu sehen. Er war für die Sache des Reichs und Kaisertums vortrefflich gestimmt und wünschte zuerst sogar für das gesamte deutsche Militär das kaiserliche Abzeichen eingeführt zu sehen, was er dann wieder

fallen ließ, als sich die Schwierigkeiten auf allen Seiten und mit jedem Tage mehrten. Bismarck schickte infolgedessen den Minister Delbrück zum Kronprinzen, um die von dem König geforderten Vorlagen zu bewirken, weil er wußte, daß sich der Kronprinz mit diesen Dingen schon seit längerer Zeit beschäftigt hatte. Hierauf antwortete der Kronprinz sofort, daß er wünsche, der Titel des Kaisers solle Kaiser von Deutschland lauten und man möge sich nicht an die bayrischen Wünsche kehren. Der Titel des Kronprinzen sollte Kronprinz von Deutschland und Preußen sein. Das ganze Haus müsse kaiserlich werden; das gesamte deutsche Heer solle kaiserlich deutsches Heer, die Marine kaiserlich deutsche Marine heißen; die schwarz-rot-weiße Kokarde, das Fahnenband solle das ganze Heer tragen. Der Großherzog von Baden und der Herzog von Koburg stimmten entschieden mit diesen Ansichten des Kronprinzen überein. Sie wurden nunmehr gemeinschaftlich mit den von dem Bundeskanzler seinerseits geltend gemachten Ansichten dem König vorgelegt und waren Gegenstand weiterer Verhandlungen, welche schriftlich geführt wurden, doch sind diese Akten verborgen geblieben und ihr Inhalt entzieht sich selbstverständlich einer genauen Berichterstattung.

In dem betreffenden Vortrag des Bundeskanzlers an den König wurde nun, wie es scheint, zum erstenmal die Tatsache berichtet, daß die bayrischen Regierungsbevollmächtigten bei den Verhandlungen mit Bismarck schon im November die Bedingung aufgestellt hätten, es dürfe der Titel Kaiser von Deutschland nicht gebraucht werden. Deshalb beantragte der Kanzler die Führung des Titels: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen.“

Weiters soll in dem Vortrag des Kanzlers beantragt worden sein, daß die Königin den kaiserlichen Titel führen, der Kronprinz und die Kronprinzessin aber ihre gegenwärtige Benennung beibehalten, jedoch kaiserliche und königliche Hoheit genannt werden sollten. Wie es der König mit den übrigen Mitgliedern des

Hauses gehalten wissen wolle, so sei es auch dem Bundeskanzler genehm. In Betreff der Armee, der Wappen und Fahnen scheint sich Bismarck schließlich der Meinung des Königs angeschlossen zu haben, daß Preußen die preußischen Fahnen und die anderen Kontingente die ihrigen behalten und nur in Kriegszeiten allen ein dreifarbiges Fahnenband gemeinsam sein solle, die Kokarde wünschte aber der Kanzler auf das ganze Heer angewendet und für die Marine die kaiserliche Bezeichnung.

Über alle diese seit Anfang Januar immer schärfer hervortretenden Meinungsverschiedenheiten ist es zu einer rechten Entscheidung nicht so bald gekommen. In Betreff des Kaisertitels ganz besonders stießen die Anschauungen der nächstbeteiligten Persönlichkeiten, sowie auch der anderen fürstlichen Bundesmitglieder sehr hart mit denen des Bundeskanzlers zusammen. Da man nicht bestimmt zu erfahren vermochte, ob der von den bayrischen Bevollmächtigten erhobene Einwand vertragsmäßig festgelegt war, oder ob sich die Mitteilungen Bismarcks in dieser Beziehung nur auf bloße Wünsche und nichtssagende Redensarten des Grafen Bray bezogen, so zeigte sich auf keiner Seite zu einer raschen Nachgiebigkeit in dieser ernsten staatsrechtlichen Frage Lust und Neigung. Man hatte vielmehr die Empfindung, daß nach allen Zugeständnissen, welche Bayern bereits von Reichswegen gemacht worden waren, es nur ein wahrer Übermut des Grafen Bray und seiner Kollegen gewesen sein konnte, gleichsam auch noch das Schwert des Brennus in die Wagschale zu werfen und etwas anzufechten, wogegen sämtliche andere Könige und Fürsten nicht das Mindeste einzuwenden fanden. In der Tat machte es auf Persönlichkeiten, wie beispielsweise auf den Herzog von Koburg nach Mitteilungen, die von ihm vorliegen, einen fast unbegreiflichen Eindruck, als sie seit Anfang Januars mehr und mehr davon sprechen hörten, daß es den bayrischen Ministern in Versailles gelungen sei, einen förmlichen Meinungskrieg über die Frage Kaiser von Deutschland oder Deutscher Kaiser heraufzubeschwören. Es war, wie Herzog Ernst erzählte, nicht sowohl

die Sache selbst, als vielmehr das beschämende Gefühl, daß die Meinung aller anderen deutschen Fürsten gegen diejenige der bayrischen Minister selbst in solchen mehr äußerlichen Fragen zurückstehen müsse. Daß auch der König eine ähnliche Empfindung gehabt haben mag, läßt sich zwar nicht beweisen, aber nach seinem Verhalten in den nächsten Tagen vermuten.

Diese Gegensätze verschärften sich aber von Tag zu Tag durch die Nachrichten aus München selbst. Seit der Zeit der oben erwähnten Schwierigkeiten wegen des Eides des Heers war eine förmliche Verwirrung eingetreten. Der Kronprinz, der geneigt gewesen wäre den gordischen Knoten als ein anderer Alexander zu lösen, verzweifelte, als er sah, daß Bismarck sich vorwiegend auf die bayrische Seite stellte und der König in einer Art von Ruhebedürfnis gewillt war, alle heereseinheitlichen Absichten nunmehr aufzugeben und wieder zu seinem preußischen Standpunkt zurückzukehren. Der Großherzog von Baden zog die übrigen in Versailles anwesenden Fürsten zu einer Beratung heran, um den König für den Fall der Ablehnung der Verträge durch die bayrischen Kammer im Sinne des Kronprinzen zu einem selbständigen Vorwärtsschreiten in der Kaiserfrage aufzufordern. „Alles schwankt und zaudert“ — heißt es in einer Aufzeichnung dieser Tage.

Freitag den 13. Januar meldete sich Minister Delbrück im Auftrage des Bundeskanzlers bei dem Großherzog von Baden, um die Titelfrage zu besprechen. Hierbei berief sich Delbrück besonders auf den Wortlaut jener Artikel in der Verfassung, welche soeben vom Bundesrat und Reichstag in dem Sinne abgeändert wurden, daß der Ausdruck „Deutscher Kaiser“ statt der Bezeichnung des Präsidiums eingesetzt war. Auch verteidigte er die Auffassung Bismarcks, wonach die Bezeichnung Kaiser von Deutschland einen Territorialanspruch bedeuten würde. Als jedoch der Großherzog von Baden bemerkte, es scheine ihm in diesem Punkte eine viel zu weitgehende Nachgiebigkeit gegen Bayern vorzuliegen und er glaube allerdings, daß so starke

Gegensätze der Anschauungen sich keineswegs so leicht vereinigen ließen, erklärte Delbrück, er habe hier nur die Aufgabe die Ansicht des Bundeskanzlers zu vertreten, dieser aber sei in diesem Punkte fest und könne schlechterdings zu keinem Zugeständnis sich entschließen. Man sah mithin sich vor eine Frage gestellt, die eine ernste und mit Rücksicht auf die Stellung des Kanzlers unerwartet große Bedeutung hatte. Wer die Sache so darstellen wollte, als sei durch einen plötzlichen Widerwillen des großen Königs eine an sich klare Sache erschwert worden, nur weil der hohe Herr den Einfall hatte, in dem vorgeschlagenen Titel eine Analogie mit der Bezeichnung eines „Charaktermajors“ zu erblicken, der würde sich einer vollendeten Fälschung der Tatsachen schuldig machen. Die Angelegenheit beschäftigte vermöge der damit in Verbindung stehenden diplomatischen Einseitigkeiten nicht nur den König und den Kronprinzen, sondern auch die Fürsten, welche immerhin der Meinung sein durften, daß ihre Ansicht und ihre Darbietung der Kaiserkrone von gleichem Werte sein müsse, wie die des Königs von Bayern. Der scheinbar geringfügige Gegenstand gelangte im Verlaufe der nächsten Tage zur Bedeutung einer Staatsangelegenheit, bei welcher in aller Stille der maßgebende Einfluß ermessen wurde, den die verschiedenen Bundesmitglieder vielleicht auch in der Zukunft auszuüben im stande sein würden. Die bayrisch-Bismarckische Auffassung ist bekanntlich siegreich geblieben, es wäre aber eine Ungerechtigkeit ohne gleichen, wenn man auch allen denen, die für die nachdrücklichere Betonung der Kaiserwürde ihre Stimmen erhoben hatten, eine kleinliche Gesinnung in diesem Streite unterschieben wollte. Am 14. Januar besprach König Wilhelm die Kaiserfrage eingehend mit dem Großherzog von Baden und beklagte sehr, daß sich solche Schwierigkeiten nun auch wegen des Titels ergeben hätten. Er fand, daß der Titel Deutscher Kaiser durchaus nicht das richtige sei, aber leider habe Bismarck diese Sache mit den Bayern besprochen und ihn jetzt erst von dieser Lage der Dinge unterrichtet. Der Großherzog benutzte

diese Gelegenheit, den König in seiner Ansicht zu bestärken und teilte ihm mit, daß alle anwesenden Fürsten es sehr beklagen würden, wenn der König sich nicht „Kaiser von Deutschland" nennen wollte. In diesen Kreisen sei es schon bekannt geworden, daß aus Rücksicht für Bayern eine Sache geschehen solle, die weder in Deutschland, noch im Ausland verstanden werde. Auch könne er dem König nicht verhehlen, daß man anfange, sich die Frage zu stellen, warum denn auf die Gegner immer mehr Rücksicht als auf die Freunde genommen werde, umsomehr als die Freunde einen starken Kaiser, die Gegner nur einen Titel-kaiser wünschten. Es sei auch schon erwogen worden, ob die Fürsten einen kollektiven Schritt tun sollten, um den König zu bitten, sich als „Kaiser von Deutschland" zu proklamieren und alle daraus entstehenden Folgerungen sofort ins Leben zu rufen. Der König war anfänglich sehr überrascht, sagte dann aber, wie wenn er innerlich zu einem Entschluß gekommen sei: Ich habe schon lange zu Bismarck gesagt, daß diese Rücksichten auf Bayern nicht gerechtfertigt sind und daß wir auf die Freunde mehr Rücksicht nehmen sollten. Und hierauf schloß der König, sichtlich erleichtert, die Unterredung mit den Worten: Ich werde nochmals mit Bis-marck darüber reden. Am anderen Morgen sprach sich auch noch der Kronprinz dem König gegenüber mit vollem Erfolge über die Sache aus und bat, sich für den Titel zu entscheiden, den alle Welt als den einzig geeigneten und würdigen ansehe.

Inzwischen war die Antwort des Königs, die Kaiserwürde annehmen zu wollen, nachdem der Antrag von Bayern mit der Zustimmung aller Fürsten offiziell in Berlin übergeben worden war, in gleichlautendem Wortlaut am 14. Januar allen Fürsten zugegangen. Am Sonntag den 15. Januar er-öffnete der König seinen endgültigen Willen, daß die Kaiser-proklamation am Jahrestage der ersten preußischen Königs-krönung vor sich gehen solle. Zugleich wurde der Kronprinz mit den Anordnungen für die Feier beauftragt, die er mit vollendetem Eifer und seinem bewährten Geschick zu treffen ver-

stand. Sein Werk war also die großartige gelungene Handlung, die am 18. in der Spiegelgallerie die Aufmerksamkeit Europas auf sich lenkte. Wer hätte denken mögen, daß dem freudigen Ereignisse noch bittere Stunden und heiße Kämpfe vorangehen sollten. Denn die bis dahin schriftlichen Erörterungen über den Kaisertitel und die damit zusammenhängenden Fragen hatten am 16. Januar zu einer Resolution des Königs geführt, in welcher bestimmt wurde, daß der König den Titel Kaiser von Deutschland führen wolle. Indem er sich bedauernd darüber aussprach, daß ihm nicht früher bekannt geworden sei, in welcher Weise die Frage mit Bayern behandelt wurde, erklärte er die Konsequenzen dieses Verfahrens nicht annehmen zu können, indem er die Bezeichnung Kaiser von Deutschland für die richtigere halte. In allen andern Punkten trat der König vorwiegend den Anträgen Bismarcks gegenüber denjenigen des Kronprinzen bei. Allein in der Erwiderung beharrte der Kanzler unter Betonung seiner Verantwortung durchaus bei seiner Behauptung, daß der Titel „Kaiser von Deutschland“ einen Territorialanspruch enthalte, und es machte den Eindruck, als ob eine Kabinettsfrage gestellt sei. Die Gegenpartei beriet daher schon am 16., ob sie dem König raten solle, sich der Ansicht des Kanzlers anzuschließen, konnte sich aber zunächst nicht für überzeugt erachten, und so blieb nach wie vor der Streit unentschieden. Dem Kronprinzen gegenüber sprachen sich selbst so ruhig denkende Fürsten, wie der Großherzog von Oldenburg, immer entschieden für die sachlichere Bezeichnung der neuen Würde aus und der verhängnisvolle Vergleich des Titels „Deutscher Kaiser, König von Preußen“ mit dem Charaktermajor in der Armee, welcher durch Bismarcks Erinnerungen für die Nachwelt scherzhaft geworden ist, dürfte zwar sicherlich nicht vom König gemacht worden sein, aber seinen Ursprung vielfachen Gesprächen verdanken, welche in dessen Umgebung vorgekommen sein werden. Wenigstens erzählte der Herzog von Koburg später, das unerbittliche und leidenschaftliche Eintreten des Kanzlers für den weniger be-

zeichnenden Titel habe schließlich so wenig Verständnis gefunden, daß man sich in manchen Hofkreisen nicht versagte, die ganze Sache recht wenig ernst zu nehmen. Der Großherzog von Baden wies dagegen dem Kronprinzen gegenüber nachdrücklich auf die für Deutschlands politische Verhältnisse immer drohendere Gefahr hin, daß die bayrischen Minister, welche die Sache offenbar ganz auf ihre eigene Faust und nicht einmal unter ausdrücklicher Instruierung des Königs Ludwig dem Bundeskanzler abgerungen haben mußten, immer verwegener und übermütiger werden würden, wenn man auch hierin ihnen zu willen wäre. Bismarck hatte indessen durch die Anwesenheit des Hausministers von Schleinitz, der mit dem Grafen Stillfried von Berlin eingetroffen war, eine Unterstützung erhalten. Dieser befürwortete auch die Ansicht, daß der Titel „kaiserliche Hoheit" nur dem Kronprinzen, nicht aber den anderen Mitgliedern der Familie zukommen sollte. Und so stand tatsächlich auch noch am Tage vor der Kaiserproklamation nicht fest, wie der König von Preußen nunmehr genannt und als was er am 18. Januar verkündigt werden solle. Man konnte sich daher nicht wundern, daß man lediglich in Versailles von dem Ordensfest sprach, bei welchem als Nebensache der Kaisertitel zu proklamieren sei.

Unter dem Eindruck solcher Stimmungen und Gegensätze sah man am 17. Januar nicht unbesorgt einer Konferenz entgegen, in der die schwebenden Fragen nun doch zu einem Abschluß gebracht werden mußten. Der Geschichtsschreiber würde vielleicht gerne von den Vorfällen dieser Sitzung schweigen, wenn nicht der große Kanzler selbst den Vorhang zu lüften für gut gefunden und in seinen Erinnerungen ein Bild entworfen hätte, das teilweise in stärkstem Widerspruche mit anderen Überlieferungen und Berichten steht. Teilgenommen an der Beratung hat niemand, als der König, der Kronprinz, Bismarck und von Schleinitz. Die Gründe, welche Bismarck gegen den Titel Kaiser von Deutschland schriftlich und mündlich ins Treffen führte, sind ihm noch zur Zeit der Abfassung seiner Memoiren so deutlich im Gedächtnis

geblieben, daß es fast scheinen könnte, es sei von nichts anderem die Rede gewesen. Jedenfalls dürfte nach seiner Darstellung kaum jemand eine Ahnung davon erhalten haben, daß in dieser ganzen Angelegenheit vom Beginne bis zum Ende der tiefgreifende bayrische Verdruß die politische Hauptsache war. In den „Gedanken und Erinnerungen" fällt wohl am meisten auf, daß der Großherzog von Baden gleichsam als Eideshelfer des Kanzlers gegenüber dem eigensinnigen König erscheint, während jener recht eigentlich, wie aus den vorhergehenden Schilderungen nun wohl zu ersehen ist, an der Spitze der zahlreichen deutschen Fürsten stand, die sich durch die einseitige Begünstigung bayrischer Minister, noch obenein in einem Augenblicke, wo es noch gar nicht feststand, ob Bayern zum Deutschen Reiche gehören werde oder nicht, nachgerade zurückgesetzt fühlen durften.

Bei der Konferenz wurde kein Protokoll geführt und das, was nach einem leidenschaftlich geführten Streite als festgestellt angesehen wurde und was nicht, blieb nach wie vor widerspruchsvoll, und, wie sich gleich zeigen wird, hatten davon der König und der Kanzler verschiedene Vorstellungen. Der König war so erregt, daß ihn eine Erzählung weinen, eine andere auf den Tisch schlagen, aufstehen, an das Fenster treten und den versammelten Herren den Rücken zukehren läßt. Nach Mitteilungen des Kronprinzen, die dann am 18. Abends Bismarck selbst in einem Gespräche bestätigte, hatte der König den Befehl gegeben, die ganze Feierlichkeit der Kaiserproklamation abzusagen, weil eine Einigung nicht stattfinden könne. Als es dann aber gelang, den König wieder zu beruhigen und von dieser Idee abzubringen, wurden nach Berichten, die auf den Kronprinzen zurückzuführen sind, folgende Vereinbarungen getroffen: Der Titel soll heißen Deutscher Kaiser und auch auf die Königin übergehen; der Kronprinz soll genannt werden Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und dem entsprechend auch die Kronprinzessin; die übrigen Glieder der Familie sollen von der Veränderung vorläufig unberührt bleiben, und erst später,

falls es zu einer Krönung komme, über diesen Punkt entschieden werden. Das Heer soll nicht Reichsheer genannt werden und kein kaiserliches Abzeichen erhalten, dagegen die Marine. Über Wappen, Flagge, Siegel u. s. w. hat bei der allgemeinen Erregung keine Erörterung stattgefunden. Auch über die Feier selbst wurde kein Programm vereinbart und es blieb alles dem Kronprinzen überlassen, der für das Gelingen der festlichen Handlung auf die Pünktlichkeit der militärischen Kreise hoffte. Daß der König in der Hitze des Streites den Ausdruck gebraucht hat, der morgige Tag werde der unglücklichste seines Lebens sein, ist von beiden Seiten zugegeben worden; was aber den König ganz besonders gereizt haben wird, war der Umstand, daß Bismarck seinen Rücktritt von dem Kanzlerposten, es blieb ungewiß, ob sofort, oder erst nach Abschluß des Krieges und erlangtem Frieden begehrte. In seinen Gesprächen mit dem Großherzog von Baden am 18. Januar nach der Kaisertafel kündigte er seinen festen Entschluß an, nach dem Frieden abzudanken. Es ist also unaufgeklärt, wie stark die Mittel waren, die den König zur Nachgiebigkeit in der Hauptfrage bestimmen sollten. Die „morose Stimmung", von welcher der König sehr erklärlicherweise am 17. Januar seiner Gemahlin schrieb, hatte am 18. morgens einer gewissen Abspannung Platz gemacht, die von dieser schwer bedrückten Heldenseele erst im Laufe der gewaltigen, erschütternd großen Ereignisse dieses Tages gewichen ist. Viele Teilnehmer hatten bei dem Kaiserfeste die Empfindung, als ob etwas bedrückendes vorgefallen sei und der König machte mehr den Eindruck eines niedergebeugten als aufsteigenden Gewalthabers. Als er in dem Vorsaale der Spiegelgallerie, in welchem sich die Fürsten versammelt hatten, eine Ansprache an diese hielt, schien er sich gepreßt zu fühlen, und der Herzog von Meiningen bemerkte in einem Briefe noch ganz vor kurzem, nach seinen Erinnerungen an das Ereignis habe er den König niemals so „geniert" gefunden wie bei dieser Gelegenheit. Da es ferner in seiner Ansprache, in der er die Bedeutung der Feier hervor-

hob, nicht unbetont blieb, daß die Einheit des Reiches noch nicht überall freudig anerkannt werde, so glaubten nach Versicherung des Herzogs von Koburg manche, es seien von München schlechte Nachrichten eingelaufen und man habe vielleicht dort soeben das Reich einzusargen gesucht. Damit schien zu stimmen, daß in der Ordre des Kronprinzen für die dritte Armee den bayrischen Korps freigestellt war, ob sie an der Feier teilnehmen wollten, oder nicht.

Unterdessen hatten auch die Verhandlungen über den Titel des neuen Kaisers einen noch immer unerfreulichen und aufregenden Fortgang genommen, worüber der am meisten dabei beteiligte Großherzog von Baden erzählt: „Schon früh morgens bekam ich einige Sendungen vom König und vom Kronprinzen, die sich auf die gestrige, sehr peinliche Unterredung bezogen. Der König hatte gestern die Theegesellschaft absagen lassen, und da also die gewöhnliche abendliche Gelegenheit für Mitteilungen fehlte, so setzte mich der König in Kenntnis, obgleich Graf Bismarck den Titel Kaiser von Deutschland nicht wolle, solle ich doch diese Bezeichnung gebrauchen, wenn ich nach dem Akte der Proklamierung das Hoch ausbringe. Das Gleiche schrieb mir der Kronprinz, nachdem er zum Vortrag beim König gewesen, freilich mit der Bemerkung, der Bundeskanzler sei dagegen. Ich war also zwischen den König und den Bundeskanzler gestellt und sollte doch auf den Kaiser ein Hoch ausbringen! Zu einer Auseinandersetzung war keine Zeit mehr, ich mußte also suchen die betreffenden Personen unmittelbar vor der Feier zu sprechen ... Da man durch den vierten Saal gehen mußte, um in die anderen Räume zu gelangen, so ergab sich dort die Gelegenheit den Grafen Bismarck zu sprechen, der mir mit der Frage entgegenkam, die ich an ihn richten wollte. Er sagte mir, da er vernommen, daß ich nach der Proklamation das Hoch ausbringe, so erachtete er sich verpflichtet mich in Kenntnis zu setzen, daß der König den Titel deutscher Kaiser sanktioniert habe und er mich daher bitte, diese Bezeichnung bei meinem Ausspruch berücksichtigen zu wollen. Ich erwiderte dem Bundeskanzler, daß der König mir sogar

den Wunsch ausgesprochen habe Kaiser von Deutschland zu sagen, ich sei daher in einer sehr unangenehmen Lage, da ich nur das tun wolle, was endgültig beschlossen worden sei, und doch aufgefordert werde, das Gegenteil auszusprechen. Der Bundeskanzler war ganz außer sich vor Ärger und klagte über den König und über die Unmöglichkeit auf solche Art Geschäfte zu machen und besonders wenn es sich um große Staatsaktionen handle, wie heute. Er schloß damit zu sagen: wenn der König befohlen hat, so habe ich nichts mehr zu sagen und ich muß es Ihrem Ermessen überlassen das zu tun, was dieser schwierigen Lage entspricht. Ich erwiderte, es könne für mich nur einen Weg geben, d. h. noch in der letzten Stunde zu versuchen, die Gegensätze zu vermitteln. Ich wollte den König von der Lage unterrichten und ihm die Bedenken des Bundeskanzlers mitteilen. So schieden wir und die Züge des Grafen Bismarck verrieten mir eine von den tiefen Erregungen, in denen er sogar dem unzweideutigsten und aufrichtigsten Ausspruch mißtraut."

„Wenige Minuten nachher hörte man Kommandoworte, die Wachen präsentirten, es öffneten sich die dichten Reihen und der König trat ein. Er war gekleidet in die Uniform seines ersten Garderegiments zu Fuß, wie er stets bei großen Anlässen zu tun pflegt; er trug alle militärischen Orden und Ehrenzeichen Europas. Noch selten sah ich den König so ergriffen, daß er den Eindruck machte tief gebeugt zu sein. Er war rasch die große Marmortreppe hinangestiegen und trat so atemlos in den Saal der Fürsten, daß, mit der innern Bewegung vereint, er Mühe hatte eine kurze Ansprache an uns alle zu richten, in welchem er kurz die Bedeutung des bevorstehenden Aktes schilderte.

„Ich benutzte einen freien Augenblick, dem König die vorhin bezeichnete Lage zu schildern und hob hervor „daß nach erfolgter königlicher Sanktion es mir ratsam scheine bei diesem feierlichen Akt nur die Ausdrücke zu gebrauchen, welche streng den gegebenen Bestimmungen entsprächen, da ja jeder hier von offizieller Bedeutung sei. Der König war sehr ungehalten darüber und

äußerte sich in heftigen Ausdrücken über Graf Bismarck. Ich suchte ihn dadurch zu beruhigen, daß ich ihm vorschlug, ich wolle das Hoch so ausdrücken, daß weder die eine noch die andere Bezeichnung genannt werde; worauf der König etwas unwillig erwiderte: Du kannst das machen wie du willst, ich werde mich später doch nur so nennen, wie ich es will, nicht wie Bismarck es bestimmen will. Nun war ich wieder auf mich selbst angewiesen, da der König sich abwendete und uns aufforderte ihm in den großen Saal zu folgen. Da ich dem König mit dem Kronprinzen folgte, so machte ich letzterem den Vorschlag nur Kaiser Wilhelm zu sagen, womit er einverstanden war. Wir durchschritten nun die vorhergenannten Prachtsäle bis zur großen Gallerie Ludwigs XIV."

Unterdessen hatte sich alles in der Gallerie des Glaces nach den Angaben des Kronprinzen geordnet; ein musterhaft erdachtes Bild, das keinem deutschen Manne fremd geblieben ist. Als der Kaiser die offizielle Ansprache an die Fürsten verlas, worin er dem Antrage „mit Wiederherstellung des Deutschen Reichs die deutsche Kaiserwürde für sich und seine Nachfolger zu übernehmen" Folge zu leisten erklärte, hatte er seine vollständige Ruhe und Sicherheit wiedererlangt, und er sprach die Aufforderung an den Kanzler, die Proklamation an das deutsche Volk zu verlesen, mit lauter und vernehmlicher Stimme. In der Proklamation selbst werden demjenigen, der die Einzelheiten der Ereignisse der vorhergehenden Tage beachtet, zweierlei Umstände auffallen. Von der Initiative des Königs von Bayern ist nicht im besondern die Rede und das Kaisertum selbst wird als eine Erneuerung der seit mehr als 60 Jahren ruhenden Würde betrachtet. In beiden Beziehungen wird man eine sorgfältige Vermeidung aller jener strittigen Gesichtspunkte erkennen dürfen, die so viel Unheil anrichteten. Herr von Keudell versichert in seinem neuesten Werke, daß auf dem Antlitz des großen Kanzlers, der gleichsam mit seinem Herzblut diese gewaltigen Ereignisse in das Buch der Geschichte geschrieben hatte, die bleichen Schatten harter politischer

Arbeit zu sehen waren. Seine Spannung war gewiß um so größer, als er noch nicht wußte, wie der Großherzog demnächst die Frage lösen werde, die noch eben bis zum letzten Augenblick schwankend blieb. In seiner sofort niedergeschriebenen Aufzeichnung erzählt der Großherzog selbst die weitere Entwicklung: „Nun kam die Reihe an mich — ich trat zum Kaiser heran, verbeugte mich und bat um die Erlaubnis, die Versammlung zu einem Hoch auf ihn einladen zu dürfen. Nickend erteilte der Kaiser die Genehmigung, und ich rief so laut wie möglich in die harrende, lautlose Versammlung: „Seine kaiserliche und königliche Majestät — Kaiser Wilhelm lebe hoch", was sechsfach wiederholt wurde. Darauf reichte mir der Kaiser die Hand in äußerst herzlicher Weise und wandte sich dann an den Kronprinzen, der von dem Akte so ergriffen war, daß er vor dem Vater das Knie beugte und seine segnende Hand erbat. Der König erhob ihn mit sehr inniger Umarmung und in tiefster Bewegung, welche sich allen Anwesenden sichtbar mitteilte. Dann begrüßte der Kaiser jeden einzelnen Fürsten und nahm die Begrüßung der zahlreichen Versammlung dadurch entgegen, daß die Anwesenden gruppenweise herantraten und eine Verbeugung machten. Nach diesem Begrüßungsakt ging der Kaiser zu den Fahnen und sprach mit den Trägern, dann stieg er vom Hochtritt herab, sprach mit vielen Generälen und Standesherrn und ging unter den Klängen eines Festmarsches an der langen Reihe der Dekorierten herab, mit vielen tapferen Kriegern freundliche Worte sprechend. Der Kaiser hatte nun wieder seine sonstige Frische und kräftige Haltung gewonnen."

Um 5 Uhr war die Festtafel, bei welcher der Kaiser mit besonderer Herzlichkeit dem Reichskanzler zutrank, vielleicht darauf aufmerksam gemacht, daß er bei den Begrüßungen im Spiegelsaale den Grafen nicht so deutlich ausgezeichnet habe, als dieser erwartet hatte. Daß aber eine Absicht, dem großen Kanzler aus dem Wege zu gehen, dem Kaiser ganz fern lag, dürfte auch daraus geschlossen werden, daß Teilnehmer an der Feier, die ganz

nahe bei dem Kaiser standen, wie Herzog Georg von Meiningen versichern können, von jenem in den „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks erwähnten Vorkommnis nicht das mindeste bemerkt zu haben.

Gewiß ist, daß das deutsche Kaisertum unter Schmerzen geboren worden ist. In einer Aufzeichnung jener Tage stellte ein Mann, dessen edelfromme und weisheitsvolle Denkungsart auf umfassender Lebenserfahrung begründet war, den Satz an die Spitze seiner Darstellung: „Es soll eben nichts, auch nichts großes in diesem Leben ohne schwache Seiten bleiben!!!“ — Auch in seiner neuesten Gestaltung hat das deutsche Kaisertum sich von dem Schicksal nicht loszulösen vermocht, vom Sondergeiste unseres Volkes bedrängt und verkleinert zu werden. Wenn es die Römer mit der Bedeutung einer höchsten Gewaltstellung im Staate in die Welt gesetzt haben, so erschien es den Deutschen als ein Gegenstand des höchsten Strebens nach idealen Werten und Ruhmeszeichen, aber gegen den Machtgebrauch desselben wendeten sich Tassilonen und Welfen mit immer gleicher Hartnäckigkeit. Mit glühender Phantasie es zu umgeben und sagenhaft zu verehren, hat kein Volk besser verstanden, als die Deutschen, aber es politisch zu verwerten, haben sie Scheu getragen und selbst die unvergleichlichsten Taten und kriegerischen Erfolge, von denen die Geschichte meldet, verwirklichten die Krone Karls des Großen mehr in der Idee, als in der Wirklichkeit. Indem der gewaltigste Staatsmann des Jahrhunderts sie emporhob, um sie seinem Heldenkönig aufzusetzen, glich er dem Riesen, der von der Schleuder des Zwergs Schaden zu leiden hatte. Die Tatsache aber blieb festgestellt für alle Zeiten, daß es niemand als der alte Schlachtengott war, der sie unter den Fahnen der Versailler Gallerie geschweißt und gesegnet hat.

Achtes Kapitel.

Versailles und der Friede.

I.

So zahlreich und umfangreich die Darstellungen der Begründung des Deutschen Reiches und Kaisertums auch sind, gibt es bis heute doch keine, die den persönlichen Anteil des Kaisers Wilhelm an der Herbeiführung der Ereignisse in genügender Weise zur Anschauung gebracht hätte. Das große Werk von Sybels hat für Auffassung und Beurteilung des gesamten Hergangs gleichsam den Kanon geschaffen, der mehr oder weniger allgemein angenommen und völlig eingebürgert zu sein scheint. Aber der Titel dieses Werkes mit seiner auf demselben angekündigten Absicht steht im vollsten Widerspruch mit dem Inhalt und der Ausführung. Denn auf dem Titel heißt es: „Die Begründung des Reiches durch Wilhelm I." Die Darstellung gibt aber eine Begründung des Reiches unter Wilhelm I. Der Mangel dieser Unterscheidung zweier wesentlich verschiedener Auffassungen historischer Fragen kann wissenschaftlich als bedenklich bezeichnet werden. Er ist aber in politischer Hinsicht noch weit gefährlicher, weil er dem ohnehin verbreiteten Irrtum Vorschub leistet, daß das politische Ereignis nicht das Ergebnis einer höchsten Willenserscheinung, sondern einer Mechanik unselbständiger Willenskräfte sei. Wenn die ganze nationale Wiedergeburt eines Volkes unter den Gesichtspunkt gestellt wird, daß der entscheidende

Wille des Begründers derselben lediglich eine Formsache gewesen sei, die man auch wegdenken könnte, so entsteht daraus eine verkehrte Meinung von dem, was überhaupt im Staate geschieht und geschehen mag. Die Begründung des Deutschen Reiches war dadurch herbeigeführt worden, daß es an dem ausgeprägten, festen, höchsten Willen nicht fehlte, der mit seltener Meisterschaft die bis zum äußersten sich bekämpfenden Einzelkräfte und abhängigen Willensverhältnisse untereinander aufzuheben und in der allein maßgebenden Richtung zu lenken wußte.

Mit wahrer, ungeteilter Freude darf man daher die Tatsache begrüßen, daß wenigstens in Betreff des militärischen Teiles der Aufgabe, in Bezug auf den Krieg von 1870/71 die unbedingte Herrscherleistung des Kaisers Wilhelm von der berufensten Seite anerkannt worden ist, von dem Großen Generalstab, der durch sein Buch zum Gedächtnis des hundertjährigen Geburtstags des Kaisers ein so festgefügtes Bild der wirklichen Stellung dieses alles entscheidenden Kriegsherrn gegeben hat, daß die sonstigen Darstellungen der Geschichte und des Lebens Kaiser Wilhelms dagegen völlig zu Boden fallen. Was aber in dieser großartigen Charakteristik des Kaisers von seiner militärischen, selbständig wirkenden, ganz unentbehrlichen Entscheidungskraft gesagt wird, gilt nicht minder von allem und jedem, was sich auf dem politischen Gebiete in den entscheidenden Monaten abgespielt hat. Es mag daher gestattet sein, die trefflichen Worte des Generalstabs hier einzufügen, weil es die Aufgabe des folgenden Kapitels sein wird zu zeigen, daß genau dasselbe Verhältnis wie auf dem militärischen Gebiete, so auch und fast in noch verstärktem Grade auf dem politischen vorlag.

„Wenn der Monarch in edelster Bescheidenheit," so heißt es in dem unvergleichlichen Büchlein des Generalstabs, „sein eigenes Verdienst zurückstellte, so ist es doch das Recht und die freudig erfüllte Pflicht einer bewundernden Nachwelt, ihm in den kriegerischen Ereignissen des Jahres 1870 die ausschlaggebende Stellung anzuweisen, die er tatsächlich inne gehabt hat. Auch diese Blätter

haben gezeigt, wie entscheidend die Haltung des Königs auf den Höhepunkten strategischer Spannung war. Mochte auch der zweckmäßige Vorschlag eines einsichtigen Ratgebers vorliegen, bis zu seiner Ausführung mußten oft die abweichenden Ansichten anderer bedeutender Persönlichkeiten überwunden werden. Jedesmal aber hieß es, alle Gefahren des Wagnisses auf sich nehmen, mit dem die großen entscheidenden Entschlüsse des Krieges stets verbunden waren. Diese Last der Verantwortung konnte dem Könige niemand abnehmen, an der trug er wirklich allein. Und alles das in einem Alter, in dem schon die hier verzeichneten körperlichen Leistungen wahrhaft staunenswert sind."

Noch viele andere Zeugen für die unmittelbar eingreifende Initiative des Königs Wilhelm in militärischen und politischen Angelegenheiten ließen sich anführen. Der Großherzog von Baden hat noch vor nicht allzulanger Zeit die Bemerkung gemacht, daß des Königs Verdienst um die Begründung des Reichs, so weit seine persönliche Handlung dabei in Betracht kam, den Teilnehmern an den Ereignissen in viel lebendigerer Weise vor der Seele stehe, als den späteren Geschlechtern. Es kann ja nur erfreulich sein, daß den großen Gehilfen des Königs in militärischer und politischer Beziehung die denkbar größte Anerkennung der Nation zu teil wurde. Man soll aber nicht sagen und geschichtlich lehren, daß irgend jemand anders, und wäre es auch der größte und genialste Mann des deutschen Volkes, für den Begründer des Reichs anzusehen sei, als König Wilhelm. Es hat sich schon gezeigt, wie in den schwerwiegenden Verhandlungen, die zu der Herstellung des Kaisertums führten, die Verwirrungen, Eigenheiten und Gegensätze in allen beteiligten Kreisen einen solchen Grad erlangt hatten, daß es ohne die ruhige selbstgewisse und hochgesinnte Art und Wesenheit des Königs überhaupt zu gar keinen Entscheidungen gekommen wäre. Es kann aber im folgenden nicht länger verschwiegen werden, daß es in den aufregenden Ereignissen von Versailles Momente gegeben hat, wo die staatsmännische Ruhe und verständige Ein-

sicht sämtlicher militärischer und politischer Ratgeber ohne das bewunderungswürdig ausgleichende und festentschlossene Element des königlichen Willens vollständig versagt haben würde. Darin lag in der Tat das Heldenmäßige in dem Charakter des Königs Wilhelm, wodurch er sich über die Nervositäten und das oft geradezu krankhafte Wesen seiner von den Ereignissen häufig erschütterten und erschöpften Umgebung in staunenswerter Weise erhob. Ich habe an einem anderen Orte die merkwürdige Übereinstimmung dessen, was Thomas Carlyle als das Wesen des königlichen Helden gezeichnet hat, an dem Charakter und der ganzen Art und Natur Wilhelms nachgewiesen. Und so wird man sich auch hier versichert halten können, daß sein Bild sich im Andenken der Menschheit vorzugsweise in der Vorstellung des Heldenhaften behaupten werde. In diesem historischen Beinamen wird auch wohl sein Wesen noch besser bezeichnet sein als in demjenigen des Großen. Die historische Größe schließt meistens Härte und Rücksichtslosigkeit nicht aus. Aber des Königs Heldensinn, den man so lange verkannte, war menschlich weich. Er entnahm seine Lieblingssprüche der Weisheit älterer Zeiten, und das altpreußische Motto: Jedem das Seine, schwebte ihm in allen Lagen vor den Augen. Es hat vor kurzem jemand, der ein Kenner Goethescher Lebensauffassung war, nachweisen zu können gemeint, daß davon einiges in Kaiser Wilhelms Natur gelegen habe, und es fehlte ihm wirklich die klassische Ausgeglichenheit des inneren Wesens nicht, die man an dem Weimarischen Olympier hervorhebt. Niemand kann das Charakterbild Wilhelms mit anderen Empfindungen verstehen und in sich aufnehmen, ohne an die herrlichen Worte Carlyles erinnert zu sein: „Für mich nun wird unter solchen Umständen die Frage der Heldenverehrung zu einer Tatsache von unaussprechlicher Kostbarkeit; ja, die trostreichste Tatsache, die man gegenwärtig in der Welt erblickt. Eine unvergängliche Hoffnung für die Leitung der Menschheit liegt in ihr. Wären alle Überlieferungen, Einrichtungen, Satzungen, Gesellschaftszustände, die je die Mensch-

heit angeordnet hat, entschwunden, diese würde bleiben. Die Gewißheit, daß uns Helden gesandt werden, die Befugnis, die Notwendigkeit für uns, Helden, wenn sie gesandt sind, zu verehren, das glänzt wie der Polarstern durch Rauchwolken, Staubwolken und alle Art Zusammensturz und Feuersbrunst hindurch."

Man hat manchmal gemeint, daß im Gegensatze zu den Ereignissen des Jahres 1814, wo ein steter Kampf zwischen den politischen und militärischen Mächten bei dem Vordringen der Aliierten in Frankreich vorhanden war, im Jahre 1870 die Geschäfte des Krieges und des Friedens unter der preußischen Führung in einer gleichsam wunderbaren Einigkeit aller mitwirkenden Faktoren abgewickelt worden seien. Nachdem aber Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" den Vorhang gelüftet und die vermeintliche Übereinstimmung zwischen den militärischen und politischen Ratgebern des Königs als eine Fabel zu erkennen gegeben, darf man wohl annehmen, daß Gegensätze dieser Art in der Natur der Dinge liegen und niemandem zum Vorwurf gereichen können; in glücklicher Weise jedoch werden sie nur da gelöst werden, wo ein überragender Wille, wie in den Ereignissen von 1870/71 durchweg zum Ausdruck kam. Zunächst gewährte dem Besucher von Versailles die hier tätige und mit allen Kräften arbeitende Regierungsmaschine einen höchst eigentümlichen Anblick. Die Bundeskanzlei, das Zivil- und Militärkabinett, der große Generalstab und der Generalstab der dritten Armee, die verschiedenen Gesandtschaften und Abgeordneten der Regierungen, die anwesenden fürstlichen Personen und Bundesmitglieder, alle in ihren besonderen Quartieren und Kanzleien eingeschlossen, mit den zahlreichen Unterbeamten oder untergebenen Offizieren machten Versailles zu einer Art von mittelalterlicher Stadt, wo die verschiedensten Parteien und Körperschaften festungsartig voneinander getrennt sind, unzählige Fäden mit- und gegeneinander spinnen und nur durch den eisernen Willen eines höchsten Herrn in friedlicher und gemeinsamer Tätigkeit erhalten werden. Alle Geschäfte sind drängender Natur,

irgend ein Aufschub kann verderblich sein, die Politik muß sich in jeder Beziehung auf die von Moment zu Moment wechselnden Tatsachen des Krieges stützen, die Militärs sind in ihren Anordnungen genötigt, politische Rücksicht zu nehmen, in jedem Augenblick macht sich das Bedürfnis genauester Übereinstimmung der Maßnahmen und Schritte aller Teile geltend, aber die Regierung ist niemals vereinigt in ihren Absichten und Unternehmungen, und so ist es erklärlich, daß der große Kanzler in einer fortwährenden Spannung und Aufregung sich befindet und seine tief empfundenen Klagen schon in Versailles Tag für Tag und jedem, der es hören will, oft in bitterster Weise vorträgt. Nichts wäre törichter, als wenn der Geschichtsschreiber versuchen wollte, Männern von der Größe und Bedeutung eines Bismarck und Moltke gegenüber lehrhaft und hofmeisternd zu sagen und zu erklären, wie sie sich in ihren Geschäften zu benehmen gehabt hätten, aber die Tatsache des schreiendsten Gegensatzes liegt vor und muß beachtet werden. Nach den eigenen Andeutungen Bismarcks stammte die Abneigung der Militärs gegen seine Teilnahme an den kriegerischen Beratungen schon von dem Feldzug des Jahres 1866 her. In welcher Weise und durch welche Umstände der Generalstab in dem französischen Kriege es durchgesetzt hat, daß der Bundeskanzler nicht wieder zu den militärischen Konferenzen zugezogen wurde, ist unbekannt. Nur so viel ist gewiß, daß der König trotz aller Klagen Bismarcks in dieser Beziehung während des Feldzuges zu keiner Änderung sich entschloß. In den Tagen der großen Schlachten und raschen Vormärsche, scheint die vorhandene Entzweiung noch kaum zu schärferem Ausdruck gekommen zu sein. Äußerungen, wie sie Bismarck unter seinen Beamten bei Tische und bei der Zigarre zu machen pflegte, hatten offenbar keine weitere Folge und es bleibt ungewiß, ob der König überhaupt vor der Katastrophe von Sedan Kenntnis von Bismarcks Unzufriedenheit in dieser Beziehung hatte. In der weiteren Entwicklung des Krieges hatte es naturgemäß gelegen, daß für Bismarcks politische Maßnahmen

wichtig wurde zu wissen, welche Operationen und Pläne zur Ausführung kommen sollten. Es war die Frage gegeben, ob und in welcher Weise man mit Frankreich zu einem Frieden gelangen könne. Nach Bismarcks Meinung sollte jede weitere kriegerische Maßregel in den Dienst einer Friedenspolitik gestellt werden. Der große Generalstab dagegen hatte keinen anderen Gesichtspunkt als den Krieg in einer Weise zu beendigen, die den Feind niederwirft und ein für allemal unschädlich macht. Hier war es nun, wo der persönliche Gegensatz in der politischen und der militärischen Anschauung ganz plötzlich zu einer sachlich unmittelbar eingreifenden Verschiedenheit des Urteils über die allernächsten Aufgaben führte.

Der Bundeskanzler war von der verblüffenden Überzeugung auf das bestimmteste erfüllt, daß der Marsch auf Paris zum Zweck der Einnahme dieser Festung ein großer Fehler sei. Daß es ihm nicht einmal möglich war, diese seine Ansicht zu vertreten und zu beweisen, daß ihm keine Gelegenheit geboten war, diese vermeintlich richtigere Auffassung der politischen und militärischen Lage auch nur im Rat des Königs geltend zu machen, bewirkte eine tiefe Verstimmung, die sich, wie man noch sehen wird, selbst noch nach Wochen und Monaten, als vor Paris alles einer letzten Entscheidung entgegen ging, in der allerbittertsten Weise Luft machte. Zunächst war ja nur hie und da in den Kreisen der Bundeskanzlei davon die Rede, daß der Kanzler Fäden spinne, um alsbald einen Frieden zu stande zu bringen. Wie wenig er anfangs geneigt war, sich mit der revolutionären Regierung in Paris einzulassen, wird sich später zeigen. Er hatte aber nicht gedacht, daß die siegreiche Armee ein Ziel haben wollte, welches dem Kriege einen militärischen Abschluß gab. Man fand denselben im Jahre 1814 und 15 nur in Paris und es wäre wunderbar gewesen, wenn die Nachkommen der Sieger in den Befreiungskriegen jetzt auch nur einen Augenblick über eine gleiche Entwicklung der Dinge geschwankt hätten. Es liegen keine Beweise vor, aber es ist doch wahrscheinlich, daß dem

König Wilhelm die Ansicht Bismarcks, mit der Zumutung an Paris vorbeigehen zu sollen, geradezu sonderbar vorgekommen sein wird. Man kann begreifen, daß König Wilhelm in diesem Falle im Einverständnis mit seinem großen Feldherrn und allen seinen Generalen von dem lebhaftesten Wunsch erfüllt war, von Bismarcks Abneigung gegen Paris keine amtliche Kenntnis zu erhalten. So war der große Kanzler gleichsam wider Willen nach Ferrières und schließlich nach Versailles gekommen in steter Verstimmung über den Gang des Krieges und überzeugt, gleichsam systematisch in der Ausübung seines Kanzlerberufes durch die Militärpartei gehindert zu werden.

Der Gegensatz zwischen dem Bundeskanzleramt und den Generalstäben erfuhr seinen Höhepunkt durch die unglückselige Frage des Bombardements von Paris. Heute liegen fast von allen beteiligten Seiten offene Erklärungen über die Stellung vor, welche dieselben in dem leidenschaftlich geführten Kampfe eingenommen haben. Moltke, Blumenthal, Roon haben in Briefen und Tagebuchblättern, die jetzt veröffentlicht sind, den Gegenstand vollständig erschöpft. Eingeweihte Generale haben in manchen trefflichen kleinen Schriften die Frage nachträglich noch gleichsam historisch erörtert. Es ist hier auch nicht der Ort, die ganze Angelegenheit sachlich und vom militärischen Standpunkt aus zu betrachten. Lediglich zu dem Zweck, die Stellung und Bedeutung Kaiser Wilhelms inmitten einer bis zum Äußersten durchgeführten Fehde seiner Generale und Ratgeber zu zeigen, kann von einer Schilderung der Schwierigkeiten, durch welche die Lage in Versailles gekennzeichnet wird, nicht Abstand genommen werden.

So weit man bis jetzt unterrichtet ist, war es Roon, der zuerst von Ferrières aus — 25. September — die Notwendigkeit geltend machte, Paris zu beschießen. Ob er an eine förmliche Belagerung dachte, ist zweifelhaft, weil er zugestand, daß die verfügbaren Mittel beschränkt seien. Ihm war es also in erster Linie um den moralischen Eindruck zu tun und um eine Genug-

tung, die er dem deutschen Soldaten, der ohne Erwiderung von den Pariser Forts beschossen wurde, verschaffen wollte. Bismarck scheint sich anfänglich einigermaßen neutral verhalten zu haben, wie man aus einer Aufzeichnung Blumenthals vom 31. Oktober schließen könnte. Alsbald aber standen sich Blumenthal und Bismarck in Betreff der Beschießung von Paris in erbittertster Weise gegenüber. Moltke unterstützte in seinem Widerstand gegen die „Fähnrichsunternehmung" das Hauptquartier der dritten Armee, während Bismarck und Roon entschlossen waren, die Beschießung um jeden Preis beim Könige durchzusetzen. Eines schönen Tages war an der Tafel des Reichskanzlers die Entdeckung gemacht worden, daß mehrere Königinnen und Prinzessinnen, ja auch freimaurerische Einflüsse eine rücksichtslose Kriegsführung und die gerechte Strafe für das moderne Babel verhinderten. Von diesem Augenblicke an war die ganze deutsche Presse in Ausbrüchen einer geradezu unheimlichen Wut entschlossen, das Bombardement von Paris zu erzwingen. Alle Einreden Blumenthals von der völligen Nutzlosigkeit einer Unternehmung, die, nur mit halben Mitteln durchgeführt und ohne regelrechte Belagerungsarbeiten, nicht gelingen könne, waren vergeblich. So schroff standen sich die Parteien gegenüber, daß sich diese ernsten Männer einer großen Zeit und unvergänglicher Verdienste selbst nicht scheuten, einander mit den seltsamsten Bezeichnungen zu belegen. Von Interesse und historischer Wichtigkeit ist gegenüber diesen menschlichen Schwächen einer Reihe von großen Männern eigentlich nichts, als die überragend große Denkungsart, mit welcher Kaiser Wilhelm, ohne gewaltsam in den Streit einzugreifen, seine sachlichen und wohlüberlegten Entschließungen in dieser Sache genommen hat.

Es sind wieder Aufzeichnungen des Großherzogs von Baden, aus denen man die Stellung des Kaisers zu der Frage am unbefangensten zu entnehmen vermag. Er hat als unparteiischer Zeuge dieser Begebenheiten wohl auch am meisten Gelegenheit gehabt des Kaisers Meinung zu erfahren, die oftmals

vor dem Schwiegersohn wie ein aufgeschlagenes Buch sich darstellte.

Am 27. November besuchte Bismarck den Großherzog von Baden in dessen Wohnung, um viele wichtige Fragen, von denen in den früheren Kapiteln die Rede war, zu besprechen. Zum Schlusse richtete er an den Großherzog in sehr beweglichen Worten eine Bitte: Er möge seinen Einfluß bei dem Könige geltend machen, damit er sich von der Notwendigkeit überzeuge, die Beschießung der Forts und später auch der Stadt Paris zu gestatten. Der Bundeskanzler sagte nicht ganz ausdrücklich, daß die Königin und Kronprinzessin nach seiner Meinung es seien, die auf den König störend wirkten, aber er deutete an, daß gewisse hohe Einflüsse leichter von dem Großherzog, als von den Ministern zu bekämpfen sein würden. Die Königinnen von Preußen und von England, sowie die Kronprinzessin hätten es dahin gebracht, daß der König fürchte, in der Geschichte als Zerstörer von Paris gebrandmarkt zu werden. Auch sei Blumenthal und ein Teil des Stabes der dritten Armee gegen die Beschießung und man behaupte auch, es sei nicht möglich, die nötige Anzahl Geschütze und Munition herbeizuschaffen. Es sei aber nicht unabsichtlich versäumt worden, rechtzeitig Vorsorge zu treffen und so seien die Schwierigkeiten immer größer geworden. Auch glaubte noch Bismarck neben Roon, Kirchbach und anderen sei auch Moltke für die Beschießung, was sich nachher indessen als unrichtig herausstellte. Für seinen Teil machte Bismarck wesentlich politische Gründe geltend, indem er in dem rücksichtslosen Kampfe gegen Paris ein Mittel des Friedens erblickte, den er notwendigerweise rasch abzuschließen genötigt sei, wenn er die Einmischung der Neutralen verhindern solle. Der Großherzog hatte bis zu diesem Augenblick keine genaue Kenntnis von dem bestehenden militärischen Streite genommen. Aus den Erklärungen aber, die er nun gehört hatte, konnte er sich über die Wichtigkeit dieser Angelegenheit nicht täuschen und versprach eben nur, daß er sich näher unterrichten werde. Noch an demselben Tage traf

er an der königlichen Tafel den Kriegsminister, aus dessen Reden über diesen Gegenstand er sofort die tiefe Kluft erschloß, die hier vorhanden war.

Die Zurückhaltung des Großherzogs bestimmte den Bundeskanzler, nunmehr selbst eine Denkschrift an den König zu richten. Wie wenig aber die Voraussetzung zutraf, daß der Kronprinz durch seine Gemahlin beeinflußt sei, bewies der Umstand, daß dieser trotz der energischen Gegengründe seines eigenen Generalstabschefs für eine Beschießung der äußeren Forts allerdings stimmte. Schon wenige Tage später nahm Bismarck eine Gelegenheit wahr, nochmals den Großherzog von Baden auf die militärische Lage aufmerksam zu machen. Seine Stimmung hatte bereits einen hohen Grad von Gereiztheit angenommen; er erklärte, daß er es von Anfang an für einen Fehler gehalten habe, Paris einzuschließen. Er habe gewünscht, man solle sich begnügen, Paris mit drei oder vier Corps zu beobachten und durch diese den militärischen Zuzug abzuhalten, sonst aber nur im freien Felde eine Schlacht zu schlagen. Mit dem übrigen Teile der Armee hätte man dann soweit in das Innere von Frankreich eindringen können, daß die Franzosen nicht mehr im Stande gewesen wären, neue Armeen aufzustellen, und man hätte mit oder ohne Paris Frieden schließen können. Dieser Ansicht gegenüber zeige sich aber die Armee von dem „Mythus" des notwendigen Einzugs in Paris befangen und dagegen sei nicht aufzukommen und jetzt ernte man die Früchte dieser Saat. Hierbei erging sich Bismarck in den härtesten Klagen über Moltke, Boyen, Treskow und bedauerte, daß Roon bei seinen vortrefflichen Eigenschaften krank und nicht mehr leistungsfähig sei. Man müsse, sagte er, trachten den Oberst Waldersee und den Kommandierenden des IV. Korps von Alvensleben in die Nähe des Königs zu bringen, diese seien die einzig passenden Persönlichkeiten.

Ohne Zweifel waren die voranstehenden Meinungsäußerungen des Bundeskanzlers von größtem Interesse und dürften vielleicht

auch heute noch selbst vom militärischen Standpunkt aus einige Beachtung verdienen. Wie aber die Lage der Dinge in Versailles war, hatte sich der König inmitten dieser einander heftig befehdenden Ratgeber zunächst nicht entschlossen, förmliche Belagerungsarbeiten zu befehlen. Einen neuen Vorstoß für die Beschießung machte am 19. Dezember der Kriegsminister, indem auch er sich an den Großherzog von Baden wendete und dessen Vermittlung beim Kronprinzen und bei dem Stabe der dritten Armee erbitten zu sollen glaubte. Er schilderte den ganzen Streit über diese Frage, welcher nun seit Wochen tobte, mit beweglichen Worten. Hierbei war es ein eigentümlicher Zufall, daß er in diesem Augenblicke eine Depesche aus Epernay erhielt: es sei eine solche Stauung auf Eisenbahnen und Straßen entstanden, daß der Belagerungstrain jedenfalls nicht vor dem 24. Dezember werde ankommen können. Er war so verblüfft daß ihm die Depesche aus der Hand fiel. Er befürchtete, sagte er, daß die dritte Armeeleitung, obwohl der König es schon befohlen habe, die Beschießung infolgedessen wiederum zu verzögern wissen werde. Indessen hatte sich der Großherzog von Baden schon davon überzeugen können, die Generale Blumenthal und Gottberg beständen so unbeugsam auf ihrer Ansicht, daß er es nicht versprechen wollte, dieselben im Sinne von Bismarck und Roon zu beeinflussen. Dagegen unterließ er es nicht, den König in der Absicht der Beschießung dadurch zu bestärken, daß er ihm von seinen Erfahrungen bei der Belagerung von Straßburg und von den Erfolgen des Geschützfeuers daselbst so manches erzählen konnte. Der Kriegsminister erhielt den Befehl vom König, an jedem dritten Tag über den Fortgang der Belagerungsarbeiten Bericht zu erstatten. Es ist begreiflich, daß gerade hierdurch die Gegensätze der militärischen Parteien noch gesteigert wurden und man darf annehmen, daß es überhaupt nicht zum Bombardement gekommen wäre, wenn der König nicht am 24. dem Fürsten Hohenlohe-Ingelfingen das besondere Kommando über die gesamte Belagerungsartillerie der Cernierungsarmee über-

tragen hätte. Es kann hier nicht untersucht werden, ob die Ansichten Graf Blumenthals von der militärischen Erfolglosigkeit der unternommenen Beschießung richtig war oder nicht. Er wollte bekanntlich bemerkt haben, Hohenlohe selber sei von der Nutzlosigkeit der Sache überzeugt gewesen. Für den Zweck dieser Darstellung ist die ganze Angelegenheit nur insofern von Wichtigkeit, als aus derselben immer und immer wieder hervorgeht, daß König Wilhelm es ganz allein gewesen ist, der in diesem Wirrsaal Ordnung, Maß und Ziel zu setzen berufen und befähigt war.

Indessen hatte neben dem König auch der Kronprinz nachgerade es geschäftlich tief empfunden, daß ein wachsender Mangel an Einheit und Verständigung in der Leitung aller Angelegenheiten hervortrat. Er äußerte darüber seinen großen Kummer und überlegte, in welcher Weise dem Übel Einhalt geboten werden könne. Je länger der Krieg dauert, sagte er zu seinen Vertrauten, desto mehr entzweien sich die zwei bedeutendsten Faktoren, Graf Bismarck und General von Moltke. Beide beschweren sich übereinander beim Könige und dieser ist dadurch in der übeln Lage in denjenigen Fragen, die eines raschen Entschlusses bedürfen, immer erst eine Ausgleichung der verschiedenen Ansichten herbeizuführen. Dies geschieht manchmal schriftlich, so daß der König an den einen und den anderen Billette schreibt. Wenn es mündlich versucht wird, so kommt es zu sehr unangenehmen Auseinandersetzungen, denen der König dadurch aus dem Wege geht, daß er die zu entscheidende Sache vertagt. Bismarck habe dem Kronprinzen geklagt, daß Moltke ihn nie von seinen größeren Operationsobjekten in Kenntnis setze und dadurch eine Lage schaffe, in welcher der Bundeskanzler erst durch Zeitungen erfahre, was vorgegangen sei. Moltke dagegen klagte dem Kronprinzen über Bismarcks Empfindlichkeit und über sein Streben sich in die militärischen Angelegenheiten einzumischen, wovon er doch nichts verstehe. Er verlange von ihm, über alle projektierten Operationen unterrichtet zu werden, ehe sie dem König

zur Genehmigung vorgelegt würden. Obwohl das Verhältnis zwischen diesen beiden Männern nach den Versicherungen des Kronprinzen äußerlich ganz gut war, so galt es doch geschäftlich für so getrübt, daß kaum noch jemand den Mut hatte, eine Vermittlung zu versuchen. Der Bundeskanzler sah überall absichtliche Zurücksetzung seiner Person und Stellung, und der sonst so ruhige Moltke war so nervös geworden, daß er selbst den höchsten Persönlichkeiten eine sehr „subtile Behandlung" nötig machte. Der Kronprinz meinte in seiner edlen Denkungsweise, die geistigen Anstrengungen des Krieges erklärten dies alles ganz genügend. Indessen wurde dem Kronprinzen doch nahe gelegt, daß es eigentlich seine Aufgabe wäre, in diesen schwierigen persönlichen Verhältnissen zu versuchen, ob nicht alsbald Wandel geschaffen werden könne. Als sich der Kronprinz dazu entschlossen hatte, wurde zunächst Geheimrat Abeken in das Vertrauen gezogen, um zu erfahren, ob sich Graf Bismarck zu einer Annäherung an den Generalstabschef geschäftlich bereit finden würde. Es waren darüber wieder einige Tage verstrichen und da im Laufe des Januar der Fall von Paris immer wahrscheinlicher wurde, so war ein Zusammenwirken und eine Verständigung zwischen der politischen und der militärischen Leitung der Angelegenheiten als völlig unentbehrlich vorauszusehen. So bedauerlich Abeken die ganze Lage der Dinge fand, glaubte er doch keinen anderen Rat geben zu können, als daß der König ersucht werden möchte, den Grafen Bismarck zu den wichtigeren militärischen Konferenzen zuzuziehen. Den Versuch zu einer Versöhnung zwischen Bismarck und Moltke beizutragen, hielt aber Abeken von seinem Standpunkt für ganz unmöglich.

Unter diesen Umständen kam schließlich alles auf persönliche Schritte des Kronprinzen in dieser Sache an. Am 8. Januar lud der Kronprinz den Grafen Moltke zum Abendessen ein. Er benutzte diese Gelegenheit, um den Grafen aufmerksam zu machen, daß die ganze Lage nunmehr doch dahin zu lenken scheine, die politischen und militärischen Verhältnisse genau zu kombinieren

und fragte, ob Moltke schon einen Plan gefaßt habe, was mit Paris geschehen solle, wenn es endlich seine Tore geöffnet haben werde. Moltke erwiderte, er habe noch keinen festen Plan dafür gefaßt, sei aber jetzt eben daran, die Vorbereitungen für einen Vortrag an den König zu treffen. Nach der Einnahme von Paris meinte Moltke, müsse der Krieg mit den frei gewordenen Kräften doch fortgesetzt werden, um die Hilfsquellen des Feindes für uns zu gewinnen. Der Kronprinz machte hierauf bemerklich, daß unsere Kräfte doch auch nicht unerschöpflich seien. Moltke wollte aber nicht früher zu kämpfen aufhören, als nach völliger Niederwerfung der Franzosen. Und was dann? fragte der Kronprinz. Dann können wir den Frieden diktieren wie wir wollen. Hierauf der Kronprinz: Wenn aber alle diese Kombinationen mit der äußeren Lage nicht übereinstimmen und diese uns zwingt, ganz anders zu handeln? Moltke: Ja nun, dann tritt eine neue Lage ein und wir müssen danach unseren Operationsplan einrichten. Kronprinz: Wissen Sie denn aber, wie die gegenwärtige politische Lage ist und ob dieselbe es politisch ratsam erscheinen läßt, nach der von Ihnen ausgesprochenen Ansicht zu verfahren? Moltke: Nein, denn ich habe mich nur um militärische Dinge zu bekümmern und wenn Seine Majestät anders befiehlt, so werde ich danach meine Vorschläge richten. Kronprinz: Wenn es sich um einige Armeekorps nur handelte, würde ich Ihre Ansicht teilen können, aber da es sich um das ganze deutsche Heer handelt, so dürfen Sie die gesamten Operationen doch wohl nicht nur nach den militärischen Bedürfnissen einrichten; es ist ja unerläßlich, daß Sie sich in Verbindung mit den politischen Absichten und Unternehmungen der Regierung erhalten, um Ihre Vorschläge damit in Beziehung zu bringen. Es scheint mir daher nötig, einmal, daß Sie von allen entscheidenden Operationen zeitig dem Bundeskanzler Kenntnis geben, dann aber, daß schon jetzt alle Fälle beraten werden, welche eintreten können, wenn Paris über ist, und endlich, wie weit wir den Krieg noch führen wollen. Moltke:

Graf Bismarck will von allen militärischen Anordnungen unterrichtet sein, und das ist unmöglich, denn ich kann ihm über das, was geschehen soll, keine Mitteilung machen, bevor es beschlossen ist, und dann muß erst recht das Geheimnis bewahrt werden. Dann aber geht es auch den Grafen Bismarck gar nichts an er will eben nur überall mitreden und befehlen. Er meint bei allen meinen Anordnungen, ich wolle in sein Amt eingreifen; Besonders seitdem ich an Trochu geschrieben habe, ohne daß er es wußte, ist er sehr erbittert gegen mich, hat mich beim König verklagt, ich hätte durch diesen Brief seine Befugnisse angetastet und dann hat er noch ein verletzendes Schreiben an mich gerichtet. Kronprinz: Das sind aber alles keine genügenden Gründe, um eine so ernste Aufgabe wie die Lösung dieses Krieges noch länger unberaten zu lassen. Es tritt an Sie eine ebenso große Verantwortung wegen Unterlassung dieser Pflicht heran, als an den Grafen Bismarck. Ich will Ihnen vorschlagen, als Mittelsmann zwischen Ihnen beiden aufzutreten, und wenn es Ihnen recht ist, werde ich mit dem Bundeskanzler darüber reden; denn, nehmen Sie mir's nicht übel, so kann und darf es doch nicht bleiben. Wir müssen versuchen, uns darüber zu einigen, was wir mit Paris machen, wenn es sich uns öffnet, und was wir dann weiter unternehmen wollen oder können, um danach gemeinsame Vorschläge an den König zu bringen. Hierauf antwortete Moltke nur mit dem trockenen Ausdruck „zu Befehl".

Am nächsten Tage besuchte der Kronprinz den Grafen Bismarck, und machte ihm den Vorschlag, sobald als möglich mit Graf Moltke zu ihm zu kommen, um die Fragen eingehend zu beraten. Der Bundeskanzler war überrascht, aber doch angenehm berührt und sehr gesprächig. Er erging sich sogleich in den oft wiederholten Klagen über den großen Generalstab, besonders über Moltke und behauptete, die Militärs wüßten wohl, daß sie einen königlichen Befehl nur mangelhaft zu vollziehen brauchten, um dem Bundeskanzler einen Hieb auszuteilen, den sie für einen verkappten Demokraten hielten. Die Lage sei für ihn so peinlich,

daß er seine Stelle dem König zu Füßen legen werde, sobald der Krieg zu Ende sei. Im übrigen zeigte er sich dem Kronprinzen dankbar für die Absicht einer Vermittlung und der Zeitpunkt sei auch richtig erfaßt, denn er habe eben dem König eine Denkschrift über die Geschäftsbehandlung vorlegen wollen, die er dem Kronprinzen vorlas.

Unter diesen Umständen glaubte nun der Kronprinz mit einiger Sicherheit den beabsichtigten Versöhnungsversuch ins Werk setzen zu können und lud die beiden Grafen ein, am 13. Januar um $^{1}/_{2}$ 6 Uhr ihn zu besuchen und um 7 Uhr bei ihm zu speisen. Moltke kam pünktlich, Bismarck erst eine halbe Stunde später. Der Kronprinz leitete das Gespräch dadurch ein, daß er beiden Herrn für die Bereitwilligkeit dankte, womit sie seinen Vorschlag annahmen, in seiner Gegenwart die Fragen zu besprechen, welche zunächst einer Entscheidung bedürftig seien, d. h. wie Paris behandelt werden solle, wenn es sich uns öffne und was nachher in Betreff der Beendigung des Krieges zu geschehen habe.

Ohne weitere Bemerkungen über die erste Begegnung mit Moltke seit vielen Wochen, begann Graf Bismarck gleich damit, zu sagen, die Übergabe von Paris sei ein so wichtiger Abschnitt des Krieges, daß er benutzt werden müsse, um daraus die Grundlage des Abschlusses für einen günstigen Frieden zu gewinnen. Er sei überhaupt stets dagegen gewesen, daß der Krieg weiter geführt werde, als bis in die Champagne; er habe es für den größten Fehler gehalten bis Paris vorzudringen und zur Cernierung zu schreiten; dadurch habe der Krieg einen ganz anderen Charakter gewonnen und sei bis zu einem gewissen Grad unlösbar geworden. Nun aber solle man mit der Einnahme von Paris den Krieg beendigen und Frieden zu schließen suchen.

Der sonst so ruhige Moltke war durch Bismarcks starken Tadel der Kriegführung sehr erregt geworden und bestritt nun Bismarcks Äußerungen mit Entschiedenheit und unter Zurückgabe des Ausdrucks: es würde ein unverzeihlicher Fehler gewesen sein,

nicht nach Paris vorzudringen. Im übrigen begnügte er sich, mit kurzen Worten zu erklären, daß die Operationen, wenn Paris über sei, mit verstärkter Kraft fortgeführt werden müßten. Zum Frieden, meinte er, werde man durch den Fall von Paris doch nicht kommen; das werde erst möglich sein, wenn die Franzosen erschöpft seien. Graf Bismarck bestritt diese Ansicht: „Zum Friedensschluß, sagte er, können wir kommen, wenn wir nur wollen, sobald Paris bewältigt ist.“ Er erzählte dann, daß inzwischen Verhandlungen zwischen dem Kaiser auf Wilhelmshöhe und der Kaiserin Eugenie stattgefunden hätten, deren Ergebnis sei, daß die Kaiserin sich bereit erklärte, mit uns als Regentin Frieden zu schließen, wenn wir sie als Regentin anerkennen und ihr die Möglichkeit geben, sich als solche in Frankreich geltend zu machen. Diese Verhandlungen seien durch Clement Duvernoy geführt worden, der soeben die letzte entscheidende Reise nach Wilhelmshöhe angetreten habe. Es handle sich nicht um Wiedereinsetzung dieser Dynastie, sondern nur darum, die Kaiserin nach Frankreich hereinzulassen, damit sie die imperialistische Partei aufrufen könne und sich Boden zu verschaffen suche. Die Regentschaft der Kaiserin sei nie abgesetzt worden und daher sei dies die einzige zu Recht bestehende Regierung in Frankreich, mit welcher verhandelt werden könne und mit deren Hilfe eine Versammlung zu berufen sei, die ebenfalls noch zu Recht bestehe: der gesetzgebende Körper. Haben wir von dieser Regierungsgewalt erlangt, was wir wünschen, nun so mögen die Franzosen sehen, wie sie mit dieser Regierung weiter kommen.

Moltke schwieg zu diesem Friedensplan und fragte nur, wie Graf Bismarck die Frage der Besetzung von Paris durch unsere Truppen betrachte. Bismarck teilte damals noch die insbesondere von Roon schon länger vertretene Meinung, daß eine Besetzung von Paris zu vermeiden sei. Er hielt auch den Einzug der Truppen für unnötig und vor allem war er dagegen, daß der König nach Paris gehen sollte. Im wesentlichen schloß sich Moltke

dieser Ansicht an, er forderte aber, daß Paris bis zum Friedensschlusse beim vorhergehenden Waffenstillstand in die Demarkationslinie einbezogen werden müsse. Bismarck bestritt das mit großer Lebhaftigkeit und behauptete, es würde abermals ein großer Fehler sein. Moltke hüllte sich hierauf in ein bedenkliches Schweigen und es entstand eine peinliche Pause, welche der Kronprinz dadurch zu unterbrechen suchte, daß er hervorhob, wie in Betreff der Behandlung von Paris die beiden Herrn ja einig seien und über alles andere doch noch oft beraten werden könne. Bismarck ließ sich aber nicht besänftigen und wiederholte, es sei aber doch ein Unglück, daß wir mit Paris überhaupt zu tun bekommen hätten, und dieser Fehler sei eben nicht mehr gut zu machen. Nun erhob sich Moltke und wollte ziemlich heftig antworten, so daß der Kronprinz die Unterredung abbrach und die Herrn zur Tafel führte. Bei Tisch suchte der Kronprinz die beiden Gäste, zwischen denen er saß, einzeln zu beruhigen; doch fühlte sich Moltke so gekränkt, daß er dem Kronprinzen sagte: „Ich bin militärischer Ratgeber des Königs und habe keine anderen Pflichten zu erfüllen. Befiehlt der König, daß ich ihm auf der Grundlage neuer Verhältnisse Vorschläge mache, so werde ich sie bearbeiten. So lange der König aber nicht anders befiehlt, bleibe ich bei meiner Ansicht und werde mich durch das Urteil des Grafen Bismarck nicht irre machen lassen." Moltke war dann ernst und völlig still geworden; Bismarck aber im Gegenteil bei dem ganzen Diner sehr heiter und gesprächig. Der Kronprinz aber meinte, daß der Gegensatz nur größer geworden sei, und bedauerte nachher, den Vermittlungsversuch gemacht zu haben.

Wenige Tage später brachte der Herzog von Koburg den Abend bei dem Kronprinzen zu und fand ihn immer noch in besorgter Stimmung über diese ganze Lage. Indessen setzten andere eingeweihte Personen ihre Hoffnung auf das eben damals wesentlich gebesserte Verhältnis zwischen dem König und seinem Sohne, wodurch gerade in den nächsten so entscheidenden Tagen und Wochen viel Gutes und Erfreuliches zu stande kommen

konnte. Auch auf den Grafen Bismarck wirkte dieser Umstand äußerst günstig zurück; es hatte ihn, wie Herr von Keudell erzählte besonders sehr erhoben, daß der Kaiser zusammen mit dem Kronprinzen am 20. Januar persönlich bei dem Kanzler erschienen war, um in einer militärischen Angelegenheit Rücksprache zu nehmen, worüber Bismarck so beruhigt war, daß er sagte, er sehe nun doch, die Militärs seien nicht mehr ausschließlich obenauf. Und in der Tat in den nächsten Tagen, in welchen die wichtigsten Entscheidungen in der Waffenstillstands- und Friedensfrage, wie noch zu zeigen sein wird, gefallen waren, war das Übergewicht Bismarcks über die Militärpartei immer mehr hervorgetreten. Welche unendliche Weisheit, ruhige Sicherheit und Willensstärke bewies aber der große Kaiser, da er durch alle diese Gegensätze so gewaltiger und einzig in der Geschichte dastehender Männer, dieser in ihrer Art unvergleichlichen Paladine seines Reiches, alle Dinge zu gutem Ende zu führen gewußt hat.

II.

Auswärtige Verhältnisse.

Dieselbe entscheidende Kraft des Monarchen zeigte sich auch in denjenigen internationalen Fragen, die während der sorgenvollen Monate in Versailles zu behandeln und zu erledigen waren. Die Aufgaben, die in dieser Beziehung dem Bundeskanzler gestellt wurden, konnten bis heute noch nicht in vollstem Maße gewürdigt und aufgeklärt werden, weil die Rücksicht auf die auswärtigen Mächte kaum noch die Eröffnung der Archive gestattet. Es ist daher auch nur wenig darüber selbst in hochstehenden und intimen Kreisen bekannt geworden. Unter den neutralen Mächten hatte Österreich wohl die ungünstigste Partie ergriffen, indem es mit Zähigkeit immer nur an die eine Frage der süddeutschen Selbständigkeit und Abgeschlossenheit sich klammerte, die durch den Prager Frieden bestimmt worden war Da aber keine andere Macht außer dem unterworfenen Frankreich

auch nur den geringsten völkerrechtlichen Anteil an den Abschlüssen von Nikolsburg und Prag genommen hatte, so mußte man eigentlich verwundert sein, daß Bismarck die unbegreiflichen Stilübungen des Grafen Beust so außerordentlich höflich beantwortete. Seine rücksichtsvolle Behandlung der österreichischen Diplomatie wird ohne Zweifel nur dadurch zu erklären sein, daß er hoffte, die schon 1866 ins Auge gefaßte nähere Verbindung zwischen Österreich und Deutschland nun endlich der Verwirklichung näher zu bringen. Von anderen Seiten, die mit dem Kronprinzen in Zusammenhang standen, war man dagegen besorgt, daß seine übermäßigen in den frühern Kapiteln geschilderten Rücksichten auf Bayern mit einer Überschätzung der österreichischen Stellung zusammengehangen haben möchten. Der König war daher nicht ganz derselben Meinung wie Graf Bismarck und sprach sich gegen ihm nahestehende Personen über die österreichische Politik viel energischer aus, ohne jedoch dem Bundeskanzler in der Methode seiner Antworten auf die Beustschen Einreden, Bedenken und völkerrechtlichen Proteste zu widersprechen.

Von schlimmerer Art war die Stellung Italiens, weil es durch die Garibaldische Unternehmung den kläglichen Eindruck besonderen Undanks machen mußte. Infolgedessen glaubte man in den vatikanischen Kreisen darauf rechnen zu können, daß der siegreiche König von Preußen bei der zweideutigen Haltung Italiens dem Papsttum durch eine diplomatische Aktion beispringen werde. Bekannt ist, daß ein Schriftenwechsel über die mögliche Abreise des Papstes von Rom schon anfangs Oktober zwischen den Kabinetten stattfand und daß Bismarck bei der italienischen Regierung die Hoffnung aussprechen ließ, die Würde des Papstes werde unter allen Umständen und auch für den Fall, daß derselbe seine Residenz zu verlegen beabsichtige, gewahrt werden. Hierauf erfolgte anfangs November die Sendung des Erzbischofs Ledochowski nach Versailles. Über diesen auffallenden Schritt der römischen Kurie sprach sich der König am 16. November wenig erfreut aus. Er hatte gemeint, daß durch

den Schriftenwechsel vom Oktober der Standpunkt Preußens in der römischen Frage hinreichend deutlich bezeichnet worden sei. Der italienischen Regierung war bekannt gegeben, daß man preußischerseits jede persönliche Vergewaltigung des Papstes entschieden mißbilligen würde; darüber hinaus war der König aber abgeneigt, sich in die italienischen Verhältnisse einzumischen. Nun verlangte Ledochowski, Preußen solle einen rechtskräftigen Protest gegen die Besitznahme Roms erheben, da der Bestand des Kirchenstaates durch die Wiener Verträge gesichert worden sei. Der König wollte dazu seine Hand nicht bieten, während Bismarck dem Großherzog von Baden gegenüber am 19. November versicherte, sich ausweichend ausgesprochen zu haben. Er meinte, man könne gar nicht einsehen, welche Art des Protestes der Papst erwarte, da die Frage über den weltlichen Besitz der Streitpunkt sei, und der päpstliche Stuhl sich die Entscheidung über die Rechtsfrage vermöge der Unfehlbarkeit ausschließlich allein vorbehalten habe. Anders stehe es aber mit der politischen Seite der ganzen Angelegenheit, wobei der Kanzler noch immer sehr geneigt sei, die wohlwollendsten Gesinnungen für den päpstlichen Stuhl an den Tag zu legen. Mit Rücksicht auf die inneren deutschen Verhältnisse und die ultramontanen Parteien, insbesondere in Bayern, hoffte er ohne Zweifel, im gegebenen Augenblicke auf eine entsprechende freundschaftliche Gegenleistung von seite der römischen Kurie rechnen zu können. In diesem Sinne suchte er denn auch in den nächsten Tagen den König versöhnlich und entgegenkommend zu stimmen, so daß der Großherzog von Baden am 12. Dezember wahrzunehmen glaubte, der König sei jetzt sogar in Betreff der Konzilbeschlüsse unbesorgter gestimmt gewesen, als früher der Fall war. Er meinte, dieselben würden für Preußen mit Ausnahme von Posen wenig Bedeutung erlangen.

Die Angelegenheit des Protestes wurde von der Kurie nun nicht weiter verfolgt, sondern man beruhigte sich im Vatikan bei den im allgemeinen günstigen Beziehungen, deren man sich gegen-

über der preußischen Regierung zu erfreuen hatte. Und man hoffte, dieselben noch enger schließen zu können, da die Errichtung des Kaisertums dem päpstlichen Stuhle eine Aufforderung zu geben schien, in dieser die historischen Erinnerungen so sehr anregenden Sache ebenfalls hervorzutreten. Da brachte es in Versailles kein geringes Erstaunen hervor, als um Weihnachten Papst Pius IX. eine Absicht zu erkennen gab, die, wie sich der König ausdrückte, „zu den merkwürdigsten Zeichen der Zeit gehörte.“ Infolge der bevorstehenden Erneuerung von Kaiser und Reich war vertraulich der Antrag gestellt worden, eine Abordnung von Kardinälen zur Beglückwünschung an den König von Preußen zu senden. Der Kardinalstaatssekretär Antonelli sollte selbst an der Spitze stehen. Die Antwort auf diese entgegenkommende Anfrage entsprach, wie natürlich, einerseits der allgemeinen Lage, andererseits aber auch dem Wunsche des Königs die Annahme des Kaisertums zu keiner internationalen Angelegenheit emporwachsen zu lassen. Es wurde dem Kardinalstaatssekretär mitgeteilt, die Glückwünsche seien durchaus verfrüht. Mit dem verbindlichsten Danke für die wohlwollende Absicht des Papstes wurde, ohne ablehnend zu sein, der Wunsch einer Vertagung des Vorhabens deutlich betont. Wenn man auch die Tendenz der päpstlichen Kurie in Versailles nicht verkannte, bei einer deutschen Kaiserfrage ein Wort mitzusprechen, oder auf irgend eine Weise dabei vertreten zu sein, so glaubte der Kanzler doch, wie schon im früheren Kapitel bemerkt, Einfluß auf die katholischen Kreise in Deutschland sich versprechen zu dürfen. Man hatte es zu machen gewußt, daß in Bayern die Gesinnung der Kurie nicht unbekannt blieb, als der Landtag in die Beratungen über Annahme der Verträge mit dem Norddeutschen Bunde eintrat. Aber am 29. Dezember berichtete Mohl aus München an seine Regierung, Jörg und die bayrische Partei sei von der Absicht Antonellis zwar unterrichtet, den Kaiser der Deutschen zu beglückwünschen, aber die Sache werde mit Hohn von den „Patrioten“ zurückgewiesen: sie wüßten recht gut, was

es damit auf sich habe, und daß dem römischen Hofe nichts ferner läge, als mit der angeblichen Freundschaft für das preußische Kaisertum einen rechten Ernst zu verbinden.

Die schwierigste Aufgabe, die der deutschen Politik im Augenblick der Wiedererrichtung des Reiches und Kaisertums gestellt war, hatte sich bereits seit dem Beginne des Krieges durch die Stellung Rußlands entwickelt. Im geheimen war man genau unterrichtet, daß Fürst Gortschakow lediglich auf einen geeigneten Zeitpunkt warte, um Rußland von den Fesseln des Pariser Friedens zu befreien. Die Beschränkung seiner Kriegsflotte und die Schwarze Meerfrage waren die beschwerlichsten Bestimmungen desselben, deren gelegentlich zu erwartende Kündigung von keinem Kenner des Zarenreiches seit lange schon einen Augenblick bezweifelt werden konnte. Dennoch war die Überraschung eine ganz außerordentliche, als am 31. Oktober eine Zirkulardepesche des Fürsten Gortschakow die Unterzeichner des Pariser Vertrags von 1856 in Kenntnis setzte, daß sich auf Befehl des Kaisers die russische Regierung an die bezüglichen Beschränkungen seiner freien Aktion im Schwarzen Meer nicht mehr gebunden erachte. In England und Österreich war die Aufregung über diesen Schritt Rußlands ganz gewaltig und zunächst wurden sehr nachdrückliche zurückweisende Antworten von diesen Mächten in Petersburg abgegeben. In Versailles war aber der russische General Annenkoff mit einem Schreiben des Kaisers an den König erschienen, um persönliche Mitteilung von dem unternommenen Schritt zu machen. Der Brief des Kaisers zeigte ein großes Vertrauen zu der Freundschaft des Königs und setzte voraus, daß Preußen kein Interesse an der Aufrechthaltung von Bestimmungen habe, an deren Aufrichtung es keinen Anteil hatte. Obwohl der König sachlich in der Tat die Kündigung des Vertrags von seite Rußlands für ganz gerechtfertigt ansah, erzürnte doch auch ihn die Form, in welcher dies von Gortschakow

unternommen wurde, so sehr, daß er darauf drang, es solle nach Petersburg telegraphiert werden, daß er mit dem russischen Vorgehen in keiner Weise einverstanden sein könne. Als an einem der nächsten Tage der Kronprinz mit Graf Bismarck ein Gespräch hatte, von welchem er auch in seinem Tagebuch Nachricht gab, erklärte der Kanzler auf Befragen des Kronprinzen in Betreff des russischen Vertragsbruchs, er habe von dem Auftauchen dieser Frage keine Ahnung gehabt. Andererseits gestand er jedoch dem Großherzog von Baden, er finde das Verlangen Rußlands ganz gerechtfertigt; nur die Form, in welcher es zu Tage getreten, könne er nicht billigen. Fürst Gortschakow hätte besser getan, die Frage nur anzuregen, um darüber mit den Unterzeichnern des Vertrags in Unterhandlung zu treten. Dadurch wäre die Verlegenheit gemildert worden und er hätte die sofortige Bildung einer feindlichen Koalition gegen Rußland verhindern können. Nun sei die Lage allerdings sehr kritisch, aber, wie er glaube, die Hoffnung eines friedlichen Vergleichs nicht ausgeschlossen. Damit in Übereinstimmung erzählte der Großherzog von Weimar, nach seinen Nachrichten aus Petersburg habe Graf Bismarck bei Beginn des Krieges diese Frage selbst angeregt und dem Fürsten Gortschakow in Aussicht gestellt, er werde ihm den Zeitpunkt angeben, in welchem Rußland hervortreten könnte. Er habe sich dadurch die Freundschaft Rußlands beim Ausbruch des Krieges gesichert und Österreich gehindert, eine kriegerische Annäherung an Frankreich zu versuchen.

In der Tat war der Großherzog von Weimar schon seit dem Beginn des Krieges selbst tätig und beflissen, den Kaiser Alexander möglichst günstig für die deutschen Interessen zu stimmen. Gegen Ende August wurden dann auch zwischen dem Kaiser von Rußland und König Wilhelm Briefe gewechselt, die auf eine gewisse Ausgleichung der Vorteile von Rußland und Deutschland hinzielten, welche bei dem von Frankreich zu erlangenden Frieden ins Auge gefaßt werden könnten. Am 29. August traf ein russischer Kurier mit Briefen des Kaisers an den König und an

den Großherzog von Weimar zu Varennes ein, in welchen zwar die gute Meinung Rußlands für die deutschen Interessen hervortrat, aber schon sehr bezeichnend die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß der König von Preußen die guten Dienste nicht vergessen werde, die ihm der Kaiser bei dem Ausbruch des Krieges geleistet habe. In den Unterredungen, welche der Großherzog von Weimar alsbald sowohl mit dem Könige, wie mit Bismarck herbeiführte, und bei denen Carl Alexander die Frage der Erwerbung der deutschredenden französischen Grenzgebiete eifrig befürwortete, trat deutlich hervor, daß Rußland dem gegenüber auf Kompensationen rechnete. König Wilhelm wollte aber so wenig wie der Kanzler das Zugeständnis machen, daß dem Kaiser von Rußland gegenüber ausgesprochen werden dürfte, man beabsichtige einen solchen Landerwerb von seite Preußens. Wenn der Großherzog derlei Wünsche der deutschen Nation dem Kaiser von Rußland vortragen zu sollen meine, könne er dies — so bemerkte der König ausdrücklich — nur als seine private Meinung mitteilen. Kaiser Alexander scheint infolgedessen und vermöge der Vorstellungen, an welchen der deutsche Gesandte in Petersburg Prinz Reuß und die Großfürstin Helene es nicht fehlen ließen, sich jeder Einmischung in die deutschen Friedensverhandlungen zu enthalten versprochen haben; doch am 18. September las Bismarck dem Könige Depeschen vor, die bewiesen, daß Gortschakow den Kaiser umgestimmt habe, und es war nun von der Absicht Rußlands die Rede, die Angelegenheiten des Friedens auf einem Kongresse zu ordnen. Am 21. September versicherte Bismarck dem Großherzog von Weimar, daß Gortschakow „kongreßsüchtig“ sei, wobei hauptsächlich dessen Eitelkeit ins Spiel komme. Auch wolle er Deutschland möglichst wenig gestärkt sehen, um die Unentbehrlichkeit der russischen Freundschaft deutlicher zu machen. Bald darauf, am 24. September, glaubte der Großherzog den König aufmerksam machen zu sollen, daß es ein Mittel gebe, den Fürsten Gortschakow zu gewinnen, wenn man den Russen Konzessionen in der Schwarzen

Meerfrage machen wollte, worauf der König sagte, daß auf diese Möglichkeiten schon vorlängst angespielt worden sei, Rußland aber einen Kongreß herbeizuführen wünsche, durch den nur weitere Verwicklungen entstehen würden. Wirklich war der Großherzog in diesem Sinne schon am 27. September vom Kaiser von Rußland angesprochen worden. Der Kaiser wünschte dem König Vorstellungen machen zu lassen, daß er in seinen Friedensforderungen mäßig sein und nicht zu viel dem Verlangen der öffentlichen Meinung in Deutschland nachgeben möge. Damit der Friede aber von den Neutralen befestigt werde, schlage er einen Kongreß vor. „Er glaube“ — hieß es in dem Briefe des Kaisers — „der Friede könne nur einen reellen Wert haben, wenn er von ganz Europa garantiert sei, aber dazu werde ein Kongreß erforderlich, nicht bloß um das zwischen Deutschland und Frankreich Abgemachte zu gewährleisten — pour enregistrer — sondern auch um die Grundlagen des neuen europäischen Gleichgewichts festzulegen.“

Die Antwort, die der Großherzog von Weimar nach gewissen Andeutungen des Königs dem Kaiser von Rußland geben sollte, war dem Grafen Bismarck am 28. Septemben in Ferrières vorgelegt worden; und nach den Mitteilungen des Großherzogs billigte sie der Kanzler im wesentlichen, doch ist, da der Entwurf nicht vorliegt, nicht deutlich zu ersehen, ob sich Bismarck bei der Erwähnung des Traktats von 1856 auf eine genauere diplomatische Darlegung seiner Anschauungen in dieser Beziehung einließ. Es scheint vielmehr, daß er sich in Bezug auf die orientalischen Fragen überhaupt nur sehr im allgemeinen und unverbindlich äußerte und demgemäß den Großherzog verhinderte, etwas Bestimmtes dem Kaiser Alexander mitzuteilen. Die Unterredung dürfte sich zuletzt in das nebelhafte verlaufen haben, denn der Großherzog berichtet selbst ganz humoristisch, der Kanzler sei am Ende so gemütlich geworden, daß er ihm Zigarren schenken wollte. Auch am nächsten Tage fand eine rechte Verständigung zwischen den hohen Herrn nicht statt, da Bismarck

um keinen Preis von einem Kongreß zu sprechen wünschte, der Großherzog aber der Idee des Kaisers Alexander nicht geradezu entgegentreten mochte. Auch der König genehmigte nachher, sofern von dem Schwarzen Meere die Rede sei, nicht, daß er dazu einen Auftrag gegeben, sondern nur eine Wendung, nach welcher der Großherzog in seinem Schreiben an den Kaiser bloß die Vermutung aussprechen sollte, seine Ansicht stimme mit der des Königs überein.

In Rußland wird man aus allen Verhandlungen, von denen freilich die durch die amtliche Diplomatie geführten heute noch ganz unbekannt sind, den Schluß gezogen haben, daß das Gortschakowsche Kongreßprojekt sehr wenig Aussicht auf Verwirklichung habe, und so waren auch die durch die Hand des Großherzogs von Weimar vermittelten Korrespondenzen ins Stocken geraten, bis die plötzliche Erklärung der russischen Regierung vom 31. Oktober und das Erscheinen des Generals Annenkoff in Versailles die Lage in überraschendster Weise verdüsterte. Besonders auf den König mußte die brüske Art der Aufkündigung des Vertrags verstimmend wirken, weil er bei der Ehrlichkeit und Offenheit seines politischen Verhaltens gegen befreundete Mächte nicht verhehlen konnte, daß er das Verlangen Rußlands, von der drückenden Bestimmung des Pariser Friedens endlich loszukommen, sachlich schon seit länger als berechtigt anerkannt hatte. Als der Großherzog von Weimar einige Tage nach der Ankunft des Generals Annenkoff den König und später den Grafen Bismarck zu sprechen Gelegenheit fand, erfuhr er bereits, daß der König die Form der Aufkündigung des Vertrags dem Kaiser gegenüber getadelt, Bismarck aber sich bereit erklärt habe, zu vermitteln. Auch konnte der Großherzog an den Kaiser von Rußland schreiben, daß er volles Vertrauen zu der Haltung Preußens in der Angelegenheit haben möge. Diese Mitteilung mußte in Rußland um so mehr befriedigen, als Kaiser Alexander von Gortschakow nicht eben genügend auf den Ernst vorbereitet worden zu sein scheint, mit welchem in England und Österreich gegen den russischen Vorgang reagiert wurde.

In England war im Anfang der Verwicklung die Sorge verbreitet, es möchte zwischen Preußen und Rußland sowohl in der Sache, wie auch in der Form jener die Signatarmächte des Pariser Vertrags, zu denen Preußen bekanntlich nicht zählte, beleidigenden Erklärung ein Einverständnis bestanden haben, wodurch die Sache sich peinlich und gefährlich gestaltet hätte. Indem nun aber Bismarck sehr rasch den Beweis führen konnte, daß er an den völkerrechtlich wenig geeigneten Schritten des Fürsten Gortschakow ganz unbeteiligt sei, gelang es seiner Meisterschaft nicht nur, den neutralen Mächten einen großen Dienst zu leisten, sondern auch die Friedenspolitik gegenüber Frankreich vor den Einmischungsgelüsten der Neutralen in wirksamster Weise zu sichern. Am 19. November traf der englische Botschafter Odo Russell in Versailles ein. Es zeigte sich sogleich, wie richtig der König die Lage beurteilt hatte, da er sich nicht darauf einließ, die Russen von vornherein zu entschuldigen. Denn als Odo Russell zunächst am 20. beim kronprinzlichen Diner erschien, machten seine Bemerkungen auf alle Anwesenden den Eindruck, daß die englische Regierung entschlossen gewesen sei, das Eindringen der Russen im Mittelländischen Meer als eine Kriegsfrage zu behandeln. Glücklicherweise fand der Bundeskanzler an der Persönlichkeit des Botschafters einen Mann, der durchaus seine friedlichen Absichten teilte und an der aufkommenden Machtstellung Deutschlands den wohlwollendsten Anteil nahm. Es ist bekannt, daß nach wenigen Unterredungen zwischen dem Kanzler und dem Botschafter bereits eine Verständigung stattfand, nach welcher die Pontusfrage durch eine internationale Konferenz geregelt werden sollte. Da sich der Bundeskanzler bereit erklärte, die Einladung zu derselben von seite Preußens ergehen zu lassen, gelang es ihm durch sein Entgegenkommen, eine außerordentliche Befriedigung in England hervorzurufen. Am 26. November versicherte Graf Russell dem Großherzog von Baden, er sei so befriedigt von den Verhandlungen über die russische Frage, daß er jetzt erklären müsse, man habe sich in England

einen völlig falschen Begriff von der Stellung Preußens in dieser Angelegenheit gemacht. In der Tat wurde die Berufung eines Kongresses nach London zur Revision des Pariser Friedens sowohl von England wie von Rußland angenommen. Die Frage war nur, welche Stellung Preußen in sachlicher Beziehung einzunehmen gedachte. Der König hatte auch in dieser Hinsicht einen sehr bestimmten Standpunkt eingenommen, welchen der Bundeskanzler zu vertreten sich gern bereit finden mußte. Der König war der Meinung, der Konflikt sei dadurch nur hinausgeschoben und man müsse daher schon jetzt in dieser Sache eine ganz neutrale Haltung beobachten. Grundsätzlich hatte die preußische Regierung beschlossen, in der russischen Frage keine Partei zu ergreifen, wozu ihre frühere Stellung zum Pariser Vertrage von 1856 ihr volle Gelegenheit gab. Die außerordentlich günstige Gestaltung der preußischen Politik in dieser ganzen Angelegenheit, auf welche der König keinen geringen Einfluß genommen hatte, gab dem Grafen Bismarck aber völlige Sicherheit, die Friedensfrage mit Frankreich in ungestörtester Weise, und ohne daß die neutralen Mächte ihm irgend eine ernste Schwierigkeit bereiten konnten, zur endlichen Lösung zu bringen. Es mag gestattet sein, was aus Mitteilungen eingeweihter Personen bekannt geworden ist, hier mitzuteilen, da dies solange einen gewissen Wert beanspruchen dürfte, als vollständige Akten und Protokolle der Friedensunterhandlungen noch nicht vorliegen.

III.
Friedensversuche.

Die Friedensbestrebungen wurden von dem großen Kanzler schon in viel früherer Zeit begonnen, als man damals im Felde und in der Heimat ahnte. Die erste unbestimmte Nachricht über den guten Willen des Bundeskanzlers, zum Frieden mit Frankreich zu gelangen, erhielt man durch das Rundschreiben aus Reims vom 13. September, in welchem aber bloß betont wurde,

daß Deutschland nach den ungeheuern Opfern materielle Garantien gegenüber von Frankreichs kriegerischen Neigungen für die Zukunft nicht entbehren könne und sie zu fordern beabsichtige. Da die Pariser revolutionäre Regierung die Vermittlung Englands in Anspruch nahm, um ihren Wunsch nach Eröffnung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen dem Bundeskanzler kund zu geben, war eine Lage entstanden, die selbst einem Staatsmann von der Größe Bismarcks eine schwierige, kaum noch den geläufigen Grundsätzen des Völkerrechts zu lösende Aufgabe stellte. Sowohl in der Umgebung des Königs und seiner Verbündeten, wie auch in den größeren Kreisen des deutschen Volkes unterschätzte man wesentlich die Frage, mit wem und auf welche Weise in diesem Augenblick ein Friede geschlossen werden könne. Man hatte leichthin die Vorstellung gewonnen, als wenn das Napoleonische Frankreich abgetan sei. Nach den historisch gegebenen Erinnerungen von 1814 hatte sich ein unbestimmtes Gefühl geltend gemacht, daß die Verbündeten einfach mit jeder Regierung Frieden schließen könnten, die sie in Paris eben vorfinden. Die Lage war aber eine ganz verschiedene, weil beim Pariser Frieden von 1814 ganz Europa als der eine Paciscent dastand und der andere seine Regierungsberechtigung in Frankreich eben durch den übereinstimmenden Willen der vereinigten Großmächte gewährleistet sah. Die Schwierigkeit, die Bismarck jetzt zu überwinden hatte, lag dagegen darin, daß es keinerlei anerkannte Regierung in Frankreich gab und also jeder Friedensabschluß nicht nur unsicher durch die französischen Verhältnisse, sondern auch dadurch äußerst gefährlich wurde, daß die übrigen Mächte Europas weder die provisorische Regierung in Paris für staats- und völkerrechtlich gesichert ansahen, noch auch den Verkehr mit der durch die Kaiserin Eugenie vertretenen Regierung Frankreichs formell abgebrochen hatten. Unter diesen Umständen stellten sich die größten Leistungen des deutschen Staatsmannes gerade in dieser Richtung seiner diplomatischen Tätigkeit für alle Zeiten fest. Es ist aber auch hier zu bemerken, daß er

das Glück hatte, von seinem Könige in Bezug auf diese Dinge vollkommen verstanden zu sein, und daß ihm dieser in den nach allen Seiten hin offen gehaltenen Verhandlungen den freiesten Spielraum gelassen hat. Obwohl bei König Wilhelm nach dem Sturz der Napoleonischen Regierung in Frankreich nicht der geringste Wunsch vorhanden war, sich mit den ihm wenig sympathischen Vertretern dieser Regierung einzulassen, war er doch weit entfernt, durch rasche Eingriffe in die Tätigkeit seines großen Kanzlers Unsicherheit und Unordnung zu schaffen. Er ließ daher die Friedensversuche Bismarcks in der freiesten Form sich entwickeln.

Alles kam natürlich darauf an, wie sich die auswärtigen Mächte zu der provisorischen Regierung in Paris stellten. Die englischen Diplomaten ließen sich dabei in der haltlosesten Weise bald von der einen, bald von der anderen Seite beeinflussen, und so gehört wohl die abenteuerliche Reise des brittischen Gesandtschaftssekretärs Sir Edward Malet zu den sonderbarsten Bemühungen zu Gunsten von Jules Favre bei Bismarck zu vermitteln. In Österreich gingen zwei verschiedene Strömungen nebeneinander her. Während der vielgeschäftige Graf Beust nicht zu zweifeln schien, daß das Napoleonische Regiment sich wieder in Frankreich herstellen lassen werde, waren die ultramontanen Räte seines Ministeriums fleißig bedacht, in Verbindung mit einigen Hofparteien eine Unterströmung zu bewirken, welche ihre Ratschläge und Ziele nach Frohsdorf richtete, wo der wahre König Frankreichs saß. Über die Ansichten Rußlands ist bisher nichts in Betreff der künftigen Regierung Frankreichs bekannt geworden und es scheint, daß Kaiser Alexander über die Napoleonische Herrschaft in unmittelbarem Briefwechsel mit dem König Wilhelm ähnliche Empfindungen wie dieser an den Tag gelegt hat, denn am 12. November erbat sich der Großherzog von Weimar im Auftrag des Königs von dem Kaiser die von Thiers vorgeschlagenen Friedensbedingungen, von denen ein Brief des Kaisers sprach. Unter diesen Umständen erhalten mancherlei

Nachrichten über Tischgespräche Bismarcks ausnahmsweise eine Bedeutung, wonach der Bundeskanzler seine Verhandlungen mit den Napoleonischen Abgesandten immerhin nur mit einer gewissen Vorsicht zur Kenntnis des Königs gebracht zu haben scheint.

Bismarck ging daneben in offener und öffentlich bekanntgemachter Art schon im September auf die Wünsche englischer Diplomaten ein, sich mit der Pariser Regierung in Verbindung zu setzen. Am 18. September ließ er bekanntlich Jules Favre die Aufforderung zu einer Unterredung für den 19. September zukommen, worauf sich dieser auch einfand und die von ihm gründlich beschriebenen, sehr nutzlosen Besprechungen mit Bismarck hatte. Sie bildeten sozusagen das Thema für die großen und kleinen Friedensfreunde Europas und waren sehr geeignet, Beruhigung bei den auswärtigen Regierungen und bei den einheimischen Kannegießern zu schaffen. Trotz vielerlei Vermutungen, die über die Unterredungen zwischen Bismarck und Favre umhergetragen worden sind, ist die Wahrscheinlichkeit, daß der Bundeskanzler die Absicht gehabt habe, mit der Pariser Regierung abzuschließen, dennoch eine höchst geringe. Die gleichzeitige Anwesenheit des Agenten Regnier in Ferrières ist niemals in Zweifel gezogen worden. Gegen seine nächste Umgebung hat sich Bismarck in Bezug auf alle Friedensverhandlungen sehr schweigsam verhalten. Dagegen erzählte man im Hauptquartier des Kronprinzen von einer Beratung, die beim König zwischen Moltke, Roon und Bismarck über die Friedensfrage stattgefunden habe, wobei es zu einem gewaltigen Meinungsstreit über die notwendige Fortführung des Kriegs gekommen sei, so daß der König sich genötigt gesehen, die Konferenz abzubrechen. Eben damals trat zuerst Bismarck mit der Ansicht hervor, man müsse Paris, wenn man es überhaupt angreifen wolle, durch ein rasches Bombardement zur Übergabe zwingen; Roon glaubte seinerseits versichern zu können, daß für ein kräftiges und rasches Vorgehen alles vorbereitet sei und daß man in kurzer Zeit durch rücksichtslose Beschießung der Millionenstadt eine rasche Entscheidung herbeiführen

werde. Moltke soll in der uns schon bekannten Weise sich gegen die Einmischung Bismarcks in die militärischen Angelegenheiten verwahrt und dadurch eine unbeschreibliche Scene veranlaßt haben. Bismarck hatte sich indessen auf die Versicherungen des Kriegsministers verlassen zu können geglaubt und schrieb demzufolge die am 26. September wenig begründete Depesche über das bevorstehende Bombardement an J. Favre: der Beginn desselben werde ohne alle Rücksicht auf das in Paris anwesende diplomatische Korps keineswegs vorher angezeigt werden. Freilich vergingen nachher beinahe drei Monate, ehe die nach Paris entsendeten Kanonenkugeln wieder daran erinnerten, daß sich Bismarck zu einer vorherigen Anzeige der Beschießung nicht verpflichtet habe. Es erklärt sich schon hieraus hinlänglich der schon früher gekennzeichnete leidenschaftliche Wunsch des Kanzlers, den Parisern endlich Ernst zu zeigen, da er vermöge seiner drohenden Reden und Depeschen von Ferrières freilich besorgen mußte, in der Weltstadt als ein unnötiger Bangemacher zu gelten. Das Rundschreiben, in welchem der von J. Favre an die Pariser Regierung erstattete Bericht von Bismarck in sehr heftiger Weise zurückgewiesen wurde, hatte sorgfältig die Frage vermieden, ob es überhaupt rätlich sei, mit der Pariser Regierung zu verhandeln, und so kam es, daß die Veröffentlichung dieser Depeschen in Deutschland die feste Meinung begründete, es werde überhaupt nur mit der republikanischen Regierung ein Frieden abgeschlossen werden; eine Ansicht, die aber damals noch in direktem Widerspruch mit den Wünschen und Absichten des Bundeskanzlers gestanden hat. Dieser richtete vielmehr, solange der Bonapartismus noch durch die Armee in Metz gehalten war, ausschließlich sein Augenmerk auf Bazaine und die Bonapartistische Partei. Die Schwierigkeit war nur darin zu suchen, daß sich in Frankreich wahrscheinlich kein General gefunden hätte, der für die Kaiserin und ihren Sohn eingetreten wäre, wenn sie in einem Friedensvertrage französische Provinzen abgetreten hätte. An diesem Widerspruch scheiterten alle guten Absichten Bismarcks für das

Napoleonische Frankreich. Je mehr die Stimmung der Armee und mit ihr die des deutschen Volkes für die Wiedererwerbung der alten deutschen Reichsländer erwacht war, desto unmöglicher gestalteten sich die Beziehungen zu den monarchischen Parteien überhaupt und zu den Bonapartisten insbesondere. Es läßt sich indessen nicht leugnen, daß der große Kanzler in Bezug auf die Gefahren, welche die Verlängerung des Krieges herbeiführte, vielleicht allzu schwarz gesehen hat, da er bekanntlich schon anfangs Oktober den neutralen Mächten den Willen und die Fähigkeit zuschrieb, Deutschland um die Früchte seiner Siege zu betrügen, während er sich nachträglich gestehen mußte, daß noch nach einem halben Jahr niemand in Europa ernstlich zu Gunsten des unglücklichen Frankreich auch nur den Finger zu rühren sich einfallen ließ.

Die Empfindlichkeit des Kanzlers ward besonders durch ein Telegramm der Königin Viktoria an den König hervorgerufen, in welchem sie angesichts der Favre'schen Friedensversuche zur „Seelengröße“, wie sich der Kronprinz in seinem Tagebuch ausdrückte, ermahnte. Wie wenig solche Gefühlsäußerungen dem König aber Eindruck machten, zeigte sich darin, daß er bei seiner Ankunft in Versailles, gleich bei seiner ersten Begegnung mit dem Krouprinzen, wie Herzog Ernst versichern konnte, seinen festen Entschluß erklärte, vor dem Falle von Paris einen Frieden nicht schließen zu wollen. Nichts stand fester, als die in dem Hauptquartier der zweiten Armee damals verbreitete Überzeugung, daß der König einem faulen Frieden so abgeneigt wie nur möglich sei. Man erzählte eine Äußerung von ihm, es solle so billig und friedensselig wie in Nikolsburg nicht wieder abgeschnitten werden.

An dieser starken und kräftigen Überzeugung des Königs fand nun ohne Zweifel sein Minister den besten Rückhalt. Er konnte mit aller Ruhe den Anträgen der verschiedensten Regierungsansprecher Frankreichs entgegentreten und die Bedingungen der Landabtretung mit voller Sicherheit aufstellen. Zu Anfang

Oktober hatte es den Anschein, als ob die republikanischen Herren in Paris am meisten geneigt wären, einen Frieden mit Landabtretungen zu unterzeichnen und da Favre durch den amerikanischen Vermittler Burnside seine Bereitwilligkeit erklären ließ und dazu nur die Berufung einer parlamentarischen Vertretung für nötig erachtete, so schien einen Augenblick wirklich die Gewährung eines Waffenstillstandes zum Zwecke der Wahlen, wenigstens von Bismarcks Seite erreichbar zu sein. Es waren immer wiederum die auswärtigen Diplomaten, welche bald aus Petersburg und London, bald aus Wien sich mit Hiobsposten einfanden, die den Bundeskanzler beunruhigten. Ein volles Bild der schwierigen Lage, in der er sich befand, wird eben erst durch einen Einblick in die Korrespondenzen dieser Art zu gewinnen sein. Wie wenig aber die Geschäftigkeit dieser verschiedenen ängstlichen Gesandtschaften der wirklichen Tatkraft der europäischen Kabinette entsprach, war durch die Reise Thiers im Oktober vollständig klar gestellt worden. Selbst den französischen Zeitungen war es danach nicht mehr möglich, den Glauben aufrecht zu erhalten, daß Frankreich von den neutralen Mächten irgend welche wirksame militärische Unterstützung erfahren werde.

Als Thiers von seiner verunglückten Rundreise nach Frankreich zurückgekehrt war, machte er selbst keinerlei Geheimnis daraus, daß die neue französische Regierung bei den europäischen Mächten entschiedenem Mißtrauen begegne. Als er sich auf seinem Wege nach Paris in Versailles aufhielt, suchte er nur der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß der Friede in Paris von der Regierung der nationalen Verteidigung gewünscht und am sichersten zu erreichen sein werde. Er selbst gab sich der Hoffnung hin, auf die Mitglieder der Regierung in Paris einen günstigen Einfluß nehmen zu können, wenn er auch ziemlich unverblümt in einem Gespräche mit dem Herzog von Koburg zu erkennen gab, daß er die in Tours arbeitende Regierung, insbesondere also Gambetta, für unvernünftig genug halte, um auf die Gefahr eines Umsturzes aller Verhältnisse den Widerstand

fortzusetzen. Als hierauf Thiers nach kurzem Aufenthalt in Paris nach Versailles zurückgekehrt war, fand er den Grafen Bismarck wiederum weniger geneigt, mit der Pariser Regierung sich ernstlich einzulassen. In den fünftägigen Verhandlungen mag es, wenn auch genaueres darüber nicht bekannt ist, erschwerend gewesen sein, daß Bismarck weder persönlich noch politisch ein rechtes Vertrauen zu Thiers zu fassen vermochte. In persönlicher Beziehung war ihm der Geschichtsschreiber des ersten Kaisertums wenig sympathisch und in politischer Hinsicht wegen seiner Beziehungen zu den Orleans ein bischen verdächtig. Für den Charakter der ganzen Unterhandlungen in den ersten Tagen des November muß das, was Roon am 6. November darüber schrieb, zur Zeit für das einzig zuverlässige gelten. „Die Scheinverhandlungen — sagt er — mit Thiers haben natürlich zu keinem Resultat geführt.“ Auf viele Persönlichkeiten, die mit Thiers in Versailles verkehrten, machten seine Mitteilungen den Eindruck, daß er eigentlich nicht im Namen der Regierung zu sprechen habe, sondern nur die Ansichten der wenig vernünftigen Leute und der kleinen Friedenspartei, die sich in Frankreich zu bilden begann, vertrete. Am dritten November hatte der Herzog von Koburg eine längere Unterredung mit ihm aus welcher er den Schluß zog, daß an einen Friedensschluß noch sehr lange nicht zu denken sein werde. Doch scheint Thiers durch seine Gespräche mit Bismarck in die nützliche Sorge versetzt worden zu sein, daß die geheimen Verhandlungen mit Napoleon und der Kaiserin Eugenie zu einer Verständigung mit den Bonapartisten führen und die eben stattgefundene Kapitulation von Metz das Vorspiel eines Friedensschlusses bedeuten möchte. Wenn der Kanzler in bewährter geistiger und diplomatischer Überlegenheit diese Wirkung in seinen Verhandlungen mit Thiers hervorgebracht hat, so war er aber doch weit entfernt davon, öffentlich merken zu lassen, daß ein Abschluß mit Napoleons Regierung innerhalb seines Gedankenkreises liegen könnte. Er hat dafür gesorgt, daß in den Zeitungen, insbeson-

dere in England, festgestellt werde, die Verhandlungen mit der Pariser Regierung seien nur deshalb gescheitert, weil diese Bedingungen gestellt habe, wie die Verproviantierung von Paris, auf welche die Deutschen militärisch nicht eingehen konnten. Um so bestimmter ließ er dagegen betonen, daß er sehr bereit gewesen wäre, einen Waffenstillstand auf 25 Tage zu schließen, um die Wahl einer Konstituante in Frankreich zu ermöglichen, durch die ein Friede herbeigeführt werden könnte.

Eine nicht geringe Überraschung war es, als der Bundeskanzler die sämtlichen in Versailles anwesenden Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten mit dem sächsischen Staatsminister von Friesen und dem Staatsminister Delbrück am 5. November zu einer Konferenz berief, in der er Mitteilungen über seine Unterredungen mit Thiers machte. „Der Letztere — sagte er — sei durch ein Schreiben des Kaisers von Rußland angekündigt und eingeführt worden, welcher den Wunsch ausgesprochen, daß Herr Thiers freien Paß durch die Linien nach Paris erhalte. Herr Thiers, der zunächst von Tours gekommen, habe einige Zeit darauf bestanden, von Orleans aus durch die Linien direkt nach Paris zugelassen zu werden, während militärischerseits dies für untunlich erachtet und verlangt worden sei, daß Thiers den Weg über Versailles nehme. Schließlich habe er sich gefügt und sei Sonntag den 30. v. M. jede Unterredung vermeidend über Versailles nach Paris gereist. Thiers habe hauptsächlich aus dem Grunde Versailles vermeiden wollen, um nicht in Paris dafür angesehen zu werden, als habe er über die zu machenden Vorschläge schon im Hauptquartier gesprochen. Am Montag sei Thiers aus Paris nach Versailles zurückgekehrt, und seitdem habe er, der Bundeskanzler, täglich mehrstündige, manchmal wiederholte Unterredungen mit demselben gehabt. Er könne wohl berechnen, daß er im ganzen 18 Stunden mit Herrn Thiers gesprochen habe. Diese Verhandlungen charakterisierend, bemerkte der Bundeskanzler im Laufe seines Vortrags, Thiers sei ein sehr liebenswürdiger Mann, mit dem sich gut sprechen lasse, aber er habe

die Gewohnheit, in der Unterredung politische und historische Betrachtungen einfließen zu lassen, die die Besprechung sehr weitschweifig machten. Zudem greife er am folgenden Tage Gegenstände wieder ganz von neuem auf, als ob davon noch gar nicht gesprochen worden wäre. Thiers sei der gebildetste und unterrichtetste Franzose, welcher dem Grafen begegnet sei, aber doch sei derselbe von vorgefaßten Meinungen nicht frei und seine Befangenheit und Unkenntnis in manchen Dingen außerhalb Frankreichs erkläre sich zum Teil daraus, daß er in keiner Sprache außer der französischen auch nur ja, oder nein sagen könne."

Hierauf erzählte Bismarck die oft wiederholte Anekdote, daß Thiers die Ulanen für eine besondere Nation gehalten habe. Von besonderer Wichtigkeit aber war, daß Thiers Bismarck gegenüber behauptete, der Vorschlag zu einem Waffenstillstand sei von den neutralen Mächten gemacht worden; worauf Bismarck eben nur auf das Fehlen einer legitimierten Regierung in Frankreich hinweisen konnte. Bei der Frage über die Einberufung einer Nationalversammlung in Tour verlangte Thiers, daß auch Elsaß und Lothringen durch Wahlen vertreten sein müßten, was Bismarck für selbstverständlich erklärte. Als aber die Rede auf die Lage von Paris kam, hatte Bismarck nicht den Eindruck, daß sich nach den von Thiers gemachten Erfahrungen Paris werde lange halten können; und weil er glaubte, Thiers habe sich in Bezug auf die Lebensmittelfrage „verschnappt", so war er umsomehr entschlossen, jedes Zugeständnis einer Zufuhr von Proviant zu verweigern. Zum Schlusse bemerkte der Kanzler, daß Thiers in Sevre eine Zusammenkunft mit J. Favre haben werde, die wirklich stattfand, aber zur Folge hatte, daß die Unterhandlungen in den nächsten Tagen abgebrochen werden mußten und Thiers am 7. November unverrichteter Sache nach Paris zurückreiste.

Bei der geschilderten Konferenz mit den süddeutschen und dem sächsischen Bevollmächtigten brachte Graf Bismarck auch die schon in Privatunterredungen kundgegebene Absicht einer Ein-

ladung der verbündeten deutschen Fürsten zu einer Zusammenkunft in Versailles zur Sprache. Er motivierte diesen Gedanken folgendermaßen: „Nach den Erfolgen, welche durch das einmütige Einstehen und Zusammenwirken der deutschen Fürsten, Regierungen und Heere ermöglicht und errungen worden seien, würden wohl die verbündeten Fürsten selbst den Wunsch hegen, in einem bedeutungsvollen geschichtlichen Momente, in welchem, wie er hoffe, eine politische Einigung aller deutschen Staaten begründet und vielleicht in naher Zeit ein ehrenvoller Friede geschlossen werde, selbst dahier zu erscheinen, mit Hand anzulegen und das fürstliche Siegel auf die großen geschichtlichen Akte zu drücken. Andererseits werde eine solche Mitwirkung der Fürsten das monarchische Prinzip in Deutschland heben und wahren. Seine Majestät der König beabsichtige daher eine Einladung der verbündeten Fürsten nach Versailles. Der Zeitpunkt lasse sich noch nicht bestimmen. Fänden die Fürsten sich sogleich hier ein, so könnten sie möglicherweise zu lange von Hause entfernt bleiben müssen; andererseits könnte der entscheidende Zeitpunkt unerwartet rasch herankommen, und in solchem Falle wäre eine plötzliche telegraphische Einladung nicht ganz passend. Der Bundeskanzler hielt daher für das Geeignetste, eine förmliche schriftliche Einladung sogleich und dann im entscheidenden Moment telegraphische Berufung eintreten zu lassen. Graf Bray, der über diese Eröffnung besonders erstaunt war, erklärte, er könne über die Entschließung seines Königs nichts sagen, da er gänzlich ohne Instruktion sei. Daß die Anregung in den folgenden Wochen vielerlei Verhandlungen hervorgerufen hat, ist schon in den früheren Kapiteln berichtet worden; aber nur zu bald zeigte es sich, daß weder die Aussichten auf Frieden noch auch die auf eine Zusammenkunft der Fürsten sich günstig gestalteten. Welchen Zweck Graf Bismarck mit der Konferenz verband, war den versammelten Diplomaten nie ganz klar geworden. Seine Auseinandersetzungen, die ein Meisterstück von liebenswürdiger Lebendigkeit und Offenheit genannt wurden,

vermochten seine Bedeutung und Überlegenheit deutlich zu machen, aber die Minister hatten doch die Empfindung, daß die berechnete Offenheit ein Hauptmittel gewesen sei, um sich nicht in die Karten sehen zu lassen. Tatsächlich war es durch viele Wochen in Betreff der Friedensabsichten und Unterhandlungen still und immer stiller geworden. Als sich Herr von Freydorf am 18. November von Bismarck verabschiedete und gewisse eventuelle Wünsche für den Friedensschluß vorzubringen beabsichtigte, wollte Graf Bismarck davon nichts hören. Es würden Monate vergehen, sagte er, bis es dazu kommen könne, und er würde die Hälfte wieder vergessen; er schicke vorläufig alles, was von Regierungen oder Privaten in Bezug auf Verhandlungen für den Friedensschluß gewünscht werde, nach Berlin. Dem Großherzog von Baden gegenüber sprach er sich um dieselbe Zeit ebenso hoffnungslos aus: „Durch die unglückliche Einschließung von Paris sei alles ins Ungewisse gekommen. Wäre man sogleich in das Innere von Frankreich eingedrungen, so wären die Franzosen außer stande gewesen, neue Armeen aufzustellen, und man hätte ohne Paris Frieden schließen können. Diese Ansicht sei aber an dem Mythus gescheitert, daß die Armee in Paris einziehen müsse. Dagegen sei nicht aufzukommen gewesen, und nun ernte man die Früchte dieser Saat. An den Frieden sei also gar nicht zu denken. Es sei eine gewisse Ratlosigkeit in der Führung eingetreten; Moltke sei zerstreut und müde, Roon krank und nicht mehr leistungsfähig und die Hauptarbeit in die Hände von Unbedeutenden gekommen."

Man war in dieser Epoche des Kriegs mit dem Gedanken vertraut geworden, daß sich die deutsche Armee auf Winterfeldzüge und eine gründliche Belagerung oder langandauernde Einschließung von Paris gefaßt machen müsse. Mehrfache Versuche der Regierung in Paris, neue Unterredungen mit Bismarck durch J. Favre herbeizuführen, wurden zurückgewiesen oder erschwert. Man beschäftigte sich im Hauptquartier in mehr oder weniger akademischer Art mit den Fragen, welche militärische

Sicherungen für Deutschland an seiner neu zu gewinnenden Grenze erforderlich sein werden. Insbesondere war es die Frage, ob Metz zu behalten sei oder ob man darauf verzichten könne, welche die Geister sehr erregte. In Bezug auf die Kriegsentschädigung wußte Bismarck vorschauend Urteile und Materialien von europäischen Finanzgrößen einzuholen. Er hatte sich in der Stille, ohne sich hierüber auszusprechen, vollständig gerüstet, um jeden Augenblick mit dieser, oder mit jener Partei erfolgreiche Unterhandlungen führen zu können. Dabei trat ein Vorschlag ans Licht, der verhältnismäßig wenig beachtet worden ist, aber nachträglich doch ein großes Interesse in Anspruch nehmen dürfte. Es war Prinz Adalbert von Preußen, der frühzeitig in Versailles den Gedanken anregte, den Friedensschluß zu benutzen, um das neue Deutsche Reich mit Kolonien auszustatten. Insbesondere hatte er den Wunsch, in Ostasien und Neufundland Schiffsstationen und Kolonien zu erwerben, und glaubte durch den Besitz von Guadeloupe dem deutschen Handel einen großen Vorteil zuführen zu können. Obwohl der Prinz vermöge seines undeutlichen Sprachorgans sich nicht leicht verständlich machen konnte, und Bismarck vielleicht infolgedessen ihm ungern Gehör schenkte, wurde seine Idee doch sehr beachtet und mannigfaltig erörtert, zumal da Graf Roon der Sache nicht ungünstig gegenüber zu stehen schien. Leider fehlt es an sicheren Nachrichten, in welcher Weise die ganze Frage amtlich und in den Konferenzen beim Könige behandelt worden ist. Was man als Äußerungen des großen Kanzlers von seite untergeordneter Leute überliefert hat, kann uns selbstverständlich nicht als maßgebend gelten. Daß aber Delbrück dem Kronprinzen gegenüber die Idee der Erwerbung von Kolonien ablehnte, läßt es allerdings glaubhaft erscheinen, daß Bismarck sich auch in amtlicher Weise ähnlich ausgesprochen haben wird.

Es gab indessen Momente in diesen verhängnisvollen Wochen, wo sogar in Bezug auf die Erwerbung der alten deutschen Reichslande alles ins Schwanken geraten schien. Stimmen wurden laut,

welche zuweilen selbst von Elsaß die Behauptung zu vernehmen gaben, daß das neue Deutschland wenig Ersprießliches von der Angliederung einer völlig abgeneigten Bevölkerung zu erwarten habe. Und in der Tat waren alle Nachrichten, die über die Zustände in den elsässischen Bevölkerungskreisen eintrafen, von einer außerordentlich trübseligen Art. Freilich hatte Herr von Keudell, der die Verhältnisse wohl zu beurteilen im stande war, dem Großherzog von Baden gegenüber nicht verhehlen wollen, daß der Bundeskanzler nicht ganz schuldlos in Betreff der Mißverhältnisse gewesen sei. Er habe dem Grafen Bismarck-Bohlen und Herrn von Kühlewetter zwar gesagt, daß sie ganz selbständig vorgehen dürften und nur gut verwalten sollten, aber nachher sei doch in Versailles selbst das Kleinste und Unbedeutendste angeordnet und alles umgestoßen worden, was das Gouvernement angeordnet hat. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß man die Einverleibung der Provinzen so rasch wie möglich aussprechen und eine Statthalterschaft einführen solle. Als sich aber der Herzog von Koburg bereit erklärte, die Statthalterschaft zu übernehmen und durch Herrn von Keudell bei Bismarck eine Anfrage stellen ließ, so erzürnte sich der Bundeskanzler über einen solchen Gedanken so heftig, daß Herr von Keudell nur in ganz gedrückter Stimmung die ablehnende Antwort seines Chefs zu überbringen im stande war. Bismarck erklärte überhaupt, er wolle unter keiner Bedingung eine höher gestellte Persönlichkeit und vor allem keinen Fürsten in den von Frankreich zu erwerbenden Provinzen dulden. Er war dagegen mit Roon darin einverstanden, daß beim Friedensschluß Elsaß-Lothringen zu gewinnen und als ein selbständig zu verwaltendes Land einzurichten sei. Auch in Bezug auf Metz gab er schließlich den Wünschen der Militärpartei und insbesondere Moltkes nach und war offenbar schon lange vor der Eröffnung der Friedensunterhandlungen entschlossen, auch diese Forderung zu stellen.

IV.

Waffenstillstand und Friedenspräliminarien.

Gegen Ende Januar war die Wahrscheinlichkeit immer größer geworden, daß sich Paris am Ende seines Widerstandes befinde. Und wenn auch der Fall der kleinen Forts und die so leidenschaftlich begehrten Kanonenschüsse keine Wirkung auf Paris und seine Bevölkerung hervorbringen konnten, so war man doch unterrichtet genug, um zu wissen, daß mit dem Ende des Monats Paris durch Hunger bezwungen sein werde. Die unbedingte Notwendigkeit, sich über alle die wichtigen Fragen im Hauptquartier klar zu werden, die sich bei dem Fall von Paris ergeben mußten, führte zu Beratungen über Waffenstillstands- und Friedensbedingungen, welche dem endlich gedemütigten Frankreich aufzuerlegen wären. Als nun am 20. Januar vom General Trochu ein Waffenstillstandsverlangen einlief, war glücklicherweise zwischen Bismarck und den Militärs ein solches Verhältnis hergestellt, daß gemeinschaftliche Sitzungen und Beratungen bei dem Kaiser stattfinden konnten, und es stand wenigstens das Eine fest, daß kein Waffenstillstand geschlossen werden solle, ohne daß gleichzeitig Friedenspräliminarien eröffnet würden. Aber in eben diesem Augenblick mußte auch die große Entscheidung fallen, ob der Friede mit der republikanischen Regierung, oder mit Napoleon und seiner immer noch legitimen Stellvertretung zu schließen sei.

In dieser Beziehung waren die letzten Wochen sehr wichtig und ereignisreich gewesen. Die Aufgabe wie die Verantwortung war für den Kanzler auf einen Höhepunkt gestiegen, bei welchem sich nur schwer ein sicheres Bild gewinnen läßt. Gerade in dem Punkte zeigte sich seine ungeheure Überlegenheit in der Beurteilung der schwierigsten politischen Lagen, daß er im richtigsten Augenblick in rascher Entschlossenheit jenen günstigsten Fall zu ergreifen wußte, der ein alle Erwartungen übertreffendes Ergebnis für Deutschland hervorgebracht hat. Aber er war eben im Begriffe

gewesen, den von Bonapartischer Seite ausgehenden Anträgen sich sehr zu nähern. Die Verhandlungen waren durch den früheren Minister Napoleons, Clement Duvernoy, auf eine günstige Bahn gebracht worden. Dieser hatte endlich ein Einverständnis zwischen dem Kaiser Napoleon auf Wilhelmshöhe und der Kaiserin Eugenie zu stande gebracht, so daß die Kaiserin sich bereit erklären konnte, als Regentin von Frankreich den Frieden abzuschließen, wenn man sie von seiten Deutschlands anerkennen und ihr die Möglichkeit geben würde, sich als solche in Frankreich geltend zu machen. Sie beabsichtigte, sobald man sie nach Frankreich hereingelassen hätte, die imperialistische Partei aufzurufen und die kaiserliche Regierung wiederherzustellen. Bismarck hatte schon öfter die Idee ausgesprochen, daß die einfachste Lösung in der Einberufung des Corps legislatif zu finden wäre, und er konnte auch nicht verkennen, die Regentschaft des Kaisers sei eigentlich die einzige zu Recht bestehende Regierung in Frankreich. „Haben wir von dieser Regierungsgewalt erlangt“ — so sagte er dem Kronprinzen bei Gelegenheit des erwähnten Versuches mit Moltke — „was wir wünschen, nun so mögen die Franzosen sehen, wie sie mit dieser Regierung weiter kommen.“ Am 21. Januar bestätigte Herr von Keudell dem Großherzog von Baden gegenüber die Verhandlungen Bismarcks mit der Kaiserin durch Clement Duvernoy und daß dieser soeben von Wilhelmshöhe zurück erwartet werde. Herr von Keudell sagte, daß Bismarck für Napoleon III. gewisse Sympathien behalten habe und daß er am liebsten wieder mit ihm zu tun bekommen möchte, allein er werde mit jeder anderen legalen Regierung, Republik oder Monarchie, Diktatur oder provisorische Regierung, in Verhandlung treten. Die Regentschaft der Kaiserin Eugenie solle aber durchaus nicht mit Hilfe der deutschen Armee eingesetzt werden. Die Frage für Deutschland laute nur so: wollen wir Frieden oder Krieg. Für den Fall aber, daß ein günstiger Friedensabschluß mit keiner der Parteien zu stande komme, wolle der Kanzler eine Demarkations-

linie ziehen, innerhalb deren sich die Armee rein defensiv verhalten solle, so daß der Kaiser und Kronprinz zurückkehren könnten, während ein Teil des okkupierten Landes von Frankreich einer deutschen Militärverwaltung unterstellt bliebe. In dieser Beziehung stimmten Roon und Bismarck überein, während Moltke die Fortführung des Krieges beantragte.

Dies war die Auffassung von der Lage der Dinge bei den maßgebenden Personen des Hauptquartiers, als J. Favre am 23. Januar den Kanzler um eine Unterredung ersuchen ließ, zu welcher Bismarck unter der Bedingung die Erlaubnis erteilte, daß von einer Londoner Konferenz nicht weiter gesprochen werden dürfe. Am Abend desselben Tages erschien Favre bekanntlich in Versailles, um wegen einer Kapitulation von Paris und eines Friedensschlusses in Unterhandlung zu treten. Es ist nicht die Absicht dieser Schrift, die oft erzählten Einzelheiten der Verhandlungen zwischen Bismarck und Favre zu wiederholen. Einen merkwürdigen Zufall möchte man es nennen, daß von deutscher Seite so gut wie nichts über das berichtet ist, was in den fünf Tagen bis zum Abschluß der Kapitulation von Paris und des Waffenstillstands in den entscheidenden Unterredungen sich begeben hat. Die Franzosen hingegen vor allem Favres Begleiter Graf Hérisson und Favre selbst haben den Stoff zu mancherlei theatralisch ausgeschmückten Darstellungen gegeben, die nach dem Muster der Überlieferungen von Napoleon in Leoben und Campo Formio auf das französische Publikum berechnet sind, nur mit dem Unterschiede, daß dort der Ruhm und hier das Mitleid für Frankreich erweckt werden sollte. Der deutsche Geschichtsschreiber wird daher alle kritische Vorsicht nötig haben, um sich das falsche Pathos vom Halse zu halten, welches durch die französischen Berichte erregt wurde. Die zahlreichen heute vorliegenden gedruckten Tagebuchaufzeichnungen deutscher Staatsmänner und Generale in Versailles beweisen zur genüge, daß in den Tagen dieser Waffenstillstandsunterhandlungen im Hauptquartier des Königs, wie des Kronprinzen die aller-

nüchternste Stimmung geherrscht hat und es lediglich der Überredungskunst des Kanzlers zu danken gewesen ist, daß sich am 24. Januar in dem „Conseil“, welchem der Kronprinz, Bismarck, Roon, Moltke und Boyen beiwohnten, der König sich zur großen Freude und endlichen Beruhigung des Kanzlers dafür entschied, gegen die Meinung der Militärs den Stillstand abzuschließen. Kaiser Wilhelm zeigte hier wiederum seinen großen Herrschergeist in einer nicht genug erkannten Weise, denn nachdem er hartnäckig die militärischen Fragen oft auch im Gegensatz gegen den nunmehrigen „Reichskanzler“ entschieden hatte, sah er jetzt ganz richtig den Moment gekommen, im unbedingten Vertrauen auf Bismarcks Genie die Entwicklung der Friedensabsichten vollständig in dessen Hand zu legen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Kaiser mit größter Rücksicht in diesen Angelegenheiten Bismarck ungestört handeln ließ und auch in Bezug auf die Bestimmungen der Friedenspräliminarien, wie des späteren definitiven Friedens sich seinen Anschauungen durchaus anschloß. Lediglich über den Waffenstillstand, seine Dauer und über die Demarkationslinie hatte er, da auch hierbei Gegensätze zwischen Moltke und Bismarck auszugleichen waren, sich mehr die militärische Auffassung, insbesondere mit Rücksicht auf die Operationen Manteuffels in den westlichen Departements angeeignet. Eine sehr bezeichnende Äußerung des Kaisers dem Großherzog von Baden gegenüber auch noch nach dem Conseil vom 26. Januar, welches von 11 bis 2 Uhr dauerte, war, „daß er alle Sorge nur dahin zu wenden habe, alle Köpfe unter einen Hut zu bringen, da die politischen Interessen von militärischer Seite nicht verstanden und die militärischen von der politischen Seite nicht gewürdigt werden“. Und so galt auch das treffende Wort in diesen Angelegenheiten, welches Roon zu jener Zeit niederschrieb, daß der Kaiser wohlberechtigt sei, das Geschaffene gelegentlich als sein eigenstes Werk zu bezeichnen. Indem er aber dem Kanzler in den Verhandlungen so ganz freie Hand ließ, war es gewiß bezeichnend, daß Roon, nachdem er noch kurz zuvor

bemerkt hatte, Bismarck sei kränker als er selbst und andere glaubten in Übereinstimmung mit allen übrigen Berichterstattern nicht genug Erfreuliches von der geistigen Energie und dem Wohlbefinden des Kanzlers in den Tagen der endlosen wichtigen Verhandlungen mit Favre melden konnte.

Untergeordnete Personen haben in deutschen Kreisen auch die Vorstellung erweckt, als hätte sich J. Favre kein rechtes Ansehen bei seinen Unterhandlungen mit Bismarck und Moltke zu erwerben gewußt. Auch dies ist durchaus nicht richtig. Moltke sprach sich nach den einhelligen Versicherungen sehr hochgestellter Personen über Favre günstig aus und lobte seinen festen und gediegenen Charakter. Und Bismarck gegenüber darf man es ohne Zweifel als keinen geringen Erfolg des französischen Patrioten ansehen, daß er den großen Kanzler Schritt für Schritt von seiner immer noch sehr lebhaften Neigung, mit Napoleon und dessen Stellvertretung abzuschließen, zurückzubringen verstanden hat. In einem Gespräche mit dem Großherzog von Baden betonte Bismarck noch am 2. Februar, daß er die Herren von der Pariser Regierung am meisten durch die Drohung der Einberufung des Corps législatif eingeschüchtert habe, und es ist ja ohne Zweifel richtig, daß während der Unterhandlungen der Kapitulation und des Waffenstillstands Clement Duvernoy gleichsam im Hintergrund gehalten wurde und die Unterhandlungen mit dem Abgesandten der Kaiserin Eugenie jeden Augenblick aufgenommen werden konnten, wobei man es dahin gestellt lassen darf, ob die Anekdote richtig ist, ihm sei nach erfolgtem Waffenstillstand mit Favre auf die Meldung zu einem Besuche bei Bismarck der Bescheid gegeben worden: „zwanzig Minuten zu spät."

Als am 29. Januar Graf Hérisson den von den Machthabern von Paris unterzeichneten Kapitulationsvertrag überbrachte, war bekanntlich von dem Generalstab der dritten Armee schon alles vorgesehen worden, um die von den Franzosen geräumten Forts sofort zu besetzen. Und Graf Blumenthal konnte

nicht ohne Genugtuung am Abend dieses Tages schreiben: „Die Forts sind alle ohne Störung von uns besetzt worden, nachdem die Franzosen sie geräumt hatten. Alle noch in sehr gutem Stande und so gut armiert, daß sie sich noch monatelang hätten halten können; ein Beweis mehr, daß nur der Hunger zur Kapitulation gezwungen hat.“ Daß die fünfzehn Artikel des Vertrags nicht allgemeine Zustimmung fanden, behaupteten nur wenige, kaum ernst zu nehmende Personen, die die Leiden der deutschen Armee durch fünf Monate vor Paris mit Gleichgültigkeit betrachtet hatten. Daß Bismarck sowohl wie Moltke die weiseste Mäßigung zeigten, wurde von allen Seiten anerkannt und insbesondere von Graf Odo Russell, der seine Teilnahme für die Entwicklung Deutschlands in erfreulichster Weise auch in diesem Augenblicke an den Tag legte, in diplomatischen Kreisen betont. Ihm war es auch hauptsächlich zu verdanken, daß die letzten Versuche einer Einmischung der neutralen Mächte in die Friedensunterhandlungen glücklich beseitigt worden sind. Wenn die „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks ein großes Gewicht auf die Gefahren zu legen scheinen, welche die Machenschaften des Grafen Beust hervorbringen konnten, so beziehen sich diese Angaben eigentlich auf die Zeiten vor dem Fall von Paris. In den Tagen, wo die Wahlen zu der nach Bordeaux berufenen Versammlung stattfanden, war der Reichskanzler über die Einmischung dritter Mächte in seine Verhandlungen mit Frankreich vollends beruhigt.

Einer allzugroßen Hoffnung gab sich Bismarck indessen in Bezug auf das Verhalten der Nationalversammlung nicht hin, solange Gambetta die Macht noch in Händen hatte. Die Wahlen waren zwar konservativ und für den Frieden günstig ausgefallen, aber die Generale Chancy und Faidherbe waren, sicheren Nachrichten zufolge, mit Gambetta fest entschlossen, den Krieg fortzusetzen. Unter diesen Umständen kam es am 8. Februar in einer wichtigen Konferenz beim Kaiser abermals zu einem heftigen Kampf zwischen Bismarck und den Militärs. Es waren der

Kronprinz, Bismarck, Moltke, Roon, Podbielski und die Generaladjutanten Boyen und Treskow versammelt und es sollte über die Maßregeln entschieden werden, die zu treffen seien, wenn nach Ablauf der Waffenstillstandsfrist kein Friede zu stande komme. Bei der Beratung trat der alte Groll zwischen dem Kanzler und dem Generalstabschef in früherer Schärfe hervor, so daß es wieder der ernsten Vermittlung des Kaisers bedurfte, um den inneren Frieden herzustellen. Bismarck warf den Militärs vor, daß sie während des Waffenstillstandes alles täten, um eine friedliche Lösung unmöglich zu machen und seine mühevolle Arbeit zu verderben. Moltke seinerseits warf der Diplomatie vor, den Franzosen viel zu viel Entgegenkommen zu zeigen. Der Kaiser vereinigte die Gegensätze, indem er die Entscheidung traf, daß der Armee des Generals Chancy jetzt schon eine bedeutende Macht gegenüberzustellen sei, damit er die Lust verliere, weitere Operationen zu machen.

Die Wahlen in Elsaß und Lothringen erbrachten indessen im Angesicht des deutschen Gouvernements den deutlichen Beweis, daß die Einverleibung der Provinzen große Schwierigkeiten machen werde. Es ließ sich von den Gewählten dieser Provinzen erwarten, daß sie in der Nationalversammlung alles daran setzen würden, um die Abtretung zu verhindern und die Fortsetzung des Krieges zu bewirken. Am 10. Februar versicherte Abeken dem Großherzog von Baden, Bismarck meine Metz nicht behaupten zu können. Er wollte die Gründe der Militärs für den Besitz der Festung nicht gelten lassen und sich mit der Schleifung der Werke begnügen, da man andere Orte als Grenzfestungen wählen könne. Indem sich aber die Meinungen über die beim Frieden zu erreichenden Landabtretungen mehr und mehr teilten, war es natürlich, daß die Vorschläge des Prinzen Adalbert in Bezug auf die Erwerbung von Schiffsstationen und Kolonien neuerdings bestimmter hervortraten. Hauptsächlicher Gegner aller kolonialen Bestrebungen war aber der Minister Delbrück. Er erklärte, daß Schiffsstationen nur unter der Voraussetzung der

Anlage von Kolonien einen Wert haben könnten, und solche halte er bloß für ein Unglück für Deutschland, da sie unbedingt die Herstellung einer großen Flotte erforderten, die übermäßige Kosten verursachen werde. Dessen ungeachtet hatten die Flotten- und Kolonialfreunde eine Art Programm aufgestellt, nach welchem folgende Punkte in Betracht kommen sollten: 1. Saigon in Cochinchina. 2. Martinique; von 141000 Einwohnern seien nur $^{1}/_{10}$ oder $^{1}/_{12}$ Franzosen. 3. St. Pierre und Miquelon bei Neufundland gelegene Inseln. Am 6. Februar erörterte Abeken im Auftrag Bismarcks mit dem Großherzog von Baden diese Fragen und erklärte, daß der Kanzler keineswegs die schroffen ablehnenden Ansichten Delbrücks in Bezug auf die Erwerbung von Schiffsstationen und selbst Kolonien teile. Er halte aber dafür, daß man nichts ohne die Zustimmung von Nordamerika tun könne, wenn es sich um Punkte handle, welche in der Interessensphäre der Union gelegen seien. Hingegen glaubte Abeken in Betreff von Saigon Bismarck geneigter zu finden, und versprach demselben über diesen Punkt Vortrag halten zu wollen. Es ist bekannt, das am Ende die Erwerbung von Kolonien gänzlich fallen gelassen wurde. Bismarck erklärte schließlich den Kolonialfreunden, seiner Überzeugung nach seien überseeische Besitzungen für Deutschland zur Zeit überhaupt noch nicht anzustreben; die Sache sei für das junge Reich zu früh und nur dann ausführbar, wenn die Marine sich in einer bedeutenderen Entwicklung befinde, als tatsächlich zunächst der Fall sein könne. Es war zwar auch die Rede davon, daß man durch den Friedensschluß Kriegsschiffe von Frankreich fordern könnte, allein Bismarck wollte hierzu nicht die Hand bieten, da er dies für ein übermütiges und Frankreich viel erniedrigenderes Verlangen hielt, als die Abtretung von Gebiet.

Während man in Versailles noch ganz ungewiß war, welche Stellung die Nationalversammlung in Bordeaux gegenüber der Friedensfrage einnehmen werde, suchte sich Bismarck mit weitvorschauendem Blicke aller Mittel zu versichern, von denen er

glaubte, die Friedensstimmung der Franzosen fördern zu können. Und so hatte er auch den Einfluß in Rechnung zu ziehen gewußt, welche der Klerus insbesondere auf die Landbevölkerung Frankreichs ausüben könnte. Eine treffliche Gelegenheit bot sich in dieser Beziehung dar, als um die Mitte Februar Kardinal Bonnechose, Erzbischof von Rouen, in Versailles eintraf, um Erleichterung der in seiner Diözese ausgeschriebenen Kontributionen zu erbitten. Er wurde nicht nur von Bismarck auf das zuvorkommendste empfangen, sondern auch bei dem Kaiser zu einer Audienz zugelassen. Als er sich am 15. Februar dem Großherzog von Baden vorstellte, ließ sich der Kardinal in ausführlichen Erörterungen über die Notwendigkeit der weltlichen Herrschaft des Papstes vernehmen. Er hatte noch die Meinung, daß bei der deutschen Regierung alle Neigung bestehe, sich mit den katholischen Mächten zur Aufrechthaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes zu vereinigen. Da zu derselben Zeit sich auch der deutsche Klerus mit dem Bischof Ketteler von Mainz an der Spitze für die weltliche Herrschaft zu rühren begann und 56 Mitglieder des Abgeordnetenhauses eine Adresse an den König richteten, worin sie nichts Geringeres wünschten, als daß der Kaiser dem Papste Rom wieder verschaffe, so waren in der Tat die sonderbarsten Phantasien in den kirchlichen Kreisen damals im Schwange. Auch in Elsaß-Lothringen hatte sich das deutsche Gouvernement, insbesondere Herr von Kühlwetter, so eng mit der geistlichen Partei verbunden, daß selbst Herr von Keudell sich über diese Politik sehr unzufrieden aussprach. Der Großherzog von Baden glaubte daher in seinem Gespräch Bonnechose darauf aufmerksam machen zu sollen, daß bei den deutschen Regierungen eine Intervention zu Gunsten des Papstes kaum in diplomatischer Form erwünscht sein könne, jeder weitere Gedanke aber ganz und gar in das Reich der Träume gehören würde. In der Tat zeigte es sich nur allzubald, daß für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich irgend ein Vorteil durch Einflüsse der römischen Kurie auf die Gesinnungen

des katholischen Frankreichs ganz und gar nicht zu erwarten war. Ob diese Enttäuschung nicht später wesentlich mitgewirkt hat, daß es zu dem Kampfe gegen die katholische Kirche in Deutschland überhaupt kam, mag eine wohl aufzuwerfende Frage sein, die aber hier nicht zu erörtern ist. Daß das Friedenswerk in Bordeaux zu einer so günstigen Lösung geführt werden konnte, war das Verdienst desjenigen Mannes, welchem die klerikale Partei Frankreichs seit mehr als 40 Jahren unzweifelhaft am feindseligsten gegenüber stand; und man darf es als ein erfreuliches Zeichen unparteiischer Geschichtsschreibung in Deutschland anerkennen, daß die bedeutende, ja große Leistung Thiers' volle Anerkennung gefunden hat.

Es ist aber hier nicht der Ort, die bekannten französischen Ereignisse zu schildern. Wie am Sonntag den 12. Februar die Nationalversammlung in Bordeaux zusammentrat, wie Thiers zum Haupte der vollziehenden Gewalt der französischen Republik ernannt wurde, und wie er in einer glänzenden und erfolgreichen Weise eine durch Zahl und Charakter imponierende Körperschaft zu patriotisch und politisch vernünftigen Entschlüssen gegenüber der Sophistik des Leichtsinns und der Verzweiflung hinzureißen verstand — hierin war allerdings der Beweis erbracht, daß das tiefgefallene Frankreich keineswegs am Rande des Untergangs stand. Für unsere Darstellung ist lediglich die Rückwirkung von Bedeutung, welche die in Versailles eintreffenden kaum erwarteten Nachrichten aus Bordeaux auf die verschiedenen Kreise der Staatsmänner und Generale ausgeübt haben. Wenn man die zahlreichen Tagebuchblätter liest, die von diesen Ereignissen sprechen und nach und nach zum Vorschein kommen, so hat man den Eindruck einer gewissen Ernüchterung, welche der leidenschaftlichen Mißachtung der Franzosen in den höchststehenden politischen und militärischen Kreisen nunmehr folgte. Es war doch sehr schwierig, die Behauptung von dem gänzlichen Niedergang des französischen Volkes aufrecht zu halten, und insbesondere durfte Bismarck es als einen Sieg seiner ganzen bisherigen

Haltung ansehen, daß er gegenüber den übertriebenen Forderungen der Militärparteien Vorsicht und Mäßigkeit unentwegt gepredigt und festgehalten hatte. Es zeigte sich wieder, wie unentbehrlich sein Rat und seine Kennerschaft der wirklichen Verhältnisse war. Er sah sich nun auch seinerseits zu Überlegungen genötigt, wie weit man die beabsichtigten schweren Friedensbedingungen herabstimmen könnte, wenn die Unterhändler des republikanischen Frankreich, gestützt auf eine so vollkommen große Einmütigkeit, in Versailles einträfen. Es war klar, daß man mit Drohungen, wie sie noch zur Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen möglich waren, als stände es frei, sich auch an Napoleon zu halten, nunmehr nicht werde vorgehen dürfen. Die Nationalversammlung in Bordeaux hatte vor Europa den moralischen Beweis geliefert, daß Deutschland nur einen Paciscenten in Frankreich finden könne. Dieser Paciscent war Thiers und sein neugebildetes Ministerium, in welchem J. Favre das auswärtige Amt übernommen hatte. Als diese Regierung mit Hinzufügung eines parlamentarischen Ausschusses von 15 Mitgliedern die Vollmacht erhielt, den Frieden abzuschließen, war man in Versailles in stiller Überlegung zu einer gleichsam unwillkürlichen Übereinstimmung gelangt, daß man das gesamte Programm der Friedensbedingungen besonders in Hinsicht der Gebietsabtretungen nicht durchführen könne. Das Nächstliegende war die Verzichtleistung auf Metz. Bismarck war auf seinen früheren Gedanken zurückgekommen, daß die militärische Sicherung der deutschen Grenze auch ohne den Besitz von Metz möglich sei, wenn nur die Festungswerke von den Franzosen geschleift werden müssen. Seine Ansicht fand auch beim Kronprinzen Eingang und er ließ den Großherzog von Baden durch Herrn von Keudell dafür gewinnen, um dessen Unterstützung gegenüber dem Kaiser sicher zu sein. Da der Waffenstillstand, nachdem er bereits verlängert worden war, am 24. Februar ablief, mußte sich das Schicksal binnen wenigen Tagen entscheiden, als am 21. Februar Thiers und Favre zur Eröffnung der Friedens-

verhandlungen in Versailles eintrafen. Noch bevor die Verhandlungen begannen, war der Waffenstillstand bis zum 26. Februar verlängert worden. Trotzdem glaubte man darin noch keinen Beweis zu erblicken, daß der Friede wirklich zustande kommen werde, und es hatten daher die Armeen Befehl erhalten, sich zum Ablauf des Waffenstillstandes zu konzentrieren und marschfertig zu machen.

Bismarck hatte aber schon vor der Ankunft von Thiers beim Kaiser den Gedanken angeregt, zum Abschluß der Friedenspräliminarien die süddeutschen Staaten beizuziehen, indem er von dem richtigen Gesichtspunkt ausging, daß ihre Beteiligung die Wahrscheinlichkeit für den Friedensabschluß verstärken würde. Man war aber nicht einig geworden, ob eine Einladung an die Regierungen oder persönlich an die Könige ergehen sollte. Der Kaiser ließ daher am 20. Februar den Großherzog von Baden auffordern, ihn zu besuchen und seine Ansicht in Betreff der Einladung der Könige zu hören. Da aber der Großherzog in der Sache mit Bismarck in Übereinstimmung zu sein wünschte, so beschied er Abeken zu sich, der ihm mitteilte, daß Bismarck auf die Einladung der Minister der Südstaaten bezw. von Bevollmächtigten großes Gewicht lege, die Könige aber lieber fern gehalten sehe. Später ließ er dem Großherzog sagen, daß er in Betreff der Einladung an die Könige nicht vorgreifen wolle, aber die Teilnahme der Minister dringend wünsche. So kam es, daß auf die Einladung des Kaisers alsbald der König von Württemberg in Versailles erschien, infolge der Berufung des Bundeskanzlers aber Graf Bray, von Wächter, Mittnacht und Jolly an den Verhandlungen teilnahmen.

Am 22. Februar wurde Thiers vom Kaiser und vom Kronprinzen empfangen. Während die Audienz beim Kaiser einen rein formalen Charakter bewahrte, nahm die Unterredung Thiers mit dem Kronprinzen einen in die Sache selbst eingehenden Verlauf. Aus den Aufzeichnungen, die Graf Blumenthal über die Mitteilungen des Kronprinzen von seinem Gespräch mit Thiers gemacht hat, erhält man einen ungefähren

Begriff von der Aufregung, welche in diesem Augenblick, besonders in den Militärkreisen, bestanden hat. So sehr erzürnte sich der Generalstabschef des Kronprinzen über das, was diesem von Thiers angeboten wurde, daß es sich wohl schickt, ruhigeren Überlieferungen Gehör zu geben. Es machte immerhin einen Eindruck auf den Kronprinzen, als Thiers hervorhob, er gehörte zu den wenigen, die der Leidenschaft entschlossenen Widerstand geleistet und gegen den Krieg gesprochen hätten. Er versicherte auch, daß das nachsichtige Urteil gegen Napoleon, welches Bismarck vertrete, nicht begründet sei; den Kaiser treffe vielmehr eine große Schuld, denn er hätte das Unheil verhindern können und müssen. Er täuschte sich aber und wurde getäuscht. Mit der Beredsamkeit, durch welche der alte, gebeugte, weltberühmte Franzose immer Eindruck machte, bat er den Kronprinzen in den schmeichelhaftesten Worten, mäßigend auf die Friedensverhandlungen einzuwirken. Er brachte zuerst die Sprache auf den Verlust von Metz, der gar nicht zu ertragen wäre und um deswillen die Franzosen den Krieg wieder aufzunehmen, fest entschlossen seien. Auch wünschte er eine Ermäßigung der Kriegsentschädigung, und vor allem meinte er den Einzug der Armeen in Paris nicht auf seine Verantwortung nehmen zu können. Der Kronprinz enthielt sich bestimmter Äußerungen mit Ausnahme der Frage von Paris, über welche er sich so bestimmt erklärte, daß der Herausgeber seines Tagebuchs vermutlich Anstand nahm, das Betreffende mitzuteilen. Er sagte, es heiße einer siegreichen Armee allzuviel zuzumuten, einfach vom Platze wegzugehen. Thiers dagegen schilderte die Gefahren, welche durch Exzesse entstehen würden; Attentate, besonders auf den Kaiser, wenn er erschiene, wären nicht ausgeschlossen. Doch blieb der Kronprinz in diesem Punkte unerschütterlich und befolgte überhaupt den ihm vom Kaiser vorher gegebenen Rat, in keiner Weise irgend eine Nachgiebigkeit durchblicken zu lassen. Die Unterredung hatte jedoch auf den Kronprinzen die Wirkung hervorgebracht, daß er geneigt war, Metz aufzugeben, und er

wurde hierin auch nicht durch Blumenthal umgestimmt, der da meinte, „es drehe einem das Herz im Leibe um, Metz aufzugeben und mit langer Nase von Paris abzuziehen“.

Kaiser Wilhelm selbst nahm zu der schwierigen Frage wegen Metz wiederum eine Stellung ein, in welcher sich Besonnenheit mit festem Willen, das Beste und Notwendige zu erreichen, in der ihn so sehr bezeichnenden Weise paarte. Als er mit dem Großherzog von Baden am 23. Februar des Abends die Sache besprach, war er so erfüllt und bewegt, daß er sich nur schwer durch den Hinweis beruhigen ließ, die Angelegenheit befinde sich doch eben erst in den ersten Stadien der Verhandlung; wenn aber irgend jemand, so sei Bismarck der Mann, den Wunsch des Kaisers durchzusetzen. Auch suchte der Großherzog vorzustellen, daß eine Erwerbung von Gebieten, in denen die französische Nationalität die ausschließliche Herrschaft erführe, wenig Verlockendes und der Besitz von Luxemburg vielleicht größeren Wert habe. Indessen gestalteten sich nach den ersten Unterredungen Bismarcks mit Thiers und Favre die Aussichten auf die Gewinnung von Metz so gut, daß Herr von Keudell im Auftrag des Kanzlers schon am 23. Februar nachmittags den Großherzog von Baden unterrichtete, es sei sehr wünschenswert, den französischen Herren keinerlei Kenntnis von der nachgiebigen Stimmung in Bezug auf Metz zu erteilen. Bismarck hatte sofort aus dem Verhalten und dem reichlichen Wortschwall Thiers mit bewährtem Scharfsinn herauszufinden gewußt, wie es den Franzosen mit Metz doch nicht eben blutiger Ernst sein werde. Es scheint auch nicht ganz zutreffend zu sein, daß Bismarck infolge des Aufgebens von Belfort Metz zu gewinnen verstanden habe, denn der Kaiser äußerte sich schon am 24. voll Zuversicht in Bezug auf Metz, während Belfort den Franzosen erst in den letzten Unterredungen zugestanden wurde. Viel wahrscheinlicher ist es, daß die Frage von Belfort im Zusammenhang mit der Kriegsentschädigung erledigt wurde, denn daß man deutscherseits die Forderung von 6 Milliarden gegenüber der

Behauptung der Franzosen, sie vermöchten nicht 2 Milliarden aufzubringen, nur probeweise als etwas Ungewisses aufgestellt hatte, ist durch die schwankenden und unklaren Aussagen der herbeigerufenen Finanzgrößen, wie Bleichröder und Rothschild, hinlänglich klar.

Indessen waren die bevollmächtigten Friedensunterhändler der süddeutschen Staaten am 24. Februar in Versailles eingetroffen. Graf Bray uud Minister Jolly meldeten sich bei Bismarck am 25. mittags und erfuhren von ihm, er habe sich mit den französischen Unterhändlern über den Inhalt der Friedenspräliminarien soweit geeinigt, daß dieselben heute noch schriftlich festgestellt werden könnten. Aber auch dies erwies sich noch schwierig genug, und Graf Bray versichert, er habe am 26. Februar neun Stunden in der Staatskanzlei zugebracht. Lesenswert ist die liebenswürdige und bescheidene Schilderung, die Jolly von den Verhandlungen des 26. Februar in seinen Briefen an seine Gemahlin gegeben; aber sachlich weniger bekannt und überraschender ist das, was der badische Minister von der ersten Unterredung mit Bismarck vor der Konferenz mit den Franzosen amtlich niederlegte, weil sich darinnen wieder die zarteste Rücksichtnahme des preußischen Reichskanzlers auf die Empfindlichkeiten der süddeutschen Bundesgenossen sowohl, wie auch Sachsens zu erkennen gab. Er hatte auch bei dieser Gelegenheit offenbar den Beweis liefern wollen, daß die neuen deutschen Reichsverhältnisse in den auswärtigen politischen Angelegenheiten die Königreiche möglichst wenig in Bezug auf ihre souveräne Stellung beeinträchtigen würden, und er äußerte sich über die Teilnahme der süddeutschen Staaten an den Verhandlungen in folgender Weise: „Es wäre vielleicht gegenwärtig korrekter gewesen, die süddeutschen Vertreter als kaiserliche Mitbevollmächtigte, ähnlich wie den sächsischen Minister von Friesen bei den Verfassungsverhandlungen, einzuführen. Er habe jedoch die Bevollmächtigung durch deren Souveräne für angemessener gehalten, sowohl um die Empfindlichkeit Sachsens zu schonen, als mit Rücksicht auf

die besonders vorliegende Stellung der betreffenden Staaten, die als selbständig kriegsführende Mächte in den Kampf eingetreten seien. Außerdem sei bis zum Friedensschluß keine Möglichkeit gegeben, der französischen Regierung die Errichtung des Deutschen Reiches offiziell anzukündigen. Und auf solche Weise sei es zunächst angebracht, die süddeutschen Staaten als souverän dastehende Paciscenten die Friedensurkunde unterzeichnen zu lassen, obwohl nach den bereits abgeschlossenen Verträgen zwischen dem Nordbund und den süddeutschen Staaten die Unterzeichnung des Friedensinstruments staatsrechtlich von seite Bayerns, Württembergs und Badens nicht mehr gefordert werden könne." Vielleicht um kein Präjudiz für künftige Friedensschlüsse des neuen Reiches zu schaffen, hat Bismarck diese wichtige Erklärung abgegeben, von der ohne Zweifel die deutsche Staatsrechtslehre Grund hätte Kenntnis zu nehmen. Aber noch eine andere interessante Eröffnung machte der Reichskanzler den Vertretern der süddeutschen Staaten: es sei die Absicht, um jede Erinnerung an die Kämpfe von 1866 zu tilgen, von dem wiedergewonnenen Elsaß die Stadt Weißenburg und Umgegend in dem Umfang des damals abgetretenen bayrischen Gebiets an Bayern zu überlassen. Diese Mitteilung — bemerkt Jolly — „habe Graf Bray mit lebhaftester Rührung aufgenommen". Endlich wurde vom Reichskanzler noch ein durch den Schweizer Bundesrat vertraulich ausgesprochener Wunsch der Abtretung eines Teils des Elsaß erwähnt, der dadurch erfüllt werden sollte, daß das betreffende Gebiet, wenn auch nicht in dem schweizerischerseits gewünschten Umfange, gegen Überlassung einer Strecke Baseler Landes zum Behufe der Führung der badischen Bahn auf badischem Gebiet abgetreten werde.

Bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags kam dann die von Bismarck gekennzeichnete Stellungnahme der süddeutschen Minister den Franzosen gegenüber zur Sprache. Als dieselben ihrer Unterschrift die Bemerkung beifügten, daß sie mit Rücksicht auf selbständige Kriegshoheit der süddeutschen Staaten zur Zeit

des Ausbruchs des Krieges, dem Vertrage beiträten, gab dieser Umstand zu einem reizenden Zwischengespräch Thiers' und Bismarcks Anlaß, das Jolly der Vergessenheit entrissen hat und welches eine ernsthafte Tatsache in scherzhafter Weise kennzeichnete. Denn als Thiers die Klausel der Unterschrift in mehr partikularistischem Sinn ausgedrückt sehen wollte, sagte Bismarck: „Sie zerpflücken mir ja wieder die Deutsche Einheit." Darauf Thiers: „Ah, c'est nous qui l'avons faite." Und Bismarck bemerkte achselzuckend: „Peut-être." Hätte er nicht „sicher" sagen sollen?

Als am 27. Februar die Einzelheiten der Friedenspräliminarien bekannt geworden waren, zeigten sich in den verschiedenen Kreisen sehr merkwürdige Auffassungen und Stimmungen, die zuweilen recht wenig politische Einsicht verrieten. Doch waren die maßgebenden Personen in aufrichtigster Bewunderung der Leistung des großen Kanzlers einstimmig. Es war ohne Zweifel der glücklichste Tag in dem Leben des hervorragenden Mitbegründers des Deutschen Reiches. Nichts aber war dem sicheren Urteil des Kaisers Wilhelm zu vergleichen, der unähnlich seiner Stimmung beim Friedensschluß von Nikolsburg der Mäßigung Bismarcks in Versailles die unbedingte Anerkennung gegenüber einzelnen militärischen Hitzköpfen zollte. Der Kaiser hatte auch in diesem Fall inmitten aller Gegensätze sein großartiges Urteil über politische wie militärische Lagen bewährt. Bei dem zu Ehren des Königs Wilhelm von Württemberg an demselben Tage gegebenen kaiserlichen Diner machte es einen tiefen Eindruck, als Kaiser Wilhelm auf Moltke zueilte und ihn mit tränenden Augen umarmte. Am Abend versammelte sich zu Ehren des Königs von Württemberg alles beim Kronprinzen zum Thee. Mit Recht konnte Graf Blumenthal in seinem Tagebuch bemerken: „Es war eine sehr gehobene Stimmung unter den Fürsten und schien alles sehr glücklich über die Präliminarien." Der Herzog von Koburg erzählte, am selben Abend habe die lebhafteste Erörterung über die Frage des Einzugs in

Paris stattgefunden, und man habe den Entschluß des Kaisers sehr befriedigt vernommen, daß zunächst weder er selbst noch der Kronprinz in Paris einziehen sollten. Der Herzog selbst aber konnte es als eine wahre Genugtuung und wohl als das freudigste Erlebnis seiner gesamten Teilnahme an allen großen Ereignissen der Aufrichtung des Deutschen Reichs bezeichnen, daß ihm in Gemeinschaft mit dem Grafen Blumenthal die Aufgabe zu teil wurde, an der Spitze der 30000 Mann vom 6. und 11. preußischen und 2. bayrischen Korps in Paris einzuziehen. Es ist erklärlich, wie der Herzog gern davon sprach, daß er als der erste deutsche Fürst nach diesem ruhmvollen Krieg durch den Arc de l'Étoile, über die Champs Elisées nach der Place de la Concorde geschritten. Seiner Beschreibung nach war die oft gemeldete Totenstille eigentlich nur in den nächsten Umgebungen der einziehenden Truppen vorhanden, in etwas weiteren Entfernungen jenseits der Seine sah man große tumultuierende Volksmassen insbesondere auf dem Marsfeld, die sich durch Geschrei bemerkbar zu machen suchten. In die Nähe der deutschen Truppen wagten sich allerdings nur einzelne anständige Leute innerhalb der Stadt. Am Arc de l'Étoile aber war eine Menge gemeinen Volks versammelt, die Zischen und Pfeifen zu hören gab. Mit Blumenthal und Gottberg kehrte der Herzog ziemlich spät abends nach Versailles zurück, wo man sich beim Kronprinzen versammelte und über die Erlebnisse Bericht erstattete. Bismarck war schon an diesem Tage, der Kronprinz mit dem Großherzog von Baden am folgenden nach Paris gekommen, aber der Einzug des Gardekorps, welcher am 3. März stattfinden sollte, war wie bekannt, durch den Umstand vereitelt worden, daß die Nationalversammlung in Bordeaux mit größter Beschleunigung die Friedenspräliminarien annahm und J. Favre mit der Mitteilung davon bereits am 2. März in Versailles erschien. In sehr heiterer Stimmung wurde in den fürstlichen Kreisen erzählt, er habe gleichzeitig von Bismarck die Räumung von Paris verlangen wollen, indem er

versicherte, daß bei dem Bekanntwerden der Präliminarien in Paris zuverlässig Reibungen und Beleidigungen der deutschen Truppen vorkommen könnten. Bismarck habe aber melden lassen, daß er schlafe und nicht geweckt werden dürfe, worüber Favre sehr erzürnt abreiste. Am Nachmittag traf aber das Ratifikationsinstrument aus Bordeaux wirklich ein, und danach war dem Wortlaut der Konvention gemäß die Räumung von Paris notwendig. Über das Gardekorps vermochte der Kaiser nur am 3. März in Longchamps die Parade abzuhalten, wie zwei Tage zuvor. Schon aber waren auch in Versailles schlimme Nachrichten aus Paris verbreitet, wonach von den Mobilgarden die rote Republik ausgerufen worden sei. Ein neues Drama des unglücklichen Frankreich begann, als der Kaiser mit seinem Stab, desgleichen der Kronprinz, sowie die Fürstlichkeiten und der Kanzler mit seinen Beamten den Schauplatz der unsterblichen Taten verließen, durch welche das Deutsche Reich und Kaisertum ins Leben treten konnte.

Die ausgezeichnetsten Aufzeichnungen, welche alles bisher von Tagebüchern und Briefen bekannt Gewordene bei weitem übertreffen und den voranstehenden Schilderungen neben anderen großenteils zu Grunde gelegt werden durften, schließen mit folgenden denkwürdigen Worten: „Ein Rückblick auf die Erlebnisse in Versailles und überhaupt während der Dauer dieses Krieges, bietet einen solchen Reichtum an Eindrücken und Empfindungen, daß eine Darstellung davon nur mangelhaft sein kann. Die Beurteilung all der Vorkommnisse wird erst dann möglich sein, wenn durch die Zeit auch die nötige Ruhe und Unbefangenheit erlangt ist. So viel scheint mir aber gewiß, daß schon nach einigen Jahren niemand mehr einen Begriff von dem inneren Zusammenhang der Ereignisse haben wird, die wir in Versailles erlebt haben. Und dazu werden dann diese Blätter nützliche Aufklärung bieten."

Die Wahrheit und Richtigkeit der letzten Worte ist nur allzusehr im Laufe der folgenden Jahre hervorgetreten. Die

Erinnerungen an die große Zeit der Reichsgründung sind nicht nur sehr dunkel geworden, sondern es haben sich auch mythische Vorstellungen entwickelt, wie sie zwar von allen gewaltigen Begebenheiten der Völker sich zu bilden pflegen und häufig auch ganz nützlich sein können, aber den Wunsch der wenigeren nicht zu stillen vermögen, die zu wissen verlangen, wie alles in Wirklichkeit gewesen sei.

Neuntes Kapitel.

Der Abschluß der Reichsgründung und die allgemeine politische Lage.

Von einer nicht geringen Zahl von Persönlichkeiten, die mit Bismarck in den Tagen verkehrten, in denen er die weltgeschichtlich größte Tat seines Lebens, die Friedensverhandlungen in Versailles, vollzog, liegen Äußerungen über ihre Eindrücke und Erinnerungen an jene große unvergeßliche Zeit vor. Vieles davon ist heute veröffentlicht, und in der Bewunderung für den großen Staatsmann findet sich eine seltene Übereinstimmung bei allen, die die Elastizität seines Geistes gerade in den mühevollsten und anstrengendsten, oft unnötig verlängerten Verhandlungen mit Favre und Thiers beobachteten. Aber in der reichen Auswahl solcher Überlieferungen findet man doch vorzugsweise nur zwei Briefwechsel, in denen ein edles und vornehmes Bild von der Lage und Person Bismarcks hervortritt, und welches man mit unbefangenem Vergnügen im Gedächtnis bewahren mag. Der eine dieser Autoren ist der treueste und feingebildetste langjährige Gehilfe des auswärtigen Amtes, Abeken, und der andere der scharfbeobachtende badische Minister Jolly. Gar schön beschreibt Abeken die großen Leistungen, welche zwei so grundverschiedene Geister und Charaktere, wie Moltke und Bismarck,

jeder in seiner Art groß und eigentümlich, zu vollbringen wußten, ohne daß sie sich doch persönlich zu vereinigen und zu verständigen vermocht hätten. „Zu den verworrenen Wegen der Politik, die immer nach den verschiedensten Seiten blicken muß, hat der liebe Gott" — meint Abeken, „wohl eben auch komplizierte Charaktere, wie Graf Bismarck es ist, an diese Stelle gesetzt." Und ebenso schön und dankbar blickt Jolly zu dem gewaltigen Riesen empor, der gleichsam spielend vor den Augen der süddeutschen Minister die schwierigsten Fragen des zu begründenden Weltfriedens zu lösen verstand. Interessant findet Jolly besonders seine allgemeinen politischen Reflexionen, wenn man Bismarcks aus der frischesten Anschauung hervorsprudelnden Bemerkungen so nennen darf und mag. Sie laufen wesentlich darauf hinaus, große politische Änderungen ließen sich nicht machen, man müsse den natürlichen Lauf der Dinge beachten und sich darauf beschränken, das Gereifte zu sichern; der Staatsmann müsse wie ein Förster sein, der geduldig abwarte, bis der Wald schlagreif geworden.

Im weiteren macht Jolly aber eine sehr beachtenswerte Bemerkung über die Eigenständigkeit und die Vereinsamung, in welcher Gedanken und Entschlüsse in Bismarck reiften. „Wunderbar, daß der unvergleichlich geniale, gesellschaftlich so überaus liebenswürdige Mann doch allem Anschein nach eigentlich keinen persönlich an ihn geketteten Freund hat. Es war mir sehr merkwürdig, wie in diesen Tagen herrlicher Entscheidung die vermeintlich vertrautesten Räte seines Ministeriums, wenn ich nicht sehr irre, innerlich gegen ihn gereizt waren, weil er vermöge seiner unbedingt gebieterischen Natur jedes Vertrauen, jede Mitteilung, jede Gemeinsamkeit verschmäht und allein seine kühnen Pfade wandelt. Unbegrenzten Dank sind wir ihm, denke ich, wegen seiner in ihren Folgen ihn am schwersten treffenden Rücksichtslosigkeit nur um so mehr schuldig. Er ist ein rastloser Arbeiter, der ein vertrauensvolles Sichgehenlassen nicht kennt und bei welchem in Ermangelung dieser natürlichsten Ausspannung

die Gereiztheit und Überspannung begreiflich sind. Auf meine Frage, wie er den jetzigen Moment genieße, erhielt ich die Antwort: Es gibt im politischen Leben keinen Ruhepunkt, der ein befriedigtes Rückschauen zuläßt; ich weiß nicht, was aus dem heute gepflanzten morgen wird."

Trotz dieser rastlos fortschreitenden politischen Werktätigkeit, die lediglich von dem Moment bestimmt und auf den eben vorliegenden Fall berechnet zu sein scheint, fehlt es dem großen Staatsmann nicht an bestimmten prinzipiell feststehenden Grundanschauungen, die seiner Politik in den inneren und äußeren Angelegenheiten etwas viel dauernderes und beharrenderes verliehen haben, als auf den ersten Blick oft erscheinen mochte. Die von allen seinen Mitarbeitern hervorgehobene starke Einflußnahme auf jede Einzelheit der amtlichen Tätigkeit wird wahrscheinlich damit zusammengehangen haben, daß sein sehr feines Gefühl für die Grenzen dessen, was die grundsätzlichen Anschauungen gestatteten und nicht zuließen, ihn beständig antrieb, selbst zu handeln und zu entscheiden und sich desto schärfer gegen jene Seiten zu wenden, die ihm eine Störung in seinen scharfgeschnittenen Systemen bereiten konnten. Es war natürlich, daß ein solcher Staatsmann gerade in bundesstaatlichen Verhältnissen wie Deutschland sie aufweist, durch das, was er die starken Friktionen zu nennen pflegte, besonders zu leiden hatte. Seine völlige Unzugänglichkeit in Betreff von Vorschlägen und Programmen, die nicht seinen eigenen feststehenden Absichten entsprachen, war zu einer Quelle von Mißverständnissen und Kämpfen geworden, bei denen er doch einerseits bedauerte, daß der Staat nicht eine absolute Gewalt mehr verleihen könne, während er andererseits eine ganz ungewöhnliche Sorge um die strengste Aufrechterhaltung aller gegebenen Zustände und Verhältnisse an den Tag legte. Er hat einmal Herrn von Freydorf gegenüber die Klage erhoben, daß die heutige Stellung eines Ministers unerträglich sei. „Ich habe meine Galle verbraucht", sagte er, „wir sollten eine absolute, oder eine wahre konstitutionelle Monarchie

haben. In der ersten hat man einfach zu gehorchen, in der zweiten nach seiner Überzeugung zu handeln. Hier aber ist scheinbar eine konstitutionelle Monarchie, man muß auf persönliche Wünsche Rücksicht nehmen. Dazu muß ich noch auf den ganzen hohen Olymp Deutschlands achten; oft sogar noch auf die künftigen Nachfolger."

Bei dieser Stimmung, die den Meister der deutschen Staatskunst unzählige Male übermannte, erscheint es fast als ein Widerspruch, wenn man wahrnimmt, wie er bei der Gestaltung der neuen Reichsverhältnisse mit der sorgfältigsten Rücksichtnahme auf alle souveränen und partikularen Staatsbegriffe des alten Bundesrechts zu Werke ging. Nichts konnte ihn schon seit 1866 mehr erzürnen, als der Hinweis auf die Notwendigkeit eines Zwei-Kammersystems im neuen Bundesstaate. Gegen nichts hatte er eine so große Abneigung als gegen ein richtiges Deutsches Herrenhaus, oder ein parlamentarisch zusammengesetztes Staatenhaus. Sein demokratischer Reichstag war ihm lieber, als jede Teilnahme höher stehender Gewalten. Das monarchische Sicherheitsventil glaubte er hinreichend gewahrt, wenn nur kein vom Parlament abhängiges Ministerium, keinerlei Eingriff in das monarchische Prinzip Platz greifen könnte. So war trotz aller Bemühungen des Kronprinzen und mancher gleichdenkender Fürsten ein Bundesrat entstanden, der sich im wesentlichen von der Versammlung sehr wenig unterschied, welcher der preußische Bundestagsgesandte in Frankfurt einst die vernichtendsten Kritiken gewidmet hatte.

Alles in allem genommen, war in der reformatorischen Neugestaltung Deutschlands durch seinen kühnen Baumeister der ungemein konservative Charakterzug das maßgebende, wodurch er sich schließlich die Gunst gerade jener Kreise zu erwerben verstand, die sein Werk während der Entstehung am leidenschaftlichsten bekämpften. Und so ist das Erstaunliche schließlich hervorgetreten, daß Bismarck am Ende seiner Laufbahn die strengeren Einheitsgedanken, von denen die Reform ausgegangen war, so sehr zurück-

wies, daß er den Wunsch aussprechen konnte, es möchten die Einzelstaaten und Landtage einen viel größeren Einfluß auf die Reichsangelegenheiten gewinnen, als es seit 1870 Gewohnheit war.

Wenn diese Gesichtspunkte in der inneren Politik bei der deutschen Reichsgründung die große Nachgiebigkeit des Kanzlers, die in den vorhergehenden Kapiteln so deutlich hervortrat, erklären können, so war es ohne Zweifel auch in den auswärtigen Stellungen, welche Bismarck dem neuen Reich zu geben verstand, der tief gewurzelte konservative Gedanke, womit er schließlich das Widerstreben der europäischen Mächte besiegte und selbst solche, denen er feindselig entgegengetreten war, zu gewinnen gewußt hat. Der friedliche Charakter der Deutschen Reichsgründung, durch welchen die Besorgnisse der großen Mächte in so exakter Weise zerstreut worden sind, beruhte auf der Einsicht, daß der Staatsmann, der es verstanden hatte, die kleinste Großmacht zur höchsten Stufe der Bedeutung auf dem Kontinent Europas emporzuheben, im wesentlichen ein unbedingter Verfechter des Gleichgewichtssystems der alten Kongreßzeiten geblieben ist. Das Zugeständnis, welches Bismarck in der europäischen Politik an die modernen nationalen und imperialistischen Ideen des 19. Jahrhunderts gemacht hat, lag nur darin, daß er zur Aufrechthaltung des Gleichgewichts das pentarchistische Prinzip nicht ausschließlich für nötig hielt. So hatte er selbst noch bis zuletzt in einer gewissen Vorliebe für Louis Napoleon, der ihm doch lieber war, als andere französische Dynastien, den Gedanken festgehalten, es könnte möglich sein, eine napoleonische Herrschaft in Frankreich mit dem Bestand einer ehrlichen Gleichgewichtspolitik zu versöhnen. Und indem er zurückgreifend auf die Ereignisse des Jahres 1866 keinen Gedanken fester hielt, als Österreich wieder emporzuheben und zu stärken, gab er der Politik der späteren Jahre eine so scharfe Richtung, daß es kaum mehr möglich schien, eine wesentliche Veränderung des Staatensystems in Europa zu bewirken. Darin lag ohne Zweifel die tiefbegründete Anerkennung, die das Wirken dieses gewaltigen Mannes schließlich erfahren

hat. Denn wenn man die Umgestaltungen der europäischen Machtverhältnisse seit dem Westfälischen Frieden in Europa betrachtete, konnte man bemerken, daß viele große Staatsmänner und Könige nach sehr viel geringeren Erfolgen kriegerischer Art bei weitem grundstürzendere Umgestaltungen der Staaten und ihrer Grenzen hervorgebracht haben, so daß es natürlich erschien, wenn gar viele nicht daran glauben wollten, daß die ungeheueren Erfolge von 66 und 70 einen wirklichen und aufrichtig gemeinten Abschluß in dem Frankfurter Frieden gefunden haben sollten. Allein der ungemein konservative Grundzug des Fürsten Bismarck ist es gewesen, der das deutsche Volk auf dem höchsten Gipfel seiner militärischen Triumphe wirklich als das friedfertigste und bescheidenste anzuerkennen zwang.

Zunächst stand noch in Bezug auf die inneren Angelegenheiten der notwendige Abschluß der Reichsverfassung bevor, indem der Inhalt der zwischen dem Norddeutschen Bund und den Südstaaten abgeschlossenen Verträge förmlich in die Reichsverfassung aufzunehmen war, was voraussichtlich zu manchen erneuerten Meinungsverschiedenheiten sowohl im Bundesrat, als auch im Reichstag Anlaß geben konnte. Ebenso war die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Reich einer gesetzlichen Behandlung zu unterziehen. Und im Hintergrunde dieser neuen Aufgaben erhoben sich bereits die durch das vatikanische Konzil entstandenen kirchlichen Streitigkeiten, welche das Interesse des deutschen Volkes fast mehr in Anspruch zu nehmen begannen, als die gesamte innere Verfassungspolitik. Die Wahlen zum neuen deutschen Reichstag hatten bereits in allen Teilen der Bundesstaaten am 3. März stattgefunden. Das Ergebnis derselben war zwar ein der Entwicklung der Dinge im Sinne des Reichsgedankens günstiges, doch hatten besonders die Wahlen in Norddeutschland einen bis dahin unerhörten Erfolg der klerikalen Partei ergeben, was zur Folge hatte, daß der erste Reichstag des geeinigten Deutschland in seiner Mitte eine katholische Partei entstehen sah.

Am 21. März sprach der siegreiche Kaiser, umgeben von vielen deutschen Fürsten, die sich zu diesem Zweck nach Berlin begeben hatten, zum ersten Male vor den vereinigten Vertretern des deutschen Volkes des Südens und Nordens. Die gefährliche Schöpfung des Prager Friedens, die willkürlich gezogene Mainlinie, war beseitigt worden und dieses Gefühl war in und außer dem Hause wohl das, was die größte Befriedigung und Genugtuung hervorgebracht hatte. Die Thronrede enthielt einen Satz, der die Aufgaben der Zukunft bezeichnete: „Gleichzeitig werden Sie, geehrte Herren, die Arbeiten beginnen, durch welche die Organe des Deutschen Reiches zur Erfüllung der Aufgabe zusammenwirken, welche die Verfassung ihnen stellt: Zum Schutze des in Deutschland gültigen Rechts und zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes.“ Mancherlei Nachrichten über die im Bundesrate stattgefundenen Verhandlungen hatten die Erwartung hervorgerufen, daß diese dunkle Andeutung der Thronrede sich auf eine Entwicklung der organischen Institutionen des neuen Reichs beziehen könne. Aber die gleich darauf folgende Ankündigung der Gesetzesvorlagen zeigte, daß im wesentlichen die Begründung des Reichs als abgeschlossen gelten und die neuen Aufgaben wesentlich nur einen formalen Charakter haben sollten; indem es hieß: „Die Vorlagen, welche Ihnen zugehen werden, leiten sich daher unmittelbar aus der neuen Gestaltung Deutschlands ab. Die in den einzelnen Verträgen vom November vorigen Jahres zerstreuten Verfassungsbestimmungen sollen in einer neuen Redaktion der Reichsverfassung ihren gleichmäßigen Ausdruck finden.“

Mit dieser Arbeit war der Bundesrat bereits beschäftigt, nachdem er auf den 20. Februar einberufen worden war und seine Sitzungen begonnen hatte. Es war ein Verfassungsausschuß gebildet worden, worin die entsprechenden formellen und sachlichen Veränderungen, die an dem Wortlaut der Verfassung vorzunehmen waren, zu eingehenden und zum Teil leidenschaftlichen Verhandlungen führten. Es trat gleich jetzt in

dem Bundesrat eine doppelte Strömung hervor, anschließend an die Verhandlungen des früheren norddeutschen, wo man in der Eile der Beratungen im Dezember vor Schluß des Reichstags nicht in der Lage war, durchgreifende Änderungen in der Bundesverfassung zu bewirken. Für die Entwicklung der Stellung des Bundesrats wäre es natürlich von großer Wichtigkeit gewesen, wenn die Absicht einiger Regierungen, den Verhandlungen einen mehr parlamentarischen Charakter zu geben, durchgesetzt worden wäre. Es waren insbesondere der Minister von Rössing aus Oldenburg und der badische Minister von Freydorf, die sich bemühten, eine Reihe von Verbesserungen zu beantragen, durch welche die Stellung von Reich und Kaiser klarer und bestimmter zum Ausdruck gebracht werden sollte. Hier kam es aber nun zu einem scharfen Kampf mit den bayrischen Vertretern, welche nicht nur entschlossen waren, ihren Reservatrechten volle Sicherung durch Aufnahme der betreffenden Bestimmungen in die Verfassungsartikel zu verschaffen, sondern auch Anträge einbrachten, denen die Absicht zu Grunde lag, die Stellung des Kaisers durch allerlei Zusatzbestimmungen des weiteren noch abzuschwächen. So beantragte beispielsweise Bayern zu Art. 63 der Verfassung hinter dem Worte Kaiser einzuschalten: als Bundesfeldherr. Es war eben die Absicht hervorgetreten den in den Konventionen festgestellten Wortlaut der Eidesformel für das Militär abzuändern. Die scharfe partikularistische Politik, mit welcher Bayern seinen Eintritt in das Reich bezeichnete und in der es von Sachsen unterstützt wurde, fand seine Grundlage in den Verhältnissen Münchens, wo man seit der Kaiserproklamation aus der Unzufriedenheit über das Geschehene kaum mehr ein Hehl machte, und die Stellung des Ministers, der die Verträge abgeschlossen hatte, eine unhaltbare geworden war. Als der Reichskanzler in Berlin eintraf, hatte er Mühe, beruhigend und versöhnend im Bundesrat zu wirken, um nicht die großen Risse in dem neuen Verfassungswerk vor aller Welt bemerkbar werden zu lassen. Schon im Februar war man durch Gesandtschaftsberichte so gut in Berlin

wie in Versailles unterrichtet, daß die Stimmung des Königs Ludwig über den Gang der Dinge eine sehr bittere war. Er hielt mit Äußerungen seiner Unzufriedenheit darüber nicht zurück, daß man ihn in der deutschen Kaiserfrage völlig mißverstanden habe. Er sei weit davon entfernt gewesen, einen erblichen Kaiser zu wünschen und würde nie darauf eingegangen sein, einen solchen Antrag zu stellen, wenn er vorausgesetzt hätte, daß es dazu kommen werde. Einem Engländer gegenüber, der ihm vorgestellt wurde, soll er die Äußerung getan haben, er sei überrumpelt worden und habe die Tragweite der ganzen Unternehmung verkannt. Man erzählte, der König habe sich in dieser Stimmung so gesteigert, daß ihn öfters Thränen übermannten und eine tiefe Melancholie beherrschte. In dieselbe Zeit fiel die mehrfach besprochene Absicht des Königs, zu Gunsten seines Bruders abzudanken. Man hatte zwar schon die wiederholte Erfahrung gemacht, daß diese Stimmungen sich plötzlich wieder änderten, aber die ganze Lage erregte doch im Augenblick, wo Bundesrat und Reichstag eröffnet wurden, in allen Regierungskreisen einen gewissen Grad von Sorge für die Zukunft. Es war für diese Lage ziemlich belanglos, ob die immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß König Ludwig einen Wechsel des Kaisertitels zwischen Preußen und Bayern in Anspruch nehme, zutreffend seien oder nicht. Für die Haltung der bayrischen Minister war natürlich maßgebend, alles zu vermeiden, was den König in noch gereiztere Laune versetzen konnte. Die Folge davon war, daß die bayrischen Vertreter im Bundesrat alles zu hintertreiben suchten, was den dem bayrischen König so unerwünscht gewordenen Kaisertitel in der Verfassung noch deutlicher bemerkbar machen sollte. Im Reichstag traten dann aber soviele andere noch brennendere Fragen hervor, daß es Bismarck leicht geworden ist, die Änderungen des Wortlauts der Verfassungsartikel auf das geringste Maß herabzusetzen. Zur Zeit der zweiten Lesung der revidierten Reichsverfassung hatte es die katholische Fraktion bereits dahin gebracht, die ganze Aufmerk-

samkeit nicht bloß des Reichstags, sondern des gesamten Volks von allen Verfassungsparagraphen weg lediglich auf die kirchlichen Fragen zu lenken. Man darf heute ohne Übertreibung sagen, daß das deutsche Verfassungswerk im Jahre 1871 völlig in dem Strom religiöser und kirchlicher Kämpfe untergesunken ist und das neue Reich auch darin eine gewisse Analogie mit den Ereignissen des Reformationszeitalters erkennen ließ, daß man eben eine neue Ordnung des Reichsregiments einzurichten im Begriffe war, während durch die Kirchenfrage die Entwicklung des politischen Lebens eine konfessionelle werden sollte. Der Unterschied war nur der, daß die im Reichstag des 16. Jahrhunderts entstandene Majorität katholischer Stände gegen eine siegreich vordringende protestantische Minorität kämpfte, während in dem neu gebildeten aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstag des 19. Jahrhunderts eine katholische Minorität zu einer herrschenden Stellung emporstieg und die Entwicklung der neuen Verfassungsverhältnisse dauernd beeinflußte. Indessen führt die Geschichte dieser Gegensätze und innern Kämpfe weit über die Zeit der Begründung des Reichs und Kaisertums hinaus und soll hier, wo Aufgabe und Zweck der Darstellung nur auf diese beschränkt ist, nicht weiter in Betracht gezogen werden.

Dagegen wird ein kurzer Blick auf die von dem neuen Kaisertum besonders gepflegten und glücklich hergestellten Beziehungen sowohl zu den neu in den Bund eingetretenen deutschen Staaten, wie auch zu den auswärtigen europäischen Höfen am Platze sein und das Bild der allgemeinen europäischen Lage, wie sie sich unter dem Einflusse des wiederhergestellten deutschen Kaisertums gestaltete im erfreulichsten Lichte erscheinen lassen.

In erster Linie kam es, von den entthronten Dynastien, welche unversöhnt und unversöhnlich blieben, abgesehen, darauf an, den König von Bayern zu bundesfreundlichen Gesinnungen zu bekehren. Und es war dies in vortrefflichster Weise dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm gelungen, als er Mitte Juli 1871 zu den Einzugsfeierlichkeiten der bayrischen Armee in München

erschien. Noch bei seiner Ankunft hatte der König seinen Mißmut nicht vollkommen bezwungen. Als der Magistrat beschloß, dem Kronprinzen bei dem Einzug einen goldenen und dem General von der Tann einen silbernen Lorbeerkranz zu überreichen, und diese Absicht höchsten Orts anzeigte, erfolgte ein ungnädiges Schreiben des Königs. Schließlich wurde dem Kronprinzen nach mancherlei Mißverständnissen nur ein Kranz aus lebendigem Lorbeer gereicht, was der Bürgermeister zu entschuldigen bat, der Kronprinz aber mit den freundlichen Worten beantwortete: es sei um so besser, daß der Stadt die überflüssige Ausgabe erspart worden sei. Auch verweigerte der König die Teilnahme an dem von der Stadtbehörde veranstalteten Bankett im Glaspalast und es kam zu einigen Störungen in Bezug auf die zu haltenden Toaste, welche jedoch durch die Geistesgegenwart und die treffliche Ansprache des Kronprinzen behoben wurden. Dieser hatte denn auch durch den Zauber seines persönlichen Wesens und unter dem Eindruck der in München waltenden Begeisterung für die unter der Führung des Kronprinzen bewährten Truppen alle Herzen erobert. Man sagte mit Recht, daß es der Kronprinz gewesen sei, der den Anschluß Bayerns an das Deutsche Reich innerlich und in dem Herzen der süddeutschen Brüder erst wirklich geschaffen habe. Noch blieb indessen unsicher, ob sich die gleiche Versöhnung auch gegenüber dem Kaiser zeigen werde. Denn als dieser im August desselben Jahres seine Reise nach Gastein durch Bayern machte, war es der Diplomatie nicht leicht geworden, den Beweis des vollen Einverständnisses zwischen Bayern und Preußen vor der Welt zu erbringen. Aber auch in diesem Falle bewährte sich die reichstreue Gesinnung des trefflichen Eisenhart, der mit dem Staatsrat Daxenberger alle Schwierigkeiten, die durch des Königs Aufenthalt im Gebirge und sein Unwohlsein in Berg entstanden waren, zu besiegen verstand. Da soeben Graf Bray entlassen und der neue Ministerpräsident Graf Hegnenberg noch nicht ernannt worden war, so sah man mit einer gewissen Sorge den

Ereignissen entgegen, aber die schließlich zu stande gebrachte Begrüßung des Kaisers durch den König in Regensburg durfte als ein günstiges Vorzeichen der Vereinigung des Südens und Nordens von Deutschlands erachtet werden, zumal die Wahl des neuen Ministers in dieser Beziehung sich als die günstigste erwies.

Rascher und noch erfreulicher entwickelten sich die Beziehungen Württembergs zum Reiche, und sehr wichtig war in Bezug auf Hessen der Umstand, daß man zur Durchführung einer vollkommenen Militärkonvention mit Preußen eine Reihe von Bestimmungen am 13. Juni abschloß, wodurch hier in ähnlicher Weise, wie in Baden, die Heereseinheit auch für die Friedenszeiten verwirklicht wurde.

Aber auch für die auswärtigen Verhältnisse wurde noch im selben Jahre sicherer Grund gelegt. Von entscheidender Wichtigkeit waren gleich nach der Ankunft des Kaisers Wilhelm auf österreichischem Boden die Begegnungen mit dem Kaiser von Österreich. Als die österreichische Regierung am Ende des Jahres 1870 mit bitterer Miene die Neugestaltung Deutschlands anerkennen und sich überzeugen mußte, daß es mit allen Hoffnungen, Preußens Stellung durch europäische Einmischungen zu erschüttern, vorüber sei, machte Graf Beust in der graziösen Art, die seine widerspruchsvolle Laufbahn immer bezeichnete, eine plötzliche Schwenkung und riet am 25. Dezember seinem Herrn und Kaiser in die dargebotene Hand Preußens freundschaftlich einzuschlagen. Er erörterte mit aller Unparteilichkeit die Mittel, die man hätte, sich auch ferner der Neugestaltung Deutschlands zu widersetzen und fand, daß weder Österreich stark genug, noch auch die allgemeine Lage und Stimmung der europäischen Mächte so günstig sei, um ein unsicheres Spiel zu beginnen, bei welchem die Gefahr entstehen konnte, daß sich Preußen rasch mit Frankreich verständigen und seine Kraft gegen Österreich zu wenden vermöchte. Er unterließ dem Kaiser von Österreich gegenüber selbst die bedenkliche Wendung nicht: „Die österreichisch-deutschen Provinzen mit einer sympathisierenden Bevölkerung

sind ein besserer Erwerb, als die französisch-deutschen mit einer renitenten französisch gesinnten Bevölkerung." Zum Troste versicherte Graf Beust seinem Monarchen, daß Preußen und Deutschland auf längere Zeit selbst im Falle eines sieg- und erwerbreichen Ausgangs des Krieges völlig erschöpft bleibe. Österreich werde dann Zeit gegönnt sein, seine Verteidigung für kommende Eventualitäten zu vollenden. Der biedere Graf erwartete noch immer den Zeitpunkt, wo das Schicksal Deutschlands in Österreichs Hand sein werde, welcher Fall um so mehr eintreten werde, wenn es jetzt freundschaftlich und wohlwollend gesprochen habe.

Wenn man die Erinnerungen Beust's als einzige Quelle für die Umwandlung der Stimmung des Kaisers von Österreich ansehen könnte, so müßte man annehmen, daß seine Darlegungen einen ungemein tiefen Eindruck gemacht hätten. Man weiß aber, daß um die Jahreswende das nie sehr große Vertrauen des Kaisers auf die politischen Maßnahmen seines Reichskanzlers vollständig erschüttert war. Die Partei, die alsbald das Ministerium Hohenwart hinter dem Rücken von Beust in das Amt gebracht, hatte schon lange die Hofkreise überzeugt, daß auf der romfeindlichen Politik des Ausländers Gottes Segen nicht geruht habe. Kaiser Franz Joseph nahm alle Anträge Beust's zu einer Verständigung mit Preußen und Anerkennung der neuen deutschen Reichsverhältnisse vollständig und unbedingt an, aber über die Motive und Absichten dieser neuen Politik hatte sich Graf Beust vollkommen getäuscht. Die inneren österreichisch-ungarischen Verhältnisse waren bereits ganz und gar in Bahnen gelenkt, welche der Beust'schen Politik entgegenliefen, aber für die auswärtigen Angelegenheiten war die Zitrone noch nicht vollständig ausgepreßt, um sie schon jetzt wegzuwerfen. Dem unglücklichen Staatsmann, der nachher so bitter über den Undank der Welt zu sprechen und zu schreiben wußte, war von seinen schon wartenden Nachfolgern in der Leitung der österreichischen Geschäfte die Rolle nicht erspart, dem neuen Staate, den er sein

Leben lang und in den letzten Jahren mit dem Aufgebot der österreichischen Machtverhältnisse bekämpfte, selbst sich unterwerfen und demütigen zu müssen. Lange, bevor die soeben erwähnten Begegnungen zwischen Kaiser Wilhelm und Franz Joseph stattfanden, sprach man in den eingeweihten Kreisen Wiens von einem Einverständnis, welches zwischen Bismarck und dem Grafen Andrassy bereits vorhanden war. Wenn Beust später behauptete, es sei ihm alles unbekannt geblieben, was seine Feinde gegen ihn seit Monaten im Stillen taten, weil „er zum spionieren nie Talent und Neigung hatte", so ist ihm das allerdings zu glauben. Seine Reden noch in der letzten Delegation, der er die Herstellung einer österreichisch-preußischen Freundschaft empfehlenswert zu schildern wußte, nachdem er vier Jahre hindurch von jedermann lediglich als der Revanchepolitiker Österreichs gegen Preußen betrachtet worden, zeigten eine fast unglaubliche Unbefangenheit. Das wesentliche und wichtige jedoch waren nicht die diplomatischen Dekorationsstücke, die zwischen den Reichskanzleien von Deutschland und Österreich seit den Weihnachtstagen zur Ausstellung kamen, sondern die persönliche Korrespondenz, die bereits seit dem März 1871 von den beiden Kaisern geführt wurde und zu deren Vermittlung wesentlich der sächsische Hof, besonders der Kronprinz Albert, beigetragen hatte. In diesen hohen Kreisen war man allerseits im höchsten Grade kriegsmüde geworden und das dynastische Interesse der verwandten Höfe entschied dahin, daß man sich nach Lage der Dinge allseitig verständigen und auf möglichst persönlichem Wege wieder zu einem ruhigeren staatlichen Dasein gelangen müsse, als dies nunmehr seit so vielen Jahren der Fall war. So geschah es denn auch, daß der Besuch Kaiser Wilhelms in Ischl bei dem Kaiser Franz Joseph so gut wie ohne jede diplomatische Vorbereitung vor sich ging. Kaiser Wilhelm reiste unmittelbar nach der erwähnten Begegnung mit dem König von Bayern in Regensburg nach Ischl, wo sich der Kaiser von Österreich aufhielt und von wo sich Kaiser Wilhelm sofort nach Gastein

begab, während sein eigener Reichskanzler, der eben erst von Varzin nach Berlin gegangen, am 17. August in Gastein eintraf. Noch weniger war Graf Beust bei der Zusammenkunft in Ischl beteiligt und seine eigenen Erinnerungen machen fast den Eindruck, als sei er von der Sache gar nicht genau unterrichtet gewesen, obwohl er zu dieser Zeit sich selbst in Gastein zum Kurgebrauch aufhielt. Die Wahrheit ist, daß die Wiederherstellung des Verhältnisses zwischen Österreich und Preußen weder der deutschen noch der österreichischen Reichskanzlei, sondern lediglich den persönlichen Entschlüssen der Monarchen und den Einflüssen dynastischer Verhältnisse zu verdanken war.

Politische Erörterungen zwischen Bismarck und Beust hatten erst in Gastein stattgefunden, worauf dann Graf Beust von Kaiser Wilhelm in anderthalbstündiger Audienz empfangen wurde, in welcher dieser jene merkwürdige offenherzige und doch sehr kluge, auf die freundschaftlichsten Beziehungen hinzielende Rede über sein Verhalten gegen Österreich seit dem Jahre 1859 hielt die wohl zu den interessantesten Mitteilungen der Beust'schen „Erinnerungen" zu zählen ist. Kaiser Wilhelm gab die denkwürdige Erklärung, daß Deutschland niemals an eine Verkleinerung Österreichs denken werde, daß er aber aufrichtig wünsche, daß die Deutschen in Österreich sowohl als in Rußland sich zufrieden fühlen und nicht in die Lage gebracht werden, Deutschland Verlegenheiten zu bereiten. Als Ergebnis der politischen Besprechungen war vorerst freilich nur zu betrachten, daß ein gemeinschaftlicher Versuch zur Unterdrückung der internationalen Propaganda gemacht werden sollte.

Zunächst wurde dann die Zusammenkunft in Salzburg zwischen den beiden Kaisern am 7. September verabredet, bei welcher sich auch die Minister der beiden österreichischen Reichshälften, die Grafen Andrassy und Hohenwart, einfanden. Daß Graf Beust in diesem Umstand das herannahende Ende seiner Ministerschaft witterte, ist nur zu erklärlich. Seine Andeutungen, als ob Fürst Bismarck eine gewisse Annäherung an die Politik des Grafen

Hohenwart habe bemerken lassen, kann man bei dem Mangel sonstiger Berichte über die Zusammenkunft in Salzburg nicht beurteilen. Dagegen sind die eigenen Mitteilungen des Grafen Beust über seinen durch drei Wochen hindurch stattgehabten Umgang mit Bismarck kaum geeignet anzunehmen, daß die Entwicklung einer wirklichen politischen Annäherung, wie sie später zu dem Grafen Andrassy gelang, von Bismarck für möglich erachtet worden sei, so lange sein alter Gegner in der entscheidenden Stellung in Österreich war. Es ist nicht nötig, die persönliche Lage und Stimmung zwischen den beiden Reichskanzlern eingehender zu erörtern; für das Ergebnis der Salzburger Zusammenkunft und des angebahnten friedlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich war zunächst das persönliche und dynastische Moment bei beiden Monarchen weitaus am maßgebendsten. In diesem Sinne werden auch die Worte Bismarcks gemeint gewesen sein, die er am 8. September in Reichenhall bei einem Trinkspruch auf den König Ludwig von Bayern gesagt haben soll: „Das, meine Herrn, kann ich Ihnen sagen, daß die Erfahrungen, welche ich während der letzten Wochen in Österreich gemacht habe, mir die Überzeugung verschafften, daß die Beziehungen mit unseren Nachbarn künftighin die besten sein werden."

Die entscheidende Stellung, welche dem neuen Reiche in den europäischen Angelegenheiten nicht mehr fehlen konnte, war noch weit mehr durch die wohlwollende Haltung Rußlands besonders seit dem Beginne der Friedensverhandlungen mit Frankreich zu Tage getreten. Dazu hatten die Erfolge der russischen Politik in der Frage des Schwarzen Meeres die besten Aussichten eröffnet. In der Londoner Konferenz, welche am 13. März ihren Abschluß fand, hatte die Politik Bismarcks so wesentliche Dienste geleistet, daß selbst die persönliche Eifersucht Gortschakows gegen Bismarck die dankbar anerkennende Empfindung des Kaisers Alexander nicht zu beeinträchtigen vermochte. Aus dieser Stimmung waren schon die freundschaftlichen Worte

hervorgegangen, die der russische Kaiser auf die Mitteilung von dem Abschluß der Friedenspräliminarien am 27. Februar an Kaiser Wilhelm richtete: „Ich danke Ihnen für die Anzeige der Details der Friedenspräliminarien. Ich teile Ihre Freude. Gebe Gott, daß ein dauerhafter Friede folge. Ich bin glücklich, im stande gewesen zu sein, Ihnen als ergebener Freund meine Sympathien zu beweisen. Möge die Freundschaft, die uns verbindet, das Glück und den Ruhm beider Länder sichern. Alexander."

Die Geschichtsschreibung sollte sich nicht täuschen, daß mit dieser Wendung der russischen Politik, welche herbeigeführt zu haben ohne Zweifel zu den größten diplomatischen Taten Bismarcks zählt, dem neuen Deutschen Reiche ein für allemal die feste Grundlage im europäischen Konzert gesichert war. Indessen war doch auch hervorgetreten, daß die Aufhebung der belästigenden Bestimmungen des Pariser Vertrags nicht den Endpunkt russischer Ansprüche im Orient zu bedeuten habe. Und indem Österreich und England besonders bei der Londoner Konferenz ihre Aufmerksamkeit darauf gerichtet hielten, die Beseitigung der Pariser Friedensbestimmungen nicht zu einer Aufrollung der orientalischen Frage überhaupt führen zu lassen, durfte man sagen, daß die Beschlüsse der Konferenz nur ein großes Fragezeichen bedeuteten, wie sich Preußen und Rußland fernerhin zu einander stellen würden. In dieser Beziehung traten alsbald in den nächsten Monaten verschiedene Programme in der russischen und deutschen Politik hervor. Auf der einen Seite hoffte und wünschte man zu einer förmlichen, dauernden Offensiv- und Defensiv-Allianz zu gelangen. Auf der anderen Seite war man, bei aller freundschaftlichen Gesinnung für Rußland, doch entschieden für die Politik der freien Hand, welche gewissermaßen den Beweis der Stärke und Selbständigkeit des neuen Reiches vor Augen stellen konnte. Daß Kaiser Wilhelm seinem Kanzler in der Aufrechthaltung des letzteren Gesichtspunktes eifrig zur Seite stand, zeigte wiederum seinen Mut und geraden Sinn, der

sich durch kein übereiltes Empfinden von dem sachlich geeigneten Wege abwendig machen ließ. Auf alle Weise wurden deutscherseits die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland im Laufe des Jahres 1871 gepflegt. Die mit dem Georgsorden ausgezeichneten Prinzen und Generale erschienen am 5. Dezember zum Georgsordensfeste in St. Petersburg. Der Kaiser von Rußland betonte die Waffenbrüderschaft der beiden Armeen, in welcher er das sichere Pfand des Friedens und der Aufrechthaltung des Rechtszustandes in Europa erblickte. Die offizielle russische Presse versäumte es nicht, das Verhältnis der beiden Staaten so darzustellen, als ob sich aus der Freundschaft derselben auch eine gemeinsame Aktionspolitik entwickeln könne und müsse. So stand Europa im Beginne des Jahres 1872 vor der Frage, ob sich Bismarck darauf einlassen werde, den Wegen Rußlands ohne weiteres nachzufolgen. Die Beantwortung war aber für keine Macht so wichtig, wie für Österreich, wo inzwischen Graf Andrassy am Werke war, die angeknüpften Fäden von Ischl und Salzburg so zu verstärken, daß an eine Einseitigkeit eines Bündnisses der beiden Kaisermächte schon im Sommer nicht mehr zu denken war. Es begann das interessante Spiel der Politik von Bismarck, Gortschakow und Andrassy, das schließlich zum Berliner Kongreß führte, aber an dieser Stelle in keiner Weise einer sachlichen Erörterung unterzogen werden soll. Nur darf nicht verkannt werden, daß die Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin im September 1872 recht eigentlich der Gründung des Deutschen Reichs und Kaisertums den europäisch sichergestellten Abschluß und gleichsam eine legitime Weihe gegeben hat.

Das große Ereignis schloß sich in seinen äußerlichen Beweggründen an die Gegenwart der Monarchen bei den großen preußischen Herbstmanövern in der Umgebung Berlins an. Indessen übersah man nicht die tiefere politische Bedeutung der Zusammenkunft, die vom Kaiser Wilhelm persönlich von langer Hand her sorgfältig vorbereitet worden war. Kaiser Alexander

war sofort sehr freundlich bereit, der Einladung seines Oheims Folge zu leisten. Nicht ganz so leicht war dagegen in Österreich ein Entschluß herbeizuführen, da Kaiser Franz Joseph seit 1866 zum erstenmal wieder der preußischen Armee begegnen und ihr damit eine Auszeichnung zu Teil werden lassen sollte. Graf Beust meinte, eine Zumutung dieser Art sei eine allzu unbescheidene Politik seines Nachfolgers, des Grafen Andrassy, gewesen. Wie dem aber auch sei, schon im August stand die Zusammenkunft fest und Kaiser Wilhelm hatte nur den Wunsch, dieses Ereignis so feierlich als möglich zu gestalten. Als die Kaiserin Augusta um die Mitte des Monats in der Mainau sich aufhielt, während der Kaiser noch in Gastein weilte, wurde die Frage angeregt, ob die regierenden deutschen Fürsten der Zusammenkunft der Kaiser beiwohnen sollten. Die badischen Herrschaften wurden von dem Kaiser aufgefordert, in Berlin sich einzufinden, wodurch der Großherzog von Baden Gelegenheit fand, die Zweckmäßigkeit einer zahlreichen Beteiligung der Fürsten an einem so wichtigen Ereignisse zu erörtern. Der Kaiser antwortete, er wünsche mit dem Großherzog eine solche Beteiligung gar sehr, nur möchte er keine Einladungen selbst ergehen lassen, da dieselben den Schein gewinnen könnten, als wolle er sich mit Glanz umgeben, während er doch der Ansicht sei, die Fürsten müßten an der Zusammenkunft nur teilnehmen, um ihre Stellung im Deutschen Reiche zu kennzeichnen. Infolge dieser Äußerung setzte sich der Großherzog in telegraphische Korrespondenz mit den ihm näherstehenden Höfen und fragte nochmals bei dem Kaiser an, ob es ihm genehm sei, daß in dem von ihm ausgesprochenen Sinn auch an die Könige geschrieben werde. Da der Kaiser sofort zugestimmt hatte, konnte sich der Großherzog nicht nur an die meisten deutschen Fürsten und an verschiedene Standesherren, sondern auch an die Könige von Bayern, Württemberg und Sachsen wenden. König Johann sowohl als der König von Württemberg, lehnten jedoch sogleich, der König von Bayern erst in der Zeit der Zusammenkunft selbst ab. Immer-

hin war aber der Zweck erreicht, daß man an den königlichen Höfen unterrichtet war, wie sehr Kaiser Wilhelm bei einem Ereignis so hochpolitischer Art, das freundschaftliche Zusammenwirken des gesamten Deutschen Bundes gewünscht haben würde. Indessen zeigten die Antworten, welche auf die Einladung erfolgten, daß man an den deutschen Höfen noch nicht überall gewillt war, die in Berlin spielenden politischen Ereignisse für etwas anzusehen, was für alle deutsche Regierungen gleich bedeutsam sei. Der König von Württemberg schien die Zusammenkunft der drei Kaiser mehr für den preußischen Hof, als für das Deutsche Reich wichtig zu erachten. König Ludwig erklärte sich nicht für überzeugt, daß der persönliche Verkehr der Monarchen untereinander dem formalen Rechtsstandpunkt gegenüber einen allzugroßen Wert habe, während König Johann für sein Ausbleiben keine weiteren Gründe angab. Der Großherzog von Hessen endlich antwortete, er wolle mit dem deutschen Kronprinzen die Frage besprechen, ob sein Kommen wirklich nötig sei. Als der Großherzog von Baden mit seiner Gemahlin in Berlin am 4. September eintraf, hatte er indessen die Freude, daß der Kaiser alle seine Schritte den Königen und den Fürsten gegenüber durchaus billigte und dafür herzlichst dankte. Er war ganz erfüllt von der Bedeutung der bevorstehenden Zusammenkunft mit den beiden Kaisern und hoffte das Beste besonders von dem Erscheinen des Kaisers von Österreich. Der Entschluß nach Berlin zu kommen, war, wie er sagte, diesem schwer und daher als ein großer Erfolg zu betrachten gewesen. Da im Laufe des 4. und 5. September überdies eine große Zahl von Fürstlichkeiten eintraf, so war im wesentlichen der Zweck erreicht, den Kaiser Wilhelm ins Auge gefaßt hatte. Am Nachmittag des 5. September kam Alexander II. mit dem Großfürsten Thronfolger und dem Großfürsten Wladimir an. In der Begleitung des Kaisers befanden sich unter anderen der Feldmarschall Graf Berg und Graf Schouwaloff. Der Reichskanzler Fürst Gortschakow war schon am Tage vorher eingetroffen.

Die Ankunft des Kaisers von Rußland hatte sich zu einem ergreifenden Ereignis gestaltet. Kaiser Wilhelm erwartete ihn im Frankfurter Bahnhof, umgeben von vielen Fürsten und zahlreichem Gefolge. Kaiser Alexander sprang aus dem Wagen und umarmte seinen ehrwürdigen Oheim mit solcher Innigkeit und Wärme, als wäre es sein Vater. Beide waren tief bewegt und vielen Anwesenden standen Tränen in den Augen. Der Kaiser sah wohl und heiter aus, begrüßte die übrigen Anwesenden sehr freundlich und wohlwollend und gab überall seine Befriedigung über das Wiedersehen zu erkennen. Die jungen Großfürsten verhielten sich dagegen ziemlich steif und unnahbar und es war, als ob zwei Zeitalter nebeneinander zur Darstellung kämen. Die wesentlichste Frage, die alle Welt beschäftigte, war der Abschluß einer dauernden Allianz. Von den Ministern des Kaisers Alexander war Graf Schouwaloff, Generaladjutant und Polizeiminister, welcher im engsten Vertrauen des Kaisers stand, durchaus günstig hierfür gestimmt. Der Reichskanzler Fürst Gortschakow dagegen zeigte zwar überall die heiterste Laune, ging aber auf politische Gespräche sehr ungern ein und vermied es, sich über etwaige Ziele der Kaiserbegegnung auszusprechen. Kaiser Alexander selbst äußerte sich dem Großherzog von Baden gegenüber, als dieser ihn fragte, ob der Kaiser eine Art von Vertrag zu einer Allianz zu schließen beabsichtigte: „Enfin, nous voulons voir; moi, je l'espère." Es seien viele Fragen vorhanden, welche der Regelung bedürften, über die man sich verständigen müsse, wenn der Friede bewahrt bleiben solle.

Es war aber deutlich, daß die Russen gewisse Zweifel an einer Verständigung mit Österreich hegten, und Kaiser Alexander selbst sprach erwartungsvoll darüber, wie man sich wohl mit dem Kaiser Franz Joseph werde stellen können. Der Kaiser meinte, er werde denselben eigentlich erst wieder kennen lernen müssen. Er habe ihn immer verschlossen und zurückhaltend gefunden, schon zur Zeit, da er selbst als Thronfolger gleichzeitig mit dem Großherzog den großen österreichischen Truppen-

übungen in Ungarn 1853 beigewohnt habe. Er sei daher sehr gespannt, den schwergeprüften Mann wiederzusehen. Der Großherzog war in der Lage, auf einen Brief des Kaisers Franz Joseph an Kaiser Wilhelm hinzuweisen, worin jener in freundschaftlichsten Ausdrücken seine Freude äußerte, bald nach Berlin kommen zu können und hinzufügte, er sehe mit Befriedigung, daß die bevorstehende Kaiserbegegnung überall mit Vertrauen begrüßt werde, nur nicht von denen, auf deren Zustimmung er keinen Wert lege. Gewiß ließ sich nach diesen ganz vertraulichen Äußerungen die von ihm selbst stammten, das Beste hoffen und man war überzeugt, daß die entgegenkommende Art, die der Kaiser Franz Joseph in Berlin finden werde, ihn vollends umstimmen und jeden noch vorhandenen Stachel beseitigen müsse. Kaiser Alexander erwiderte, es sollte auch seinerseits an nichts fehlen, und er hoffe den Kaiser Franz Joseph ganz zu versöhnen.

Die offensten und unbefangendsten Äußerungen über die russische Politik machte Graf Berg. Als er sich dem Großherzog von Baden vorstellte, sprach er über die Zeiten des Kaisers Nikolaus und über die Bestrebungen des Kaisers Alexander nach innen und außen, um den Standpunkt darzulegen, von welchem die Begegnung der beiden Kaiser von Rußland und Österreich jetzt zu beurteilen sei. Graf Berg erinnerte an die bereitwillige Hilfe, die Kaiser Nikolaus Österreich im ungarischen Kriege geleistet hatte, wie der Kaiser von Rußland ohne weiteres die doppelte Zahl der verlangten Truppen mobilisierte, wie Graf Berg die Ordre für Paskiewitsch nach Warschau brachte und dann dem Kaiser von Österreich Nachricht von der so rasch gewährten Hilfe gab. „Doch nach solcher Bereitwilligkeit," sagte Graf Berg weiter, „werden Sie ermessen, welche Wirkung die fernere österreichische Politik auf uns alle in Rußland haben mußte. Ich freue mich aber, daß unser Kaiser den ersten Schritt zur dauernden Versöhnung getan hat." Graf Berg verbreitete sich dann über die Notwendigkeit, Österreich ganz in das russisch-

deutsche Einverständnis hereinzuziehen und versicherte, daß sein Kaiser von den besten Absichten erfüllt sei. Von der Frage einer paragraphierten Allianz hatte freilich auch Graf Berg keine rechte Vorstellung, fühlte sich aber um so mehr von der Übereinstimmung mit dem Großherzog befriedigt, wonach man als das Wünschenswerteste eine solche Verständigung halten solle, welche durch persönliche Begegnungen und Verhandlungen die Überzeugung feststelle, daß das Schwert nicht gezogen werden dürfe, ohne sich vorher in die Augen gesehen zu haben.

Die so gespannt erwartete Ankunft des Kaisers Franz Joseph erfolgte am Abend des 6. Der Empfang war ebenso feierlich, wie der des Kaisers von Rußland am Tage vorher, doch hatten die Äußerungen der Höflichkeit mehr den Charakter konventioneller Pflichterfüllung. Kaiser Franz Joseph kam in Begleitung des Kronprinzen von Sachsen an. Kaiser Wilhelm führte seinen Gast durch die Königgrätzerstraße und das Brandenburger Tor in das Schloß und suchte durch die unbefangene Liebenswürdigkeit seines geraden Wesens alles Peinliche zu verwischen, das die Seele des vielgeprüften Kaisers erfüllen mochte. Kaiserin Augusta überbot noch ihren Gemahl in Zuvorkommenheit und ausgesuchter Höflichkeit, so daß gleich die ersten Eindrücke des kaiserlichen Gastes sehr günstig waren. Persönliche Unterredungen mit dem Kaiser Franz Joseph hatten weniger Bedeutung, da es im System der österreichischen Politik lag, sich nur durch die Räte über die Lage äußern zu lassen. Unter diesen Umständen trat die Bedeutung der Zusammenkunft mit dem österreichischen Kaiser um so mehr bei dem militärischen Schauspiel hervor, das die große Parade des Gardekorps am 7. September darbot. Kaiser Wilhelm bewegte sich da in seinem eigentlichen Lebenselement und feierte einen moralischen Erfolg, als er den beiden Kaisern sein selbstgeschultes Heer vorführte, und zwar das Korps, in welchem die Bevölkerung fast des ganzen deutschen Reiches vertreten war. Dazu paßte es dann vortrefflich, daß der größte Teil der deutschen Fürsten an dieser Heerschau persönlich teilnahm.

Am Nachmittage dieses Tages fand die große Galatafel im königlichen Schloße statt, wobei alle drei Kaiser kurze sehr bezeichnende und lebhaft gesprochene Toaste ausbrachten. Kaiser Wilhelm auf das Wohl seiner kaiserlichen Gäste, Franz Joseph auf das Wohl des Kaisers und Königs, der Kaiserin Augusta und des ganzen königlichen Hauses, Kaiser Alexander auf das Wohl der tapferen Armee des Kaisers Wilhelm. Besonders in diesem letzten, die militärische Seite der Zusammenkunft hervorhebenden Trinkspruch des Kaisers von Rußland erkannte die öffentliche Meinung sofort die gegen die französischen Rachegelüste gerichtete Spitze. Während die Republik mit staunenswertem Eifer die Bedingungen des Frankfurter Friedens erfüllte, hierdurch die Räumung der von den deutschen Truppen besetzten französischen Gebiete zu beschleunigen wußte und sich zu neuer Erhebung zu rüsten schien, sprach der Zar seine tiefste Sympathie für die Armee des Kaisers Wilhelm aus. Es war ein vernichtender Schlag gegen alle Feinde der neuen Ordnung und des neuen Staatensystems von Europa, in welchem der vorwiegend dynastische Charakter der internationalen Beziehungen einen so starken Ausdruck erhielt, daß dagegen alle amtlichen und diplomatischen Verhandlungen fast in den Hintergrund traten.

Indessen fanden auch zwischen den leitenden Ministern zahlreiche Konferenzen statt, von welchen jedoch die Meinung vorherrschte, daß sie sich nur in allgemeinem Meinungsaustausch bewegten, ohne daß protokollarische Feststellungen über die fernere Politik der Kaiserhöfe stattfanden. Noch war die Zukunft insbesondere mit Rücksicht auf die zwischen Österreich und Rußland scheinbar unlösbaren Schwierigkeiten im Orient in Dunkel gehüllt. Auch was Fürst Bismarck in seinen Gedanken und Erinnerungen darüber mitteilt, ist nur ein großartiger Entwurf von Grundsätzen der deutschen Politik gegenüber den Interessen und Ansprüchen der europäischen Mächte an der orientalischen Frage, aber es enthält nichts über den thatsächlichen Gang der Ereignisse, die schon nach wenigen Jahren auf dem Berliner Kongreß

zum Abschluß kamen. Auch die bis heute vorliegenden Quellen geben noch keinen tieferen Einblick in die Entwicklung der allgemeinen europäischen Verhältnisse, die übrigens ganz außerhalb des Rahmens dieser Schrift fallen. Aber die gewaltige Stellung, welche der große Minister des Kaisers Wilhelm dem Deutschen Reiche verschaffte, indem zum ersten Male in seiner Hauptstadt eine europäische Versammlung tagte, die die Idee der großen Kongresse in erfolgreichster Weise weiter führte, erschien fast wie ein persönlich gedachter Lohn einer nach allen Seiten vorurteilsfreien, friedlichen Weltpolitik.

Wenn man sich der Sorgen und Zweifel erinnerte, welche kaum acht Jahre vorher der deutsche Staatsmann im Laufe der Verhandlungen über die deutsche Reichseinheit und bei den Friedenskonferenzen in Versailles in oft ergreifender Weise dahin äußerte, ob es ihm wohl möglich sein werde, das große Werk ohne die Einmischung dritter, sogenannter neutraler, in Wahrheit übelwollender Mächte unter Dach und Fach zu bringen, so stand er jetzt als siegreicher Lenker unter den Ministern Europas da, die an dem grünen Tisch des Kongresses in dem noch immer sehr schlichten preußischen Hause des auswärtigen Amtes tagten. Und dieses Ziel war erreicht worden, indem wohl selten einem Staatsmann vergönnt war, mit verhältnismäßig geringen Opfern, durch wohlmeinende, den eigenen Staat in keiner Weise belastende Zugeständnisse, größeres und dauernderes zu erreichen. Es hatte sich auch hier erwiesen, daß dem Starken und Entschlossenen das Glück lächelt und der Erfolg sicher ist.

Anmerkungen.

Zu Seite 27 ff. Einleitung. Nachträglich im II. Bande, Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850—1858, S. 8—11, ist der entschiedendste Brief des Prinzen von Preußen vom 14. Dezember 1852 für seine Stellung zu Österreich erst noch bekannt geworden. Die wichtige Stelle konnte leider nicht mehr im Texte aufgenommen werden: „Eine Annäherung zwischen beiden Großmächten ist in dem Moment angebahnt worden, wo durch Preußens Festigkeit die öffentliche Meinung und das Vertrauen sich ihr wieder zuwendet. Dieser Erscheinung mußte entgegengetreten werden; daher die Insinuationen Österreichs . . . . Jetzt wird die öffentliche Stimme immer lauter und kräftiger für Preußen gegen Österreich; diese Erscheinung muß durch letzteres sofort zertrümmert werden, teils zuvörderst durch Schein und dann durch eine Realität. Durch Schein, indem der Kaiser von Österreich in diesem Moment Berlin besuchen muß, um glauben zu machen, eine Verständigung auf Kosten der mit uns verbundenen Zollstaaten sei zu stande gekommen; durch Realität, indem man in Wien mit Bestimmtheit hoffte, daß die persönliche Erscheinung über alle Schwierigkeit triumphieren werde. Dann ist das österreichische Verlangen und sein Plan dennoch erfüllt, indem Preußen inkonsequent wird, sich nachgiebig Österreich unterwirft, — und die sich uns zuwendende Richtung Deutschlands, ja Europas, das endlich wieder anfing, Vertrauen zu unserer Festigkeit, Selbständigkeit und Macht zu gewinnen, — muß vor unserer erneuten Zuneigung, Unselbständigkeit und Schaukelsystem zurückschaudern, — und unser ganzes, — kaum wieder aufblühendes Ansehen ist auf unberechenbare Zeit verloren . . .“ u. s. w.

Alle neuaufgedeckten Schriften des Prinzen von Preußen geben den Beweis, daß er die deutsche Frage seit 1849 unverändert unter dem Gesichtspunkt ansah, daß dieselbe einzig und allein darauf beruht: Verständigung mit Österreich — oder Abrechnung mit Österreich. Dieses ist das große Programm des Prinzen von Preußen, welches seine politische Bedeutung als Begründer des deutschen Reichs ein für allemal klarstellt.

Zu Seite 38. Kongreß von Baden-Baden. Noch im Jahre 1863 stellt König Wilhelm sorgfältig seine in Baden-Baden gemachten Äußerungen fest, die seine Stellung zur deutschen Frage klarlegen. Der

Brief an Bismarck, Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck I, 47, ist daher von fundamentaler Bedeutung: „Lasse Buchanan wissen, daß im großen Ganzen er in der Depesche unsere Unterredung richtig wiedergegeben hat. Nur daß ich nicht an Napoleon gesagt habe, daß ich keinen Fleck deutschen Bodens abtreten würde, wenngleich ich es ihm wohl zu verstehen gab, sondern ich habe an Buchanan gesagt, daß dies mein fester Wille unter allen politischen Eventualitäten sei."

„Dann habe ich nicht gesagt, daß weder ich noch mein Sohn noch Enkel die Einigung Deutschlands erleben würde, sondern, ich würde es wohl nicht mehr erleben, aber hoffentlich mein Sohn oder Enkel."

Von größtem Werte ist die Veröffentlichung der Briefe des Kaisers Wilhelm an Bismarck besonders deshalb, weil die starke Initiative und das stete Eingreifen und Einwirken des Kaisers im Gegensatz von der immer mehr verbreiteten Vorstellung eines geleiteten und geführten wohlwollenden Greises nunmehr wohl für immer abgetan sein wird, wobei freilich zu bedauern, daß für die eigentlich entscheidendsten Epochen von 1866 und 1870/71 naturgemäß die Ausbeute nur eine geringe sein konnte, da die Hauptverhandlungen eben mündlich stattfanden. Hierbei bemerke ich gleich, daß, solange die auf die Vorträge Bismarcks erfolgten höchsten Entschließungen, Anmerkungen und Noten des Königs nicht zugänglich gemacht sind, meine Darstellung in den folgenden Kapiteln nur deshalb von Wert ist, weil sie Tagebuchsnotizen entnommen wurde, die sowohl in 1866 wie 1870/71 auf unmittelbaren Mitteilungen des Königs oder des Kronprinzen beruhen. Mein von dem großherzoglich badischen geheimen Kabinett lebhaft unterstütztes Ansuchen, die Akten der Reichskanzlei mit Rücksicht auf die Resolutionen des Königs benutzen zu dürfen, konnte zur Zeit noch nicht bewilligt werden.

Zu Seite 39 ff. Geschichte, Verdienste, Wirksamkeit und revolutionäre Absichten des Nationalvereins. Daß bei der Gründung des Nationalvereins irgend eine Spur von revolutionären Tendenzen vorhanden gewesen sei, wird niemand behaupten wollen. Was seit dem Juli 1859 bei den verschiedensten Parteiversammlungen vor sich gegangen, hielt sich strenge in den gesetzlichen Schranken, soweit die Äußerungen in die Öffentlichkeit kamen. Wie sich einzelne das Bild der deutschen Entwicklung vorstellten, nachdem zehn reaktionäre Jahre das Vertrauen zu den Regierungen auf die tiefste Stufe herabgedrückt hatten, entzieht sich leider jeder Betrachtung. Von den hervorragenden Männern, welche in den engeren Ausschuß der Eisenacher Versammlung vom 14. August gewählt worden sind, lebt heute nur noch Herr von Bennigsen, und ob wir von ihm erwünschte Erinnerungen an jene Zeiten des nationalen Aufschwungs zu erwarten haben, ist unbekannt. Fries in Weimar, Metz in Darmstadt, Rochau in Heidelberg haben nichts Zusammenhängendes über die Geschichte des Nationalvereins hinterlassen.

Äußerungen des Herrn von Unruh haben nicht selten, wie diejenigen der Berliner Freunde des Nationalvereins überhaupt einen kleinen ironischen Beigeschmack bewiesen. Es kann unter diesen Umständen geschehen, daß die Gründung des Nationalvereins, so gut wie seine Entwicklung, immer ein

wenig dunkel bleiben wird. In Bezug auf die Ideen, welche den hervorragendsten Persönlichkeiten jener Kreise vorschwebten, kann aus Briefen Freytags nachgewiesen werden, daß Mathy nur ungern darauf verzichtete, gleich damals die Mitglieder des neuen Vereins auf die Reichsverfassung von 1849, verpflichtet zu sehen. Weiteres erfährt man aus Korrespondenzen, daß die sogenannte erste Eisenacher Versammlung vom 17. Juli eine Vereinsgründung im demokratischen Sinne ins Auge gefaßt hatte, und daß man Schulze-Delitzsch als das Haupt der Bewegung betrachtete. Man muß sich vor allem hierbei erinnern, daß in den Kreisen, welche im Nationalvereine hervortraten, der Glaube an den Untergang Österreichs feststand, und daß man für die zukünftige Entwicklung der Dinge nur vor der Frage zu stehen meinte, ob man mit den Feinden der deutschen Einheit im Innern lediglich aus eigener Kraft des Volks oder mit der Hilfe eines national regierten Preußens fertig werden müsse. Man liest, bei so ruhigen und gemäßigten Leuten wie Gustav Freytag in Briefen jener Tage, häufig ähnliches, wie: „Die Zukunft Deutschlands naht ihrer Erfüllung. Der Fall Österreichs, das heißt der innere Zusammensturz ist durch große Kraft und glückliche Kombinationen vielleicht auf Jahre aufzuschieben, nicht mehr aufzuhalten. Die Krankheit, welche dort herrscht, ist der Marasmus senilis. Und wenn es ein göttliches Strafgericht in der Geschichte gibt, so vollzieht es sich dort vor unsern Augen u. s. w.“ Es wäre leicht aus Äußerungen der Presse eine Blütenlese noch viel stärkerer Art zusammenzusetzen, um zu zeigen, wie sehr man in jenen Tagen geneigt war, die Dauerbarkeit der historisch gewordenen Staaten zu unterschätzen. Man spielte mit Gedanken, die zwar nicht revolutionär waren, aber die Folgen revolutionärer Vorgänge als ganz selbstverständlich voraussetzten. In diesem Chaos der politischen Kombinationen wurde das Sonderbarste für möglich gehalten und in den Stimmungen der nationaldenkenden Kreise war lediglich ein Doppeltes vorhanden. Die einen, die Bedächtigeren, die Erfahreneren suchten eine stärkere Anlehnung an die einzige wirkliche Großmacht Deutschlands zu gewinnen, während die anderen, die Stürmischeren und Preußen gegenüber Ungläubigeren, von Volksbewegungen träumten, die zwar nicht förmlich vorbereitet, aber doch erwartet wurden. Es ist wohl kaum zu bestreiten, daß in dem großen und verdienstvollen Verein, der sich im Winter 1859 und 60 sehr ausbreitete, alsbald ein mehr linker und ein rechter Flügel bemerkbar wurde. Weit entfernt aus diesem Umstand dem Nationalverein in seiner Gesamtheit und Wirksamkeit einen Vorwurf machen zu wollen, sollte man vielmehr wünschen, daß sich die Besserwissenden nicht dadurch hätten abhalten lassen müssen, offen und unbefangen die Geschichte dieser politischen und geistigen Erhebung zu beschreiben. Wenn man eine Zeitlang im Nationalverein enge Fühlung mit dem italienischen Nationalverein suchte, so hatte man auch nachträglich wahrlich keinen Grund, das Eingeständnis zu scheuen, daß man in Deutschland nötigenfalls nicht weniger entschlossen gewesen wäre, mit den äußersten Mitteln gegen ungeschickte oder verzopfte Maßregeln der Regierungen oder gegen Hemmungen der nationalen Einheit vorzugehen. Es gibt einen Standpunkt, von welchem auch der konservativste Beobachter der Dinge in den Jahren der Reaktion sich eher wundern kann, daß die italienischen Vor-

gänge in Deutschland nicht bei weitem mehr nachgeahmt worden sind, als es wirklich der Fall war. Aber keineswegs fehlte es ganz und gar an mancherlei Anläufen zu tatkräftigerem Vorschreiten.

In der ersten Hälfte des Jahres 1860 häuften sich polizeiliche Maßregeln zur Unterdrückung des Nationalvereins in den kleineren und mittleren Staaten. Selbst der Umstand, daß die Leitung des Vereins in den Händen der allergemäßigsten patriotischen Männer lag, vermochte die polizeiliche Schikane nicht zu verhindern, und die kaum noch irgendwo hinreichend gebrannntmarkte Lächerlichkeit der freien Republik Frankfurt, dem Vereine das Heimatsrecht zu entziehen, ließ deutlich erkennen, daß Österreich keine Anstrengung scheute, um das Fortschreiten der nationalen Bewegung zu verhindern. Im Juni machten dann die Könige von Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover den bekannten Versuch, auf den Prinzregenten von Preußen einen Druck zu üben, um ein für allemal die Unterdrückung des Nationalvereins in ganz Deutschland zu bewirken. Auch der Prinzregent war durch die preußenfreundlichen Äußerungen des Nationalvereins in Schriften und Reden keineswegs für diese oder ähnliche Bewegungen gewonnen worden. Das Verhältnis seiner Regierung zu dem ganzen Nationalverein war und blieb das einer kühlen Duldung. Unter diesen Umständen erhielten die radikaleren Elemente im Verein immer mehr Einfluß. Am 1. Mai 1860 erschien zum erstenmal die Wochenschrift des Nationalvereins unter der Redaktion von A. L. von Rochau „Mitglied des Vereinsausschusses" unter Verantwortlichkeit von Dr. C. Rückert in Koburg und gedruckt in der Hofbuchdruckerei Engelhard Reiher in Gotha. Die Wochenschrift erklärte sich ausdrücklich für das offizielle Organ des Nationalvereins, und die schon in Nr. 2 abgedruckte mannhafte Erklärung gegen den hannöverischen Minister Hermann Borries, wegen der von ihm in öffentlicher Sitzung der hannöverischen Kammer gemachten Äußerung, ließ hierüber keinen leisesten Zweifel. Indem Herr von Borries gesagt hatte, es würde der Versuch der Gründung einer Zentralgewalt mit einheitlicher militärischer und diplomatischer Leitung zu Bündnissen der deutschen Fürsten untereinander führen, ja, könne selbst zu Bündnissen mit außerdeutschen Staaten drängen, die sehr zufrieden sein würden, die Hand in Deutschlands Angelegenheiten zu bekommen," wagten es einundzwanzig angesehene, mutige Männer aus fast allen Teilen des westlichen Deutschlands, das denkwürdige Wort zu sprechen: „Die deutsche Regierung dagegen, welche ihre Pflicht so schmachvoll vergessen würde, daß sie bei auswärtigen Mächten einen Rückhalt suchte in Fragen der nationalen Entwicklung, bei feindlichen Mächten Hilfe suchte oder annähme zur Abwehr der Opfer, welche zu kraftvoller Bekämpfung dieser Feinde von ihr gefordert werden, eine solche Regierung würde dem öffentlichen Urteil und dem Schicksal verfallen, welches Verrätern gebührt!" Man sollte glauben, daß die deutsche Geschichtschreibung Ursache hätte, solchen tatkräftigen Reden, wie sie seit lange nicht gehört worden waren und die das Herz jedes Patrioten erfreuten, unvergessen zu erhalten, aber das vielbelobte Werk des Herrn von Sybel weiß von dergleichen Dingen nichts, und da man nicht zweifeln kann, daß Herr von Sybel selbst, wenn er die Erklärung auch nicht unterschrieben, doch ihr im Herzen zugestimmt haben wird, so muß man den bedauerlichen Schluß

ziehen, daß sich unsere Geschichtschreibung auf den Standpunkt einer völlig falschen, man möchte sagen bureaukratischen oder diplomatisch steifleinenen Vornehmheit bewegt, welche dem, was im deutschen Volke Kraft besaß, nicht gerecht zu werden weiß. Kein nationaler Schriftsteller einer anderen Nation würde es für möglich gehalten haben, neben den anerkennenswerten Leistungen von Ministern das zu vergessen, was aus den unmittelbaren Empfindungen weiter berechtigter und tüchtig denkender Volkskreise hervorging. Soll man diese Enthaltsamkeit des Geschichtschreibers etwa Bescheidenheit nennen?

Indessen lebte und webte und gärte es überall und wenn dem Nationalverein als solchem auch in Süddeutschland, wie Herr von Sybel trocken berichtet, Gegner erstanden, so ist es doch nicht darzustellen, als ob diese, wenn sie sich auch gegen ein Hauptmoment, gegen die im Nationalverein vorhandenen preußischen Sympathien wendeten, in Bezug auf die reaktionären Absichten der Regierungen etwa besser gesinnt gewesen wären. Die Wahrheit ist, daß der linke Flügel des Nationalvereins demokratischer und radikaler war. Seinen Zwist mit den Leitern des Nationalvereins lediglich dem Partikularismus zuzuschreiben, ist durchaus unzutreffend. Wir hatten in Deutschland eine starke Strömung, die einer etwaigen Revolution bei guter Gelegenheit nicht aus dem Wege gehen zu sollen glaubte, und diese Strömung hatte bessere Klassen des Volks tiefer ergriffen, als man nachträglich Wort haben wollte. Glücklicherweise gibt es eine Anzahl von Quellen, welche das Andenken dieses Zustandes sicherstellen.

Der schroffe Gegensatz gegen die bestehenden Verhältnisse gewann damals, wie zu allen Zeiten, seinen hauptsächlichsten Ausdruck in der Abneigung und Feindseligkeit gegen das bestehende Militärwesen Deutschlands. Die Illusionen in welchen sich der demokratische Geist zu allen Zeiten wiegte, waren merkwürdigerweise in einem Augenblick erwacht, wo in Preußen ein König zur Regierung kommen sollte, der eine, in dessen Dynastie seit lange fehlende soldatische Natur war. Wenn man nachträglich die großartige Geschichte dieses Königs und die Erfolge seiner militärischen Hand erwog, so mag es ja ganz verzeihlich erscheinen, wenn der Geschichtsschreiber jene unglücklichen Versuche, des demokratischen Geistes mit einem ironischen Lächeln begleitet, aber die Sachen waren doch im Gedränge der Zeit sehr viel ernsthafter, als daß ernste Männer damals über die Dinge gelächelt hätten. Nichts ist bezeichnender, als daß gleich die erste Nummer der Wochenschrift des Nationalvereins über die Militärbudgets jammerte und von den stehenden Herren von 6 oder 700 000 Soldaten behaupten konnte: „daß, selbst das winzige Dänemark dem Bunde als solchem militärisch überlegen ist, hätten zwei Feldzüge zur schmachvollen Augenscheinlichkeit gebracht." Und schon wenige Wochen später, verlangt der Nationalverein „Erziehung des Volks zum Kriege, aber wie?" Noch wird es schüchtern angedeutet, aber deutlich steht schon der Chor der Tragödie im Hintergrund: Die Turnerei besorgt „die volkstümliche Reform der Wehrverfassung."

Es war die Zeit wo in den Turnvereinen, wie in den Schützengesellschaften die Ideen der Einheit und Vereinigung des ganzen Deutschlands groß und dankenswert hervortraten und gepflegt wurden. Es kann hier darauf verzichtet werden, die Geschichte der allgemeinen deutschen Turnfeste

und der Gründung des allgemeinen deutschen Schützenbundes in Erinnerung zu bringen.

Nur eine ganz verhärtete Denkungsart könnte sich darüber wundern, daß in der nationalen Begeisterung eines Volkes, dem man seine besten Güter durch so lange Zeit vorenthielt, viel unreifes oder voreiliges mit unterlief. Die Turnerei hatte nun aber in Deutschland ein historisches Anrecht auf den Aberglauben, daß durch sie die deutsche Einheit und das deutsche Volksheer entstehen werde; und in den Schützengesellschaften lebte ebenfalls ein viel hundertjähriges Gefühl für wahrhaft volkstümliche Betätigung von Manneskraft und militärischem Wesen. Dergleichen war seit dem Aufkommen des deutschen Bürgertums wahrlich nichts verächtliches. Wenn sich nun Leute selbst wie Herr von Rochau in solche antiquarisch demokratische Liebhabereien vertieften, so war dies freilich sonderbar genug, man griff nach Strohhalmen. Er hatte in der Generalversammlung des Nationalvereins vom 6. Sept. 1860 in Koburg den Antrag gestellt, daß der Nationalverein beschließe, „an alle seine Mitglieder die Aufforderung zu richten, für die Errichtung von Schützengesellschaften tätig zu sein, die sich die Übung im Gebrauche von Kriegswaffen zur Aufgabe machen." Es war große Freude, als dieser Antrag allgemeine Zustimmung fand. Und noch viel versprechender schien es, daß der Ausschuß selbst schon am 1. Juli den Antrag v. Rochaus zu dem seinigen gemacht hatte: „Der Nationalverein wolle es seinen Mitgliedern zur Pflicht machen, alles was in ihren Kräften stehe, dafür zu tun, daß militärische Übungen zu einem Bestandteil des Unterrichts der Jugend gemacht werden." In dem Bericht, den Herr von Rochau an die Generalversammlung hierüber erstattete, lesen wir bereits die ganze Verhimmelung der schweizerischen Militärerziehung mit ihren Kadettenchors und Exerziermeistern, ihren Waffenfesten und deren guten militärischen Ergebnissen: „In Zürich," so rühmte Herr von Rochau, „konnte vor einigen Jahren ein Kadettenfest gefeiert werden, an welchem 3000 Knaben mit 18 bespannten Geschützen teilnahmen." Die Kugel war ins Rollen gekommen. Schon war das Thema über Turnerei und Waffenübung ein Gegenstand stehender Erörterung geworden. Was E. M. Arndt 1848 in der Paulskirche sagte, wurde als neues Evangelium herangezogen. Endlich war auch das Wort gefunden, welches alle Zweifel bannen, und in welchem sich alle Bestrebungen der deutschen Patrioten vereinigen sollten. Es lautete: „Wehrvereine!" Zu Wehrvereinen sollten Turner und Schützen sich zusammenfinden und von den Wehrvereinen müsse das neue Leben der Nation, werde der einheitliche deutsche Bund, werde das neue Reich seinen Anfang und Ursprung nehmen. Es scheint nicht mehr ganz sicher festgestellt werden zu können, ob der Ausschuß des Nationalvereins in dieser Frage gemeinschaftliche, die Mitglieder verpflichtende Beschlüsse gefaßt hat. Wahrscheinlich waren es nur einzelne, welche in dieser Beziehung auf eigene Hand vorgingen. Am 26. Mai 1861 fand eine große Versammlung bei Bielefeld statt. Es sollen an 400 bis 500 Mitglieder des Nationalvereins und etwa 600 Nichtmitglieder anwesend gewesen sein. Hier hatte nun, nachdem Herr von Bennigsen über die deutsche Frage gesprochen, Dr. Lüning, allerdings in seiner Eigenschaft als Ausschußmitglied über die Organisation der deutschen Wehrkraft sich eingehend ver-

breitet. Er wollte „eine Milizarmee schaffen, die allen Anforderungen entspricht, ebensowohl wie Scharnhorst und Gneisenau". „Es müssen sich überall Wehrvereine bilden, besonders in den Staaten, die nicht allgemeine Wehrpflicht haben. Auch bei uns kann noch manches geschehen, namentlich von den Turn- und Schützenvereinen. Ein Landsturm würde in der Not vieles leisten." Wenn Lüning zuletzt alle deutschen Männer aufforderte, sich um das nationale Banner zu scharen, und damit schloß, daß er meinte, nach großen blutigen Opfern werde die Sonne über ein einiges, freies Vaterland aufgehen, so würde man ihm ja gewiß Unrecht thun, wenn man behauptete, er habe den inneren Krieg im Auge gehabt. Aber bei dem Umstand, daß seine Rede doch auch eine starke Spitze gegen die in Preußen auf der Tagesordnung stehende Heeresreform zeigte, konnte es leicht geschehen, daß man ihm gewisse verdeckte Absichten zuschrieb. Die Wochenschrift des Nationalvereins gab dann manchen Kommentar dazu, wie z. B. der Artikel vom 5. Juli 1861, der unter der Überschrift „Zu den Waffen" u. a. folgendes sagte: „Wenn wir Deutschen durch allerhand Leibesübung und Waffengebrauch erst wieder ein mannhaftes Volk geworden sind, so mögen wir aller unserer inneren und äußeren Feinde lachen. Dann, wenn nicht eher, werden wir so viel Einheit und so viel Freiheit haben, als der Mehrzahl von uns wünschenswert erscheint. Dann, aber auch erst dann, wird es überflüssig werden, vom Rheinbunde zu sprechen, weil er sich jedem nicht verrückten Fürsten oder Minister von selbst verbietet und weil selbst das Ausland dann gerechte Bedenken hegen wird, mit uns anzubinden."

Um diese Zeit schienen die Wogen der „Wehrhaftmachung" des deutschen Volkes bereits so hoch gestiegen zu sein, daß die gemäßigtere Richtung allen Ernstes dahin strebte, zu beschwichtigen und zu beruhigen. Ganz ohne Zweifel war endlich das Präsidium des Nationalvereins zur Kenntnis gewisser Korrespondenzen gelangt, welche zwischen dem italienischen Nationalverein und einzelnen Mitgliedern des deutschen Nationalvereins gewechselt worden waren; und leicht hätte es eine verhängnisvolle Wendung nehmen können, wenn die Tendenzen, welche Wilhelm Rüstow hegte, zu wirklicher Ausführung gelangt wären.

Es ist nun für die ganze Entwicklung der deutschen Angelegenheiten und besonders für die Stellung König Wilhelms zu derselben höchst wichtig zu wissen, in welcher Weise der preußische Flüchtling, nachdem er an der Seite Garibaldis gekämpft und von Viktor Emanuel den Titel eines Oberst-Brigadier erlangt hatte, nun in Deutschland mit dem Nationalverein in Verbindung trat.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, das Leben und die Geschichte Wilhelm Rüstows des näheren zu verfolgen oder im einzelnen in Erinnerung zu bringen. Indessen haben die militärischen Schriften dieses revolutionären Geistes eine Zeitlang ein gewisses Ansehen besessen und es ist daher nicht uninteressant, den Mann bei einer geschichtlichen Betrachtung in seiner wahren Gestalt kennen zu lernen. So wunderbar es klingen mag, so ist es doch sicher, daß der Heimatlose im Jahre 1860 noch Hoffnungen hegte, er könnte, wenn der Prinzregent den Königsthron nach dem Tode seines Bruders besteigen würde, eine Amnestie erlangen und nach Deutschland zurückkehren.

Er schrieb zu diesem Zwecke eine Denkschrift, worin er die Gründe seiner Verurteilung beleuchtete, ohne Zweifel in der Hoffnung, daß sich ein Gönner finden möchte, um bei König Wilhelm für seine Begnadigung zu wirken, die ihm aber niemals zu teil wurde. Er endete bekanntlich nach dem Nobilingschen Attentat auf Kaiser Wilhelm durch einen in seinen Motiven rätselhaft gebliebenen Selbstmord.

Inzwischen war es Rüstow gelungen, mit turnerischen Kreisen in Verbindung zu treten, und indem man an ihn die Frage richtete, in welcher Weise eine Organisation zum Zwecke militärischer Vorbereitungen getroffen werden könnte, erklärte er sich bereit, sobald die beim Thronwechsel erwartete Amnestie eingetroffen sein werde, nach Deutschland zu kommen und die Sachen ins Werk zu setzen. Aber die preußische Amnestie erfolgte keineswegs in einer so allgemeinen Art, und der neue König hatte keine Lust gegen Militärpersonen Gnadenakte zu üben. Rüstow erschien also unter dem Namen eines Kaufmanns Friedrich Meier aus Gotha mit dem richtig von ihm selbst bezeichneten Signalement im Paß: Augen, Haar, voller Bart braun, Augenbrauen dünn, Brille, große Nase, 5' 7", schlank) unbelästigt in Deutschland, und es wurde zunächst ein Verkehr eingeleitet, bei dem Rüstow in Sachen der Wehrvereine eine Zeitlang als sachverständiger Beirat von seinem Aufenthalt zu Riesbach bei Zürich seinen Einfluß auszuüben suchte. Wie er sich die zu erwartende praktische Tätigkeit der Wehrvereine vorgestellt hatte, darüber spricht er sich einmal folgendermaßen aus:

„Deutschland befindet sich in einer scheußlichen Lage. Österreich zerfällt so oder so, mag es seinen Despotismus aufrecht erhalten wollen, mag es die freiheitlichen Alluren annehmen. Österreichs deutsche Provinzen müssen sich, wenn sie vernünftig sind, an das übrige Deutschland anschließen, und so viel ich weiß ist das auch ihr Gedanke und Wunsch. Schleswig-Holstein muß von Deutschland bald mit gewaffneter Hand unterstützt werden, Dänemark muß von Deutschland gezeigt werden, was eine Harke ist, wenn Deutschland nicht unter das Niveau der einfachen Elendigkeit zurücksinken soll. In Kurhessen muß von Deutschland für das Volk, für die Verfassung aus dem gleichen Grund eingeschritten werden.

Daneben steht Frankreich drohend vor unserer Tür und aus diesem und anderen Gründen könnte es sein, daß Preußen sich außer stande sähe, mit seinen regulären Truppen ohne weiteres einzuschreiten. Aber nichts hinderte einen Freischareneinfall, sei's in Deutschösterreich, sei's in Schleswig-Holstein, sei's in Kurhessen, um dort die sogenannte Revolution (hoffentlich erschrecken Sie nicht vor diesem Wort) zu unterstützen und so den Anlaß zum Einschreiten Preußens im geeigneten Moment zu geben. Daß dabei die Freischaren möglicherweise auch geopfert werden könnten, versteht sich von selbst."

Im März 1861 sendete Rüstow den von ihm verfaßten Entwurf zur Organisation von Turnerkompagnien an einen Freund, welcher in den Akten des Archivs, dem die Korrespondenz entnommen ist, nie genannt wird. Beachtenswert ist dabei, daß die wesentlichen Bestimmungen des Organisationsentwurfs vollständig übereinstimmen mit dem Werke Rüstows: „Von den Hindernissen einer zweckmäßigen Heeresbildung und erfolgreichen Kriegführung.

Militärische Blätter für das Volk", welches bei Feodor Streit in Koburg 1862 erschienen ist. Eben dieser war seit Juni 1860 für die Redaktion der Wochenschrift verantwortlich, und zu gleicher Zeit Geschäftsführer des Vereins. Auf Seite 367 und ff. behandelt Rüstow in seinem Werke die Ausbildung des Militärs in den Turnvereinen und Seite 377 und ff. findet man ähnliche Ansichten über die Ausrüstung und Bewaffnung ausgesprochen, wie in dem nachfolgenden Entwurf.

Lieber Freund!

Ihre beiden letzten Briefe sind mir richtig zugegangen; ich schrieb nur noch nicht, weil ich hoffte, früher noch mit mindestens einem, vielleicht mehreren Turnerhäuptlingen zusammenzukommen und mündlich zu verhandeln.

Kallenberg will diese Woche nach Zürich kommen und bringt vielleicht einige andere mit. Ich sende Ihnen hiebei meinen Organisationsentwurf, mit besonderer Genauigkeit zunächst für die Infanterie bearbeitet. Alles, was die Bekleidung und Ausrüstung betrifft, ist in Prax als das Beßte erprobt; vielleicht stimmt es wenig mit den Boxbeuteleien regulärer Heere. Wir müssen es aber diesen eben zuvorthun.

Begnügt man sich vorerst nach meinem Rath mit den alten aufgekauften Gewehren, so kommt der Preis einer Ausrüstung etwa nur auf 100 bis höchstens 120 Francs.

Wenn es gewünscht wird und zuerst einige Stimmen für meine Vorschläge gesammelt sind, lasse ich die Modelle für alle Hauptsachen, wenns beliebt, in mehreren Exemplaren hier anfertigen und versende dieselben, wohin es noth thut.

An Bennigsen habe ich noch nicht geschrieben. Es würde mir lieb sein, wenn Sie ihm vorläufig eine Abschrift meines Entwurfes zusenden wollten. Ich schreibe dann, sobald ich mit Kallenberg geredet.

Die Abschrift des Entwurfs, welche Sie hiebei erhalten, ist von meiner — außer meiner Töchter — jüngsten Freundin, einem Fräulein von 12 Jahren gemacht, welches noch an mehreren anderen Abschriften mit großem Stolz und Eifer arbeitet.

Alles kann sehr rasch gehen, sobald nur die Geldmittel, etwa 120 Frcs. pro Mann, gesichert sind. Alle Ausrüstungsstücke sind selbst von mittelmäßigen Handwerkern in kurzer Zeit herzustellen.

Wollen Sie die Güte haben mir ein preußisches Exercierreglement — das einfachste von allen auf der Welt — zu senden so streiche ich darin alles Überflüssige durch, mache einige Bemerkungen oder auch ein besonderes Capitel (z. B. zum Tirailleurdienst) dazu, schicke Ihnen die Geschichte zurück, und wir lassen es als Exercierreglement für die Turnercompagnien drucken, sobald die Errichtung einiger von denselben gesichert ist. Suchen Sie dahin zu wirken, daß man sich an das preuß. Exercierreglement nicht stoße. Es existirt, — so wenig ich sonst für preuß. Einrichtungen enthusiasmirt bin, — einmal nichts Besseres und es wäre Unsinn, etwas wirklich Gutes blos abschreiben und sich so mit fremden Federn schmücken zu wollen.

Als Beilage zu diesem Schreiben sendete Rüstow einen vollständig durchgearbeiteten Entwurf zur Organisation von Turnerkompagnien, der bis ins einzelnste die Ausrüstung und Bewaffnung, das Exerzierreglement, die Besetzung der Offiziersstellen, die Zusammenstellung größerer Truppenkörper und die Spezialwaffen erörterte. Bei diesen militärischen Versuchen trat aber offenbar die Täuschung Rüstows desto stärker hervor, je weniger im Nationalverein der linke Flügel der Mitglieder zur Geltung kommen konnte. Die einzige Wirkung, welche die militärische Bewegung auf die praktischen Fragen ausüben konnte, lag in den Verhandlungen der preußischen Kammern über die Heeresreform. Hier war man ja bald in der Lage zu bemerken, daß sich gelehrige Schüler Rüstows in der Opposition gegen die Militärvorlagen besonders hervortaten. Wie sich freilich in den Köpfen der weiter vorschreitenden, radikalen Volksmänner das Bild der deutschen Entwicklung gestaltete, erscheint den Nachgebornen, die keine Erinnerung mehr an diese Zeiten haben, wie ein vollendetes Rätsel; und es wird für den Geschichtschreiber der Zeit doch ein gewisses Interesse haben, die politischen Perspektiven kennen zu lernen, die ein Mann wie Wilhelm Rüstow aufzustellen wagte, ohne im mindesten zu fürchten, daß er damit aus dem Rahmen der Wirklichkeit herausfalle. Indem er sich fortwährend auf die Ereignisse des Jahres 1860 in Süditalien berufen zu können meinte, und durch seine in ganz Europa damals hochgerühmten Leistungen, die er selbst umständlich genug beschrieb, zu nicht geringem Ansehen gekommen war, glaubte er sicher sein zu können, daß in den Kreisen nationaler deutscher Männer seine politischen Kombinationen volle Beachtung finden müßten. Sein politisches Zukunftsprogramm, bei welchem er seine in den Wehrvereinen vorbereiteten deutschen Volontairkorps tätig dachte, lautete folgendermaßen:

Ueber die Bildung von deutschen Volontärcorps.

„Eine Anzahl deutscher Patrioten ist der Meinung, daß man daran denken sollte den Grund zur Bildung von Volontärcorps zu legen, welche im geeigneten Augenblick zu einer Volontärarmee wenn auch von vorläufig sehr mäßigen Dimensionen zusammengestoßen werden könnte.

Zweck dieser Volontärarmee würde es sein, die militärische Initiative zu ergreifen:

1. auf einem Punkt, wo die endliche That und gewaltsame That als eine Notwendigkeit von verschiedenen Parteien und selbst verschiedenen Regierungen anerkannt ist, während doch die Regierungen durch verschiedene Rücksichten vom Auftreten mit den Mitteln der Gewalt abgehalten werden.

2. zu einer Zeit, die als geeignet erscheint, Erfolge verspricht, die verhältnismäßig leicht errungen werden können, die dann das ganze Volk und durch dieses auch die Regierungen mit sich fortreissen."

An diese Eventualitäten knüpfte Rüstow dann eine politische Betrachtung, die sich auf Schleswig-Holstein, Kurhessen und Deutsch-Österreich bezog, in welchen Ländern er einen Konflikt in nächster Zeit voraussehen zu können meinte, bei welchen die Volontärkorps eine sichere Verwendung finden müßten.

Im Jahre 1862 nahmen die Bewegungen im Deutschen Volk besonders seit dem Frankfurter Schützenfest bekanntlich einen ungestümeren und manche Regierungen allerdings erschreckenderen Charakter an. König Wilhelm hatte ja durch die inneren parlamentarischen Schwierigkeiten einen gewissen Grund, auch seinerseits mit Besorgnis gerade auf jene Bestrebungen hinzublicken, die sich auf das militärische bezogen. Die Schreckbilder des Jahres 1849 standen dem König fortwährend, man könnte sagen von Monat zu Monat lebhafter, vor seiner Seele. Seine beständige Rede war, daß aus der deutschen Bewegung nichts werden könne, wenn sie von unten käme. Er war aber über die Bestrebungen, die eben geschildert wurden, ganz genau unterrichtet. Dies muß festgehalten werden.

So wenig man sich einfallen lassen könnte, zu meinen, daß der König diesen, wenn auch nur leise auftretenden Erscheinungen eines revolutionären Geistes irgend einen Einfluß auf seine Entschlüsse gestattet hätte, so wenig dürfte doch andererseits geleugnet werden, daß für einen so gewissenhaften und pflichttreuen Monarchen in der Erkenntnis der damaligen Stimmungen des deutschen Volkes allerdings ein mächtiger Hebel lag, um alle seine Kräfte anzuwenden, die Zustände zu bessern und zu legalen Ergebnissen hinzuleiten. Vom militärischen Standpunkt aus, erfüllten ihn die vom Nationalverein aufgenommenen Gründungen von Wehrvereinen allerdings mit großer Erbitterung, aber vom politischen Standpunkt aus überzeugten sie ihn, in dessen edler Seele der Wunsch lebte, das Jahr 1849 und seine Erlebnisse nicht repetiert zu sehen, sicherlich immer mehr, daß die deutsche Frage nicht länger ruhen kann und daß Preußen dieselbe lösen müsse, so schwer ihm auch es werden mochte, den ungeheuren Kampf gegen befreundete Mächte aufzunehmen. Es wäre ein törichtes Unternehmen, darüber nachzusinnen, ob die von manchen Seiten erwartete Revolution in Deutschland entstanden wäre, oder ob auch nur ähnliche Ereignisse wie in Italien in Deutschland möglich gewesen wären. Immerhin aber ist die Tatsache nicht unbeachtet zu lassen, daß solche Strömungen vorhanden waren. Schon deshalb wäre es ein Fehler der Geschichtschreibung, diese Momente zu verkennen, weil eben kein Geringerer als der große König selbst dieselben in sehr ernste Erwägung gezogen hat, wie insbesondere aus dem Briefe hervorgeht, aus welchem einige der wichtigsten Stellen im Texte oben S. 42 und 43 angeführt sind.

Zu Seite 48 ff. Die Verhältnisse Österreichs vor 1866. Zu meinem Bedauern muß ich sagen, daß ich das nach so vielen Seiten hin auch von mir hochgeschätzte Werk meines trefflichen Freundes Friedjung über die österreichischen Verhältnisse und Zustände doch nicht aufklärend genug finden kann. Friedjung schrieb in den Reminiscenzen der liberalen Partei von Wien, welche bekanntlich bestrebt war, ihren Preußenhaß soweit wie möglich vergessen, und den „Hof“, ja selbst die Person des wohlwollenden Kaisers Franz Joseph für alle Schicksalsschläge verantwortlich zu machen. Das einzige Werk, welches ein wahres und immer noch sehr gemäßigtes Bild der Zustände in Österreich entwirft, ist der „Lebenslauf von Julius Fröbel“, einem Mann von hervorragenden politischen Talent, reichsten Erfahrungen und Menschenkenntnis. Ich war bis zum Sommer 1865 Archivsbeamter

und als solcher mit allen in Frage kommenden Persönlichkeiten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten wohlbekannt. Im Sommer 1865 wurde ich von den mir feindlichen Kreisen in einen schweren Preßprozeß verwickelt, der nach damaligem österreichischen Strafrecht nur die Kleinigkeit von fünf Jahren schweren Kerkers in der Anklage in Aussicht stellte. Indessen wurde nach guter österreichischer Art nicht so heiß gegessen und man begnügte sich, mich aus dem Archivsdienst zu entlassen. Für meine hier ausgesprochene Auffassung der österreichischen Verhältnisse beanspruche ich den Wert zeitgenössischer Memoiren, deren weitere Ausführung durch Überlieferung eines reichen Tatsachenmaterials ich mir für später vorbehalte. Die Darstellung, welche in Bezug auf den Grafen Mensdorff verbreitet ist, wird durch Briefe desselben an den Herzog Ernst von Koburg als falsch nachgewiesen, die mir in Abschrift vorliegen, und aus denen im Texte einige Sätze mitgeteilt sind. Der vollständige Abdruck ist ohne Zustimmung der Erben des Grafen gesetzlich zur Zeit nicht gestattet. Die Briefe beweisen aber, daß der Graf, — es soll damit nicht bezweifelt werden, daß er ein gegen den Krieg gerichtetes Memoire dem Kaiser vorgelegt haben mag — ebenfalls mit vollen Segeln in den Krieg hereinging, ganz und gar unter der Ägide von Moriz Esterhazy, Biegeleben und Blome.

Zu Seite 52. Von dem Antrag Bismarcks, Baden sollte sich unter Garantie Napoleons neutral stellen, habe ich in meinem Büchlein: Großherzog Friedrich S. 24 f. Mittheilung machen können, und es war sehr erwünscht, daß gleichzeitig auch Dove, Großherzog Friedrich, S. 143 die Sache erzählte. Nur heißt es da: „Werder warf — nicht im Auftrag seines Königs — noch die Bemerkung hin: die Sonderstellung sei doch vielleicht möglich, wenn man sich im Notfall auf Frankreichs Beistand stützen wolle.“ Wenn aber Werder nicht im Auftrag seines Königs sprach — so doch in Bismarcks Auftrag! — man sieht, unsere Geschichtsschreiber können nicht vorsichtig genug sein!

Zu Seite 57. Zur Vorgeschichte des Jahres 1866 will ich mich hier nicht so vollständig verbreiten als ich es könnte, wenn der Gegenstand nicht außerhalb der Aufgaben läge, die dieses Werk erfüllen soll. Nur zwei Punkte sollen berührt werden. a) Das Verhältnis Bismarcks zu von der Pfordten. Die völlig verkehrte Darstellung des Herrn von Sybel widerlegt sich durch folgenden Brief:

„v. d. Pfordten. An Seine des herzogl. Sachsen-Meiningischen Staatsraths Herrn v. Uttenhoven Hochwolg. in Meiningen.

München, 2. Mai 1866.

Ich habe das schätzbarste Schreiben vom 30. v. M. empfangen, womit Ew. Hochwolgeboren von mir Mittheilung über den Standpunkt zu erhalten wünschen, welchen die königl. Regierung gegenüber dem in der Circulardepesche der königl. preußischen Regierung vom 27. v. M. gestellten Ansinnen einnimmt, daß zunächst von dem ad hoc gewählten Ausschusse der Bundesversammlung die Einberufung des von Preußen beantragten Parlaments auf einen bestimmten Termin beantragt werde, und zwar ehe auch nur dem Ausschusse der preußische Reformplan vollständig bekannt geworden sei. Ich beehre mich Euer Hochwolgeboren in Er-

wiederung hierauf die ergebenste Mittheilung zu machen, daß ich die besagte preußische Circulardepesche, welche mir von dem hier beglaubigten königl. preußischen Gesandten nur vorgelesen, aber nicht in Abschrift gelassen wurde, demselben mündlich dahin beantwortet habe, daß ich es mit meinen Pflichten gegen Seine Majestät den König und das Land nicht vereinigen zu können glaube auf obiges Ansinnen einzugehen und daher ohne daß uns der preußische Reformplan, sowie die Zusammensetzung und Competenz des fraglichen Parlaments vollständig bekannt gegeben sei und wir mit demselben einverstanden sein könnten, der Einberufung desselben auf einen bestimmten Termin nicht zuzustimmen vermögen.

Eure Hochwolgeboren wollen daraus geneigtest entnehmen, daß jene Circulardepesche auf die in Augsburg vereinbarte Haltung der kgl. Regierung keinen Einfluß äußern und daß demnach auch die unsern Bundestagsgesandten ertheilte Instruction keine Aenderung erleiden wird. Mit Vergnügen benütze ich ꝛc.

v. d. Pfordten."

Abschrift aus dem persönlichen Besitz des Ministers von Seebach.

b) In dem Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" I. 129—135 sind die Briefe Bismarcks an den König über die Vermittlungsvorschläge des Herzogs von Koburg gedruckt, wozu orientierende Anmerkungen äußerst nötig gewesen wären. Die auf den Herzog in der Kreuzzeitung 1866 Nr. 78 und 79 gemachten, von Bismarck veranlaßten Angriffe sind aber dem König nicht durch den Herzog, sondern lediglich durch die Königin Augusta vorgehalten worden, vgl. Nr. 148. Die Königin schreibt nach einer Abschrift des Kronprinzen:

Die Königin an den König, 7. April 1866:

„Entschuldige diese Mittheilung (2 Nummern der Kreuzzeitung) mit beleidigenden Ausdrücken über den Herzog von S. Coburg-Gotha und Vichy, die ich pflichtmäßig zu Deiner Kenntnis bringe. Du hast die loyale Absicht ihres Onkels nicht verkannt durch die persönliche Beziehung, die ihm zu Gebote steht, die ernste Sachlage möglichst zu gunsten Deines eigenen Wunsches, die ehrenvolle Erhaltung des Friedens betreffend, aufzuklären und sich dafür, wie sonst, in direkte Verbindung mit Dir zu setzen. In demselben Augenblick wird er von bekannter Seite auf eine Art behandelt, die ihn als Deutschen Bundesfürsten verletzen und seine vielfachen verwandtschaftlichen Beziehungen kränken muß. Wenn sich nicht der Herzog durch sein persönliches Attachement für Dich, das er nie verläugnet hat, gebunden fühlte, wäre er berechtigt sofort seinen Brief an Dich zu veröffentlichen, um zu beweisen wie er gehandelt hat und welcher Lohn ihm dafür zu theil wird."

In einem Postskript bemerkt der Kronprinz, der König habe mündlich erwidert, er habe dem Minister geschrieben, daß er die Artikel nicht billige und eine Rektifikation wünsche, wenn man Einfluß auf die Zeitung habe.

Zu Seite 66. Der König in Nikolsburg. Herzog Ernst von Koburg hat die Friedensverhandlungen in Nikolsburg weitläufiger erzählt, als in seinem Memoirenwerk sich findet. Bei dem Druck des III. Bandes

war derselbe entschlossen, alles fortzulassen, was Bismarck etwa unerwünscht sein könnte. Deshalb blieben zwei wichtigere Punkte unberührt. Der König war, wie auch aus dem Tagebuch des Kronprinzen von 1866 hervorgeht, nicht gewillt, auf die Depossedierung von Hannover, Nassau und Hessen einzugehen; er pflegte zu sagen, niemand anders soll die Zeche bezahlen als die, die sie angerichtet hätten, und meinte Österreich. Der in den „Gedanken und Erinnerungen“ geschilderte Gegensatz zwischen dem König und Bismarck hatte durchaus den militärischen Hintergrund, daß der Krieg in Österreich fortzuführen, und in Deutschland mit den Fürsten ein baldiger Friede zu schließen wäre. Damit stimmt es überein, daß Baden durch den König unmittelbar zum Friedensschluß zu kommen suchte, was der König aber gegen Bismarck nicht durchsetzte. Ein Gespräch des Herzogs von Koburg mit Benedetti in Nikolsburg (Aus Meinem Leben III, 613) lautete nach meinen Aufzeichnungen folgendermaßen: Der Herzog habe Benedetti zunächst gesagt, daß Napoleon ihm schon 1864 versichert habe, er werde sich gegen die Konstituierung Deutschlands nicht auflehnen. Darauf Benedetti: „Bismarck habe dem Kaiser ja freiwillig versichert, eine Ausdehnung von Preußen über die Mainlinie werde er niemals zugeben. Die Mainlinie sei lediglich eine preußische und keine französische Erfindung. Der Kaiser finde es ganz gleichgültig, ob die 3 Südstaaten mit Deutschland verbunden wären oder nicht, nur bestehe er auf Kompensationen, aber wenn ihm diese nicht wirklich geboten würden, so wolle er keinerlei Mittel scheuen, um Preußen niederzuhalten. Dem Kaiser sei die deutsche Frage sympathisch nach wie vor. Benedetti halte die Eindrücke des Herzogs von Koburg für richtig, aber Frankreich verlange, daß Bismarck seine Versprechungen einlöse, falls er die von ihm selbst freiwillig gegebene Zusicherung in Bezug auf Süddeutschland nicht aufrecht halten wolle. Auf Österreich habe in Frankreich niemand ein Vertrauen, aber wie die Sachen ständen, sei man entschlossen, dasselbe in allen Dingen zu unterstützen, wo es der deutschen Einheit Hindernisse bereiten wolle.“ Der Herzog von Koburg behauptete, daß man auch schon in Nikolsburg die Maingrenze von seite Preußens wegen großer Bedenken gegen das süddeutsche Element, welches man für völlig unvereinbar hielt mit einer Konstituierung des Norddeutschen Bundes, gewählt hätte. Die Behauptung, daß Bismarck durch die auswärtigen Mächte und insbesondere durch Frankreich verhindert gewesen wäre, — glaubte der Herzog und, wie er versicherte, auch der Kronprinz nicht.

Zu Seite 70. Die Mission des Baron Herring wird von Beust, Aus dreiviertel Jahrhunderten II. 451 ff. einigermaßen bezweifelt, obwohl er nicht geradezu, was Giskra erzählt hat, leugnen will. von Sybel nimmt die ganze Sache dagegen sehr ernst; man weiß aber nicht, ob er etwa durch weitere Information sich dieser Sache vergewissert hat. Die Einwendungen Beusts gegen die Wahrscheinlichkeit, daß Bismarck mit der Sache Ernst gemacht habe, sind aber durchschlagend. Bismarck hat wohl daran gedacht, ein zweites Eisen ins Feuer zu legen, und mochte neugierig sein, was die Herren am Ballplatz zu einer solchen Liebenswürdigkeit, Österreich in Süddeutschland zu stärken, sagen würden; die Stunde, die der Vermittler zu spät gekommen ist, spielt bekanntlich auch eine Rolle in Versailles, wo die napoleonischen Anträge eine halbe Stunde zu spät kamen.

Zu Seite 77. Über die Umarmung Bismarcks und von der Pfordtens vgl. die Anmerkungen zum 7. Abschnitt, wo aus meiner Unterredung mit dem Fürsten Bismarck vom 14. Oktober 1889 hervorgeht, daß Herr von Sybel die ganze Sache irrig aufgefaßt hat.

Zu Seite 80. Die aufrichtigen Mitteilungen des Grafen Bray S. 113 ff. stehen nun in vollem Widerspruch mit dem, was Herr von Sybel V. 397 zu erzählen weiß. Wenn er mit teilnehmender Freude den Brief des Königs Ludwig vom 30. August gelesen und darin ein „schönes Denkmal deutscher Gesinnung" gesehen hat, so war ihm eben unbekannt, was zwischen Savigny und Graf Bray am 3. September vorging. Wenn dieser und Graf Bismarck behaupteten, dem König sei es nur darum zu tun, in der Nürnberger Burg gelegentlich absteigen zu können, so stimmt dies nicht mit dem Umstande überein, daß der König niemals einen Gebrauch von seinem sogenannten Mitbesitz der Nürnberger Burg gemacht hat. Wenn man überhaupt die Darstellung im Brayschen Nachlaß mit den Redensarten des Herrn von Sybel im V. Bande über die Herzensfreundschaften von Bayern und Preußen vergleicht, so hat man den Eindruck, als sei sie eine Satire auf das Sybelsche Buch. Daß das Schreiben des Königs Ludwig auch auf andere gemütvolle Historiker immer noch großen Eindruck macht, ist ohne Zweifel richtig, und hierüber ist nicht zu streiten. Für die Entwicklung der Dinge ist aber entscheidend, daß Graf Bray versichern kann, Bismarck habe ihm am 4. September nicht nur die volle souveräne Gleichstellung Bayerns und Preußens als erwünschtes Resultat des Friedens bezeichnet, sondern auch die Hoffnung ausgesprochen, daß „der bayrische Einfluß ohne Beeinträchtigung Preußens sich in Süddeutschland mit aller Berechtigung geltend machen könne". Wie stimmt das nun mit von Sybels Behauptung, Bismarck habe damals schon gewußt, daß der Süddeutsche Bund keinesfalls zu stande kommen werde und habe darnach auch gehandelt.

Zu Seite 81. Württembergische Verhandlungen. Die Vermutung Sybels, daß Bayern und Württemberg einen Antrag auf Aufnahme in den Norddeutschen Bund gestellt haben, ist nach den von Freydorf im badischen Ministerium bekannten Berichten durchaus hinfällig, s. dessen Bericht aus den badischen Akten, in der folgenden Anmerkung.

Daß Bismarck sich zu Varnbüler in so freundschaftlicher Weise über den Südbund ausgesprochen habe, ist daher nicht glaubwürdig und es muß abgewartet werden, ob ein Zeugnis dafür vorhanden ist: „Niemand," soll Bismarck gesagt haben, „hindert Euere Union und niemand (!) will Euch dazu zwingen." Dies ist nicht richtig, weil Österreich vier Jahre hindurch auf Grund seines Artikels den Abschluß des Süddeutschen Bundes forderte. Was Baden betrifft, so hat sich Herr von Freydorf gar nicht über die Südbundfrage ausgesprochen; es ist daher auch die Behauptung Sybels von dem „papierenen Dasein" des Südbundes rein aus der Luft gegriffen und die Motive, die Bismarck bei Abschluß des Prager Friedens zugeschrieben werden, wären auch eines großen Staatsmanns ganz unwürdig. Man staunt, wie gerade Herr von Sybel Bismarck ein solches verlogenes Spiel zuzutrauen im stande ist. Die Wahrheit ist, daß sich Bismarck in Nikolsburg in die

Süddbundfrage von den Österreichern hereinziehen ließ und daß er als herrlicher Mann in Prag davon nicht wieder zurücktreten konnte.

Zu Seite 84. Friedensverhandlung mit Baden. Die badischen Akten sind von Georg Meyer: Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden, Heidelberg 1896 benutzt worden, doch ist nur auf die Instruktion Rücksicht genommen. Einen weitern Auszug aus den Ministerialakten hat man mir zur Verfügung gestellt, und derselbe ist besonders deshalb wertvoll, weil er auf die Darstellung von Sybels Rücksicht nimmt, die durch die badischen Akten in keiner Weise bestätigt wird. Vgl. Baumgarten-Jolly, Staatsminister Jolly S. 81 über das Programm des neuen Ministeriums: Eintritt in den Norddeutschen Bund durch die Annahme norddeutscher Einrichtungen, namentlich der preußischen Wehrgesetzgebung und durch die weitere Ausbildung des Zollvereins vorzubereiten! Teilnahme am Südbund unbedingt verworfen! — Entscheidend für die Verhandlungen war die Erklärung Bismarcks, daß kein Zwang zur Bildung des Süddeutschen Bundes bestehe, — nun sind aber die Bestimmungen des Präliminarfriedens im Prager Frieden entscheidend ergänzt und verändert worden — s. die nächste Anmerkung — und es bleibt also richtig, was Aegidi in seiner Schrift: „Die Mainlinie, Ein Beitrag zur Interpretation des Prager Friedens", Bonn 1869, sagt: „Zweifel sind erst dann denkbar, wenn es sich um den Entschluß nicht der Gesamtheit, sondern einzelner süddeutscher Staaten handelt, in den Norddeutschen Bund einzutreten oder mit demselben eine nähere Verbindung einzugehen." Diese Zweifel zu beseitigen bestrebt sich zwar Aegidi, aber das entscheidende für die Politik der nächsten Jahre war der folgende Satz: „Treten sie in geschlossener Gesamtheit oder gar, politisch vorsorglich, in organisierter Gemeinschaft als Süddeutscher Bund vermöge der internationalen Unabhängigkeit desselben für die Wiedergeburt des Vaterlandes ein, so ist dieselbe über jeden Zweifel erhaben und hat die Sanktion des Prager Friedens." — Die von den einzelnen Staaten angestrebte Angliederung an den Norddeutschen Bund wurde aber von seite Preußens jederzeit abgelehnt, und somit war die Herstellung des Süddeutschen Bundes für Bismarck die notwendige Voraussetzung jeder Verbindung des Nordens mit dem Süden. Im folgenden gebe ich den Aktenauszug aus den badischen Verhandlungen:

Die Verhandlungen den Berliner Frieden
vom 17. August 1866 betreffend.

Der Badische Bevollmächtigte, Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, von Freydorf wurde bei dem Abgang zu den Verhandlungen mit einer schriftlichen Instruktion versehen. Dieselbe ist von Staatsminister Mathy unterzeichnet und lautet in ihrem wesentlichen Theile wörtlich:

1. Die Großherzoglichen Bevollmächtigten werden in erster Linie dahin zu streben haben, daß das Großherzogthum in den von Preußen zu stiftenden Bundesstaat aufgenommen werde. Am wünschenswerthesten dürfte der Beitritt unter denjenigen Bedingungen erscheinen, welche die mit Preußen alliirt gewesenen Staaten erhalten; andernfalls dürfte ein Verhältniß anzustreben sein, wie es etwa für das Königreich Sachsen hergestellt werden mag.

2. Falls eine bundesstaatliche Einigung mit dem Norden Deutschlands nicht zu erreichen sein sollte, ist ein völkerrechtliches Verhältniß zu demselben mit möglichst vielseitiger Gemeinsamkeit staatlicher und volkswirthschaftlicher Einrichtungen zu erstreben.

Hierbei würden die preußischen, am Bunde gemachten Vorschläge vom 11. Mai und 14. Juni als Grundlage dienen können. Vor Allem aber wird auf Erhaltung des Zollvereins, auf gemeinsame Einrichtungen im Post- und sonstigen Verkehrswesen, sowie durch eine Militär-Convention in militärischer Beziehung zu wirken sein.

3. Auf einen sogenannten süddeutschen (politischen) Bund ist nicht einzugehen, vielmehr der Etablirung eines solchen grundsätzlich die Separatstellung des Großherzogthums vorzuziehen.

Baden hatte hiernach von Anbeginn der Verhandlungen an den Eintritt in den Norddeutschen Bund gewünscht und nur eventuell sollte ein lediglich völkerrechtliches Verhältniß, aber mit möglichst vielseitiger Gemeinsamkeit in staatlichen und volkswirthschaftlichen Einrichtungen erstrebt werden.

Die Aufnahme in den Norddeutschen Bund ist von den Badischen Bevollmächtigten demgemäß angeregt, aber von dem Grafen Bismarck sofort bei der ersten Unterredung „für den Moment" abgelehnt worden. Dagegen wurde in der Folge der Abschluß eines geheimen Schutz- und Trutzbündnisses angeboten.

Ueber die Stellungnahme der anderen Staaten enthalten die Ministerialakten kein urkundliches Material. Es kann hier nur angeführt werden, daß Herr v. Freydorf in einem Berichte gelegentlich bemerkt, der Großherzoglich Hessische Staatsminister von Dalwigk habe ihm noch vor Beginn der Badischen Verhandlungen mitgetheilt, auch er habe den Eintritt von Südhessen in den Norddeutschen Bund vergebens verlangt, er werde die Abweisung schriftlich feststellen lassen. Für Hessen hatte übrigens die Frage insofern eine andere Bedeutung, als ihm damals die Abtretung von Oberhessen angesonnen war und diese Bedingung erst später nachgelassen und dafür der Eintritt Hessens in den Norddeutschen Bund für das nördlich des Maines belegene Gebiet vorgesehen wurde.

Unter dem 16. August 1866 berichtet Herr von Freydorf, der zweite preußische Bevollmächtigte, Herr von Savigny habe ihm mitgetheilt, daß Württemberg einen dem badischen gleichlautenden Vertrag (Schutz- und Trutzbündniß) abgeschlossen habe. Bayern strebe einen ähnlichen Vertrag an, aber Preußen zögere noch. Ob auch von diesen Staaten in erster Reihe der Eintritt in den Norddeutschen Bund begehrt worden sei, ist in den Akten nicht erwähnt.

In Beziehung auf diese Staaten stellt sich, soweit die diesseitigen Ministerialakten als Grundlage angenommen werden, die Sybel'sche Behauptung lediglich als Conjectur dar. Im Hinblick darauf, daß Bayern von Anfang an, aber ohne Erfolg, zu erreichen suchte, daß die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten gemeinsam geführt werden, auch damals noch auf die Gründung eines süddeutschen Bundes hoffte, erscheint diese Conjectur gewagt. Es ist vielmehr nach der ganzen damaligen politischen Lage sehr

unwahrscheinlich, daß Württemberg und Bayern eine Aufnahme in den Norddeutschen Bund erstrebt haben. Es würde ja auch ein dahin zielender Vertrag damals von den Ständekammern in München und Stuttgart unbedingt abgelehnt worden sein. Herr von Freydorf würde es in seiner Berichterstattung sicher erwähnt haben, wenn auch von Bayern oder Württemberg eine derartige Anregung erfolgt wäre. Möglich wäre allerdings, daß die bayerischen oder württembergischen Unterhändler, nachdem sie erfahren, daß Bismarck auf den badischen Antrag aus Rücksicht auf die allgemeine europäische Lage (Rußland und Frankreich) nicht eingehen wolle, nunmehr ihrerseits einen analogen Antrag gestellt hätten, um dadurch ihr bon vouloir zu zeigen.

Zu Seite 90. Prager Friede. Die wichtige Veränderung des Nikolsburger Präliminarfriedens wird von dem einzigen Schriftsteller, der die preußischen Akten in der Hand hatte, außerordentlich kurz abgetan. Herr von Sybel stellt die Unterschiede kurz zusammen und sagt dann: „Jetzt aber beschwerte sich Frankreich über diese Verstümmelung seines Antrags, der von beiden Mächten angenommen, und folglich für beide Frankreich gegenüber verbindlich sei.“ Hierauf wird die völkerrechtliche Unhaltbarkeit der französischen Behauptung besprochen. Sybel sagt mit keinem Wort, wer es gewesen, der in Berlin die ganze Sache zur Sprache gebracht hat. Benedetti, Ma mission, erzählt S. 182 von seiner Rückkehr nach Berlin. In diese Zeit müßte die Mahnung fallen; — offenbar hat Sybel aber seine Kenntnis von dieser Mahnung aus einer anderen Quelle, denn Benedetti selbst erzählt nichts davon. Da aber kaum daran zu zweifeln ist, daß das betreffende Gespräch, bei welchem sich Bismarck — da er das Zustandekommen des Südbundes schon nicht mehr für wahrscheinlich hält, — sofort für Annahme der internationalen Stellung des Südbundes ausspricht — doch wohl stattgefunden haben muß, so ist nur die Frage, welchen Ursprung die Mahnung hatte. Napoleon kann es nicht sein, denn er war zur Zeit krank, — die Sache hängt also in der Luft und muß als ein Phantasiestück Sybels betrachtet werden, der sich denn auch möglichst unbestimmt ausgedrückt hat: „brachte Frankreich den Artikel der Nikolsburger Präliminarien über den deutschen Südbund zur Sprache“. Aber weder Rothan noch Benedetti noch Gramont selbst wissen etwas von diesen Unterredungen und so bleibt die ganze Sache ein österreichisches Manöver. Daß Friedjung in seinem trefflichen Buche nicht auf die Friedensunterhandlungen, sofern sie für die zukünftige Entwicklung des Reichs und Kaisertums entscheidend waren, eingeht, möchte vielleicht ein Beweis sein, daß ihm gerade über diese Punkte von seinen Gewährsmännern absichtlich in Wien keine Informationen gegeben wurden. Für mich, der die betreffende im Dienste Österreichs arbeitende Publizistik und namentlich auch Max Gagern ganz genau kannte, ist gar kein Zweifel, daß der ganze Prager Artikel IV auf dem Ballplatz zu dem Zwecke erfunden wurde, um Österreich die Hand in Deutschland zu lassen. Die Unmöglichkeit, daß Napoleon 1866 auch nur entfernt in der Lage gewesen wäre Krieg zu führen, steht vermöge der Autorität Le Bruns, Souvenirs militairs, und Moltkes Gesammelte Schriften, Band V, S. 162 felsenfest und somit ist das viele Gerede des Sybelschen Werkes über die furchtbare Gefährlichkeit der politischen

Situation in das Reich gutmütiger Professorenpolitik heutzutage zu setzen. Es muß aber auch auf jemand, der sonst keine anderen Bücher kennt, doch einen eigentümlichen Eindruck machen, wenn er die Schwierigkeiten der Lage, die Drohungen der Mächte Seiten lang mit den schwärzesten Farben gemalt findet und zum Schluß liest: „Indessen war auch dieses Mal eine solche Vorsicht unnötig. Denn weder Napoleon noch Franz Joseph hatten den Gedanken, ihre Wünsche mit dem Schwerte geltend zu machen, ja noch mehr, das Ungeschick der französischen Regierung gab Bismarck die Möglichkeit ... einen neuen Schritt zur Erreichung seines alten Zieles der Herstellung der Freundschaft zwischen Berlin und Wien zu tun." Und solches behauptet Sybel für einen Zeitpunkt, wo zwischen Berlin und Wien soeben eine neue Erbitterung entstanden war, da man österreichischerseits den Regimentern den Namen preußischer Prinzen nahm und österreichische Erzherzoge auf ihre Stellungen in der preußischen Armee verzichteten. Vergl. Friesen, Erinnerungen II, S. 294, 295.

Noch bedenklicher ist alles, was man über die Beziehungen Preußens zu Bayern seit 1866 heute zu lesen pflegt. Die wirkliche Lage ist so total vergessen, daß ich neulich, als ich in dem Büchlein über Großherzog Friedrich von Baden einiges von diesem furchtbaren Gegensatz sprach, durch jugendliche Gelehrte die Belehrung empfing, daß ja das alles gar nicht schlimm und die Vereinigung von Süd und Nord etwas Selbstverständliches gewesen wäre. Da ist nun die neuliche Veröffentlichung in der Beilage zur M. Allg. Ztg. aus dem Nachlaß des Ministerialrats von Völkerndorff mir ungemein willkommen:

„Von dem damals in vielen Kreisen wütenden Haß gegen Preußen kann man sich jetzt kaum mehr einen Begriff machen."

Und 1866:

„Da wir die geradezu unbegreifliche Verblendung der leitenden Staatsmänner, im österreichischen Fahrwasser zu bleiben, gar nicht fassen konnten."

„Und so sollte es nach der Ansicht des echten Bayern bleiben. Minister von der Pfordten sagte bei Vorlage des Friedensinstruments in der zweiten Kammer: „Vollkommen selbständig und unabhängig nach außen wird Bayern vorerst sich selbst genügen", und in der ersten Kammer sagte er: „Wenn die Rose selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten", daher wurde diese Politik die Rosenpolitik genannt."

Zu Seite 100. Die entscheidenden Mitteilungen Herrn von Keudells, Fürst und Fürstin Bismarck S. 319 ff. — das einzige, was bisher über die Entstehung des Entwurfs der norddeutschen Bundesverfassung als wertvoll und wichtig zu bezeichnen ist, haben mir bei Ausarbeitung dieses Kapitels leider noch nicht vorgelegen. Ich konnte daher nur einige allgemeine Bemerkungen richtig stellen.

Zu Seite 102. Die Briefe von Seebachs an den Herzog über seinen Aufenthalt in Berlin bei den Ministerialkonferenzen, woraus einiges in Aus meiner Zeit und aus meinem Leben III, 633 ff. und die mir vollständig vorliegen, stimmen genau mit dem überein, was Seebach an seine

Tochter schreibt und von Poschinger veröffentlicht hat. Fürst Bismarck und der Bundesrat I, 84—99.

Die Sorge, daß Koburg-Gotha die neuen Militärlasten nicht tragen könne, tritt natürlich in den Berichten an den Herzog stärker hervor. Die Anekdote von dem Fleisch und den Knochen nach dem Gespräche zwischen Bismarck und Herzog Ernst ist ziemlich verbreitet, aber ich habe sie nie gedruckt gelesen und glaubte sie ein für allemal der Vergessenheit entreißen zu sollen, weil die jüngere Generation eine ganz andere Vorstellung von dem Souveränitätsbegriff der Bundesstaaten neuerdings annimmt, als die klügeren Fürsten 1866 ihn verstanden.

Zu Seite 109. Kaiserfrage im Jahre 1866. Der Herzog von Koburg diktierte mir seine Gespräche mit dem Kronprinzen über die Kaiserfrage, welche teils schon in Eisgrub, später in Berlin stattfanden; er wünschte aber mit Rücksicht auf die entstandene Tagebuchfrage des Kronprinzen und infolge des Immediatberichts des Reichskanzlers nicht, daß davon fürs erste Gebrauch gemacht werde. Selbstverständlich fallen heute diese Rücksichten fort. Noch am 26. März 1866 war der Zwist zwischen Bismarck und dem Kronprinzen so heftig, daß ein Brief von diesem Datum an den Herzog besser ungedruckt bleibt. Nachher insbesondere seit Nikolsburg hatte sich ja das Verhältnis Bismarcks zum Kronprinzen, wie auch zum Herzog von Koburg gebessert, aber die heftige Sprache, welche der jetzt im „Anhang der Gedanken und Erinnerungen" gedruckte Brief Bismarcks vom 7. April 1866 I S. 133 enthält, charakterisiert auch noch später die Stellung. So war Bismarck über alle Versuche der fürstlichen Freunde des Kronprinzen, auf die Gestalt der Verfassung Einfluß zu nehmen, höchlichst erzürnt, und es darf angenommen werden, daß er alle diese Vorschläge: Oberhaus, Ministerium, Kaiser und Reich gar keiner Erwägung unterzogen, die betreffenden Berichte wahrscheinlich — nach der Meinung des Ministers Seebach — gar nicht gelesen hat. Auf diese Weise waren insbesondere die Anträge der Fürsten in Betreff des Kaisertums vollständig unbeachtet geblieben, aber für die Geschichtschreibung bestehen sie und haben folgende Chronologie: Sehr beachtet wurde der Brief des Herzogs von Koburg an den König Friedrich Wilhelm IV. vom 14. Januar 1849 deshalb, weil schon damals die Erkenntnis darin zum Ausdruck kam, daß eine Kaiserwahl nur durch die Fürsten und nicht durch ein Volkshaus oder durch eine konstituierende Versammlung geschehen kann, eine Ansicht, welche König Wilhelm dem Herzog von Koburg besonders gut anzurechnen pflegte. Schon 1849 schrieb er, daß er auf den Wunsch rechne, die Mehrheit der Fürsten Deutschlands werde ihn teilen, daß an die Spitze des Deutschen Reichs ein Kaiser gestellt werde. Was nun den Kronprinzen zunächst im Jahr 1866/67 veranlaßte, den Gedanken an das Kaisertum zurückzustellen, ist nicht sicher, aber nach den wiederholten Versicherungen Bismarcks hat es eine Zeit gegeben, in welcher der Kronprinz die Idee des Königtums mit den Herzogtümern als undeutsch und unpraktisch erachtete. Diese Idee war aber durch die Sybelschen Schriften und den Gelehrtenstreit der letzten Jahre etwas so verbreitetes, daß man sich gar nicht wundern kann, daß der Kronprinz daraus seine Kenntnis und Anschauung gewonnen hat. Aber diese Stellung kann nicht auf das Jahr

1870 bezogen werden, weil hier die urkundlichen Zeugnisse vorliegen, daß der Kronprinz den Kaisergedanken der Fürsten vollinhaltlich übernommen hatte, wie im 7. Kapitel dargetan werden wird. Zunächst hatte dann im Jahre 1866 der Herzog Georg von Meiningen und dann der Großherzog von Oldenburg den Gedanken recht und redlich ins Leben zu führen gesucht. Im folgenden teile ich die Briefe des Herzogs Nr. I und II und die interessante Denkschrift des Großherzogs Peter von Oldenburg Nr. III ihrem ganzen merkwürdigen Inhalte nach, mit:

I.

Herzog Georg an Herzog Ernst.

Meiningen, 21. Dezember 1866.

Der Verfassungsentwurf zum nordd. Bunde scheint mir in allen Stücken acceptabel zu sein — nur nicht darin, was die Abgabe von 225 Thlr. auf 1 % der Einwohnerzahl zu Unterhaltung des Heeres betrifft, eine Abgabe, die z. B. Meiningen mit fast 700000 fl. treffen würde und die auch Deine Herzogthümer schwerstens treffen muß. Wenn man verlangen könnte, daß das Heer und die Marine mit der Zolleinnahme, Malz- und Biersteuer bezahlt werden müßte, wäre schon viel gewonnen. Die sämmtlichen Länder ganz gleiche Lasten per Kopf bezahlen lassen zu wollen, ist wohl unbillig. Der Kopf eines Hamburger Kaufmanns z. B. kann mehr leisten, als der eines Thüringer Industrie-Arbeiters; die Hansestädte z. B. sollten höher besteuert sein, als unsre armen Länder Coburg und Meiningen.

Welche Ansicht hast Du, wenn ich fragen darf, über die Frage, ob wir Fürsten uns vereinigen sollten, dem König von Preußen die Kaiserwürde anzutragen? Aus der Hand der Fürsten würde sie angenommen werden — aus der Hand des Parlaments nicht. Mit dem deutschen Kaiser würde Süddeutschland angezogen werden, würden wir aufhören, unter Preußen gewissermaßen als Vasallen zu stehen, denn der deutsche Kaiser ist etwas anderes als der König von Preußen.

Das spezifische Preußenthum würde nach und nach in den Hintergrund treten &c. &c. &c.

Die Verfassung könnte bleiben wie sie ist, nur der allgemein nebelhafte Ausdruck Präsidium würde in den körperhaften „Kaiser“ verwandelt! Ich erlaube mir nur diese paar Andeutungen, da Du wol selbst diese Frage bereits in reifliche Erwägung gezogen haben dürftest . . . .

Georg.

II.

Herzog Georg an Großherzog Carl Alexander von Weimar.

Meiningen, 22. Dezember 1866.

Mittlerweile sind wir im Besitz des Verfassungsentwurfs für den norddeutschen Bund gekommen und scheint mir jetzt der Zeitpunkt gekommen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht wir Fürsten uns verabreden sollten, gemeinschaftlich dem Könige von Preußen die erbliche Kaiserkrone anzutragen. Die Landeshoheit würden wir behalten wie zu Zeiten des

Deutschen Reichs; unsere fürstliche Stellung würde eine Änderung gegen den Verfassungsentwurf dadurch nicht erfahren; wohl ständen wir aber einem Kaiser von Deutschland würdiger gegenüber, als dem König von Preußen, als dem Präsidium des Bundes. Mit dem Kaiser würde nach und nach auf sehr natürlichem Wege das spezifische Preußenthum gebrochen, d. h. in seinem überwiegenden, ausbeutenden Einfluß auf den Gang der Dinge gebrochen. Die Hausmacht des Kaisers ist so bedeutend, daß das Reich ein Anwachsen bis an die Grenze deutscher Zunge verträgt, ohne daß der Kaiser Bedacht darauf nehmen muß, seine Hausmacht zu vergrößern. Mit dem Kaiser würden wir die Süddeutschen gewinnen und rascher an uns heranziehen als jetzt, wo besonders in Baiern die Aversion gegen das Preußenthum groß ist. Der Kaiser wird Interesse haben für die Wohlfahrt auch derjenigen seines Reiches, die nicht innerhalb seiner Erbstaaten wohnen, während der König von Preußen unmöglich dieses Interesse haben kann und daher die Tendenz ihm und seiner Regierung nahe liegen muß, unsere Vasallenstaaten zum Vortheil von Preußen auszubeuten. Diese Erwägungen erlaube ich mir Dir ans Herz zu legen. In dem Verfassungsentwurf würde man nur Kaiser statt Präsidium zu setzen brauchen! . . . .

Georg.

III.

Denkschrift des Großherzogs von Oldenburg.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes bietet ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten, denn sie kann nur ein Provisorium schaffen, und doch muß dies so gestaltet werden, daß es sich organisch zu einem Definitivum entwickelt. Die neue Organisation soll sich vorläufig auf Nord- und Mitteldeutschland beschränken und doch muß sie auch Süddeutschland aufnehmen können; ja noch mehr, sie soll so beschaffen sein, daß dadurch der Wunsch des Südens, sich uns anzuschließen, belebt und gereift werde. — Ein solches Werk zu schaffen ist vielleicht die schwierigste Aufgabe, welche je an die schöpfende Staatskunst herangetreten ist. Sie wird nur gelöst werden können, wenn man sich entschieden von allen doktrinären Theorien lossagt und an die lebensfrischen Elemente sich wendet, unter gleichzeitiger weiser Beachtung der Traditionen der Vergangenheit und der conservativen Principien, und beide miteinander verknüpft. Auch die Gemüths- und Gefühlspolitik, welche im deutschen Wesen so tief wurzelt, und namentlich im Süden so viel Einfluß hat, wird man nicht ganz unbeachtet lassen dürfen und gleichzeitig so weit irgend thunlich alle persönliche Interessen und Empfindlichkeiten schonen müssen. Nichts hat in den letzten Jahrzehnten mehr Unheil in Deutschland gestiftet, als der pedantische Doktrinarismus, der bei Erlassung der meisten Verfassungen einen so unheilvollen Einfluß übte und dadurch das Staatsleben vergiftete. Die Länder und Völker sind nicht dazu da, die Theoreme der Professoren zu erproben. Wir müssen Lebensfähiges schaffen ohne Rücksicht auf die academischen Schablonen, die Gelehrten mögen nachher aus den neuen Gestaltungen, falls sie lebensfähig sich beweisen, neue Schulbegriffe abstrahiren.

Die Frage über die Competenz der Centralgewalt ist nach den vorhergegangenen Verhandlungen dieses Jahres schon im Wesentlichen entschieden,

es werden ähnliche Verhältnisse eintreten sollen, wie die Unionsverfassung von 1849 anbahnen wollte. Das Wichtigste und Schwierigste ist die Organisation der Organe und darin liegt meiner Ansicht nach der Schwerpunkt.

Die erste Schwierigkeit tritt uns entgegen bei der Wahl des Namens für die neue Schöpfung. Ich wünsche dringend, daß die Bezeichnung Norddeutscher Bund beseitigt werde. Sie ist zunächst geographisch nicht correkt, der Bund erstreckt sich schon auf Nord- und Mittel-Deutschland, und hat in Hohenzollern ein Stück Süddeutschland. Der „Bund" hat einen gar zu unangenehmen Klang, denn der selige Bund hat sich so discreditirt, daß die Erinnerung an ihn die Neuschöpfung sehr schlecht empfehlen würde. Ich würde einfach die Firma Deutsches Reich wählen. Das Wort Reich hat einen gewissen romantischen Hauch, es knüpft an Traditionen an, welche nie erloschen sind, und wird daher populär werden. Angebahnt ist dies schon, indem glücklicherweise das „Parlament" in „Reichstag" umgetauft wurde. Durch die Bezeichnung „Deutsches Reich" proklamiren wir, daß wir moralische Eroberungen machen wollen — daß wir den Süden zu uns heranziehen wollen.

Ich brauche es wohl kaum hervorzuheben, daß ich auch die Bezeichnung „Bundesstaat" als durchaus doktrinär und pedantisch verwerfen würde, denn ein solcher Name kann sich nie einbürgern.

So wie wir das Reich wieder herstellen, so muß auch dessen Haupt einen passenden Titel haben. Da kann man nur an den Kaiser denken, in Anknüpfung an die alte 1000jährige Tradition. Ich glaube, daß in ganz Deutschland keine Idee populärer ist, als die der Wiederherstellung von Kaiser und Reich, und mit Recht. Dies ist nicht bloß Romantik und Gefühlspolitik, es liegt darin ein tiefer Sinn. Dadurch wird der Idee Ausdruck gegeben, daß die Neugestaltung Deutschlands nicht bloß im Interesse der Machterweiterung Preußens geschieht, sondern daß ein wahrhaft nationales Werk geschaffen werden soll. Nur durch Proclamirung dieses Princips ist eine Annäherung an den Süden anzubahnen. Geschieht diese Anbahnung nicht, so wird die Kluft immer größer werden und ein neuer Bruderkrieg unter Einmischung des Auslandes bedroht uns. Einem deutschen Kaiser kann sich auch ein König von Bayern demnächst unterordnen, denn schon früher haben Könige den Kaiser als ihr Oberhaupt anerkannt; allerdings wird Bayern stets eine selbstständigere Stellung einzuräumen sein, als den norddeutschen Ländern, aber eine gewisse Unterordnung unter das „Reich" wird es sich gefallen lassen müssen, dazu aber bereiter sein, als zu einer Unterordnung unter Preußen.

Es ist im conservativen und monarchischen Interesse von großer Bedeutung, daß die Idee, die Kaiserwürde herzustellen, von den Fürsten angeregt werde, und dem Reichstage (wie jetzt das Parlament ja genannt ist) schon beim Zusammentritte entgegengetragen wird. Je weniger der Initiative der National-Vertretung überlassen bleibt, desto besser.

Von gleich großer Bedeutung wie die oben berührte Frage ist die wegen Organisirung des Reichstags. Für die Zukunft wird man jedenfalls von dem Einkammersystem absehen müssen, wenn nicht das conservative Interesse preisgegeben und der Democratie und später dem Cäsarismus der

Weg gebahnt werden soll. Daß das Zweikammersystem absolut unentbehrlich ist, scheint mir ganz unzweifelhaft, es kann sich nur fragen, wie dasselbe zu organisiren ist. Es sind zwei Systeme der Construktion denkbar; entweder ein Staatenhaus, oder ein Fürstenhaus. Die Unionsverfassung von 1849 hatte das Staatenhaus, welches theils von den Regierungen, theils von den Ständen ernannt wurde. Eine solche Körperschaft wird keine wirkliche Macht sein, weil die Erfahrung bewiesen hat, daß nur auf Zeit gewählte Versammlungen neben einem Volkshause gar nichts bedeuten, und außerdem wird auch schwerlich das conservative Princip darin vorherrschen, da die Wahl durch die Kammern viele demokratische Elemente hineinbringen wird.

Ganz anders wird die Bedeutung eines wirklichen Fürstenhauses sein, in dem die Landesherrn selbst zu erscheinen berechtigt wären, und in welchem auch die früher mediatisirten Häuser einen Platz zu finden haben würden. Hier knüpft man an die historische Tradition an, denn früher erschienen die Fürsten selbst auf dem Reichstage und erst mit dem Verfall des Reichs ward es Sitte, Gesandte zu schicken, was dann später in den letzten Zeiten, zum Princip wurde. Ich denke mir die Zusammensetzung des Fürstenhauses ungefähr folgendermaßen:

1. Alle Fürsten, die jetzt den Norddeutschen Bund bilden und die ihm demnächst beitreten werden, erscheinen in der Regel selbst, es ist ihnen aber gestattet, sich durch einen Agnaten vertreten zu lassen. Im Fall eine Stellvertretung stattfindet, so dauert dieselbe für die ganze Dauer des Reichstags. Der Stellvertreter hat das volle Stimmrecht seines Mandanten auszuüben, ohne an dessen Instruction gebunden zu sein.

   Das Stimmgewicht wäre verschieden zu normieren:
   Die Könige 10.
   (Dem König von Bayern könnten demnächst 20 eingeräumt werden.)
   Die Großherzoge 6.
   Die Herzoge 4.
   Die Fürsten 2.
2. Die beiden Fürsten von Hohenzollern.

   Auch könnte den Häuptern einzelner paragirter Linien regierender Häuser eine Stimme übertragen werden; z. B. Hessen-Philippsthal, Holstein-Glücksburg, Holstein-Augustenburg ꝛc.
3. Ein Delegirter eines jeden Senats der freien Städte. Jeder derselben führt 2 Stimmen.
4. Die Häupter der mediatisirten Häuser, welche Virilstimmen auf dem Reichstage hatten, oder deren Nachfolger (z. B. Anhalt-Bernburg, Schaumburg).
5. Die Häupter der ebenbürtigen, Reichsgräflichen Häuser. Es wäre zu erwägen, ob sie alle in Person erscheinen sollen oder nur eine Anzahl Delegirte aus ihrer Mitte wählen sollen. Würde letzteres entschieden, so würde jedenfalls den später in den Fürstenstand erhobenen eine Virilstimme einzuräumen sein.
6. Dem Kaiser würde das Recht zugestanden werden, neue Reichsfürsten zu creiren, aber mit der Einschränkung, daß ein bedeutendes Fidei-

commiß in Gütern die Bedingung wäre; z. B. von einer Revenue von 80, oder 100,000 Thl. Auch würde für solche Creirung die Zustimmung des Fürstenhauses erforderlich sein, damit nicht durch zu viele Verleihungen die Fürstenwürde entwerthet werde, wie dies früher in der Reichsverfassung bestimmt war. Neucreirte würden ebenbürtig. Die in den letzten Jahrzehnten in Preußen creirten Fürsten, z. B. Putbus, Pleß, Blücher ꝛc. würden ohne Weiteres mit aufgenommen. Falls der Kaiser einem Nachgeborenen aus den oben aufgeführten Kategorien einen erblichen Sitz verleihen will, ist nur das erforderliche Vermögen nöthig, nicht die Zustimmung des Fürstenhauses.

7. Dem Kaiser würde das Recht zustehen, eine bestimmte Zahl von Mitgliedern zur Belohnung ganz besonderer Verdienste auf Lebenslang zu ernennen; in Maximum etwa 20 oder 25. Dieselben müßten in hohen Funktionen gedient haben, z. B. als Minister, commandirende Generale, Gesandte oder Präsidenten hoher Gerichte. An diese Ernennung wäre eine lebenslängliche Dotation und der Rang vor allen andern Würdenträgern zu knüpfen.

8. Ob den einzelnen Staaten das Recht zur Ernennung einer gleichen Anzahl Mitglieder eingeräumt werden soll, wäre zu erwägen. Die kleineren Staaten könnten dann zu Gruppen zusammengelegt werden.

Die Legitimation der Mitglieder zu prüfen, stände ausschließlich dem Fürstenhause zu. Eine Matrikel-Commission wäre dauernd zu bilden, welche die Prüfung vorzunehmen hätte und dem Hause Vortrag zu halten. Diese Commission würde gleichzeitig darüber zu wachen haben, daß die Rechte des Hauses in jeder Weise gewahrt würden.

Was nun die Geschäftsbehandlung betrifft, so scheint es mir zweckmäßig, daß zur Leitung der Geschäfte eine Canzlei bestellt werde, bestehend aus einem Canzler, Vicecanzler und 3 Syndicis, welche vom Hause auf Lebenszeit zu wählen wären aus Mitgliedern höherer Gerichte. Der Canzler würde die Verhandlungen leiten ohne Stimmrecht und ohne Theilnahme an den Verhandlungen. Die Protocollführung geschähe durch die Syndici. Diese Beamten wären auch den verschiedenen Commissionen zuzutheilen. Die Canzlei würde die Correspondenz mit der Reichsregierung und dem Abgeordnetenhause zu besorgen haben ꝛc. Die Canzler und Syndici könnten auch zur Erstattung von Rechtsgutachten verpflichtet werden (Reichssyndicat).

Was nun die Äußerlichkeit betrifft, so denke ich mir, daß jedes Mitglied seinen bestimmten Platz hätte und die Plätze nach Kategorien abgesondert wären und innerhalb derselben der Rang entschiede. Das Bureau wäre ähnlich wie im Engl. Oberhause in der Mitte des Saales an einem Tische. Sollte der Kaiser den Reichstag selbst eröffnen, so wäre dazu ein Ceremoniell zu vereinbaren, das dem Gedanken entspräche, daß der Kaiser primus inter pares ist, um dem Rang der Könige nichts zu vergeben. Aus demselben Grunde wäre auch zu bestimmen, daß das Fürstenhaus stets nur schriftlich mit dem Kaiser zu verkehren habe, nicht durch Entsendung von Deputationen.

Diese Organisation würde meiner innigsten Ueberzeugung nach die größten Vorzüge bieten und wesentlich zur heilsamen Entwickelung beitragen. Sie schaffte eine bedeutende conservative Macht. Sie gäbe ferner den Fürsten,

die zum Besten der neuen Entwickelung einen großen Theil ihrer Rechte opfern müssen, einigen Ersatz, indem sie ihnen die Möglichkeit gäbe, persönlich in würdiger Weise den alten historischen Traditionen entsprechend, auf die allgemeinen nationalen Fragen einzuwirken, und zwar als lebendige Wesen, nicht blos als chemenhafte „Staatsoberhäupter" nach der constitutionellen Schablone. Auf diesem Wege würde die Vergangenheit in organischer Weise mit der Gegenwart und Zukunft verknüpft. Durch die Berücksichtigung der früher Medialisirten begeht man zunächst einen Act der historischen Gerechtigkeit. Zu den Sünden des früheren Bundes gehörte auch die, daß die Verheißung unerfüllt geblieben war, daß den Mediatisirten eine Theilnahme am Bunde gewährt werden sollte. Außerdem gewinnt man an diesen zahlreichen und einflußreichen Geschlechtern der neuen Ordnung der Dinge treue Anhänger. Im Süden, wo ein großer Theil derselben angesessen ist, schafft man sich dadurch einen bedeutenden Kern für die Bestrebungen, welche uns den Süden zuführen sollen, denn diese alten Geschlechter haben sich stets nur als Deutsche gefühlt, die Tradition aus der Reichszeit und die freiere Stellung, welche ihnen der Bund garantirte, haben es verhindert, daß sie Bayern, Würtemberger, Badenser 2c. geworden sind, und sie würden mit großem Danke diese Verbesserung ihrer rechtlichen Stellung begrüßen und dafür thätig eingreifen, daß die neue Verfassung Leben gewinne.

Ich bin vollkommen von der Überzeugung erfüllt, daß in der Berücksichtigung dieser oben angeführten Ideen das richtige Mittel zur heilsamen, ruhigen, organischen Entwickelung gefunden werden kann und daß sonst in nicht ferner Zeit die bedrohlichsten democratischen und revolutionären Strömungen das Übergewicht erlangen werden. — Ehe ich diese Betrachtungen schließe, möchte ich mir nur noch einige flüchtige Andeutungen erlauben über die Competenz des Reichstags, respective seiner beiden Häuser, die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und die Vertretung der Einzelregierungen beim Reichsregiment.

Was die Competenzfrage betrifft, so ist es meiner Ansicht nach wesentlich, daß beide Häuser des Reichstags, auch in Bezug auf die Budgetberathung, ganz gleiche Rechte haben, damit das Abgeordneten- oder Volkshaus nicht zu mächtig werde. Durch Feststellung des normalen und gewöhnlichen Geldbedarfs für das Reichsbudget, durch ein Gesetz, wäre der unbegrenzten parlamentarischen Allgewalt entgegen zu treten. Innerhalb dieses Normaletats könnte keine Ausgabe dem Reichsregiment verweigert werden. Bei Erhöhung dieses gewöhnlichen Budgets und bei Bewilligung extraordinärer Ausgaben hat der Reichstag noch einen großen Einfluß, ohne daß dem Parthei-Getriebe Thür und Thor geöffnet wird.

Was nun die Wahlart des Volks- oder Abgeordnetenhauses betrifft, so möchte ich noch die Erwägung der Frage anregen, ob statt des jetzt beliebten modus der direkten Wahl nicht besser ein gemischtes System den Vorzug verdiente, wonach ein Theil der Mitglieder durch Delegation aus den Ständeversammlungen gewählt würde. Ein entschiedenes Gewicht wird darauf zu legen sein, daß die Mitglieder keine Diäten zu beziehen haben und ferner daß Staatsdiener entweder ganz ausgeschlossen werden oder wenigstens nur mit Genehmigung ihrer Regierung eintreten dürfen.

In Bezug auf die Vertretung der einzelnen Regierungen beim Reichsregiment möchte ich die Idee anregen, ob nicht, statt des Fürstencollegiums der Unionsverfassung ein Reichsrath einzurichten wäre, wo die wichtigeren Reichsangelegenheiten einer gemeinschaftlichen Berathung von höheren Reichsbeamten und Vertretern der einzelnen Regierungen zu unterziehen wären. Gleichzeitig könnte der Reichsrath die Verbindung zwischen dem Reichsregiment und den einzelnen Regierungen vermitteln.

Die Errichtung eines Reichsgerichts wird jedenfalls den Schlußstein des neuen Baues bilden müssen, Successionsstreitigkeiten in den regierenden und mediatisirten Häusern, sowie Conflicte zwischen Regierungen und Ständen würden da ihr Forum finden; dadurch würde einem lange empfundenen Bedürfnis abgeholfen und dies doppelt freudig begrüßt werden als Rechtsgarantie nach den Kämpfen und Stürmen der letzten Zeiten.

Zu Seite 126 ff. Zur Ministerkrisis in Bayern schreibt Mohl am 13. Oktober 1866: „Der Oberststallmeister von Holnstein steht hinter allen persönlichen und politischen Umtrieben. Derselbe sei in des Königs Art sehr schnell sein Günstling geworden und habe nun den Ehrgeiz die bayrische Politik in liberalen und mehr zu Preußen geneigten Sinn zu leiten. Er sei es denn, welcher namentlich auch den Fürsten von Hohenlohe empfehle. Ob nun aber die Gunst lange dauern werde, sei eine Frage. Abgesehen von ..."

Der König war übrigens nach dem Kriege gegen Österreich sehr aufgebracht: „Ja, wenn wir gewußt hätten" — sagte er zu Mohl bei dessen Antrittsaudienz — „daß sich Österreich so schlecht benehmen würde, namentlich auch gegen Bayern, so würden wir anders gehandelt haben".

Die Vorschläge Hohenlohes zur Herstellung des Süddeutschen Bundes unter gleichzeitigem weiteren Anschluß an Norddeutschland bei Georg Meyer, Die Reichsgründung und das Großherzogthum Baden S. 15. Ungenau ist daselbst S. 16 der gutachtliche Bericht von Freydorfs an den Großherzog referiert. Der Schlußantrag von Freydorfs geht nur dahin: „zum Zwecke der politischen Einigung mit Norddeutschland und nur zu diesem Zwecke vorübergehend einen Bund, sonst gleichgiltigen Inhalts unter sich zu schließen", — um die Bestimmungen des Nikolsburger und Prager Friedens formell zu erfüllen und den Anschluß an Norddeutschland gegen Einsprachen und Einmischungen zu sichern. Im übrigen lehnte der Großherzog die Anträge Hohenlohes ab. Er schreibt 11. März, Karlsruhe, an Gelzer: „Meine Antwort an Fürst Hohenlohe ist nach reiflicher Erwägung und vorheriger Einholung des Gutachtens des Staatsministeriums und Mathys insbesondere, abgegangen. Ich mußte mich endlich auf eigene Arbeit beschränken und so trägt mein Brief erst das Datum vom 4. März. Am 6. traf der bayrische Ministerialrat Graf Taufkirchen hier ein in geheimer Mission des Fürsten Hohenlohe an mich. Ich erläuterte die Vorschläge des Fürsten und er erklärte infolge meiner schriftlichen Antwort, daß die wichtigsten Punkte, die Gesetzgebungsfrage und die Beziehungen zu Österreich wesentliche Modifikationen erfahren werden, wenn er sie mir mündlich erläutern dürfe. Das geschah denn auch und in einer dreistündigen Unterredung, Mittwoch Abend kam es zu folgendem Resultat. Bevor die Südstaaten sich zu verständigen suchen, soll in Berlin sondiert werden, wie dort die bayrischen Vorschläge

aufgefaßt werden. Diese Vorfrage will aber Fürst Hohenlohe nicht selbst übernehmen, weil die genannten Vorschläge nur seine persönliche Ansicht enthalten und er weder mit seinen Kollegen noch mit dem König darüber gesprochen hat. Er könne daher keinen Schritt, auch vertraulich nicht in Berlin tun, bei dem er wage, daß die ganze Sache in München dadurch hintertrieben werde, daß der König und die Kollegen indirekt davon unterrichtet werden." Der Großherzog übernahm es daher ohne obligo für sich und ohne für die Einzelnheiten einzutreten in Berlin zu sondieren.

Unbegreiflich ist die Bemerkung Georg Meyers S. 18, daß der Gedanke einer Einigung des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten auf Grund der alten Bundesverfassung in Baden eifrig erwogen wurde. In den Akten ist nur die absolute Abneigung gegen ein solches Verhältnis ersichtlich. Von Berlin wurde der erweiterte Bundesrat besonders für unmöglich erklärt.

1867, 18. April. München. Mohl berichtet, daß Graf Taufkirchen, der alle von Mohl gemachten Vorschläge ablehnt, auch seinerseits bestimmt erklärt, daß die bayrische Regierung gegen die absolut abweichende Stimmung in der Bevölkerung nichts machen könne und man hoffe in Verein mit dem wiedererstarkten Österreich die norddeutsche Verfassung wieder umstürzen zu können. Taufkirchen hat ein Gegenprojekt ausgearbeitet, in welchem er eine gemeinsame Verwaltungsbehörde für Nord- und Süddeutschland will und kleine Kommission zur Ausarbeitung gemeinsamer Gesetze. Vgl. Meyer S. 26. Sehr erwünscht sind jetzt die in der Münchener Allg. Ztg. (Juni und Juli 1902) abgedruckten Erinnerungen von O. v. Völdernborf, die die Berichte Mohls bis ins einzelnste bestätigen; hierbei sind auch die militärischen Nachrichten interessant, woraus hervorgeht, daß General von Pranckh erst 1869 Besserungen schuf. Daher die Äußerungen Moltkes gegen Bernhardi, daß er auf die bayrische Armee immer noch nicht viel Vertrauen habe.

Zu Seite 128. Die Versuche des Großherzogs von Baden in ein Bundesverhältnis zum Norddeutschen Bunde zu gelangen, begannen schon mit den Friedensunterhandlungen, vgl. den Brief des Großherzogs an Gelzer bei Lorenz, Friedrich von Baden, S. 28. In dem Briefe wird des weiteren die Meinung ausgesprochen: „Wenn Bismarck die nationale Sache fest und aufrichtig ergreift, so wird Napoleon nicht ernstlich die Stirn finster zusammenziehen, aber für das anzuerkennende Prinzip eine Belohnung verlangen. Wollte man sich doch entschließen .... Der Waffenstillstand mit Italien ist nun Gottlob gesichert, und somit eine weitere Hoffnung auf friedliche Entwicklung eröffnet."

Der Großherzog an Gelzer, Mainau, 5. November: „Roggenbach will mit Süddeutschland nichts mehr zu tun haben und scherzt über Wiederaufnahme seiner Tätigkeit."

Derselbe an denselben, Karlsruhe, 23. Dezember, teilt mit, daß die Absichten Badens, eine Militärkonvention mit Preußen zu schließen und die Vertretung bei den auswärtigen Mächten Preußen zu übertragen, gescheitert sind. Auch ein Brief des Königs Wilhelm an den Großherzog ist in dieser Beziehung mit schmerzlichem Bedauern ablehnend.

Eintritt Mathys in das badische Ministerium: Über ihn schreibt Gustav Freytag an den Herzog Ernst am 20. Dezember 1869 mit Übersendung der Biographie: „Um den Deutschen etwas aus der nächsten Vergangenheit in das Gedächtnis zurückzurufen, was viele über den Ereignissen von 1866 vergessen zu haben scheinen, daß nämlich nicht ein Mann und ein Waffengang allein die Grundlagen eines neuen Staates geschaffen, sondern daß viele in aufreibendem geistigen Kampfe seit zwei Jahrzehnten darin gearbeitet haben, die Gedanken und die einzelnen Bestimmungen der Verfassung des neuen Bundes als volkstümliche Forderungen hinzustellen." Als einen Mißgriff Mathys und Jollys muß man es jedoch bezeichnen, daß sie schon gleich Ende 1866 Bluntschli zum Gesandten nach Berlin vorschlugen, worüber Bismarck wahrscheinlich entsetzt war und woraus sich mancherlei schlechte Behandlung erklärt, die das badische Ministerium in Berlin erfuhr. Der Großherzog war natürlich nicht dafür, — an Gelzer, 5. November 1867.

Entscheidend für die Ablehnung der badischen Absichten eines Separatanschlusses an Preußen war der Umstand, daß auch der Kronprinz sich durchaus zu den Anschauungen Bismarcks bekehrte, wie aus dem Schreiben Gustav Freytags an Herzog Ernst vom 2. Februar 1867 hervorgeht, Großherzog Friedrich Seite 112. — Beachtenswert sind die von den Biographen des Kronprinzen und Kaisers Friedrich möglichst verdunkelten Wandlungen zwischen ihm und Bismarck, die eine ungeheuere Wirkung auf die Einzelnheiten im Gange der Ereignisse hatten. Die Feindseligkeit des Kronprinzen gegen Bismarck hatte im März 1866 den Gipfelpunkt erreicht, — worauf eine Versöhnung folgte, die in der Zeit des Nikolsburger Friedens und der Gründung des Norddeutschen Bundes sehr nützlich war. Viele aber glaubten noch immer an eine gegensätzliche Stellung des Kronprinzen und irrten sich daher in den Jahren 1866—70.

Das Schreiben des Kronprinzen an Herzog Ernst vom 26. März 1866 darf man selbstverständlich nicht mitteilen, doch kann ich einige Stellen andeuten: „... noch stehen die Dinge wohl nicht zum äußersten.... Bei Bismarcks Talent aber die Dinge also zu färben wie er sie angesehen haben will, muß ich befürchten, daß er dem König so zusetzen wird, daß wir wirklich das unerhörte erleben werden. ... Des Pudels Kern ist, Bismarck hat des Königs ursprüngliche absolutistische Gesinnung mit der Gegenwart in eine Schein-Verträglichkeit zu bringen verstanden, wobei er nebst seinen Ministerkollegen von Konflikt zu Konflikt mit dem Lande sich tiefer in die Unhaltbarkeit seines Systems hineingeritten hat." . . . .
Im weiteren befürchtet der Kronprinz, es würde sich als Folge des Krieges ein Chaos ergeben, worin er sich freilich sehr getäuscht hat. Im Übrigen bemerke ich, daß es sehr zu wünschen wäre, es möchten die Publikationen aus dem Bismarckschen Nachlaß mit viel mehr Diskretion vorgenommen werden, denn die Einseitigkeit dieser Mitteilungen tritt immer mehr zu Tage und unsere Nachkommen werden eine ganz andere Auffassung dieser Dinge erleben.

Zu Seite 141 ff. Zollverein und Militärverträge. Mohls Berichte vom 14., 17., 22. Mai, vgl. Meyer S. 31 ff.:

1867, 2. Juni. Karlsruhe; der Großherzog an Gelzer: „Graf Bismarck hat nach vorhergehenden Korrespondenzen mit Flemming plötzlich den Entschluß gefaßt, Ministerkonferenzen nach Berlin zu berufen. Die Zollvereinsfrage gibt zwar den nächsten Anlaß dazu, aber die Bildung eines weiteren Bundes des Nordens mit den süddeutschen Staaten ist doch der nächste Zweck. Die Konferenz soll noch vor der Abreise des Königs nach Paris zusammentreten, um Frankreich die Einigkeit Deutschlands zu zeigen. Bismarck scheint in der That ein fait accompli schaffen zu wollen, d. h. ein nationales Band zwischen Nord- und Süddeutschland, nach dem Wortlaut des Prager Friedens."

1867, 7. Oktober. Karlsruhe. . . . Am Tage der Abreise des Königs erhielt ich den hier anliegenden Brief des Fürsten Hohenlohe, der Ihnen, wie mir zeigt, in welcher bedauerlichen Lage der ehrliche Mann sich befindet . . . NB. Der Brief Hohenlohes schildert die Zustände in München, und kann daher nicht mitgeteilt werden.

1867, 21. Dezember. . . . Wir stimmen darin überein, daß in Berlin noch der rechte Ernst nicht eingekehrt ist. Herrschen möchte man schon, aber die Arbeit will man nicht leisten, welche zur wohlwollenden Führung einer Nation erforderlich ist.

1867, 26. Dezember. . . . Bericht über die Verhandlungen, die Militärkonvention betreffend, vom General von Beyer . . . . Nur ungern, ja mit Widerstreben, sagt Beyer, hat sich der König entschlossen, diese Antwort zu erteilen, von der er dem General sagte, sie gebe ihm die Empfindung, uns im wichtigsten Moment im Stiche zu lassen. Diese Empfindung des Königs ist auch die ganz richtige. Man sagt uns, wir sollen den Faden nicht aus den Händen lassen und die Beziehungen mit Bayern und Württemberg pflegen, damit sich daraus nach und nach die gewünschte Entwicklung ergebe. Nun, dieser Rat ist keines großen Nachdenkens wert, sofern er über anderthalb Wochen zur Aussprache erforderte. General von Beyer mildert diese Antwort in seinem letzten Bericht durch seine persönliche so treffliche Gesinnung, aber die Sache bleibt damit unverändert . . . . Die wesentlichsten Grundzüge, welche zu vertreten General von Beyer übernommen hatte, wurden in Berlin verworfen. Man will zwar die Sache annehmen, wenn die drei Südstaaten gemeinsam diesen Standpunkt vertreten, aber man will sich nicht zu diesen Grundsätzen bekennen, so lange Bayern und Württemberg noch gegen eine innigere Verbindung widerstreben . . . Wenn ich den Rat Bismarcks befolgen wollte, den er durch General von Beyer mir sandte, so würde die Aufgabe sehr einfach sein. Bedingungslos ratifizieren, sich aber je nach Umständen nicht daran kehren! Es gebe ja immer Mittel, sich eine Hintertür zu verschaffen. Beyer richtete dies kopfschüttelnd, aber ehrlich aus und bat mich, ihn nicht mit dem Auftrag zu verwechseln.

1867, 29. Dezember. „Mohl berichtet aus München, Hohenlohe sei sehr besorgt wegen der Hetzereien der Ultramontanen, namentlich in Österreich, wo von seite des Grafen Blome, des Herrn von Hübner und auch des Herrn von Wydenbrugk eine große Tätigkeit entwickelt werde. Man wolle um jeden Preis eine Demütigung Preußens herbeiführen. Dies wisse man dort natürlich und sei gereizt darüber, so daß es am Ende doch zum Bruch kommen könne."

Zu Seite 157. In dem Depeschenwechsel vom November 1867 zwischen Bismarck, Türckheim, Flemming und Freydorf, betreffend die Äußerungen Hohenlohes über den „diplomatischen Klatsch“ in der Kammer, hat sich die Meinungsverschiedenheit wegen der Gründung eines Südbundes mit Bismarck zu erheblicher Heftigkeit ausgewachsen und so bestimmt sich Bismarck als ein Freund des Südbundes zu erkennen gegeben hatte, so stark sind die Äußerungen Freydorfs dagegen, indem er, wie oben bemerkt, sagt: „Als entschieden irrig kann nur die Auffassung bezeichnet werden, daß die Gründung eines Bundes der süddeutschen Staaten unter sich für die nationale Sache ungefährlich gewesen wäre.“ Diesen Satz sollte man in hundertfältiger Wiederholung unter jedes Bildnis des badischen Großherzogs und seiner Minister setzen. Von Bismarck behaupten zu wollen, daß er den süddeutschen Bund auch als Durchgangspunkt nicht begünstigt hätte, ist völlig aus der Luft gegriffen und steht im Widerspruch mit allen Akten der Jahre 1867—70. Für die Stellung Bayerns ist der Hauptbericht Mohls vom 29. Dezember 1867 leider zu ausführlich, um ihn hier abzudrucken. Er wiederholt darin, was er schon am 15. Oktober zum Teil versichern konnte, 1. daß Hohenlohe garnichts zu stande bringen könne, 2. daß er deshalb gegen Mohl ganz mißtrauisch und unmitteilsam sei, 3. daß die Prinzen des königl. Hauses ausgesprochene Gegner der Vereinigung und unbedingte Verteidiger der ausschließlichen wittelsbachischen Souveränität seien, 4. daß die Reorganisation der bayrischen Armee nicht befördert werde.

Zu Seite 161. Bericht des Geschäftsträgers Mollenbeck in Wien an v. Freydorf. „Graf Beust beantragt auch in Preußen, daß Graf Bismarck den Südbund und seine Gründung wieder befördern und veranlassen möge.“

Anhang zum II. Kapitel.

Nichts ist vielleicht geeigneter, die völlige Zerfahrenheit und Hoffnungslosigkeit der Zustände Deutschlands nach dem Prager Frieden zu zeigen, als ein von Hessen ausgegangener Vorschlag, den zu gründenden Südbund mit dem Nordbund zu vereinigen. Das Projekt ist von Heinrich von Gagern entworfen und wird in der folgenden Denkschrift von Mohls in einer köstlichen Weise zerpflückt. Man hat den Eindruck, als ob der deutsche Kleinstaatsdünkel alle Stadien durchzumachen gehabt hätte, bis es die Nation zu einem brauchbaren und lebensfähigen Staatengebilde — allerdings von immer noch sehr ungewöhnlicher Art — endlich bringen konnte. Ich gestatte mir daher, das glücklicherweise begrabene Programm auszugraben; bemerke aber zugleich, daß es nichts Ungewöhnliches in der Geschichtsforschung ist, auch die nicht lebendig gewordenen Staatsschriften dieser Art aufzubewahren, wie sich jedermann etwa aus den Akten und der Litteratur des Wiener Kongresses überzeugen kann.

An Min.-Präs. v. Freydorf.

Hochwohlgeborener
Hochzuverehrender Herr Präsident!

Ich bin durch das freundliche Vertrauen des Fürsten von Hohenlohe aus einer Verlegenheit gezogen worden, welche angefangen hatte mir

sehr peinlich zu sein. Freiherr Heinrich von Gagern, welcher hier als hessischer Gesandter akkreditirt ist, aber sich kaum je in München aufhält, war vor 8 oder 10 Tagen, von Darmstadt kommend, hier anwesend und verkehrte auffallend viel mit dem Fürsten von Hohenlohe. Vor dem Weggehen sagte er mir: er wolle mir, übrigens nicht als badischem Gesandten, sondern als altem Freunde, die Ursache seines Aufenthaltes hier sagen, wenn ich ihm mein Ehrenwort gebe, gar Niemandem etwas darüber mitzutheilen. So wenig mir nun eine solche Bedingung zuzusagen pflegt, so gab ich doch mein Wort, indem ich ja sonst gar nichts erfahren hätte. Herr von Gagern sagte mir nun, er habe in der Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der jetzigen süddeutschen Zustände, namentlich aber der ganz unmöglich gewordenen des Großherzogthums Hessen, eine ausführliche Denkschrift ausgearbeitet über eine bessere Einrichtung dieser Dinge. Diese Arbeit habe die volle Zustimmung des Ministers von Dalwigk erhalten, und er sei beauftragt worden, dieselbe in der Form einer amtlichen Note dem Fürsten von Hohenlohe zu übergeben, um diesen zum Beitritt zu den Vorschlägen, beziehungsweise zur Ergreifung der Initiative einzuladen. Dieses sei nun geschehen und der Fürst habe sich anerkennend ausgesprochen, ohne allerdings irgend ein definitives Urtheil auszusprechen oder gar eine Verpflichtung zu übernehmen. Er, Gagern, habe dem Fürsten anheimgestellt, ob er mir von der Sache Kenntniß geben und mir etwa eine Abschrift oder Note zustellen wolle. Wenn der Fürst dieses thue, so sei ich dann im Besitze des Geheimnisses und möge in discreter Weise darüber verfügen. Herr von Gagern gab mir dann noch einen näheren Begriff von seinem Plane und von der Art der Motivirung desselben, wobei er mir bemerkte, die von ihm übergebene Note unterscheide sich von der ursprünglichen Denkschrift darin, daß sie eine scharfe Charakterisirung des preußischen Vorgehens, welche er wohl seiner eigenen, aber nicht einer fremden Regierung habe vorlegen können, nicht enthalte, dagegen aber das bayrische Gefühl zu gewinnen suche. — Fürst von Hohenlohe reiste nach Berlin ab, ohne daß ich ihn über die Angelegenheit sprechen konnte, und ich war nun in der unangenehmen Spannung, ob er nicht mit Graf Bismarck in der Sache verhandeln oder sonst etwas vornehmen werde, ohne daß ich, durch mein Wort noch gebunden, Euer Hochwohlgeboren aufmerksam machen könnte. Ich suchte deshalb den Fürsten alsbald nach seiner Rückkehr von Berlin auf und legte ihm die Frage vor, ob er mit mir in die Sache eingehen und mir etwa eine Abschrift der Note geben wolle. Er erwiderte, es sei sogar sein Wunsch mit mir die Gagernschen Vorschläge eingehend zu besprechen und meine Meinung darüber zu hören; er habe auch an sich nicht den mindesten Anstand, mir eine Abschrift der Note zuzustellen, allein sie sei so ausführlich, daß Tagelang darüber hingehen würden, während er sie so lange nicht aus der Hand lassen könne, auch jedenfalls nach Berlin wieder mitnehmen müsse. Er wolle sie mir jedoch über Nacht nach Hause geben, wo ich dann die notwendigsten Auszüge werde machen und die Sache des andern Tages sachkundig besprechen könne.

Ich fand dann nun allerdings, daß die Note ein sehr umfangreiches

Aktenstück ist (über 20 Folio-Seiten sehr eng geschrieben), daß ich aber doch auch ohne eine wörtliche Abschrift im Stande sein würde, Euer Hochwohlgeboren einen richtigen Begriff von der Sache zu geben.

Herr von Gagern erklärt in seiner Note, daß er sie im Auftrage seiner Regierung, welche mit dem Inhalte wesentlich einverstanden sei, überreiche und der erleuchteten Erwägung des bayrischen Kabinetes unterstelle. Der Inhalt aber zerfällt, theils schon in der Form, hauptsächlich aber dem Inhalte nach, in vier Abtheilungen: in eine Motivirung der Nothwendigkeit Süddeutschland aus den unerträglich gewordenen provisorischen Zuständen zu bringen, welche voller Gefahr gegen Außen seien und schließlich doch, wenn nichts Besseres erzielt werde, zu einer Absorbtion durch den preußischen autokratisch-militärischen Cäsarismus führen müssen, in die Vorschläge zu einer Neuconstituirung Deutschlands in föderativem Sinne; in eine Begründung der einzelnen gemachten Vorschläge; endlich in eine Erörterung darüber, ob wohl Preußen und Oesterreich sich mit dem Vorgeschlagenen einverstanden erklären könnten, und wie sich Frankreich zu denselben stellen dürfte. Heinrich von Gagern ist bekanntlich kein gewandter Schriftsteller, und so läßt auch diese Arbeit in Beziehung auf Präzision im Einzelnen und auf Uebersichtlichkeit des Ganzen manches zu wünschen; übrigens sind sowohl in den Eingangsmotiven als in den Begründungen der Vorschläge manche beachtenswerthe Bemerkungen, welche der Zeitkürze wegen (mit Ausnahme eines einzigen unten anzuführenden Punktes) nicht einzeln vorlegen zu können ich bedaure. Doch bleiben immer die Vorschläge selbst und die Erörterungen über das wahrscheinliche Verhalten Preußens und Oesterreichs die Hauptsache; die ersteren lasse ich wörtlich folgen; die letzteren kann ich wenigstens in hinreichender Ausführlichkeit geben.

Die Vorschläge lauten denn nun, wie folgt:

Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Württemberg und Ihre Kön'gliche Hoheiten die Großherzoge von Baden und Hessen haben erwogen und erklären unter ständischer Zustimmung:

1. Die Ausführung des Art. IV des auch für sie verbindlichen zwischen J. J. M. M. von Oesterreich und Preußen am 23. August 1866 zu Prag geschlossenen Friedens, wonach die südlich von der Linie des Main gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten sollten, der eine internationale selbstständige Existenz haben würde, — scheiterte an entgegenstehenden Verhältnissen und Thatsachen, die, ohne daß der Wille dieser südlich des Main gelegenen Staaten daran etwas ändern konnte, schon beim Abschluß des Prager Friedens gegeben und bekannt waren.

2. Der Wiederzusammenschluß Gesammtdeutschlands unter einer gemeinsamen Bundesverfassung wird von dem Interesse Deutschlands und von der Sehnsucht der Nation gefordert, während das Bestreben unserer Regierungen auf die Erreichung dieses hohen Zieles stets gerichtet blieb. Nach denjenigen Ereignissen aber, welche zu der im Art. IV des Prager Friedens erklärten Zustimmung S. M. des Kaisers von Oesterreich zu einer neuen Gestaltung von Deutschland, ohne Betheiligung des öster-

reichischen Kaiserstaates, geführt haben, kann zu unserm Bedauern der Zusammenschluß zu einem neuen Bunde zur Zeit nur noch unter den außerösterreichischen deutschen Staaten stattfinden, und es muß den künftigen Ereignissen die Entscheidung anheim gestellt bleiben, ob und wie ein nationales Band zwischen Deutsch-Oesterreich und dem übrigen Deutschland zu ermöglichen sei. — Wenn durch solchen Zusammenschluß die Gestaltung eines Bundesverhältnisses bewirkt wird, in welchem ferner nicht das Bestreben nach Ausbildung eines Großpreußischen Einheitsstaates überwiegt, das nur bei Unterdrückung der nationalen Geistesrichtung siegen könnte — sondern in welchem der deutsche Nationalgeist zu größerer Geltung gebracht wird, — dann wird auch Oesterreich erkennen, daß bei einer solchen Gestaltung des deutschen Bundesverhältnisses sein Interesse besser gewahrt sei, als bei der durch den Art. IV des Prager Friedens vorläufig stipulirten Trennung der südwestdeutschen Staaten von den nördlichen. — Denn der nationale Geist, wenn ihm die Bahn nicht verschlossen wird und er zu berechtigter Geltung kommt, widerstrebt dem Bruch mit seiner Geschichte und trägt im Bewußtsein, daß Oesterreich, wenn es auch im Zweikampfe um den Vorrang im deutschen Bunde unterlegen, doch darum des deutschen Berufes selbst nicht verlustig gegangen ist, den die Zeichen der Zeit in der orientalischen Frage in den Vordergrund stellen.

3. Durch den Wiederzusammenschluß des außerösterreichischen Deutschlands unter einem neuen Bundesvertrage würden die deutschen Verhältnisse aus ihrem seitherigen Provisorium heraustreten. Der neu zu schließende deutsche Bund würde, wenn die Südstaaten beitreten, zwar um so viel mächtiger, aber auf seiner neuen Grundlage, indem das Föderative und autonome Prinzip besser gewahrt erscheinen würde, inoffensiv; während es die Natur des den Staat zum centralisirten Einheitsstaat zusammenschweißenden Imperialismus ist, — offensiv zu sein: und diese Natur war dem norddeutschen Bunde eingeimpft. Das unter einem neuen Bundesvertrag, wie der erstrebte ist, zu einigende außerösterreichische Deutschland kann, im Bewußtsein seiner Stärke, Europa eine Bürgschaft seiner friedlichen Gesinnung geben; und indem die Südstaaten im Uebrigen der preußischen Wehrverfassung als einer mustergiltigen für Deutschland, alle gebührende Anerkennung zollen und diese hier zum Ausdruck bringen, — machen sie jedoch die Herabsetzung der Friedenspräsenzstärke zu einer ersten Bedingung für den Abschluß des neuen Bundesvertrages unter ihrer Betheiligung. Wenn der norddeutsche Bund darauf, wie zu hoffen ist, eingeht, so würde Deutschland mit dem großartigen Beispiele einer Entwaffnung vorausgehen; den schmachtenden Völkern neben der Wiederherstellung der deutschen Einheit insoweit sie eben möglich ist eine bedeutende Erleichterung von fast unerschwinglichen Lasten, welche die Wurzeln ihres Wohlstandes untergraben, gewähren, den fremden Mächten aber die stärkste Bürgschaft für deutsche Friedensliebe unter den Auspicien eines neuen Bundesvertrages entgegenbringen.

Von diesen Erwägungen ausgehend wird die Bereitwilligkeit der deutschen Südstaaten erklärt mit den Staaten des norddeutschen Bundes

einen Bundesvertrag einzugehen, so daß am Tage der Promulgation des neuen Bundesvertrages der norddeutsche Bund zu bestehen aufhören würde, und in diesen Bundesvertrag namentlich den Inhalt des Art. 11 der Verfassung des norddeutschen Bundes — durch welchen das Bundespräsidium der Krone Preußen mit den in dem Artikel bezeichneten Hoheitsrechten übertragen wird, — wörtlich aufzunehmen unter nachstehenden Bedingungen:

I. Daß die in Art. 60 der Verfassung des norddeutschen Bundes bis 31. Dezember 1871 normirte Friedenspräsenzstärke auf die Hälfte, also auf ein halb Prozent der Bevölkerung herabzusetzen sei.

II. Daß in dem neuen Bundesvertrage dem autonomen und föderativen Prinzipe diejenige Geltung, welche die jetzige Verfassung des norddeutschen Bundes vermissen läßt, in Uebereinstimmung mehr mit der historischen Entwickelung der deutschen Zustände gesichert werde. In letzterer Beziehung wird ausdrücklich bedungen:

1. Die preußische Staatsverfassung wird einer Modification in der Richtung unterworfen, daß der Schwerpunkt aus dem preußischen Reichstage in die Provinziallandtage verlegt und dadurch dem Bundesparlament das Gewicht gesichert werde, welches es sonst neben einem preußischen Reichstage von politischer Bedeutung nicht gewinnen kann.

2. Daß an die Stelle des Bundesrathes, wie ihn die Art. 6 bis 10 der Verfassung des norddeutschen Bundes geschaffen haben, der Fürstenrath trete, wie diesen der Verfassungsentwurf, den Preußen einstmals einem nach Erfurt berufenen Reichstage vorgelegt hat, als eine Bundesbehörde in Aussicht genommen hatte, an deren Spitze das Reichsoberhaupt die Regierung des Reiches führt.

3. Daß der Reichstag aus zwei Häusern zu bestehen habe, wobei es, was die Zusammensetzung des Oberhauses anbelangt, nicht sowohl auf eine Vertretung der Staaten, welche im Fürstenrath sitzen, als vielmehr auf eine Vertretung des hohen deutschen Adels abgesehen ist, dem durch die Annexationen so bedeutende Elemente zugewachsen sind, so wenig wie die früheren ohne eine durch das öffentliche Recht gewährte polititische Stellung bleiben können.

Was nun aber die Erörterung über das wahrscheinliche Verhalten Preußens und anderer Mächte zu dem bevorstehenden Plane betrifft, so giebt Freiherr von Gagern folgende Darstellung.

Bei Preußen müsse man eine Alternative aufstellen. Entweder fahre die preußische Politik in ihrer seit 1866 bethätigten Gewaltthätigkeit fort, dann werde es die Südstaaten mit ihrem bedingten Antrage auf Abschluß eines neuen Bundes mit mehr oder weniger phrasenreicher Betheuerung seiner deutschen Gesinnungen abweisen. Oder aber sei die preußische Politik eine modificirte und dem nationalen Gedanken nicht verschlossen; Graf Bismarck sehe ein, daß das specifische Preußentum doch keine Zukunft habe, und daß er, um seine Schöpfungen zu sichern, Süddeutschland mit dem Norden verbinden müsse. — In dem ersten Falle werde der gemeinsame Schritt der süddeutschen Staaten seinen großen Zweck der Einigung Deutschlands freilich nicht erreichen, allein man könne dann auch Niemand länger damit bethören, daß der zu große Liberalismus des Nordens der

Grund sei, warum sich der Süden mit ihm nicht verbinde, und man werde wenigstens der Sympathien der gebildeten Welt versichert sein. Im andern Falle fehle es dem Grafen Bismarck nicht an Vielseitigkeit und unter Umständen Geschmeidigkeit, um einer Aenderung der preußischen und einer Aufhebung der norddeutschen Verfassung das Wort zu reden. Verfassungsparagraphen seien für ihn bekanntlich kein Evangelium. Preußen sei doch zu sehr Kulturstaat, als daß es den militärischen Absolutismus als Selbstzweck festhalten könnte; und auch Preußen bedürfe des Friedens. Sei dies wirklich die Lage der Dinge in Berlin, so werde man auf ein Eingehen in die süddeutschen Vorschläge zählen dürfen.

Höchstens könnte die gegenwärtige Spannung mit Frankreich einen Grund dafür abgeben, die Existenz des so schön geschlossenen norddeutschen Bundes in Frage zu stellen. In dieser Beziehung würde dann die Beseitigung der Spannung zur Vorfrage. Napoleon habe im Jahre 1866 den doppelten Fehler gemacht, Preußen Territorialvergrößerung zuzugeben und den deutschen blos defensiven Bund auflösen zu lassen. Thiers habe dies den Franzosen zum Bewußtsein gebracht, und nun sei die Rivalität der deutschen und französischen Nation wieder erwacht. Die Frage stehe nun so: ob sich Frankreich, wie seine vernünftigen und gemäßigten Politiker wollen, mit seinen jetzigen Grenzen und seinem Machtgebiete begnügen werde, welche von Niemandem bedroht seien; oder ob der Chauvinismus die Oberhand gewinnen werde. Die gestellten Anträge könnten nun unter Umständen die Frage im deutschen und im europäischen Interesse fördern. Allerdings könne der in Frankreich bestehende Neid gegen die preußischen Erfolge nicht beseitigt werden; allein die Gründe der Spannung würden wegfallen, nämlich das bedrohende Wehrsystem Preußens, welches durch die Herabsetzung des Präsenzstandes auf die Hälfte abgeschwächt würde, so wie die im norddeutschen Bunde fortschreitende Entwicklung zum Einheitsstaat und Imperialismus, welche bei Gründung einer neuen Föderation wegfiele. Damit wäre aber ein großer Theil der Ursachen entfernt, welche Preußen zu einem unangenehmen Nachbar für Frankreich mache.

In Betreff Österreichs ist Herr von Gagern der Ansicht, daß es durch den fruchtlos gebliebenen Anstoß, welchen es durch seine Depesche vom 15. Mai v. J. (Nr. 48 des österreichischen Rothbuchs) zur Bildung eines süddeutschen Bundes gegeben habe, eher geneigt sein werde, jetzt andern Auffassungen Raum zu geben; allerdings sei ein fortlaufender Widerspruch Österreichs gegen eine Unterordnung der Süddeutschen unter den preußischen Imperialismus ebenso gewiß als gerechtfertigt; allein hierum handle es sich ja eben jetzt nicht. Österreich werde, wenn es zum Abschlusse eines neuen Bundesvertrages komme, Gelegenheit haben, die Bedingungen desselben in seinem Interesse zu prüfen und seinen Anschauungen Ausdruck zu geben. Die Aussichten auf eine Verständigung seien aber nicht ungünstig. Eine Gleichstellung Oesterreichs und Preußens in Deutschland sei seit dem Jahre 1866 außer Frage, und ohne eine solche Gleichstellung könne Oesterreich nicht eintreten. Nach neueren Erfahrungen dürfte angenommen werden, daß Oesterreich an der in der Depesche vom 15. Mai ausgesprochenen Ansicht: Bayern werde wohlthun, in rein zu-

wartender Stellung zu bleiben und sich weiterer Schritte zu enthalten, die es über die durch den Prager Frieden gezogene Linie hinausführen würde, nicht mehr festhalte. Es begreift die veränderte und verschlimmerte Lage der Südstaaten; aber freilich für sein Interesse, sowie für das dieser Staaten bestehe der gleiche Vorbehalt, daß der Wiederzusammenschluß wenigstens des außerösterreichischen Deutschlands nur unter Bedingungen erfolge, bei welchen das nationale Interesse besser gefördert wäre, als bei der jetzigen fiktiven Unabhängigkeit Süddeutschlands. (Ich beehre mich übrigens, zu bemerken, daß die vorstehende Ansicht über das österreichische Verhalten nicht, wie wohl am Platze gewesen wäre, in der Schlußabtheilung der Note steht, sondern einer der Motivirung der Vorschläge entnommen ist.)

Noch erlaube ich mir eine wörtliche Abschrift der Motivirung desjenigen Punktes beizufügen, welcher bei dem ersten Blick gleich als einer der auffallendsten erscheinen muß und ohne allen Zweifel auch in Preußen vorweg den größten Anstand machen würde, nämlich der Forderung, daß Preußen decentralisirt werden und den Schwerpunkt in die acht Provinzen verlegen müsse.

* * *

Die Bedingung unter II 1 wird zuletzt besprochen, obgleich sie die wichtigere ist und wahrscheinlich auf Seite Preußens ernste Bedenken hervorrufen wird. Die so formulirte Forderung: „Der Schwerpunkt der preußischen Staatsverfassung müsse aus dem preußischen Reichstage in die Provinziallandtage verlegt werden“, ist eine unerläßliche; es wird dadurch beabsichtigt, den preußischen Partikularismus auf das Maaß des für die nationalen Interessen vielleicht Erträglichen zu beschränken, und einen nicht blos formalen, sondern realen Parlamentarismus im Bunde unmöglich zu machen. — Gegen das Uebergewicht des preußischen Partikularismus und Imperialismus giebt es für Freiheit und deutsche Nationalität nur eine Schutzwehr und diese ist eine lebendige Repräsentativ-Verfassung für Gesammtdeutschland, durch Faktoren belebt, die von keiner Rivalität in den Schatten gestellt, von der Nation als das Spiegelbild ihrer selbst erkannt werden.

Als vor 40 und mehr Jahren die Ansicht in Deutschland immer mehr Boden gewann, daß der preußische Staat als Ausgangspunkt und Kern deutscher Einheit zu betrachten sei, da waren eine Erwartung und ein Grund wesentlich bestimmend.

Die Erwartung war, daß auch unter den preußischen Bevölkerungen der deutsche Geist mächtiger sein werde als der preußische; daß er zur Einheit streben, und die Interessen der Ganzheit erfassen werde; — diese Erwartung ist getäuscht worden. Um so notwendiger ist es für das übrige Deutschland Schutz und Wehr gegen preußischen übergreifenden Partikularismus zu suchen. Unter den Gründen aber, welche bestimmend waren, stand obenan die wohlerwogene Autonomie der acht Provinzen, aus denen damals der preußische Staat bestand. Dadurch war den Verwaltungsinteressen und Rechtseigenthümlichkeiten der früheren getrennten Stämme Rechnung getragen, und es schien gleichsam dem Grundbau künftiger Reichseintheilung vorgearbeitet, wenn die mittleren

deutschen Staaten mit diesen acht Provinzen parallel gesetzt würden. Eine solche Reichseintheilung, wurde sie durch eine parlamentarische Gesammtvertretung gekrönt, — so durfte die Verschmelzung der Interessen der parallel gesetzten Theile, bis zum Untertauchen des preußischen Namens in den deutschen, bis zur Neutralisirung des specifischen Preußenthums mittelst des durch die Vertretung der Nation zur Herrschaft zu bringenden Deutschthums von der Zeit erweckt werden, und das war, für die deutsche Zukunft, das national-liberale Programm. Die Voraussetzungen dieses Programms sind, zum Nachtheil der nationalen Entwickelung, tief geschädigt. Die Autonomie der acht Provinzen, und anderer, die hinzugekommen sind, ist in dem preußischen Centralismus untergegangen; die Ausbildung der Provinzialverfassungen vernachlässigt worden; ein paralleles Nebeneinanderbestehen der andern deutschen Staaten neben dem centralisirten heutigen Preußen kann nicht mehr gedacht werden. — Nicht Preußen wird fortan in Deutschland aufgehen; — vielmehr Deutschland geht in Preußen auf, — wie es die Parole des mit der Parthei der heutigen Nationalliberalen insoweit vereinigten preußischen Junkerthums ist, — wenn der norddeutsche Bund in seiner Entwickelung so weitere Fortschritte (macht). Dagegen möglichst Schutz zu suchen, ist der bedeutsame Zweck der vorgeschlagenen Bedingung. Indem die südlichen Staaten dadurch sich selbst schützen, hemmen sie auch den Fortschritt der Verpreußung im nichtpreußischen Norden. — Gern würde man vorgeschlagen haben zu bedingen: die preußische centrale Reichsvertretung dürfe nicht fortbestehen, aber eine solche Forderung würde von Preußen als eine Erklärung, den Bund nicht schließen zu wollen, wahrscheinlich aufgefaßt worden sein; und es wird allerdings fortan noch preußische gemeinsame Angelegenheiten geben, die das Bestehen einer preußischen centralen Volksvertretung wünschenswerth machen. Die Absicht, auf deren Erreichung es ankommt, ist die: Daß der preußischen Reichsvertretung alle diejenigen Fundationen und Befugnisse zum Vortheil der Bundesvertretung entzogen werden, welche ihr eine politische, bezüglich der Wirksamkeit der Bundesvertretung maßgebende oder präjudicielle Bedeutung geben; sonst würde nimmermehr ein deutscher Reichstag neben einem Reichstage des heutigen Preußens zur Geltung sich emporarbeiten können. — Setzte man z. B. den Fall, das Repräsentativsystem entwickele sich, seinen Zwecken entsprechend, in Preußen zum wirklichen Parlamentarismus, dann würde der preußische Reichstag der Schwerpunkt für die politische Führung Deutschlands; seine Majorität würde ein Ministerium stützen oder fallen lassen; kurz die Existenz des Ministeriums bedingen; und der „Bundeskanzler" für Deutschland, der, nach der Einrichtung im norddeutschen Bunde, zunächst Leiter der preußischen Politik sein muß, würde nur nach der Majorität im preußischen Reichstage zu fragen haben. Eine deutsche Nationalvertretung aber darf nicht der Nachtreter des preußischen Reichstags sein. Das ist der Sinn und Zweck der unter II. 1. gestellten Bedingung."

* * *

Fürst von Hohenlohe gab mir gestern bei der Ueberlassung der Note ein Rendez-vous auf heute Nachmittag, um mit mir, wenn ich das Gagern'sche Elaborat nun genauer kenne, dasselbe näher zu besprechen. Das Ergebnis dieser Unterredung war folgendes:

Wir waren beide alsbald der Meinung, daß es sich nicht darum handle, ob die Zustände der süddeutschen Staaten überhaupt oder eines einzelnen derselben richtig oder unrichtig aufgefaßt seien, sondern nur darum, ob der vorgeschlagene Weg geeignet sei, aus demselben herauszuführen, was uns dann gleichmäßig unwahrscheinlich erschien. Ich machte dabei namentlich zweierlei geltend. Einmal, daß eine Art von Wiederauflösung des preußischen Staates ganz gegen alle Tradition und Politik seit dem großen Kurfürsten laufen würde. Zweitens, daß, wenn ja unmöglicherweise Graf Bismarck es versuchen wollte, er die ganze Nation gegen sich haben würde. Fürst Hohenlohe aber bemerkte, daß selbst wenn preußischer Seits Alles willfährig wäre, hier in Bayern ein freiwilliges Eingehen in die Aufopferung irgend eines Souveränitätsrechtes ganz ausser Frage stehe, seit den jüngsten Wahlen. Es sei somit ganz überflüssig, die Einzelheiten des Projektes näher zu besprechen. Die einzige Möglichkeit eines Gelingens wäre, wenn Frankreich und Oesterreich eine so starke Pression auf Preußen und auf Bayern ausüben könnten; allein dazu scheine ihm sehr geringe Aussicht, namentlich weil man sich, seinen in Berlin gemachten Beobachtungen nach, daselbst vor Frankreich keineswegs fürchte. Seiner Ansicht nach gehe Norddeutschland immer mehr dem Einheitsstaate entgegen; da bleibe für Bayern nichts übrig, als zu warten und sich dann in ein möglichst leidliches Verhältniß damit zu setzen zu suchen. Ich fragte ihn nun, ob er mit dem Grafen Bismarck schon von der Sache gesprochen habe? Keineswegs, antwortete er mir; wie er einen solchen Vorschlag machen könne, an dessen Ausführbarkeit er selbst nicht glaube und den Bayern in keiner Weise adoptirt habe? Wen er darüber gesprochen habe, sei über die Unthulichkeit der Sache einstimmig; namentlich sei dies die allgemeine Ansicht seiner Collegen gewesen. Die Frage, ob Gagern schon mit Freiherrn von Beust verhandelt gehabt habe, verneinte er, erst jetzt werde letzterer von dem Projekte in Kenntniß gesetzt sein. Meine Frage aber, ob er damit einverstanden sei, daß ich Ew. Hochwohlgeboren jetzt darüber berichte, bejahte er nochmals, nur möchte ich bestimmt hervorheben, daß sich die hiesige Regierung in keiner Weise über den Vorschlag ausgesprochen habe.

Meine eigene Ansicht habe ich wohl nicht nöthig, nach dem bereits Gesagten, noch besonders zu formuliren. Es scheint mir der Vorschlag ganz einfach an Unausführbarkeit zu leiden, dann aber ist jede Discussion nur Zeitverderb. Ich glaube, daß wenn Herr von Gagern in den letzten Jahren in Deutschland gelebt hätte, so wäre er wohl niemals auf den Gedanken gekommen, daß etwas dieser Art ernstlich erwogen werden werde.

Verehrungsvoll verharrend

München, den 4. Mai 1868.

Mohl.

Zu Seite 163 ff. Ueber die österreichischen Zustände bin ich mir selbst eine Hauptquelle. Wer sich genauer über diese Verhältnisse unterrichten will, mag die Berichte lesen, die ich in diesem Jahre für die preußischen Jahrbücher geschrieben habe und welche auf den genauesten Informationen beruhen, die mir zu Gebote standen. Einige Worte mögen hier aus dem 32. Bande der Pr. Jahrb. S. 751 wiederholt werden:

„Inzwischen war in Ungarn das Ministerium Andrassy zur Regierung gelangt. Es bestand fast aus lauter Persönlichkeiten, welche in der Umgebung des Kaisers sich des besten Ansehens und eines großen Einflusses seit langer Zeit erfreuten, — die liberalen Magnaten, die auch im Volke wie aller Adel in Ungarn eine ganz ungewöhnliche Popularität genießen, wurden Minister, für den Cultus mit großer Klugheit ein Mann ausgewählt, der nicht entfernt der katholischen Kirche auch nur den leisesten Anstoß zu geben vermochte, ein persönlich sehr frommer hochkatholischer Mann, aber zugleich von literarischem Rufe und einer gewissen freisinnigen Richtung innerhalb der katholischen Kirche nicht abgeneigt. Die Einrichtung endlich, daß ein eigener Minister am königl. Hoflager, Graf Festetits, ernannt wurde, gab der neuen ungarischen Regierung eine Festigkeit, wie nie vorher ein deutsches Ministerium sie besaß. Zwischen dem im Juni gekrönten Könige von Ungarn und seinem Lande zeigte sich ein so herzliches Verständniß, wie vielleicht nur bei einem so beweglichen und von augenblicklichen Stimmungen so ergriffenen Volke möglich sein mochte, wie bei den Ungarn. Damals hat kein einsichtsvoller Politiker zweifeln können, daß die Macht der Action für die Angelegenheiten des österreichischen Staats ausschließlich in den Händen des ungarischen Ministeriums ruhe. Bedeutsam für die Entwickelung der Dinge war auch, daß der Kaiser ganz und gar aus eigener Initiative den Entschluß der Krönung zum ungarischen Könige gefaßt hatte, und daß er hierin nicht einem Beschlusse des Familienrathes folgte, welcher nach den traditionellen Einrichtungen in dem kaiserlichen Hause stets eine größere Bedeutung hatte als in anderen Monarchien, und der insbesondere unter den Regierungen des Kaisers Ferdinand und in den früheren Jahren des jetzigen Kaisers — durch die Natur der Dinge eine häufigere Wirksamkeit übte und in so wichtigen Fällen fast immer entscheidend war. Die Mitglieder des kaiserlichen Hauses verhielten sich gegenüber der ungarischen Krönung sehr passiv und nur die Kaiserin nahm freudigen Antheil an dem großen Schritt ihres Gemahls. Wohl mag hierin ein Grund mehr für die dauernde und unzweideutige Verständigung zwischen den Ungarn und ihrem Könige erblickt werden.

Während aber jenseits der Leitha sich alle Verhältnisse auf das beste consolidirten, herrschte diesseits die kläglichste Zerfahrenheit. Ueber die Frage, ob ein außerordentlicher oder ordentlicher Reichsrath zu berufen sei, war Belcredi mit den Landtagen in Streit gekommen und hierauf von Beust im Stich gelassen und abgedankt worden. Dann kam die Zeit, wo Herr von Beust Minister des Aeußern, der Polizei, des Unterrichts, der Justiz und des Cultus war und nur den Grafen Taaffe, der früher Statthalter von Salzburg und noch früher ein Gespiele des Kaisers ge-

wesen, an der Seite hatte, und wo man das Publicum täglich mit neuen Ministercombinationen unterhielt. Während man endlich in Herrn von Hye eine neue Arbeitskraft für zwei Portefeuilles sich gewann, und dieser eifrig strebte durch allerlei Ueberraschungen in Betreff seiner liberalen Anschauungen besonders im Strafgesetz, dessen letzte Redaction vom Jahre 1852 doch als sein eigenes Werk gilt, die Parteien des Abgeordnetenhauses zu befriedigen, war die Zeit für das große Ausgleichswerk herangekommen, zu welchem der ungarische Reichstag eine Gesandtschaft nach Wien sandte, die mit der Deputation des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 7. August an in Unterhandlungen trat und bis zum 26. September tagte. Es ist noch nicht die Zeit gekommen, wo die geheime Geschichte der Ausgleichsdeputationen geschrieben werden kann; die außerordentliche Institution, welche durch dieselben eingeführt worden ist und welche den Antheil der beiden Reichshälften an den Entscheidungen über die gemeinsamen Angelegenheiten d. i. Krieg, Finanzen und auswärtige Angelegenheiten, völlig gleich setzt, die Beitragsleistungen aber in das Verhältniß von 3 zu 7 stellt, diese Institution, welche auch in Bezug auf die Form ihrer Beschlüsse vielleicht einzig dasteht, wollen wir nicht in allen Details hier vorführen, nur das eine noch hinzufügen, daß auf diese Weise die Fragen der auswärtigen Politik völlig aus dem Rahmen der Verfassung herausgeschnitten sind."

Nicht unterlassen kann ich, auf die Tatsache hinzuweisen, daß sich die preußischen Behörden damals sehr bemühten, wie sich von selbst versteht, über die feindselige Lage der Dinge in Österreich genau unterrichtet zu werden, weil man jeden Tag überraschendes von der Politik des Grafen Beust erwarten konnte, wenn sie auch glücklicherweise an zwei Persönlichkeiten scheiterte, an dem Kaiser Franz Joseph und seinem unverwüstlich nüchternen Urteil und an der Klugheit des Grafen Andrassy. Ich habe dies auch schon früh vorausgesehen und Berliner Freunden mitgeteilt. Viele von diesen meinen Mitteilungen über die Verhältnisse Österreichs in diesen Jahren wurden durch einen meiner Freunde dem Geheimrat Zietelmann gegeben und sind in dessen Besitz übergegangen. Ich wußte überdies genau, daß von anderen Seiten ebenfalls Sorge getragen wurde durch Lothar Bucher im Bundeskanzleramt von den tatsächlichen Verhältnissen Kenntnis zu geben. Und so würden die verschiedenartigsten preußischen Archive Herrn von Sybel Aufschluß gegeben haben, wie es mit der Freundschaft zwischen Österreich und Preußen eigentlich stand, wenn ihm auch für seine letzten Bände die „Akten" zugänglich gewesen wären. Indessen hat Herr von Sybel doch eine ganz richtige Vorstellung von den Resultaten der unerschöpflichen Tätigkeit von Beusts. Dieser hat wirklich gar nichts greifbares zu stande bringen können, aber die Absicht eine mit Frankreich zusammengehende Revanchepolitik zu inszenieren, leugnen zu wollen, ist ganz unstatthaft! Noch im Jahre 1870/71 waren gerade die liberalen Kreise, auf die sich Beust stützen zu können meinte, so durch und durch französisch gesinnt, daß ich es beim Ausbruch des Kriegs nicht wagen konnte, in Österreich mich aufzuhalten, da man allerorten Händel zu fürchten hatte. Ja noch zur Zeit der Kapitulation von Paris versammelten sich die Freunde Deutschlands in Wien heimlich in einem

Hinterstäbchen eines Gasthauses, um die Siege Deutschlands nicht ungefeiert zu lassen. Wenn wir öffentlich gefeiert hätten, so waren Szenen, wie sie in Zürich bei ähnlicher Gelegenheit vorkamen, durchaus auch in Wien möglich. Selbst von einem so verständigen Politiker, wie dem Minister Berger, der während des deutsch-französischen Krieges starb, erzählen dessen Söhne mit anerkennenswerter Wahrheitsliebe: „Er blieb bis zum letzten Atemzuge bei der Gesinnung gegenüber Preußen, die er schon im Frankfurter Parlament verfochten hatte und die durch den Krieg von 1866 nur noch ingrimmiger und härter geworden war. Er gab sie nicht auf als das deutsche Volk den Riesenkampf gegen Frankreich focht" u. s. w.

Zu Seite 173 ff. Ergänzungen aus den Berichten von Mohls aus München:

1868, 20. Februar. Die alten Südbundspläne seien als unausführbar aufgegeben, dennoch scheine die Sache so zu liegen, daß Fürst Hohenlohe einen neuen Plan bereits ausgearbeitet und dem Könige vorgelegt habe. Wenn er die Zustimmung des Königs erhalten sollte, werde er denselben den süddeutschen Kabinetten mitteilen. Wie früh oder wie spät nun freilich eine Entschließung aus dem Kabinett kommen werde, sei bei den bekannten hiesigen Verhältnissen schwer zu sagen, und ob nicht die Erörterung im Ministerrate, welche Fürst Hohenlohe ausdrücklich als noch bevorstehend bezeichnete, eine neue Verzögerung und abermalige Vorlage erfordern werde, sei ungewiß.

1868, 21. Februar. Herr von Völderndorf bestätigte, daß der König die Vorlage eines neuen Planes erfordert habe und daß nach seiner Genehmigung das Ministerium denselben begutachten solle. Das Ministerium sei aber ganz partikularistisch — Inhalt des Projekts: ernstlich gemeint seien eigentlich nur zwei Vorschläge — Militärkommission und eine ständige Gesandtenkonferenz.

1868, 24. Februar. Das Ergebnis der Zollparlamentswahlen gibt große Aufregung; niedergeschlagen ist die liberale, aber doch noch etwas partikularistische Mittelpartei und die Fortschrittspartei. Über die Haltung des Königs ist schwer etwas zu sagen, da er ganz unzugänglich sei.

1868, 27. März. Der König ist seit mehr als einem Monat vollkommen unzugänglich; eine Zeit lang war er ernstlich krank gewesen. Hohenlohe bezeichnet den Zustand als vollkommen trostlos. Die Meinung ist, daß die Tage des Ministeriums Hohenlohe gezählt sind.

1868, 30. März. Berichtet über die Wühlereien der Geistlichkeit bei Gelegenheit der Zollparlamentswahlen. Die Prinzen sind sämtlich antipreußisch. Bei hohen Militärs und im Hofadel herrscht die Ansicht, daß der Norddeutsche Bund sowieso bald wieder zerfallen muß.

1868, 2. April. Nachrichten über Österreich, wo die preußische Gesandtschaft die aristokratisch klerikale Partei im Gegensatz zu Beust besonders höflich bevorzugt. Über die Reise des Prinzen Napoleon nach Berlin äußerte sich Fürst Hohenlohe, man sehe daraus, daß sich der Kaiser von der Lebensfähigkeit des Norddeutschen Bundes überzeugt habe.

1868, 16. April. Hohenlohe versicherte, daß trotz der letzten Wahlen Bayern auf der deutschen Seite im Falle eines Krieges stehen werde; denn

er getraue sich zu behaupten, daß kein Minister es wagen könnte, Neutralität zu beantragen, was schließlich nichts anderes wäre als Allianz mit Frankreich.

1868, 19. April. Der Kronprinz von Preußen in München spricht sich nach Hohenlohes Versicherung sehr befriedigt über seine Gespräche mit dem Könige aus; aber Hohenlohe ist sehr beunruhigt über die Lage. Der französische Botschafter in Wien erklärt ganz offen, daß ein Schritt über die Mainlinie und Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments ein casus belli sei. Außerdem verbinden sich ultramontane und demokratische Parteien in Süddeutschland; Zunahme republikanischer Tendenzen. Ferner hätten ultramontane Blätter große Summen von Frankreich erhalten, um gegen die Allianzverträge und für den Bruch derselben zu wirken.

1868, 3. Mai. Totale Zurückgezogenheit des Königs.

1868, 11. Juli. Kardinal Hohenlohe erzählt, daß in Rom gegen ihn intriguiert werde, besonders von den P. P. Peronne Azeglio und Costi. Die Klerikalen haben durch einen Dienstboten der Frau Cosima eine Korrespondenz zwischen dem König und R. Wagner abgefangen. Das kronprinzliche Paar von Italien wurde vom König völlig ignoriert, und in Paris wurde das Verhalten des Königs gegen den Prinzen Napoleon in München empfindlich aufgenommen.

1868, 17. September. Kriegsminister von Pranckh wird selbst an den Militärkonferenzen der süddeutschen Staaten teilnehmen.

1868, 27. Oktober. Besorgnisse über die Haltung Österreichs: Beust will betreffs des Eigentums der Bundesfestungen seine Hand im Spiele behalten und protestiert gegen die selbständige Verfügung über das Bundeseigentum ohne Zuziehung von Österreich. — Die Entziehung der Pension Geibels wird viel besprochen, sie ist durch den König unmittelbar beschlossen und wird als ein Symptom gegen Preußen betrachtet.

1868, 21. November. Einflüsse des russischen Hofs. Große Verehrung des Königs für die Kaiserin von Rußland. Projekt, den König mit der Großfürstin Marie zu verheiraten.

1868, 29. November. Baron Enzenberg, hessischer Ministerresident in Paris, erzählt, daß man in Berlin dem Kriege mit Frankreich mit Ruhe entgegensehe. Er selbst — früher sehr antipreußisch — habe jetzt das größte Vertrauen. In Wien gelte die Parole: man könne jetzt keinen Krieg mitmachen, aber man lebe vor der Hand von der Spannung zwischen Frankreich und Preußen und werde daher dafür sorgen, daß sich diese nicht vermindere. In Paris sei der Kaiser ganz schweigsam und indolent, die Kaiserin das Haupt der Kriegspartei.

1868, 9. Dezember. Zirkulardepesche des badischen Ministers an die badischen Gesandten in Berlin, München, Wien &c.

von Freydorf ist durch den Grafen Flemming unterrichtet worden, daß Graf Bismarck keinerlei Verbindlichkeiten gegen Frankreich in Bezug auf den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund übernommen habe. Sein Verhalten werde lediglich durch die Rücksicht auf die Wünsche Süddeutschlands bestimmt. Mit Frankreich, so läßt Bismarck ausdrücklich erklären, habe niemals auch nur ein Meinungsaustausch über diese Sache stattgefunden.

1868, 31. Dezember. Im Jahresschlußbericht bespricht Herr von Mohl seine Stellung zum Hofe, zu Fürst Hohenlohe und zu den Gesandten der Mächte, von denen der russische, italienische und päpstliche nicht deutsch verstehen; der französische Marquis von Cadore nur hört, aber sich nicht ausspricht. Baron Werthern, geistreich, scharfsinnig, diensteifrig, sucht auf Hohenlohe einzuwirken und zu einem Entweder — Oder zu drängen; zeigt sich sehr mißtrauisch, mißachtend gegenüber den bayrischen Zuständen und ist für eine scharfe Politik Preußens, mit welchen Ratschlägen er jedoch in Berlin wenig Geneigtheit findet.

1869, 9. Januar. Die Nuntiatur in München hat bei den Wahlen zum Zollparlament hier und in Württemberg sehr tätig eingewirkt, damit nur Demokraten oder Ultramontane und Gegner Preußens gewählt werden.

1869, 14. Januar. Große Differenzen zwischen Österreich und Preußen. Baron Werthern ist auf der Spur der Gründung einer Sekundogenitur Österreichs in Polen. (NB. Über diese Versuche ist von mir auch in den oben zitierten Artikeln in den Preußischen Jahrbüchern besonders Bd. XXXII gehandelt und ich habe auch sonst darüber von einer sehr unterrichteten Quelle Nachrichten nach Berlin geben können.) — Weiteres berichtet Mohl über die Anstrengungen und Maßnahmen Beusts in Paris, um Preußen zu isolieren und die Schutzverträge desselben zu untergraben. Die Ernennung des Prinzen Luitpold zum Generalinspektor der bayrischen Armee wird als ein Zeichen betrachtet, daß man keinen Anschluß an Preußen wünsche.

1869, 18. Januar. Zunehmende Gereiztheit gegen Preußen zeigt nun auch der König. Hohenlohes Stellung wiederum schwierig.

1869, 28. Januar. Eine Zusammenkunft zwischen dem König und dem Großherzog von Baden wird nicht zu stande gebracht, aber der König teilt schließlich mit, er werde die Reise bald unternehmen.

1869, 6. Februar. Man spricht von einer Aufkündigung des Allianzvertrags von seite Preußens — die Verstimmung der Kabinette gegeneinander ist schon am 26. Januar gemeldet. Über die bei dieser Gelegenheit ausgesprochene Ansicht von Wertherns ist im Text Mitteilung gemacht.

1869, 1. April. Süddeutsche Bundesprojekte und Absichten treten wieder auf. Österreich wird aber jetzt entschiedener und feindseliger und erklärt jeden Versuch, die strikte Ausführung des Prager Friedens zu hindern, als Vertragsbruch anzusehen.

1869, 11. Mai. Gegen den Fürsten Hohenlohe haben sich die Prinzen verbunden, ihn zu stürzen, und

1869, 28. Mai wollen die Anwesenheit des Königs bei der Fronleichnamsprozession zu einem Schritte dieser Art benutzen. Berichte aus Paris zeigen die zunehmende Kriegslust.

1869, 31. August der Kabinettschef Lipowski verabschiedet, an dessen Stelle Eisenhart tritt, der günstigen Einfluß übt, während sich der König gänzlich isoliert und auch dem Adjutanten Major Sauer nur selten Audienz gewährt.

1869, 8. September. Dem Minister von Varnbüler wird ganz ausnahmsweise eine Audienz im Schlosse Berg bewilligt.

1869, 30. Oktober. Zusammenkunft zwischen den Königen on Bayern

und Württemberg in München; sie sprechen sich fast nur ohne Zeugen, man ist daher wenig unterrichtet. Es wird aber behauptet, daß König Karl gegen Hohenlohe und für dessen Entlassung wirkt. Völderndorf erzählt, der König habe ein Fest des Fürsten zu seiner Ehre strikt abgelehnt. Der König schloß sich besonders an Prinz Luitpold an, der als ein Verfechter des Anschlusses an Österreich gilt.

1869, 31. Oktober. Der Großherzog von Baden wird in München erwartet.

1869, 1.—20. Dezember. Ministerkrisis in Bayern s. oben im Text.

NB. Für die persönlichen Verhältnisse besonders in den Jahren 1868, 1869 wird das, was Herr von Mohl in seinem Berichte mitteilt und wovon hier nur einiges angedeutet werden sollte, in erwünschtester Weise durch Otto Freiherrn von Völderndorf bestätigt: „Aus meiner Hofzeit" in Velhagens und Klasings Monatsheften Februar 1900 S. 655 ff. auch mit Bezug auf Fröbel II. 406 und mit Rücksicht auf Briefe Wagners. Damit wird wohl der Beweis hinreichend historisch erbracht sein, daß der König schon seit 1868 nicht mehr als geistig normal betrachtet werden durfte. Ob Bismarck die gegenteilige Meinung hatte, ist nicht zu bestimmen, solange man die Berichte des Herrn von Werthern aus München nicht kennt. Hierüber sei mir aber gestattet Folgendes zu bemerken. Infolge einer gütigen Vermittlung des großherzogl. Kabinetts wurde mir eröffnet, daß das geh. Civilkabinett Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen zur Erlangung der Erlaubnis, die Akten über die Verhandlungen und Schriftstücke betreffend die Kaiserfrage zu benutzen, es für notwendig erachtet habe, daß das für meine Arbeit wünschenswerte Material näher bezeichnet werde, „um alsdann eine Prüfung der Frage eintreten lassen zu können, ob und inwieweit eine Überlassung desselben möglich erscheint".

Ich bin dieser Aufforderung nachgekommen, indem ich neben anderen Aktenbeständen aus der Registratur des königl. preuß. auswärtigen und norddeutschen Bundeskanzleramtes erbat:

a) Die Gesandtschaftsberichte des Herrn von Werthern aus München von 1867—1871. b) Verhandlungen zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Südstaaten betreffend den Anschluß an den Norddeutschen Bund und die Kaiserfrage. c) Die Korrespondenz zwischen dem Bundeskanzleramt und dem König Ludwig von Bayern im Monat Oktober, November, Dezember 1870.

Hierauf erhielt ich wieder unter Vermittlung des geheimen Kabinetts Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden d. d. 18. Mai 1901 die Entscheidung: „In den Archiven des auswärtigen Amtes sei nur wenig einschlägiges Material enthalten und da man befürchte, daß die Benutzung desselben, da es sehr lückenhaft sei, zu Mißverständnissen führen könne, so sei entschieden worden, auch diese Akten nicht zu eröffnen." — Weit entfernt die Begründung dieser Ablehnung auch nur der allergeringsten kritischen Beurteilung unterziehen zu wollen, empfinde ich vielmehr das Bedürfnis, meine Überzeugung dahin auszusprechen, daß sich die kaiserliche Regierung selbstverständlich auf den politischen Standpunkte stellen mußte, um zu bestimmen, ob die Zeit für Veröffentlichung dieser Schriftstücke vorhanden ist oder nicht. Und ich bin kein Parteigänger jener verbreiteten Vorurteile, als ob

es eine Pflicht wäre der sogenannten Wissenschaft auf Kosten der politischen Rücksichten lediglich dienen zu müssen; aber es wird mir vom Standpunkt der Forschung unzweifelhaft gestattet sein — hieraus den für mein Material sehr günstigen Schluß zu ziehen, daß diejenigen Nachrichten, welche ich auf indirektem Wege über die Stellung des Herrn von Werthern zur bayrischen Regierung und zu den Verhandlungen über den Anschluß des Südens an den Norden zu erlangen in der Lage war, jedenfalls durchaus glaubwürdig sind und daß Herr von Werthern im ganzen und großen sowohl die Politik des Fürsten Hohenlohe, wie diejenige des Grafen Bray durchaus misbilligte und von dem bayrischen Partikularismus die übelste Vorstellung hatte. Aufzeichnungen, welche Herr von Werthern privatim hinterlassen hat, sind in ausgedehntem Maße vorhanden, aber nicht zugänglich. Sie sind jedenfalls durch ihn selbst noch für eine lange Zeit verschlossen worden, und dieser Umstand zeugt des weiteren für die Richtigkeit der in meiner Darstellung hervortretenden Auffassung.

Zu Seite 180. Sonderstellung Badens. In Betreff der Annahme, daß Napoleon sich über die süddeutsche Frage drohend geäußert hätte, ist die Zirkulardepesche des badischen Ministers vom 9. Dez. 1868 noch zu beachten, worin es heißt, Graf Flemming habe Herrn von Freydorf unterrichtet, daß Bismarck keinerlei Verbindlichkeiten gegen Frankreich in Bezug auf den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund übernommen habe. „Mit Frankreich, so läßt Bismarck ausdrücklich erklären, habe niemals auch nur ein Meinungsaustausch über diese Sache stattgefunden.“

Seit September 1869 bringen die Berliner Zeitungen viele Besprechungen über den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund.

1869, 21. September. Depesche von Freydorfs an den badischen Gesandten in Berlin. Der Minister wünscht den Ursprung des Gerüchtes über den angeblich beabsichtigten Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund zu erfahren.

1870, 28. Februar. Note an Herrn von Türckheim über die Verhandlungen im norddeutschen Reichstag und die Äußerungen Bismarcks: „Der Minister habe gar keine Gelegenheit gehabt auf den Antrag einzuwirken oder ihn rechtzeitig abzuraten. von Freydorf kennt auch die Gründe nicht, die Bismarck veranlaßten, auch die Dinge heranzuziehen, welche den norddeutschen Bund nicht unmittelbar berühren, da jetzt gar kein Antrag von Baden gemacht war. Die großherzogl. Regierung wird sich aber vorbehalten müssen die Interessen und die Bedürfnisse des Landes selbständig zu beurteilen und nach Umständen selbständig zu verfolgen. Der Überzeugung des Bundeskanzlers sei Rechnung getragen worden, indem sich die Regierung aller Schritte enthalten hat. Der Bundeskanzler soll Gewißheit erhalten, daß 1. die Anregung zum Laskerschen Antrag von hier nicht ausgegangen ist und 2. wie die großherzogl. Regierung von der Verfolgung einer nationalen Politik keineswegs abzulassen gedenkt.“

Zu Seite 201. Allianzversuche. Da von deutscher Seite noch keinerlei Eröffnung der Archive stattfand und auch Herr von Sybel nur auf französische Quellen angewiesen war, so wird es zweckmäßig sein, sich über

den Grad der Sicherheit nicht allzusehr zu täuschen, mit welchem bescheidenerweise meine Darstellung auftreten kann. In dem neuesten Werke von Pierre Lehautcourt, Histoire de la guerre de 1870—71. tome I. Les origines ist die gesamte Literatur vortrefflich zusammengestellt und ich glaube nicht, daß ich davon etwas unbeachtet gelassen habe. Auf die von Herrn von Sybel benutzten ungedruckten Memoiren würde ich auch meinerseits großen Wert gelegt haben, da mir der Verfasser Graf Vitzthum in allen seinen Mitteilungen Vertrauen erweckt hat (s. meine „Staatsmänner und Geschichtschreiber“ S. 255 ff., 243 ff.). Leider haben die Erben des Grafen Vitzthum, wie mir Herr Graf Lanckoronski mitgeteilt hat, das Manuskript zur Zeit weiterer Benützung entzogen. Die Grundanschauung des Grafen Vitzthum über die Versuche der österreichischen und französischen Diplomatie 1867—70 ist mir brieflich von ihm selbst mitgeteilt worden und bildet auch das Leitmotiv meiner Darstellung im Texte. Als gewiegtem Shakespeareforscher lag es dem sächsisch-österreichischen Staatsmann nahe, auf meine unbescheidenen Fragen über die Politik seines Landsmanns in Österreich einmal die ebenso kurze, wie vielsagende Antwort zu geben: „Much ado about nothing.“

Zu Seite 218. Ministerkrisen. von Mohl war am 26. Januar 1870 in München eingetroffen, als die Ministerkrisis in vollem Gange war, und schrieb am 27. Januar, Fürst Hohenlohe habe ihm gesagt, er sehe in dem Passus der Adresse der Kammer über die Allianzverträge die Absicht der Ultramontanen, einen Minister zu bekommen, der die Verträge nicht halten will.

1870, 28. Januar. In der Kammer der Reichsräte haben sämtliche Prinzen mit Ausnahme des Prinzen Karl Theodor für die Adresse gestimmt. Es tritt immer deutlicher hervor, daß die Absicht der Majorität in beiden Kammern zunächst nur die ist, den Fürsten Hohenlohe zu vertreiben; die übrigen Ministern wollen sie sich, scheint es, vorderhand noch gefallen lassen.

1870, 23. Februar. Graf Bismarck hat den Fürsten Hohenlohe durch seinen Bruder, den Herzog von Ratibor, auffordern lassen, zu bleiben, aber Name, Ehre und konstitutionelles Prinzip machten es ihm unmöglich.

1870, 28. Februar. Eintritt Graf Brays noch nicht sicher. Gespräch mit Hohenlohe: Dies führte dann zur Besprechung der kirchlichen Zustände in Preußen, wo ich denn meine Verwunderung darüber ausdrückte, daß man dort die Jesuiten so ungestört festen Fuß fassen und sich immer weiter ausbreiten lasse, während doch darüber gar kein Zweifel sei, daß diese auf Befehdung des Protestantismus und folglich des Wesens von Preußen unter allen Umständen und zu jeder Zeit ausgehen werden. Der Fürst war hierin ganz meiner Ansicht und sagte, er habe mit Graf Bismarck wiederholt und ernstlich hierüber gesprochen, ohne ihn jedoch überzeugen zu können. Er, Hohenlohe, dürfe wohl von sich behaupten, daß niemand mit den inneren Verhältnissen der Hierarchie und dem Eingreifen der Jesuiten in dieselben vertrauter sei, als er; allein man wolle ihm nicht glauben. So habe er zum Beispiel den Grafen Bismarck vor dem Erzbischof Ledochowski gewarnt, als einem Zögling und ausgesprochenem Protegé der Jesuiten, über dessen Gesinnung er genau unterrichtet sei. Graf Bismarck habe ihm aber gesagt,

dies sei ein ganz vortrefflicher Mann, welcher ihnen die Polen in der Ordnung halte und auf den sie sich ganz verlassen könnten. Das Unglück sei in Preußen eben, daß man sich von den Jesuiten dadurch düpieren lasse, daß diese auf alle konservativen Schrullen scheinbar eingehen.

1870, 5. März. Herr von Werthern läßt einen Bericht über eine Unterredung mit dem Grafen Bray — einem alten Bekannten — lesen. Bray sei bedenklich, alt und kein Redner. Unter den Ministern seien solche, mit denen er nicht zusammengehen könne. Der geeignete Mann wäre Pfordten. von Werthern redet Bray zu, anzunehmen. Das wichtigste sei, der gegenwärtigen Auflösung aller Dinge ein Ende zu machen. Herr von Völderndorff vermutet, daß sich Bray einen Franzosen ins Ministerium setzen werde; Werthern meint Herrn Villers — einen Schweizer —, sehr begabt — —

1870, 7. März. Bray hat angenommen. Graf Bismarck habe sich sehr zufrieden erklärt. Man nimmt an, daß er im Auswärtigen die Politik Hohenlohes fortsetzt.

1870, 12. März. Unterredung mit Graf Bray — freundliches Entgegenkommen (Anspielung auf eine weniger gute Begegnung zwischen Bray und Freydorf 1866 in Berlin) — er werde die Beziehungen zwischen Bayern und Baden sehr warm halten; gegen Preußen keinerlei Systemwechsel. — „Die Bayern werden ehrlich und redlich halten, was sie versprochen haben."

1870, 16. April. Gespräch mit dem württ. Gesandten von Soden. „Das Ergebnis der ganzen Unterredung war dann offenbar, daß schon längere Zeit über eine Verständigung und Zusammenkunft der bayrischen und württembergischen Staatsmänner verhandelt worden ist, daß mir aber Herr von Soden den Gegenstand nicht bezeichnen wollte und daß er offenbar unangenehm davon berührt war, daß ich überhaupt Kenntnis von dem Plan hatte und er mich über dessen Tragweite irre führen wollte."

(NB. Übereinstimmend berichtet von Dusch, 1870, 21. April aus Stuttgart, daß über die Zusammenkunft der bayrischen und württembergischen Minister schlechterdings alles verheimlicht werde. Graf Bray habe geglaubt, in der württembergischen konservativen Partei starke großdeutsche Tendenzen finden zu können, worin er sich aber getäuscht habe. Es sei jedoch eine allgemeine Verbesserung der bayrisch-württembergischen Beziehungen bemerkbar. In den Zeitungen werde davon geredet, daß die preußischen Allianzverträge bei den Ministerkonferenzen eine neue Auslegung gefunden hätten, wonach sie sich auch gegen innere Feinde richteten. Es seien dies Anzettelungen der preußenfeindlichen Parteien, um die Allianzverträge zu diskreditieren.)

1870, 25. April. Mohl berichtet über eine Zusammenkunft mit Herrn von Soden, der unter anderem die von französischen Blättern neuerdings aufgestellte Behauptung, der süddeutsche Bund werde unter Garantie von Rußland, Österreich und Frankreich gestellt werden, für Unsinn erklärt — am wenigsten sei von König Ludwig zu erwarten, daß derselbe sich einer solchen Politik unterwerfen sollte. In Württemberg sei der Militärplan von Suckows hoffnungslos; die Blätter stellen ihn jetzt schon ganz preußisch gesinnt dar, während er noch von Partikularismus überströmt.

1870, 21. April. Graf Bray macht Mitteilungen über seinen gelungenen Aufenthalt in Stuttgart. In Betreff der Zusammenkunft der

Kriegsminister teilte Graf Bray mit, daß Suckow in einiger Zeit mit Varnbüler hierher kommen werde. Irre ich nicht, so geht auch aus der unvollständigen und behutsamen Mitteilung des Grafen Bray hervor, daß man beiderseits ein weit engeres, gegenseitiges Anschließen beabsichtigt, als zur Zeit des Fürsten Hohenlohe bestanden hatte und von diesen auch wohl beabsichtigt war. Namentlich scheint es, daß die beiden Kabinette dem Norddeutschen Bunde als eine geschlossene süddeutsche Einheit gegenüber zu treten versuchen wollen und wäre es vorderhand auch nur in untergeordneten Fragen, welche mehr die Bedeutung einer Demonstration als einen eigenen Wert hätten. Im übrigen bemerkte Graf Bray, Herr von Varnbüler halte seine Stellung für ganz gesichert und es sei auch unzweifelhaft, daß der König ihn zu halten suchen werde; das diplomatische Korps in Stuttgart teile jedoch diese Zuversicht des Ministers nicht.

1870, 30. April. Herr von Völderndorf schildert die Zustände grauenhaft. Bray teilt seine Depeschen niemandem mit und hat bloß seinen Sohn zur Hand. „Die bayrische Politik gehe einen Weg, welchen er nicht für einen guten halte.“ Aus der Hofgesellschaft, die in die Bäder geht, Anekdoten: Als jemand sagt, daß der König nun doch endlich seine Besuche an den fremden Höfen machen werde, bemerkt Graf P.: „Möge Gott wollen, daß er nur nicht nach Berlin geht.“

1870, 12. Mai. Graf Bray, v. Werthern, v. Völderndorf erwarten einen vollkommen ruhigen und tatlosen Sommer. Pranckh will im Militärbudget keinerlei Konzession machen. Bray wünscht aber nicht Minister zu bleiben; er denke an von der Pfordten oder Gasser in Stuttgart als Nachfolger. Der König werde aber nach Schluß des Landtags Hohenlohe haben wollen.

1870, 19. Mai. Graf Bray meint, daß man in Berlin über die Ernennung Gramonts zum Minister des Äußern weniger erfreut sein werde, als in Wien.

1870, 9. Juni. Furchtbare Stimmung wegen der Kammerzustände. Graf Bray will resignieren, der König denkt aber nicht daran, einzugreifen; er lebt in Phantasien mehr als je.

1870, 22. Juni. Allgemeine Lage sehr irritiert; der König nach Berg in vollster Zurückgezogenheit. Prinz Otto sehr krank; zerrüttet im ganzen Nervensystem. Besuche des Königs in Stuttgart und Wien sind abgesagt worden.

— Ferienruhe.

Zu Seite 227 ff. Ein mir bekannt gewordenes Memoire über die Entstehung des deutsch-französischen Krieges von einem mir unbekannten, aber genau unterrichteten Verfasser hat mir als Grundlage für die Darstellung gedient und bestätigt im wesentlichen alles, was ich für den Ausbruch des Krieges als entscheidend angeführt habe. Da wo die Lücken unserer Kenntnisse sich für jedermann deutlich erkennen lassen, kann man vorläufig nur auf das Urteil solcher Personen rekurrieren, die den Dingen nahegestanden und Gelegenheit gehabt haben, sich rechtzeitig ein Urteil über die wahrscheinlichen Entstehungsursachen des Krieges zu bilden. Dementsprechend darf man sagen, daß der Krieg für die Lösung der deutschen Frage vom Fürsten Bismarck als notwendig erkannt war.

Herzog Ernst II. von Koburg würde mit dem in dem folgenden Memoire ausgeführten Begründungen nach wiederholten Versicherungen, die er mir gemacht hat, vollkommen übereingestimmt haben, indem er ebenfalls auf das bestimmteste jede ernste Absicht des hohenzollerischen Fürstenhauses, den spanischen Thron zu erlangen, leugnete. Fürst Karl Anton habe, wenn vom französischen Krieg die Rede war, immer Bemerkungen gemacht, die ungefähr lauteten: „Wir waren unschuldig daran."

In dem ersten Band der Publikation von Horst Kohl — „Kaiser Wilhelm I. und Bismarck" — befindet sich ein vertrauliches Billet des Kaisers an Bismarck gerichtet, datiert Berlin, den 26. Februar 1870, welches lautet:

„Die Einlage fällt mir wie ein Blitz aus heiterer Luft auf den Leib! Wieder ein Hohenzollerischer Kron-Kandidat und zwar für Spanien. — Ich ahndete kein Wort und spaßte neulich mit dem Erbprinzen über die frühere Nennung seines Namens und Beide (d. h. Vater und Sohn) verwarfen die Idee unter gleichem Spaß! Da Sie vom Fürsten Détails erhalten haben, so müssen wir conferiren, obgleich ich von Hause aus gegen die Sache bin."

Ihr

W.

P. S. „Ihre Rede und Repliquen habe ich sehr aufmerksam gelesen und billige sie durchaus. Aber man muß sie ganz lesen, da einzelne Sätze à la Miquel herausgerissen, ganz falsch interpretirt werden können!"

Die Äußerungen des Kaisers über Hohenzollerische Kandidatur für die Krone Spaniens sind ein wertvoller Beweis dafür, daß er entschieden gegen dieses gewagte Experiment gesinnt war. Schon das erste Wort — die Einlage — zeigt, daß die Wahrheit der Sachlage verdeckt bleiben sollte, denn die Einlage fehlt. Und diese Einlage enthält den Kernpunkt der ganzen Frage, da sie bekundet, daß der Kaiser von einer Hohenzollerischen Kandidatur nichts wußte, obgleich Fürst Bismarck schon mit dem Fürsten und Erbprinzen von Hohenzollern über die Frage konferiert hatte. Beide waren aber entschieden gegen solches Unternehmen und erklärten nur dann entgegenkommen zu wollen, wenn der Kaiser es wünsche und es den Interessen seiner Regierung und seines Hauses entspreche.

Wir finden in dem genannten Buch von Horst Kohl über diese wichtige Frage der Hohenzollern-Kandidatur außer dem besprochenen Brief des Kaisers an Bismarck nichts Weiteres bis zum Zeitpunkt der Verhandlungen mit Napoleon III. über die Kapitulation von Sedan. — Bei dieser Besprechung führt Bismarck aus, die spanische Erbfolgefrage sei nie als eine Kriegsfrage betrachtet und behandelt worden. Bismarck sagt dem Kaiser Napoleon, daß in Deutschland niemand den Krieg gewollt habe, namentlich Kaiser Wilhelm nicht und daß die spanische Frage für keine deutsche Regierung ein Interesse, welches eines Kriegs wert gewesen wäre, dargeboten hätte. Die Stellung Kaiser Wilhelms zu der spanischen Thronbesetzung sei schließlich durch den Gewissenszweifel bestimmt worden, ob es recht sei, der spanischen Nation den Versuch, durch diese Königswahl zur Wiederherstellung dauernder innerer Einrichtungen zu gelangen, aus persönlichen und dynastischen Bedenken zu verkümmern; daran, daß es dem Erbprinzen gelingen würde, sich

mit Seiner Majestät dem Kaiser über die Annahme der spanischen Wahl in befriedigendes Einvernehmen zu setzen, hätte Kaiser Wilhelm bei den langjährigen guten Beziehungen der Mitglieder des fürstlichen Hauses Hohenzollern zum Kaiser Napoleon niemals Zweifel gehegt, dies aber nicht als eine deutsche oder preußische, sondern als eine spanische Angelegenheit angesehen.

Aus diesen Mitteilungen ist nur zu ersehen, was Bismarck dem Kaiser Wilhelm berichtete, nicht aber, welchen Gang die Besprechung der spanischen Angelegenheit mit Napoleon III. genommen hat.

Um also beurteilen zu können, wie die spanische Successionsfrage entstanden und verlaufen ist, muß man auf den Anfang des Jahres 1870 zurückgehen und zunächst sehen, wann Kaiser Wilhelm zum erstenmal von der Hohenzollerischen Kandidatur erfaßt wurde. Das zeigt uns sein Brief an Bismarck vom 26. Februar 1870. Der Bericht Bismarcks an Kaiser Wilhelm über die Unterredung mit Napoleon III. ist datiert Donchery, den 2. September 1870 und zwischen diesen beiden Daten sind viele Schriftstücke gewechselt worden, welche die spanische Successionsfrage betreffen. Daß diese Schriftstücke nicht publiziert werden, verstehen nur diejenigen Zeitgenossen, welche diese ganze Angelegenheit miterlebt haben und wissen, daß hier eine der wichtigsten Fragen vorliegt, welche die ganze politische Lage erklärt und die großen Ereignisse dieser Zeit verständlich macht.

Es ist bekannt, daß die erste Anregung zur Hohenzollerischen Thronkandidatur in Spanien von General Prim ausging. Während einiger Zeit gelang es ihm für dieses Projekt Sympathien in Spanien zu erwecken. Bald aber trat der Gegensatz zu Frankreich hervor und bedrohte die Sicherheit der Beziehungen Spaniens zu Frankreich. Die beginnenden Sympathien der Spanier für die Hohenzollerische Kandidatur verminderten sich mehr und mehr. Nun wurde versucht diese Sympathien von deutscher Seite zu wecken und zu stärken. Eine sehr vertrauliche Mission wurde nach Spanien gesandt, die den Auftrag hatte mit Prim die Bewegung für die Hohenzollerische Kandidatur lebendig zu erhalten. Wertvolle Aufzeichnungen bestehen darüber.

Deren Geheimhaltung ist aber bisher streng beobachtet worden, da ein Bekanntwerden derselben die bestehende historische Auffassung über die eigentlichen Motive des deutsch-französischen Kriegs von 1870—71 vollkommen ändern würde. Nur eines steht fest — Kaiser Wilhelm I. wollte die Hohenzollerische Kandidatur für die spanische Königskrone nicht und ahnte nichts von der Beauftragung zweier geheimer Kommissäre, welche die Bestimmung hatten, diese Thronfolgefrage im Laufe zu erhalten. Er stand daher der französischen Kriegserklärung ganz unbefangen gegenüber und wies die Forderung Napoleons III., auf die Thronfolge in Spanien zu verzichten, mit der Versicherung zurück, daß er nicht daran denke. So ist die Begegnung mit dem Abgesandten Napoleons in Ems zu verstehen. Aber ebenso ist zu verstehen, daß Napoleon wirklich hoffte, mit Beseitigung der spanischen Frage auch den Krieg zu vermeiden. Es war also kein eigentliches Ultimatum, sondern ein letzter Versuch, diese Streitfrage zu beseitigen. Die Unbefangenheit Kaiser Wilhelms erklärt aber auch die Bestimmtheit seiner Antwort und die Weigerung, den Gesandten nochmals zu empfangen. Er war so überzeugt, daß

die Hohenzollerische Thronkandidatur eine erledigte Sache sei, daß das wiederholte Drängen Napoleons ihm als eine unnötige Sorge erschien. Napoleon hingegen war unter dem Eindruck des nachhaltigen Drängens der preußischen geheimen Mission in Madrid. Der Kriegsausbruch erfolgte also gegen den Wunsch beider Herrscher und die Kriegserklärung von Frankreich war das Werk der Kriegspartei, welche hoffte, das Kaiserreich dadurch zu erhalten und zu befestigen.

Man kann also sagen, der Krieg wurde zu Gunsten Deutschlands erreicht und damit ein großer Erfolg herbeigeführt. Es war also System in dieser Politik, um so mehr als die militärische Vorbereitung seit 1866 eine sehr vollständige war und unsere Mobilmachung konnte in so kurzer Frist vollzogen werden, daß schon am dritten Tag der vollständige Ausmarsch aller Truppenteile erfolgte.

Wenn man nun diese Tatsachen mit den Schilderungen vergleicht, die seither als wirkliche Geschichte gelten, so ergibt sich die bedauerliche Erscheinung, daß die Ereignisse nicht zur Feststellung der Wahrheit dargestellt wurden, sondern als Folie dienen mußten, um den eigentlichen Grund von Ursache und Wirkung zu decken.

Die Schädigung des Andenkens Kaiser Wilhelms I. ist durch die letzten Publikationen, man kann sagen — systematisch betrieben worden. Eine allmähliche Klarstellung wird hoffentlich erreicht werden und damit die Widerlegung dieser Darstellungen eintreten. Aber auch für andere werte Persönlichkeiten ist eine Verteidigung dringend notwendig.

Anschließend an die hier behandelten Fragen über die Hohenzollerische Kronkandidatur und die damit verbundene Kriegsursache ist es eine Pflicht, den Fürsten Karl Anton von Hohenzollern und seinen Sohn Erbprinz Leopold zu schützen.

Das historische Werk Sybels über die Gründung des Deutschen Reichs schildert die Tätigkeit des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern bezüglich der spanischen Kronkandidatur in einer ganz falschen Weise. Der Fürst wird vom Standpunkt persönlicher Ambition beurteilt, wie wenn er für seine Familie diese spanische Kronrechtsfrage um jeden Preis lösen wollte. Es wird behauptet, er habe die Sache nie ruhen lassen, sie immer wieder aufgegriffen und den Grafen Bismarck gedrängt, auf der Durchführung dieser Frage Frankreich gegenüber zu bestehen. Er habe den Kaiser Napoleon für seine Interessen zu gewinnen gesucht und damit den französischen Gegensatz für Preußen zu beseitigen gehofft. — Gerade in diesem Bestreben war es Graf Bismarck, der den Fürsten gedrängt hat, sich mit Napoleon zu verständigen, während der Fürst dagegen widerstrebte und erklärte, nur auf besonderen Wunsch, ja Befehl, des König Wilhelm würde er überhaupt in dieser Frage vorgehen. Bald aber überzeugte sich der Fürst von Hohenzollern mehr und mehr, daß König Wilhelm die spanische Thronfrage nicht behandelt wissen wolle, während Fürst Bismarck dieselbe fortdauernd betrieb. Ja er versuchte wiederholt den Fürsten von Hohenzollern zu überzeugen, daß König Wilhelm doch noch nachgeben werde, und deshalb möge der Fürst die Sache fest im Auge behalten. Alle diese Versuche blieben erfolglos, aber der Fürst von Hohenzollern hat sehr darunter gelitten und wurde im öffentlichen Ur-

teil sehr geschädigt, da man ihn für ambitiös und intrigant hielt. Diese Beurteilung war um so bedauerlicher, als Fürst von Hohenzollern sich um Preußen und König Wilhelm, aber auch um Deutschland große Verdienste erworben hat, die nie richtig gewürdigt worden sind, am wenigsten vom Fürsten Bismarck, der seine ganze Vertrauensstellung bei König Wilhelm dem Fürsten von Hohenzollern verdankte, durch den Bismarck dem König zu seinem Nachfolger als Ministerpräsident vorgeschlagen wurde.

Die spanische Thronfolgefrage nahm ihren weiteren Fortgang in der schon angedeuteten Weise durch die Absendung zweier angesehener Persönlichkeiten, welche der Gesandtschaft in Madrid zugeteilt wurden, um gewissermaßen privatim die Frage in Bewegung zu erhalten. Das Ende davon waren die Emser Erlebnisse und die Kriegserklärung des Kaiser Napoleon an König Wilhelm

Ich berühre diesen geheimen Teil der Frage nochmals, weil es erforderlich bleibt festzustellen, daß die Kriegserklärung so unerwartet und überraschend kam, daß wir unvorbereitet in diese Kriegslage eintraten, die gewiß ganz anders vorbereitet worden wäre, wenn König Wilhelm die Gefahren der hier bezeichneten Politik gekannt hätte. Von dem Augenblick an, da dem König die große Gefahr der Lage klar war — begann seine fürsorgende Tätigkeit für die Bereitschaft der Armee und es bewährte sich die Vortrefflichkeit der gesamten Organisation in einem Maße, das man erlebt haben muß, um es ganz zu würdigen. Der große Fehler Bismarcks, insgeheim zum Krieg zu drängen, ohne die Mitwirkung der leitenden militärischen Kräfte in Anspruch zu nehmen, ist durch König Wilhelms Voraussicht schadlos geworden. — Wie in diesem Fall, so ist aber auch später noch manche politische Frage durch König Wilhelms Kraft und klare Einsicht korrigiert aus drohender Verwirrung hervorgegangen. Das Vertrauen zu seinem geraden und selbstlosen Wesen hat wesentlich geholfen, die Einigung der deutschen Fürsten zur Schaffung des deutschen Kaiserreichs herbeizuführen. Immer noch wird zu wenig erkannt, welch' hohe Verdienste König Wilhelm sich in dieser ereignisreichen Zeit erworben, und zwar nicht nur auf politischem Gebiet, sondern ganz besonders noch in der oberen Leitung der Armee! Diese Anerkennung ist zwar unter seinen Zeitgenossen zweifellos, aber die Kritik der neueren Zeit glaubt am Schreibtisch mehr zu wissen und kombiniert mit erfinderischem Geist die wunderbarsten Annahmen und Erfindungen.

Zu Seite 294. Über den Aufenthalt des Kronprinzen in München spricht der Bericht des oldenburgischen Staatsrats Jansen an den Großherzog von Oldenburg nach dessen Unterredung mit dem Großherzog von Baden. 19. September 1870. Se. Exzellenz Herr Staatsminister Jansen hat mir mitgeteilt, es sei ohnehin seine Absicht, seinen ganzen umfangreichen Bericht demnächst einmal zu veröffentlichen; so daß dies hier gern unterbleiben kann.

Zu Seite 325. Die Veröffentlichung aus dem Nachlasse des Grafen Bray kann nicht genug dankbar benützt werden; jedoch sind die von dem Herausgeber den Aktenstücken hinzugefügten Bemerkungen, die in der Regel

ganz vortrefflich sind, genau zu beachten. Zu warnen ist vor allem, den Depeschen des Baron Perglas aus Berlin eine allzu wörtliche Folge zu geben. Dieser bayrische Gesandte in Berlin war überhaupt eine diplomatische Anomalie, die einen erneuten Beweis der wirklich unglaublichen Schwäche Bismarcks gegenüber von Bayern tagtäglich zu liefern schien. An keinem Hofe der Welt würde ein solcher boshaft gesinnter Feind des Staates, bei dem er akkreditiert war, auch nur eine Woche sich gehalten haben. Bismarck scheint aber mit Herrn von Thile ein besonderes System erfunden zu haben, um mit diesem „Staatsmann" zu verkehren, d. h. es wurden ihm solche Dinge gesagt, wie in seinen Depeschen vom 6. und 7. August zu lesen sind. Wenn sich aber der Historiker verleiten ließe, daraus Schlüsse zu ziehen, so würde er seine Unerfahrenheit in solchen Dingen damit bekunden. Es würde daher auch ganz voreilig sein, den Fürsten Bismarck zu beschuldigen, daß er am 6. August 1870 wirklich so gedacht habe, wie dieser alberne bayrische Diplomat, von Herrn von Thile vielleicht absichtlich irre geführt, es behauptete. Schon der Herausgeber des Brayschen Nachlasses sagt als kundiger Mann ganz richtig: „Staatssekretär v. Thile und der Berliner bayrische Gesandte Baron Perglas waren in keiner Beziehung die Personen, durch deren Besprechungen die nationale Frage hätte gewinnen können. Thile wußte, wie es scheint, von Bismarcks Absichten so gut wie nichts." Trotz dieser Warnung setzt sich mancher Historiker jetzt in den Kopf, Bismarck hätte am 6. August überhaupt auch für seine Person noch nicht an den deutschen Kaiser gedacht, was ja töricht ist, da er notorisch schon 1866 diese Sache erwogen, wenn auch zunächst negativ entschieden hat. Vierzehn Tage später hatte der Großherzog von Baden schon allen Grund zu glauben, daß der Kanzler die Sache in Aussicht nahm, wenn ihm auch der gangbare Weg schlechterdings noch nicht erkennbar war.

Zu Seite 246. Sachkundige und vertrauenswürdige Nachfragen haben ergeben, daß General von Versen nichts hinterlassen hat, was für die Kenntnis seiner im Früjahr 1870 mit Lothar Bucher unternommenen Reise nach Madrid von Bedeutung wäre. Dagegen hat der General zu Lebzeiten einen Bericht über diese Reise Allerhöchsten Orts vorgelegt.

Zu Seite 342. Eines der denkwürdigsten Aktenstücke ist das Schreiben Bismarcks, Versailles, 12. Oktober, an den Grafen Flemming, worin Mitteilung gemacht wird von der Annahme des Antrags Badens in den Norddeutschen Bund einzutreten. Der Großherzog von Baden schreibt hierüber Karlsruhe, 16. Oktober:

„Eine wichtige Nachricht führt mich noch heute Abend spät zu Ihnen:

An Graf Flemming traf heute aus Versailles, den 12. folgendes Schreiben von Graf Bismarck durch einen Feldjäger ein:

„Der von E. Hochwolgeboren in Ihrem gefälligen Bericht v. 3. d. Mts. in Aussicht gestellte Antrag der Gr. badischen Regierung auf den Eintritt des Großherzogthums in den norddeutschen Bund ist am 5. d. Mts. von dem Gr. Gesandten in Berlin übergeben worden und mir vor einigen Tagen zugegangen.

Wir haben in diesem Antrage und in dessen Motivirung zu unserer lebhaften Genugthuung einen neuen Beweis der hohen nationalen Gesinnung gefunden, von welcher die deutsche Politik der Gr. Regierung im Laufe der letzten Jahre ununterbrochen geleitet gewesen ist, und von welcher zahlreiche Acte sowol der Landesgesetzgebung als des internationalen Rechts ein beredtes Zeugnis ablegen. Wir sind daher zu neuer Verhandlung über die Modalitäten des Eintritts des Großherzogthums mit Vergnügen bereit. Was den Ort und die Zeit dieser Verhandlungen betrifft, so will ich den Wünschen der Grhzl. Regierung nicht vorgreifen. Ew. Hochwolgeboren wollen jedoch dem Herrn Freiherrn v. Freydorf mittheilen, daß analoge Verhandlungen mit der kgl. Württembergischen Regierung bevorstehen, zu deren Führung hierher zu kommen die kgl. Württembergischen Herrn Minister des Kriegs und der Justiz sich erboten haben. Ich habe dieses Anerbieten angenommen und würde gern bereit sein, auch die Verhandlungen mit Baden hier zu führen, wenn Herr von Freydorf oder einer seiner Herrn Collegen sich zu diesem Zwecke nach Versailles begeben wollte.

Ew. Hochwolgeboren wollen dem Herrn v. Freydorf den gegenwärtigen Erlaß mittheilen und mich von seiner Rückäußerung gefälligst in Kenntnis setzen.

gez. v. Bismarck.

Fast gleichzeitig kam ein Brief von Mohls aus München, der berichtete, unser Antrag habe Württemberg getrieben es uns noch zuvor thun zu wollen und in München sei man über Württemberg sehr erbost, fühle sich aber auch ebenso isolirt als rathlos. Graf Bray wisse nicht, ob der König von Bayern eine etwaige Einladung zu Conferenzen in obigem Sinne annehmen werde. Mit diesem Brief vom 15. kam aber auch ein Telegramm von Mohls von heute, worin er meldet, Bayern nimmt die Einladung zum Eintritt in den norddeutschen Bund, resp. Verhandlungen darüber an. Die Bevollmächtigten reisen Mittwoch.

Der Gr. Hessische Gesandte in Berlin sagte vorgestern dem Herrn v. Türckheim, daß, nachdem Baden den Antrag auf Eintritt in den Nordbund gestellt habe, Hessen nunmehr nicht länger werde widerstreben können auch mit Südhessen beizutreten.

Wir haben also in der deutschen Einigungsfrage einen großen Schritt vorwärts gethan und dürfen hoffen, daß die weiteren Schritte sich nun von selbst daraus ergeben werden. Von selbst, insofern wir nicht ermüden, stets vorwärts zu treiben und der weitern Entwicklung die Wege zu ebnen.

Ich verzichte noch nicht auf die Hoffnung von Graf Bismarck nun Antwort auf die Kaiserfrage zu erhalten, denn diese Frage wird durch ihre Lösung manche Schwierigkeiten beseitigen, zu denen die bevorstehenden Verhandlungen in Versailles Veranlassung geben werden. Bayern wird erst aufrichtig mitgehen, wenn es zum Reich gehört und den Kaiser über sich hat 2c.

Ihr

Friedrich.

Zu Seite 346. Versailler Verhandlungen. Treffliche Bestätigung anderer Aufzeichnungen gewähren Niederschriften des Großherzogs Peter von Oldenburg, die ich hier mitteile, obwohl sie nur wiederholen, was schon im Texte mitgeteilt ist.

Versailles, d. 20. November 1870.

Gestern beim Diner beim König war Bismarck. Nach Tisch fragte ich ihn über den Stand der Dinge, er sagte mir, mit Württemberg sei die Verständigung gesichert. Mit dem Bayrischen Minister sei er soeben persönlich einig geworden, es sei nur die Frage ob Roon und der König zufrieden seien, er werde seinen ganzen Einfluß einsetzen und falls er nicht durchdringe, offen im Reichstag erklären, woran die Verständigung gescheitert sei, und die Verantwortung von sich ablehnen; abgehen könne er nicht, da er im jetzigen Moment den König nicht allein lassen könne. Bayern habe er Post- und Telegraphen-Verwaltung zugestanden, Selbstständigkeit im Oberkommando der Armee, gewisse Freiheit in der Militair-Verwaltung; in Bezug auf Präsenz, Procentsatz der Einstellung, Officiersgagen ꝛc. seien die Norddeutschen Normen maßgebend, die volle Competenz der Gesetzgebung erkenne Bayern aber an. Bayern sei auch wegen des Kaisertitels einverstanden. Es sei wichtig, daß dies von den Fürsten und nicht vom Reichstag ausgehe. Ein Volkskaiser sei gefährlich. Der König würde sich jetzt nicht gegen die Annahme sträuben. 1866 sei er entschieden dagegen gewesen. Der König sei conservativ; ein alter Graf lasse sich nicht gerne General nennen, so der König. — Bismarck sagte, jetzt müsse die Einigung zu Stande kommen, sonst sei erst 1875 bei Ablauf des Zollvertrags Gelegenheit, es würden im Reichstag und in Bayern Recriminationen kommen, welche im Ausland schlechten Eindruck machten ꝛc. Die Idee eines Oberhauses, in dem die Fürsten und Mediatisirten säßen, hätte die Sache erschwert, davon wolle man in Bayern nichts wissen. Sehr erschwert seien ihm auch die Verhandlungen dadurch, daß Bennigsen und Lasker in München erklärt hätten, der Reichstag werde alle billigen Wünsche Bayerns berücksichtigen; dadurch sei es ihm unmöglich geworden, den Bayrischen Wünschen zu widerstehen, der Rückhalt am Reichstag habe ihm gefehlt.

Den 23. Nov.

Minister von Lutz theilte mir soeben mit, daß die Verständigung mit Bayern erreicht sei, und wahrscheinlich morgen der Vertrag wegen des Anschlusses unterzeichnet werden würde. Er habe gestern Abend in einer dreistündigen Conferenz mit Bismarck noch alle Punkte durchgenommen und überall sei Einverständnis erreicht. Ein Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten werde im Bundesrath unter Bayerischem Präsidium eingerichtet, in dem auch die Königreiche vertreten sein müßten. Post und Telegraph behielte Bayern unter Gesetzgebung des Bundes. Der Oberbefehl der Armee verbleibe im Frieden dem König, doch unter Inspection des Bundes, das Armeebudget verbleibe Bayern, doch werde die Gesammtsumme vom Reichstag festgesetzt. Art. 68 (Kriegszustand) trete für Bayern erst ein, nachdem ein neues Gesetz darüber erlassen sei. In Betreff der Kaiserfrage hätte der Bayerische Minister wieder dringend den König ge-

beten, die Initiative zu ergreifen, sowohl brieflich wie telegraphisch. Bismarck habe versprochen seinen ganzen Einfluß aufzuwenden, daß der Reichstag sich in dieser Frage passiv verhalte, bis ihm Vorlagen zugiengen. Es sei zu hoffen, daß der König von Bayern an die Fürsten die Aufforderung erlasse, mit ihm gemeinschaftlich die Kaiserwürde dem König von Preußen anzubieten. **Wegen des Titels sei es unzweifelhaft, daß Kaiser von Deutschland** gewählt werde.

Die Fassung des Art. 11 der B. V. sei noch nicht erwogen. Ich gab ihm den Entwurf und wies auf die Wichtigkeit hin, daß auch jetzt gleich erreicht wird, daß die Bezeichnung Reichsarmee, Reichsmarine 2c. 2c. eingeführt werde und daß ferner Seitens der Armee die deutsche Cocarde getragen werde.

Herr von Lutz erzählte mir, daß Bennigsen und Lasker sich in München erklärt hätten, der Reichstag werde bayrischen Sonderwünschen alle Rücksicht zu theil werden lassen, und dies auch schriftlich gethan hätten. Dies Actenstück hätte er Bismarck gezeigt, als derselbe sich immer auf den Reichstag berufen hätte; und derselbe sei sehr erstaunt darüber gewesen, habe aber gute Miene zum bösen Spiel gemacht und sich eine Abschrift ausgebeten, um nötigenfalls sich darauf dem Reichstag gegenüber stützen zu können.

Ich schließe hieran gleich ein Schreiben des Kabinets-Sekretärs G. G. Jansen an das großherzogliche Ministerium in Oldenburg, welches eigentlich zum siebenten Kapitel und zur Wiederherstellung des Kaisertums gehört:

Das anliegende vom Grafen Bismarck mitgetheilte Schreiben S. M. des Königs von Bayern an S. M. den König von Preußen vom 30. v. M. ist gestern durch Vermittlung des Prinzen Luitpold von Bayern hier überreicht worden.

Ueber die Genesis dieses Vorganges sind von S. k. Hoheit dem Großherzog auf Grund heutiger Ermittelungen folgende Notizen hergegeben.

Der erste Anstoß zu dem Schritt des Königs von Bayern ist von S. Kön. H. dem Großherzog von Baden ausgegangen. Von diesem ist vor einiger Zeit in einem Schreiben an den König Ludwig der Gedanke der Uebertragung der deutschen Kaiserwürde auf den König von Preußen zuerst angeregt und der König um Einleitung der Initiative ersucht worden. Der König von Bayern sendete in Anlaß dieses Schreibens den Oberststallmeister Grafen von Holnstein nach Versailles zu weiterer mündlicher Besprechung der Angelegenheit zunächst mit dem Großherzog von Baden. Graf Holnstein traf am 25. v. M. hier ein und wurde vom Großherzog von Baden direkt an den Grafen Bismarck verwiesen, der zuerst über das Erscheinen dieses nicht direkt legitimirten Unterhändlers ziemlich frappirt gewesen sein soll, demnächst aber, auf den Gedanken selbst eingehend, dem Grafen die Form bezeichnete, in welcher nach seiner Ansicht die offizielle Anregung desselben am angemessensten zu geschehen haben würde.

Der Graf reiste nach seiner Unterredung mit dem Bundeskanzler ohne Verzug zurück und erreichte Hohenschwangau noch vor den inzwischen

ebenfalls von Versailles abgereisten Bayrischen Ministern, welche die Reise unterwegs mehrfach unterbrochen hatten. Der König, obgleich leidend, empfing den Grafen sofort und das Ergebnis seines Vortrages war das königl. Schreiben vom 30. v. Mts., mit welchem der Graf am 2. d. Mts. wieder in Versailles eintraf.

Vom König von Bayern erzählt man die Aeußerung, der König von Preußen, jetzt sein Nachbar, werde, wenn er die deutsche Kaiserkrone trage, sein Landsmann.

Dem König von Bayern haben heute die Großherzöge von Baden, von Sachsen-Weimar und von Oldenburg, sowie der Herzog von Coburg-Gotha ihr volles Einverständnis mit dem von ihm unternommenen Schritt und ihren Dank für seine Initiative telegraphisch ausgesprochen. Außerdem ist vom Großherzog von Baden von hier aus an die bei der zweiten Armee sich aufhaltenden Fürsten — den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, den Herzog von Meiningen, den Herzog von Altenburg und den Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt telegraphirt, um eine gleiche Aeußerung auch von ihrer Seite zu veranlassen.

Versailles 1870, Dezember 4.

Jansen.

Zu Seite 359. Ich will an dieser Stelle nicht unterlassen, mancherlei Überlieferungen zu charakterisieren, die durch litterarische Gehilfen des Fürsten Bismarck von der Sorte des Herrn Busch entstanden sind. So schien mir nötig in meiner Schrift über den Großherzog Friedrich von Baden dessen Verhältnis zu Bismarck zu kennzeichnen und gegenüber den Albernheiten in „Büschchens“ Tagebuchblättern klar zu stellen (vgl. Großh. Friedrich, S. 120):

Wie von den meisten in Versailles anwesenden fürstlichen Persönlichkeiten spricht Herr Busch auch von dem Großherzog von Baden mit der kindischen Bosheit eines untergeordneten Schriftstellers, der da glaubt, den Gedanken seines Meisters dadurch gerecht zu werden, daß er sie übertreibt. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Versailles besuchte der Großherzog den Grafen Bismarck am 12. November, zu einer Zeit, wo er nicht erwartete, daß der Kanzler bei Tische säße. Er hatte daher auch nicht die Absicht zu bleiben, wurde aber in ein Nebenzimmer geführt; Bismarck erschien bald, und es fand ein sehr wichtiges Gespräch statt, welches Bismarck selbst gern verlängert hätte. Dasselbe gab, wie sich gleich zeigen wird, dem Bundeskanzler nur zu viele Gelegenheit, sich der Verdrießlichkeiten zu erinnern, die ihm soeben von anderer Seite gemacht worden waren. Es war daher kein Wunder, daß Bismarck, nachdem der Großherzog ihn verlassen hatte, in wenig guter Stimmung in den Speisesaal zurückgekehrt war. Nun entblödet sich aber Herr Busch nicht, obwohl ihm keine Ahnung vorschwebt, weshalb der Großherzog erschienen war, seinen braven Lesern die Sache so darzustellen, als ob sich Bismarck über den Großherzog unfreundlich zu äußern gehabt hätte. Es widerstrebt mir, die thörichten Auslassungen genauer wiederzugeben.

Die Wahrheit war, daß der Großherzog nach einem Gespräche mit König Wilhelm und in Folge seines Wunsches noch an demselben Tage

den Bundeskanzler aufgesucht hatte. Den Grund dazu gab die plötzliche Abberufung der württembergischen Gesandten, wodurch die süddeutschen Verhandlungen überhaupt sehr fraglich wurden, und über welche der König so beunruhigt war, daß er an dem Gelingen des ganzen Einheitswerkes vollends zu zweifeln begann. Graf Bismarck war natürlich von der Sache zuerst unterrichtet und über den „Streich", der ihm gespielt worden war, im höchsten Grad erzürnt. Er klagte dem Großherzog in recht beweglichen Worten über die Schwierigkeiten, die sich häuften. Er war so entfernt davon, die Unterredung rasch abzubrechen, daß er vielmehr sich des Längeren über seine Absichten erging, die württembergischen Verhandlungen nunmehr an die Oeffentlichkeit zu bringen. Dabei war auch die Rede auf die badischen Verhältnisse gekommen, und als der Großherzog die Befürchtung aussprach, es könnte ja nun der Zwischenfall auch auf die badischen Unterhandlungen störend wirken, war Bismarck ganz erschrocken und bemühte sich, da der Großherzog auf die Schwierigkeiten hinwies, die sich soeben auch bei dem Abschluß der badischen Militärconvention ergeben hätten, dem Großherzog viele höchst vertrauliche Bemerkungen über militärische Persönlichkeiten zu machen, die ich an dieser Stelle lieber nicht mittheilen will. Ebenso unterhielt sich Bismarck mit dem Großherzog über den bayrischen Gesandten in Stuttgart, dem er die Schuld an der Abberufung der württembergischen Minister beimaß. Die ganze Unterredung endigte mit der freundschaftlichsten Verabschiedung. Daß aber die Stimmung des Bundeskanzlers am 12. November bei Tisch keine rosige sein konnte, ist mithin erklärlich.

Wenn Fürst Bismarck dem Großherzog zu Neujahr 1872 nochmals seinen Dank aussprach für die reiche Unterstützung, die er vom Großherzog von Baden in Versailles erfahren, so besagt dies mehr als alle die kindischen Anekdoten, in welchen sich der boshafte Geist in der Umgebung des Fürsten gegenüber deutschen Fürsten Luft machte. Zu meinen, daß durch eine solche Literatur die hohe Gesinnung eines Bismarck gekennzeichnet werden könne, wäre wahrhaft traurig.

Zu Seite 374. In einigen Zusätzen, die Se. königl. Hoheit der Großherzog aus der Erinnerung noch mündlich zu geben wußte, wird betont, daß Graf Bray die Absicht ausgesprochen habe, die Landesabtretungsangelegenheit zu Gunsten Bayerns in amtliche Verhandlung zu bringen, während der Großherzog dringend riet, gerade dies zu vermeiden, da die ganze Angelegenheit dadurch die weiteste Publizität erlangen werde. Ein solcher Streit der deutschen Fürsten um die Kriegsbeute müßte ja aber in ganz Europa den traurigsten Eindruck hervorbringen. Hierauf bemerkte Graf Bray, daß er vermute, die Entschließungen des Königs von Bayern über die abzuschließenden Bundesverträge würden von der Frage einer Vergrößerung Bayerns schwerlich getrennt werden können.

Zu Seite 379. Freydorfs Bericht an das Staatsministerium.
Berlin 1870, 27. November.

Euer Excellenz finden bei Ihrer Ankunft in Karlsruhe Berichte über meine Fortführung unserer in Versailles gemeinschaftlich begonnenen Ver-

handlungen über die Gründung eines Deutschen Bundes. Hiernach steht heute noch das Ergebnis der Berathungen des Reichstags über den Norddeutsch-Badisch-Hessischen Vertrag, der Berathungen des Bundesraths und Reichstags über den vorgestrigen Vertrag mit Württemberg und die Vorlage des Vertrags mit Bayern an die Vertreter der andern Süddeutschen Staaten, dem Bundesrath und Reichstag aus.

Der Vertrag mit Württemberg wird morgen im Bundesrath besprochen werden und voraussichtlich zu keinem Anstand Anlaß geben. Während Staatsminister Delbrück wünschte, daß die Verträge mit Württemberg, Baden und Hessen sofort auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt würden, sprach mir Präsident Simson schon vorgestern seine Absicht aus, die Vorlage des Vertrags mit Bayern abzuwarten, damit der Reichstag das Ganze übersehe und damit die allgemeine Debatte über die deutsche Frage mit voller Sachkenntnis in gehöriger Ordnung durchgeführt und in Einem erledigt werden könne. Als am Schlusse der gestrigen Sitzung des Reichstags Staatsminister Delbrück Herrn Simson erklärte, daß der Vertrag mit Bayern erst am Mittwoch, den 25. d. M. in Versailles abgegangen sei, also frühestens am Morgen des 28. hier eintreffen und bekannt sein werde, erklärte es Präsident Simson für unthunlich, den Norddeutsch-Badisch-Hessischen Vertrag, wie gewünscht und ursprünglich beabsichtigt war, schon auf die Tagesordnung von Montag, den 28. d. M. zu setzen und es werden die Verhandlungen des Reichstags über die Verträge schwerlich am Ende dieser Woche erledigt sein. Ueber den Inhalt des Vertrags mit Bayern ist zur Zeit hier auch den Mitgliedern des Bundesraths keine Silbe mehr bekannt, als wie ich am 24. d. M. berichtete.

Ich muß zur vollständigen Orientierung über die Sachlage auf die Verhandlungen mit Württemberg zurückgehen. Einiges über die geheime Geschichte dieser Verhandlungen wollen Euer Excellenz aus den anliegenden Berichten des Herrn von Dusch vom 21. d. M. entnehmen, die ich nach genommener Einsicht Herrn Legationsrath Harbeck auszuhändigen bitte.

Die Krisis in Stuttgart war hauptsächlich durch einen durch den bayrischen Gesandten Herrn von Gasser übergebenen und sekundirten Brief des Königs von Bayern an den König von Württemberg veranlaßt, worin letzterer u. A. beschworen wurde, doch ja nicht ohne Betheiligung Bayerns abzuschließen. Die Württembergischen Bevollmächtigten wurden in diesem Sinne instruirt. Es half nichts, daß dieselben auf Grund eines ihnen von den Norddeutschen Bevollmächtigten vertraulich eröffneten Protokolls nachwiesen, daß Bayern einen durchaus egoistischen Standpunkt in den Verhandlungen einnehme, daß es nur seinen Vortheil, nicht die Interessen anderer Süddeutschen Staaten verfolge, daß Bayern das Angebot des Titels des Kaisers und die Idee eines Reichs gegen lediglich an Bayern zu machende Concessionen zu verwerthen suche, daß in dem betreffenden Aktenstücke, in welchem die Idee vorwaltete, zunächst zwischen dem Norddeutschen Bunde, Württemberg, Baden und Hessen einen deutschen Bund schließen zu lassen und diesen dann durch den Beitritt des Königreichs Bayern zu einem Kaiserreiche mit besonders privilegirter Stellung Bayerns zu erheben . . . . Die Folge war, daß der Nord-

deutsche Bund, Baden, Hessen einerseits, Bayern andererseits bedroht war, daß, wenn Württemberg nicht sofort abschließe, Bayern ihm zuvorkommen und seinerseits allein abschließen werde. . . . . Die Württembergischen Bevollmächtigten wurden angewiesen, ohne besondere Ermächtigung aus Stuttgart nicht zu unterzeichnen, und mußten zur Beseitigung der eingetretenen Bedenken und Hindernisse selbst nach Stuttgart abreisen. Sie überwanden die Hindernisse, reisten mit ausreichenden Vollmachten, aber mit gebundenen Händen nach Berlin.

Die auf der Reise des Staatsministers Delbrück von Versailles nach Berlin stattgehabte Zusammenkunft mit dem Württembergischen Finanzminister Renner und Finanzrath Riecke hatte lediglich die Württembergischen Bedenken wegen der Weinsteuer, der Amerikanischen Waggons zum Gegenstande, welche in dem Protokoll vom 25. beschwichtigt sind.

Man kann sich nach alledem die Genugthuung denken, mit welcher die Württembergischen Bevollmächtigten am Abende des 25. d. M. die Nachricht nach Stuttgart telegraphirten, daß nun, wie sie vorhergesehen, Bayern am 23. d. M. ohne Württemberg in Versailles abgeschlossen habe, und daß in der Eröffnungsrede des Reichstags Württemberg als der einzige außerhalb des Bundes stehende deutsche Staat erschienen sei. Die Folge war die umgehend am 25. d. M. eingetroffene Weisung an die Württembergischen Bevollmächtigten, nun schleunigst abzuschließen.

Während noch am Mittag des 24. d. M. Staatsminister Delbrück darüber geklagt hatte, daß die genannten Bevollmächtigten mit gebundenen Händen hierher zurückgekommen seien, daß wegen jeder Fassung und jedes Kommas in Stuttgart angefragt werden müsse und er nicht absehe, wie und wann die Verhandlungen zu Ende kommen sollten, wenn er sich natürlich auch seinerseits nicht jedem Diktat der Herren in Stuttgart füge — erfolgte am 25. d. M. ganz unerwartet die Einladung zum Abschlusse mit Württemberg und dieser Abschluß selbst.

Ich erwarte die beglaubigten Abschriften des Protokolls.

Die Württembergischen Bevollmächtigten glauben, daß, wenn Bayern außer gleichgiltigen Ehrenrechten gewisse — namentlich finanzielle Vortheile zugestanden erhalten hätte, z. B. Verfügung des bayrischen Landtags über das Militärbudget (Möglichkeit der Verwendung unter 225 Thaler per Kopf der Friedensstärke), geringeren Präsenzstand des Heeres — auch der Vertrag mit Württemberg an Verweigerung der Zustimmung der Stände und der Ratification des Königs scheitern würde.

Auch von Seite von Mitgliedern des Reichstags wurde schon leise angefragt, ob vielleicht ein eventuelles Scheitern des Bayrischen Vertrags erwünscht sei. Wir haben einen Theil der Entscheidung dieser Frage in der Hand. Im Zweifel und wenn keine ungebührlichen, den anderen Südstaaten oder dem Ganzen politisch oder finanziell nachtheiligen Zugeständnisse gemacht sind, werden wir aus schon besprochenen Gründen für Zustandekommen des Vertrags oder wenigstens nicht dagegen zu wirken haben.

Ich hielt mich aber verpflichtet, Euer Excellenz, die wohl von dem Stande der Dinge in Versailles, vielleicht vom Inhalt des bayrischen Vertrags Kenntnis haben, auch möglichst genau über die hiesige Lage der

Angelegenheit zu unterrichten, damit die künftige Correspondenz mit voller Sachkenntnis kurz und nöthigenfalls telegraphisch gepflogen werden könne.
rc. v. Freydorf.

Zu Seite 383. Berichte Stichlings an die Großherzogin-Regentin in Weimar vom 25. November bis 10. Dezember 1870. Zu dem Berichte vom 29. November, in welchem auf die verfassungsmäßige Unmöglichkeit hingewiesen ist, die von Bayern erlangten Reservatrechte je wieder los zu werden, finden sich auch von Seite des weimarischen Ministers Thon Randbemerkungen: „Die Bayern eingeräumten bestimmten Rechte im Verhältnis zur Gesammtheit können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaats abgeändert werden, § 26, V."

Zu Seite 388. In der Frage der Teilnahme der Großherzoge an dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten stimmte Stichling (Bericht vom 8. Dezember) für Beibehaltung des ausschließlichen Rechts der Könige.

Zu Seite 397—402 habe ich in den Preuß. Jahrb., Bd. 109, 2. Heft die widersprechenden Angaben des kronprinzlichen Tagebuchs und der Bismarckschen Gedanken und Erinnerungen II, 117 erörtert und kann hier nur wiederholen, daß ich den Verdacht habe, die betreffende Stelle der „Gedanken" sei der in Buschens Tagebuchblättern enthaltenen Mitteilung Bismarcks vom 10. Febr. 1889 entnommen, und ohne Bismarcks Zustimmung wiederholt worden:

> Ich bin durch eine eigenthümliche Verknüpfung von Umständen in der Lage, einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Lesarten des Gesprächs zwischen Kronprinz und Kanzler über die Kaiserfrage zu liefern. Unmittelbar bevor der III. Band des Memoirenwerkes des Herzogs Ernst II. im Druck erschien, hatte ich von demselben den Auftrag erhalten, die Zustimmung des Fürsten Bismarck zur Veröffentlichung von Akten und Briefen desselben aus 1866 und 1870 zu erlangen. Am 14. Oktober 1889 hatte Fürst Bismarck die Güte, mir eine sehr eingehende Unterredung zu gewähren, bei welcher unter vielem Anderen auch die Stellung des Kronprinzen zur Kaiserfrage zur Sprache kam. Die kurz vorher erschienene Schrift Gustav Freytags gab mir Anlaß, Seine Durchlaucht zu bitten, mir zu sagen, ob er die Darstellung Freytags für richtig halte. Indessen ging der Fürst auf eine Besprechung des Freytagschen Büchleins in keiner Weise ein und es machte mir den Eindruck, als habe er dasselbe nicht beachtet. Hingegen verbreitete er sich sofort in sehr ausführlicher Erzählung darüber, wie der Kronprinz ganz abgeneigt gewesen sei, auf die Kaiseridee einzugehen, und daß es ihn Mühe gekostet habe, den Kronprinzen von der Nothwendigkeit zu überzeugen, das Kaiserthum herzustellen. Die hochinteressante Besprechung mit dem Fürsten habe ich sogleich festzuhalten gesucht und meiner Freundin Frau Fanny Hertz in Berlin in die Feder diktirt. Ich bewahrte das mir liebe Manuskript durch viele Jahre still vergnügt, wie ich es mit sehr vielen anderen Papieren und Aufzeichnungen zu thun pflege, ohne irgend das Bedürfniß zu spüren, viel öffentlichen Gebrauch davon zu machen. Als ich im Jahre 1896 mein Buch „Staatsmänner und Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts", worin aus Anlaß einer Charakteristik Freytags von der mir vom Fürsten Bismarck gewährten Unterredung ganz

im Allgemeinen gesprochen ist, dem Fürsten überreichte, schrieb ich ihm, es wäre doch sehr erwünscht, zu wissen, ob ich die mir von ihm am 14. Oktober 1889 mitgetheilten Thatsachen früher oder später einmal veröffentlichen dürfte, oder nicht. Hierauf antwortete der Fürst am 24. Oktober 1896: „er werde mein neues Werk mit Interesse lesen, aber die gestellte Frage würde er nur nach Kenntniß des Textes meiner Aufzeichnung über jenes Gespräch beantworten können, weil ihm der Inhalt seiner Aeußerungen von 1889 außer Erinnerung gekommen sei.“ Hierauf übersendete ich Seiner Durchlaucht meine schon erwähnte originale Niederschrift vom 14. Oktober 1889, und er war so liebenswürdig, diese Aufzeichnung eigenhändig durchzukorrigiren, so daß mir dieselbe ein werthes Andenken an den Fürsten geblieben ist. Aber Seine Durchlaucht wünschte, daß die Sache nicht veröffentlicht werde. Vielmehr hieß es in seinem von Friedrichsruh, den 7. November, datirten Brief: „Ich danke Ihnen für Ihre Mittheilungen vom 26. v. Mts. umsomehr, als ich einen wesentlichen Theil derselben auch soweit sie genau sind, was nicht in allen Details zutrifft, doch für die Oeffentlichkeit noch ungeeignet halte. Die doktrinäre Auffassung des damaligen Kronprinzen über Deutsches Königthum und die Wege zu dessen Herstellung kann man nicht authentisch drucken, ohne noch nachträglichen Verstimmungen bei anderen Dynastien die Thür zu öffnen. Es giebt Kuriosa, die man nicht als historische Erscheinungen behandeln muß, sondern als Verirrungen.“

„Das gesammte Deutsche Königthum greift bis vor Karl den Großen zurück; nachher wird es durch den Kaiserbegriff vollständig ausgeschlossen. In Aachen fand ich ein altes Lied:

„Urbs Aquensis,
Urbs Regalis,
Regni sedes principalis,
Prima regum curia.“

„also königliche Residenz; das war aber wohl vor Karls des Großen Romfahrt und Kaiserkrönung, und wer unseren geliebten Kronprinzen mit dieser mehr als tausendjährigen Reminiszenz vergiftet hat, der war ein politischer Quacksalber. Aber ich halte es nicht für nützlich, diese Giftmischerei historisch als Thatsache anzuerkennen.

Der Ihrige von Bismarck.“

In einem noch energischeren Zusatzschreiben vom 11. November 1896 wurde ich durch Herrn Chrysander bei Rückgabe meiner Zuschrift vom 26. v. Mts. unterrichtet, „daß Seine Durchlaucht bitten läßt, die Blei-Marginalien ebenfalls als vertraulich gegeben ansehen zu wollen.“

Wie sich von selbst versteht, werde ich mich daher stets verpflichtet halten, das mich so sehr ehrende Vertrauen des Fürsten Bismarck nicht zu entweihen. Dennoch war ich außerordentlich erstaunt, in den „Gedanken und Erinnerungen“ die oben bezeichnete Stelle über die „doktrinäre Auffassung des Kronprinzen von dem Deutschen Kaiserthum“ vorzufinden. Und

ich leugne nicht, nach dem Wortlaut des an mich nur 1½ Jahre vorher gerichteten fürstlichen Schreibens, den Verdacht geschöpft zu haben, daß diese Sache in das Buch des Fürsten ohne dessen Vorwissen oder Zustimmung gekommen sein möchte, denn wenn Fürst Bismarck es nicht für nützlich hielt, die „Giftmischerei eines Quacksalbers" historisch als eine für den Kronprinzen entscheidende Tatsache anzuerkennen und diese scharfe Ablehnung im Jahre 1896 ausgesprochen ist, so kann man sich schwer entschließen, zu glauben, daß dem Fürsten bewußt war, in seinem eigenen Werke stehe diese Erzählung wörtlich zu lesen, von der er doch fürchtete, daß sie bei anderen Dynastien noch nachträgliche Verstimmungen hervorrufen könnte.

Eine noch viel bedenklichere Auffassung erhält man nun aber durch den Umstand, daß Herr Busch das Anekdoton schon am 10. Februar 1889 aus dem Munde des Fürsten gehört haben will und daß die Darstellung in den „Gedanken und Erinnerungen" sich doch offenbar wie ein Auszug aus der weitläufigeren Tagebuchsnotiz von Busch liest. Merkwürdig ist es daher jedenfalls, daß die Stelle in den „Gedanken und Erinnerungen" sich an das Buschische Tagebuch vom 10. Februar 1889 deutlich anlehnt, während ich von meiner Unterredung mit Seiner Durchlaucht am 14. Oktober 1889 wenigstens das eine ohne Vertrauensbruch versichern kann, daß Fürst Bismarck mir die Sache nicht unwesentlich anders erzählt hat. Insbesondere betonte der Fürst mir gegenüber den Gegensatz zwischen ihm und dem Kronprinzen schärfer und unversöhnlicher. Einige Reden und Gegenreden, die an und für sich sehr fein und zugespitzt waren, wollte der Fürst bei der Korrektur meines Manuskripts im November 1896 gar nicht mehr gelten lassen, und strich dieselben mit unbarmherzigem Bleistift ganz durch. Verschiedene Nebenumstände, die nach der Erzählung des Fürsten vom 14. Oktober 1889 ein viel deutlicheres Licht auf die entschlossene Gesinnung des Kronprinzen, die Könige zu beugen, werfen konnten, fehlten sowohl in Buschens Tagebuch, wie auch um so viel mehr in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" oder hatten einen anderen Wortlaut; und endlich will ich nicht unbemerkt lassen, daß in der mir vom Fürsten gegebenen Darstellung jede Beziehung zu dem Tagebuch des Kronprinzen, wie sie bei Busch und damit übereinstimmend in den „Gedanken und Erinnerungen" hervortritt, vermieden wurde. Ich erinnere mich vielmehr, daß ich das kronprinzliche Tagebuch in fragender Form erwähnte, der Fürst aber schlechterdings darauf nicht antwortete, so daß ich den Eindruck mit mir nahm, der Fürst möchte seine ein Jahr zuvor im Immediatbericht ausgesprochene Überzeugung nicht aufrecht halten wollen.

Bald nach meiner Unterredung mit dem Fürsten Bismarck hatte ich Gelegenheit, mit Gustav Freytag zusammenzutreffen, dem ich die Frage stellte, wie er die Erzählung Bismarcks mit demjenigen vereinigen könnte, was er selbst in Petersbach von dem Kronprinzen erfahren haben wollte. Ich hielt es nicht für unmöglich, daß nach so langer Zeit vielleicht doch ein Irrtum unterlaufen sein könnte, und daß der Kronprinz zur Zeit des Petersbacher Gesprächs noch nicht ganz entschieden in der Kaiserfrage gewesen wäre, so daß er sich vielmehr die Argumente Freytags angeeignet und dann gegenüber von Bismarck benützt hätte. Allein Freytag war seinerseits so sicher und so wenig geneigt, auch nur um Haaresbreite von seiner Darstellung der

Meinung des Kronprinzen abzuweichen, daß der erzürnte Dichter sich sogar zu einem Vers über den Staatsmann hinreißen ließ, den ich nicht wiederholen möchte. Außerdem behauptete Freytag, seine Erzählung beruhe auf einer Niederschrift, die er sogleich an Ort und Stelle in sein Tagebuch eingetragen habe. Was endlich die Ansichten des Kronprinzen in der Zeit des französischen Krieges betraf, so schlug mir Freytag noch außerdem vor, den Herzog von Koburg, in dessen kleinem Palais in Gotha wir eben beisammen waren, um seine Meinung zu fragen. Dies geschah noch am selben Abend, und der Herzog wiederholte, was er mir schon bei der Lektüre des Tagebuchs versicherte, daß er sich bestimmt erinnere, wie der Kronprinz zwar in früheren Jahren nicht viel von der Herstellung des Kaisertums wissen wollte und namentlich 1866 nicht dafür gewesen sei, daß er aber im Jahre 1870 von Anfang an die Kaiseridee vertreten und sich demgemäß in unzähligen Gesprächen auch vor seinen Herren im abendlichen Zirkel geäußert hätte. Man darf sich also wohl kaum durch mancherlei Gerede irre machen lassen, welches in Versailles in Kreisen deutscher oder englischer Zeitungskorrespondenten stattfand und wovon ein gewisser Mr. Austin in dem französisch gesinnten Spectator allerlei Abenteuerliches erzählte.

Die Entscheidung in diesem eigentlich wenig wichtigen Prioritätsstreite wird durch den oben im Texte S. 407 mitgeteilten Brief des Kronprinzen an seine Schwester, die Großherzogin Luise, gegeben, und es erhebt sich nur die Frage, wie man sich die sonderbaren Widersprüche erklären mag.

Hier darf ich vielleicht noch einen Umstand hervorheben, der eine Vermutung über den Zeitpunkt zuläßt, an welchem der fatale Streit sich abgespielt haben könnte. Es wird als keine Indiskretion angesehen werden, wenn ich aus meiner Unterredung mit dem Fürsten Bismarck noch das eine hinzufüge, daß er erzählte, es habe das Gespräch zwischen ihm und dem Kronprinzen stattgefunden, als sie zusammen über eine Wiese ritten. Der Fürst stellte sehr lebendig dar, wie sich die beiden Herren so sehr in Eifer geredet hätten, daß der Kronprinz die Führung des Pferdes verloren habe. Das Terrain sei sehr unsicher und die Wiese mit Abzugsgräben durchzogen gewesen, so daß der Fürst den Kronprinzen aufmerksam machen zu sollen meinte, ja vorsichtig zu sein. Der Kronprinz sei aber ganz erfüllt davon gewesen, daß man die Gegner seines historisch-politischen Systems zur Nachgiebigkeit zwingen müßte, worüber dann der Fürst in einige sehr heftige Äußerungen ausbrach, die er aber in meinem Manuskript ganz und gar dick durchstrichen hat. Ich kann jedoch aus meiner Erinnerung noch mitteilen, daß der Fürst auch noch bei Darstellung der Szene recht bewegt war und daß ich es an dem Zittern seiner Stimme bemerkte, daß hier unbedingt ein Nachklang eines nicht unerheblichen Wortwechsels sich noch geltend machte. Wenn man aber die ganze Situation bedenkt, so kann man nun nicht bezweifeln, daß das in den „Gedanken und Erinnerungen" erwähnte Gespräch sicher stattfand, doch muß es allerdings einige Bedenken erregen, daß das auf der Wiese während eines Spazierrittes geführte Gespräch den Charakter eines „ernstlichen und geschäftlichen Verlangens" gehabt habe, dessen „Inangriffnahme durch den Kanzler vom Kronprinzen gewünscht wurde." Es liegt vielmehr sehr nahe anzunehmen, daß der Kronprinz seiner Un-

geduld, es möchte endlich etwas in der Kaiserfrage geschehen, durch allerlei drastische Beispiele aus der Geschichte Ausdruck gab, während der Kanzler sich bekanntlich überhaupt von den dazu nicht vollgiltig legitimierten Fürstlichkeiten immer sehr ungern mahnen und geschäftlich beeinflussen ließ. Man muß es daher als einen Beweis von Scharfsinn rühmen, wenn schon früher manche Kritiker, wie beispielsweise Dr. August Eigenbrodt in einem hübschen Aufsatz über diesen Gegenstand, auch ohne alle Kenntnis von Akten, zu der Schlußfolgerung kamen, daß das Gespräch in eine sehr frühe Zeit zu setzen sei. Vielleicht spielte in der Vorstellung Bismarcks auch die Erinnerung mit, daß der Kronprinz in früheren Jahren, wie 1866, für das Kaisertum sicher nichts übrig hatte. Zunächst ließe sich an den 3. September als Datum des streitbaren Gesprächs denken; Gustav Freytag wollte aber wissen, daß der Kronprinz den Fürsten Bismarck auf der Fahrt nach Nancy in das Hauptquartier des Königs am 20. August gesprochen hätte. Die Bemerkung über die hier vorgekommenen Begegnungen im kronprinzlichen Tagebuch klingen freilich außerordentlich friedlich. Indessen kann ich mich erinnern, daß auch mir gegenüber der Fürst in der höchst anschaulichen Schilderung, die er von dem Ritt über die Wiese gemacht hatte, einmal von der Gegend um Nancy sprach. Auf eine ruhigere Zeit als diese wies indessen gleich darauf die Bemerkung des Fürsten hin, daß er an dem Abend des Tages, an dem das Gespräch stattfand, zu seinen Tischgenossen gesagt habe, er begreife gar nicht, von wem diese Ansichten des Kronprinzen stammen mögen. Wenn bei Busch dem Fürsten die geradezu unbegreifliche Behauptung unterschoben wird, daß dieselben „aus Baden“ gekommen seien, so beweist dies die Unverläßlichkeit dieses traurigen Buches auch in diesem Falle. Denn daß Bismarck jemals hätte glauben können, daß Baden zu den Gegnern des Kaisertums zu rechnen gewesen sei, ist nach Allem, was urkundlich vorliegt, schlechterdings undenkbar.

Glücklicherweise ist es nicht erheblich, an welchem Tage der geschilderte Streit zwischen dem Kronprinzen und dem Fürsten Bismarck vorkam, wichtig für beide Teile ist nur dies, daß der Stand der Überlieferung eine brauchbare Bedeutung weder für die Denkungsweise, noch auch für die Absichten, weder für den Kronprinzen, noch für den Fürsten hat. Das Gespräch hatte weder irgend welche Folgen noch auch einen politisch und psychologisch tiefgreifenden Wert. Sachlich richtig ist nur dies, daß die Gegnerschaft des Kronprinzen gegen die Herstellung des Kaisertums mehr in das Jahr 1866, als in das Jahr 1870 zu setzen ist. Was aber seine Verwendung der Argumentation Gustav Freytags gegenüber von Bismarck betrifft, so wüßte ich dafür von meinem Standpunkt aus keine andere Erklärung zu geben, als daß hier ein ganz unglückliches Mißverständnis obwaltete. Die beiden auf der Wiese reitenden Herren scheinen in ihrem Eifer nicht genau gehört zu haben, was der Eine oder der Andere als seine Meinung und als die Meinung dritter Personen angeführt hat. Gewiß wird der Kronprinz, wenn er nicht seinen treuen Freytag als Gewährsmann nennen wollte, da Bismarck diesen Namen nicht gerne hörte, die weit verbreiteten Ansichten des Herrn v. Sybel referiert haben, womit er nicht gesagt haben wollte, daß er dieselben teilte. Hingegen hatte der Fürst nachweislich, wie aus den

badischen Korrespondenzen hervorgeht, Anfangs September noch so gut wie gar keine Entschlüsse über die Art und Weise und die Entwicklung der Reichs- und Kaiserfrage gefaßt, und es ist nur zu bekannt, wie unangenehm ihm das Mitreden von fürstlichen Personen, ganz besonders auch des Kronprinzen, war. Und so beweist denn diese ganze Angelegenheit, wie schwer es den beiden Charakteren geworden ist, sich über geschäftliche Dinge zu verständigen. So lange die Geschichte der Kaiserfrage in ihrer verschiedenen Stufenfolge im deutschen Publikum so gut wie unbekannt geblieben war, scheint auch der Fürst wenig an die Stellung des Kronprinzen zu derselben gedacht zu haben. Als aber das Tagebuch des Kronprinzen den Zorn Bismarcks wachrief, suchte sein Gedächtnis alle möglichen Umstände zusammen, welche in wenig chronologischer Ordnung sich auf die mit dem Kronprinzen gepflogenen Gespräche bezogen. Die berechtigte Empfindung, daß in den ganz unsicher veröffentlichten Tagebuchblättern des Kronprinzen die Wirksamkeit und Verdienste Bismarcks um Reich und Kaisertum nicht entsprechend zur Erscheinung kamen, führte den Aufbau einer Erzählung herbei, bei welcher die Zeiten und Gelegenheiten vermischt, Ansichten verschiedener Personen verwechselt wurden und nur das Eine feststand, daß eine Verständigung über die Frage zwischen dem Kronprinzen und Kanzler anfänglich nicht stattgefunden hat, sondern erst als ein erfreuliches Ergebnis der vollbrachten Tatsachen sich darstellte.*)

Zu Seite 428 und 429. Zum 7. Dezember enthält das Tagebuch Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Weimar die Mitteilung, daß Graf Bismarck bei ihm erschienen sei und den Wunsch ausgesprochen habe, daß auch ein Fürst des Norddeutschen Bundes die Kaiserfrage im Bundesrate in Anregung bringen möchte. Bismarck wünschte daher, daß der Großherzog von Baden den König von Sachsen auffordern sollte, einen Antrag stellen zu lassen. Indessen war der Großherzog so sehr von dem Wunsche beseelt, auch seinerseits das neue Kaisertum in die Wege zu leiten, daß er sich entschloß, direkt an den Minister Stichling zu telegraphieren und an diesen das von Bismarck stilisierte Telegramm zu richten. Dadurch wurde aber die Irrung in Berlin herbeigeführt, daß Minister Delbrück gemeint hatte, Sachsen be-

*) Zum Schlusse will ich nicht unterlassen, aus meiner Unterredung mit dem Fürsten Bismarck vom 14. Oktober 1889 noch eine Aufklärung zu einer bei v. Sybel vorkommenden Erzählung beizubringen (vgl. V, 396). Auch mir erzählte Bismarck nämlich die rührende Szene mit von der Pfordten, bei welcher schließlich eine Umarmung stattfand. Außerdem traten dem Letzteren, als er erfuhr, daß Bismarck Bayern nicht zu schädigen beabsichtigte, die Thränen in die Augen. Aber die ganze Sache spielte nicht, wie Herr von Sybel behauptet, in Berlin, sondern in Nikolsburg, und es ist sehr erklärlich, daß Graf Bray (s. „Denkwürdigkeiten“ S. 101) von der Umarmung nichts bemerkt hat. Für die Erzählung des Herrn von Sybel beweist die kleine Anekdote jedoch, daß er entweder den Fürsten Bismarck bei dessen Mitteilungen zuweilen mißverstanden hat, oder kein Bedenken trug, Anekdoten solcher Art je nach Bedarf an passender Stelle frei zu verwenden. In Bezug auf meine Überlieferung von der berühmten Umarmung möchte ich noch hinzufügen, daß der Fürst sie in meiner Niederschrift für richtig befunden haben muß, weil er die betreffende Stelle ohne jede Bleistiftkorrektur gelassen hat.

ziehungsweise der sächsische Bundesratsgesandte von Friesen werde den Antrag stellen; ein Mißverständnis, welches durch die Bundesfreundlichkeit von Friesens außerordentlich rasch ausgeglichen werden konnte.

Zu Seite 430. Zu den Anträgen des Präsidenten Pape äußert sich auch Herr von Freydorf in sehr interessanter Weise. Er erzählt: „Unmittelbar nach der Konferenz der Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten sollte die Sitzung des Bundesrats über den großherzoglich sächsischen Antrag stattfinden und die betreffende Vorlage dann mittags 1 Uhr im Reichstage eingebracht werden. Als es schien, daß die Redaktion dem Gedanken der Einigung Deutschlands unter Kaiser und Reich vielleicht einen zu starken der Erweiterung der Machtbefugnisse von Kaiser und Reich günstigen Ausdruck geben könnte, sprachen die Vertreter von Württemberg und Hessen den Wunsch aus, daß die Fassung des Artikels schon jetzt in der Konferenz der Bevollmächtigten festgestellt werde. Staatsminister Delbrück ließ den Präsidenten des Bundesoberhandelsgerichts Dr. Pape herbeirufen, welcher sich mit dem Entwurfe der neuen Fassung des Art. XI beschäftigt habe. Dr. Pape hatte folgende Redaktion entworfen: Oberhaupt des Deutschen Reiches ist unter dem Namen Kaiser von Deutschland der König von Preußen als solcher. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten im Namen u. s. w. . . . Der großherzoglich hessische Vertreter schlug vor, zu sagen: „Das Präsidium des Bundes steht der Krone Preußen zu, welche u. s. w. Der König von Preußen führt als Inhaber der Präsidialgewalt den Titel Deutscher Kaiser." Staatsminister Delbrück entwarf folgende Fassung: „Das Präsidium des Bundes steht dem König von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten u. s. w."

„Ich erklärte mich in erster Linie für die Fassung des Dr. Pape, eventuell für diejenige des Staatsministers Delbrück. Ich machte geltend, daß die Bezeichnung Oberhaupt des Deutschen Reichs besser als Präsidium diejenigen Machtbefugnisse umfasse, kraft welcher der König von Preußen künftig den Titel Deutscher Kaiser zu führen habe. Er führe diesen Titel als Präsident und als Oberfeldherr des Bundes und das Wort Präsidium bezeichne nur die erstere dieser Funktionen, während unter dem Ausdruck Oberhaupt beide Machtbefugnisse begriffen seien."

Diese ebenso scharfsinnige als einleuchtende Deduktion wurde aber vom deutschen Partikularismus für ewige Zeiten sofort abgetan und das kaiserliche „Oberhaupt" glücklich eingesargt!

Zu Seite 435 ff. Bei der Darstellung der Verhältnisse in Versailles um die Mitte Dezember, wo die Reichstagsabordnung eben angelangt war, pflegt gewöhnlich niemand zu beachten, daß die militärische Lage eine äußerst beschwerliche war, und die Kaiserfestlichkeiten in betrübendstem Gegensatz gegen die Stimmung standen, von welcher der König nur zu sehr bedrückt war. Dazu der ewig kranke, in sein Haus wie in eine unnahbare Festung eingeschlossene Kanzler, und der Generalstab der Armee in übelster Laune! Solche Momente bezeichnen die Charaktergröße des Königs! Einen höchst merkwürdigen Beitrag zu der bezeichneten üblen Laune erfährt man aus dem

Tagebuche des Großherzogs von Weimar, wo am 13. Dezember sich folgende sehr merkwürdige, in den Folgen ja glücklicherweise unschädliche, aber die Kriegsmüdigkeit kennzeichnende Notiz findet:

„Der Eindruck der gestrigen Nachricht — der Verluste meines Regiments — hatte in mir den Gedanken zur Reife gebracht, dem Könige den Vorschlag zu machen, an den Kaiser von Rußland das Verlangen zu richten, bei dem Feinde auf den Frieden zu wirken. Er nahm ihn an. Ich zeigte ihm diesen Morgen das Telegramm, er billigte, ich chiffrierte es und expedierte es. Gott möge seinen Segen dieser Sache geben."

Dieses auffallende Intermezzo bedarf wohl keines Kommentars.

Zu Seite 446. Herr von Mohl berichtet am 16. Januar 1871 über das angeblich von Sr. Maj. dem König von Bayern gestellte Verlangen, den Fahneneid des bayrischen Heeres nachzulassen. Die näheren Umstände dieser Angelegenheit lassen sich zur Zeit nicht veröffentlichen und ich unterdrücke daher auch den Inhalt des Mohlschen Schreibens.

Zu Seite 467. Der hier über Kaiser Wilhelms Beurteilung von mir geäußerte Tadel war längst niedergeschrieben, als ich die folgende fast wörtlich übereinstimmende Bemerkung endlich einmal in dem Buche eines ausgezeichneten Kenners der wirklichen Dinge las: s. Ernst Berner, Der Regierungsanfang des Prinzregenten von Preußen und seine Gemahlin, S. 9 „Die Geschichtschreibung wendet sich mehr und mehr der durch Bismarcks Autorität begründeten Auffassung von der Unselbständigkeit des Kaisers Wilhelm zu, obwohl Bismarck irgend einen positiven Nachweis dafür nicht erbringt . . . Schon Sybels großes Werk führt zwar den Titel: Die Begründung des Deutschen Reichs durch Kaiser Wilhelm I., aber abgesehen von den sympathischen Worten beim Beginn der Regierung und abgesehen von der Regentschaftszeit kommt neben Bismarck der Name des Kaisers nur noch ganz gelegentlich, wie etwa bei den Vorgängen in Ems, der Schlacht von Königgrätz oder einigen wenigen ähnlichen Veranlassungen vor. Marcks u. s. w. u. s. w." Diese ehrlichen Worte verdienten nicht nur auf jedem litterarischen, sondern auch auf den steinernen und erzenen Monumenten Kaiser Wilhelms eingegraben zu sein. Sie motivieren ein für allemal die erfreuliche Tatsache, daß sich die letzten noch lebenden Zeugen der großen Begebenheiten verpflichtet halten sollten, mit ihren reichen Erfahrungen hervorzutreten, um ein in der Entstehung begriffenes total falsches historisches Bild in der Nation zu verhindern.

Zu Seite 490 ff. Die Beziehungen zu Rußland während des französischen Krieges erhalten eine außerordentliche, bei dem Mangel aller sonstigen Quellen unschätzbare Aufklärung durch das Tagebuch des Großherzogs Carl Alexander von Sachsen-Weimar, aus welchem ich mit der Erlaubnis Se. königl. Hoheit des Großherzogs die wertvollen Auszüge des Herrn Kabinettschefs Dr. v. Egloffstein benützen durfte, wie sie eben nur von fachgenössischer Seite gemacht werden konnten, da die Tagebücher eigenhändig, aber sehr unleserlich geführt sind. In der Frage der Neutralität Rußlands hatte der Großherzog von Weimar sehr nützliche Dienste leisten können

und in der Frage des Schwarzen Meeres arbeitete er unermüdlich für die Verständigung im besten Einvernehmen mit Bismarck und dem König.

Der Kaiser von Rußland deutete schon am 29. August in Briefen, welche ein russischer Kurier an den König und an den Großherzog in Varennes übergab, an, daß er für die deutsche Sache zu guten Diensten bereit sei. Der Großherzog von Weimar bemerkt im Tagebuch die günstigen Dispositionen Rußlands für Deutschland. Am 30. August hatte der Großherzog Unterredungen mit dem König und mit Bismarck, aus denen hervorgeht, daß schon damals die wohlwollendste Neutralität Rußlands feststand. Doch hatte der Großherzog vom Kaiser den Auftrag die möglichste Schonung Frankreichs zu fordern. Nach Inhalt des Tagebuchs berief sich Kaiser Alexander besonders auf den Umstand, daß Frankreich im Jahre 1866 von dem Wunsche einer kleinen Entschädigung abgesehen (un petit triangle), sich Preußen sehr freundlich gezeigt habe.

1870, 18. September. Tagebuch: Depeschen aus Petersburg, die Bismarck heute früh dem König vorgelesen, bewiesen, daß in vier Tagen der Kaiser durch Gortschakow wieder herumgebracht worden sei, trotz des Gesandten Prinz Reuß, der Großfürstin Helene, meiner Bemühungen. Ich erkläre weiter mich bemühen zu wollen und verlange Instruktion.

21. September berichtet das Tagebuch über die im Texte oben mitgeteilte Konversation mit Bismarck.

24. September. Der Großherzog macht den König auf die für Rußland so erwünschte Kündigung des Pariser Vertrags aufmerksam: „Der König sagte hierauf: darauf haben wir bereits angespielt. Rußland wolle aber einen Kongreß, um alles darauf zu erledigen und auch andere Fragen zu bringen. Wir meinen dagegen die Sachen erst unter uns abzumachen und fertig auf den Kongreß zu bringen. Ich unterstütze möglichst diese Ansicht.

27. September. Die durch Kurier eingetroffenen Briefe enthalten die Kongreßvorschläge Rußlands mit dem Wunsche billiger Friedensbedingungen für Frankreich.

28. September. In der dem Grafen Bismarck vorgelegten Antwort des Großherzogs an den Kaiser findet sich die Stelle, qu'il faut s'arranger non avec un ennemi réconciliable, mais avec un ennemi implacable, was Bismarck vortrefflich findet. Dagegen wünscht Bismarck den Kongreß nicht zu erwähnen, während er nur allgemein gehaltene Unterstützung in der orientalischen Frage zu versprechen immerhin als zulässig findet.

29. September. „Bismarck wollte durchaus nicht von einem Kongreß gesprochen haben, ich wollte nicht von ihm abgehen, so vereinigten wir uns endlich in der Phrase: La paix devra dépendre de la résolution des souverains allemands belligérants et pourra dévenir alors la base solide de toutes transactions.“ Bei dem König findet der Großherzog großen Widerspruch in Betreff des Gedankens, daß die Frage des Schwarzen Meeres eine Kriegsaktion nach sich ziehen könnte, an welcher Preußen irgend beteiligt wäre.

19. November. „. . . Ich las beide Telegramme dem Könige vor, der bedauerte, daß Rußland indessen erklärt habe, jenen Vertrag als aufgehoben

zu betrachten. Auf diese Erklärung hin habe er erklärt, er bedauere die gewählte Form .... Mit dieser Rückäußerung habe sich der Kaiser und Gortschakow zufrieden gezeigt, England dagegen habe angezeigt, man müsse sich dafür oder dagegen erklären" ....

21. November. „Odo Russell ist gestern gekommen und der Kronprinz weiß, daß Rußland auf Besprechungen eingeht und meint wohl mit Russell gegen das Verfahren Rußlands, einseitig den Vertrag von 1856 zu kündigen, muß man protestieren, damit es diese Ohrfeige (ipsissima verba) bekomme. Ich sagte, das sehe ich ein und würde persönlich in diesem Sinne schreiben."

Bismarck wünscht, der Großherzog möge an den Kaiser schreiben: Die Form der Aufkündigung und der Zeitpunkt sei verfehlt; wenn Gortschakow noch sechs Wochen gewartet hätte, so würde die Sache ausgeglichen worden sein. Es mögen der Kaiser und Gortschakow Vertrauen in uns setzen, wie wir zu Rußland hätten ....

25. November. „Ich brachte heute früh dem König den brouillon meines Briefes an den Kaiser, in welchem ich die Sätze angebracht hatte, welche Bismarck zu gebrauchen mich gebeten und hinzugefügt hatte, daß der König sie billige. Er tat es, wünschte jedoch, daß ich hinzufüge, er mißbillige hauptsächlich das von Rußland einseitige Aufgeben des Vertrages ohne sich deshalb mit den consignataires du traité verständigt zu haben. Der König hob im Gespräch hervor, daß Preußen nicht den Garantietraktat des Friedens von 1856 unterzeichnet habe, nur England, Frankreich und Österreich taten es. Preußen könne also bei einem ausbrechenden Konflikt neutral bleiben. Folglich Deutschland noch viel mehr, sage ich."

26. November. „Um 1 Uhr kam Bismarck. Ich las ihm meinen heute früh geänderten Brief an den Kaiser vor ...." Aus dem zum Teil unleserlichen Manuskript ist nur zu ersehen, Bismarck habe streng darüber zu wachen für nötig befunden, daß die Äußerungen des Großherzogs als rein private erkannt werden. „Das offizielle Deutschland darf davon nichts wissen, und nur durch Fürst Reuß dürfe es sich äußern." Bismarck sei entschlossen, sich nicht mit England zu brouillieren, und der Großherzog fürchtet, er würde ihn eventuell fallen lassen, sobald es ihm paßte.

In der Zwischenzeit hatten bekanntlich die Unterhandlungen durch Graf Russell zur vollsten Verständigung über einen Kongreß geführt, der mit Ausschluß aller anderweitigen Fragen ad hoc von Preußen beantragt werden sollte. Es war ein vollständiger Erfolg der deutschen Politik, durch welche die Unabhängigkeit Deutschlands in der Friedensfrage völlig gesichert war. Die in den nächsten Tagen von Bismarck dem deutschen Reichstag gegebenen Versicherungen wegen der gefährlichen auswärtigen Lage hatten in Rücksicht auf die bayrischen Verträge einen lediglich rückschauenden historischen Charakter, nicht etwa Bedeutung für das was erst noch kommen konnte, wenn die Verträge verworfen und Bayern in seine Schranken verwiesen worden wäre.

Zu Seite 536. 1871, 4. März, Berlin. Bericht von Freydorfs an den Großherzog von Baden. Aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses:

„Schon bei der Überschrift des Art. I . . . stellte Staatsminister von Rössing aus Oldenburg den Antrag, die Bezeichnung „Reich“ statt Bund in der Verfassung folgerichtiger, als geschehen, durchzuführen. Andererseits wurde die Beibehaltung der Bezeichnung Bund als dem bestehenden Verhältnisse besser oder ebensogut entsprechend verteidigt und bei der Abstimmung erklärte sich nur der gehorsamst Unterzeichnete für den Antrag von Rössing, welcher somit in der Minderheit blieb. Die Frage wird . . . . . . wohl im Reichstage wiederkehren.“

„In Art. 3 werden die Begriffe Deutschland und Deutsche in die Verfassung eingeführt. Die etwas großdeutschen Ausführungen des Berichterstatters über den Unterschied des politischen und geographischen Begriffs von Deutschland werden gekürzt werden. Bei Art. 4 machte Bayern erstmals den auch bei anderen Bestimmungen wiederholten Versuch, alle nicht bloß interpretativen, sondern auch dispositiven Bestimmungen seines Vertrags und seines Schlußprotokolls vom 23. November v. J. in die Verfassung aufnehmen zu lassen.“

„Zu Art. 63 beantragte Bayern hinter das Wort „Kaiser“ einzuschalten „als Bundesfeldherr“. Sie beriefen sich auf den bisherigen Wortlaut des Art. 63 und ferner darauf, daß der Kaiser die fraglichen Rechte und Befugnisse nur in seiner Eigenschaft als Bundesfeldherr übe. Andererseits wurde ein solcher Zusatz als überflüssig und abschwächend erklärt: der eine Titel Kaiser enthalte die Befugnisse sowohl des Präsidiums als des Oberfeldherrn und habe eben den Zweck, einen für alle Fälle passenden Titel zu setzen — für Volk und Soldaten verständlicher und greifbarer, „Kaiser als Bundesfeldherr“ daher Tautologie.“

„Die praktische Bedeutung des hartnäckig verteidigten Antrags: Eid der sächsischen und bayrischen Soldaten. Nach dem Antrag hätte es bei dem bisherigen Eid bleiben sollen — andernfalls wird Änderung der Eidesformel befürchtet.“

Zu Seite 538. Bericht von Mohls, München, 13. April 1871. Graf Bray hat an seinem heutigen Empfangstage mitgeteilt, daß nach dem Entschluß Seiner Majestät des Königs der bayrische Anspruch auf einen Teil des Elsasses auf sich beruhen bleiben soll. Im Bundesrate würde dieser Anspruch zwar einstimmig gutgeheißen worden sein, allein, da sich im Reichstage eine Majorität dagegen ausgesprochen haben dürfte, wolle man sich einer Niederlage dieser Art nicht aussetzen.

Sachregister.

Die Zahlen bedeuten die Seiten.

C.

D.

E.

F.

G.

P.

R.

S.

Druck von Lippert & Co. (G. Pätz'sche Buchdr.), Naumburg a. S.

Frommannsche Buchdruckerei (Hermann Pohle) in Jena. — 13123

